

Kritische Studien
zur Geschichtswissenschaft 115

Siegfried Weichlein

Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik

Ein wichtiger Grund für die geringe Stabilität der Weimarer Republik war die Zerklüftung der politischen Kultur. Siegfried Weichlein untersucht dieses Problem in einer exemplarischen Region im preussischen Regierungsbezirk Hessen-Kassel, dem früheren Kurhessen. Dort begegnen alle politischen Teilkulturen der Zeit. Wie entstanden die verschiedenen Sozialmilieus im ausgehenden 19. Jahrhundert? Wie entwickelten sich jeweils Vereine und Verbände und was wird daraus für die entstehenden Milieuparteien. Welche Rolle spielen die Sozialmilieus für die Politik und die Entwicklung der Parteienorganisation in der Weimarer Republik? Die Analyse weicht auf ein reichhaltiges Quellenmaterial auf und bildet ein wichtiges Beispiel, wie sie vermittelt eine konkrete Vorstellung von der Vielfalt und der Parteilichkeit der politischen Kultur in der Weimarer Republik.

Vandenhoeck & Ruprecht

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 115

V&R

Kritische Studien
zur Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von
Helmut Berding, Jürgen Kocka
Hans-Peter Ullmann, Hans-Ulrich Wehler

Band 115
Siegfried Weichlein
Sozialmilieus und politische Kultur
in der Weimarer Republik

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Sozialmilieus und politische Kultur
in der Weimarer Republik

Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen

von
Siegfried Weichlein

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Weichlein, Siegfried:

Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik:
Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen / von Siegfried Weichlein. –
Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 115)
Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 1992
ISBN 3-525-35778-8
NE: GT

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds
Wissenschaft der VG Wort und der
Wissenschaftlichen Gesellschaft in Freiburg im Breisgau.

© 1996, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. – Printed in Germany. –
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk einschließlich seiner Teile ist
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen
des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig
und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.
Satz: Text & Form, Pohle.
Druck und Bindung: Gulde-Druck GmbH, Tübingen.

Inhalt

Vorwort	9
1. Einleitung	11
1.1. Parteien, Sozialmilieus und Demokratisierung	11
1.2. Begriffe und Forschungsstand	17
1.3. Eingrenzungen, Vorgehensweise und Quellenlage	25
2. Die Kontinuität in der Diskontinuität: Bruchlinien und Milieugrenzen	28
2.1. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel Hessen-Kassels	29
2.1.1. Stadt und Land: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen	29
2.1.2. Industrievolk und Landvolk: Regionale Industri- alisierung und Agrargeschichte	33
2.1.3. Die soziale Differenzierung Hessen-Kassels	36
2.2. Die Kontinuität im Wandel: Lebenswelt und regionale Kultur	38
2.2.1. Konfession und Milieubildung	39
2.2.2. Landwirtschaft in der Industriegesellschaft	48
2.3. Sozialmoral und Organisation: Die Formation der Sozialmilieus	52
2.3.1. Lebenswelt und Sozialmoral	52
2.3.2. Vereinsbildung und Milieugeneese	57
2.3.3. Vereine als städtische Gesellungsform	58
2.3.4. Soziale Interessen und Vereinsbildung	60
2.3.5. Konfessionelle Vereinsbildung	62
2.3.6. Sozialmilieus und Presse	68
2.3.7. Sozialmilieus und Kommunalpolitik	72
2.4. Kontext und Entstehung der Sozialmilieus in Hessen-Kassel	76

3. Zentrumsturm und Interessenpolitik: Das katholische Sozialmilieu	78
3.1. Das katholische politische Sozialmilieu	79
3.1.1. Die Politisierung des katholischen Sozialmilieus	80
3.1.2. Das Fuldaer Zentrum zu Beginn der Weimarer Republik	84
3.1.3. Der Ausbau der Parteiorganisation des Zentrums 1920–1922	96
3.1.4. Die Krise des Zentrums 1924–1930	104
3.1.5. Die Schicksalskurven des Fuldaer Zentrums	117
3.2. Katholisches Vereinsmilieu und soziale Integration	122
3.2.1. Die katholischen Arbeiter	123
3.2.2. Die katholischen Landwirte	143
3.2.3. Katholische mittelständische Schichten	149
3.2.4. Organisationskultur und katholisches Milieu	154
3.3. Der Weimarer Katholizismus in Gesellschaft und Politik	162
4. Linksliberalismus und konservative Scheinblüte	169
4.1. Das liberale politische Sozialmilieu bis zum Beginn der Weimarer Republik	170
4.2. Die Erosion der liberalen Subkultur	181
4.2.1. Der Hessische Volksschullehrerverein	181
4.2.2. Der Deutsche Beamtenbund	186
4.2.3. Der Kurhessische Handwerkerbund	189
4.3. Das konservative politische Sozialmilieu bis 1928	190
4.4. Konservative Vereinskultur	194
4.4.1. Der Kurhessische Landbund	194
4.4.2. Evangelische Kirche und konservative Politik	204
4.4.3. Der Evangelische Bund	208
4.4.4. Die kurhessischen Kriegervereine	209
4.5. Liberalismus und konservative Politik in Hessen-Kassel	212
5. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu	216
5.1. Das sozialdemokratische politische Milieu	217
5.1.1. Die nordhessische SPD in den politischen Wahlen	220
5.1.2. Partei- und Mitgliederstruktur der SPD	229
5.1.3. Kristallisationspunkte reformistischer Politik	234
5.1.4. Sozialdemokratische Kommunalpolitik	235
5.1.5. Koalitionspolitische Positionen	246
5.1.6. Die regionale Rezeption der Programmdiskussionen	251

5.2. Das Organisationsmilieu der Kasseler Arbeiterbewegung	259
5.2.1. Das Gewerkschaftskartell des ADGB	259
5.2.2. Der Kasseler DMV: Radikalisierung und Integration	261
5.2.3. Die sozialdemokratische Organisationskultur in Nordhessen	265
5.3. Arbeiter, Arbeiterbewegung und Arbeitermilieu in Nordhessen	273
6. Die radikalisierte kommunistische Arbeiterkultur Hanau	280
6.1. Genese und Radikalisierung: Die Hanauer Arbeiterbewegung bis 1919	280
6.2. KPD und lokale Gesellschaft: Politischer Erfolg und Parteispaltungen	288
6.2.1. Parteientwicklung und Mitgliederstruktur der Hanauer KPD 1919–1928	292
6.2.2. Die Hanauer KPD seit der ultralinken Kehrtwende 1928	304
6.3. Arbeiter und radikalisierte Arbeiterbewegung in Hanau	310
7. Sozialmilieus und regionale politische Kultur	314
Abkürzungen	318
Anmerkungen	321
Quellen- und Literaturverzeichnis	366
Personen-, Orts- und Sachregister	394

Verzeichnis der Graphiken im Text

1: Gemeindegrößenklassen im Regierungsbezirk Kassel und in Preußen, 1910	40
2: Abendmahlsteilnahme in Hessen-Kassel, Hessen-Nassau und in Preußen, 1895–1932	40
3: Osterkommunionsteilnahme in der Diözese Fulda, in Preußen und im Deutschen Reich, 1923–1933	41
4: Stimmanteile des Zentrums in Fulda-Stadt und in Fulda-Land, 1871–1933	81
5: Wahlen in Marburg, 1912–1933	213
6: Stimmanteile der SPD in Kassel-Stadt und Kassel-Land, 1874–1933	221
7: Stimmanteile für SPD, USPD und KPD in Hanau-Stadt, 1912–1933	289

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Studie ist die überarbeitete und gekürzte Fassung meiner im Sommersemester 1992 von den Philosophischen Fakultäten der Albert-Ludwigs Universität Freiburg angenommenen Dissertation. Angeregt und betreut wurde sie von meinem Doktorvater Heinrich A. Winkler. Ihm gilt mein besonderer Dank. Ebenso möchte ich den Herausgebern der Reihe »Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft« und hier besonders Helmut Berding für die Aufnahme des Manuskripts in diese Reihe danken.

Zahlreiche Personen sind mittel- oder unmittelbar am Entstehen dieser Dissertation beteiligt. Ohne Förderung, Kritik und Solidarität wäre diese Studie nicht entstanden. Genannt seien: Franz Himmelsbach, Lüder Gerken, Rüdiger Hagens, Edgar Wolfrum, Thomas Kurz, Hans Monath, Friedemann Scriba, Barbara Sherberg, Achim Bonte, Christa Metzger, Barbara Keuth-Emmerich, Ingrid Gilcher-Holtey, Jürgen Malitz, Peter Krüger sowie mein Zweitkorrektor Gerd Krumeich. Eike Hennig (Kassel) führte für mich umfangreiche statistische SPSS-Analysen am Kasseler Großrechner durch. Thomas Klein (Marburg) stellte mir freundlicherweise die Daten zur politischen Wahlgeschichte Hessens-Kassels in der Weimarer Republik vor der Drucklegung seines Datenhandbuches zur Verfügung. Lucian Hölscher (Bochum) gab mir Dateneinsicht in die Äußerungen kirchlichen Lebens für Hessen-Kassel, die in seinen »Atlas zur religiösen Geographie Deutschlands 1840–1940« eingegangen sind. Rita Wehner vom Stadtarchiv Fulda unterstützte mich mit großer Geduld und Hilfsbereitschaft. Das Cusanuswerk förderte mich finanziell, ideell und spirituell. Weiterführende Anregungen verdanke ich M. Rainer Lepsius, Karl Rohe und dem Schwerter Arbeitskreis für Katholizismusforschung. Ihnen allen möchte ich von Herzen danken.

Für großzügige finanzielle Hilfe bei der Drucklegung dieser Arbeit möchte ich mich bei der Verwertungsgesellschaft Wort (München), dem Landkreis Fulda, der Stadt Fulda, der Wissenschaftlichen Gesellschaft der Albert-Ludwigs Universität Freiburg und Ernst H. Plesser bedanken. Gewidmet sei diese Arbeit meinen Eltern.

Cambridge, Mass., im Sommer 1996

Siegfried Weichlein

1. Einleitung

Die Meisterfrage jeder Studie zur Weimarer Republik ist stets die nach ihrem Scheitern. Um die prekäre politische Stabilität der ersten deutschen Republik zu erklären, wird seit einiger Zeit die scharfe Fragmentierung der Weimarer Gesellschaft in heterogene Weltanschauungen und unversöhnliche politische Lager angeführt. Die Zerklüftung der politischen Kultur hatte ein Ausmaß angenommen, das parlamentarische Konsensbildung und Handlungsfähigkeit zum Schutz der ersten deutschen Republik und ihrer demokratischen Institutionenordnung immer mehr erschwerte. Beide Gesichtspunkte stellten aber unverzichtbare Bedingungen für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie dar. Eine Fülle von Studien beleuchtete die tiefreichenden Brüche und Verwerfungen der Weimarer politischen Kultur.¹ Zahlreiche Regierungskrisen, unsichere Mehrheitsbildungen und die hohe Bereitschaft der Parteien zum Konflikt bei gleichzeitiger Konfliktvermeidung im Inneren waren die Folgen. Für diesen Umstand wurden verschiedene Ursachen gefunden. Die wichtigste lag in der nachwirkenden Tradition des nur teilparlamentarisierten Kaiserreiches, das keine politische Letztverantwortlichkeit des Reichstages und damit der Parteien kannte. Die Parteien blieben bis zum Oktober 1918 stets im Vorhof der Macht und entwickelten keine Kultur demokratischer Verantwortung. Ihre fehlende Einübung ins parlamentarisch-demokratische Geschehen verursachte Folgen bis weit nach 1918.²

1.1. Parteien, Sozialmilieus und Demokratisierung

Der norwegische Soziologe Stein Rokkan sah in den Parteien der westeuropäischen Staaten des späten 19. und des 20. Jahrhunderts die Antagonisten der beiden Großkonflikte des 19. Jahrhunderts, der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung, die unterschiedliche Dimensionen sozialer Spannungen nach sich zogen.³ Die Ausbildung moderner Nationalstaaten lief über starke Inklusions- und Exklusionsprozesse. Dadurch wurden die territorialen und kulturellen Spannungslinien politisch aufgeladen, was sich in Spannungen zwischen Region und Nation, zwischen Staat

und Kirche und im Widerstand sprachlicher Minoritäten gegen eine nationale Majorität niederschlug. Die Industrialisierung ihrerseits differenzierte die sozioökonomischen Interessen aus und verschärfte den Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie Arbeit und Kapital.

Rokkan und Seymour Lipset führten in einer generalisierenden Makrotheorie die Parteiensysteme Westeuropas auf vier Hauptspannungslinien, die sogenannten »cleavages« zurück. Die vier Zentralkonflikte, die alle europäischen Staaten im Zeitalter der Nationalstaatsbildung und Industrialisierung durchzogen, verliefen typischerweise zwischen Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, agrarischem und industriellem Sektor sowie Arbeitern und Unternehmern.⁴ Nicht nur in Deutschland ging die Nationalstaatsbildung mit der Ausweitung politischer Partizipation einher. Die vornationalstaatlichen Konfliktlinien wurden durch die Ausweitung des Wahlrechtes politisiert und fanden so Eingang in das Parteiensystem. Der Zentralkonflikt der Nationalstaatsbildung führte dabei zu einem sozioökonomisch eher indifferenten Wahlverhalten nach kulturellen und regionalen Mustern, während die Industrialisierung eine Stimmabgabe nach sozialen Interessenlagen quer zu den territorialen und kulturellen Identitäten begünstigte. Aus diesen vier »cleavages« erklärten Rokkan und Lipset die Entstehung eines Vierparteiensystems, das normalerweise aus politischem Katholizismus, Arbeiterbewegung, ländlichem Konservativismus und einer städtisch-bürgerlich-liberalen Richtung bestand. Diese politisch-soziologische Typologie war zwar begrifflich sauber, erklärte aber nur in Maßen die historische Empirie. Rokkan und Lipset übergangen z. B. den konfessionellen Gegensatz in den gemischt konfessionellen Staaten, der nicht mit dem Konflikt Staat versus Kirche identifiziert werden durfte und der der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung vorausging. Außerdem traten die begrifflich reinen Gegensätze normalerweise vermischt auf. So trug der politisierte Konfessionsgegensatz Züge des Konfliktes zwischen Zentrum und Peripherie. »Man tut deshalb gut daran, das »Cleavage«-Modell nur als Suchinstrument zu verwenden, ohne sich ihm blindlings anzuvertrauen.«⁵

Zur Erklärung der Parteiensysteme in den europäischen Nationalstaaten wurden daher Begrifflichkeiten entwickelt, die den »cleavage«-Ansatz fortbildeten bzw. auf die nationalen Rahmenbedingungen hin abwandelten. Für das französische Parteiensystem etwa sprach Maurice Duverger von »Gesinnungsgemeinschaften« entlang dreier dichotomischer Ordnungsvorstellungen, die die von Rokkan genannten Zentralkonflikte variierten. Seine Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß die drei Gegensatzpaare Klerikalismus und Laizismus, Parlamentarismus und Antiparlamentarismus sowie Planwirtschaft und Marktwirtschaft die Keimzelle des französischen Parteiensystems darstellten. In den Niederlande setzte sich das Konzept der »versäulten Gesellschaft« durch, das von weltanschaulich gegeneinander

abgeschlossenen Gruppen ausging, ohne daß jedoch dadurch der Demokratisierungsprozeß auf Dauer gehemmt wurde. Am Beispiel des Schweizer Katholizismus entwickelte Urs Altermatt das Konzept der »Subgesellschaft«.⁶ Mario Rainer Lepsius deutete das deutsche Parteiensystem als die Summe sozialmoralisch integrierter und politisch mobilisierter Gesinnungsgemeinschaften, als Ensemble von Sozialmilieus.⁷

Lepsius stimmte mit Rokkan und Lipset im Ergebnis eines Vier-Parteiensystems überein. Auch er sprach von den vier Parteigruppierungen des Katholizismus, des Liberalismus, des Konservativismus und der Arbeiterbewegung. Gemeinsam war ihnen auch eine deutliche Abkehr von jedem Versuch, politische Parteiformationen aus sozialen Klassenbildungen zu erklären und sie hierauf zu reduzieren. Die Sozialmilieus überwand den »prinzipiell die gewisse Enge der klassentheoretischen Analyse. ... Der Begriff des »sozialmoralischen Milieus« hat gegenüber dem Klassenbegriff den Vorteil eines explizit weiter gesteckten Bezugsrahmens.« Schließlich war keine der großen Parteien klassenhomogen, am wenigsten der politische Katholizismus, aber auch die Liberalen und die konservative Koalition aus Großgrundbesitzern, Bauern und Bürokraten nicht. Lediglich die Sozialisten wiesen eine gewisse Klassenhomogenität auf, konnten aber nie die Mehrheit der Klassengleichen integrieren.⁸ Übereinstimmend mit der Makrotheorie von Rokkan und Lipset sah Lepsius im deutschen Parteiensystem den Ausdruck struktureller Konflikte, die älter waren als der deutsche Nationalstaat. Für die Entstehung des Parteiensystems wählte er allerdings einen neuen Weg. Die regional-kulturellen und sozialen Zentralkonflikte schlugen nun nicht mehr durch die fundamentalpolitizierende Wirkung des allgemeinen Wahlrechtes direkt auf das Parteiensystem durch. Die dauerhafte Parteibildung setzte nach Lepsius die kulturell-weltanschauliche Überformung der Rokkanschen Konfliktlinien voraus. Lepsius' Sozialmilieus waren keine einfachen politischen Parteien sondern soziokulturelle Gebilde. Daß die Zentralkonflikte der Nationalstaatsbildung und Industrialisierung in dauerhafte Parteibildungen mündeten, wurde erst durch ihre kulturelle Aufladung, d.h. die kulturell-weltanschauliche Überformung materieller Interessen, möglich. Materielle Interessen konnten für sich alleine noch auf der verbandlichen Ebene abgearbeitet werden, während ideelle und kulturelle Interessen auf die gesamtstaatliche Ebene zielten. Die kulturelle Überformung übersetzte Interessenlagen in normativ aufgeladene Weltdeutungsmuster. Aus den kollektiv gedeuteten Interessenlagen resultierten starke Ordnungsvorstellungen, die die politische Parteienbildung langfristiger prägten als materielle Interessen. Max Webers Verhältnisbestimmung von Interessen und Ideen traf somit auch auf die Entstehung des Parteiensystems zu: »Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber:

die ›Weltbilder‹, welche durch ›Ideen‹ geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte.«⁹

Mindestens fünf verschiedene Gruppen materieller Interessen wirkten bei der Ausbildung der Sozialmilieus maßgeblich mit: »Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung und schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen«. Diese Kriterien waren in doppelter Hinsicht aussagekräftig. Gleichsam nebeneinander betrachtet – also in horizontaler Hinsicht – gaben sie ein grobes Strukturmodell für die Vielfalt des Parteiensystems ab. Weit wichtiger indes war die Schichtung und Gewichtung dieser Merkmale innerhalb der einzelnen Sozialmilieus, also ihre vertikale Interpretation. Die »spezifische Zuordnung solcher Dimensionen« machte den Charakter eines Milieus aus. Lepsius bezeichnete diese je spezifische Zuordnung als das »Maß an Koinzidenz«.¹⁰

Der österreichische Soziologe Walter B. Simon, auf den Lepsius sich hier bezog, hatte mit diesem Sachverhalt die politische Ethik der Parteien erklärt. »Das ›Maß an Koinzidenz‹ gab an, wieweit die Anhängerschaft politischer Parteien mit wirtschaftlichen und kulturellen Interessengruppen zusammenfiel oder sie durchschnitt.«¹¹ Simon hatte mit dieser Definition im Blick, ob je ein Merkmal aus einer Strukturdimension, mehrere oder gar alle in der Querschnittsbeschreibung der Sozialmilieus Anwendung fanden. Im Klartext: ob etwa das Merkmal der katholischen Konfession nur mit den Merkmalen agrarisch-ländliche Schichten und süddeutschen Traditionen oder mit mehreren sozialen Schichten und regionalen Traditionen koinzidierte. Im ersten Fall bestünde nach Simon eine hohe Koinzidenz, in letzterem eine niedrige, da die eindeutige Zuordnung je eines Merkmales zu einem anderen nicht gewährleistet war. Die Strukturdimensionen würden so durchschnittlich werden.

Die Konzentration auf je ein Merkmal gab die Chance auf einen hohen Binnenkonsens unbelastet von Reibungsverlusten. Ein solches hohes »Maß an Koinzidenz« in einem Sozialmilieu förderte eine politische Ethik, die in erster Linie zweckorientiert dem Erhalt der eigenen Gruppe verpflichtet war, nämlich »Parteiziele mit gleich welchen verfügbaren Mitteln zu erreichen, ohne Rücksicht auf die Erhaltung des konstitutionellen Systems und auf die konstitutionell vorgeschriebenen Regeln der Mittelanwendung« zu nehmen. Ein niedriges »Maß an Koinzidenz« bedeutete, daß die politische Anhängerschaft die einzelnen gesellschaftlichen Strukturdimensionen nach ihren Binnendifferenzierungen durchschnittlich. Der Zusammenhalt eines Sozialmilieus wurde durch die Heterogenität der Merkmale geschwächt, die politische Ethik dieses Sozialmilieus war daher mittelorientiert. Sie verpflichtete dazu, »im politischen Kampf das konstitutionelle System zu

bewahren sowie die mit dem System definierten Einschränkungen zu beachten und zu erhalten«.¹²

Ein Vorteil der Koinzidenzdefinition von Lepsius bestand in der Möglichkeit der graduellen Unterscheidung von politischen Ethiken. Das Kontinuum politischer Parteien und Ethiken reichte von einer streng vertikal ausgerichteten Schichtung mit einem hohen »Maß an Koinzidenz« über verschiedene Mischtypen bis hin zu einem niedrigen »Maß an Koinzidenz«, was tendenziell den Charakter der Volksparteien vorwegnahm. Hierin lag die idealtypische Konstruktionslogik der Sozialmilieus. Das gesteigerte Merkmal »hohes Maß an Koinzidenz« bildete ein Analyseinstrument zur Erklärung der politischen Demokratisierungsdefizite der neueren deutschen Geschichte.¹³ Vornationalstaatliche Faktoren wurden in Parteien, die keine echte Verantwortung trugen, im teilparlamentarischen System des Kaiserreiches auf Dauer gestellt, überwandten schließlich noch die politische Systemgrenze und schwächten die demokratische Substanz der Weimarer Republik. Weil die Parteien als sozialmoralische Gesinnungsgemeinschaften vornationalstaatliche Konflikte ritualisierten und verewigten, wurde der Demokratisierungsprozeß subkulturell überformt und gehemmt.¹⁴

Für das Demokratieverständnis der politischen Parteien kam dem Verhältnis zwischen den Gesinnungsgemeinschaften und den Parteien eine große Bedeutung zu. Lepsius bestimmte die Milieuparteien als »politische Aktionsausschüsse dieser in sich höchst komplex strukturierten sozialmoralischen Milieus«. Statt auf der parlamentarischen Ebene Effizienz und parteiübergreifenden Konsens anzustreben, der Koalitionen hätte absichern helfen können, blieben die Parteien um den Erhalt ihrer Gesinnungsgemeinschaft bemüht und »in ihrer politischen Aktivität in der Komplexität der Interessen ihres Milieus verfangen«.¹⁵

Die Anwendung des Sozialmilieuansatzes aus der politischen Soziologie in der historischen Forschung hat zur Folge, daß zeitliche Längsschnittkriterien für das querschnittorientierte politisch-soziologische Konzept gefunden werden müssen. Erst anhand dieser Kriterien wird es für den Historiker handhabbar, verifizierbar, aber auch falsifizierbar. Hierzu dient eine Unterscheidung, die die behauptete gegenseitige Verschränkung von Lebenswelt, Organisationen und Politik analytisch zu fassen versucht. Sie betrifft den Wirkungszusammenhang von politischem Sozialmilieu und Organisationsmilieu. Mit Lepsius wird in dieser Studie davon ausgegangen, daß Sozialmilieus dann vorliegen, wenn »politische Aktionsausschüsse« und komplex strukturierte sozialmoralische Gesinnungsgemeinschaften sich gegenseitig stützen. Analytisch wird das Sozialmilieu daher unterschieden in ein politisches Sozialmilieu und ein Vereinsmilieu. Es handelt sich nicht um Teile, sondern um verschiedene, eng aufeinander bezogene Ausprägungen

gen eines Milieus. Nicht schon der politische Erfolg einer Partei bei Wahlen begründet ein Sozialmilieu. Auch eine über das Durchschnittsmaß hinausgehende Sozialvariable oder hohe politische Erfolge können nicht als substantiierter Nachweis für Sozialmilieus gelten.¹⁶ Erst der enge Wirkungszusammenhang von Parteien und politischen Vorfeldorganisationen wie auch der starke Rückbezug der Parteien auf ihre Klientelen waren Indizien für sozialmoralische Milieustrukturen.

Im Unterschied zu ständisch verfaßten Sozialräumen oder ländlich-dörflich Lebenswelten setzten Milieus den Verlust unmittelbarer Identitäten und damit einen gestiegenen Integrationsbedarf voraus.¹⁷ In gesellschaftsgeschichtlicher Hinsicht wird man unter einem Sozialmilieu diejenige labile Balance verstehen können, die sich zwischen einer Ausdifferenzierung der materiellen Interessen und deren Integration über gemeinsam geteilte ideelle Interessen – eine übergreifende Lebenswelt und Sozialmoral – einstellte. Ein Sozialmilieu stellte somit einen mehr oder weniger gelungenen und spezifischen Versuch dar, nach dem Verlust unmittelbarer Identitäten eine sekundäre Identität aufzubauen. Sozialmoral stellte kein abstraktes System von Ideen, sondern die quasi milieuöffentliche und vereinsoffizielle Deutung der von einer genügend großen kritischen Masse geteilten Lebenswelt dar. Sie trat mit normativem Charakter für den Bereich des sozialen Zusammenlebens auf. Die gestiegene Bedeutung der Massen für die Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts implizierte umgekehrt die politische Relevanz sozialmoralischer Vorstellungen. Der heute gebräuchliche Begriff der Sozialethik wirft ein Schlaglicht auf den in der Zwischenzeit eingetretenen gesellschaftlichen Wandel. Während der Sozialmoral ein starker normativer Charakter zukommt und sie Ordnungsvorstellungen mit Handlungsanweisungen zum Ziel hat, richtet sich das sozialetische Verständnis auf Handlungswissen. Sozialmoral und Sozialethik verhalten sich zueinander wie Norm und Reflexion.

Die Weimarer Republik scheiterte nicht nur »oben«, sie unterlag auch in der Provinz, die die Koalitionslogik der politischen Eliten nur eingeschränkt abstützte und nie wirklich ratifizierte.¹⁸ Im Mittelpunkt der Untersuchung steht daher die Binnenlogik der sozialmoralischen Vergemeinschaftungen in einer ausgesuchten historischen Region. Es soll geklärt werden, wie Sozialmilieus entstanden, sich reproduzierten, mit Konflikt in den eigenen Reihen umgingen, sich aber auch veränderten, scheiterten, sich revitalisierten und von der historischen Bildfläche verschwanden.

Drei Gesichtspunkte stehen im Mittelpunkt der Milieuanalyse: die Ausprägung eines politischen Sozialmilieus, das sich in den politischen Wahlen zeigte, die Verfestigung eines Organisationsmilieus, das anhand der vopolitischen Vereine und Verbände greifbar wurde, und die gemeinsamen lebensweltlichen Vorgaben. »Gemeinsamkeit und Zusammenhalt von An-

gehörigen des gleichen Milieus beruhen in letzter Instanz nicht darauf, daß sie Träger einer gleichen Ideologie sind oder gemeinsame ökonomische Interessen haben, sondern darauf, daß sie eine gemeinsame Lebensweise besitzen und damit verknüpfte Alltagsüberzeugungen teilen.«¹⁹ Erst die Mehrdimensionalität der Milieustrukturen, d.h. die soziokulturelle Versteigerung von Lebenswelten in ein Organisationsmilieu und ein politisches Sozialmilieu, erlaubt die Evaluierung des Konzeptes Sozialmilieu, das nicht auf den politischen Bereich beschränkt ist. Die Politisierung eines Milieus ist zwar wahrscheinlich, aber nicht zwingend für den Charakter eines Sozialmilieus. Das politische Sozialmilieu ist eine mögliche Folge von Milieubildung. »Die meisten Milieus sind im Verlauf ihrer Geschichte zumindest »apolitisiert« worden und befinden sich nicht mehr im Status völliger politischer Unschuld.«²⁰ Welche Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster verklammerten die verschiedenen Ebenen der Lebenswelt, der Vereine und der Politik miteinander?²¹ Gefragt wird nach der politisch integrierenden Funktion der Milieuorganisationen, wie auch nach der milieuintegrierenden Funktion der Parteien. Welche allgemeineren Muster der Milieureproduktion lassen sich aufweisen? Im Verhältnis der Sozialmilieus zueinander sollen die konfliktbeherrschenden Themen und ihre symbolische Bearbeitung durch die politischen Eliten in den Sozialmilieus untersucht werden.

1.2. Begriffe und Forschungsstand

Der begriffliche Koloß »Politik« darf als zertrümmert gelten. Jahrzehnte historischer Politikforschung haben ihn in Einzelteile zerlegt und seine Bedingungsverhältnisse aufgewiesen. Intentionales politisches Handeln wurde dadurch perspektiviert und relativiert. Lange Zeit bildeten soziale Interessen die Zurechnungseinheiten für politisches Handeln. Noch im sozioökonomischen Vorlauf politischer Entscheidungen richtete sich das Erkenntnisinteresse politischer Sozialgeschichte auf die nationale Handlungsebene. Erst die historische Regionalforschung, die sich aus der Wahlforschung entwickelte, differenzierte diesen Blickwinkel. Die Rehabilitierung der historischen Regionen durchbrach die Konzentration auf die nationale Ebene und ihre politischen Eliten und wies neue Handlungsrahmen, aber auch Rahmenbedingungen des Politischen auf. Die theoriegeleitete historische Regionalforschung schritt auf einem schmalen Grad voran. Sie setzte sich zum Ziel, die empirische Dichte regionaler Prozesse durch Fragen der modernen Sozial- und Gesellschaftsgeschichte aufzuschließen. Darin unterschied sie sich a limine von der Lokalgeschichte.²²

Eine weitere Perspektivierung politischen Handelns unternahm die poli-

tische Kulturforschung.²³ Der von Gabriel Almond und Sidney Verba entwickelte Ansatz²⁴ wandte sich den kulturellen Bedingungsfaktoren der Politik zu und sprach im Plural von »grundlegende(n) Vorstellungen über die Welt der Politik und damit verknüpfte(n) operative(n) Normen ..., die sich insgesamt als das mit spezifischem Sinn gefüllte Design eines Kollektivs für sein politisches Leben begreifen lassen.«²⁵ Soziale Bedingungsbeziehungen wurden dabei nicht ausgeblendet, sie verloren jedoch ihre zentrale politiksteuernde Funktion. Als soziale Deutungsmuster bildeten sie in der politischen Kulturforschung eine mögliche Matrix politischer Weltbilder unter anderen. Zwei Annahmen lagen der politischen Kulturforschung zugrunde. Zum einen stellte politische Kultur ein überindividuelles Phänomen dar, zum anderen bestand sie aus einem Sample von Vorstellungen und nicht von Einstellungen. Politische Vorstellungen oder »assumptions about the political world« waren prinzipieller als die über Umfrageforschungen erhebbaren politischen Einstellungen.²⁶ Sie lagen den politischen Einstellungen zugrunde und prägten sie. Diese wichtige begriffliche Vorentscheidung zur Analyse politischer Kultur ging in die Unterscheidung zwischen politischer Sozialkultur und der ihr zugrunde liegenden politischen Deutungskultur ein. Die politische Sozialkultur richtete sich auf Einstellungen, die Deutungskultur auf Vorstellungsmuster.

Die politische Kultur kam mehr in der Problemsicht als in den Problemlösungen zum Ausdruck. Politische Kulturforschung versuchte weniger die objektive als vielmehr die subjektive Ebene zu entschlüsseln, ohne zu einem individualistischen Politikverständnis zurückzukehren. Die subjektive Innenseite von Politik ging konstitutiv ins politische Geschehen ein und stellte ihrerseits einen objektiven Faktor des Politischen dar. Politische Kulturforschung ging daran, diese subjektive Seite zu objektivieren, indem sie die politische Kultur nach ihrem Inhalts-, Ausdrucks- und Prozeßaspekt differenzierte. Der Inhaltsaspekt fragte nach den parteipolitischen Präferenzen bestimmter soziokultureller Vergemeinschaftungen. Politische Kulturforschung setzte dabei immer voraus, »daß nicht bestimmte – in der Regel quantitativ meßbare – Sozialstrukturmerkmale mit bestimmten politischen Präferenzen einhergehen, sondern, daß diese erst durch subjektive Deutung jener Merkmale determiniert werden«. Der Ausdrucksaspekt richtete sich auf »Kristallisierungen des Inhalts in Form etwa bestimmter politischer Vokabularien« und Rituale, der Prozeßaspekt auf die »Aktualisierung und »Pflege« der politischen Kultur insbesondere durch politische Eliten«.²⁷

Politische Kulturforschung beschäftigte sich bisher in starkem Maße mit der Weimarer Republik. Besonders eindrücklich gelang der Aufweis der Weimarer politischen Kultur in dem Berliner Forschungsprojekt »Politische Kultur in der Weimarer Republik«, von dem bisher drei Bände erschienen

sind. Im Mittelpunkt standen dabei die nationalen Gedenktage zwischen 1919 und 1933. Die Brüche zwischen den Milieus reichten bis in die Feiern politischer Gedenktage hinein. In den Festtagskulturen kamen die konfligierenden politischen Vorstellungen besonders krass zum Vorschein: in den Feiern zum Reichsgründungstag (18. Januar), zum Verfassungstag (11. August) und in den Revolutionsfeiern zum 9. November.²⁸

Politische Kulturforschung wandte sich neben der reichsweiten Analyseebene vermehrt den Regionen zu. Die regionale politische Kulturforschung versuchte, die Erkenntnisfortschritte der historischen Regionalforschung und der politischen Kulturforschung miteinander zu verbinden. Hierfür sprachen mehrere Gründe. Zum einen war die nationale politische Kultur nie sozusagen »rein« zu haben. Sie hatte immer mehr oder weniger starke regionale Einsprengsel. Politik auf der nationalen Ebene nahm Rücksicht auf starke Regional- oder Lokaltraditionen. Daß Parteien in einem komplexen Prozeß sich abstimmten, zueinanderkamen, sich aber auch verfehlten, konnte ohne die regionale Ebene nicht hinreichend verstanden werden. Zum anderen richtete sich die regionale politische Kulturforschung auf einen differenzierten Mikrokosmos, der in sich selbst gleichsam ein miniature Strukturmerkmale versammelte, die auch auf der nationalen Ebene auftraten. Diese Form politischer Kulturforschung richtete sich zwar auf einen regionalen Gegenstand, in der Sache aber handelte »es sich nicht um Analysen von Regionalkultur, sondern um Untersuchungen zur allgemeinen politischen Kultur an einem regionalen Material«.²⁹

Die Region verstand es immer wieder, Historiker zu faszinieren, »ihr Geheimnis indes zu wahren«.³⁰ Dies traf auch auf die regionale politische Kulturforschung zu. Eike Hennig plädierte für die Erforschung von politischen Mikrokosmen, um vor Ort parochial-partizipative politische Kulturformen aufzuzeigen.³¹ Zu diesem Ansatz liegen inzwischen eine Reihe von Studien anhand hessischer Kreise und Gemeinden vor.³² Die mikroanalytischen Studien zu einzelnen Landkreisen oder Gemeinden kennzeichnete jedoch ein hohes Maß an nicht verallgemeinerbarer Spezifität. Die Balance zwischen dem historisch Individuellen und dem Allgemeinen drohte in diesen Studien leicht verloren zu gehen. Karl Rohc favorisierte daher größere Raumeinheiten, die über ein eigenes politisch-administratives System verfügten, oder historische Landschaften, die spezifischen politischen und gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt waren. Aus sachlichen und forschungspragmatischen Gesichtspunkten empfahl er als Bezugsgrößen frühere selbständige Staaten, preußische Regierungsbezirke oder Reichstagswahlkreise.³³ Die Konzentration auf größere politische Einheiten wie etwa Regierungsbezirke bot eine relativ hohe Gewähr gegen lokale Spezifika und gleichzeitig die Chance, ein Sample aus hinreichend aussagekräftigen Entwicklungen zu thematisieren.

Das Forschungskonzept ›Politische Kultur‹ stand von Anfang an in sachlicher Nähe zur Theorie der ›Sozialmilieus‹. Die Genese, Persistenz oder den Niedergang von Sozialmilieus auf regionaler oder lokaler Ebene zu untersuchen bedeutete, Aussagen zur politischen Kultur einer Region zu machen. Katholizismus und Arbeiterbewegung waren als ›Mustermilieus‹ geradezu prädestiniert, um politische Kultur und Sozialmilieus in ihren Wechselwirkungen zu untersuchen. Die Forschungen zur Kultur der Arbeiterbewegung griffen auf das Milieukonzept zurück und differenzierten es weiter aus. Als Kern eines im weiteren Sinne verstandenen sozialdemokratischen Arbeitermilieus arbeiteten Franz Walter und Peter Lösche eine enger umschriebene Solidargemeinschaft heraus, die den harten Kern der Vereinskultur in der Arbeiterbewegung bildete. Mehrere Untersuchungen zur sozialdemokratischen Organisationskultur zeichneten detailliert diese Grundstruktur von »Solidargemeinschaft und Milieu« heraus.³⁴ Seit Beginn der 1980er Jahre fand das Milieukonzept verstärkt Eingang in die Katholizismusforschung, die traditionell von starken apologetischen Tendenzen gekennzeichnet war.³⁵ Die Bedeutung des Milieuansatzes für die Katholizismusforschung lag nicht zuletzt darin, daß er die apologetische Binnenperspektive durch die gesellschaftliche Einordnung aufbrechen half und damit einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung einer kritischen Katholizismusforschung leistete.

Umgekehrt ergaben sich aus den Forschungen zum politischen Katholizismus kritische Einwände gegen den Milieubegriff. Dessen Preisgabe für das Mustermilieu Katholizismus hätte seine weitere Anwendung auf andere Gruppen fraglich gemacht. Wilfried Loth arbeitete in seiner Studie zur Zentrumsparterie vor 1918 starke zentrifugale Kräfte heraus. Unter Hinweis auf die Dispartheit der politischen Einstellungen in den Zentrumsfraktionen im Reich und in Preußen meldete er Zweifel an einem einheitlichen Milieubegriff an. Milieus stellten für Loth ebenfalls soziale Einheiten dar, die jedoch abweichend von Lepsius durch die »relativ gleichartige Form der materiellen Subsistenzbegründung und zugleich durch ein Bündel gemeinsamer Werthaltungen, kultureller Deutungsangebote, politischer Regeln, historischer Traditionen und lebenspraktischer Erfahrungen« integriert wurden. Loth unterstrich die Bedeutung ökonomischer Faktoren und kritisierte am Milieumodell von Lepsius deren Vernachlässigung. Das katholische Milieu zergliederte er analog zur materiellen Differenzierung sozialer Interessen in verschiedene sozioökonomisch integrierte Submilieus der Arbeiter, Landwirtschaft, der bürgerlichen Demokraten etc., die immer schwächer zu einem nationalen katholischen Milieu zu integrieren waren.³⁶ Loths Erkenntnisinteresse galt der Analyse politischer Entscheidungsstrukturen. Die dort zutage tretenden Gegensätze standen jedoch unvermittelt neben der gleichwohl beträchtlichen Mobilisierung der Zentrumsparterie in

der katholischen Bevölkerung. Der Erkenntnisgewinn der inneren Heterogenität, der sozialen Schichtung und der Konflikthaltigkeit des ehemals eher monolithisch geschilderten katholischen Milieus wurde indessen bei Loth erkaufte durch die Schwächung der religionssoziologischen Fragestellung nach der Kohärenz des Katholizismus.³⁷

Loths Kritik an einem Makro-Milieubegriff wurde von ihm lediglich durch kursorische Bezugnahmen auf sozioökonomische Entwicklungen begründet. Im Kern analysierte er den politischen Prozeß in den Zentrumsfraktionen im Reich und in Preußen, ohne auf die katholische Gesellschaft näher einzugehen. Die Dispartheit politischer Strategien und materieller Interessen konnte nur deshalb zum Maßstab für Milieudichte werden, weil das Sozialmilieu vorher über eben diese Kriterien definiert wurde. Die Lothsche Argumentation blieb zirkulär, indem sie die Sozioökonomie zum Milieukriterium erhob, das Milieu nachher aber wegen überbordender sozialer Interessenkämpfe in Submilieus aufspaltete. Loths Aufteilung der »katholischen Bewegung« in vier durch »eine bestimmte Form der ökonomischen Teilhabe am Produktionsprozeß«³⁸ gab gleichsam durch die Hintertür den Vorzug des Milieubegriffes von Lepsius wieder auf, nämlich die Überwindung klassentheoretischer Engführungen.³⁹ Unter Vernachlässigung der Makroperspektive thematisierte er »Katholiken (fast) ohne Katholizismus«.⁴⁰

Antonius Liedhegener überprüfte die Lothschen Thesen zu ›Marktgesellschaft und Milieu‹ anhand umfangreichen empirischen Materials. Er setzte die ökonomischen Veränderungen in den katholischen Regionen des Reiches und im katholischen Vereinsmilieu miteinander in Verbindung und kam zu einem regional differenzierten Ergebnis. »Dort, wo sich die moderne Marktgesellschaft wie in den industriellen Führungsregionen zur kollektiven Erfahrung verdichtete, löste sie Säkularisierungstendenzen aus, die die integrative Kraft des katholischen Milieus auf harte Proben stellten.«⁴¹ Die sozioökonomischen Differenzierungsprozesse drangen zwar verstärkt in den katholischen Bevölkerungsteil ein. Dennoch konnte nicht von einem Zerbersten des katholischen Milieus die Rede sein, vielmehr eher von verstärkten Anstrengungen, die das katholische Milieu im Zeitalter der Marktgesellschaft zu seiner eigenen Reproduktion unternahm.⁴²

Während Loth aus der Analyse des politischen Prozesses heraus sozioökonomische Faktoren im politischen Vergemeinschaftungsprozeß unterstrich, bezweifelten Geoff Eley und David Blackburn schon die Konstruktionslogik und den Ansatzpunkt der Milieutheorie. Sie stellten in ihrer Kritik an allen Theoremen, die das Scheitern der Weimarer Republik langfristig zu erklären unternahmen, den Milieubegriff in eine Reihe mit dem ›Deutschen Sonderweg‹. Beide Theorien – so der Einwand – würden offene historische Entwicklungen auf einen linearen Determinismus redu-

zieren. Eley und Blackbourn waren bemüht, die Modernität von Politik und Gesellschaft im späten Kaiserreich, weniger hingegen die nachwirkenden Spannungslinien von Nationalstaatsbildung und Industrialisierung herauszuarbeiten. Der Milieubegriff wurde im Gefolge dieses Ansatzes zwar beibehalten, aber seines Erkenntnisanspruches beraubt. Stanley Suval zeichnete ein relativ harmonisches Bild koexistierender Sozialmilieus vor 1914 und stellte den Milieubegriff von Lepsius damit auf den Kopf.⁴³

In eine ähnliche Richtung zielte die Kritik von James J. Sheehan. Er wandte ein, daß die politisch-soziale Wirklichkeit Deutschlands im 19. Jahrhundert mehr kurzfristigen Mustern folgte und weniger der langen Dauer, die das Milieukonzept implizierte. Sheehan hielt dieses Konzept daher für eine »im Grunde künstliche Ordnung«,⁴⁴ die der »extreme(n) Kurzatmigkeit und Instabilität« historischer Prozesse im Deutschen Kaiserreich nicht gerecht wurde. Sheehan bezog sich vor allem auf Beobachtungen zu den Radikalisierungsprozessen in der Arbeiterschaft. Dennoch blieben vielerlei kurzfristige Radikalisierungen in längerfristige Kontinuitäten des Wahl- und Organisationsverhaltens eingebunden. Die Beobachtungen Sheehans verwiesen weniger auf den nationalen Zusammenhang des Demokratisierungsprozesses oder der politischen Kultur, als vielmehr auf regionale Heterogenitäten und lokale Radikalisierungen.

Die Kritik am Milieubegriff machte es nötig, das Sozialmilieu nicht nur als erklärende Größe in die historische Argumentation einzubringen, sondern es selbst zum Gegenstand historischer Untersuchungen zu machen.⁴⁵ Das zentrale methodische Problem, dem sich die Milieustudien gegenüber sahen, bestand weniger darin, »konkret-empirisch zwischen lokalen und überlokalen Milieus zu unterscheiden« als vielmehr Milieus eindeutig zu identifizieren.⁴⁶ Seit einigen Jahren liegen hierzu erste Ergebnisse vor. Hans-Jürgen Smula wählte einen quantifizierenden Zugang. Gestützt auf regressionsanalytische Verfahren untersuchte er die Interdependenz von politisch-sozialen Milieus im Landkreis Lüdinghausen während der Weimarer Republik. Smula identifizierte in seiner Mikrostudie Milieus über einen Datenkranz. Eine ähnliche Vorgehensweise wählte Stefan Rüping für die dominant katholischen und überwiegend ländlichen Regionen Coesfeld und Olpe für den Zeitraum von 1912 bis 1972.⁴⁷ Beide Arbeiten stützten sich auf ein immenses Datenmaterial, das die politischen Wahlen um Daten zur Struktur und Mitgliederentwicklung des katholischen Vereinswesens erweiterte.⁴⁸ Hierzu kontrastierte die mehr auf qualitative Befunde gestützte Studie zum katholischen Milieu in der Ettlinger Kleinstadtgesellschaft von Cornelia Rauh-Kühne. Sie stellte in lokaler Verdichtung die politisch-soziale Interaktion zwischen dem lokalen katholischen, dem sozialistischen und dem liberalen Milieu dar. Anders als Rüping und Smula zeichnete sie neben der politischen und sozialen Entwicklung der Milieus

bis ins anschauliche Detail die Wirkungsmuster milieuspezifischer Sozialisations- und Geselligkeitsformen nach.⁴⁹ Die Studie von Doris Kaufmann wandte sich ebenfalls einem städtischen katholischen Milieu zu, konzentrierte sich aber auf die Geschlechterperspektive.⁵⁰ Neben der Hochzeit der Zentrumsparterie zwischen der Jahrhundertwende und 1928 trat die Entstehungsphase des katholischen Milieus vermehrt in den Blickpunkt der Forschung.⁵¹ Jonathan Sperber wies für das Rheinland und für Westfalen in der Mitte des 19. Jahrhunderts nach, daß die Infrastruktur des katholischen Milieus sich bereits vor der Kulturkampfzeit entwickelte, mithin der politische Katholizismus älter war als die Zentrumsparterie.⁵²

Nach wie vor liegen die Entstehung und der Untergang der Sozialmilieus im Dunkeln. Die Stärke des Milieubegriffs zeigte sich eher in Untersuchungen zu etablierten Milieustrukturen und deren Reproduktion. Kontrovers blieb der Niedergang bzw. das Verschwinden der Sozialmilieus. Viel spricht für die These, daß der Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg mit seiner erzwungenen Solidarisierung quer zu den Milieugrenzen in den Bombennächten des Krieges und die Durchmischung der deutschen Bevölkerung durch Flucht und Vertreibung den Milieus die lebensweltliche Grundlage entzog.⁵³ Dagegen hielten Historiker wie Herbert Kühn und Karl-Heinz Naßmacher daran fest, daß die Sozialmilieus noch bis in die 1950er Jahre reichten und erst durch danach die fortschreitende soziale Interessendifferenzierung aufgelöst worden seien.⁵⁴ Für die Phase der etablierten Milieus suchte die historische Forschung nach Kriterien der Typologisierung der Sozialmilieus, um ihren spezifischen Charakter stärker zu fassen. So wurden Milieus nach ihrer Reichweite differenziert in lokal und regional begrenzte »parochiale« und prinzipiell überlokal ausgerichtete Milieus.⁵⁵ Eine weitere Differenzierung richtete sich auf die Integrations- oder Zentrierungsmuster. Sie trennte organisations- von personenzentrierten Milieus, was sich mit der Aufteilung in überlokale und lokale Milieus teilweise deckte.⁵⁶ Aus der individuellen Perspektive ließ sich schließlich zwischen soziokulturell determinierten Milieus und solchen, die man bis zu einem gewissen Grad frei wählen kann, unterscheiden.⁵⁷ Die Differenzierung nach dem Grad an lebensgeschichtlicher Milieudetermination berührt sich eng mit Fragen des Lebensstiles oder des »persönlich-politischen Kontaktfeldes«.⁵⁸

Karl Rohe schlug den Begriff des »politischen Lagers« vor, um damit Phänomene zu erfassen, die der Milieubegrifflichkeit unzugänglich bleiben. Während das Sozialmilieu sich durch positive Gemeinsamkeiten bestimmen ließ, traten in den politischen Lagern die politischen Außenabgrenzungen stärker hervor. »Ein Milieu trägt sich u.U. aus sich heraus, ein Lager dagegen bedarf des Gegenüber.« Mit den »politischen Lagern« sollten Einheiten erfaßt werden, deren politisches Verhalten nicht durch Sozialstruktur oder Soziokultur, sondern durch eine Außenabgrenzung

bestimmt wurde. Rohe ging von politischen Lagern besonders in den Fällen aus, in denen sich einstige Milieugrenzen abgeschliffen hatten. Politische Lager konnten aus mehreren in sich relativ schwach integrierten Milieus oder Parteien bestehen. Sie benötigten eine vergleichsweise starke ideologische Polarisierung, d.h. historische Erinnerungen und Mentalitäten sowie damit verknüpfte Emotionen und Aversionen, um sich behaupten zu können. Rohe nannte drei Lager: das sozialistische, das katholische und das nationale, wobei er für den Katholizismus immer noch die Milieubegrifflichkeit bevorzugte.⁵⁹

Die Lagertheorie beruhte darauf, daß die politische Parteien des Kaiserreiches nicht in Äquidistanz zueinander standen, sondern »daß an bestimmten Stellen im Parteienspektrum subkulturell unterlegte und durch prinzipielle Verwerfungen gekennzeichnete Grenzmarkierungen auftauchen, die andere Qualität besitzen als die üblichen Abgrenzungen zwischen den Parteien«. ⁶⁰ Diese Feststellung kann indessen nur dann gegen die Sozialmilieuthese angeführt werden, wenn diese eine Äquidistanz der Milieus zueinander aussagen würde. Auch die Milieuthese ging von den beiden Zentralkonflikten der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung aus, die sich jeweils in weitere Teilkonflikte auffächerten. Innerhalb eines Zentralkonfliktes bestehen nun größere Affinitäten als zwischen beiden Großkonflikten. So war etwa der regionale Gegensatz dem Konflikt Staat versus Kirche mehr verwandt als demjenigen zwischen Arbeiterschaft und Kapital.

Die Verwerfungen im Parteiensystem jenseits der Milieuthese betrafen vor allem das nationale Lager, d.h. die Parteien mit protestantischer Klientel. Die Lagertheorie Rohes sprach vom sozialistischen und vom nationalen Lager. Die beiden politischen Lager verstetigten die Großkonflikte der Industrialisierung und der Nationalstaatsbildung, weniger dagegen die vier Hauptspannungslinien, die sich aus diesen Großkonflikten ergaben. Politische Lager sind daher auf einer anderen Ebene angesiedelt als die Sozialmilieus. Für den im Grunde älteren Konfessionskonflikt reservierte Rohe immer noch den Milieubegriff. Im Kern blieb das »Lagerdenken« auf den politischen Bereich und hier in erster Linie auf die Wahlen bezogen und richtete sich nicht auf die soziokulturelle Fundierung politischen Handelns.

Das Verhältnis von Sozialmilieus und politischen Lagern kann komplementär und in zeitlicher Aufeinanderfolge verstanden werden. Politische Lager traten traditionell zum einen dort in Erscheinung, wo ein Milieu stark war. Dies führte in der Regel dazu, daß alle nicht in ein dominierendes Milieu Integrierten durch Exklusionsprozesse als eigene Gruppe definiert wurden, obwohl ihre Binnenkohärenz relativ niedrig war. In diesem Sinne konnte das politische Lager komplementär zum Sozialmilieu verstanden

werden. Ihren empirischen Nachweis finden diese Lagerstrukturen z.B. im Zurücktreten der innerliberalen Brüche überall dort, wo sich ein starkes katholisches oder sozialistisches Milieu entwickelte. Lager sind dann sozusagen der Widerpart von Milieus. Diese Lager können in sich wieder sozialmoralische Submilieus enthalten, die durch die gemeinsame Aversion gegen das dominierende Milieu geeint werden. Verstärkt wurde die politische Lagerbildung im Kaiserreich durch das Mehrheitswahlrecht und sein Stichwahlssystem überall dort, wo keine absoluten Mehrheiten für eine einzige Partei im ersten Wahlgang wahrscheinlich waren, wohl aber für das nationale Lager in der Stichwahl. Zum anderen aber folgten Lager auf Milieus zeitlich, indem sie von den Milieus nicht mehr integrierte Gruppen aufnahmen. In diesem Sinne waren Lager die allgemeineren Auffangbecken für Wähler nach dem Milieubruch.

1.3. Eingrenzungen, Vorgehensweise und Quellenlage

Diese Untersuchung wendet sich der regionalen politischen Kultur im preußischen Regierungsbezirk Hessen-Kassel zu. Nordhessen – oder mit dem älteren Namen: Kurhessen – war eine hinreichend große Region und historisch gewachsene Landschaft mit einer gewissen Chance, hier allgemeinere Entwicklungen anzutreffen und politische Kultur am regionalen Exemplar zu analysieren. In dieser historischen Landschaft fanden sich alle vier von Lepsius aufgeführten Sozialmilieus: eine starke reformistische Sozialdemokratie in Kassel, der politische Katholizismus in Fulda, der Liberalismus in Marburg und schließlich die agrarisch konservative Richtung in den nord- und osthessischen Land- und Kleinstädten, in Marburg und Kassel. Auch hier war die Arbeiterbewegung in eine SPD-Hochburg in Kassel und ein zunehmend von der KPD dominiertes Hanau gespalten. Quer zu den Milieulagen stand die regionale Konfliktlinie der Nationalstaatsbildung, da Kurhessen im Krieg von 1866 durch Preußen annektiert worden war. Gleich zwei historische Prozesse überlagerten sich in Kurhessen nach 1866: die Integration des ehemals selbständigen Kurhessen in den preußischen Staatsverband und in den neuen deutschen Nationalstaat.⁶¹ Auch die sozioökonomische Hauptspannungslinie verlängerte sich mit der verspäteten Industrialisierung um die Jahrhundertwende in den Kasseler Bezirk. Nach 1918 kündigten breite Schichten in Nordhessen schon früh den demokratisch-republikanischen Verfassungskonsens auf. In Marburg und den nordhessischen Landstädten erzielten die konservativen Gegner der Weimarer Republik bereits früh Mehrheiten. Auf der anderen Seite behaupteten sich der politische Katholizismus und die SPD bis 1933 in ihren

Hochburgen. In regionaler Brechung wies der Regierungsbezirk Kassel alle wahlgeschichtlichen Charakteristika der Weimarer Republik auf.⁶²

Den zeitlichen Rahmen dieser Studie bildet die Weimarer Republik. Zur Strukturanalyse der Sozialmilieus sind zwar weite Rückgriffe in das 19. Jahrhundert nötig, um Ursachen und Traditionen, historische Längen und Lebenswelten angemessen beschreiben zu können. Dennoch geht das Gliederungsprinzip dieser Studie von der politischen Kultur der Weimarer Republik aus, um dem Scheitern der Republik in der Provinz auf der Spur zu bleiben. Das Weimarer Parteiensystem unterschied sich in bestimmter Hinsicht von dem des Kaiserreiches. Es wies Momente der Kontinuität, aber auch der Diskontinuität auf.⁶³ Lepsius hatte das Parteiensystem der Zeit von 1871 bis 1928 in vier Sozialmilieus aufgeteilt, das katholische, das sozialdemokratische, das bürgerlich-städtisch-liberale und das agrarisch-konservative. Das Parteiensystem der Weimarer Republik stimmte hiermit schon nicht mehr überein. Es wies gleichzeitig Momente der Ausweitung und der Einengung auf. Zu den politischen Richtungen des Kaiserreiches kamen die Kommunisten und die Interessenparteien hinzu, die das Parteiensystem kräftig aufblähten. Bereits vor 1914 war der politische Liberalismus im Niedergang begriffen, was sich ab dem Frühjahr 1919 beschleunigt fortsetzte. Die Erosion der liberalen Parteien erlaubt es im Grunde nicht, den Liberalismus als separates Milieu in der Weimarer Republik zu beschreiben. Das liberale und das konservative Sozialmilieu werden daher zusammen behandelt, weil die Konservativen als direkte oder indirekte Erben den Liberalen in deren Hochburgen folgten.⁶⁴ Durch diesen Erosionsprozeß ergeben sich weitere Fragen: Lösten die Konservativen die Liberalen auch in ihrem Milieu als »politischer Aktionsausschuß« ab? Wie richtete sich die ehemals liberale Vereinskultur politisch aus, nachdem die Einbindung in ein politisches Sozialmilieu verloren gegangen war? Da auch die DNVP sich politisch nicht stabilisieren konnten und die NSDAP ihr Wählerpotential beerbte, stellt sich die Frage nach einem nationalsozialistischen politischen Sozialmilieu und Vereinsmilieu. Diese Frage kann hier nur am Rande erörtert werden. Nicht die nationalsozialistische Durchdringung der konservativen Wählerschaft steht im Mittelpunkt, sondern ihre Voraussetzung, der Verlust traditioneller Milieubindungen mit eingebauter politischer Parteipräferenz. Nicht die Binnenstruktur der NSDAP, sondern die Erosion und Stabilisierung der älteren Sozialmilieus sind Gegenstand dieser Studie.

Die Analyse kann auf eine reiche und vielfältige Quellenlage zurückgreifen. Die wichtigste Quelle stellt die Milieupresse dar. Sie übernahm neben der Funktion der Information die weitaus wichtigere der milieuinternen Kommunikation. Hier wurden maßgebliche Deutungsstandards in Umlauf gesetzt und den Vereinen und Verbänden Raum für Selbstdarstellung und

Artikulation gegeben. Da seit ca. 1890 Belegexemplare aller Druckerzeugnisse aus Hessen-Kassel in der Landesuniversität Marburg gesammelt wurden, stellt das unzerstörte Pressearchiv der Universitätsbibliothek Marburg die bei weitem bedeutendste Sammlung milieurelevanter Quellen dar. Daneben spiegeln eine Vielzahl von Festschriften, lokalen Gemeinde- und Ortschroniken und Protokollen die Probleme der Milieureproduktion wider. Zur Analyse des Wandels im Vereinswesen dienten die Adreßbücher der untersuchten Städte. Eine externe Sicht auf die weltanschaulichen Gruppen bieten die Polizeiberichte an das Regierungspräsidium in Kassel, die im Hessischen Staatsarchiv in Marburg bis 1924 dokumentiert sind. Für die kommunistische Teilkultur in Hanau ist das Historische Archiv der KPD im früheren »Institut für Marxismus-Leninismus«, dem heutigen »Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung« in Berlin, die wichtigste Quellenbasis.

Neben qualifizierenden Aussagen versucht diese Studie, die Sozialmilieus quantitativ abzugrenzen. Den statistischen Angaben in dieser Studie liegen die Auswertungen der Volks- und Betriebszählungen und der Gemeindelexika zugrunde. Die Auswertung politischer Daten auf Gemeindeebene ist seit wenigen Jahren für Hessen-Kassel möglich, nachdem Thomas Klein die Wahldaten in einem »Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte« veröffentlichte.⁶⁵ Die kirchlichen Daten sind teils veröffentlicht, teils über die Originalzählbögen im Bistumsarchiv Fulda vervollständigt und verfeinert worden. Ein wichtiges Hilfsmittel zur Untersuchung der kirchlichen Bindung im Protestantismus stellten die 1928 von Gerhard Ritter publizierten Daten im »Kirchlichen Handbuch der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel« dar, die in diachroner Hinsicht durch die Daten aus dem »Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland 1850 – 1940« ergänzt und angereichert wurden.⁶⁶

Der Untersuchung der einzelnen Sozialmilieus geht eine strukturelle Darstellung der Rahmenbedingungen von Milieubildung und Persistenz voraus (2. Kapitel). Der weiteren Gliederung liegen die soziostrukturellen Dispositionen der Milieus zugrunde. Nach den schichtenheterogenen Sozialmilieus der Katholiken (3. Kapitel), Liberalen und Konservativen (4. Kapitel) werden die vergleichsweise schichtenhomogenen Milieus der sozialdemokratischen Arbeiter Kassels (5. Kapitel) und der Kommunisten in Hanau (6. Kapitel) untersucht. In einem knappen Resümee (7. Kapitel) sollen die Ergebnisse dieser Arbeit zum Schluß systematisiert werden.

2. Die Kontinuität in der Diskontinuität: Bruchlinien und Milieugrenzen

Der Industrialisierungsprozeß stellte das entscheidende Antriebsmoment für die Geschichte der Sozialmilieus dar, indem er weite Teile der Bevölkerung aus vertrauten Sozialbezügen und engmaschigen Lebenswelten freisetzte. Die verstärkt einsetzende Wanderung vom Land in die Stadt dynamisierte das Verhältnis von Stadt und Land. Ländliche Schichten brachten ihre Selbst- und Fremddefinitionen mit in die Stadt. Die Stadt wurde über die Migrationsbewegungen einlässig für Mentalitäten von längerer Dauer. Sozialmilieus werfen die Frage nach der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels auf, weil sich kulturelle Selbstverständnisse offenbar nicht in der gleichen Geschwindigkeit wie soziale Rollen änderten.¹ Sozialmilieus können vor diesem Hintergrund als ein Versuch gedeutet werden, sekundäre und indirekte Identitäten aufzubauen und zu erhalten, nachdem der gesellschaftliche Wandel die direkten und primären Identitätsmuster ins Wanken gebracht hatte. Sozialmilieus waren ein Ergebnis gesellschaftlicher Modernisierung und keineswegs nur organisierter Nachhall vormoderner Traditionen innerhalb einer sich modernisierenden Umwelt.

Der allmähliche Wandlungsprozeß soziokultureller Identitäten löste eine Welle der Selbstorganisation aus. Hierfür spielten Identifikationen eine Rolle, die quer zu den industriegesellschaftlichen Polaritäten von Arbeitskraftnachfrage und -angebot lagen. Die wichtigste dieser ›cross-line identities‹ war die konfessionelle. Ihre starke Prägekraft beruhte auf einer langen geschichtlichen Tradition und ging dem Industrialisierungsprozeß voraus. In die gleiche Richtung wirkte die nebenberufliche Landwirtschaft in der Arbeiterschaft. Beide Momente stellten gegenläufig zu den sich verstärkenden industriegesellschaftlichen Bruchlinien Momente der fortdauernden Kontinuität dar. Wo genau also lagen die Diskontinuitäten, wo die Kontinuitäten in der kurhessischen Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts? Welche Momente in der spezifischen historischen Entwicklung Hessen-Kassels ermöglichten die Ausbildung gegeneinander weitgehend abgeschotteter sozialmoralischer Gruppen und begünstigten deren Fortdauer?

2.1. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel Hessen-Kassels

Die gedrängte wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Regierungsbezirkes Kassel nach 1866 brachte zwar ein quantitatives Anwachsen überkommener Gegensätze, wie etwa desjenigen zwischen Stadt und Land. Deren qualitative Differenz verringerte sich dagegen. Die quantitativ anwachsenden Städte schufen nicht sofort urbanisierte Lebensräume, sondern wurden einlässig für die hinzugekommenen Mentalitäten, Sozialmoralen und Gebräuche. Dies galt vor allem dort, wo sich der Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß in relativ kurzer Zeit vollzog. Ein Indiz hierfür stellt die im Kasseler Bezirk dominierende Nahwanderung in der Industrialisierungsphase dar, die die Fernwanderung bei weitem überwog. In die Städte nahgewanderte Personen hielten sehr viel häufiger die Verbindung zu ihrem Herkunftsort aufrecht, als dies nach einer Migration über lange Distanzen der Fall war. Anders als in anderen Reichsgebieten, wo sich – wie in Westfalen oder an Rhein und Ruhr – große Fernwanderungsbewegungen aus dem Osten des Reiches konzentrierten, blieb die ›Herkunft aus der Zählgemeinde‹, also die Bodenständigkeit, im Regierungsbezirk Kassel sehr hoch. Für den gesamten Regierungsbezirk wiesen die Daten 1905 einen erstaunlich hohen Prozentsatz an Ortsgebürtigen aus. Im Durchschnitt des Bezirkes waren etwa zwei Drittel der Bewohner in ihrer Zählgemeinde geboren.² Die Bodenständigkeit der Hessen blieb auch in der Weimarer Republik vergleichsweise hoch. 84,3% der Bevölkerung Hessen-Nassaus in 1925 hatten schon vor dem 1. August 1914 in der Provinz gewohnt. Die relative Kontinuität des angestammten Wohnumfeldes begünstigte die Fortdauer traditioneller Mentalitäten.³

2.1.1. Stadt und Land: Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbewegungen

1895 wohnten in Preußen mehr Einwohner in der Stadt als auf dem Land.⁴ Hinter den preußischen Durchschnittswerten verbargen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Provinzen und Regierungsbezirken, die nicht im gleichen Tempo diesem Prozeß folgten. Neben hochgradig verstäderten Räumen umfaßte der größte deutsche Bundesstaat auch Regionen wie den Regierungsbezirk Kassel mit einem deutlichen Übergewicht ländlicher Bevölkerung. Die ländliche Lebensweise stellte noch in der Weimarer Republik ein bevölkerungsgeschichtliches Charakteristikum ersten Ranges für Hessen-Kassel dar.⁵

Die ländliche Bevölkerung. 1910 überwog in der gesamten Provinz Hessen-Nassau die städtische Bevölkerung. Im Regierungsbezirk Kassel wohnten indessen noch 1933 mehr Einwohner auf dem Land als in der Stadt, um die Jahrhundertwende waren es noch etwa zwei Drittel gewesen.⁶ Die städtische Bevölkerung Hessen-Kassels war in der Weimarer Republik deutlich unterrepräsentiert (vgl. Graphik 1).⁷ Der Kasseler Bezirk stellte keine bevölkerungs- und urbanisierungsgeschichtliche Ausnahme dar. Sowohl in Preußen wie auch im Deutschen Reich hatte die Urbanisierung nicht zu einer Entleerung des flachen Landes geführt.⁸ Die Kleindörfer behaupteten sich als zweitstärkste Ortsgrößenklasse bis weit in das 20. Jahrhundert hinein: in Preußen bis 1910, im Deutschen Reich sogar bis 1925. Diese Diskontinuität oder Bipolarität mit Spitzenwerten an den Rändern der Gemeindegrößenklassenskala bei den Kleindörfern und den Großstädten blieb ein Charakteristikum der Bevölkerungsgeschichte.⁹ Im Regierungsbezirk Kassel trat diese Zweipoligkeit der Gemeindegrößenklassenverteilung besonders krass hervor. Hier nahmen die Kleindörfer den ersten Platz ein, gefolgt von den Dörfern und dann erst der einzigen Großstadt des Bezirkes, nämlich Kassel.

Mit einem Übergewicht von ca. 56% zu 44% zugunsten der ländlichen Bevölkerung lag der Kasseler Bezirk 1925 in der Nähe des ländlichen Bevölkerungsanteiles der preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen. Etwa 40% der ländlichen Bevölkerung Kurhessens wohnte bis in die Endphase der Weimarer Republik hinein in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern. Während in Preußen das Schwergewicht der zurückgehenden ländlichen Bevölkerung in den Kleindörfern lag, behaupteten sich in Hessen-Kassel die Dörfer länger. Von den 20 Landkreisen des Bezirkes wohnten 1910 in 19 über 60% der Kreisbevölkerung auf dem Land, in 12 Kreisen waren es sogar mehr als drei Viertel. Bis 1933 änderte sich an diesem Bild wenig. Dies schlug sich auch in der Anzahl der ländlichen Gemeinden nieder. Hessen-Kassel zählte mit 1.599 ländlichen Gemeinden so viele wie kein anderer westdeutscher Verwaltungsbezirk.¹⁰

Die Zuwachsraten der ländlichen Bevölkerung Hessen-Kassels bestätigten dieses Bild. Die Dörfer wuchsen hier deutlich stärker als in Westdeutschland oder in Preußen. Die dörfliche Bevölkerung nahm mit 4% Zuwachs zwischen 1910 und 1925 viermal so stark zu wie im Reich. Das quantitative Anwachsen der ländlichen Gemeinden zu statistischen Städten, Land- oder Kleinstädten führte nicht zur Verdrängung der ländlichen durch die urbane Lebensweise. Auch wenn die Landgemeinden sich vergrößerten und als »städtische Gemeinden« mit 1.000 bis 2.000 Einwohnern gezählt wurden, so verblieben sie zumeist dennoch im ländlichen Kulturraum. Der allmähliche Übergang der ländlichen in eine städtische Siedlungsweise vollzog sich in einer Vielzahl statistischer Städte (über 2.000

Einwohner), die dennoch kein Stadtrecht besaßen. Unter den 43 statistischen Landstädten (2.000 bis 5.000 Einwohner) in 1925 hatten 15 Landgemeinden noch kein Stadtrecht. Selbst unter den acht Kleinstädten des Bezirkes (5.000 bis 20.000 Einwohner) befanden sich drei Landgemeinden.¹¹

Bevölkerungsdichte. Für eine Untersuchung von Sozialmilieus ist in bevölkerungsgeschichtlicher Hinsicht besonders der Parameter Bevölkerungsdichte interessant. Denn erst ab einer gewissen Verdichtung von Bevölkerung ist die Organisation der Ideologie praktisch möglich. Vereine und Verbände setzen ein vergleichsweise dichtes Kommunikationsnetz voraus. Die Stadt-Land-Polarität im Regierungsbezirk Kassel fand ihre markanteste Ausprägung im Gefälle der Bevölkerungsdichte zwischen den städtischen Regionen und den ländlichen Räumen. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Kasseler Bezirkes lag etwas niedriger als in Preußen.¹² Kassel war einer der wenigen Regierungsbezirke mit landesdurchschnittlichen Werten. Aber auch hier schwankten die Siedlungsdichten enorm. Die städtischen Regionen Kassel, Fulda, Hanau und Marburg bildeten jeweils den Kern einer Bevölkerungsdichtezone. Um diese städtischen Gebiete herum gruppierten sich Landkreise mit abnehmender Siedlungsdichte. In der nordhessischen Region ballte sich die Bevölkerung um die Stadt Kassel. Im Umfeld des Stadtkreises Hanau nahmen die Siedlungsdichten gleichfalls ab. Der oberhessische Raum um Marburg und der osthessische Raum um Fulda bildeten ebenfalls voneinander durch abnehmende Bevölkerungsdichten getrennte Dichtezone. Die am dünnsten besiedelten Landkreise lagen relativ weit entfernt von den Dichtezentren. Ab etwa 1910 dehnten sich die Dichtezentren des Regierungsbezirkes Kassel in der zweiten Urbanisierungsphase stark aus. Besonders Kassel und Hanau, in geringerem Maße aber auch Marburg und Fulda vergrößerten sich über Eingemeindungen ihrer Arbeitervororte. Die Städte des Kasseler Regierungsbezirkes wuchsen in das Umland hinein, wo Arbeiterwohngebiete und Industrieansiedlungen wegen günstigerer Grundstückspreise entstanden. In den stadtnahen Landkreisen Kassel und mehr noch in Hanau stieg die Bevölkerungsdichte zwischen 1910 und 1925 deutlich an.¹³ Dieser Prozeß der Erweiterung der Dichtezonen durch Zuzug in Randgebiete und Eingemeindungen verstärkte die Tendenz zur gegenseitigen Durchdringung städtischer und ländlicher Lebensweisen. Die quantitative Urbanisierungstendenz hielt zwar auch unvermindert in der Weimarer Republik an, ohne indessen die gleitenden Übergänge zwischen städtischer und ländlicher Kultur zu beseitigen.

Bevölkerungswachstum. Die ländliche Bevölkerung und hier vor allem der Geburtenüberschuß, der auf dem Land keine Arbeit fand, wanderte auch im Regierungsbezirk Kassel bevorzugt in die Städte. Das Bevölkerungswachstum in Kurhessen und im Regierungsbezirk Kassel hatte vor 1866 lange Zeit stagniert. Erst nach 1880 wuchs die Bevölkerung wieder stärker an. Der Höhepunkt der Bevölkerungszunahme wurde nach der Jahrhundertwende erreicht. In den Zählperioden zwischen 1885 und 1905 und zwischen 1905 und 1933 nahm die kurhessische Bevölkerung um jeweils ein Viertel zu. Der Bevölkerungszuwachs für den Regierungsbezirk Kassel lag bei der Volkszählung 1925 zwischen den vergleichsweise niedrigen süd- und ostdeutschen Werten und der enormen Zunahme der Wohnbevölkerung im Rheinland und in Westfalen. Das Bevölkerungswachstum im Kasseler Bezirk wie schon die Siedlungsdichte war im Rahmen der hohen Schwankungen in Preußen zwischen den östlichen und den westlichen Landesteilen etwa durchschnittlich.

Das Wachstum der Bevölkerung entwickelte sich jedoch auch in Hessen-Kassel lokal sehr unterschiedlich. In der ersten Urbanisierungsphase zwischen 1885 und 1905 wuchsen besonders die Städte überdurchschnittlich. So stieg die Bevölkerung des Stadtkreises Kassel um ca. drei Viertel. In der nordhessischen, der osthessischen und der oberhessischen Bevölkerungsdichtezone trat dieser Trend offen zutage. In der zweiten Urbanisierungsphase nach 1910 wandelte sich das Bild, indem nun das Bevölkerungswachstum in der Hauptsache von den stadtnahen Landkreisen getragen wurde.

Die einzelnen Komponenten des Bevölkerungswachstums waren im Regierungsbezirk Kassel anders gewichtet als im Freistaat Preußen. Der Geburtenüberschuß lag in Hessen-Kassel höher als in Preußen, gleichzeitig wanderten mehr Bewohner ab. Unter den Faktoren, die zu dem starken Geburtenüberschuß führten, nahm die rückläufige Säuglingssterblichkeit den ersten Rang ein.¹⁴ Die Angaben für den gesamten Bezirk setzten sich auch in diesem Punkt aus sehr unterschiedlichen einzelnen Daten der Kreise zusammen. In den ländlichen Kreisen waren 1925 die Geburtenüberschüsse mit weit über 20% besonders hoch. Gleichzeitig wanderten aus diesen Kreisen überdurchschnittlich viele Einwohner ab, so daß im Ergebnis das Bevölkerungswachstum stagnierte. Den hohen Geburtenzuwachsfiguren auf dem Land standen niedrigere Werte in den Stadtkreisen gegenüber. Das städtische Bevölkerungswachstum speiste sich in erster Linie aus Zuwanderung. Der Geburtenüberschuß im Stadtkreis Kassel lag 1925 nur bei 1,2%, während 10,6% der Bevölkerung zugewandert waren. Ähnlich sah das Bild in Fulda, Hanau und Marburg aus.

Zwischen 1925 und 1933 milderten sich die Kontraste zwischen Fertilität und Wanderungsbewegung ab. Die städtischen Regionen wiesen zwar

immer noch die niedrigsten Geburtenüberschüsse auf, auf dem Land dagegen waren 1933 keine überdurchschnittlichen Geburtenüberschüsse mehr zu verzeichnen. Die bevölkerungsgeschichtlichen Faktoren in Stadt und Land hatten sich 1933 weitgehend einander angeglichen.¹⁵ Die Weltwirtschaftskrise bremste den Zuzug in die Stadt. Die Wanderung tendierte wieder eher auf das Land. Der »Zug zum Land« resultierte aus den fehlenden Verdienstmöglichkeiten in der Stadt und der Subsistenzwirtschaft auf dem Land. Die Weltwirtschaftskrise verstärkte die schon vorher zu verzeichnende Tendenz hin zu Arbeiterbauernhöfen mit einem hohem Anteil nebenerwerblicher Landwirtschaft. Durch Wirtschaftskrisen bedingt verstärkte sich die Durchmischung von Lebensformen aus Stadt und Land am Ende der Weimarer Republik.

Wanderungsbewegungen und Ortsgebürtigkeit. Gerade die Wanderungsbewegungen begründeten einen vermehrten Bedarf an sekundärer Integration. Hierfür spielte das Vereinswesen eine entscheidende Rolle. Aufbauend auf älteren Organisationsformen der Handwerker entstanden bald neue Assoziationsformen. Die Persistenz der Vereine setzte jedoch die Konstanz ihrer Mitglieder bzw. eine in Grenzen gehaltene Fluktuation voraus. Mit anderen Worten: ab einem bestimmten Ausmaß mehrmaliger räumlicher Mobilität stießen die Mittel der Vereinskultur zur sekundären Integration auf unüberwindbare Hindernisse. Die Kommunikationsformen einer Subkultur erlangte nur unter den Bedingungen hoher Bodenständigkeit Kontinuität. Die Organisation mobiler Schichten, die kaum an einen Arbeits- und Wohnort gebunden waren, gestaltete sich hingegen schwierig. Deren Integration hatte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sich ideologische Rahmen finden ließen, die die industriegesellschaftliche Mobilität selbst thematisierten. Räumliche Mobilität erschwerte den Aufbau beständiger Organisationskulturen mit ihrem hohen Bedarf an personeller Kontinuität. Es war die im Kasseler Bezirk hohe Ortsgebürtigkeit bzw. »Bodenständigkeit«, die daher die Ausbildung eines tiefgestaffelten Vereinswesens begünstigte.

2.1.2. *Industrievolk und Landvolk: Regionale Industrialisierung und Agrargeschichte*

Die Polarität zwischen Stadt und Land umfaßte politische, kulturelle und vor allem wirtschaftliche Faktoren. Mit neuen Arbeitskräften kamen auch neue Lebensstile vom Land in die Stadt. Stadt- und Großstadtleben stellte im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert noch weitgehend

eine Mischung aus verschiedenen Lebensstilen, aus dörflicher und urbaner Lebensweise und Kultur dar. Stadtleben pur in Entgegensetzung zum Land fand sich selten in reiner Ausprägung. Verbreitet waren dagegen auch in den Städten »Kleintierhaltung und Rübenecken, Kartoffelanbau und Hausschlachtfeste«. ¹⁶ Während sich die Wirtschafts- und Sozialstruktur in den ländlichen Kreisen nur allmählich und langsam änderte, beschleunigte der Zug vom Land in die Stadt den Wandel in Wirtschaft, Sozialgefüge und kultureller Gemengelage der industriellen Zentren des Regierungsbezirkes Kassel. Der kulturelle Transfer zwischen Stadt und Land verlief – wenn auch unterschiedlich stark – in beide Richtungen. Über Rückwanderungen, aufrechterhaltene Familienbeziehungen und den Austausch von Waren und Konsum vermittelte sich nicht nur ein neues Bild der Stadt auf dem Land, dessen Selbstverständnis wurde durch derlei kulturellen Transfer ebenfalls verändert. ¹⁷

Migration, kultureller und sozialer Wandel setzten in Hessen-Kassel gegenüber dem Deutschen Reich und Preußen verspätet ein. Traditionelle wirtschaftliche und kulturelle Strukturen herrschten bis ins ausgehende 19. Jahrhundert vor. Urbanität konnte sich vor diesem Hintergrund nur sehr fragmentarisch entwickeln. Bis zum Ende des Kurstaates stellte die Abneigung des Kasseler Regenten gegen fremdes Kapital ein unüberwindliches Hindernis für eine Gewerbeansiedlung großen Stiles dar. So protestierte etwa die kurhessische Ständeversammlung am 24. November 1864 gegen den kurfürstliche Opposition gegen die Gewerbefreiheit. ¹⁸ Die Wirtschafts- und Sozialstruktur Hessen-Kassels wurde erst in einem langsamen Transformationsprozeß industriegesellschaftlich überformt. Die Industriegesellschaft setzte sich erst verspätet mit der gewerbefreundlichen Politik der neuen preußischen Herren ab 1866 und dann auch nur zögerlich und in wenigen wirtschaftlichen Zentren des Kasseler Bezirkes durch.

Als Indikator für diesen Prozeß kann die Erwerbstätigkeit gelten. ¹⁹ Zwischen 1882 und 1895 nahm die Bevölkerungszahl des Bezirkes nur geringfügig um 3,4% zu, die Zahl der Erwerbstätigen schnellte im gleichen Zeitraum um das Dreieinhalbfache (11,9%) hinauf. Die größten Zuwachsraten in der Phase der beginnenden Industrialisierung Hessen-Kassels verbuchte die Erwerbssparte »Industrie und Handwerk«. Die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten stieg im Zeitraum von 1882 bis 1895 um ca. 14.000 auf 14,2% aller Erwerbstätigen an. Die Industriebevölkerung, d.h. alle Berufszugehörigen im sekundären Wirtschaftssektor, nahm gleichzeitig um 28.000 auf 10,4% zu. Aber erst zwischen 1895 und 1907 überrundete der sekundäre Sektor die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft machte 1895 noch knapp 40%, 1907 hingegen nur noch ein gutes Drittel aller Berufstätigen aus. Handwerk und Industrie überrundeten in dieser Zeit den Agrarsektor und stiegen von 35,5% auf 40,0%. Die Zahl der in

Industrie und Handwerk Erwerbstätigen wuchs bis 1925 enorm. Danach verzeichnete sie eine deutliche Abschwungphase. ²⁰

Der Agrarsektor wurde durch die Industrialisierung keineswegs marginalisiert. Zum einen blieb die Landwirtschaft bestimmender wirtschaftlicher Faktor auf dem Land. In stadtnahen Gebieten spielte sie aufgrund der hohen Attraktivität der Subsistenzwirtschaft für die Arbeiterschaft eine große Rolle. Die absolute Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen stieg zwischen 1907 und 1925 sogar um etwa 40.000 an. Erst ab 1925 machte sich die sinkende Bedeutung des agrarischen Sektors in einem leichten Rückgang seiner Erwerbstätigen bemerkbar. ²¹

Außerhalb der Stadt- und Landkreise Hanau und Kassel verzeichneten alle anderen Kreise einen überdurchschnittlichen Anteil an Berufszugehörigen in der Landwirtschaft. In zehn Landkreisen und den vier restlichen Kreisgebieten um die Kreisstädte Marburg, Fulda, Eschwege und Hersfeld arbeiteten 1925 noch über 50% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Auch die industrialisierten Nebenzentren Eschwege und Hersfeld und die unmittelbaren Nachbarkreise der Industriezentren Kassel und Hanau waren immer noch vom Primärsektor geprägt. Landwirtschaft und Industrie traten in Hessen-Kassel in einer für diesen Bezirk charakteristischen Mischverfassung auf. Die Industriebetriebe konzentrierten sich im wesentlichen auf die Kreisstädte. Schon das unmittelbar angrenzende Kreisgebiet war in der Regel agrarisch geprägt. Das enge räumliche Nebeneinander von Industrie und Landwirtschaft begünstigte alle möglichen Misch-, Doppel- und Zwitterformen, die Industriearbeit und Landwirtschaft miteinander verbanden. ²² Diese Mischverfassung wies eine geschlechterspezifische Aufgabenverteilung auf. Die Notwendigkeit, landwirtschaftlichen Nebenerwerb mit Industriearbeit zu koordinieren, hatte eine neue berufliche Rollenverteilung zwischen Mann und Frau zur Folge. ²³ Während die abhängige Industriearbeit in den Fabriken eine Männerdomäne blieb, verrichteten ihre Angehörigen, also vor allem die Ehefrauen, in der Arbeitszeit ihrer Männer die anfallenden Arbeiten in der Landwirtschaft. Nach Feierabend ging die Arbeit in der heimischen Landwirtschaft weiter, genauso wie der Urlaub dem Einbringen der Ernte diente. Trotzdem der Anteil der Landwirtschaft an der hauptberuflichen Erwerbsbevölkerung zurückging, prägte sie über die vielen nebenerwerblichen Betriebe die Lebenswelt und den Alltag breiter Schichten in den ländlichen Kreisen Nordhessens.

Der Stellenwert des Sektors Industrie und Handwerk und seine fortschreitende interne Differenzierung sind an der Verteilung der Berufszugehörigkeiten in den verschiedenen Wirtschaftssektoren ablesbar. Seit 1907 stellte die Industriebevölkerung den größten Anteil an der Bezirksbevölkerung. Erwerbstätigkeit und Berufszugehörigkeit für den Kasseler Bezirk

bestätigten damit die Befunde, die sich schon bei der Bevölkerungsentwicklung des Bezirkes ergaben. Hessen-Kassel durfte als agrarisch-industrieller Mischbezirk bezeichnet werden, der sowohl Merkmale einer weiterbestehenden Agrargesellschaft als auch die Signatur einer sich durchsetzenden Industriegesellschaft trug.

Die Industrialisierung beschränkte sich anfangs auf zwei Zentren: Kassel und Hanau. Der Aufschwung von Industrie und Gewerbe in beiden Landkreisen war sowohl Folge als auch Anlaß für eine weitere Zuwanderung von Arbeitskräften. Nachdem sich die Betriebe zunächst schwerpunktmäßig in den Städten angesiedelt hatten, zog die Industrie nach 1910 verstärkt auf das Land, bis schließlich die beiden stadtnahen Landkreise Kassel und Hanau mehr Industriebevölkerung als die Städte Kassel und Hanau aufwiesen.²⁴

Die industriellen Dichtezonen entsprachen im Regierungsbezirk Kassel im wesentlichen den Bevölkerungsdichtezonen. Bis auf den oberhessischen Raum waren die jeweils am stärksten industrialisierten Gegenden die Kerngebiete der jeweiligen Dichtezonen: Hanau und Kassel mit den Nebenzentren Eschwege und Hersfeld in Nordhessen und Fulda in Osthessen. 1925 war über die Hälfte der Bevölkerung Kassels und Hanaus von Industrie und Handwerk abhängig. Aufgrund seiner längeren Industrialisierung überstieg der prozentuale Anteil der in der Industrie tätigen oder von ihr abhängigen Bevölkerung Hanaus mit 56,7% nicht nur den Wert für Kassel, sondern auch aller anderen Kreise. Die beiden industrialisierten Gebiete im Regierungsbezirk Kassel unterschieden sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zusammensetzung und ihrer Dynamik. Kassel besaß eine alte Tradition des Lokomotivenbaues (Henschel) und benötigte viele ungelernte oder schnell anlernbare Arbeitskräfte. Dagegen war die Hanauer Edelmetallindustrie schon seit dem 17. Jahrhundert auf hoch qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Die Hanauer Edelmetallwarenproduktion unterschied sich von der Pforzheims durch ihre kleinhandwerkliche und arbeitsintensive Produktionsweise.

2.1.3. Die soziale Differenzierung Hessen-Kassels

Die Industrialisierung zog auch in Hessen-Kassel einen Rückgang der Selbständigen und den Vormarsch der Unselbständigen nach sich. 1871 war noch mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen im Kasseler Bezirk selbständig, 1933 war es weniger als ein Fünftel. Dieser Rückgang resultierte zum überwiegenden Teil aus der Abwanderung von der selbständig betriebenen Landwirtschaft in die Industriebetriebe. Da der agrarische

Sektor aber seine Stellung behauptete, lag der Selbständigenanteil über dem Reichsdurchschnitt. Die größte Berufsgruppe waren 1925 mit knapp 40% die Arbeiter. Arbeiter stellten vor allem in den stadtangrenzenden Landkreisen und Kreisteilen den prozentual höchsten Anteil unter den Erwerbstätigen. In den Städten lag der Arbeiteranteil bei ca. 42%, während er auf dem Land immer noch 36,8% betrug. Spitzenreiter im Arbeiteranteil in der Sozialstruktur des Regierungsbezirkes waren die Landkreise Kassel und Hanau, gefolgt vom Stadtkreis Hanau und den Stadtgemeinden Eschwege und Hersfeld. Schlußlichter mit weniger als einem Viertel Arbeiterschaft bildeten die Landkreise Frankenberg und Gersfeld.²⁵

Die Verquickung von Industrie mit agrarischem Hinterland trat im Kasseler Raum besonders deutlich hervor. Hier grenzten Industriekreise unmittelbar an agrarische Kreise. Zwischen den Kreisen Kassel-Land und Wolfhagen bestand ein Gefälle im Arbeiteranteil von 27%. Im Kreis Witzenhausen war der Unterschied so deutlich, daß die SPD zwei Kreisverbände bildete.²⁶ Im Hanauer Raum fiel dieser Kontrast nicht ganz so deutlich aus, Hanau-Land und Gelnhausen wiesen ein Gefälle im Arbeiteranteil von 16,4% auf, was auf die längere industrielle Geschichte des Hanauer Wirtschaftsraumes zurückzuführen war.

Der hohe Anteil ländlicher Arbeiterschaft fand Lohn und Brot in den zahlreichen ländlichen Industriestandorten der ›Steine und Erden‹ sowie der Textilbranche oder dem Baugewerbe. Ein großer Teil der Landbevölkerung trieb Landwirtschaft, pendelte in die nächste Stadt ein und verband Fabrikarbeit mit Freizeitlandwirtschaft. Hierauf deutete nicht zuletzt die hohe Zahl der mithelfenden Familienangehörigen hin. Den Regierungsbezirk Kassel der Weimarer Republik kennzeichneten zwei nur scheinbar widersprüchliche Merkmale: die hohe Verdichtung der Arbeiterschaft in den städtischen und stadtnahen Ballungsräumen und der beträchtliche Anteil der ländlichen Arbeiterschaft.

Hessen-Kassel wies eine für die Ausbildung sozialmoralischer Milieus günstige Disposition beim Übergang von der traditionellen Agrar- zur Industriegesellschaft auf. Der Wandel war an den Bevölkerungsbewegungen vom Land in die Stadt zwar deutlich abzulesen, er war jedoch nicht so stark und trat im Vergleich mit anderen Reichsgebieten erst so verspätet ein, daß er die bestehenden Bindungen und Loyalitäten nicht restlos zerstörte, sondern eher neu gruppierte. Erst beide Faktoren zusammen, die räumliche Mobilität und die mentale Kontinuität begründeten den Drang zur sekundären Integration wie auch dessen Ermöglichung auf sozialmoralischer Grundlage.

2.2. Die Kontinuität im Wandel: Lebenswelt und regionale Kultur

Die wirtschaftlichen und sozialen Umbruchsprozesse der Jahrhundertwende veränderten nachhaltig und in relativ kurzer Zeit die lebensweltlichen Bedingungen in den Städten des Regierungsbezirkes Kassel. Jahrhundertelang gewachsene kulturelle Identitäten wurden in kurzer Zeit überformt oder unterlagen der Auszehrung. Die Lebensrhythmen und das Zeitgefühl der Bevölkerung auf dem Land wurden bis ins zwanzigste Jahrhundert kaum berührt von der Erfahrung der Zeitbeschleunigung, die die Entwicklung in den Städten kennzeichnete. Grundlegend für diese Phase war die kulturelle Bewältigung des ökonomischen und sozialen Wandels, also die allmähliche Umformung traditioneller Werte und Normen in eine Sozialmoral neuen Zuschnitts, die sowohl die Kontinuität mit der Herkunft sicherte als auch einen aktuellen Handlungszusammenhang begründete. Im Sinne der Milieuentstehung stellt sich hier die entscheidende Frage nach der Ausbildung von Sozialmoralen, bzw. des Übergangs von Normen zu Sozialmoralen.²⁷ Worin also bestanden die kulturellen Ausgangsbedingungen zum Zeitpunkt der Frühindustrialisierung und wie wurden sie im Laufe der historischen Entwicklung transformiert? Welchen Veränderungen unterlagen Selbst- und Fremddeutung der betroffenen Bevölkerungsteile? In welchen Etappen verlief der Aufbau inhaltlich scharf umrissener Sozialmoralen?

Der kulturelle Wandel und die Identitätsbildung unter den Bedingungen einer sich rasch verändernden Umwelt griff in weiten Bevölkerungsschichten auf außer-, nicht- oder vorindustriegesellschaftliche Orientierungsmuster zurück. Unter den Verlierern der wirtschaftlichen Erneuerungswelle, innerhalb der sozialen Unterschichten, konkurrierten verschiedene Muster der kulturellen Bewältigung des sozialen Wandels miteinander. Weite Teile der ländlichen Bevölkerung verharrten in ihren angestammten tendenziell agrarisch-ständischen kulturellen Deutungsmustern. Dieses Deutungsmuster ließ sich nicht über die Migration in die Stadt übertragen, sondern unterlag auf dem Weg vielfachen Differenzierungen und Adaptionen. In der Arbeiterschaft bestanden vielfältige Wechselwirkungen zwischen industriegesellschaftlichen Deutungsmustern und tendenziell älteren »patterns«, da ein Großteil der Arbeiterschaft konfessionell geprägt blieb oder ökonomisch über die Nebenerwerbslandwirtschaft dem agrarischen Selbstverständnis nahe stand.²⁸

Wirtschaftliche und kulturelle Transformation gingen nicht Hand in Hand, sondern wiesen eher eine charakteristische Ungleichzeitigkeit auf, so daß die industriegesellschaftliche Ausdifferenzierung und exponentielle

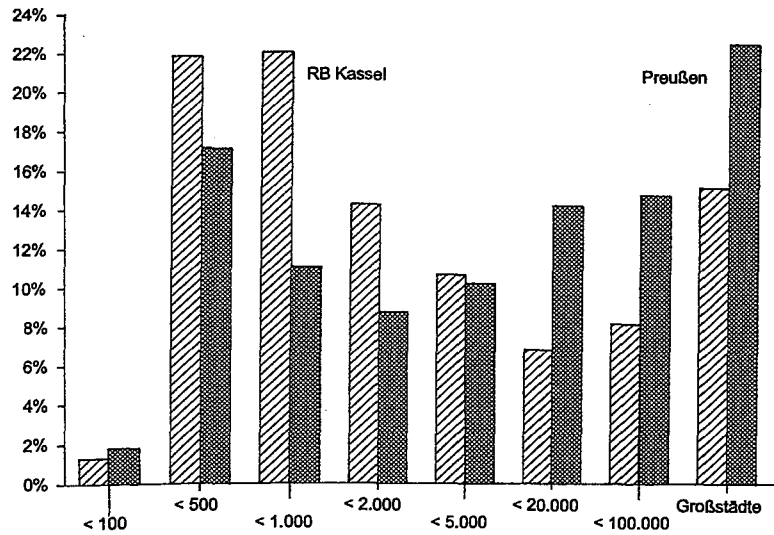
Steigerung der Produktionsmittel- und -formen nicht mit einer raschen sofortigen Umcodierung kultureller Wertorientierungen einherging. Zum Zeitpunkt fortgeschrittener Arbeitsproduktivität dominierten immer noch tendenziell vorindustrielle Kulturmuster und -einstellungen in breiten Bevölkerungsschichten. Die industrielle Moderne setzte sich erst allmählich und mit zahlreichen Brüchen durch und verband sich mit zahlreichen vormodernen Deutungsmustern, die weiterhin nachhaltig das Selbst- und Fremdverständnis wie auch die politische Entwicklung beeinflussen.

2.2.1. Konfession und Milieubildung

Unter den Kontinuitäten, die den Industrialisierungsprozeß überdauerten und kulturell prägten, spielten Religion und Konfession eine besondere Rolle, weil sie Loyalitäten begründeten, die quer zu den sozialen Brechungen verliefen. Weder hatte die Forderung von Friedrich Engels durchschlagenden Erfolg, Religion sei als verblendender und fortschritthemmender Faktor zu bekämpfen, noch bewahrheitete sich die spätere gemäßigte sozialdemokratische Einstellung zu den christlichen Konfessionen, daß diese schon von alleine absterben würden.²⁹ Religion blieb ein wichtiger Bestandteil der frühindustriellen und der Industriegesellschaft. Industrialisierung und Urbanisierung führten zusammen mit der einhergehenden Säkularisierung weder zum Absterben der christlichen Kirchen, noch verhinderte die Beharrungskraft der Kirchen den gesellschaftlichen Wandel. Das kirchliche Selbstverständnis der Katholiken und der Protestanten reagierte auf die veränderten Bedingungen und formte spezifische sozialmoralische Einstellungen in der eigenen Klientel gegenüber der sich modernisierenden Gesellschaft.³⁰

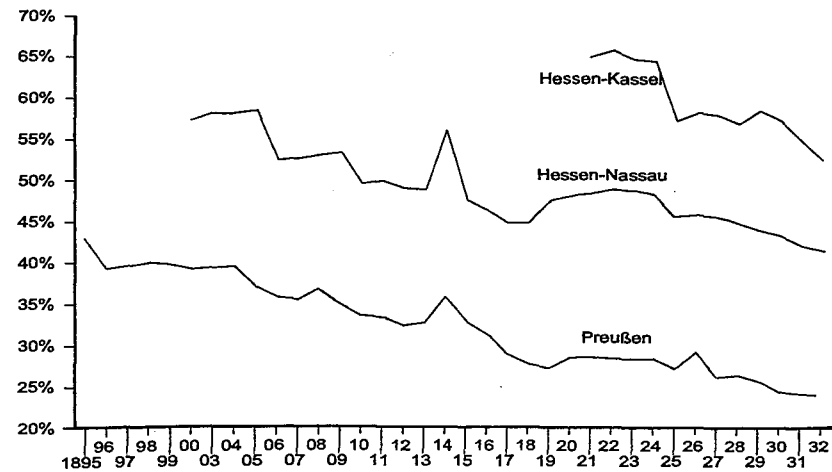
Zwischen 1871 und 1933 änderte sich das Zahlenverhältnis der Konfessionen im Kasseler Bezirk nur unbedeutend.³¹ Zum Zeitpunkt der Reichsgründung gehörten vier von fünf Bewohnern des Bezirkes den landeskirchlich Evangelischen an, die unter dem Dach des Konsistorialbezirkes Kassel ihre einheitliche Organisation gefunden hatten. Bis 1933 wuchs die Zahl der Protestanten und der Katholiken zwar beträchtlich an, aber das prozentuale Verhältnis blieb davon unberührt: 80% Protestanten standen immer noch 18% Katholiken gegenüber. Auch die einzelnen Landkreise blieben in ihrer konfessionellen Zusammensetzung gleich. Vor Ort bildete eine der Konfessionen fast immer die bei weitem dominierende Konfession, so daß auf den niedrigeren Aggregatebenen rein katholische und rein evangelische Kreise einander gegenüberstanden. 1871 waren 13 der 24 Kreise zu über 90% evangelisch, 1933 waren es nach dem Gebietsstand von 1871 noch 11 Kreise, mit dem 1929 hinzugekommenen Waldeck sogar 14

Graphik 1: Gemeindegrößenklassen im Regierungsbezirk Kassel und in Preußen, 1910



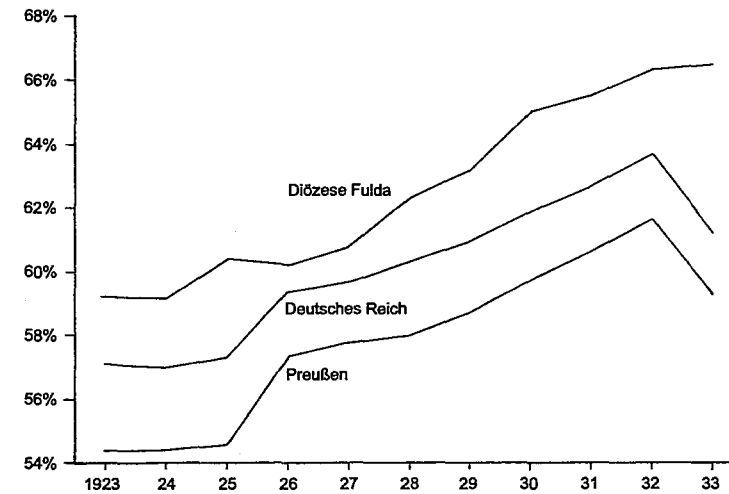
Quelle: StDR Bd. 240

Graphik 2: Abendmahlsteilnahme in Hessen-Kassel, Hessen-Nassau und in Preußen, 1895–1932



Quelle: Kirchliches Jahrbuch, Bd. 44ff., 1917ff.

Graphik 3: Osterkommunionsteilnahme in der Diözese Fulda, in Preußen und im Deutschen Reich, 1923–1933



Quelle: Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland, Bd. Xff., 1922/23ff.

Kreise. Jeweils weitere vier Kreise mit 80 bis 90% waren gleichfalls nahezu rein evangelisch. Die drei osthessischen katholischen Kreise Gersfeld, Hünfeld und Fulda bildeten zwischen 1871 und 1933 eine katholische Enklave im protestantischen Hessen-Kassel. Das den Grenzen des Regierungsbezirkes Kassel weitgehend angepaßte Bistum Fulda war ein ausgesprochenes Diasporabistum, dessen rein katholische Gebiete sich auf das Kerngebiet der Diözese Fulda um die Stadt Fulda herum konzentrierten.³² Selbst in den wenigen Kreisen mit starken konfessionellen Minderheiten konnte von einer Durchmischung der Konfessionen und einem religiösen Ausgleich in den Gemeinden keine Rede sein. Die Zahlen auf Kreisebene täuschten eine Balance vor, die in den Gemeinden nicht vorhanden war. Auf lokaler Ebene standen sich konfessionell homogene Gemeinden gegenüber, die nur in ihrer Summe einen konfessionellen Ausgleich vorspiegeln. So waren von den 46 Gemeinden des Landkreises Schlüchtern 1895 44 Gemeinden zu über 80% und 37 Gemeinden sogar zu über 90% von einer der beiden Konfessionen geprägt. Ähnliches galt für den Landkreis Gelnhausen: Von seinen 75 Gemeinden waren 57 Gemeinden zu über 90% entweder katholisch oder evangelisch, 68 Gemeinden waren dies zu mindestens 80%. Den krassen Gegensatz auf lokaler Ebene bot der Landkreis Kirchhain: Von seinen 38 Gemeinden waren 1895 33 Gemeinden zu mehr als 90% rein katholisch oder protestantisch (87% der Gemein-

den). In sämtlichen 38 Gemeinden herrschte zu mindestens 80% eine der beiden Konfessionen vor, die auf Kreisebene jedoch im scheinbar ausgewogenen Verhältnis 56% (Prot.) zu 42% (Kath.) standen. Diese scharfe Abgrenzung der Konfessionen vor allem auf lokaler Ebene war das Ergebnis der nachwirkenden regionalen Traditionen geistlicher Territorien.³³ In Fulda kam seit 1867 die Deutsche Bischofskonferenz zu ihrer Herbsttagung (Fuldaer Bischofskonferenz) zusammen. Zunächst zweijährig, ab 1884 jeweils einmal im Jahr versammelten sich alle deutschen Bischöfe am Grabe des ›Apostels der Deutschen‹ Bonifatius. Fulda wurde zum Kristallisationspunkt der katholischen Teilkultur im Reich. Die bonifatianische Tradition verband zusammen mit anderen Merkmalen die regionale mit der nationalen Ebene, weshalb die analytische Unterscheidung in Makro-, Meso- und Mikroebene heuristisch bleiben muß.³⁴

Kernstück der protestantischen Tradition im Kasseler Bezirk war die hessische Reformation. Daneben wies der Regierungsbezirk Kassel mit der Philipps-Universität Marburg – ›Philippina‹ genannt – die älteste protestantische Universität auf deutschem Boden auf.³⁵ Die evangelische Landeskirche blieb bis 1866 eine Partikularkirche und begann sich nach der Annexion erst allmählich und gegen starke innere Widerstände – die sogenannte ›Hessische Renitenz‹ – in die altpreußische Union einzugliedern. Die um die Stadt Melsungen ansässigen religiösen Partikularisten betonten bis weit ins 20. Jahrhundert regionale Traditionen gegen preußischen Einflüsse.³⁶

Aussagen zur lebensweltlichen Bedeutung des konfessionellen Gegensatzes sind aufgrund der von den beiden Großkirchen peinlich genau geführten Konfessionsstatistiken über die Äußerungen kirchlichen Lebens möglich. In dem Bestreben, den eigenen Einfluß auf die gesellschaftliche und politische Entwicklung zu dokumentieren und zu quantifizieren, richteten die beiden Großkirchen kirchenstatistische Ämter ein, deren Aufgabe die Erhebung, Auswertung und Veröffentlichung der erhobenen Daten war. Für die katholische Kirche wurde durch Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz und auf Initiative von H.Krose SJ 1909 eine provisorische kirchenstatistische Stelle in Breslau eingerichtet. 1915 wurde die Amtliche Zentralstelle für kirchliche Statistik des katholischen Deutschlands mit Sitz in Köln gegründet, die ihre Ergebnisse im ›Kirchlichen Handbuch‹ veröffentlichte. Das evangelische ›Kirchenstatistische Amt‹ in Hannover-Herrenhausen publizierte seit 1873 seine Zählungen im ›Kirchlichen Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland‹.³⁷

Die Aussagekraft der Daten zur Abendmahlshäufigkeit sah sich dem Einwand gegenüber, diese Zahlen spiegelten nur sehr bedingt die religiöse Praxis wider, nicht zuletzt weil sich ihr Stellenwert im Protestantismus anders bestimmt als im katholischen Bereich.³⁸ Die statistischen Angaben

spielten in der zeitgenössischen Diskussion eine entscheidende Rolle und wurden als Indiz dafür angeführt, wie sehr die Kirchenbindung nachlasse. Der Herausgeber des ›Kirchlichen Jahrbuchs für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands‹, Pfarrer J. Schneider aus Elberfeld, verteidigte die Erhebung der konfessionsstatistischen Daten, um so einen Gradmesser zur Beantwortung der Frage zu finden, auf welchen gesellschaftlichen und politischen Druck die Gläubigen in welcher Weise reagierten.³⁹ Dieser Position schloß sich das Gemeindeorgan der Kasseler evangelischen ›Freiheitler Gemeinde‹ an, indem es mehrmals die Abendmahlszahlen als Krisenindiz anführte.⁴⁰ Unter sozialhistorischen Gesichtspunkten drücken die Zahlen zu Kirchbesuch und Abendmahlsteilnahme die unterschiedliche Entwicklung der Kirchlichkeit, beziehungsweise der Entkirchlichung vor dem Hintergrund sozialen Wandels, weniger hingegen die Entchristlichung der Gesellschaft aus.⁴¹

In Preußen entfernten sich die Protestanten besonders zahlreich und frühzeitig vom kirchlichen Leben. Die Abendmahlsteilnahme in den Kirchen der altpreußischen Union lag um 1900 bereits unter 50% und vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei etwas über einem Drittel. Die Entkirchlichung setzte besonders in den Städten schon lange vor der systematischen Erhebung der Konfessionsstatistiken ein, da hier die Einflüsse der Aufklärung und das Vorbild der bürgerlichen Schichten weite Teile der Bevölkerung dem kirchlichen Leben entfremdeten. Auf dem Land hielt sich dagegen bis ins 20. Jahrhundert eine starke Kirchlichkeit.⁴² Der enge Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und kirchlicher Einstellung trat 1914 im Anstieg der Kommunikantenzahlen bei Kriegsausbruch zutage (vgl. Graphik 2). Diese sich ins religiöse Empfinden fortsetzende Kriegseuphorie war in allen protestantischen Teilkirchen zu beobachten. In Preußen stiegen die Abendmahlsteilnehmer 1914 gegenüber 1913 um 3,1%, in Hessen-Nassau sogar um 7,0% an, ein aus der ansonsten rückläufigen Tendenz nicht erklärbarer Befund.⁴³

Das Nachlassen der kirchlichen Bindung verlief in der preußischen Provinz Hessen-Nassau, zu der die drei Teilkirchen in Nassau, Frankfurt und Kassel zählten, gegenüber der altpreußischen Union gebremst. Die Abendmahlsteilnahme lag hier regelmäßig etwa 20% über den Werten der altpreußischen Union.⁴⁴ Innerhalb Hessen-Nassaus trat ein deutliches Nord-Südgefälle hervor, indem die Abendmahlsziffern der mehr agrarisch geprägten Kasseler Landeskirche weit vor den anderen stärker städtisch geprägten Landeskirchen in Nassau und in Frankfurt a.M. lagen. Für den evangelischen Konsistorialbezirk Hessen-Kassel liegen veröffentlichte statistische Erhebungen erst ab 1921 vor. Danach wies die Kasseler Landeskirche innerhalb Hessen-Nassaus die bei weitem höchste Abendmahlsteilnahme auf (vgl. Graphik 2).

Schon im Kaiserreich zeichnete sich ein Auseinandertriften der kirchlichen Bindung nach Nord und Süd sowie Stadt und Land ab. In der Nähe des stärker und früher industrialisierten Rhein-Main-Ballungsraumes lagen die Werte erheblich niedriger als in den agrarischen nordhessischen Kirchenkreisen. So kam der ländliche Kirchenkreis Bergen bei Hanau schon um 1870 nurmehr auf zwischen 50 und 60% Abendmahlsteilnahme, während in den ländlichen Gebieten Nordhessens wie im Wolfhagen noch nahezu alle Protestanten nach dem Kriterium der Abendmahlsteilnahme konfessionstreu waren. Zum anderen verfestigte sich bereits vor 1914 der Trend zur Entkirchlichung der Städte. 1876 lag die Abendmahlsteilnahme im Wolfhagen benachbarten Kassel bei nurmehr etwa einem Viertel der evangelischen Bevölkerung. Das kirchliche Leben im städtischen Protestantismus ging von einer im wesentlichen konstanten bis leicht anwachsenden Kerngemeinde aus, die die neu hinzukommende Bevölkerung jedoch nicht integrierte. Die Wanderung vom Land in die Stadt zog individuell in der Regel eine nachlassende Kirchlichkeit nach sich. Auf dem Land blieb die Kirchlichkeit prozentual hoch, weil hier kaum Durchmischung stattfand. Diese beiden Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd sowie Stadt und Land prägten die Kirchlichkeit in der Kasseler Landeskirche bis in die Zwischenkriegszeit. Der allmähliche Entkirchlichungsprozeß beschleunigte sich indessen nach dem Ende der Monarchie.

Die Ursachen der Entkirchlichung waren in Kassel und Hanau vergleichbar. In beiden Städten bewältigte die evangelische Kirche den enormen Bevölkerungszuwachs und die soziale Fragmentierung organisatorisch nur schwer. Die traditionelle Einrichtung einer »Neustädtischen Gemeinde« für die zur Kerngemeinde Hinzugekommenen reichte nicht aus, um im Rahmen einer kleinflächigen Seelsorge der Entkirchlichung entgegenzuwirken. So umfaßte die Lutherische Gemeinde in Kassel 1925 40.000, die Freiheiter Gemeinde 32.800 Gemeindeglieder, die Abendmahlsteilnahme betrug hier nur noch 14%. Ähnlich sah die Hanauer Entwicklung aus: In der Marienkirchgemeinde kamen 1925 17.600 Gemeindeglieder zusammen. Hiervon besuchten noch neun Prozent das Abendmahl.⁴⁵ Die kirchliche Bindung blieb in der Hochburg des kirchlichen Liberalismus und der liberalen Theologie Marburg um die Jahrhundertwende und noch 1925 vergleichsweise hoch. Hier trat die Industrialisierung nur gedämpft in Erscheinung. Breite Schichten in der Universitätsstadt blieben mittelständisch und kleinhandwerklich geprägt. Liberale Theologie und Kulturprotestantismus blieben eher akademische Phänomene und erreichten kaum Massenanhang.

Die katholischen Angaben über Äußerungen des kirchlichen Lebens können leichter auf die Kirchlichkeit der Gemeindeglieder bezogen werden, als dies im Protestantismus der Fall war, da kirchliche Gebote ein

bestimmtes kirchliches Verhalten der Katholiken forderten. So wurde kirchlicherseits von jedem Katholiken verlangt, mindestens einmal in der Osterzeit die Kommunion zu empfangen. Die Überprüfung dieses Kirchengebotes war möglich durch Andachtsbildchen, die jedem Osterkommunikanten ausgehändigt wurden. Dieses Kriterium der Osterkommunionhäufigkeit darf als Gradmesser institutioneller Kirchlichkeit gelten. Es kann angenommen werden, »daß derjenige Katholik, der in der österlichen Zeit mindestens einmal kommuniziert, sowohl eine höhere institutionell-kirchliche Bindung besitze als auch religiöser sei als jener, der dem Altarsakrament fernbleibt«.⁴⁶ Ein ähnlich trennscharfes Kriterium für Kirchlichkeit ist die Mischehe, die vor allem in der zeitgenössischen Diskussion eine bedeutende Rolle spielte.

Die Kirchlichkeit der katholischen Minderheitenkonfession im Regierungsbezirk Kassel lag – gemessen an den Osterkommunionen – ähnlich hoch wie die der Protestanten (vgl. Graphik 3).⁴⁷ In der Diözese Fulda waren zu Beginn der Weimarer Republik etwa 60% der Katholiken kirchentreu. Ihr Anteil stieg bis 1933 auf ungefähr zwei Drittel. Dieser absolute und prozentuale Anstieg verweist auf eine zugkräftige religiöse Mobilisierung und integrierende Funktion der katholischen Kirche auch unter den Bedingungen der Zwischenkriegszeit. Dieses Bild wiederholte sich auf preußischer und Reichsebene mit dem Unterschied, daß die Fuldaer Werte auf höherem Niveau lagen und 1932/33 weiter anstiegen (vgl. Abbildung 3). In den ländlichen Gemeinden lagen die Werte deutlich über denen der Städte. Die städtischen Dechanate in der katholischen Diaspora Hanaus und Kassels wiesen zwar immer noch hohe Werte auf. Diese wurden jedoch deutlich übertroffen von den Landdechanten Osthessens. Die Minderheitensituation vieler Katholiken förderte eher ihre Kirchlichkeit, als daß sie aus diesem Grunde zurückging. Belege hierfür sind die Diasporakatholiken Hanaus und Kassels. Über die Hälfte der Katholiken Hanaus, das nur zu ca. 20% katholisch war, kamen der Osterkommunionpflicht nach. In Kassel und Hanau stieg die Kirchlichkeit gemessen an der Zahl der Osterkommunikanten im Laufe der Weimarer Republik an. Von den 8% katholischer Kasseler Stadtbevölkerung kam fast die Hälfte der kirchlichen Osterkommunionpflicht nach, wobei Kassel gegen Ende der Weimarer Republik ebenfalls einen leichten Anstieg verzeichnete.

Abwanderung oder Bevölkerungskonstanz begünstigten im kurhessischen Protestantismus wie auch im Katholizismus eine sehr hohe Kirchlichkeit, während die Gebiete mit hoher Zuwanderung und starker Fluktuation der Gemeindeglieder relativ niedrige Werte aufwiesen. Der Wegfall lebensweltlicher Verortung durch einen Weg- oder Umzug hinterließ ein alltagsweltliches Orientierungs- und Ordnungsbedürfnis, das nicht mehr durch kirchliche Riten gefüllt wurde.

Der Stadt-Land-Gegensatz trat hinsichtlich der Kirchlichkeit im katholischen Raum bei weitem nicht so krass hervor, wie dies in der evangelischen Landeskirche der Fall war. Wirkte sich die bevölkerungsgeschichtliche Mobilität direkt auf die kirchliche Bindung im Kasseler Protestantismus aus, so wiesen katholische städtische Gebiete mit einer relativ hohen Zuwanderungsquote eine nurmehr verlangsamte Abnahme der Bekenntnistreue auf. Diese Entwicklung deutet auf einen indirekten Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und Kirchlichkeit im katholischen Raum hin, da die ausgeprägten kirchlichen Strukturen wie auch die katholischen Vereine und Verbände in der Lage waren, Zuwanderer in städtischen Ballungsräumen kirchlich zu integrieren, wie es etwa der Fall der katholischen Gesellenvereine belegte. Die Erosion kirchlicher Bekenntnistreue trat erst in Verbindung mit weiteren Faktoren – wie der zunehmenden Angleichung von Lebenswelt und Bewußtseinslagen in der katholischen Arbeiterschaft – auf. Trägerschichten der katholischen Frömmigkeit und sozialer Rückhalt der kirchlichen Bindung waren sowohl ländlich agrarische wie auch städtische Mittelschichten. Die sehr rege Teilnahme am kirchlich-katholischen Leben stellte eine notwendige Voraussetzung für die Herausbildung eines subkulturell geschlossenen Milieus dar, das die sozialen Interessenlagen und Bedürfnisstrukturen aller Schichten von der Arbeiterschaft bis ins Unternehmertum zu integrieren versuchte.

Kennzeichen des Katholizismus im Regierungsbezirk Kassel blieb, daß sich die kirchliche Prägung nicht entlang sozialer Bruchlinien entwickelte, sondern im wesentlichen alle katholischen Schichten und sozialen Gruppen umfaßte. Diese Tendenz war deutlich beim generativen Verhalten zu beobachten, dem die besondere Aufmerksamkeit der katholischen Kirchenstatistiker galt, waren doch das Heiratsverhalten und die Sozialisationssysteme die entscheidenden Instanzen, die schichtenübergreifende Kirchlichkeit in einer religiös immer mehr ausdünnenden Massengesellschaft zu erhalten. Besonders die Mischehen galten den katholischen Kirchenstatistikern als untrügliches Indiz für eine abnehmende Kirchlichkeit.⁴⁸

Die Masse der Katholiken und Protestanten im Regierungsbezirk Kassel lebte in Landgemeinden und Kleinstädten. Deren soziale Engmaschigkeit und die tagtägliche Erfahrbarkeit kirchlicher Riten begünstigte zusammen mit der ständigen symbolischen Repetition kirchlicher Inhalte im Gegensatz zu den überdimensionierten Stadt- und Großstadtgemeinden eine vergleichsweise homogen geprägte Alltagskultur. Die in einer Vielzahl von Festen und Riten erfahrbare katholische Kirche beeinflusste nachhaltiger die kollektiven Mentalitäten als der in dieser Hinsicht relativ spröde Protestantismus. Das umfassende katholische Wert- und Normensystem konkretisierte sich in einer weitgehend ritualisierten Alltagswelt. Die Integration

der katholischen Bevölkerung wurde erreicht durch die Ausdifferenzierung des Wert- und Normensystems in die vielfältigen Verkündigungsinhalte des Glaubens und die Spendenhäufigkeit der Sakramente. In den protestantischen Landgemeinden reduzierte sich das spezifisch kirchliche Deutungsangebot für die Alltagswelt der Gläubigen auf eine besonders im Westsprengel verbreitete pietistische Frömmigkeit. Für ihre Selbstdeutung blieben weite protestantische ländliche Schichten auf außerkirchliche Deutungsangebote angewiesen.

Die Alltagswelt der Katholiken wies eine Vielzahl von Festen und Riten auf, die integrierend auf die unterschiedlichen sozialen Gruppen wirkten. Es lassen sich mit Herbert Kühn zwei Klassen kirchlicher Riten unterscheiden: die Initiationsriten und die Alltagsriten. Initiationsriten stellen Taufe, Erstkommunion, Firmung, Hochzeit und Beerdigung dar. Als historisch nachweisbarer Faktor traten sie dadurch in Erscheinung, daß sie mit ihren umfangreichen und langandauernden Vor- und Nachbereitungen quasi ›Erlebnissäulen‹ im Gedächtnis und in der Biographie des Einzelnen darstellen. Das Alltagsleben der Katholiken war darüber hinaus geprägt durch eine Vielzahl von Gewohnheiten und Frömmigkeitsformen: durch Tischgebete, das Fleischverbot am Freitag, Buß- und Andachtsübungen, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts regelmäßig betriebene Volksmission, aber auch den täglichen Kirchgang der Frauen und Kinder, den sonntäglichen Kirchgang für alle Katholiken und die Feiertage. Übte der natürliche Zyklus der Jahreszeiten bereits eine präformierende Wirkung auf die Alltagswelt der ländlichen Bevölkerung aus, so wurde diese äußere Stütze für Selbstdeutung und Selbstverständnis der Katholiken durch den zyklischen Charakter des Kirchenjahres noch erhöht. Feste und Wallfahrten, Farben und einprägsame Melodien stellten Rahmendaten für einen ›Deutungskalender‹ dar, der sich gleichbleibend wiederholte und das kollektive Bewußtsein in rein katholischen und agrarischen Gegenden bestimmte. Diese Deutungskultur differenzierte in die verschiedenen Fest- und Jahreszeiten, sie integrierte jedoch gleichfalls die verschiedenen Bedürfnisse.⁴⁹ Die rituelle Wiederholung der Feste, Feiern und Rituale im Jahres- und Kirchenjahreskreislauf ermöglichte die Einübung des einzelnen Katholiken in ein vorgegebenes soziales Deutungssystem. Als Individuum erlebte der einzelne Katholik lediglich die einmalige Erfahrung der Initiation, in der habitualisierten Wiederholung übernahm er jedoch die kollektive Selbstdeutung des Katholizismus.⁵⁰ Nicht nur die Außengrenzen wurden im Katholizismus durch Wertladungen dramatisiert. Dies wurde ergänzt durch vielfältige Binnendistinktionen. Initiationsriten und Binnendistinktionen wie etwa die zwischen Klerikern und Laien oder auch die Geschlechterdifferenz betteten die Außengrenzen ein in ein ständig symbolisch erneuertes und erfahrbares Ordnungsmodell. Hierher rührte der gewisse

Arkancharakter katholischer Ordnungsmodelle, da seine symbolische Erneuerung stets im Binnenverhältnis geschah, d.h. ohne Außenstehende.

Industrialisierung und gesellschaftliche Modernisierung wirkten sich in unterschiedlicher Weise auf die alltagsweltliche Bedeutung der beiden Großkirchen in Deutschland aus. »Während der dichte vorindustrielle Zyklus der Kirchenfeste und Feiertage das Arbeitsleben immer wieder unterbrach, ihm einen eigenen Rhythmus verlieh, in dem sich Anspannung und Erholung in kollektiven Formen ausbalancierten, bildeten die rites de passages, die Lebenslauffeste, eine Art lebenszyklische Periodisierung.«⁵¹ Der Katholizismus versuchte – begünstigt durch seine Minderheitenposition und die bewußtseinsprägende Kraft der Fest- und Deutungskalender –, die neuartigen Erfahrungen wirtschaftlicher Krisen und sozialer Brüche innerhalb des katholischen Deutungssystems zu verarbeiten.⁵² Die entlang der sozialen Bruchlinien ausdifferenzierte Kirchlichkeit in der evangelischen Landeskirche Hessen-Kassel deutete im Unterschied dazu darauf hin, daß die maßgeblichen sozialen Selbst- und Kollektivdeutungsmuster externer Natur waren, was nicht automatisch auf sozioökonomische Vergemeinschaftungsmuster hinauslief. Diese Funktion erfüllten im städtischen Protestantismus – besonders stark in Marburg – bildungsbürgerliche Traditionen. Weitaus folgenreicher war jedoch der Pastorennationalismus, der im Bereich der Kasseler Landeskirche seine feste publizistische Stütze im »Kasseler Sonntagsblatt« fand. Auch ein im Evangelischen Bund ausgeprägter Antikatholizismus diente der Integration unter den Protestanten.⁵³

2.2.2. Landwirtschaft in der Industriegesellschaft

Neben die Verklammerung sozialer Gruppen durch die Konfessionen traten in der beginnenden Industriegesellschaft weitere ökonomische und lebensweltliche cross-line identities. Deren wichtigste stellte die Verbindung von Agrar- und Industriegesellschaft in der nebenerwerblich betriebenen Landwirtschaft dar. Das Neben-, Mit- ja sogar Ineinander von Agrarwirtschaft und Industriegesellschaft trat in neueren historischen und soziologischen Untersuchungen deutlicher in den Blick, nachdem lange Zeit die Idealtypik der städtisch konnotierten Industriegesellschaft bzw. industriellen Moderne diese einlässigen Strukturen zugunsten einer Entgegensetzung von Landwirtschaft und Industrie vernachlässigt hatte. Die empirische Forschung wies hier deutlicher als zuvor die Agrarstruktur nicht mehr nur als Vorläufer, sondern als Bestandteil der industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus.⁵⁴ In der Freizeitlandwirtschaft kamen Faktoren zusammen, die in der industriellen Wirtschaftsordnung auf

den ersten Blick unvereinbar erschienen. Die Arbeiter, die nebenberuflich Landwirtschaft trieben und Land besaßen, waren zugleich selbständig als eigenverantwortliche Landwirte und unselbständig als abhängig beschäftigte Lohnarbeiter. Sie waren Teil der industriellen Lohnarbeiterschaft, deren Arbeitskraft den Gesetzen der entfremdeten Fabrikarbeit unterworfen war. Gleichzeitig bewirtschafteten sie den eigenen Betrieb, in erster Linie mit Hilfe der Arbeitskraft der mithelfenden Ehefrauen, durch Kinderarbeit, größtenteils aber durch Selbstausbeutung nach Feierabend (»Mondscheinbauern«). Agrarischer Nebenverdienst und Hauptverdienst in Industrie und Gewerbe sollten in den Augen der nebenberuflichen Landwirte die Vorteile beider wirtschaftlichen Existenzformen miteinander verbinden: relative Unabhängigkeit von den Lebensmittelpreisen und den Wechselfällen wirtschaftlicher Konjunktur durch die Eigenproduktion von Lebensmitteln sowie einen festen Lohn, Freizeit und die Früchte der einsetzenden Sozialpolitik. Allzuoft jedoch addierten sich die Nachteile beider Tätigkeiten: übertriebene Selbstausbeutung und die Bindung an einen Arbeitgeber und die konjunkturelle Entwicklung einer Gegend, die die Abwanderung erschwerte.⁵⁵

Mehrere Entwicklungen verstärkten den Trend zur nebenberuflichen Landwirtschaft. Eine Ursache lag in den Erbgewohnheiten. Die neben der Anerbensitte im Regierungsbezirk Kassel immer noch verbreitete Realteilung zwang Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung entweder zur Abwanderung oder zum Zuverdienst in Industrie und Gewerbe, da durch ständige Teilung die Betriebsgrößen immer kleiner wurden und ein auskömmliches Wirtschaften nicht mehr möglich war. Realteilung herrschte in den nordhessischen Landkreisen Hofgeismar, Wolfhagen, und Eschwege sowie im Hanauer Umland und im angrenzenden Landkreis Gelnhausen vor.⁵⁶ Aber auch in Gebieten mit Anerbensitte, wo die Betriebsgrößen nicht durch Erbteilung vermindert wurden, wanderten viele der leer ausgegangenen Söhne in die Städte ab, auch wenn sie finanzielle Abfindungen erhielten.⁵⁷ Als weitere Ursache kam die Lage in den kleinbäuerlichen Notstandsgebieten hinzu. Dort hatte sich die Lage mit dem Untergang der Hausweberei und anderer Hausindustrien durch den Übergang vom Verlagssystem zur Fabrikproduktion dramatisch verschlechtert.⁵⁸ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts boten weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft noch die Tätigkeit in Industrie und Gewerbe je für sich allein die Möglichkeit eines auskömmlichen Verdienstes. Nur beide Sektoren zusammen gewährleisteten dies.⁵⁹

Die natürliche Verbindung von Agrar- und Gewerbestruktur, die gewerbliche Anschlußproduktion und das System ineinandergreifender Erwerbstätigkeit,⁶⁰ die in der Hausarbeit arbeits- und zeitökonomisch mit der Landwirtschaft kombiniert wurde, kam mit der beginnenden Industrialisie-

rung jedoch zum Erliegen. Es entstand ein großes Reservoir von landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Dies war der Beginn der sogenannten Landarbeiterfrage.⁶¹ Die freiwerdenden Arbeitskräfte drängten aber auch in die städtische Industrie. Da die hessischen Städte diesen Arbeitsplatzbedarf nicht hinreichend abdeckten, verstärkte sich zur Mitte und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Auswanderung nach Amerika und die Arbeitsplatzsuche im Rhein-Main- sowie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die sogenannten Industriefahrer oder Westfalengänger wurden eine weitverbreitete Erscheinung.⁶² Die ansässige und vormals in der Leinenweberei beschäftigte Bevölkerung suchte sich dagegen verstärkt Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft, der Basaltindustrie sowie im Braunkohlen- und Eisenerzbergbau. Sie reagierten damit auf den zuerst langsamen und bescheidenen Ausbau verschiedener ländlicher Industriestandorte.

Der vermeintliche systemische Zwang zur Dissoziation von agrarischen und industriellen Bereichen wurde weiter gebrochen durch günstige Verkehrsverbindungen zum Arbeitsplatz und die dadurch mögliche Kombination von Selbständigkeit und geregelter Verdienst. Um der absehbaren Proletarisierung zu entgehen, verbanden viele der über industrielle Nahwanderung nach Kassel gekommenen Industriearbeiter die Industriearbeit mit der Absicherung in einer nebenerwerblichen Landwirtschaft. Dies wirkte sich in einem gestiegenen Landhunger der Arbeiterbevölkerung in den industrienahen Kreisen und in sinkenden Betriebsflächen aus. Aus diesen Gründen ist es nötig, die verschiedenen Gruppen zu unterscheiden, die in die nebenerwerbliche Landwirtschaft drängten. Es handelte sich um zwei Gruppen: um Landwirte, die über die Industriearbeit eine Absicherung ihrer unsicheren agrarischen Existenz suchten, und um Industriearbeiter, die im agrarischen Nebenerwerb einen Zuverdienst zum Industrielohn und eine relative Unabhängigkeit von den Lohnschwankungen suchten.⁶³

Die Betriebsgrößenklassen spiegeln den Umfang der nebenerwerblichen Landwirtschaft. Die Klasse bis 2 ha war im Kasseler Bezirk 1925 zu ca. 60% die dominierende Größenklasse der Betriebe. Da eine solche Betriebsgröße kaum zum auskömmlichen Verdienst ausreichte, sind die überwiegende Mehrzahl dieser Betriebe als nebenberufliche Zuverdienstbetriebe zu bezeichnen. Besonders hoch lag deren Zahl in den industrialisierten Landkreisen Kassel (80,8%) und Hanau (71,5%), aber auch in den Kassel umgebenden Landkreisen Witzenhausen (71,0%), Eschwege (69,0%), Melsungen (63,2%) und Hofgeismar (59,9%).⁶⁴ Ähnliche Befunde ergibt die Untersuchung der Personen, die im Haupt- oder Nebenerwerb in der Landwirtschaft arbeiteten. In Kassel war die Zahl der Nebenerwerbslandwirte absolut am höchsten, ihre Zahl wuchs von 10.356 (1907) auf 16.681

(1933).⁶⁵ Der nordhessische Wirtschaftsraum wies insgesamt einen höheren Anteil an nebenberuflichen Landwirten auf als die Industrieregion um die Stadt Hanau. Überflügelte die Zahl der »Mondscheinbauern« die der hauptberuflichen Landwirte im Landkreis Kassel bereits 1907, so wies der Landkreis Hanau erst 1933 einen noch höheren Anteil der nebenerwerblichen Landwirtschaft auf. Der Landhunger der Arbeiterschaft in der Kasseler Umgebung, besonders in den Landkreisen Kassel-Land, Witzenhausen und Melsungen, hielt bis 1933 ungebrochen an.

Im Raum Kassel wie im Raum Hanau war der Anteil der nebenerwerblichen Landwirtschaft hoch. Indessen kam er durch unterschiedliche Ausgangslagen zustande. Die nordhessischen Arbeiter arbeiteten hauptberuflich in der Kasseler Metallbranche und trieben nur nebenberuflich Landwirtschaft. Dagegen scheinen die Landwirte in den Hanau umgebenden Landkreisen aus ökonomischen Gründen dringend auf ein Zubrot aus der Industriearbeit in Hanau angewiesen gewesen zu sein, weshalb sie eine beträchtliche Wegstrecke als Industriependler in Kauf nahmen, um in den Betrieben Hanaus Arbeit finden zu können. Die unterschiedliche soziale Verortung und Herkunft der Arbeiterbauern beziehungsweise Pendler brachte eine ebenso heterogene lebensweltliche Verortung der Industriearbeit mit sich. Im Falle der Kasseler Arbeiterbauern, die schwerpunktmäßig durch Industriearbeit geprägt wurden, kam zum Arbeiterbewußtsein die agrarische Komponente hinzu. Ein prominentes Beispiel für die Auswirkungen der beruflichen Existenz als Arbeiterbauer lieferte der sozialdemokratische Politiker Wilhelm Keil. Sein Vater stammte aus dem kurhessischen Dorf Helsa im Landkreis Kassel. Dort war er Kleinbauer mit 10 Morgen Land und arbeitete als Schneider und Kohlenfuhrmann.⁶⁶ Umgekehrt bildete die Industriearbeit für den nach Hanau einpendelnden Landwirt eher eine Unterbrechung seines sozialen und lebensweltlichen Ortes in der Landgemeinde.

Waren der bewußtseinsmäßigen Klassenbildung in der Landwirtschaft der Pendelwanderer im Süden des Regierungsbezirkes damit enge Grenzen gesetzt, so wich der Lebenszusammenhang der Arbeiterbauern um Kassel hiervon deutlich ab. Die Arbeiterschaft verblieb trotz ihres privaten Produktionsmittelbesitzes an Grund und Boden in einem industriellen Erfahrungszusammenhang. Industriegesellschaft und Agrargesellschaft vermischten sich in der Lebenswelt der ländlichen Industriearbeiterschaft in vielerlei Weise.⁶⁷ Arbeiterbauern müssen deutlich von den Landarbeitern und deren lebensweltlicher Verortung unterschieden werden. Die Landarbeiter waren Teil des ländlichen Proletariates. Ihre Lebenswelt war durch und durch von den agrarischen Zyklen abhängig und entzog sich weithin der politischen Organisation, die an die Lohnarbeit in der Fabrik anknüpfte. Entsprechend schwierig gestaltete sich die Organisation der Land-

arbeiter durch die Arbeiterbewegung, die nur in Ausnahmefällen und unter günstigen Bedingungen, wie sie in den Revolutionsmonaten 1918/19 gegeben waren, hier Erfolge erzielte.

2.3. Sozialmoral und Organisation: Die Formation der Sozialmilieus

Der industrielle Transformationsprozeß erfaßte sämtliche Bereiche der Gesellschaft und alle sozialen Gruppen. Alle Schichten paßten ihre Selbstdeutung den veränderten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen an. Soziale und kulturelle Transformationen gingen mit wirtschaftlichem Wandel einher. Politikwirksam wurden in diesem Prozeß der Transformation soziokultureller Identitäten die kollektiven Selbst- und Fremddeutungen mit normativem Charakter, d.h. die sozialmoralischen Antworten einer hinreichend großen Gruppe in der deutschen Gesellschaft auf die sich allmählich und unterschiedlich schnell durchsetzende Massengesellschaft. Im Zentrum der Formationsphasen soziokultureller Milieus stand die kulturelle Bewältigung sozialen Wandels.⁶⁸

2.3.1. Lebenswelt und Sozialmoral

Lebenweltliche Konstanten blieben in der sich rasch modernisierenden Industriegesellschaft stets wirksam. Mit ihnen gingen starke sozialmoralische Wertladungen einher, die ihrerseits die Außengrenzen der Gesinnungsgruppen vergleichsweise trennscharf definierten. Modernisierung stellte somit kein duales Gegenüber von alten und neuen Lebensformen dar, sondern eine vielfältige und facettenreiche Mischung aus Traditionalität und Innovation.

Im Katholizismus bestand die sozialmoralische Wertladung aus einem dezidierten Antimodernismus mit eingebauten ständischen Ordnungsmodellen, der sich gleichwohl mit modernisierenden Tendenzen der Bürokratisierung und Zentralisierung verband. Die Sozialmoral des Ultramontanismus achtete darauf, nicht über die selbstverständliche und zwangsläufige Einläufigkeit in die jeweilige soziale Ordnung seine zentralistischen Gehalte zu dementieren. Seine Frömmigkeitsformen begünstigten daher ständische Sozialmodelle, die sich als Gegenmodelle zur Marktgesellschaft verstanden. Diese ständischen Ordnungsmodelle beruhten auf dem Grundgedanken sozialer Harmonie und weigerten sich, Konflikte der

sozialen Interessenvertretung zu artikulieren. Die soziale Harmonieparole blieb gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandt und ging mit einer mehr oder weniger antikapitalistischen Grundeinstellung einher. Beides wurde definitionell greifbar im Eigentumsverständnis. Mit diesem Gegenstand seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts immer häufiger konfrontiert, häuften sich die Aussagen, Definitionen und Abgrenzungen im katholischen Verständnis dieser Grundkategorie der Markt- und Wettbewerbsgesellschaft. Durchgehende Lehre blieb hierbei der sozial verpflichtende Charakter des Eigentums und eine tiefe Skepsis gegenüber dem Vorrang der Privateigentums, was dem individuellen Gewinnstreben vergleichsweise enge Grenzen setzte.⁶⁹ Das Deutungsmonopol des Katholizismus fand sich schon im 19. Jahrhundert gerade hinsichtlich des Eigentumsbegriffes konkurrierenden liberalen und sozialistischen Positionen gegenüber. Während sich das entstehende katholische Sozialmilieu noch mit dem privatrechtlichen Eigentumsbegriff des Liberalismus auseinandersetzte, verschob sich spätestens seit 1890 die Zielrichtung katholischer Stellungnahmen. Nun war die Arbeiterbewegung der zumeist auch ausgesprochene Adressat der katholischen Stellungnahmen zum ›Eigentum‹. Die päpstliche Sozialenzyklika ›Rerum Novarum‹ stellte nicht nur das erste kirchenoffizielle sozialpolitische Grundsatzdokument dar, sie reagierte damit auch auf den Aufstieg der Arbeiterparteien, deren religions- und kirchenfeindlichen Einfluß auf die katholische Arbeiterschaft man auch durch eigene positive Stellungnahmen zurückdrängen zu können glaubte. Der Eigentumsbegriff von Rerum Novarum betonte sowohl die privatrechtliche Eigentumsgarantie als auch seine sittliche Einbindung.⁷⁰ Die erste päpstliche Sozialenzyklika wie auch die quasiöffentlichen und weithin verbindlichen Definitionen des ›Staatslexikons der Görresgesellschaft‹ behielten mit ihrer in etwa gleichgewichtigen Betonung privatrechtlicher und sozialer Momente im Eigentumsbegriff noch beide Gegner, Liberalismus und Sozialismus, im Visier. Das Wachstum der Arbeiterbewegung und der Niedergang des politischen Liberalismus erleichterten es dem Katholizismus, auf einen stramm antisozialistischen Kurs auch in dieser Frage einzuschwenken. Im Gefolge dieser Entwicklung übernahmen die katholischen Definitoren in Kirche und Publizistik immer mehr die privatrechtliche Argumentation, die sich dem Sozialismus trefflich gegenüberstellen ließ.⁷¹ Diese Bestimmung des Eigentums korrespondierte zur sozialen Basis des Katholizismus in den agrarischen und mittelständischen Schichten Süd-, Südwest- und Westdeutschlands, denen dieses bis dahin eher implizit geliebene Eigentumsverständnis eine Deutungsmöglichkeit für ihre der Attraktivität industriellen Gewinnstrebens ausgesetzte Lage bot. Mit der Distanz gegenüber den privatwirtschaftlichen Prinzipien des Gewinns und Erwerbs stabilisierte die katholische Sozialmoral die Identität von Schichten, die tenden-

ziell weniger Träger als vielmehr Objekt der modernisierenden Entwicklung geworden waren.

Starke sozialmoralische Außengrenzen wies gleichfalls die Industriearbeiterschaft auf. Ihre Schichtenhomogenität entlastete sie von der Aufgabe, sozial übergreifende Moralintegration leisten zu müssen. Der gegebene Handlungskontext enthielt Prämissen lebensweltlicher Ausgrenzungsprozesse, die Anknüpfungspunkte für eine Sozialmoral und damit für Selbst- und Fremddefinitionen boten. Freilich orientierte sich diese Sozialmoral nicht nur an industriegesellschaftlichen Brüchen, sondern bezog vielerlei Kontinuitäten zur Umwelt ein, war also bei weitem nicht so konsistent wie der Katholizismus. Nachbarn waren für viele Arbeiter nicht nur andere Arbeiter, sondern Landwirte oder Kleinhandwerker. Lediglich in geschlossenen Proletarierquartieren griff die strenge Definition von »innen« und »außen«. Im Ausgang von Prozessen der sich entwickelnden Markt- und Wettbewerbsgesellschaft mit ihrer Unmittelbarkeit brauchte die Sozialmoral der Arbeiterschaft den gegebenen Handlungskontext nur sozialmoralisch zu überhöhen. Die gesellschaftsprägende Bedeutung des Privateigentums wurde weniger durch eine Lehre stabilisiert, sie basierte auf lebensweltlicher Evidenz. Die sich daraus ergebende starke Sozialmoral der Arbeiterschaft hob die hohe Bedeutung der Arbeit für die Selbstreproduktion der Gesellschaft und des einzelnen genauso hervor wie die Freund-Feindkennung entlang sozioökonomischer Gefälle.

Schichtenhomogenität schien somit keine unabdingbare Voraussetzung für starke Sozialmoralen zu sein. Sowohl der schichtenheterogene Katholizismus als auch die vergleichsweise homogene Arbeiterbewegung speisten ihre prägenden lebensweltlichen Vorgaben in die Ausbildung einer bindefähigen Sozialmoral ein. Die Außengrenzen wurden in beiden Fällen nicht erst künstlich dramatisiert. Katholischerseits hatte ihr die zunehmende Ultramontanisierung, die Verkirklichung der Volksreligion,⁷² oft genug die Identität von Religion und Region,⁷³ im Falle der Arbeiterbewegung die rasche soziale Proletarisierung den Weg bereitet. Diese vergleichbaren Ausgangssituationen verweisen auf ein weiteres verbindendes Merkmal in der Entstehungsgeschichte der nachmaligen Mustermilieus: Katholizismus und Arbeiterschaft befanden sich in einer sozialen Defensive, die ihrerseits die Ausbildung von Milieustrukturen dauerhaft prägte. Hinzu kam der Vorteil der Minderheiten mit ihrer Fähigkeit zu straffem Zusammenschluß.

Arbeiterschaft und ländlich-protestantische Schichten lebten in den Kasseler Umlandgemeinden im selben dörflichen Sozialraum. Beide sozialen Gruppen waren durch Formen der »moralischen Ökonomie«, also des Ineinandergreifens von gegenseitigen Unterstützungsleistungen der Industriearbeiter und der Bauern vor Ort (z.B. Spanndienste), sowie der familienwirtschaftlichen Bande eng miteinander verbunden.⁷⁴ Die Lebenswelt

der Arbeiterbauern wies neben vormodernen genauso moderne Produktionsformen auf. Ihre politische Selbst- und Fremddeutung wurde von beiden Existenzweisen beeinflusst und war nie eine rein proletarische. Das Nebeneinander von abhängiger Lohnarbeit in der Industrie und selbständiger nebenerwerblicher Landwirtschaft nach Feierabend wirkte strukturell einer Radikalisierung entgegen. Gesellschaftliche Enteignungspläne fanden in einer Arbeiterschaft, die selbst Produktionsmittel in Form von Hof und Land besaß, schwerlich eine Mehrheit. Wer in eigener Verantwortung und mit Hilfe seiner Familienangehörigen – vor allem der Ehefrauen – nach Feierabend Selbstaussbeutung betrieb, bildete schwerlich die Speerspitze des revolutionären Arbeiterprotestes gegen die entfremdete Lohnarbeit und die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Betrieben. Statt dessen blieben die Arbeiterbauern den Deutungsmustern ihrer Umgebung verhaftet und nahmen an deren Vereinsleben teil.⁷⁵

Die soziale Durchmischung der Kasseler Umlandgemeinden bedingte andere sozialmoralische Einstellungsmuster als dies in reinen Proletariervierteln oder -städten der Fall war. Anders als die oftmals kurzfristig angelernten Arbeiter vom Land wohnte die Mehrzahl der Facharbeiter in geschlossenen Wohngegenden. Eine Konsequenz der Durchmischung von so verschiedenen Eigentumsformen wie denjenigen der tendenziell selbständigen Landwirtschaft und der abhängigen Lohnarbeit war die Unwilligkeit zur Teilnahme an den intellektuellen Programmdebatten der SPD vor 1914. Diese Konstellation stellte keine Ausnahme in der deutschen Arbeiterbewegung dar. Weite Teile der Arbeiterschaft an Rhein und Ruhr, aber auch im Raum Halle-Merseburg fanden sich in ähnlichen Ausgangslagen. Aber auch die Bergarbeiter verstanden sich subjektiv in geringerem Umfang als andere Gruppen als Teil einer entrechteten Masse von Lohnarbeitern.⁷⁶

Die Reaktion der protestantischen Mehrheitskirche auf Industrialisierung und Modernisierung verlief vielschichtiger und widerspruchsvoller als bei Katholiken und Arbeitern. Lutheraner, Reformierte und Unierte wiesen untereinander und in sich große Unterschiede auf und wichen in ihrer kirchlichen Praxis stark voneinander ab. Verkompliziert wurde die protestantische Geographie durch regionale Partikularismen, wie etwa den in Kurhessen noch lange nach 1866 anhaltenden Widerstand gegen die Eingliederung in die altpreußische Union. Die einzelnen Bekenntnisse und Landeskirchen zerfielen in eine liberale Strömung und in eine klerikal-orthodox-positive Richtung, die einen kirchenpolitisch konservativen Standpunkt einnahmen. Die liberale protestantische Richtung stellte das ethische Anliegen in den Mittelpunkt ihrer theologischen Reflexion. Die konservative theologische Position wandte sich entschieden gegen die historische Methode und »die symbolische Umdeutung der Bibel, der

»Heilstatsachen«, der traditionellen Dogmatik und Frömmigkeit«. Diese Kirchenrichtungen fanden sich in den einzelnen Gemeinden indessen nur bedingt wieder. Der Kern der evangelischen Gemeinden verstand sich im wesentlichen positiv und grenzte sich gegen alle Neuerungen ab. Dem widersprachen die Liberalen, die für die Versöhnung der Religion mit Wissenschaft und Kultur und gegen die konfessionalistisch-kerngemeindliche Enge und die pietistisch-orthodoxen Frömmigkeits- und Sprachstile eintraten. Ihr rationalistischer Zug verhinderte jedoch die Massenwirksamkeit liberaler Parolen. So blieben die theologischen Fakultäten, der Protestantenverein und bildungsbürgerliche Kreise liberalprotestantische Bastionen.⁷⁷ Daneben verlief im deutschen Protestantismus eine Trennlinie zwischen Stadt und Land. Während der städtische Protestantismus in größerem Maße von der Säkularisierung betroffen war und eine vergleichsweise niedrige Kirchenbindung anhand der Abendmahlsziffern aufwies, war die institutionelle Bindung an die evangelische Kirche auf dem Land und hier besonders im Osten Deutschlands hoch. Diese inneren Fragmentierungen des Protestantismus spiegelte die Kasseler Landeskirche. Marburg wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert zur Hochburg des liberalen Kulturprotestantismus. An der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Marburg waren die liberalen Theologen in der Mehrzahl und bestimmten die theologische Debatte.⁷⁸ Theologen wie Martin Rade, Rudolf Otto, Karl Bornhäuser und vor allem Wilhelm Herrmann und Rudolf Bultmann übten jedoch nur einen geringen Einfluß auf die politische Sozialmoral der Kasseler Landeskirche aus.⁷⁹ Die hochkirchliche Orthodoxie prägte Kassel und die umliegenden nordhessischen Kleinstädte. Die innere Vielfalt des Protestantismus, seine Spaltung in Positive und Liberale verhinderte die Ausbildung einer verbindenden Lebenswelt. Die Außengrenzen wurden im Prozeß der Milieubildung erst künstlich dramatisiert. Sozialmoralisch einigend wirkte die politische Entwicklung und die kirchlich gesehen externe Integrationsideologie des Nationalismus. Sie trat im Laufe des Kaiserreiches zunehmend in den Vordergrund. Hinzu kam eine immer stärkere Abwehrhaltung gegenüber dem Katholizismus und der Sozialdemokratie. Diese Reaktion auf die politischen und sozialen Transformationsprozesse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte zum einen die obrigkeitliche Repression gegen die Reichsfeinde auf kirchlicher Ebene im Sinne eines »Evangelischen Reiches Deutscher Nation« fort. Zum anderen reagierte die evangelische Kirche damit auf die Tatsache, daß die Sozialdemokratie bedeutende Erfolge gerade in protestantischen Gebieten erzielte.

Die vor 1871 und nach der Reichsgründung noch anfänglich differenzierte Haltung zu den politischen Veränderungen in Deutschland änderte sich in den folgenden Jahren rasch zugunsten einer weitgehend vorbehalt-

losen Identifizierung mit dem preußisch dominierten Obrigkeitsstaat. Über die kirchliche Ausgestaltung der Sedansfeiern und die Mitwirkung bei nationalen Feiern stellte der deutsche Protestantismus eine wesentliche Stütze des »werk- und festtäglichen Nationalsinns« dar. Die politische Einstellung der bei weitem überwiegenden Mehrheit der evangelischen Pastoren war national und konservativ. Dieser Pastorennationalismus identifizierte evangelische und nationale Gesinnung, Kaiser, Reich und Protestantismus.⁸⁰ Er erreichte jedoch in erster Linie die bekennnistreuen Protestanten, weniger dagegen die randständigen mit geringerer Kirchenbindung. Die Aufspaltung des Protestantismus in eine kirchlich konservative sowie eine liberale Richtung stellte auch in Hessen-Kassel eine langwährende Konstante mit politischen Implikationen dar.

Die in Reaktion auf die Wandlungsprozesse des 19. Jahrhunderts entstandenen Sozialmoralen definierten mehr oder weniger trennscharf Selbst- und Fremdverständnis. Binnen- und Außenbeziehung standen unter starken sozialmoralischen Vorgaben, die teils auf Konstruktionen beruhten, jedoch lebensweltliche Anknüpfungspunkte hatten. Parallel zur Ausbildung sozialmoralischer Strukturen verlief der Aufbau eines breit gefächerten Vereinswesens. Ursprünglich im Zusammenhang der sich vom Staat emanzipierenden Gesellschaft entstanden, wurden es zum Ort von Gesinnungspflege. Vereine stellten nicht nur das Prinzip Selbstorganisation und damit tendenziell egalitäre Sozialmuster in den Vordergrund, in Verbindung mit Gesinnungsgruppen dienten sie vor allem zu deren Selbstreproduktion. In Vereinen und Verbänden fanden sozialmoralische Gruppen ihr Forum zur Selbstverständigung, zur Agitation und zur fortgesetzten Dramatisierung der Außengrenzen. Erst in Organisationen wurden Sozialmoralen institutionalisiert, ihre Außenwirkung öffentlich. In Vereinen und Verbänden organisierten sich Gesinnungsgruppen. Sozialmoralen und Organisationen gingen eine enge dialektische Verbindung ein. Im Kern der Milieugeneese vor der Jahrhundertwende standen die beiden Prinzipien der Organisation von Sozialmoralen und gleichzeitig der Ideologisierung von Organisationen.⁸¹

2.3.2. Vereinsbildung und Milieugeneese

Das 19. Jahrhundert war das »Jahrhundert der Vereine«.⁸² Der rasante gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Wandel wirkte als Motor für die Ausdifferenzierung der Organisationskulturen. Der Stellenwert des Prinzips Organisation erhöhte sich vor dem Hintergrund des sich durchsetzenden politischen Massenmarktes beträchtlich, dessen Motor und Resultat

tat die Vereine darstellten. Die Ausdifferenzierung der Interessen in der Gesellschaft setzte sich fort in deren organisierter Einflußnahme auf die Politik. Wichtiger für die Entstehung des Vereinswesens war indessen die tiefreichende Verunsicherung weiter Bevölkerungsteile im Industrialisierungsprozeß, die sich in den Vereinen neue kollektive Gesellungsformen schufen. Vereine hatten einen Doppelcharakter: Sie dienten der Interessenvertretung nach außen und der gemeinsamen Identitätsversicherung im Inneren. Die über Vereine vermittelte Form der Geselligkeit organisierte die bürgerliche Öffentlichkeit. Im Prinzip der gesellschaftlichen Selbstorganisation in Vereinen und Verbänden fand eine neue Form von Öffentlichkeit ihren Ausdruck.

Die Industrialisierung erzwang und ermöglichte zugleich die Selbstorganisation der zutage tretenden materiellen und ideellen Interessen. Spätestens mit der Reformgesetzgebung zu Anfang des 19. Jahrhunderts trat der Staat den allmählichen und immer wieder verzögerten Rückzug aus seinen ursprünglichen wirtschafts- und gesellschaftsordnenden Funktionen auch im Bereich der Vereine und Verbände an. Die bis dahin gültigen Interaktionsformen wurden in der Folge zusehends durch neue ordnungsstiftende Organisationsmuster abgelöst. Das entstandene soziokulturelle Vakuum und der gestiegene Ordnungs- und Orientierungsbedarf stellten die Voraussetzung für die rasch einsetzende Vereinsentwicklung dar, die nach der Jahrhundertmitte ihren Höhepunkt erreichte. Die zeitgenössische Reflexion auf die Entwicklung des Vereinswesens brachte diesen Umstand deutlich zum Ausdruck: »Die industrielle Gesellschaft verlangt eine freiere und flüchtigere Socialform. Und hat sie nicht das Leben schon gebildet? Man braucht in der That kein scharfes Auge, um die Rechte zu entdecken: Association, Genossenschaft, nicht Corporation ist die Socialform der industriellen Gesellschaft.«⁸³ Vereinsentwicklung und Organisationskultur gaben zum einen den etablierten kulturellen Deutungsmustern Raum, zum anderen spiegelten sie Geselligkeit, Gesinnungspflege und soziale Interessenvertretung. In der je unterschiedlichen Gewichtung dieser Momente zueinander lag die politische Pointe der entstehenden Vereinskulturen beschlossen.

2.3.3. Vereine als städtische Gesellungsform

Die Bruchlinien in Wirtschaft und Gesellschaft kristallisierten sich in heterogenen Organisationskulturen entlang der weltanschaulichen Scheidelinien aus. Mehrere Strukturprinzipien bestimmten den Ausbau des Vereinswesens. Die städtischen Ballungsgebiete stellten den Ausgangspunkt der Vereinsgründungen und Interessenorganisationen auch im Re-

gierungsbezirk Kassel dar. Kassel, Marburg, Fulda und Hanau wiesen 1914 eine reich entwickelte Vereinskultur auf. Im Unterschied zur ländlichen Lebensweise traten in den Städten Arbeitszeit und Freizeit allmählich auseinander. Nur wer außerhalb der Arbeitszeit über hinreichend freie Zeit verfügte, hatte die Möglichkeit am Vereinsleben teilzunehmen. Vereine und Verbände stellten zuvörderst ein städtisches Phänomen dar. Erst danach breiteten sich die Vereine auch auf dem Land aus. »Mehr noch als die industrielle Produktionsverfassung ist es die mit ihr einhergehende *städtische Lebensweise*, die – »hineinsickernd oder hineindringend« – auch dann auf dem Lande Fuß zu fassen und städtische Sozialformen auszuprägen beginnt, wenn die ländliche Existenzgrundlage noch ausschließlich im bäuerlich-agrarischen Erwerb ruht.«⁸⁴ Die Ausbildung eines Vereinswesens auf dem Land darf als »wertvoller Indikator für soziale Um- und Neuformierungen im Zeichen der industriellen Welt« gelten.⁸⁵ Nachbarschaftsbeziehungen, die bis in die Industrialisierungsphase hinein als Zweck- und Sicherungsverbände im Familien- oder genossenschaftlichen Verband vorherrschten, wichen phasenverzögert und vielfach gebrochen den städtischen Organisationsprinzipien.

Als städtische Gesellungsform hielt die Vereinsgeschichte Schritt mit den verschiedenen Urbanisierungsschüben. Wies das Deutsche Reich zu Beginn und in der Mitte des 19. Jahrhunderts mehrere Wellen von Vereinsgründungen auf, so ließ sich dies im Regierungsbezirk Kassel erst zwischen 1880 und 1914 nachweisen. Die verspätete Urbanisierung und Industrialisierung schlugen sich in einer verzögerten städtischen Vereinsgründungswelle nieder, die ihren Höhepunkt im wilhelminischen Kaiserreich erreichte. Die Adreßbücher Kassels, Hanaus, Marburgs und Fuldas für 1914 enthielten eine Fülle von Vereinen und Verbänden, wie sie in anderen Regionen des Deutschen Reiches bereits vor der Jahrhundertwende auftraten.⁸⁶ Nach 1918 verstärkte sich dieser Trend eher noch, um 1933 seine höchste Verdichtung zu erreichen.⁸⁷

Als städtisches Phänomen prägten Vereine die neue bürgerliche Geselligkeit.⁸⁸ Eine Vielzahl von Vereinen in den kurhessischen Städten diente diesem Zweck. In Marburg und Kassel entstand in Geselligkeitsvereinen, in Lese- und Bildungsvereinen eine distinkte bürgerliche Kultur. In der Universitätsstadt Marburg dienten 1914 alleine 21 Vergnügungsvereine, 19 Bildungs- und Forschungsvereine, 14 Gesangs- und Musikvereine diesem Zweck.⁸⁹ Damit stellten sie die größte Gruppe unter den Vereinen Marburgs. Geselligkeit in ihrer spezifisch bürgerlichen Form bildete ein strukturierendes Vereinsprinzip oberhalb der konfessionellen Grenzen, wie etwa in Fulda, auch wenn der Anteil der bürgerlichen Geselligkeitsvereine an allen Vereinen dort niedriger lag.

2.3.4. Soziale Interessen und Vereinsbildung

Die soziale Trägerschicht der Vereinsbewegung bildeten über einen langen Zeitraum die städtischen Mittelschichten. In Kassel, Marburg, Hanau und Fulda wie auch in den anderen Städten des Kasseler Bezirkes waren sie die Träger der Vereinsgründungen. Diese soziale Ausgangslage bedingte, daß neben der Geselligkeit immer mehr die Interessenvertretung von Berufsgruppen in den Mittelpunkt trat. Alleine die Stadt Kassel wies 1914 95 Vereine auf, die die Interessen der Beamten und anderer Berufsgruppen vertraten. Deren wirtschaftliche Interessen fanden ihren organisierten Ausdruck in den ›Vereinen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Verkehr‹ sowie in den ›Beamten- und Berufsgenossenschaften‹. Vor dem Ersten Weltkrieg setzte in der vormaligen Residenzstadt Kassel eine besonders rege Organisation der Beamten⁹⁰ und der Angestellten oder ›Privatbeamten‹⁹¹ ein. Daneben waren die zahlreichen Handwerker,⁹² Klein- und Einzelhändler in berufsspezifischen Vereinen zusammengefaßt. In Hanau und Marburg schritt die Organisation der mittelständischen Schichten ebenfalls rasch voran.⁹³ Noch bis ins ausgehende 19. Jahrhundert war die Marburger Organisationskultur durch schichtenspezifische Vereine für die städtischen Mittelschichten und das städtische Bildungsbürgertum gekennzeichnet.⁹⁴ Diese Trennung trat jedoch mit der Politisierung des Vereinslebens in der wilhelminischen Epoche zurück. Es entstanden immer mehr schichtenübergreifende, politiknahe Vereine (so z.B. die Vaterländische Vereinigung, Kriegerverein, Flottenverein). Symptomatisch für diese Entwicklung war sowohl der Aufstieg als auch der Niedergang der ›Museumsgesellschaft‹, in der sich bis zur Jahrhundertwende Professoren, akademisches Bürgertum und auch Studenten versammelten.⁹⁵ Neben der Gründung sozial übergreifender Vereine und Verbände fielen in diese Zeit die Gründungen von Wahlvereinen sowie die verstärkten Organisationsbemühungen der Industriearbeiterschaft.

Die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zuspitzende Agrarkrise verlieh der Organisation landwirtschaftlicher Interessen über den Bereich der Selbsthilfe hinaus eine immer größere politische Bedeutung. Zu den älteren Vereinstypen zählten die landwirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen. Die kurhessische Landbevölkerung hatte während des 19. Jahrhunderts keinen Anschluß an den landwirtschaftlichen Fortschritt gefunden. Die relative konfessionelle Homogenität der protestantischen Landbevölkerung begünstigte in den Zeiten wirtschaftlicher Not, daß die Selbsthilfeorganisationen in Ober- und Unterhessen neben den wirtschaftlichen Aufgaben immer auch den integrierenden sozialmoralischen Aspekt in den Mittelpunkt stellten. Die nach 1849 ins Leben gerufenen ländlichen Ge-

nossenschaften, die landwirtschaftlichen Kreisvereine,⁹⁶ verstanden sich über die Verbesserung der Anbau-, Absatz- und Wirtschaftsmethoden hinaus als authentische Vertreter einer ländlich-protestantischen konservativen Sozialmoral. Pfarrer Adam Meyenschein, der maßgeblich an der Entwicklung des landwirtschaftlichen Verbandswesens beteiligt war, formulierte 1899 dieses Motivationsbündel zur landwirtschaftlichen Selbstorganisation im Regierungsbezirk Kassel folgendermaßen: »Hessens Landbevölkerung bedurfte etwas, das in alle Verhältnisse, die die Landbevölkerung betreffen, neues Leben brachte, das geeignet war, die sittlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens auf dem Lande, Vertrauen und seine Voraussetzung, die Ehrlichkeit im Handel und Wandel, zu stärken, Licht und Aufklärung in die Köpfe zu bringen und schließlich die materiellen Nöte in einer den Verhältnissen angepaßten Form zu stillen. Geistliche und sittliche Hebung war dem mittleren Besitz der hessischen Bevölkerung viel nötiger als materielle Zuwendungen.«⁹⁷

Träger der landwirtschaftlichen Organisationsbewegung im Kasseler Bezirk waren auffallend oft Lehrer und Pfarrer. Sie traten mit großem Nachdruck für die »sittliche Hebung der Bevölkerung« ein und erzielten beträchtliche Organisationserfolge. Der neben dem Verband ländlicher Genossenschaften weitaus bedeutendere Raiffeisenverband trug entscheidend zur Linderung der Finanz- und Kreditnot in den landwirtschaftlichen Betrieben im Bezirk bei und half so, der antisemitischen Agitation des Marburger Reichstagsabgeordneten Otto Böckel den Boden zu entziehen und die konservative Vorherrschaft auf dem Land zu sichern.⁹⁸

Die konservativen Vorfeldorganisation setzten sich nach 1890 gegenüber den populistischen antisemitischen Selbsthilfeverbänden durch. Vor 1914 dominierte auch in Kurhessen der ›Bund der Landwirte‹ und nach 1918 seine Nachfolgeorganisation, der Kurhessische Landbund, der in der Weimarer Republik den größten Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Bezirkes vertrat.⁹⁹ Die soziale Interessenorganisation fand allerdings auch hier ihre Grenze am konfessionellen Gegensatz. Die katholische Landwirtschaft Ost Hessens war im Christlichen Bauernverein, Sitz Fulda, zusammengefaßt, der die osthessische Landwirtschaft gegen die Einflüsse des ›Bundes der Landwirte‹ abschirmte.

Die weitaus bedeutendste soziale Organisationsbewegung war die der Arbeiter. Am Beginn der Entstehung einer eigenständigen Arbeiterbewegung in Hessen-Kassel stand wie andernorts die schlagkräftige Organisation der Arbeiter in Arbeitervereinen, politischen Organisationen und Gewerkschaften. Die tiefreichenden Unterschiede zwischen den Arbeiterbewegungen in Kassel und Hanau lassen sich bis in die frühesten Anfänge der Vereinsbildung der Arbeiter nachzeichnen. Während in Kassel die gewerkschaftliche Interessenvertretung von Anfang an im Mittelpunkt stand,

waren die Hanauer Arbeiterorganisationen älter und stärker politisiert. In Kassel entstand die sozialdemokratische Organisationskultur erst nach 1890. So wurde im Herbst 1891 das Kasseler Gewerkschaftskartell, 1892 der Arbeiter-Bauverein, der Eisenbahn-Konsumverein und die ›Casseler Freie Volksbühne‹, 1893 der Arbeiterbildungsverein ins Leben gerufen.¹⁰⁰ Die höhere Ortsgebürtigenrate und die deutlichere Abgrenzung der sozio-ökonomischen Klassenlagen ließen in Hanau Arbeiterorganisationen deutlich früher als in Kassel entstehen. Bereits 1830 wurde eine ›Krankenverpflegungskasse für Gold- und Silberarbeiter-Gehülfen‹ wegen der hohen gesundheitlichen Gefährdung in der Edelmetallproduktion gegründet. 1859 folgte der Konsumverein, wenig später der Arbeitersparverein und der Sanitätsverein. Der Zigarrenarbeiter-Turnverein wurde 1860, der Arbeiterbildungsverein 1863 und der Arbeiterkonsumverein 1864 gegründet. Zu großen Streiks der Zigarrenarbeiter kam es bereits 1863 und 1871. Die relativ hohe Organisationsrate gab den Hanauer Arbeitern einen Rückhalt in ihrer extrem krisenanfälligen Wirtschaftslage.¹⁰¹

2.3.5. Konfessionelle Vereinsbildung

Ein weiteres strukturell prägendes Gestaltungsprinzip der Vereinsentwicklung war das Konfessionsprinzip. Der konfessionelle Gegensatz schlug sich in der Ausbildung einer geschlossenen katholischen Vereinskultur sowie eines protestantischen Vereinswesens nieder. Im Zentrum des katholischen Vereinswesens stand die Organisation kirchlicher Interessen in der Öffentlichkeit. »Heute, wo das ganze menschliche Leben und Wirken unter dem Zeichen der Organisation steht, heute, wo die Kirche auf allen Gebieten freie Entfaltungsmöglichkeit besitzt und überall in offenem Wettkampf mit den gegnerischen Mächten sich messen muss, ... ist die intensive Förderung und sorgfältige Pflege des Vereinswesens mehr denn je Pflicht aller kirchlichen Organe.«¹⁰² Seit der 1848er Revolution galten Vereine im Katholizismus als Mittel zur Organisation und Selbstbehauptung der Katholiken in einer Welt, die man als moderne, liberale und säkulare Welt erfahren hatte, und die die ›christliche Gesellschaft‹ zerstörte. Eben jenes Prinzip der Selbstorganisation, das eine Generation zuvor bürgerlicher Selbstentfaltung gedient hatte, bildete unter den günstigen Umständen des antirevolutionären Konsenses nach 1848 den Rahmen für die Selbstbehauptung des Katholizismus.

Dennoch kennzeichnete die katholische Organisationskultur eine spezifische Mischung aus vormodernen und modernen, aus vorindustriellen und bürgerlichen Integrationsmechanismen. Die Konfession war älter als

die Nation und die Industrialisierung. »Ältere sozial-kulturelle Lebenswirklichkeiten erodierten innerhalb der ›Konfession‹ nicht in gleicher Weise wie innerhalb der ›Nation‹, obwohl sie demselben historischen Prozeß der Industrialisierung ausgesetzt waren.« Das katholische Vereinswesen verfügte über ältere Muster der Identitätsbildung, als sie der Nation zuhänden waren.¹⁰⁴ Dem dichten Netz katholischer Vereine und Verbände fiel die Funktion der Selbstversicherung von im wesentlichen vorindustriellen sozialen Schichten und der Selbstversicherung eines der Industriegesellschaft vorausliegenden Deutungsmusters zu. Daß hierin gleichwohl auch moderne Momente beschlossen lagen, hat die neuere Katholizismusforschung herausgearbeitet. Merkmale wie die Freiwilligkeit des Beitritts, die interne Gleichheit der Mitglieder und die spezifische Zwecksetzung verbanden den Vereinskatholizismus mit der bürgerlichen Gesellschaft. Die katholische Organisationskultur hielt eine labile Balance zwischen schroff antiliberalen und antimodernen Zielsetzungen auf der einen und neuartigen zeitgenössischen bürgerlichen Mobilisierungsstrategien, die man ebenso fraglos teilte, auf der anderen Seite.¹⁰⁵ Der Katholizismus reagierte mit der neuen Sozialform ›Verein‹ flexibel auf die Ausdifferenzierungen von Berufsfeldern und Interessenlagen und Lebenslagen. Die katholischen Vereine und Verbände entwickelten sich in immer neuen Anpassungen zur Grundlage spezifisch konfessioneller Gemeinschaftsbildungen. »Mit der Ausbildung eines solchen Verbands- und Vereinswesens wurden der katholischen Subkultur moderne Stützpfeiler eingezogen, die ihr Überleben unter schwieriger gewordenen industriell-urbanen Lebensbedingungen ermöglichten.«¹⁰⁶ Gerade die partielle Rezeption gleicher bürgerlicher Teilhabe stellte eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Erfolgsgeschichte der katholischen Teilkultur in der deutschen Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts dar, da sie die Mitwirkung der Laien und die Basishaftung des deutschen Katholizismus verstärkte und gleichzeitig kirchlichen Zielsetzungen entsprach. Solange die enge Verbindung des katholischen Vereinswesens zur Zentrumsparterie galt, erklärten diese Prämissen katholischer Kultur auch ihren politischen Erfolg. Von kirchenoffizieller Seite wurde denn auch die enge Verbindung zwischen den katholischen Vereinen und der Kirche betont. Mit kämpferischem Unterton und im Stile der traditionellen Apologetik definierte der ›Entwurf für ein Pastorale über das katholische Vereinswesen‹ 1915 die Aufgabe der katholischen Vereine: »Auch die Gegner der Kirche haben öfters Zeugnis abgelegt für die hohe Bedeutung der Vereine, dieser wohlgeübten Schlachttruppen, mit denen die Kirche die Schlachten Gottes zu schlagen in der Lage war. ... Die Vereine sind die große Mobilmachung der Laien aller Stände und Berufe zu lebendiger Teilnahme und Mitwirkung an der Heilsmission der Kirche.«¹⁰⁷

Von den Gestaltungsprinzipien sind die inneren Organisationsprinzipien des Vereinswesens zu unterscheiden. Durch alle katholischen Vereine zog sich die theologisch motivierte strenge Unterscheidung zwischen Laien und Klerikern, die dem Klerus über das weitere Prinzip der geistlichen Präsidie die Führung sicherte. Die über ihre kirchliche Stellung nicht direkt an soziale Interessen gebundenen Kleriker besaßen darüber hinaus in der Vereinsleitung den organisatorischen Vorteil einer über ihr Amtcharisma legitimierten ›clearing-Stelle‹ für divergierende Interessen. Die Präsidieverfassung versuchte dem Ansatz nach den Primat der katholischen Sozialmoral in der ausdifferenzierten Organisationskultur zu wahren. Indessen war die schwer angreifbare Stellung der Präsidie in der Lage, Konflikte auf Dauer zu stellen, sobald sich die Kleriker zum Anwalt materieller Interessen ihrer zumeist vergleichsweise homogenen Gemeindeglieder machten. Kleriker waren über soziale Sanktionsmechanismen kaum zu disziplinieren. Die Autonomie der Eliten hatte somit zwei Seiten. Mit den beiden genannten Prinzipien hing auf das engste das Parochialprinzip zusammen. Das katholische Vereinswesen blieb an die relativ kleinräumigen Pfarrgemeinden gebunden und trug zur gegenseitigen Stützung von lokaler und kirchlicher Identität bei. Zur Abstützung dieses Zusammenhanges trug ein weiterer Umstand bei. Kirchliche Konflikte, wie sie im 20. Jahrhundert innerkirchlich zwischen verschiedenen Hierarchieebenen eine bedeutsame Rolle spielten, traten in der Formationsphase des katholischen Vereinswesens aus zwei Gründen kaum auf. Zum einen hatte der vorangegangene Prozeß der Homogenisierung durch den Ultramontanismus einen straffen Zentralismus eingeführt. Diese bürokratische Leitungsstruktur trat jedoch – zum anderen – in der Lebenswelt der Katholiken nicht in Erscheinung. Katholische Loyalität und kirchliche Bindung blieben auf kleinräumige Strukturen wie die Pfarrgemeinde, das Dechanat und in wenigen Fällen auch die Diözese biographisch bezogen. Vor Ort wurden zwar gesellschaftliche Großkonflikte wie der Mischehenstreit, der Kulturkampf o.ä. dramatisiert. Die Bischöfe oder gar das Oberhaupt der katholischen Kirche zählten jedoch fast überhaupt nicht zur Lebenswelt des Katholiken. Die starke Bindung vor Ort eignete sich relativ gefahrlos dazu, die Politisierung und Mobilisierung der Katholiken über die Dramatisierung nationaler Konflikte voranzutreiben. Gefahr drohte der katholischen Identität weniger durch nationale Fragen, sondern vielmehr durch kleinräumige Konflikte, die vor Ort nicht mehr vermittelt, moderiert oder domestiziert werden konnten. Katholische Identität war schwerlich auf der nationalen Ebene gefährdet, sehr wohl aber vor Ort.

Die Organisierung der katholischen Bevölkerung folgte der Homogenisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und der Politisierung in der Reichsgründungsphase und der Kulturkampfzeit. Auffällig ist die breite

Organisationswelle nach dem Eintritt ins Zeitalter des politischen Massenmarktes etwa ab den Kartellwahlen 1887 und den Reichstagswahlen 1890. Ältere Vereinstypen wie die Gebets- und sozialcaritativen Vereine wurden nun ergänzt um berufsständische Organisationsmuster. Die Vereinsgründungswelle ab 1890 kulminierte in der Gründung des ›Volksvereins für das katholische Deutschland‹, der bedeutendsten katholischen Massenorganisation der wilhelminischen Epoche. Dieser mitgliederstärkste Verein in der Diözese Fulda organisierte 1912/13 mit 11.155 Mitgliedern etwa 5,6% der Diözesanen, womit er sich deutlich über dem Durchschnittswert von 3,4% in der Spitzengruppe der deutschen Diözesen befand.¹⁰⁸ Der Anzahl der Vereine nach überwogen jedoch weiterhin die religiös-kirchlichen und die sozial-caritativen Vereine.¹⁰⁹

In der Selbstdefinition des kirchlichen Vereinswesens spiegelten sich seine vielfältigen Integrationsanforderungen. Der für die Milieukonsistenz funktional wichtigste Vereinstyp waren die Standesvereine, der die Katholiken entlang ihrer sozialen und beruflichen Lage zusammenfaßte: hierzu gehörten die katholischen Vereine für die Landwirtschaft, das mittelständische Unternehmertum und Beamtenvereine etc. Die Standesorganisationen stellten die Antwort der katholischen Kirche auf die Frühindustrialisierung dar. Ihnen lag eine normative ständische Ordnungsidee zugrunde, die nach Pius XI. als Kontrastmodell zur Klassengesellschaft dienen sollte. »Stand ist eine Gruppe von Menschen, die tatsächlich oder bewußtseinsmäßig infolge ähnlicher gesellschaftlicher Funktionen oder gleichen sozialen Standorts im gesellschaftlichen Ganzen eine gewisse Einheit bilden.«¹¹⁰ Zum anderen gab es als Gliederungsprinzip die Berufs-, Geburts-, Besitz-, Lebens-, Natur- und die Milieustände. Unter allen Ständen verkörperte der Berufsstand nach Ansicht der katholischen Soziallehre am besten den Bezug auf das Gemeinwohl.¹¹¹ Unter den berufsständischen Organisationen ragten in der Diözese Fulda die Arbeiter- und Knappenvereine, die Gesellenvereine (Kolping), der Katholische Kaufmännische Verein¹¹² (KKV), die Jugendverbände (Neudeutschland, Normannstein), die katholischen Akademikerverbände und die studentischen Organisationen heraus (CV, KV, Unitas) hervor. Von den Lebensständen erlangten Mütter- und Frauenvereine sowie die Jungfrauenkongregationen größere Bedeutung. Darüber hinaus waren auch in Fulda die Deutsche Jugendkraft (DJK) und als interkonfessionelle Organisationen die Christlichen Gewerkschaften vertreten.

Die katholische Organisationskultur kann hinsichtlich ihrer Integrationsfunktion aus diesem Grunde in zwei Kategorien unterschieden werden: in die schichtenspezifischen und in die schichtenübergreifenden Organisationen. Diese strenge Typologie hat zwar heuristischen Charakter, da bei vielen Organisationen beide Aspekte ausgebildet waren. Jedoch entspricht

dieser Ansatz der funktionalen Interpretation des katholischen Vereinswesens.¹¹³

Neben den schichtenspezifischen berufsständischen Organisationen, den mit ihnen verbundenen interkonfessionellen Organisationen wie den Christlichen Gewerkschaften, traten alle anderen Organisationen zumindest mit dem Anspruch auf, schichtenübergreifend für das Wohl des katholischen Volksteiles als Ganzem einzutreten. Quer zu den beruflichen Organisationsprinzipien standen als weitere Organisationstypen zum einen die im engeren Sinne kirchlichen Einrichtungen wie Kirchenvorstand, Kirchenchor, Meßdienergruppen, Kirchenbauvereine, Herz-Jesu-Vereine, Paramentenvereine, Ehrengarden etc., dann die funktionsspezifischen Organisationen wie die katholische Sportorganisation ›Deutsche Jugendkraft‹ (DJK) und ihre Unterorganisationen in den verschiedenen Sportarten, Vereine für katholische Literatur wie der Boromäusverein, Knappenkapellen und Bläserchöre, Theatergruppen etc., drittens schließlich die im engeren Sinne politischen Organisationen wie Zentrum und Windhorstbünde.

Diese Vereine und Verbände knüpften entweder an die kirchliche Bindung der Gemeindemitglieder oder die neuen massenkulturellen Bedürfnisse (z.B. Sport) an, um sie entlang konfessioneller Trennlinien zu organisieren. Daneben führten die Krieger- und Militärvereine ein reges Vereinsleben. In der Weimarer Republik bestanden neben den schichtspezifischen Berufs- und Standesvereinen in der Stadt Fulda 16 im engeren Sinne religiöse Vereine, elf Sportvereine, elf Musik- und Gesangvereine, neun Militär- und Kriegervereine, acht Wandervereine, fünf Geselligkeitsvereine und drei katholische Jugendvereine und -verbände.¹¹⁴ Rückgrat und unabdingbare Voraussetzung zur Selbstreproduktion des katholischen Sozialmilieus war im Unterschied zur liberalen und Arbeiterkultur alles, was auch nur entfernt mit der Sozialisation seines Nachwuchses in Berührung stand. Dieser politisch heikelste Punkt stellte den ›nervus rerum‹ der Zentrumspolitik in der Weimarer Republik dar.¹¹⁵ Alleine drei Vereine widmeten sich in Fulda der Schulpolitik: die katholische Schulorganisation, der katholische Lehrerverein und der katholische Lehrerinnenverein. Das milieuspezifische Interesse an den Fragen der Schule und der Sozialisation kam in dem starken katholischen Lehrerverein in der Diözese Fulda zum Ausdruck, der im Oktober 1918 400 Mitglieder aufwies, wie überhaupt auf den sozialisationsnahen Vereinen im katholischen Sozialmilieu ein organisatorischer Schwerpunkt lag.¹¹⁶

Während die Schulorganisationen und Lehrervereine die Schulpolitik im politischen Raum nach außen hin defensiv vertraten, war es die Aufgabe der ›Jugend- und Jünglingsvereine‹, der Jungfrauenvereine, der Müttervereine sowie des ›Vereins der heiligen Familie‹, den katholischen Nachwuchs in möglichst frühem Alter zu erfassen und das katholische Erziehungs- und

Familienideal in den Familien zu festigen. Beide Vereine standen in direktem Anschluß an das kirchliche Leben und beleuchteten das Vereinscurriculum eines Katholiken.¹¹⁷ Die Jünglingsvereine und der Verein der heiligen Familie bestanden im Unterschied zu den schichtspezifischen berufsständischen Vereinen in nahezu allen Pfarreien. Die Jugendvereine konnten dabei an die Erfassung der männlichen Jugend im Ministrantendienst anschließen. Hinter den hohen Zahlen der Jünglinge unter 17 Jahren in den Jugendvereinen verbarg sich die Tatsache, daß die Erfassung der Jugendlichen nach dem Schulabgang mit ca. vierzehn Jahren einsetzte. Für den örtlichen Pfarrer und seine seelsorgliche Praxis bedeutete dies, daß er einen Schuljahrgang in besonderer Unterweisung, der sogenannten ›Christenlehre‹, mit christlichen Grundsätzen für das Berufsleben bekanntmachte. Der Unterricht knüpfte in der Regel direkt an den Gottesdienstbesuch an, so daß die Kirchenbindung der Jugendlichen das Bindeglied ins Vereinsleben darstellte. Auf diese Weise wurde eine regelmäßige, von der kirchlichen Bindung abhängige Neuaufnahmequote an jungen Katholiken gewährleistet, die zudem nach dem 17. Lebensjahr als Jungmänner im Verein verblieben. Gleichzeitig stellte die vom öffentlichen Schulsystem abgesonderte kirchliche religiöse Unterweisung einen weiteren Schritt in die Subkultur dar.

Je nach sozialer Zusammensetzung der Gemeindemitglieder kamen im Anschluß an den Jünglings- und Jugendverein der Gesellen- und dann der Arbeiterverein oder einer der anderen berufsständischen Vereine in Betracht, wo das katholische Vereinscurriculum seinen Anfang nahm. In der Weimarer Republik setzte eine lebhaftere Agitation für die katholischen Jungmänner- und Jünglingsvereine ein. Nachdem in den ersten Jahren der Republik die Jugendvereine noch wenig entwickelt waren, begann ab 1920 eine zügige Organisationsbewegung, die den Vorkriegsstand wieder erreichte.¹¹⁸ Die Kommunikation unter den Präsidien der Jungmänner- und Jünglingsvereine wurde gleich durch vier Zeitschriften gewährleistet: durch die ›Jugendführung‹, das ›Korrespondenzblatt für katholische Jugendpräsidien‹, den ›Jugendverein‹ und den ›Ratgeber für die Vorstände und Mitarbeiter der Jugendvereine‹.¹¹⁹

Das Prinzip einer einheitlichen Organisation nach dem Bekenntnisstand war im Protestantismus nur schwach ausgeprägt. Es scheiterte am Gegensatz zwischen Liberalen und Positiven. Kirchliche Organisationsprinzipien rückten daher im deutschen Protestantismus genauso wie in Kurhessen in den Hintergrund. Die Organisationsprinzipien des protestantischen Vereinswesens lehnten sich teils an die der bürgerlichen Gesellschaft an, teils stellten sie auch Reaktionen auf katholische Prinzipien dar. Ähnlich dem katholischen Volksverein versuchte der Evangelische Bund in 92 Kasseler Zweigvereinen die evangelischen Interessen zu bündeln. Auch in der

Kasseler evangelischen Landeskirche kam es zur Parallelgründung eines ›Evangelischen Volksvereins‹, der jedoch nie die Popularität des katholischen Originals erreichte. Zu den sozialen Organisationen gehörten die evangelischen Arbeitervereine (1925: 10 Vereine), deren Einfluß auf die Arbeiterschaft allerdings gering blieb. Die geschlechtsspezifischen Jungmänner- (1925: 80 Vereine) und Jungfrauenvereine (1925: 193 Vereine) nahmen neben den konfessionsspezifischen Posaunen- und Kirchenchören eine wichtige Stellung im Gemeindeleben ein.¹²⁰ Übergreifende kirchliche Einbindung war am ehesten durch die weit verbreitete protestantische Kirchenpresse möglich. Das ›Kasseler Sonntagsblatt‹ bot mit seinem aggressiven Nationalismus eine je länger je mehr unverzichtbare Plattform zur Integration der verschiedenen sozialen Gruppen in der Kirche. Es wurde mit einer Auflage von über 100.000 zu einem der verbreitetsten Blätter im Bezirk.¹²¹

2.3.6. Sozialmilieus und Presse

Die Presse stellte Kommunikationszusammenhänge in der sich mobilisierenden Gesellschaft her. Gleichzeitig enthielten die neuen Pressemedien Möglichkeiten der Lenkung und Homogenisierung, die für den Zusammenhalt in den Sozialmilieus an Bedeutung gewannen. Die Zeitungslandschaft bildete ihrerseits die sozialmoralischen Milieus als fragmentierte oder partielle Kommunikationszusammenhänge ab. Die Lokal-, Regional- und Verbandspresse wurde zu einem unersetzlichen internen Medium der Gesinnungsgruppen. Sie richtete sich in erster Linie an die eigene sozialmoralische Klientel, zu deren Integration und Mobilisierung sie beitrug, weniger dagegen an Außenstehende.

Zwischen 1877 und 1925 verzeichnete das Pressewesen im Kasseler Bezirk einen nie gekannten Aufschwung.¹²² Die Anzahl der Zeitungen verdoppelte sich etwa von 29 auf 57, die Erscheinungsorte ebenfalls von 21 auf 39, und die Auflagenhöhe der Zeitungen betrug 1925 mit 338.026 Exemplaren das Achtfache von 1877. 1925 teilten sich durchschnittlich 3,7 Kurhessen eine Zeitung, 1877 waren es noch 20,6 Bewohner gewesen.¹²³ Die lokale Schwerpunktbildung der verschiedenen weltanschaulichen Gruppen im Regierungsbezirk Kassel entsprach den Schwerpunkten der politischen Presse. Die katholische Presse des Regierungsbezirkes Kassel konzentrierte sich in der Bischofsstadt Fulda, wo 1874 auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes die ›Fuldaer Zeitung‹ als politisches Organ und 1884 der ›Bonifatiusbote‹ als Kirchenblatt gegründet worden waren.¹²⁴ Die ›Fuldaer Zeitung‹ vertrat in Fulda quasi-offiziell den Zentrumsstandpunkt. Der ›Bonifatiusbote‹ diente in erster Linie als religiös-kirchliches Organ, in

politisch brisanten Zeiten wie nach dem Ersten Weltkrieg auch mit politischen Stellungnahmen. In Zeiten relativer Stabilität beschränkte sich das katholische Kirchenblatt auf innerkirchliche Themen. Neben der Zentrumspresse gelang keinem Presseorgan der Durchbruch. Das im Kaiserreich von der preußischen Verwaltung unterstützte ›Fuldaer Kreisblatt‹ hielt sich nur durch amtliche Unterstützung bis 1920. Mit einer Auflage von ca. 12.000 Exemplaren erreichte die ›Fuldaer Zeitung‹ gegen Ende der Weimarer Republik etwa zwei Drittel aller osthessischen katholischen Haushalte. Sie stand im Mittelpunkt katholischen Lebens und bestimmte die Binnenkommunikation im Milieu.¹²⁵

Die katholische Presse verstand sich in Anlehnung an ein Wort Peter Roseggers als die »andere Kanzel«. »Zeitungspresse, du bist der Kanzelredner, der große Prediger der Zeit. ... Da predigen sie in den Wirts- und Kaffeehäusern, in den Straßen- und Eisenbahnwagen, in den Privathäusern und auf allen Marktplätzen.«¹²⁶ Ihre vielgestaltige Alltagspräsenz verstärkte die traditionellen Formen kirchlicher Integration über die Seelsorge. Die allmähliche Ausbildung eines geschlossenen katholischen Sozialmilieus führte zum Rückgang der katholischen Gelehrtenpresse wie der ›Historisch-politischen Blätter‹ und zur Zunahme von breitenwirksamer Alltags- und Verbandspresse.

Der katholischen Presse eignete eine tiefgehende apologetische Grundtendenz. Sie diente der »sittlich-religiösen und politischen Unterweisung«. »Unsere katholische Presse (hat) eine gewaltige Aufgabe, den christlichen Glauben gegen Lüge und Verleumdung, gegen Hohn und Spott zu verteidigen, für christliche Sitte einzutreten, die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Liebe für das politische und soziale Gebiet zu verkünden, auch einer materialistischen Auffassung gegenüber den Primat des Geistes vor dem Leibe zu verteidigen.«¹²⁷ Dieser präzeptive Charakter katholischer Presse verstärkte den strukturellen Grundzug der Einwegkommunikation. Kirchliche und politische Führungen stellten die Presse in den Dienst des Milieuerhaltes. »Ein großer Teil des Volkes denkt und urteilt so, wie seine Zeitung es tut. Einmal weil man von vornherein die Zeitung wählt, die den eigenen Gesinnungen entspricht, sodann aber auch, weil man die Ideen und Gedankengänge seiner Zeitung ganz unbewußt nach und nach zu den seinigen werden läßt.«¹²⁸ Im Unterschied zu diesem Kommunikationsmodell vertraten die Vereine je länger je mehr ein ausgewogeneres Modell von Kommunikation, das Rückkopplungen zuließ.

Die Diasporasituation der Fuldaer Katholiken in einer protestantischen preußischen Provinz verstärkte die kommunikative Bedeutung der katholischen Presse. Katholische Zeitungen stellten neben Kirche und Erziehung ein entscheidendes Medium dar, um überlokale katholische Milieuidentität abzusichern. Die Diasporapresse war »Presse für eine Minderheit«, sie

verstand sich als »Leuchtturm, der seine erhellenden Strahlen, seine warnenden Signale, seinen Richtung gebenden Schein in die ›Zerstreuung‹ hinaus schickt, wo auf dem bewegten Alltagsmeere einige Katholiken ihre Lebensschifflein vorwärts steuern«. ¹²⁹ Die Bedeutung der katholischen Pressearbeit unterstrich der wichtige ›Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse‹, der 1878 gegründet sich ganz dem Auf- und Ausbau der katholischen Publizistik widmete. ¹³⁰

Auch in der Arbeiterbewegung galt: »Die Rotationsmaschinen entscheiden!« ¹³¹ Das erste Bezirksorgan, das ›Hessische Volksblatt. Organ des werktätigen Volkes‹ erschien vom 1. Juli 1877 bis zum 29. September 1878. Unter den Sozialistengesetzen trat die soziale Metaphorik zurück. Ab dem 10. Dezember 1885 erschien der ›Hessische Volksfreund‹. Das Verbot des Volksfreundes am 21. Dezember 1886 wurde von den Redakteuren unter Philipp Scheidemann mutwillig provoziert, um einem finanziellen Zusammenbruch zuvorzukommen. Im Herbst 1890 faßte der Provinzialparteitag den Beschluß, wieder eine sozialdemokratische Zeitung herauszugeben. Seit 1891 hieß das offizielle Parteiorgan der kurhessischen SPD ›Volksblatt für Hessen und Waldeck‹. 1905 wurde der Name in ›Volksblatt. Organ für die werktätige Bevölkerung in Hessen und Waldeck‹ geändert. Seit 1921 trug diese Zeitung den Namen ›Kasseler Volksblatt‹. Im Februar 1933 wurde sie schließlich von den Nationalsozialisten verboten. ¹³²

Die Wirkungsradius des Parteiorgans ›Kasseler Volksblatt‹ sollte alle Parteimitglieder und möglichst viele Gewerkschaftsmitglieder umfassen. Angesichts von ca. 30.000 Parteimitgliedern am Ende der Weimarer Republik im Agitationsbezirk gelang ihr das nur unzureichend. 1922, als die Parteiorganisation 33.353 Mitglieder zählte, erreichte das Kasseler Volksblatt seine höchste Auflage mit 26.800 Exemplaren, 1925 waren es 25.200, 1933 wurde die Parteipresse immerhin noch 23.000mal gedruckt. In ihrer apologetischen Funktion kam die sozialdemokratische Parteipresse mit der katholischen überein. Nach der Ansicht ihres Reichstagsabgeordneten Michael Schnabrich hatte sie die Aufgabe, »eine Weltanschauung zu vertreten und diese in die Köpfe der Massen zu hämmern und den Tageskampf um die Rechte der wirtschaftlich und politisch Unterdrückten zu führen«. ¹³³

In den städtisch-bürgerlich-liberalen Kreisen Kassels und Marburgs las man das ›Kasseler Tageblatt‹ und die ›Hessischen Landeszeitung‹, ab 1925 das ›Hessische Tageblatt‹. Das ›Kasseler Tageblatt‹ war in der Weimarer Republik die älteste Kasseler Zeitung, wurde von der jüdischen Familie Gotthelft herausgegeben, verstand sich als Provinzpresse und trug damit dem Umstand Rechnung, daß die lokale bürgerliche Öffentlichkeit andere Anforderungen an die Tagespresse stellte als dies in der großstädtischen

Gesellschaft der Fall war. ¹³⁴ Das ›Kasseler Tageblatt‹ wie auch die ›Hessische Landeszeitung‹, später: ›Hessisches Tageblatt‹, repräsentierten spezifische Gestalten bürgerlicher Öffentlichkeit in der Universitätsstadt Marburg und der Residenzstadt Kassel. Beide korrespondierten zum spezifischen kulturellen und politischen Erwartungshorizont liberaler Schichten in den beiden Städten. In Marburg war die Presse eher gesinnungsliberal, in Kassel wirtschaftsbürgerlich orientiert. Politisch stand das ›Kasseler Tageblatt‹ während des Kaiserreiches dem Linkliberalismus und in der Weimarer Republik der DDP nahe. Die Zeitung versuchte zwar auch auf dem Land Fuß zu fassen, was ihr nur zu Teilen gelang. Ihre Auflage von 21.000 Exemplaren in 1928 beschränkte sich im wesentlichen auf die Stadt Kassel, wo ihr in der Binnenkommunikation des Kasseler Liberalismus eine entscheidende Rolle zukam. ¹³⁵ Das liberale Blatt Marburgs war die ›Hessische Landeszeitung‹. Sie wurde vom 1. Januar 1899 bis zum 19. Juni 1912 vom liberalen Politiker Hellmut von Gerlach herausgegeben. Die späteren Politiker Otto Nuschke, Paul Bader und Kurt Eisner arbeiteten zeitweise in der Redaktion. ¹³⁶ In Übereinstimmung mit dem zwispaltigen Selbstverständnis des wilhelminischen Liberalismus stand Gerlachs Motto für seine Zeitung:

»Für die Arbeit, aber nicht bloß für die Arbeiter,
für die Bildung, aber nicht bloß für die Gebildeten,
kaisertreu, aber nicht byzantinisch,
national, aber nicht chauvinistisch,
liberal, aber nicht manchesterlich,
sozial, aber nicht sozialdemokratisch.« ¹³⁷

Der konservative Protestantismus fand seine publizistischen Sprachrohre in einer Fülle von Tages- und Wochenzeitungen. In der Weimarer Republik waren dies die ›Kasseler Post‹ und die Marburger ›Oberhessische Zeitung‹. Die ›Kasseler Post‹ entstand 1923 aus dem Zusammenschluß der vormaligen ›Hessischen Post‹ und der ›Kasseler Allgemeinen Zeitung‹. Für die Massenwirksamkeit dieses Blattes sprach seine Auflage: 1914 wurden pro Ausgabe 25.000, gegen Ende des Ersten Weltkrieges sogar 40.000 Exemplare gedruckt. Die Marburger ›Oberhessische Zeitung‹ entwickelte sich von einem ursprünglich liberalen Blatt nach 1870 zum publizistischen Exponenten konservativer Politik im Reich und in Preußen. Die evangelische Kirchenpresse in Gestalt des ›Kasseler Sonntagsblattes‹ war deutlich antisemitisch eingefärbt. Sie versorgte die nordhessischen Kleinstädte und Landgemeinden mit kirchlichen Nachrichten und konservativen politischen Ansichten.

Die Spaltung des kurhessischen Protestantismus in eine konservative positiv-orthodoxe und eine kirchlich eher liberale Richtung setzte sich bis

in die Presse fort. Im Kampf um das evangelische Deutungsmonopol standen liberale und konservative Blätter daher von vornherein in der innerkonfessionellen Auseinandersetzung, ein Umstand, der im Katholizismus völlig fehlte und die protestantische Binnenkommunikation erschwerte.

2.3.7. Sozialmilieus und Kommunalpolitik

Kommunalpolitik und Milieuerhalt standen in engem Zusammenhang. Schon die räumliche Bedeutung des Milieubegriffes (>au milieu de<) legte die lokal- und regionalpolitische Dimension von Milieupolitik nahe. Der Katholizismus als schichtenheterogenes Milieu mit weit vorgeschrittener sozialmoralischer Homogenisierung dominierte genauso auf seinem Terrain wie der Liberalismus die kommunalen Geschehnisse in Marburg bestimmte. Im Falle des kommunalen Liberalismus reichte die Bedeutung der Kommunen noch sehr viel weiter als bei der Zentrumsparterie. Inhalte und Herkunft standen beim politischen Liberalismus in traditioneller Nähe zur Kommunalpolitik.¹³⁸ Im Falle des Katholizismus kam hinzu, daß schulpolitische Belange in den Kommunen durch die Schulträgerschaft wirksam vertreten wurden. Die schichtenhomogene Arbeiterbewegung blieb dagegen von der Kommunalpolitik bis 1919 weitgehend ausgeschlossen.

Die Konzentration der Bevölkerung in städtischen Ballungsräumen während des ausgehenden 19. Jahrhunderts schlug sich in einer immensen Vermehrung städtischer Aufgaben nieder. Die Kommunalverwaltungen bewältigten diese Herausforderung durch Professionalisierung. Die Kommunalpolitik wandelte sich von der traditionellen Honoratiorenverwaltung zur Leistungsverwaltung. Unter politischen Gesichtspunkten stieg der Stellenwert der Kommunen im Kaiserreich vor allem deswegen an, weil die politischen Teilhaberechte immer größerer bürgerlicher Schichten im Reich und in Preußen sehr beschränkt blieben. Nur die Kommunen entzogen sich weitgehend dem Zugriff einer nurmehr teildemokratisierten Reichsführung.¹³⁹ Das weite Feld der Kommunalpolitik blieb dem Bürgertum und dem Liberalismus vorbehalten. Die Trägerschicht kommunaler Selbstverwaltung rekrutierte sich aus zumeist gutsituierten Bürgern. Die politische Stabilität des Kaiserreiches verdankte sich nicht zuletzt dieser Auslagerung des politischen Transformationsbestrebens bürgerlicher Schichten in den Bereich der Kommunalverwaltung. Aufgrund des Dreiklassen-Wahlrechtes blieben die politischen Kompetenzen fast ausschließlich dem wirtschaftenden >neuen Bürgertum< vorbehalten.¹⁴⁰ Zwar herrschte auch im Bereich der Gemeindepolitik eine starke regionale Differenzierung vor, generell galt jedoch, daß die größte städtische Bevölke-

rungsschicht, die Industriearbeiterschaft, vor 1914 nur geringfügigen Einfluß auf die Kommunalpolitik ausübte.¹⁴¹

Die kommunalpolitische Entwicklung im Regierungsbezirk Kassel stand in ihren Grundzügen in Übereinstimmung mit der Entfaltung der Selbstverwaltungssysteme im Deutschen Reich.¹⁴² In Kurhessen und Nassau vermischten sich jedoch nach der relativ späten Angliederung an Preußen im Jahre 1866 lokale und regionale kommunale Sondertraditionen mit preußischen Entwicklungslinien. So kannten Kurhessen seit 1834 und Nassau seit 1854 eigene Gemeindeordnungen, deren Wahlrechtsbestimmungen von den preußischen Gesetzen abwichen.¹⁴³ Die kurhessische Gemeindeordnung von 1834 basierte auf dem Prinzip der Bürgergemeinde. Unter Bürgergemeinde verstand die Gemeindeordnung beruflich Selbständige und Hausbesitzer mit Wohnsitz in der Gemeinde. Beiden Gruppen kam in gleicher Weise das aktive Wahlrecht zu. Das passive Wahlrecht in die kommunalen Körperschaften begünstigte die Hochbesteuerten. Die politische Willensbildung in den Kommunen Kurhessens basierte somit auf einem Konsens zwischen aktiven Wahlbürgern, deren Wahlrecht nicht unterschieden wurde, und ihren zumeist hochbesteuerten politischen Vertretern. Unselbständige und somit die gesamte Industriearbeiterschaft war vom aktiven wie vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Die sozioökonomischen Veränderungen Kurhessens machten die Wahlrechtsfrage zum Politikum. Unter den veränderten Bedingungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts bevorzugte dieses Wahlrecht die kleinen und mittleren Existenzen im Handwerk und Handel und die kleinen Landwirte vor den Fabrikarbeitern.

Der historische Übergang zur Einwohnergemeinde schlug sich am klarsten im Wahlrecht nieder: Auf der Ebene des Deutschen Reiches wie auch teilweise in den außerpreußischen Staaten durften alle männliche erwachsenen Einwohner wählen. Damit war jedoch ein steigender politischer Einfluß der Sozialdemokratie verbunden, eine Entwicklung, die für die politische Klasse des Kaiserreiches den Horror schlechthin bedeutete. Die Konkurrenz zwischen historischer Entwicklung und dem Streben nach Machterhalt der traditionellen wie der neuen Eliten ließen die Wahlrechtsentwicklung auch im Regierungsbezirk Kassel gebremst verlaufen. Die Städte- wie die Landgemeindeordnung vom 1897 vergrößerte zwar die Zahl der Wahlberechtigten und rückte insofern vom obsoleten Bürgergemeindenprinzip ab. Das straffe Zensusystem im Rahmen des Dreiklassen-Wahlrechtes behielt den entscheidenden politischen Einfluß jedoch nach wie vor auch in den Kommunen den Hochbesteuerten vor. Wie gering die Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene blieben enthüllte das Beispiel Marburg: Vor Einführung der neuen Städteordnung waren 1873 710 Bürger wahlberechtigt.¹⁴⁴ Das 1897 eingeführte neue

Kommunalwahlrecht erhöhte zwar die Zahl der Wahlberechtigten auf 1835 bei den Kommunalwahlen 1898. Das Drei-Klassen-Wahlrecht sah jedoch den entscheidenden Einfluß bei den 52 Wählern der 1. Klasse.¹⁴⁵

Das Drei-Klassen-Wahlrecht war in seiner politischen Wirkung ambivalent: Auf der einen Seite ermöglichte es die Aussperrung wesentlicher Teile der Stadtbevölkerung von den politischen Entscheidungen, auf der anderen Seite begünstigte es eine Kontinuität der Verwaltung und der politischen Entscheidungsstrukturen, die für die Entwicklung der meisten Kommunen von großer Bedeutung war.

Das Fernhalten der Industriearbeiterschaft und der Sozialdemokratie von den kommunalen Spitzenpositionen entsprach den konservativen Vorstellungen der politischen Eliten des Kaiserreiches. Umgekehrt begünstigte es jedoch die Entfaltung ausgeprägter politischer Binnenstrukturen in den Kommunen, zumal wirtschaftlicher Einfluß und politische Entscheidungskompetenz oftmals in denselben Händen lagen. Die liberale wie auch die katholische Vereinskultur griffen über die wahlrechtliche Begünstigung ihrer Wählerschichten auf den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung über, weshalb diese sich zu einem Rückgrat liberaler, vor allem aber katholischer Sozialmilieus entwickelten. Sozialdemokraten bestimmten dagegen nur vereinzelt über den Stimmenanteil der Wähler dritter Klasse, konservative Schichten über ihre Vereinskultur die politischen Geschicke der Städte mit.

Die Kommunalbeamten der Vorkriegszeit verstanden sich als Hüter der Sachlichkeit inmitten einer sich politisierenden Umwelt. Dieses Selbstverständnis brachten viele Kommunalpolitiker aus dem Kasseler Bezirk als Landtags- beziehungsweise Reichstagsabgeordnete in die überregionale politische Diskussion ein. Besonders die Verhältnisse in Marburg und Kassel spiegelten den Typ der Honoratiorenverwaltung vor 1918 wider. Ökonomischer Hintergrund dieser Erscheinung war der Umstand, daß die städtischen Mandatsträger Ehrenämter bekleideten, die als zeitaufwendige Tätigkeiten nur für wohlhabende Bürger in Frage kamen. Ein relativ beschränkter Kreis von politischen Entscheidungsträgern, der zudem auch sozial homogen war, prägte in informellen Zirkeln¹⁴⁶ das kommunale politische Geschehen.¹⁴⁷ Die Kontinuität der kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen wurde sinnfällig verkörpert durch Oberbürgermeister. Lange Amtsperioden der Bürgermeister sicherten die Kontinuität der städtischen Kommunalpolitik auch über Krisenzeiten wie die Annexion 1866 und den politischen Umbruch 1918 hinweg. So kannte die Stadt Fulda zwischen 1862 und 1930 nur zwei Bürgermeister, Franz Rang (1862–1893) und Georg Antoni (1894–1930), und die Stadt Marburg drei Oberbürgermeister: August Rudolph von 1856 bis 1884, seinen Nachfolger Ludwig Schüler von 1884 bis 1907 und Paul Troje von 1907

bis 1924.¹⁴⁸ Die industrialisierten Ballungsräume des Bezirkes wiesen im Gegensatz hierzu komplexere Verwaltungskontinuitäten mit personalpolitischen Brüchen auf. Zwischen 1863 und 1933 wechselten sich acht Oberbürgermeister in der Führung der Kasseler Stadtverwaltung ab. Hier konkretisierten sich die aufbrechenden politischen Gegensätze zwischen Liberalen und Evangelisch-konservativen auf der einen und zwischen bürgerlichen Schichten und den politischen Organisationen der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite.¹⁴⁹ Kassel und Hanau bildeten schon im Kaiserreich Schwerpunkte liberaler Kommunalpolitik. Oberbürgermeister wie Ernst Scholz und Erich Koch (-Weser) spielten im politischen Liberalismus der Zeit vor 1914 und besonders der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle.¹⁵⁰ Liberale und katholische Politiker, die sich im Kaiserreich und später hohe Verdienste in der Gemeindepolitik erwarben, qualifizierten sich damit für höhere Partei- oder Regierungsämter.¹⁵¹

Die kommunale Selbstverwaltung ging der Formation der sozialmoralischen Milieus voraus. Dennoch gingen sie spätestens gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine enge Verbindung ein. Im Falle des Katholizismus wurde der kommunale Einfluß genutzt, um die Sozialisationsbedingungen konstant zu halten und um die Reste des lokalen Liberalismus in das Milieu einzubinden, nachdem seit den 1890er Jahren vor allem die Arbeiterbewegung als schichtenhomogenes Konkurrenzmilieu immer wichtiger wurde und nach den Kartellwahlen 1887 die Zusammenarbeit mit den Konservativen im Zuge des Abbaues der Kulturkampfgesetzgebung zum Erliegen gekommen war. So nahm das Fuldaer Zentrum 1889 ehemals liberale Kandidaten auf seine Liste auf.¹⁵² Bei den Liberalen stellte das kommunalpolitische Handlungsfeld je länger je mehr ihre eigentliche politische Domäne dar. Zudem traten vor Ort die reichspolitischen innerliberalen Spannungen, die im Reich zu fortgesetzten Spaltungen geführt hatten, weitgehend zurück. Ihre Dominanz der Liberalen im kommunalen Bereich reichte weit über ihre Hochburgen bei den Reichstagswahlen hinaus. Die gedämpften Auswirkungen des einsetzenden politischen Massenmarktes auf dem Land erlaubten ihnen die Fortsetzung klassischer Honoratiorenpolitik sogar dort, wo die Konservativen bei Reichstagswahlen vorne lagen. Fast gänzlich einflußlos – bis auf Krankenkassen und Angestelltenvertretungen – blieben dagegen die Sozialdemokraten, deren Integration in die Kommunalpolitik erst nach 1918 begann.

2.4. Kontext und Entstehung der Sozialmilieus in Hessen-Kassel

Die kurhessische Gesellschaft wies im 19. Jahrhundert alle milieuformierenden Konfliktlinien auf, die auch auf das Deutsche Reich im ganzen zutrafen. Der Konflikt zwischen autoritärer politischer Führung und Liberalismus verfestigte nach der territorialen Revolution der napoleonischen Zeit liberale Gesinnungs- und Organisationsstrukturen. Seit den 1830er Jahren trat zusehends der Konflikt Staat – Katholische Kirche in den Vordergrund. Die Konfrontation des Katholizismus mit dem Staatskirchenrecht begründete den scharfen Antagonismus zwischen kirchlichen und staatlichen Gewalten sowie die allmähliche Identifikation der osthessischen Region mit der katholischen Kirche.¹⁵³ Seit dem späten 19. Jahrhundert dominierten im Zuge der verspäteten Industrialisierung Kurhessens soziale Gegensätze. Das Entstehen eines dichten Arbeitermilieus in den Brennpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung Kassel und Hanau datierte aus dieser Zeit. Während die Formationsphase des katholischen Sozialmilieus deutlich vor der Reichsgründung lag, stellten das Arbeitermilieu, das konservative ländliche Milieu seit den 1880er Jahren, zu Teilen aber auch das liberale Vereinsmilieu Produkte der Gesellschafts- und Sozialgeschichte des Kaiserreiches dar. Jede dieser Konfliktlinien setzte ihrerseits eine Interessendissoziierung voraus, die die Voraussetzung für eine Vergemeinschaftung entlang der Interessengrenzen bildete. Die Auseinandersetzung zwischen den Marburger Liberalen und der Kasseler Staatsführung knüpfte an das Legitimitätsdefizit des autoritären politischen Systems nach der Reformzeit des beginnenden 19. Jahrhunderts an. Dieser Gegensatz wurde in der Folge für Kurhessen nie mehr recht überbrückt. Hier lagen die Ursachen für die nationalliberalen Wahlerfolge im frisch annektierten Hessen-Nassau nach 1866. Bei Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 gewannen die Liberalen im Regierungsbezirk Kassel sechs, ein halbes Jahr später sogar sieben von acht Mandaten. Die negative Integration des Liberalismus in den kurhessischen Staat trug umgekehrt zur raschen Aussöhnung mit Preußen nach der Annexion 1866 bei.

Der Konflikt zwischen Staat und katholischer Kirche datierte aus den 1830er Jahren und war ein Ergebnis staatskirchenrechtlicher Disziplinierungsversuche. Im Ergebnis verteidigte die katholische Kirche jedoch ihre Autonomie erfolgreich und leitete zielstrebige Schritte der Binnenhomogenisierung in die Wege. Der osthessische Katholizismus ging bereits voll mobilisiert in die Auseinandersetzungen der Reichsgründungszeit. Die verspätete und dann umso rasantere Industrialisierung forderte immense soziale Kosten, die nicht politisch aufgefangen wurden. Besonders in den

Industriezentren Kassel und Hanau erstarkte die Sozialdemokratie zur führenden politischen Kraft bei allgemeinen Wahlen. Schon vorher – seit den 1880er Jahren – hatte sich der soziale Protest der ländlichen Bevölkerung in einem Antisemitismus und rechtspopulistischem Protest geäußert. Hier allerdings obsiegten – einstweilen – die konservativen Honoratioren gegen den populistischen antisemitischen Protest.

3. Zentrumsturm und Interessenpolitik: Das katholische Sozialmilieu

Die scharfe räumliche Trennung der katholischen und protestantischen Gebiete im ehemaligen Kurhessen wirkte sich noch in der Weimarer Republik nachhaltig auf die politische Geographie des Regierungsbezirkes Kassel aus. Deutlich geschieden von den anderen weltanschaulichen Gesinnungsgruppen blieb das katholische Sozialmilieu hier in seinen Außengrenzen klarer konturiert, als es beispielsweise im Rheinland möglich war, wo sich vergleichsweise wenig Möglichkeiten zur Dramatisierung der Außengrenzen boten und die innere Disparität des katholischen Sozialmilieus stärker hervortrat.¹ Der Katholizismus ging im wesentlichen voll mobilisiert in die Auseinandersetzungen der 1860er und 1870er Jahre. Die vorausgehende Mobilisierung kann entlang der Staat – Kirche Konflikte seit etwa 1830 periodisiert werden. Der katholische Klerus lehnte hier erstmals im großen Stil und von seinem Bischof motiviert die staatskirchenrechtlichen Vorschriften ab, die auf die Domestizierung der katholischen Kirche abzielten, indem er den Eid auf die neue Verfassung vom 5. Januar 1831 verweigerte.² Bereits vorher hatte die katholische Kirchenleitung gegen die ›Landesherrliche Verordnung‹ vom 30. Januar 1830 protestiert, die mit der gleichen Zielrichtung erlassen worden war. Im Hintergrund der Wende in den Staat-Kirche Beziehungen standen ein gegenüber den voraufliegenden Auseinandersetzungen zwischen reaktionärer kurfürstlicher Regierung und dem Liberalismus veränderte Konstellation. Beide fanden nun im Bestreben zusammen, mit den Mitteln des Staatskirchenrechts die katholische Kirche in den kurhessischen Staat einzubinden. In diesem Konflikt wie in den nachfolgenden um die katholische Fakultät an der Landesuniversität Marburg, um die deutschkatholische Gemeinde in Hanau sowie in der Mischenfrage zeichnete sich eine Entwicklung von längerfristiger Bedeutung ab, die auch in anderen Staaten den Deutschen Bundes zu beobachten war: die allmähliche Identifizierung von Region und katholischer Konfession in Absetzung zu den Integrationsabsichten des als bedrohlich empfundenen Komplexes aus Protestanten und Staatsmacht.

Die hohe Wertladung katholischer Sozialmoral resultierte auch aus dieser Identifizierung von Region und Religion, die die politische Selbständigkeit

mehr und mehr an die konfessionelle Selbstbehauptung band. Seit 1830 wurde ein Mechanismus in Gang gesetzt, der es erlaubte, wechselseitig regionale Konflikte in konfessionelle und konfessionelle in regionale zu übersetzen. Gleichzeitig wurden Gegner des innerkatholischen Zentralisierungskurses wenn schon nicht als der Konfession fernstehend so doch als den regionalen Interessen entfremdet charakterisiert. Die Dramatisierung der Außengrenzen ging mit dem Zurückdrängen des schwachen kirchlichen Liberalismus einher.³

Der binnenkatholische Homogenisierungsprozeß, der der Politisierung des Milieus voranging, kann idealtypisch als Durchsetzung geistlicher Herrschaft im Katholizismus interpretiert werden.⁴ Es lassen sich dabei drei Formen legitimer geistlicher Herrschaft voneinander unterscheiden: die traditionale, die charismatische und die rationale Ausformung geistlicher Herrschaft. Allen drei Subprozessen entspricht dabei ein historischer Ereignisstrang. Die Traditionalisierung geistlicher Herrschaft steht für die Anknüpfung an ältere kirchliche Regionaltraditionen und deren zentralisierenden Ausbau. Vor allem aber bedeutet sie die Erfindung einer zentralistischen Tradition, wie sie in besonders gelungener Weise der Regionalkult des ›Apostels der Deutschen‹ Winfried-Bonifatius darstellte.⁵ Lokaltraditionen wurden so in den Dienst des übergreifenden Zentralismus gestellt. Traditionalisierung bedeutete im Kern Ultramontanisierung. Die Charismatisierung geistlicher Herrschaft kann in der rasch voranschreitenden Klerikalisierung erblickt werden. Ein Übernahme eines straff zentralistischen Priesterbildes stellte eine der ganz wenigen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten dar. Die Rationalisierung geistlicher Herrschaft schlug sich im Auf- und Ausbau der kirchlichen Bürokratie nieder.⁶ Alle drei Teilprozesse vergemeinschafteten die katholische Bevölkerung entlang der Konfessionsgrenzen, zumal durch die wirtschaftsfeindliche Politik des Kurfürsten die Kraft sozio-ökonomischer Homogenisierung fehlte. 1866 wurde Kurhessen von Preußen annektiert.

3.1. Das katholische politische Sozialmilieu

Der regionale Gegensatz zwischen katholischer Bevölkerung und protestantischem Landesherren schien unmittelbar nach der Annexion zurückzutreten, beendeten die preußischen Truppen doch das gänzlich unbeliebte Regime des Kurfürsten. Indessen setzten sich die älteren Konflikte nun vor dem Hintergrund der ökonomischen Modernisierungszumutungen der neuen Herren fort. Der nachfolgende Modernisierungsschub trieb wettbewerbsungewohnte Unterschichten in Stadt und Land noch mehr an die Seite der konservativen und traditionsstiftenden Macht Kirche.⁷

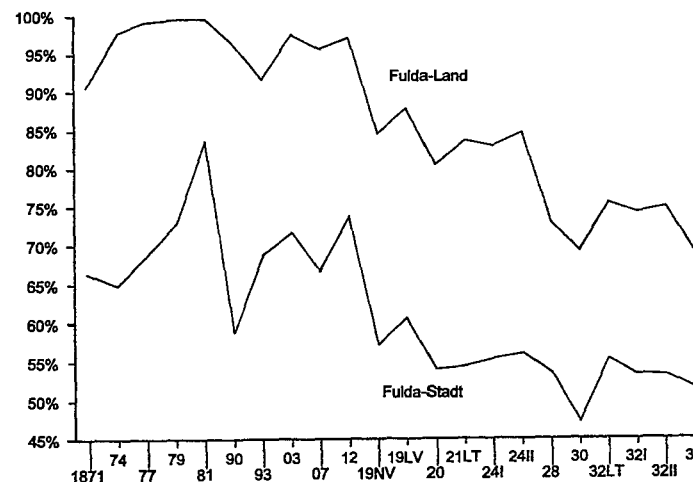
Die Politisierung in der Reichsgründungszeit geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem die Ultramontanisierung des Katholizismus schon unumkehrbar geworden war. In signifikantem Unterschied zu den anderen Sozialmilieus stand die politische Dimension nicht am Anfang der Genese. Deutlicher als in den anderen Fällen kann hier daher für die Zentrumsparterie von einem »politischen Aktionsausschuß« des Milieus gesprochen werden. Homogenisierung und Politisierung des katholischen Milieus fielen nicht zusammen. Beide Prozesse überlagerten sich nur teilweise, sie erstreckten sich über einen langen Zeitraum und ließen angepaßte Reaktionsmuster zu. Auch daraus ist der durchschlagende Politisierungserfolg nach 1867 zu erklären.

3.1.1. Die Politisierung des katholischen Sozialmilieus

Die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 wiesen einen deutlichen Unterschied in der politischen Ausrichtung von Stadt und Land in Osthessen auf. Während die Landgemeinden in ihrer überwiegenden Mehrheit für die ultramontane katholische Freie Vereinigung stimmten, behielt die preußenfeindliche Volksparteiliste des Adam Trabert in der Stadt Fulda einstweilen noch die Oberhand. Zwar war auch hier die katholische Liste mit 41,2% der abgegebenen gültigen Stimmen bereits stark vertreten. Ihr Kandidat, der Fuldaer Oberbürgermeister Franz Rang (1862–1893) unterlag jedoch in seiner Heimatstadt der Volkspartei. Im Wahlkreis blieb er indessen klarer Sieger.

Franz Rang wurde maßgeblich von der neu entstandenen »Männergesellschaft MN«, auch »schwarzes Casino« genannt, unterstützt, die am 6. Januar 1867 in Fulda gegründet worden war. Die Initiatoren der Casinobewegung in Fulda waren neben Rang sechs höhere Geistliche, fünf Juristen, der Oberbürgermeister Franz Rang sowie acht selbständige Fabrikanten und ein Arzt. Später zählte sie etwa 50, 1894 sogar 100 Männer vorwiegend aus der Intelligenz, die zumeist öffentliche Ämter bekleideten. Diese gut durchorganisierte Speerspitze des örtlichen Ultramontanismus trat in der Zeit des Kulturkampfes mit dem Charakter einer Geheimgesellschaft auf. Die Mitglieder der Männergesellschaft, der »Jesusitenpartei in der Bonifatiusstadt«, stellten die Spitzen der Vereine, der Zentrumsparterie und der Kommunalpolitik wie auch das Rückgrat einer sich zwischen 1871 und 1887 durchsetzenden katholischen Politik. Staatlicherseits galten die beiden Leiter der Männergesellschaft, der junge Regens des Priesterseminars Georg Ignaz Komp und der Gymnasialdirektor Goebel »als sehr begabte, wissenschaftlich gebildete Leute«, die »beide der ultramontanen Richtung mit allen Konsequenzen angehören«. Die Führungsfigur der

Graphik 4: Stimmanteile des Zentrums in Fulda-Stadt und Fulda-Land, 1871–1933



Quelle: Klein, Hessen, Bd. 1 und Bd. 2, FZ.

Männergesellschaft, Regens Komp, wurde sehr viel später Bischof von Fulda und 1898 zum Erzbischof von Freiburg ernannt. Er war der erste Germaniker auf einem preußischen Bischofsstuhl.⁸

Aus der Männergesellschaft rekrutierten sich die politischen Repräsentanten Fuldas in den Parlamenten. Dem Oberbürgermeister Franz Rang folgte im Reichstagsmandat der Gutsbesitzer Franz-Joseph Herrlein, der als Parlamentarier über 26 Jahre im kurhessischen und später im preußischen Parlament, sowie von 1871 bis 1879 auch im Reichstag und später im Kommunallandtag saß. Als Nachfolger Herrleins führten die Zentrumsführer Freiherr von Franckenstein und Freiherr Schorlemer-Alst in Fulda 1879 den westfälischen Adligen Graf Clemens von Droste-Vischering ein. Droste-Vischering verkörperte als »Aristokrat de sang pure« und »Konservativer mit reaktionären Velleitäten« den katholischen Konservatismus par excellence.⁹ Er war Präsident der Generalversammlung deutscher Katholiken 1879 in Aachen, Vorstandsmitglied des westfälischen Bauernverbandes und rechnete – wie Herrlein – zu den agrarischen Interessenvertretern im Zentrum. Droste-Vischering wurde in Fulda – ohne anwesend gewesen zu sein – mit großer Mehrheit gewählt.

Die Mobilisierung des katholischen Volksteiles in Osthessen gelang nach Einführung des allgemeinen Männerwahlrechtes fast schlagartig. Die

Stimmanteile für das Zentrum bewegten sich etwa in Fulda-Land schon 1871 bei 90%. Auch in der Stadt Fulda, wo sich neben dem Katholizismus eine bürgerlich-liberale politische Kultur noch behauptete, erreichte das Zentrum bei den ersten Reichstagswahlen fast zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Die Entwicklung der Stimmanteile für das Zentrum verlief für Stadt und Land im wesentlichen parallel, ohne große Unterschiede aufzuweisen.¹⁰ Der politische Partizipationsgewinn durch die Einführung des neuen Wahlrechtes ging in Osthessen nahtlos über in die dominierende Stellung der Zentrumspartei (vgl. Graphik 4). Die katholischen Landgemeinden stimmten fast geschlossen für das Zentrum. Hier hatte die osthessische Zentrumspartei ihre verlässlichsten Bataillone.

Auch bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus setzte sich das Zentrum gegen die vormals dominierenden liberalen Kräfte allmählich durch.¹¹ Die politische Agitation der Liberalen beschränkte sich auf Wahlen, bei denen das Übergewicht des zentrumsnahen katholischen Volksteiles nur gebrochen zur Geltung kam, also bei den preußischen Wahlen und den Kommunalwahlen.¹² Im Unterschied zu den Konservativen verfügten sie über eine eigene Presse, das bis 1874 dominierende ›Fuldaer Kreisblatt‹ und den ›Hessischen Beobachter‹. Als einzige Kraft neben dem politischen Katholizismus hatten sie eine eigene Wahlorganisation, den ›Wahlverein freisinniger Männer‹. Jedoch garantierte auch das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht, das die steuerkräftigen und eher liberal eingestellten Kreise bevorzugte, in Osthessen nicht den Erfolg der Liberalen. Das Übergewicht der ländlichen katholischen Wahlmänner sicherte den Zentrumskandidaten fast immer die Mehrheit. Die Liberalen resignierten daraufhin, ihre Wahlmänner blieben aus Protest gegen die allmächtige Position der Zentrumspartei den Wahlterminen zur preußischen Abgeordnetenversammlung fern.

Im Umfeld der Kartellwahlen von 1887 kam es in Fulda zu einer für das Selbstverständnis des katholischen politischen Sozialmilieus bezeichnenden Kontroverse zwischen der örtlichen Zentrumspartei und Bischof Kopp, der 1881 mit Zustimmung der preußischen Regierung auf den seit 1873 verwaisten Fuldaer Bischofsstuhl gekommen war. Als entschiedener Integrist mit besten Verbindungen zur römischen Kurie versuchte er, den amtskirchlichen Einfluß auf die katholischen Vereine und Verbände wie auch auf die Zentrumspartei zu stärken. In Verhandlungen mit Berliner Stellen über die Köpfe des politischen Katholizismus mit seinem starken Laienelement hinweg betrieb er vorrangig die Absicherung kirchlicher, weniger dagegen politischer Rechte im neuen deutschen Nationalstaat. Kopp's politische Strategie setzte sich deutlich von der des Zentrums ab. Sie kam im wesentlichen ohne die Zentrumspartei aus, was ihn zu einem der schärfsten Gegner Windthorsts werden ließ.¹³ Der Gegensatz zwischen

Kopp und der Zentrumspartei spitzte sich in der Septennatsfrage zu. Der Fuldaer Bischof trat für einen septennatsfreundlichen Kandidaten bei den Reichstagswahlen des Jahres 1887 ein. Eine solche Kandidatur im Wahlkreis Fulda zerschlug sich jedoch am Widerstand der Fuldaer Zentrumspartei, die den Septennatsgegner Droste-Vischering favorisierte.¹⁴ Dieser wurde bei den Reichstagswahlen 1887 zwar gewählt, die Septennatsbefürworter der Konservativen Partei setzten jedoch bei den Nachwahlen des Jahres 1886 zum preußischen Abgeordnetenhaus unter den Wahlmännern im ländlichen Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld erstmals ihren Kandidaten durch. Mit diesem Erfolg lösten die Konservativen die Liberalen in der Oppositionsrolle gegen die Zentrumspartei ab.

Auf dem Land setzte daraufhin eine Organisationsbewegung der katholischen Landwirte ein. In der Stadt dagegen suchte man den Kompromiß mit den verbliebenen liberalen Schichten. Bereits 1889 hatte das Zentrum ehemals liberale Wahlmänner auf seiner Kommunalwahlliste aufgestellt. Diese Entwicklung wurde nach 1890 durch den Liberalen und Zentrum gemeinsamen Antisozialismus gestärkt. 1893 kam es zur bürgerlichen Kompromißkandidatur des Fabrikanten Richard Müller. Müllers Herkunft schlug die Brücke zu den städtischen bürgerlichen Schichten, die etwa 30% des Elektorates darstellten und nie recht in die Zentrumspartei und ihr politisches Sozialmilieu hatten integriert werden können. Richard Müllers Vater, der Commerzrat Johann Burkhard Müller (1810–1881), erfolgreicher Gründer einer Textilfabrik, hatte 1874 in Fulda erfolglos für die Nationalliberalen zum Reichstag kandidiert. Um die politisch dominierenden städtischen Schichten angemessen zu vertreten, wurde der Fabrikbesitzer Richard Müller als ein gemäßigter katholischer und bürgerlicher Kompromißkandidat für die Reichstagswahlen aufgestellt. Richard Müllers politisches Programm, das er in seiner Kandidatenrede vorstellte, reflektierte die unterschiedlichen Interessen der Wahlkreisbevölkerung. »In wirtschaftlichen Fragen halte er einen angemessenen Schutzzoll für unentbehrlich, weil vor allem der Bauernstand kräftig erhalten werden müsse, denn dieser bilde den weitaus größten Teil der Bevölkerung und stelle somit auch das größte Absatzgebiet für die Produkte der Industrie. ... Was ferner die Arbeiterfrage angehe, so halte er die Arbeiterschutzgesetze für zweckmäßig und wünsche den weiteren Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung.«¹⁵

Mit seiner Kandidatur stiegen die städtischen Zentrumsstimmen wieder deutlich an. Freilich gab es auch innerkatholische Widerstände. Der rein agrarische Interessenvertreter und Zentrumsabgeordnete im Kommunalparlament Carl Thaler, der nach der Kandidatur des bürgerlichen Richard Müller als Gegenkandidat auftrat, erreichte mit 27,7% der abgegebenen Stimmen ein beachtliches Ergebnis. Richard Müller(-Fulda) gewann den

Fuldaer Wahlkreis bis 1920 für das Zentrum mit deutlichen Mehrheiten. Die Kompromißkandidatur eines bürgerlichen Zentrumspolitikers förderte die Wahlbeteiligung auch der verbliebenen liberalen Kreise in der Stadt Fulda. Richard Müller gehörte zur bürgerlichen Führungsschicht im Zentrum um den nassauischen Abgeordneten Ernst Lieber und machte sich im Reichstag und der eigenen Fraktion als Finanzexperte einen Namen. Gemäßigt in seiner politischen Haltung kritisierte er die Marinevorlagen der Reichsführung und trat bereits 1898 für ein Wahlkampfabkommen mit der Sozialdemokratie in Stichwahlen ein.¹⁶

3.1.2. Das Fuldaer Zentrum zu Beginn der Weimarer Republik

Zu Beginn der Weimarer Republik stiegen die Anforderungen an die Integrationskraft des politischen Katholizismus. Gleichzeitig wuchsen jedoch die Hindernisse hierfür. Die Fuldaer Zentrumspartei hatte bei den Kommunalwahlen der Vorkriegszeit auf ihrer Einheitsliste die Interessen aller sozialen Gruppen vertreten müssen, da sie als strukturelle Mehrheitspartei auf die Integration aller Bevölkerungsteile bedacht war. Der Zentrumskandidat zur Stadtverordnetenversammlung von 1919 Eduard Schmitt ging so weit, diese Liste als eine »soz[ialistische] Mischmaschliste« zu bezeichnen.¹⁷ Für die durch das Drei-Klassen-Wahlrecht bisher benachteiligten Parteien bestand nach dem Krieg erstmals die gleichberechtigte Möglichkeit auf Repräsentation im Stadtparlament. Nach dem neuen Verhältniswahlrecht bestand auch für Vertreter der MSPD, der Liberalen und anderer politischer Parteien die Chance, Mandate zu erringen und Mitglieder in den Magistrat zu entsenden, der sich ab März 1919 über eine Verhältniswahl im Stadtparlament nach der Stärke der Fraktionen zusammensetzte.¹⁸ Die Möglichkeiten der politischen Gegner des Zentrums, sich öffentlich darzustellen und über kommunale parlamentarische Arbeit alternative Konzepte zu entwickeln, waren seit Beginn der Weimarer Republik zweifellos gestiegen. Das neue Wahlrecht auf der Basis des gleichen Stimmrechtes verbesserte vor allem die Chancen der organisierten Arbeiterbewegung unter der katholischen Industriearbeiterschaft. Das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Gesinnungsgruppen wurde so verhältnismäßig in der politischen Vertretung abgebildet. Das politische Alleinvertretungsrecht als Prämie auf die Mehrheitsfähigkeit entfiel.

Der Wahlaufuf der Zentrumspartei für die Provinz Hessen-Nassau, Waldeck und Wetzlar zu den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 – von Richard Müller mit verfaßt – ging auf die unterschiedliche Interessenlage in der Zentrumswählerschaft ein, die in der Auswahl der Abgeordneten vor

1914 offenbar geworden war. »Es wird für die Zentrumspartei die vornehmste Aufgabe sein, einzutreten für eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Schutz und zur Förderung aller Stände in Stadt und Land, der Handwerker, Bauern, Angestellten, Beamten und des gesamten Mittelstandes und wie sie stets bei allen sozialpolitischen Gesetzen zugunsten der Arbeiter die Führung hatte, wird sie auch fernerhin mit Nachdruck ihre berechtigten Wünsche vertreten.«¹⁹ Der Wahlaufuf zur Nationalversammlung benannte damit das nach wie vor drängendste Problem des politischen Katholizismus: Wie nämlich bündelte die Zentrumspartei die sich immer weiter ausfächernden Interessen, um so eine einheitliche und einige politische Vertretung der Katholiken zu erhalten?

Die »revolutionäre politische Dynamik« in der Bischofsstadt hielt sich in engen Grenzen.²⁰ Der Fuldaer Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) wurde am 13. November in einer öffentlichen Volksversammlung von ca. 2.500 Männern im mittleren Schloßhof durch Stimmabgabe gewählt. Vorangegangen war dieser Wahl eine Initiative des Gewerkschafters und Stadtverordneten der Zentrumspartei Edmund Rühl. Rühl war Vorsitzender des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes – Verwaltungsstelle Fulda (AEV) und Leiter der nichtsozialistischen Eisenbahnerorganisation, des sogenannten »Elberfelder Verbandes«.

Dieser wirtschaftsfriedliche Verband mobilisierte nur eine geringe Anzahl an Eisenbahnern. Die Ortsgruppe der »Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter« organisierte im Frühjahr 1919 lediglich 120 Eisenbahner. Die Mehrheit der Eisenbahner hatte sich dem sozialistischen Deutschen Eisenbahnerverband (DEV) angeschlossen, der im Frühjahr 1919 in Fulda 1.000 Mitglieder zählte.²¹ Der örtliche DEV-Vorsitzende Joseph Kind war im Unterschied zum seinem christlichen Kollegen Rühl in der USPD politisch tätig. Zusammen mit dem Metallarbeiterverband wies der DEV als einzige sozialistische Einzelgewerkschaft in Fulda ein deutliches Übergewicht über seine christliche Konkurrenzorganisation auf. Die Dominanz sozialistischer politischer Deutungsmuster unter den Eisenbahnern wird erklärlich aus dem Umstand, daß die Beschäftigten bei der Reichsbahn wegen ihrer häufigen Versetzung als Staatsbedienstete schwächer in die lokalen Strukturen Fuldas eingebunden waren als andere Gruppen. Die Politisierung der Eisenbahner wurde über ihre schlechten Arbeitsbedingungen und die unzureichende Lebensmittelversorgung hinaus durch ihren politischen Informationsvorsprung verstärkt.²²

Daß gerade die Beschäftigten im Verkehrswesen die Novemberereignisse 1918 vorantrieben, beleuchtete die Gefährdungen des katholischen Sozialmilieus. Die fortschreitende Mobilität der Bevölkerung gefährdete – mehr als andere Faktoren – den Zusammenhalt der Organisationskultur. Wer an mehreren Orten zuhause war, fiel für das örtliche Milieu in der Hauptsache

aus. Die relativ ortsungebundenen Eisenbahnarbeiter wurden im November 1918 den katholischen Honoratioren gefährlich, da sie Informationsträger waren, dem auf Kontinuität aufbauenden Organisationsmilieu relativ fernstanden und frühzeitig das Gesetz des Handelns an sich zu reißen drohten.

Um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und sich nicht des eigenen Einflusses auf die Ereignisse zu begeben, griff der Fuldaer politische Katholizismus zu ungewöhnlichen Mitteln.²³ Der zentrumsnahe Gewerkschaftler Edmund Rühl setzte sich noch am 10. November an die Spitze des vorläufigen Fuldaer Arbeiter- und Soldatenrates und trat an vorderster Stelle für Ruhe und Ordnung ein. Der vorläufige Arbeiterrat sollte die Wahl des endgültigen AuSRs vorbereiten. Mitglieder des vorläufigen Arbeiterates waren neben Rühl der Sekretär des katholischen Volksvereins Wilhelm Frank und als Vertreter des Handwerks der Schneidermeister Wilhelm Spielmann.²⁴

Noch am gleichen Tage stellte Edmund Rühl in einer Besprechung zwischen Soldatenrat, vorläufigem Arbeiterrat und der Stadtverwaltung fest, »daß nicht die Tendenz zum Umsturz die Arbeiterräte beherrsche, sondern allein die Absicht, die gefährdete Ruhe und Ordnung in diesen schweren Tagen zu sichern, bis die Umgestaltung vollzogen« sei.²⁵ Die öffentlichen Wahlen zum AuSR am 13. November bestätigten die Arbeit des seit dem 10. November amtierenden, vorläufigen Arbeiterrates. Um einer möglichen Radikalisierung vorzubeugen, versuchte das neugebildete Gremium »jedem Stande der werktätigen Bevölkerung Rechnung zu tragen«. Auf der vom Zentrum unterstützten »bürgerlichen« Liste zur AuSRswahl fanden sich aus diesem Grund bis auf den Volksvereinssekretär Wilhelm Frank und den Buchhalter Stühler nur Arbeitervertreter. Das Zentrum versuchte mit einer bürgerlichen Liste erfolgreich, eine sozialistische Mehrheit zu verhindern. Die bürgerlichen Kandidaten für den AuSR waren politisch keineswegs nur dem Zentrum zuzuordnen. Drei Kandidaten der bürgerlichen Liste zum AuSR wechselten später zur DDP, einer ging zur MSPD und der Werkführer Heinrich Hering führte im Kommunalwahlkampf 1919 die Liste der Kriegsbeschädigten an.²⁶ Beide Listen, die bürgerliche und die der USPD, wurden von Gewerkschaftsvorsitzenden der Eisenbahner, des AEV und des DEV, angeführt.

Die öffentlichen Wahlen zum AuSR stellten ein Barometer für die revolutionäre Stimmung in der Bischofsstadt dar. Insgesamt wurden 60% der Stimmen für den zentrumsnahen vorläufigen Arbeiterrat und 40% für die USPD-Liste abgegeben. Alle Mitglieder des vorläufigen Arbeiterrates wurden mit absoluter Mehrheit in den AuSR gewählt. Dieser wurde nicht nach dem Verhältniswahlrecht sondern nach dem überkommenen reinen Mehrheitswahlrecht bestimmt, was von den sozialistischen Parteien später

scharf kritisiert wurde, im November 1918 aber hingenommen worden war. Bemerkenswert war hierbei das Fehlen einer eigenen Liste der MSPD. Von linker Seite kandidierten nur die Unabhängigen Sozialdemokraten. Da die USPD-Liste unterlegen war, bildete nur die bürgerliche Liste den Fuldaer AuSR.²⁷ In seinem Stimmungsbericht für den November 1918 an den Kasseler Regierungspräsidenten drückte der letzte Königliche Landrat des Kreises Fulda seine Zufriedenheit über die »revolutionären Ereignisse« aus: »Die Bildung des Soldaten- und Arbeiterrates für den hiesigen Kreis ist ordnungsgemäß verlaufen. Bei der Wahl der Arbeiterräte wurde der Versuch gemacht, die USPD-Listen ans Ruder zu bringen. Dieser Versuch ist mißlungen.«²⁸

Wie im kulturellen Bereich so war die Fuldaer Zentrumsführung auch politisch bestrebt, möglichst keine Gegensätze aufkommen zu lassen, die störend auf den Zusammenhalt der lokalen Öffentlichkeit gewirkt hätten. Um die unterlegenen Kandidaten der USPD zum AuSR in die Verantwortung mit einzubinden, beauftragte der AuSR zwei Vertreter der USPD-Liste mit der Teilnahme an zwei Kommissionen, in denen die Mehrheitsverhältnisse freilich feststanden.²⁹

Erst im März 1919 kritisierte die MSPD das eingeschlagene Verfahren und drang auf eine Neuwahl. »Gewählt mit der List und Überrumpelung rückständiger Geister war er (sc. der AuSR) ein Konsortium von Techtelmechtelnaturen. In der Mehrzahl waren seine Mitglieder Kompromißler, die es allem und keinem recht machten. Mit dem einen Auge versuchten diese Helden uns Arbeitern und Angestellten schön zuzuwinken, mit dem anderen bedeuteten sie den Aristokraten, Bürokraten und Kapitalisten: Redet Herren, Eure Diener hören.«³⁰ Die politische Absicht der Initiative zur Neuwahl des AuSRs lag deutlich zutage: Die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich in der Zwischenzeit gegenüber den Unabhängigen in Fulda bei den politischen Wahlen durchgesetzt und wollten über ein verstärktes Gewicht im AuSR weiteren Einfluß auf die städtische Politik gewinnen. Die Initiative der Fuldaer Mehrheitssozialdemokraten setzte zwar die Neuwahl des AuSRs durch, bei der Wahl am 6. April 1919 verbesserte die mehrheitssozialdemokratische Liste ihr Ergebnis vom November jedoch nicht. Erneut erhielt die Zentrumsliste gegenüber der November-Wahl fast unveränderte 61,3%, die MSPD-Liste 34,6% und die USPD-Liste 4,1% der Stimmen. Der neue AuSR setzte sich jedoch im Unterschied zu den AuSRswahlen im November 1918 nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen aus neun Bürgerlichen und fünf Sozialdemokraten zusammen.³¹ Beide Seiten sahen sich durch den Wahlausgang bestätigt. Das Zentrum hatte erfolgreich den Versuch der Fuldaer Sozialdemokraten abwehren können, in die Domäne der Zentrumspolitik, die Stadtverwaltung, eindringen zu können. Von mehrheitssozialdemokratischer Seite

wurde darauf hingewiesen, daß die SPD auf so schwerem Pflaster wie der Bischofsstadt Fulda mit Kampf und Energie Erfolge erzielen könne. Zudem hatten die Mehrheitssozialdemokraten die Unabhängigen in der führenden Oppositionsrolle ablösen können.³²

Das Zentrum trat im Wahlkampf zur Nationalversammlung für einen »demokratischen Volksstaat« ein. Ein Volksstaat hätte einen vermehrten inneren Ausgleich auf konfessionellem Gebiet erfordert. Eine diesem Gesichtspunkt Rechnung tragende Parteireform zur Jahreswende 1918/19 hätte eine Öffnung für neue nichtkatholische Wählerschichten und vor allem eine bessere Position in der Arbeiterschaft bedeutet. Die Initiative in diese Richtung ging von der Volksvereinszentrale in München-Gladbach um Heinrich Brauns und August Pieper sowie Vertretern der Katholischen Arbeitervereine um Joseph Joos aus. Ihre Bemühungen um eine »Christliche Volkspartei« knüpfte an die bikonfessionellen »Christlichen Gewerkschaften« des Adam Stegerwald an, der sich indessen ebenso abwartend und zögernd verhielt wie die meisten anderen Zentrumsführer. Schon beim ersten Vorstoß in diese Richtung – Julius Bachems Artikel »Wir müssen heraus aus dem Turm!« vom März 1906³³ – hatte die Furcht vor der eigenen politischen Marginalisierung eine maßgebliche Rolle gespielt. Bülow's Bruch mit dem Zentrum und die Möglichkeit einer Hinwendung der Konservativen zu den Liberalen wollten verschiedene Zentrumspolitiker mit der Gründung einer konservativen Partei auf bikonfessioneller christlicher Grundlage beantworten, um die Konservativen so an ihre Seite zu zwingen. Die Situation 1918/19 war durchaus vergleichbar. Die befürchtete sozialistische Mehrheit bei den Nationalversammlungswahlen hätte die politische Einflußlosigkeit des Zentrums bedeutet. Manchen Zentrumspolitikern schien daher nur ein übergreifendes Organisationsbemühen einen Rest an Einfluß sichern zu können.³⁴

Mit dieser Frage wie auch mit der programmatischen Diskussion, wie sie in den Berliner Leitsätzen vom 20. November 1918 zum Ausdruck kam,³⁵ befaßten sich die Wahlkreisvorsitzenden der Zentrumsorganisationen in den bisherigen Reichstagswahlkreisen Kurhessen und Nassau am 7. Dezember 1918 in Gießen. Sie stellten sich hinter die Berliner Erklärung, die eine Programmdiskussion wegen des anstehenden Wahlkampfes vertagte, und traten für die Beibehaltung des bisherigen Namens ein. Die Fragmentierung Hessen-Nassaus und des Regierungsbezirkes Kassel in rein katholische und protestantische Gebiete ließ der kurhessischen Zentrumsführung eine Öffnung für die protestantische Mehrheit überflüssig erscheinen, gefährdete sie doch die enge Bindung der rein katholischen Regionen an die Zentrumspartei. Wie wenig die Zentrumsvertreter gegenüber der Vorkriegszeit geändert wissen wollten, zeigte der Beschluß, in der preussischen Provinz Hessen-Nassau getrennte Parteiorganisationen beizubehalten, die freilich in gegenseitigem Einvernehmen zusammenarbeiten sollten.³⁶

halten, die freilich in gegenseitigem Einvernehmen zusammenarbeiten sollten.³⁶

Mit der Namensänderung beschäftigte sich gleichfalls die Vertrauensmännerversammlung des ehemaligen Wahlkreises Fulda-Gersfeld-Schlüchtern auf ihrer Sitzung am 16. Dezember 1918 in Fulda. Dieses Gremium kam zu vier weitreichenden Beschlüssen, die die weitere Arbeit des Fuldaer Zentrums regeln sollten. Man wollte am alten Namen Zentrum festhalten, da man keine Notwendigkeit sah, »einen anderen Rock anzuziehen«. Programmatisch einigten sich die Fuldaer Vertrauensmänner des Zentrums auf die bisherigen Leitsätze, die den christlichen Grundsätzen entsprächen und keinerlei Modifizierung – »Verschnörkelung« – bedürften.³⁷ Hinsichtlich der Organisation der Zentrumspartei im Bezirk sollte gleichfalls keine Änderung eintreten. Das Fuldaer Zentrum ging im wesentlichen unverändert zur Vorkriegszeit in die Wahlkämpfe des Jahres 1919. »Unser Name *Zentrumspartei* bleibt unverändert, wir brauchen uns keinen neuen Namen beizulegen, wir haben keinen Anlaß unsere Vergangenheit zu verleugnen.«³⁸

Die entgegengesetzten Antworten auf die Fragen der überkonfessionellen Gewerkschaften und der Öffnung für neue Wählerschichten durch die Umbenennung der Zentrumspartei in »Christliche Volkspartei« ließen die unterschiedliche Bedeutung erkennen, die in Kreisen des Episkopates und des politischen Katholizismus beiden Organisationen beigemessen wurde. Die Öffnung hin zu den Christlichen Gewerkschaften sollte ausschließlich der Abwehr der ansonsten übermächtigen sozialistischen Gewerkschaften dienen, die man anders nicht wirksam bekämpfen zu können glaubte. Die Frage der Öffnung für neue Wählerschichten 1920 betraf dagegen den Kern der katholisch-politischen Einstellungen und hätte bedeutet, über keine wirksame politische Vertretung katholischer Interessen mehr zu verfügen.

Der Wahlkampf zur Nationalversammlung an der Jahreswende 1918/19 stellte die alten kultur- und kirchenpolitischen Fronten wieder her. Dem Zentrum fiel es durch die Politik Adolph Hoffmanns, des sogenannten Zehn-Gebote-Hoffmanns, leicht, eine neuerliche Kulturkampfstimmung im katholischen Volksteil zu erzeugen. Die haßerfüllte Polemik gegen die Kirchenpolitik Adolph Hoffmanns diente dazu, die politische Feindschaft zu den Unabhängigen und den Mehrheitssozialdemokraten herauszukehren, aber auch sich deutlich von der DDP abzugrenzen, obwohl das Zentrum seit 1917 mit MSPD und Fortschritt im Interfraktionellen Ausschuß zusammengearbeitet hatte.

Die Empörung des Zentrums und der kirchlichen Würdenträger richtete sich neben der allgemeinen Absicht, eine Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen, in besonders heftiger Weise gegen die Auflösung der geist-

lichen Schulaufsicht.³⁹ Im Wahlkampf stand dieses Thema in der Zentrumsagitation obenan. Eine Woche vor den Wahlen zur Nationalversammlung, am Sonntag, den 12. Januar 1919, luden die katholischen Pfarrer der Fuldaer Stadtgemeinden die Bevölkerung aus Stadt und Umgebung zu einer »Protestversammlung gegen die Vergewaltigung unserer Kirche und die Entchristlichung der Schule« ein. Die hochgeputschten Emotionen in dieser kulturpolitisch sensiblen Angelegenheit wurden durch eschatologisches Vokabular noch weiter angeheizt. »Im Vertrauen auf die Worte des Herrn: »Und die Pforte der Hölle werden sie nicht überwältigen« scharen wir uns um unsere Oberhirten, um gemeinsam feierlichen Protest zu erheben gegen das schreiende Unrecht, das uns droht.«⁴⁰ Einer Darlegung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat aus der Sicht der »gegenwärtigen Machthaber« folgte die Widerlegung »vom Standpunkt des Naturrechtes und der Gewissensfreiheit und im Hinblick auf Christus und das Christentum«. Von Seiten der Zentrumsparterie ergriff der Kandidat für die preußische Landesversammlung, Amtsgerichtsrat Andreas Rhiel, das Wort. Die Protestkundgebung legte schriftlich »flammenden Protest ein gegen alle Bestrebungen des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die darauf gerichtet sind, Staat und Kirche zu trennen, die Religion aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, die Schule ihres christlichen Charakters zu entkleiden und der Kirche den auf göttlichen und menschlichen Rechten beruhenden Einfluß auf die Bildung und Erziehung des Jugend zu rauben.«⁴¹ Ein Hirtenbrief des Fuldaer Bischofs appellierte wenige Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung in noch drastischeren Worten an das Gewissen der katholischen Wähler und schreckte nicht vor moralischen Verdammungsurteilen und der Androhung von Höllenstrafen zurück: »Welche Vorwürfe müßt Ihr Euch Euer ganzes Leben und noch in der Todesstunde machen, wenn Ihr durch Unterlassung oder durch verkehrte Betätigung Euch zu Mitschuldigen machen würdet an einem unglücklichen Ausgang der Wahl!«⁴² Die Pläne Hoffmanns stellten für das Zentrum einen willkommenen Anlaß dar, die politischen Freund-Feind-Kennungsmuster in Kulturkampfmanier wieder zu aktivieren. Die politischen Absichten der preußischen Regierung wurden in der Zentrumsagitation als widergöttlich dargestellt. Wie sehr das religiöse Moment zur politischen Mobilisierung herangezogen wurde, zeigte der Aufruf, die Katholiken sollten nicht den »Lockrufen der linksstehenden Parteien« folgen, sondern den »Forderungen der Religion, des Christenglaubens und der katholischen Kirche.«⁴³ Mit diesem Appell an das Gewissen der katholischen Wähler zielte das Zentrum wie vor ihm schon der Hirtenbrief des Fuldaer Bischofs auf die bekenntnistreuen Fuldaer Katholiken. Die indirekte Wahlhilfe des Zentrumsretters wider Willen Adolph Hoffmann hatte in Fulda vollen Erfolg.⁴⁴

Zwar verlor die Zentrumsagitation mit dem frühzeitigen Rücktritt Adolph Hoffmanns ihre bevorzugte Zielscheibe, dafür richtete sie sich jetzt in besonderer Weise gegen die liberale Kulturpolitik, die nach katholischer Ansicht Vorbild und Muster für diejenigen der sozialistischen Parteien war. Für die Zentrumsredner stellte die Schulpolitik der Mehrheitssozialdemokraten getreu dem kirchlichen Verdikt gegen den Liberalismus im Syllabus errorum von 1864 lediglich eine radikalisierte liberale Position dar. In der sozialdemokratischen Schulpolitik erkannten die osthessischen Zentrumspolitiker nur eine Variante des liberalen Kirchenhasses. Im Gegenzug galten ihnen die liberalen Sozialisierungsgedanken nur als ein liberales Abbild einer im Kern sozialistischen Idee. Das Ziel der politischen Agitation des Zentrums war eindeutig: DDP und MSPD wurden so nahe wie möglich zusammengerückt, um das Zentrum als die einzige politische Alternative zu sozialistischen Enteignungsbestrebungen und liberaler Kulturpolitik erscheinen zu lassen. Der Liberalismus wurde zum Erzfeind auf kulturellem, der Sozialismus zum Höllenfürsten auf wirtschaftlichem Gebiet hochstilisiert.

Dem politisch polarisierenden Zentrumswahlkampf entsprach die Sympathie der katholischen Fuldaer Presse für Positionen der DNVP, »ohne mit jeder Einzelheit einverstanden zu sein«. Besonders im Protest gegen die regierungsamtliche Kirchenpolitik und im Kampf für die Freiheit der Arbeit und gegen den »Mammonismus, das großkapitalistische Ausbeutesystem, das schon im Leben der Völker die Menschen in den Kampf ums Dasein hetzt und das in seiner internationalen Wirksamkeit die Völker entzweit und in Katastrophen stürzt, wie wir sie erlebt haben«, stimmten beide Parteien überein.⁴⁵ Diese sehr abstrakte Kulturkritik kam ohne die Benennung konkreter Ursachen und ohne bestimmte Reformvorschläge aus und fand ihren politisch-ideellen Fluchtpunkt in der Vergangenheit.

Die allgemein kulturkritischen Positionen gegenüber der Politik vor und nach dem Weltkrieg erlaubten dem Zentrum eine vorteilhafte Doppelstellung. Der Fuldaer Katholizismus wahrte Distanz zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat genauso wie zu den revolutionären Bestrebungen zur Jahreswende 1918/19. Mit besonderem Nachdruck vertrat das Zentrum diese Abgrenzung gegenüber den anderen politischen Parteien in demjenigen Politikbereich, in dem es schon vor 1914 maßgeblich mitwirkte, in der Kommunalpolitik. Der Kommunalwahlkampf 1919 wurde von Seiten des Zentrums mit der Parole geführt, nur eine starke Stellung der Partei in den Kommunalparlamenten könne für den Fortbestand katholischer Einstellungen, die Erhaltung und den Ausbau der christlichen Schulen garantieren.⁴⁶

Neben der Abgrenzung nach außen war der Zentrumsführung an einer Binnenintegration der verschiedenen sozialen Gruppen gelegen. Dazu

diente deren Repräsentierung auf den Zentrumslisten. Das Zentrum berücksichtigte auf seiner Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl am 2. März 1919 an aussichtsreicher Stelle Arbeiter- und Angestelltenvertreter. Hatte man vor 1914 noch mit einer unangefochtenen Einheitsliste die Kommunalwahlen bestritten, so sah sich das Zentrum nun vor der Herausforderung, seinen Einfluß auf mittelständische Schichten und die Arbeiterschaft gegen andere Parteien zu behaupten. Den größten Anteil auf der Zentrumsliste zur Kommunalwahl stellten handwerkliche Berufe (31%), gefolgt von Beamten und Angestellten (22%) und Arbeitern (14%). Von besonderer Bedeutung für den politischen Erfolg der Zentrumspartei bei den Wahlen 1919 war die Berücksichtigung von Frauen und Kriegsbeschädigten. In einem besonderen Aufruf »Auf zur Damenwahl« bemühte sich das Zentrum, den Eindruck zu erwecken, als ob es schon immer das Frauenwahlrecht befürwortet hätte.⁴⁷ Unter den Zentrums kandidaten zur Kommunalwahl waren 11% Frauen, von denen zwei den Einzug ins Stadtparlament schafften.

In Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestellten versuchte eine eigene Liste der Kriegsbeschädigten gegen die Zentrumsvormacht in Fulda die Interessen der Kriegsbeschädigten und Privatangestellten politisch zu vertreten. Diese Liste wurde von dem Mitglied des AuSRes, dem Eisenbahnwerkfürer Heinrich Hering, angeführt. Die Kriegsbeschädigtenliste enthielt auffallend viele Angestelltenvertreter: Von ihren 12 Kandidaten waren drei Angestellte und drei Kaufmänner.⁴⁸ Die eigene politische Interessenvertretung der unselbständigen Angestellten reflektierte den gestiegenen Einfluß des neuen Mittelstandes in Gesellschaft und Politik. Diese »wilde Liste« war Anlaß für die Fuldaer Zentrums politiker, den Vorrang politischer Grundüberzeugungen vor Bedürfnisfragen und Interessenlagen herauszustellen. Dessen ungeachtet sah man sich gezwungen, die Kriegsbeschädigten mit zwei Vertretern auf der Zentrumsliste zu berücksichtigen.⁴⁹

Wenn die Fuldaer Zentrumsführung die Radikalisierung des AuSR niedrig und dessen politische Einwirkungsmöglichkeiten gering hielt, so war dennoch Bewegung in das politische Gefüge Fuldas gekommen. Das Zentrum stand in Fulda vor der Aufgabe, sich unter veränderten Voraussetzungen zu konsolidieren und seinen Platz im neuen politischen System zu finden. Eine der wesentlichen Veränderungen der Revolution des Jahres 1918 waren die Änderungen im Wahlrecht. Alle Wahlen sollten geheim stattfinden. Wenngleich die Stimmen ab 1919 gleich gewichtet wurden, so blieb für die ersten fünf Jahre der Weimarer Republik der Grundsatz der geheimen Wahl dennoch zweifelhaft. Denn erst ab den Reichstagswahlen im Mai 1924 wurde dem Wähler im Wahllokal ein Stimmzettel mit den Listen der verschiedenen Parteien ausgehändigt, auf dem er die Partei

seiner Wahl anzukreuzen hatte. Bei allen vorherigen Wahlen teilte jede Partei Stimmzettel aus, die sie ihren Anhängern entweder vor der Wahl zustellte oder am Wahltag vor dem Wahllokal verteilte, was die Möglichkeit der sozialen Kontrolle in sich barg. Der geheime Charakter der politischen Wahlen war damit nur sehr eingeschränkt gegeben.

In der Praxis bedeuteten diese Bestimmungen zum Wahlvorgang, daß eine Partei nur auf nennenswerte Ergebnisse hoffen durfte, wenn sie flächendeckend durchorganisiert war und Parteiaktivisten und Helfer die nötige Zuarbeit leisteten. Am Tage der Wahl übernahmen es die Kontrolleure, die von den Parteien mit der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl im Wahllokal beauftragt worden waren, und die Wahlzettelverteiler, dafür zu sorgen, daß genügend Wahlzettel zur Verfügung standen. Ein eingespielter Parteiapparat war nötig, um in allen Gemeinden und Landorten die nötigen Vorkehrungen zu treffen. In diesen Bestimmungen schlug sich noch die Distanz zum Parteienpluralismus nieder, da nicht auf einem Wahlzettel unter mehreren Richtungen ausgewählt wurde, sondern jede Partei für sich Stimmzettel verteilte. Diese in der historischen Forschung zur Anfangsphase der Weimarer Republik bisher weitgehend unbeobachtete Fortdauer der Wahlpraxis aus dem Kaiserreich beeinflusste das politische Wahlverhalten über Mechanismen sozialer Kontrolle nach 1918 noch nachhaltig.⁵⁰ Zwar war das bis 1924 gültige Wahlrecht stärker an der Personenwahl orientiert und die Modifikation des § 15 des Reichswahlgesetzes vom 13. März 1924 orientierte sich mehr an der Listenwahl. Für den Wahlvorgang an sich bedeutete diese Umstellung jedoch einen scharfen Einschnitt, insofern als erst ab den Maiwahlen 1924 die geheime Wahl im strengen Sinne verwirklicht war. Nicht zuletzt aus Gründen des Milieueinflusses auf die Stimmabgabe bietet sich eine Periodisierung der politischen Wahlen von 1919 bis 1921 an.⁵¹

Die drei rasch aufeinander folgenden politischen Wahlen des Jahres 1919 bestätigten die Vorherrschaft der Zentrumspartei in Fulda nach Kriegsende. Das Zentrum erzielte bei den Wahlen zur Nationalversammlung (19. Januar 1919), zur Preußischen Landesversammlung (26. Januar 1919) und bei den Kommunalwahlen (2. März 1919) in der Stadt und im Landkreis Fulda eine deutliche absolute Mehrheit. Die Vormachtstellung der Fuldaer Zentrumspartei fand darin ihren unübersehbaren Ausdruck, daß sie bei allen drei Wahlen des Jahres 1919 in sämtlichen 18 Fuldaer Wahlbezirken die stärkste Partei war. In sechzehn der achtzehn Wahlbezirke erreichte das Zentrum bei den Wahlen zur Nationalversammlung über die Hälfte der Stimmen, bei den preußischen Wahlen nach massivem kulturpolitischem Wahlkampf sogar in siebzehn Bezirken. Bemerkenswert war hierbei, daß das Zentrum trotz eines Rückganges der Wahlbeteiligung um 500 Stimmen von den Nationalversammlungswahlen zu den preußischen Wahlen

vom 26. Januar 1919 seine Stimmenzahl um etwa 1.000 Stimmen steigerte und mit 60,7% der abgegebenen Stimmen in Fulda ein Ergebnis erzielte, das dem Ergebnis der AuSRswahlen vom November 1918 und April 1919, bei denen jeweils die bürgerliche Liste etwa 60% erhalten hatte, sehr nahe kam. Der Zentrums Erfolg bei den Wahlen zur Preußischen Landesversammlung stellte den vorläufigen Höhepunkt der katholischen Mobilisierung in Fulda dar. Der Wahlkampf zur preußischen Landesversammlung wurde von der Fuldaer Zentrums Partei mit größtem Einsatz geführt, da hier die Schulpolitik des preußischen Ministers Hoffmann (USPD) zur Abstimmung stand. »Am 26. Januar müssen wir ›Preußen‹ (vorläufig sind wir's noch) noch einmal antreten, womöglich noch mit größerem Eifer als am 19. Januar. Denn gerade die preußische Volksvertretung, die Landesversammlung, wird entscheidend sein für die Kulturgüter, für die Schul- und Kirchenpolitik, für die religiös-sittlichen Interessen.«⁵²

Das Zentrum vereinte alle sozialen Schichten Fuldas, es errang in Arbeiter- und in bürgerlichen Vierteln die Mehrheit. Einzig die Mehrheitssozialdemokraten behaupteten sich anfangs mit einem Fünftel der gültigen Stimmen. Ihr Stimmenanteil ging in der Folge jedoch von 20,6% bei den Wahlen zur Nationalversammlung auf 14,5% bei den Kommunalwahlen zurück. Wesentlich besser noch als in der Stadt Fulda schnitt das Zentrum in den ländlichen Gemeinden des Landkreises Fulda ab. Die Wahlen zur Nationalversammlung deuteten darauf hin, daß der Zentrumsrückhalt in den katholisch-agrarischen Schichten ungebrochen war. In den Gemeinden mit mehr als 70% landwirtschaftlicher Bevölkerung übertraf das Zentrum sogar die 90-Prozent-Marke.⁵³ Dagegen erreichte das Zentrum in den unterdurchschnittlich landwirtschaftlich geprägten Dörfern (weniger als 20% landwirtschaftlicher Bevölkerung) bei den Nationalversammlungen mit 66,7% einen erheblich geringeren Stimmenanteil.

Die Kommunalwahlen von 2. März 1919 bestätigten die Vormachtstellung des politischen Katholizismus in den osthessischen Kommunen.⁵⁴ Trotz eines Rückgangs um 2.000 Stimmen, der aus der gesunkenen Wahlbeteiligung resultierte, erreichte das Zentrum 54,4% in der Stadt Fulda und gewann in allen 18 Stimmbezirken die relative, in 12 Bezirken sogar die absolute Mehrheit. Der Fuldaer Magistrat wurde seit 1919 von mehreren Parteien getragen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Fuldaer Stadtparlamentes kam es zu Fraktions- und Koalitionsbildungen zwischen Zentrum und DNVP auf der einen und MSPD und DDP auf der anderen Seite. Dem ersten demokratisch legitimierten Fuldaer Magistrat gehörten drei Zentrumsvertreter, ein Deutschnationaler, ein Demokrat und ein Mehrheitssozialdemokrat an.⁵⁵

In den größeren Gemeinden sprach die sozialdemokratische Agitation die nicht in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung an und erreichte teil-

weise zweistellige Ergebnisse. Generell läßt sich feststellen, daß das Zentrum überall die Mehrheit, in den meisten Orten sogar die absolute Mehrheit erreichte. Mit sinkendem landwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil und steigender Einwohnerzahl ging der Zentrumsanteil von über 90% auf 70% zurück.⁵⁶ Die katholische Prägung und der relativ hohe Arbeiteranteil in diesen industrienahen Landgemeinden führte zu einer politischen Polarisierung zwischen Zentrum und MSPD. In den Arbeitervierteln Fuldas schmitteten die Mehrheitssozialdemokraten gleichfalls mit etwa 30% erstaunlich gut ab, wiewohl das Zentrum auch dort immer noch die absolute Mehrheit verteidigte.

Der konfessionell bedingte politische Gegensatz hatte den Ersten Weltkrieg unbeschadet überstanden. Die protestantischen Parteien DDP, DVP und DNVP blieben in den ländlichen katholischen Gemeinden gänzlich bedeutungslos.⁵⁷ Umgekehrt galt das Gleiche für das Zentrum in den evangelischen Gemeinden. Der zu etwa 60% katholische Landkreis Gersfeld wies den konfessionellen Gegensatz besonders deutlich auf, ohne daß sozioökonomische Unterschiede zwischen den Konfessionen hinzukamen. Die evangelischen und die katholischen Landgemeinden waren mit 58% landwirtschaftlicher Bevölkerung (1933) gleich stark agrarisch geprägt. Die Wanderungsbewegungen und die Bevölkerungsvermehrung nahmen in etwa gleich stark zu. Dennoch unterschied sich das politische Wahlverhalten von Katholiken und Protestanten denkbar krass. In den evangelischen Gemeinden dieses Landkreises erreichte das Zentrum weniger als 10%. Bei den Wahlen zwischen 1919 und 1921 ging sein Stimmenanteil von 9,1 auf 5,8% weiter zurück. Im gleichen Zeitraum stieg der Zentrumsanteil in den katholischen Gemeinden von 89,5% auf 92,2%.

Unter den Protestanten Osthessens erreichte keine Partei eine derart beherrschende Stellung wie dies dem Zentrum unter den Katholiken gelang. In den protestantischen Landgemeinden erzielte die MSPD bei den Januarwahlen 1919 mit 34,9%, in den evangelischen Rhönstädten hingegen die Demokratische Partei mit 34,3% eine relative Mehrheit. Beide verloren jedoch bald ihre zwischenzeitige Mehrheitsstellung in der evangelischen Bevölkerung. Vom Rückgang der MSPD in den protestantischen Landgemeinden und der DDP in den Städten profitierte die DVP, die sich allmählich gegen ihre Konkurrenten von rechts und links durchsetzte und die Nachfolge der Nationalliberalen und Konservativen als Pendant zum Zentrum antrat. Bei den Wahlen zum preußischen Landtag im Februar 1921 erhielt sie 58,2% der evangelischen Wählerstimmen und nahm die eindeutige politische Führungsposition unter den nichtkatholischen Wählern des Landkreises Gersfeld ein. Mit dem Zentrum verband die Deutsche Volkspartei noch ein weiteres Merkmal. Ihr besonderer Rückhalt lag in den evangelischen agrarischen Gemeinden mit unter 500

Einwohnern, wo sie 1921 von 71,7% der Wähler gewählt wurde. Wie beim Zentrum so ging auch der DVP-Anteil mit steigender Einwohnerzahl auf 45,6% in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern zurück.⁵⁸ Die evangelische Minderheit des Landkreises Gersfeld wanderte weiter nach rechts und radikalisierte sich. Zwischen 1924 und 1928 setzte sich die DNVP als protestantische Sammlungspartei durch, während die DVP auf 10 bis 15% der evangelischen Stimmen zurückging und die DDP bis zur Bedeutungslosigkeit schrumpfte. Schon bei den Septemberwahlen 1930 wurde hier die NSDAP stärkste Partei.

3.1.3. *Der Ausbau der Parteiorganisation des Zentrums 1920–1922*

Befriedigt sprach die ›Fuldaer Zeitung‹ nach den drei Wahlgängen des Jahres 1919 von einem »großen Erfolg, überraschend für alle Gegner und sogar für manche vorsichtige Freunde, daß die Zentrumspartei bei diesen Schicksalswahlen unter dem sozialistischen Wahlgesetz mit seinen radikalen Neuerungen sich in der alten Zahl und Wucht behauptet hat. ... Das Zentrum hat eine durchschlagende, ruhmvolle Probe seiner Lebensfähigkeit und seiner kraftvollen Gesundheit abgelegt.« In der katholischen Presse Fuldas war man sich darüber im klaren, daß der Wahlerfolg in der Hauptsache auf die neue Kirchenkampfstimmung zurückzuführen war. Auf diesen Effekt durfte der politische Katholizismus bei den kommenden Wahlen nicht mehr zählen, denn »ob wir bei diesen nächsten Stimmengängen ebenso auf die unwillkürliche Agitationshilfe rechnen können, wie uns jetzt Herr Adolf Hoffmann durch seine täppischen Kulturerlasse geleistet hat, ist noch ungewiß«.⁵⁹ Als maßgebliche Richtlinien für die weitere politische Arbeit in der Zentrumspartei hob die Fuldaer Zeitung folgende Gesichtspunkte hervor: »Was jetzt gesammelt ist, darf nicht wieder der Zerstreuung ausgesetzt werden. Das Zentrumfeuer muß erhalten werden. Daher ist das Gebot der Zeit: 1. Ausbau der Parteiorganisation, vom Grund der zeitgemäß zu ergänzenden Ortskomitees über die aufgefrischten Provinzialkomitees bis zu der Spitze des Reichsausschusses hinauf. 2. Abhaltung von Versammlungen in möglichst großer Anzahl und häufiger Wiederkehr – sowie die dazugehörige Heranbildung von Rednern und Leitern. 3. Verbreitung der Parteipresse«.⁶⁰

Mehrere Faktoren zwangen das Zentrum zur Modifikation seiner bisherigen Organisation und Politik. Das Honoratiorenprinzip ließ sich angesichts der gestiegenen Erfordernisse der politischen Massenmobilisierung nicht mehr aufrecht erhalten. Schon gegen Ende des Kaiserreiches hatten

steigende Zahlen der Wahlberechtigten und der abgegebenen Stimmen auf eine schichtenübergreifende Politisierung hingedeutet. Zudem verhinderte der Wegfall des Drei-Klassen-Wahlrechtes die Fortsetzung der Wählermobilisierung über wenige Multiplikatoren. Hatte in der Vorkriegszeit noch das Vereinswesen im wesentlichen genügt, die Männer im wahlfähigen Alter anzusprechen, so galt es jetzt, vermehrt die 20- bis 25-jährigen und die Frauen zu erreichen.

Hinzu kam als weiteres Moment die gestiegene politische Verantwortung auf Reichsebene. Die Zentrumspartei hatte vor 1914 bestenfalls indirekt politische Verantwortung übernommen. Von 1918 bis 1932 war sie Regierungspartei und damit gezwungen, ein anderes Verhältnis zum Bereich des Politischen einzunehmen. Die weltanschauliche Distanz zur Politik, wie sie noch während der Bismarck-Ära und der wilhelminischen Epoche gepflegt worden war, ließ sich angesichts eigener Regierungsverantwortung nicht durchhalten. Die verstärkt zutage tretenden materiellen Interessen im katholischen Volksteil drohten sich gegen das Zentrum zu richten, falls es nicht gelang, sie zu integrieren. Hierzu reichten die traditionellen politischen Integrationsmuster der Honoratiorenpolitik nicht mehr aus.

Der politische Katholizismus hatte vor 1914 in seiner Wählermobilisierung und Agitation auf die größte Organisation im Milieukatholizismus, den Volksverein, zurückgreifen können. Nach 1918 sank seine Wirksamkeit rapide. Andere Vorfelddorganisationen und die Organisationsbewegung im Zentrum übernahmen dessen Aufgaben mit. Die Zentrumspartei wollte in diesem Sinne gleichzeitig politische Partei und Vorfelddorganisation sein, was nur über einen verstärkten Mitgliederzuzug möglich war.⁶¹

Ein wirksames Mittel zur Integration stellte die Professionalisierung dar. Ab 1920 wurde der verstärkte Ausbau der Parteiorganisation in Angriff genommen, die ländliche und städtische Gebiete in gleichem Umfang erfassen sollte.⁶² Der Parteiausbau in Ost- und Nordhessen wurde durch hauptamtliche Kräfte getragen. Ab 1. April 1920 wurde in Fulda ein neues Parteisekretariat eingerichtet. Der neue Parteisekretär für den Regierungsbezirk Kassel Neubauer ging sogleich daran, die organisatorischen Anstrengungen publizistisch zu unterstützen. Die ›Mitteilungen der Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel für den Kreis Fulda‹ sollten in zwangloser Folge der parteiinternen Kommunikation und Mobilisierung dienen.⁶³

Um auf lokaler Ebene über eine flächendeckende Parteiorganisation in Parteibezirken zu verfügen, wurde die Zentrumspartei in der Stadt Fulda 1920 in sechs Bezirke aufgeteilt, die alle mit eigener Parteiarbeit beauftragt wurden. Mit der Auffächerung der Parteiorganisation in der Stadt Fulda verbreiterte sich in der Parteiarbeit und in der katholischen Presse die Palette der lokalen Führungspersönlichkeiten in der Zentrumspartei.

In ihrer politischen Arbeit dienten die Parteibeziiksversammlungen als ›Transmissionsriemen‹ zwischen der Partei- und Regierungspolitik und der eigenen Basis. Die Versammlungen des Jahres 1920 boten – ähnlich denen 1919 – neben dem Werben um vermehrte Mitarbeit ständig neue Rechtfertigungen für die Regierungsbeteiligung mit DDP und MSPD. Umgekehrt artikuliert sich in den Parteibeziirken der Unmut der städtischen Schichten über die unzureichende Lebensmittelversorgung.⁶⁴ Die aufgefächerte Parteiorganisation des Zentrums sollte es nach der Absicht seiner Gründer erlauben, den Stadt-Land-Gegensatz in den eigenen Reihen zu zähmen.⁶⁵

Voraussetzung dieser Strategie blieb jedoch die sozialmoralische Überblendung der sozialen Unterschiede in der Politik des Zentrums. Die Rolle dieser politischen Sozialmoral kam zu Beginn der Weimarer Republik dem sozialen Harmoniedenken zu, die die Solidarität unter den christlichen Ständen in Stadt und Land in den Mittelpunkt stellte.⁶⁶ Der Gedanke des sozialen Ausgleiches zwischen den sozialen Gruppen war neben der scharfen milieudensiven Abgrenzung gegen die Sozialdemokratie und den Liberalismus ein Mittel der positiven Milieuintegration. Er setzte jedoch voraus, daß die Gegensätze sich im politischen Katholizismus und nicht gegen ihn artikulierten und daß es über verteilungspolitische Maßnahmen vor Ort gelang, einen gewissen Ausgleich herzustellen. Letztlich bewahrte jedoch nur die allmähliche Entspannung der Ernährungslage die Parteiorganisation vor der entscheidenden Probe auf die Stadt und Land übergreifende Standfestigkeit ihrer politischen Überzeugungen.⁶⁷

Der überregionalen Koordination der kommunalpolitischen Arbeit in den Unterorganisationen der Zentrumsparlei diente seit 1913 der Zusammenschluß der Kommunalpolitiker des Zentrums in der ›Kommunalpolitischen Vereinigung‹. Nach dem Krieg wurde sie neu belebt. Die Fuldaer Kommunalpolitiker des Zentrums schlossen sich zwischen 1919 und 1921 der überregionalen Arbeitsgruppe in der Zentrumsparlei an.⁶⁸

Im Frühjahr 1920 beschloß die Zentrumsparleileitung für den Regierungsbezirk Kassel in Anlehnung an die Beschlüsse der Reichspartei eine neue ›Satzung für die Zentrumsparlei‹.⁶⁹ Danach gliederte sich die Parlei künftig in Ortsgruppen, Kreis- und Landesausschüsse. Mitglieder durften alle mindestens 17 Jahre alten Reichsangehörigen werden. Die Bestimmungen über die Repräsentation der Parteigliederungen in den übergeordneten Gremien und die Aufgabenzuteilungen für Ortsgruppen, Kreis- und Landesausschüsse blieben dem Selbstverständnis einer Wählerparlei im herkömmlichen Sinne verpflichtet. Die Zahl der Ausschußdelegierten blieb an die jeweiligen Wählerstimmen der Parteigliederungen gekoppelt. Auf je 100 abgegebene Stimmen bei einer Reichstagswahl kam ein Obmann. Bruchteile unter 50 Stimmen wurden nicht berechnet. Die Obmänner

eines jeden Kreises bildeten den Kreisausschuß, der seinerseits auf je 10 seiner Mitglieder einen Delegierten in den Landesausschuß entsandte. Die Gremien wurden nach jeder Reichstagswahl neu bestimmt.⁷⁰ Der Delegiertenschlüssel nach Wahlstimmen erschwerte die Wandlung in eine Mitgliederparlei, die den parteiinternen Meinungsbildungsprozeß mehr an der Mitgliederschaft denn an Vorgaben der Parteiführung orientiert hätte. Die Satzung hatte zum ersten Mal der Parlei eine eigene Organisation gegeben und ihre Eigenständigkeit gegenüber den Fraktionen im Reichs- und im Landtag sichern wollen. Sie verfehlten indessen ihr Ziel, da die parteiinterne Repräsentation nicht nach den Gesichtspunkten einer Mitgliederparlei, sondern einer Wählerparlei vorging.

Die Satzung legte die Zuständigkeiten für die Durchführung der Wahlen und die Auswahl der Kandidaten fest. Für die Gemeindewahlen waren künftig die Ortsgruppen und ihre Obmänner, für die Kreistagswahlen die Kreisausschüsse und für die Reichs- und Landtagswahlen der Landesausschuß verantwortlich.

Umgekehrt hatte die Mitgliederwerbung sich zum Ziel gesetzt, die Zentrumswähler möglichst vollzählig zu organisieren. »Solange nicht der letzte Zentrumswähler eingeschriebenes Mitglied ist, dürfen wir uns nicht zufrieden geben.«⁷¹ Die Mitgliederagitation wollte an die »Disziplin der Wähler« anknüpfen. »Nicht irgendein in den Wolken schwebendes Komitee besorgt die Nennung der Kandidaten, sondern die Allgemeinheit der Wähler, die dabei durch die Delegierten repräsentiert sind.«⁷²

Träger der Zentrums-Organisationsbewegung waren in erster Linie die nebenamtlichen Ortsgruppen- und Kreisausschuß-Vorstände mit ihrem Stab von Obmännern sowie das hauptamtliche Sekretariat der Zentrumsparlei in Fulda.⁷³ Die Gründung neuer Ortsgruppen verlief im wesentlichen nach einem gleichbleibenden Schema. Der Fuldaer oder ein auswärtiger Parteisekretär führte eine lange angekündigte Versammlung im Beisein des Ortspfarrers durch, kam zur »begeistert aufgenommenen« Empfehlung, eine Ortsgruppe des Zentrums zu gründen, begleitete den Gründungsvorgang und ließ gleich anschließend Vorstand und Obmänner wählen. Nach Abschluß einer solchen Versammlung galt ein Ort als organisiert, was in der katholischen Presse alsbald vermerkt wurde.⁷⁴ Diese Mobilisierungsmuster blieben indes an die Präsenz der Parteiverantwortlichen gebunden und wirkten in der Regel nicht lange nach. Dennoch gab es Versuche, die Anhängerschaft über die bisherigen Wähler hinaus zu erweitern. Das neue Wahlrecht hatte die Zahl der Wahlberechtigten drastisch erhöht. Für ihr langfristiges politisches Überleben war das Zentrum darauf angewiesen, seine traditionelle Klientel zu erweitern, um möglichst viele Schichten des katholischen Volksteiles an sich zu binden. Das Zentrum wollte zwar von einer Wähler- zu einer Mitgliederparlei

werden, tat aber in seiner Parteiarbeit nur halbherzige Schritte in diese Richtung.⁷⁵

Zwischen den Reichstagswahlen des Jahres 1920 und den Preußischen Landtagswahlen 1921 wies das kurhessische Zentrum eine Mitgliederzahl von über 31.000 in gemeldeten 149 Ortsgruppen auf.⁷⁶ Dem standen knapp 65.000 Zentrumswähler gegenüber. Damit organisierte die Zentrumspartei im Regierungsbezirk Kassel 1920 etwa die Hälfte aller Zentrumswähler. Nach den preußischen Wahlen vom Februar 1921 schnellte die Organisationsquote⁷⁷ sogar noch auf weit über die Hälfte aller Zentrumswähler.⁷⁸ Die meisten Mitglieder wiesen naturgemäß die rein oder überwiegend katholischen Landkreise auf, allen voran der Landkreis Fulda, der 1921 mehr als ein Drittel aller kurhessischen Zentrumswähler und -mitglieder stellte. Aber selbst noch die katholischen Diasporagebiete Nord- beziehungsweise Oberhessens kamen auf jeweils über 3.000 Mitglieder. Eine deutlich überdurchschnittliche Organisationsquote erreichte das Zentrum in den ländlichen Gebieten. Sorgenkind der Parteiorganisation blieben die Katholiken des stark industrialisierten Landkreises Hanau, wo das Zentrum zwischen 1920 und 1921 sogar Mitglieder einbüßte.

Wie hoch der Mobilisierungs- und Organisationserfolg der kurhessischen Zentrumspartei in Osthessen und hier besonders auf dem Land war, zeigten die Mitgliederdaten aus einzelnen Dörfern und der gleichzeitige Mitgliederrückgang der MSPD. Der »Bonifatiusbote« überlieferte mehrere Werbeerfolge.⁷⁹ Freilich beleuchteten diese Zahlen neben dem Erfolg bei der Mitgliederwerbung genauso die Wirksamkeit der Agitationsmuster über Parteisekretäre und Ortsgeistlichkeit, an deren Aktivität das Leben der Zentrumsortgruppen in hohem Maße gebunden blieb. Das für den Bezirk Fulda zuständige Organ der Mehrheitssozialdemokratie, die »Frankfurter Volksstimme« berichtete zur gleichen Zeit über einen trendunüblichen und ungewohnten Rückgang ihrer Mitglieder im Bezirk Schlüchtern-Fulda-Gersfeld. 1919 waren in diesen drei Landkreisen noch 1.450 eingeschriebene Sozialdemokraten zu finden gewesen, im Herbst 1920 dagegen nurmehr 1.082.⁸⁰ Die allgemeine Politisierung kam in den katholischen Landkreisen nicht der MSPD zugute, die in Hessen-Nassau einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnete, in den katholischen Landkreisen Osthessens aber ein Viertel ihrer Mitglieder verlor. Gingen die sozialdemokratischen Mitgliederzahlen in den katholischen Landkreisen auch zurück, so stellte deren Parteiorganisation und Mitgliederwerbung dennoch für das chronisch unterorganisierte Zentrum einen gewissen Anreiz zur Nachahmung dar. Am deutlichsten wurde dies bei der Werbekampagne für die Zentrumspartei im Jahre 1920, als die Parteiführung ihren säumigen Anhängern das Beispiel sozialdemokratischen Organisationswillens vor Augen führte.⁸¹

Die deutsche Zentrumspartei blickte 1921 auf fünfzig Jahre ihres Bestehens zurück. In Fulda feierte der politische Katholizismus das fünfzigjährige Parteijubiläum mit dem Stolz, den osthessischen Reichstagswahlkreis seit 1871 gewonnen zu haben.⁸² Der Chefredakteur des Bonifatiusblattes und ehemalige Zentrumsvorsitzende im Landkreis Gersfeld, Pfarrer Atzert, strich in seinem Jubiläumsartikel die Einheit des politischen Katholizismus heraus. Nur eine einige Zentrumspartei könne der roten Flut widerstehen genauso wie nur die gemeinsamen Anstrengungen die verfassungsmäßigen Rechte der Kirche und eine christliche Erziehung garantieren könnten. Sein politischer Appell war stark von milieudefensiven Gesichtspunkten getragen. Pfarrer Atzert (Jahrgang 1866) ging als älterer Zentrumsolitiker von der Minderheitensituation des deutschen Katholizismus aus und war als Politiker in erster Linie bestrebt, die kirchennahe katholische Subkultur gegen Einflüsse von außen zu verteidigen. Die Gründe für eine straffe politische Organisation des katholischen Volksteiles bestanden nach seiner Ansicht unverändert fort. Die veränderte Situation des Zentrums in der demokratischen Republik ließ Atzert dagegen unberücksichtigt. »Die Gründe, die vor 50 Jahren unsere Väter bewogen haben, sich politisch ein gemeinsames Haus zu bauen, bestehen auch heute noch und zwar in verstärktem Maße fort. Wie wollen wir den Geisteskampf der Zukunft, der sich zwischen Glaube und Unglaube abspielen wird, siegreich durchfechten, wenn unsere Zentrumspartei in Schutt und Asche sinken würde?«⁸³

Die Festrede bei der »Jubelfeier« des Fuldaer Zentrums am 12. Januar 1921 hielt der hessische Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt Nuß aus Worms. Seine Analyse der Zentrumspartei traf sich mit den Ansichten Atzerts. Mehr noch als dieser geißelte er jedoch die massenkulturellen Tendenzen der Weimarer Gesellschaft und die davon ausgehenden Gefährdungen für das katholische Sozialmilieu. In seiner scharfen Kulturkritik griff er Erscheinungen wie die »Kinojugend, die Zigarettenjugend und die Tanzjugend« auf, alles drei Erscheinungen einer von kultureller Uniformität ermüdeten Gesellschaft, die sich in den Medien und im Vergnügungssektor der entstehenden Massenkultur zuwandte. Mit dem ersten Weltkrieg war – so Nuß – die deutsche Kultur einer äußersten Gefährdung ausgesetzt gewesen. Dabei verglich er die Kultur der wilhelminischen Epoche mit dem Untergang der Titanic. »Am 2. August 1914 zog auch ein Ozeanriesen auf das hohe Meer des Weltkrieges hinaus. Tausende, die das Ufer säumten, begrüßten den Riesen, der ausgestattet war mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik und einer Kultur, die man eher eine Überkultur nennen kann – nicht ahnend, daß das Schiff in eine große Gefahr geraten konnte.« Derartigen Auflösungserscheinungen stellte er die allesrettende christliche Kultur gegenüber. »An christlichem Wesen wird einmal noch die Welt genesen.«⁸⁴

In seinen Überlegungen zur Lage der Zentrumspartei stellte sich der Chefredakteur der ›Fuldaer Zeitung‹ Johannes Kramer auf den Standpunkt der positiven Mitarbeit in der Republik. Kramer gehörte einer jüngeren Generation von Zentrumspolitikern an. Seine politische Karriere fiel in die Zeit der Weimarer Republik. Er ging als Zentrumspolitiker zwar vom Selbsterhaltungsinteresse des politischen Katholizismus, aber auch von dessen übergeordneter Verantwortung im demokratischen Staat aus.⁸⁵ Kramer bezog eine dezidiert positive Einstellung zum neuen Staate und kritisierte die in der Zentrumspartei weit verbreitete allgemeine politik-kritische Grundeinstellung, die sich von allem fernhalte, was mit Parlament, Parteien und Politik zu tun habe. Inhaltliches Ziel der Zentrumspolitik sollte es nach Kramer sein, wirtschaftlichen Ausgleich und die Solidarität der Stände hochzuhalten. »Welch schönes Ziel, welch apologetisches Werk, zu beweisen, daß auch in unserer Zeit des erbitterten Klassenkampfes lebendige christliche Grundsätze Land und Stadt, Bauern und Bürger, Beamte und Kaufmann, Gelehrte und Arbeiter zu *einheitlicher Parteifront* einen können.«⁸⁶ Chefredakteur Kramer war wie der Parteisekretär Neubauer nicht mehr in der Kulturkampfzeit sozialisiert worden. Ihre Anstöße zu vermehrtem Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen beziehungsweise zwischen den sozialen Schichten gingen von der Disparität und damit von den sozialen Gefährdungen des katholischen Sozialmilieus aus. Im Unterschied zu den älteren Zentrumspolitikern vertraten sie eher sozialpolitische Interessen, um den Fortbestand des Milieukatholizismus zu gewährleisten. Geistliche wie die Multifunktionäre Thielemann und Atzert standen in erster Linie für die religiöse Erneuerungsparole. Ihre Konzepte fanden vor allem im kirchennahen Vereinswesen Verbreitung.

Wiewohl Kleriker kaum mehr zur jüngeren Zentrumsgeneration in Fulda zählten, so war dennoch kein Gegensatz zwischen ihnen und den nachrückenden Zentrumspolitikern zu erkennen. Die unterschiedlichen politischen Akzente lassen eher eine gewisse Aufgabenteilung vermuten. In der Kirchenpresse wurde der Gedanke des sozialen Ausgleiches vertreten und das Kaiserreich in dieser Hinsicht einer kritischen Analyse unterzogen. Dessen scharfe soziale Gegensätze hatten es nicht vermocht, »eine besondere Vorliebe für den Staat zu wecken«. Im Unterschied dazu sei die Demokratie diejenige Staatsform, die dem sozialen Ausgleich und dem nationalen Gedanken den gebührenden Stellenwert zukommen ließe. Verschiedene Äußerungen verteidigten die Demokratie gegen die Anfeindungen der rechtsstehenden Parteien. Im Durchhaltewillen und schließlichen Sieg der westlichen Demokratien im Weltkrieg sah der ›Bonifatiusbote‹ den besten Beweis dafür, daß die Demokratie der konservativ-deutschnationalen Richtung überlegen sei. Im Ergebnis trat er für eine christlich-demo-

kratische und christlich-soziale Erneuerung der Politik ein, beides Formen der Anpassung an das Weimarer politische System.⁸⁷

Diese Position hatte sich allerdings den Einwänden gegenüber zu erwehren, warum denn das Zentrum früher so sehr für Monarchie, für Thron und Altar eingetreten sei. Hier hielten sich die Kommentatoren der Fuldaer Bistumspressen mit eindeutigen Formulierungen zurück. Das Zentrum habe die tieferen Mißstände, weshalb die Monarchie untergegangen sei, schon immer angeprangert und im übrigen stelle man sich verfassungsrechtlich auf den Boden der nun einmal gegebenen Tatsachen. »Heute kann es nur eines geben: Auf diesem Boden stehend zur Rettung von Volk und Vaterland allen, die dazu bereit sind, die Hand reichen.«⁸⁸ Aus dem gleichen Grunde erinnerten die politischen Kommentare immer wieder an die nationale Gesinnung der Zentrumspartei und wandten sich gleichzeitig gegen Irrwege nationalistischer Verstiegheit.⁸⁹

Wären sich die maßgeblichen Vertreter des politischen Katholizismus in Fulda weitgehend darin einig, die Einheit von Vereinskatholizismus und Zentrumspartei zu erhalten, so stieß dieses Bestreben doch auf objektive Schwierigkeiten. Der religiöse Erneuerungswille und die soziale Harmonieparole waren angesichts divergierender sozialer Interessen immer weniger zu vereinen. Während das Zentrum die Integration der Standesinteressen unternahm, blieb die Befestigung der kirchlichen Bindung Aufgabe der katholischen Kirche.

Der politische Balanceakt des Zentrums in den Wahlkämpfen des Jahres 1919 zwischen den materiellen Interessen seiner Klientel und dem verbindend Katholischen in der Politik war an Voraussetzungen geknüpft, deren Existenz von mehreren Faktoren abhing. Die Interessen im katholischen Bevölkerungsteil durften sich nicht diametral widersprechen, da sie mit dem Anspruch auf politische Konsistenz in der Zentrumspartei vertreten wurden. Andererseits gelang die politische Integration der verschiedenen Interessen unter den Katholiken nur, solange die Kirchenbindung und die Sozialisation gewährleisten, daß dem Katholizismus im Bereich des Politischen Priorität zukam. Für die Zentrumspartei ergaben sich daraus zwei gleichursprüngliche Prioritäten: die Berücksichtigung der sozialen Interessen ihrer Wähler und die politische Verteidigung der Grundlagen katholischer Sozialisation. Die Kultur- und Schulpolitik blieb über die Wahlagitation und Wählermobilisierung hinaus der zentrale Politikbereich für den politischen Katholizismus.

3.1.4. Die Krise des Zentrums 1924–1930

Die Rolle des führenden parlamentarischen Vertreters war im Kaiserreich dem Fabrikbesitzer Richard Müller zugefallen, nach 1920 übernahm sie über die gesamte Zeitspanne der Weimarer Republik hinweg der preußische Landtagsabgeordnete und Amtsgerichtsrat Andreas Rhiel. Der Jurist Rhiel, Jahrgang 1861, gehörte im Unterschied zu den Fuldaer Reichstagsabgeordneten Carl Herbert (1920–1924, Jahrgang 1883) und August Crone-Münzebrock⁹⁰ (1924–1933, Jahrgang 1882) der älteren Generation von Zentrumspolitikern an, und besaß bereits eine lange parlamentarische Erfahrung. Er war von 1908 bis 1933 Mitglied des preußischen Landtages und gehörte dem preußischen Fraktionsvorstand und dem Landesausschuß der kurhessischen Zentrumspartei an. Wie sein Parlamentarierkollege Richard Müller wurde auch Rhiel als Jurist kaum einer der beiden großen miteinander konkurrierenden Berufsgruppen der Agrarier und der Arbeiter zugerechnet. Seine bürgerliche Mittlerposition, die der politischen Integration verschiedener Interessen gegenüber günstig war, empfahl ihn zur ständigen Wiederwahl in den Landtag.

Dem Zentrum wurde indessen immer wieder mangelnde soziale Interessenwahrnehmung vorgehalten. In Fulda traten wirtschaftliche Interessenparteien wie die Wirtschaftspartei auf, die bereit standen, aus der Enttäuschung im Mittelstand politisches Kapital zu schlagen. Während es die Koalitionspolitik im Reich und in Preußen dem Zentrum noch erlaubte, sich mit Sach- und Kompromißzwängen für mangelnde soziale Interessenvertretung zu entschuldigen, entfielen diese Gründe auf der lokalen Ebene, wo das Zentrum über die absolute Mehrheit verfügte. »Deshalb resultierten insbesondere im lokalen Bereich aus diesem sozialstrukturell inhomogenen Gebilde mit seinen unterschiedlichen sozialen Interessenlagen andauernde Spannungen und Gegensätzlichkeiten, die nur durch strikte Beachtung des ständischen Proporz bei den Vertretungen der einzelnen Gebietskörperschaften einigermaßen neutralisiert werden konnten.«⁹¹

Die Frage der politischen Integration der sozialen Schichten wurde in der katholischen Presse unter dem Stichwort »Standesandidaturen« verhandelt.⁹² Dahinter verbarg sich die Tendenz, dem wachsenden Einfluß der Verbände nachzugeben und die Interessen der Agrarier, Arbeiter, Unternehmer usw. im Katholizismus von deren Verbandsvertretern politisch artikulieren zu lassen. Die Kommentare hierzu verrieten das damit einhergehende politische Dilemma. Einerseits wurde damit geworben, Vertretern aus allen Schichten aussichtsreiche Listenplätze eingeräumt zu haben. Dies trat so krass wie selten zuvor im preußischen Landtagswahlkampf 1921 zutage, als das Problem der Ständekandidaturen einen vorläufigen Höhe-

punkt erreichte.⁹³ Die Fuldaer Zentrumsführung wies in Wahlversammlungen bei jeder Gelegenheit auf die Zahl der Handwerker, Arbeiter oder Landwirte in ihren Fraktionen hin. In der Presseberichterstattung tauchte andererseits immer wieder der Hinweis auf den »Ständefimmel« auf. Hier wurden »vernünftigeren Erwägungen« angemahnt, die das verbindend Katholische in den Mittelpunkt zu stellen hätten.⁹⁴

Neben der Parlamentsarbeit berücksichtigte das Zentrum die schichtenheterogenen Interessenlagen auch in seiner Parteiarbeit. Der Reichsparteitag 1920 beschloß, berufsständische Vertretungen einzurichten, die ab 1925 direkt in die politische Kandidatenauswahl eingriffen.⁹⁵ Die Aufgabe der berufsständischen Beiräte lag in einer Filterwirkung in Bezug auf die diffusen Interessenlagen. Gleichzeitig bildeten sie ein »parteiliches Machtkartell, das die Kandidaturen und andere zu besetzende Positionen im politischen System aushandelte.«⁹⁶ In der Fuldaer Zentrumspartei wurden die Zentrumsbeiräte für die sozialen Stände, also für Handwerk, Arbeiterschaft, Beamtenschaft und Landwirtschaft ab 1922 eingerichtet. Die relative Verspätung der Beiräte in Fulda hing mit der großen Anspannung des Parteiapparates in den Wahlkämpfen der Jahre 1919 bis 1921 und der seit 1920 betriebenen Mitgliederwerbung zusammen. Die Partei knüpfte an einen bereits bestehenden Beamtenausschuß an. Neu waren dagegen ein Ausschuß für Handel- und Gewerbetreibende sowie für freie Berufe, ein Ausschuß für Handwerker, für Arbeiter sowie ein vierter für Privatangestellte. Der gestiegenen Bedeutung der Frauen für die politischen Wahlen entsprechend wurde ein Frauenbeirat ins Leben gerufen. Zur Koordination dieser Gremien diente ein neuer »Arbeitsausschuß für die Stadt Fulda«, in dem die Ortsgruppenvorstände, die Ausschüsse, der Frauenbeirat, die katholische Presse und das Generalsekretariat, also alle wichtigen katholischen Organisationen vertreten waren.⁹⁷ Innerhalb der Fuldaer Zentrumsbeiräte artikuliert sich in der Folge eine Vielfalt sozialer Interessen. Die Versammlungen wurden häufig nicht von den Ausschußvorstehern sondern von der Fuldaer Parteispitze geleitet. Hinzu kamen öfters Landtagsabgeordnete und überregionale Zentrumsvertreter, um die Anwesenden des restlosen und vollständigen Einsatzes für ihre Belange zu versichern. Die erfolgreichste Gruppe in der Wahrnehmung ihrer Interessen schien lange Zeit die Fuldaer Arbeiterschaft zu sein. Der christliche Gewerkschaftssekretär Karl Schmitt stand dem Arbeiterausschuß vor und war Mitglied des preußischen Landtages. In seiner Fuldaer Ausschußarbeit hatte er die Politik der Landtagsfraktion zu vertreten, als Arbeitervertreter trat er im Parlament für die Interessen seiner Wähler ein. Die katholische Presse stellte hierbei durch die regelmäßige Berichterstattung und Publikation der Resolutionen die Öffentlichkeit der Anliegen der Ausschüsse her.⁹⁸

Die Verdoppelung der berufsständischen Interessenvertretung durch die

Beiräte in der Partei hatte nachhaltige Konsequenzen für die Kandidatenauswahl bei den politischen Wahlen auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene. Geradezu eifersüchtig wachten die Vertreter der Landwirtschaft, der selbständig Gewerbetreibenden und der Industriearbeiterschaft darauf, günstige Listenplätze bei den Wahlen zu erhalten.

Die maßgeblichen Gruppen in der städtischen Zentrumspartei waren selbständige Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte und die Arbeiterschaft. Mittelständische Schichten stellten den größten Anteil im fraktionsinternen Ständeporz. Der Einfluß der selbständig Gewerbetreibenden stieg zwischen 1919 und 1929 kontinuierlich an, derjenige der Beamten und Angestellten nahm ab. Die Arbeiterschaft war in der zwanzigköpfigen Stadtverordnetenfraktion des Zentrums 1919 mit drei Vertretern nur schwach repräsentiert. Dafür erhielten die Zentrumsarbeiter mit ihrem Sekretär Karl Schmitt von 1921 bis 1928 das preußische Abgeordnetenmandat. 1924 rückten zudem noch zwei Gewerkschafter in das Stadtparlament auf. Die politische Interessenvertretung der katholischen Arbeiterschaft stützte sich damit in erster Linie auf geschulte Funktionäre.

Gleichzeitig mit dem Wechsel im Fuldaer Reichstagsmandat 1924 trat auf kommunaler Ebene eine erhebliche Verjüngung ein. Mehrere altgediente Zentrumsstadtverordnete wurden bei den Kommunalwahlen im Mai 1924 durch jüngere Abgeordnete ersetzt. Nur neun Mitglieder der 16-köpfigen Zentrumsfraktion von 1924 hatten dem Kommunalparlament von 1919 angehört. So wichtige Posten wie der des ersten und zweiten Fraktionsvorsitzenden und des Stadtverordnetenvorstehers wurden neu besetzt. Aus Gründen der politischen Integration wurde der einzige Geistliche, der Prälat, Domkapitular und Multifunktionär Thielemann zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sein Vorgänger, Direktor Dux, war noch selbständiger Unternehmer gewesen. Durch seine quasi-neutrale geistliche Position versuchte Prälat Thielemann das labile Gleichgewicht zwischen den sozialen Interessen zu stabilisieren.⁹⁹

Im Landkreis kam den Vertretern der Landwirtschaft die dominierende Rolle zu. Alle Kreistagsfraktionen des Zentrums zwischen 1919 und 1933 wiesen ein deutliches Übergewicht an Landwirten auf. Dabei gab nicht nur ihre Zahl den Ausschlag, auch die Interessen vieler Kleingewerbetreibenden und Arbeiter berührten sich durch deren nebenerwerbliche Landwirtschaft eng mit denen der Landwirtschaft. Zur übergreifenden Integration der örtlichen Bedürfnisse und Interessenlagen in den über hundert Landgemeinden des Landkreises Fulda waren zahlreiche Zentrumsbürgermeister im Kreistag vertreten. Ihre Einbindung in die überörtliche Verantwortung beugte der lokalen Radikalisierung vor und institutionalisierte den Informationsfluß. Gleichzeitig stellte ihr hoher Anteil ein fortwirkendes Moment der Honoratiorenpolitik dar, die der kommunalen Politisierung

vorausgegangen war. Neben den Landwirten war die Neuhöfer Bergarbeiterschaft und die Fuldaer Industriearbeiterschaft regelmäßig in der Zentrumsfraktion auf Kreisebene repräsentiert. Nach dem Ausscheiden der Stadt Fulda aus dem Kreisverband im Jahre 1927 verringerte sich die Zahl der gewerblichen Zentrums-Kreistagsabgeordneten deutlich. Der alte Mittelstand fand seinen parlamentarischen Rückhalt auf kommunaler Ebene ab 1927 in der städtischen Zentrumsfraktion.

Mittelständische Vertreter dominierten auch in den führenden Positionen der Partei. Die Führungsschicht des Fuldaer politischen Katholizismus setzte sich aus mittelständischen und bildungsbürgerlichen Schichten zusammen. Die Vorsitzenden, Beisitzer und Obmänner in den sechs Fuldaer Zentrumsbezirken stammten überwiegend aus bürgerlichen Schichten. Vier Vorsitzende hatten ein akademisches Hochschulstudium absolviert. Unter den 50 Führungspersonen der Fuldaer Zentrumspartei Zentrumsfraktion waren siebzehn selbständige Gewerbetreibende, dreizehn Akademiker und fünf Angestellte.¹⁰⁰ Daneben waren wichtige Persönlichkeiten des Stadtklerus in den Zentrumsvorständen vertreten.

Bis 1927, als die Stadt Fulda in einen eigenen Stadtkreis umgewandelt wurde, lag die Leitung des Zentrumskreisausschusses in den Händen städtischer Zentrumsmitglieder und einiger ländlicher Bürgermeister. Was sich in der Stadt kaum mehr durchhalten ließ, gelang auf dem Land: die Fortdauer des Honoratiorensystems. Seit 1920 verfügte sie zwar nominell über hohe Mitgliederzahlen, ihre Leitungs- und Kommunikationsstrukturen blieben jedoch städtischen Parteieliten wie dem Geschäftsführer der Fuldaer Actiendruckerei, bei der die Fuldaer Zeitung verlegt wurde, und dem Chefredakteur der Kirchenzeitung ›Bonifatiusbote‹, Pfarrer Emil Atzert, vorbehalten.¹⁰¹ Nach der osthessischen Verwaltungsreform 1927 übernahmen Bürgermeister und andere Führungspersonen aus den Landgemeinden die Parteileitung des Kreisausschusses für Fulda-Land.¹⁰²

Mit dem Ausbau des Parteiapparates wurde die Partei des politischen Katholizismus in einem Maße organisationszentriert, wie es der Milieukatholizismus als ganzer bereits im Kaiserreich gewesen war. Wie im katholischen Sozialmilieu so hatte sich im Laufe der ersten Jahre der Weimarer Republik gleichfalls im politischen Katholizismus das Organisationsprinzip durchgesetzt. Im Ergebnis einer Entwicklung, die bis vor die Jahrhundertwende zurückreichte, verfügten die für den Katholizismus maßgebenden Interessengruppen in Stadt und Land, in der Arbeiterschaft und im Mittelstand neben ihren berufsständischen Organisationen noch über eine zweite, direkte Interessenvertretung innerhalb der Zentrumspartei. Der Einfluß der Beiräte auf die Politik und die Kandidatenauswahl hatte zur Konsequenz, daß das Zentrum allen sozialen Interessen in der Partei und den Fraktionen Raum und Mitspracherechte gewährte. In der Partei-

struktur bildeten sich somit die schichtenheterogenen Interessenlagen im Katholizismus noch ein weiteres Mal ab.

Trotz einer Vielzahl von Aktivitäten in den Zentrumsausschüssen und den berufsständischen Organisationen gelang es dem Zentrum nicht, die materiellen, sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze in den eigenen Reihen auszutragen und nur noch bedingt, sie zu zähmen. Dies wurde schon gleich zu Beginn der Weimarer Republik im Jahre 1919 bei den Kommunalwahlen zum Stadtparlament offensichtlich, als eine eigene Liste der Kriegsbeschädigten in Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund der Angestellten auf Anhieb fast 10% erreichte. Die Klientel dieser Liste wurde in der Folge nie mehr in den politischen Katholizismus integriert. Hatten sich bestimmte Schichten einmal vom Zentrum abgewandt und die Schwelle zu einer abweichenden Stimmabgabe überwunden, so war für sie der innerkatholische politische Konnex zwischen katholischer Weltanschauung und katholischer Partei unwiderruflich zerbrochen. Bei den preußischen Landtagswahlen 1921 schätzte man von Zentrumsseite politisch mehr oder weniger verständnislos die Wirtschaftspartei als »vollkommen überflüssig« ein.¹⁰³ Mit 2,8% blieb sie zwar in der Stadt Fulda noch schwach, bei den innerstädtischen Gewerbetreibenden schnitt sie jedoch mit 5,2% schon erheblich besser ab.¹⁰⁴

Im Vorfeld der Stadtverordnetenwahlen von 1924 schlossen sich schließlich verschiedene mittelständische Interessengruppen zu einer »Bürgerpartei« zusammen, die 11,8% der abgegebenen Stimmen gewann und mit vier von dreißig Mandaten die zweitstärkste Stadtverordnetenfraktion stellte. Als Listenführer bot die Bürgerpartei einen Fabrikanten und einen Malermeister auf. Ihr Programm war sehr unspezifisch gehalten und enthielt lediglich allgemeine mittelständische Forderungen. Besonders bei den innerstädtischen Gewerbetreibenden erzielte die Bürgerpartei Erfolge. In deren Stimmbezirke kam sie auf 15 bis 20% der Stimmen. Ihr gelang es zusammen mit den anderen rechten Gruppierungen der Völkischen, der DNVP, der DVP und der Liste der Kriegsbeschädigten erstmals, das Zentrum unter die 50-Prozentmarke zu drücken. Gegenüber den letzten Kommunalwahlen vom März 1919 erhöhte die Zentrumspartei ihre absolute Stimmenzahl zwar, die um ca. 3.000 Wähler enorm angestiegene Wahlbeteiligung belegte jedoch eine kräftige kommunale Politisierung in der Mittelphase der Weimarer Republik. Diese kam nicht dem Zentrum zugute. Mit lediglich 46,2% blieb die Wählermobilisierung des Zentrums weit hinter derjenigen bei den gleichzeitig stattfindenden Reichstagswahlen zurück, bei denen es mit 55,4% um fast 10% besser abschnitt.

Der Senior der Fuldaer Zentrumspartei, der langjährige Reichstagsabgeordnete Richard Müller stellte im Rückblick auf die Kommunalwahlen 1924 ernüchtert fest: »Bei den letzten Wahlen trat im Gegensatz zu

denjenigen in früheren Jahrzehnten immer mehr das Bestreben hervor, Kandidaten besonderer Interessengruppen und Berufsorganisationen in die Gemeindevertretung zu bringen. Auch viele Wähler, die politisch un widersprochen zur Zentrumspartei rechnen und als zuverlässige Katholiken gelten, haben für solche Kandidaten gestimmt.«¹⁰⁵ Waren also die Wähler der Interessenparteien fraglos Fleisch vom Fleisch der Zentrumspartei, was die Reichstagswahlergebnisse nahelegten, so brachte das Zentrum doch nicht mehr auf allen politischen Ebenen die Integrationskraft auf, die erforderlich gewesen wäre, um sich als die authentische katholische Interessenvertretung zu profilieren. Politisch gefährlich wurden diese innerkatholischen Interessenkämpfe für das Zentrum immer dann, wenn sie sich mit einer endogenen politischen Führungsfigur, wie etwa dem Eisenbahnarbeiter Balthasar Mühm verbanden, da diese dann nicht über die konfessionelle Linie externalisiert werden konnten.¹⁰⁶

Die Ursachen für den politischen Protest mittelständischer Gruppierungen gegen die Zentrumspartei lagen in der Kommunalpolitik. Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung bildete zwar das Rückgrat katholischer Kommunalpolitik, da es die weitgehend selbstverantwortliche Gestaltung kommunaler Daseinsfürsorge und vor allem der Bildungseinrichtungen garantierte. Im Unterschied zu den Liberalen und den Sozialdemokraten, die ebenfalls ein entschiedenes Interesse an der Kommunalpolitik aus Gründen der Selbsterhaltung ihrer Milieus hatten, verfügte das Zentrum jedoch in seinen Hochburgen zumeist über absolute Mehrheiten, die ihm die alleinige Verantwortung für die kommunalen Belange verliehen. Andererseits wurde dadurch jedoch gerade die Zentrumspartei für die verschärften Probleme im kommunalen Sektor verantwortlich gemacht, da sie sich auf kommunaler Ebene nicht auf Kompromißzwänge berufen konnte. »Das Gemeindezentrum hatte, da man es in gewissen Kreisen für alles verantwortlich macht, was irgendwie in Fulda dem Hausbesitzer oder Mieter, dem Produzenten oder dem Verbraucher, dem Mann der Rechten oder der Linken wider den Strich geht, einen schweren Stand.«¹⁰⁷ Kommunale Problem- und Konfliktfelder wie die Wohnungspolitik wurden zu Themen gegen die Zentrumspartei. Fragen der gesetzlichen Mietfestsetzung und der vermeintlichen Schädigung durch die Inflation des Jahres 1923 brachten die Hausbesitzer gegen das Zentrum auf. Die Organisationen der Hausbesitzer und der Mieter durfte in Fulda auf steigenden Rückhalt rechnen. Der Protest der Hauseigentümer richtete sich mit großer Schärfe gegen den zentrumsgeführten Magistrat der Stadt, von dem sie sich bei der Festsetzung der Mietzuschläge benachteiligt fühlten.¹⁰⁸ Mieter und Vermieter kündigten ihren deutlichen Protest bei den anstehenden Stadtverordnetenwahlen an. Dieser wohl schärfste Interessengegensatz der Jahre 1923 und 1924 in der städtischen Bevölkerung wurde auch durch

Appelle der katholischen Presse zur Objektivität und zur Verpflichtung auf das Gemeinwohl nicht überbrückt oder gar geschlichtet.¹⁰⁹

Bei den preußischen Landtagswahlen 1921 trat der Fuldaer Haus- und Grundbesitzerverein, der bislang in den Fuldaer Milieukatholizismus integriert war, erstmals offen für die Wirtschaftspartei ein.¹¹⁰ Auf kommunaler Ebene galten die politischen Sympathien der Hausbesitzer der Bürgerpartei, die für ihre Interessen im Stadtparlament eintrat.¹¹¹ Die Fuldaer Mieter gründeten daraufhin ebenfalls eine eigene Partei. Ihre Liste erreichte bei den Stadtverordnetenwahlen 1929 immerhin 5,1% der Stimmen in der Stadt Fulda. In den dichtbewohnten innerstädtischen Wahlbezirken lag ihr Anteil sogar um 10%.¹¹²

Phasenverzögert kam das Vordringen der Interessenparteien in den Landgemeinden des Kreises Fulda zum Vorschein. Nachdem das Zentrum in der Stadt Fulda 1924 die absolute Mehrheit verloren hatte, traten bei den Kreistagswahlen 1927 gleich vier Listen, deren Klientel aus dem Milieukatholizismus stammte, gegen die Zentrumspartei an. Ein ehemaliger Zentrumsabgeordneter im Kreistag errang mit einer eigenen Liste 10% der Stimmen und zwei Mandate. Neben ihm war noch die aus Zentrumskreisen stammende »Liste der Arbeiterschaft« mit 11,8% über Erwarten erfolgreich. In ihrer Wahlbetrachtung kam die Fuldaer Zeitung zu dem Schluß, daß man »in diesen Stimmen des Zentrums und der aus dem Zentrumslager stammenden Splitterlisten ... den starken Kern des kommunalpolitischen Lebens des neuen Fuldaer Landkreises erblicken« kann.¹¹³ Die Fuldaer Zeitung zählte ganz selbstverständlich die drei neuen Listen wegen ihrer Herkunft zum politischen Katholizismus. Dennoch war der politische Alleinvertretungsanspruch der Zentrumspartei in kommunalen Angelegenheiten fragwürdig geworden.

Kommunalpolitische Interessengegensätze in Stadt und Land erzwingen ihre politische Repräsentation durch mehrere Parteien, ohne daß die Katholizität der Beteiligten in Zweifel gezogen wurde.¹¹⁴ Diese Erfahrung der Binnenpluralisierung¹¹⁵ beunruhigte die Parteiführung des Zentrums. In einer EntschlieÙung verurteilten die Vertrauensmänner der Fuldaer Zentrumspartei alle Bestrebungen, »die die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu gefährden geeignet sind«. Die Zentrumsresolution mahnte alle Parteiinstanzen zu Disziplin und Rücksichtnahme. »Das hohe Ziel, aus vaterländischen, kulturellen und sozialen Gesichtspunkten eine geschlossene starke Partei der christlichen Mitte zu erhalten, verlangt von allen in der Partei Disziplin und Rücksichtnahme auf alle in der Partei seit Jahrzehnten zusammengefaÙten Kreise unseres Volkes.«¹¹⁶ Parteiverantwortliche wie der Generalsekretär Neubauer und ihr Ehrenvorsitzender Richard Müller verurteilten das Überhandnehmen der Standesinteressen unter den Katholiken Osthessens und die Sonderlisten. Rettung sah Richard Müller nur in

den »großen und verantwortungsvollen Zielforderungen des weltanschaulich und sittlich fundierten Zentrumsprogramms«.¹¹⁷

Wie keine andere politische Auseinandersetzung der Weimarer Republik offenbarte der Streit um die Fürstenvermögen des Jahres 1926, wie sehr der Zentrumsturm und sein Garant und Fundament, die enge Verbindung zwischen katholischer Weltanschauung und katholischer Partei, ins Wanken geraten war. Auf den politischen Prüfstand wurde der differenzierte Eigentumsbegriff gestellt, einer der sozialmoralisch sensibelsten und heikelsten Punkte. Die Besitzenden beriefen sich auf die christliche Eigentumsgarantie, die Unselbständigen und Arbeiter auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Als weltanschaulicher und politischer Zentralbegriff stellte er quasi die Nahtstelle dar zwischen den über verschiedene Eigentumsformen ausdifferenzierten sozialen Interessenlagen im Katholizismus, deren ideelle Interessen in »ihrem« Eigentumsbegriff jeweils einen Rückhalt fanden. Der behaupteten Einheitlichkeit des Eigentumsbegriffes entsprachen keine uniformen Eigentümerinteressen. Die Ambivalenz des katholischen Eigentumsbegriffes spiegelte das Doppelgesicht des Katholizismus als religiöser und gesellschaftlicher Kraft wider. Hier kreuzten sich die Interessen im deutschen Katholizismus.¹¹⁸

Über das Vermögen der ehemaligen Fürsten wurde zu einem Zeitpunkt abgestimmt, als die Landwirtschaft, die Arbeiterschaft und der ständig kränkelnde selbständige Mittelstand sich in einer wirtschaftlichen Krise befanden. Die Beschäftigung in den Fuldaer Industriebetrieben hatte merklich nachgelassen. Auch in der Landwirtschaft machte sich die Agrarkrise wieder stärker bemerkbar und verschlimmerte die angespannte Ertragslage der Landwirte.¹¹⁹ Diese äußeren Bedingungen stellten einen fruchtbaren Boden für den Ruf nach entschädigungsloser Enteignung der Fürstenvermögen dar.

Das Fuldaer Zentrum hatte mit seiner Ablehnung der plebiszitären Initiative der Linksparteien SPD und KPD und mit seiner Aufforderung an die Katholiken, mit Nein zu stimmen oder doch zumindest der Abstimmung fernzubleiben, einen schweren Stand. Die Fuldaer Zentrumsführung verfolgte eine ähnliche Kompromißtaktik wie die Reichspartei. Zwar widerspreche die entschädigungslose Enteignung dem göttlichen Gebot, dennoch trat der Zentrumspolitiker Wenz für eine »der allgemeinen Volknot Rechnung tragende Regelung der Entschädigungsfrage« ein. Die Delikatesse der fürstlichen Vermögensfrage würde schwere innenpolitische Auseinandersetzungen nach sich ziehen, die dem Volkswohl abträglich sein müÙten. Wenz kam zu der Empfehlung, der Abstimmung fernzubleiben. Vor einer Versammlung der Arbeiterschaft rief er dazu auf, zumindest nicht mit Ja zu stimmen.¹²⁰

Das taktierende Vorgehen der Zentrumspartei resultierte aus den Zwän-

gen der ungewohnten direkten Volksbefragung, bei der die vermittelnde Instanz einer Partei entfiel. Die vielfältigen weltanschaulich-politischen Fronten wurden durch die direkte Ausübung der Volkssouveränität in Volksbegehren und Volksentscheid verwischt. Die Position des Zentrums war im wesentlichen deckungsgleich mit derjenigen der anderen bürgerlichen Parteien, so sehr sich Zentrumspolitiker auch bemühten, in der Begründung ihrer Haltung andere Akzente zu setzen. Im Ergebnis fand sich das Zentrum in einer Ablehnungskalition mehrerer Parteien wieder und hatte damit größte Schwierigkeiten, eine authentische und spezifische Haltung einzunehmen, die vom Wähler als solche wiedererkannt wurde. Umgekehrt äußerte sich dieser Umstand in dem Verdacht, das Zentrum vertrete die politischen Interessen der Besitzenden. Dieser Vorwurf war für seine politischen Integrationsbemühungen geradezu fatal. Die zentrale Funktion einer spezifischen katholischen politischen Sozialmoral stand für das Zentrum auf dem Spiel, wenn es ihm nicht gelang, politisches Profil angesichts der Ja/Nein Alternative zu zeigen. Das direkte Demokratieangebot an die Zentrumswähler barg für die Partei des politischen Katholizismus die Gefahr in sich, die alleinige Regelungskompetenz in politischen Fragen zu verlieren. Das Fuldaer Zentrum betonte immer wieder die Eigenständigkeit seiner Position und wies den Verdacht scharf von sich, in dieser Frage durch Rücksicht auf einzelne Personen oder einen Stand bestimmt zu sein. Notgedrungen allgemein waren die Rechtfertigungsgründe für seine Kompromißstrategie: »Achtung vor dem Recht und dem christlichen Sittengesetz.«¹²¹

Schon die Einzeichnung in das Volksbegehren vom März 1926 bewies mit ihren 4.591 Unterschriften, daß Zentrumswähler für die Einleitung eines Volksentscheides gestimmt hatten. In der Stadt Fulda hatten SPD, USPD und KPD bei den letzten Reichstagswahlen im Dezember 1924 zusammen nur 2.570 Wähler mobilisieren können.

Das Fuldaer Zentrum gab sich zu diesem Zeitpunkt noch der Illusion hin, unter den bürgerlichen Wählern hätten die Zentrumswähler die größte Distanz zur Enteignungsinitiative an den Tag gelegt. Schließlich hatte man mit dem Hinweis auf autoritative kirchliche Äußerungen vor der Einzeichnung in das Volksbegehren gewarnt. Für einen politischen Beobachter wie Richard Müller stellte sich die Lage dagegen völlig anders dar. In einem Brief an den Reichskanzler Wilhelm Marx vom 17. März 1926 schrieb er: »Die Einzeichnung zum Volksbegehren wird Ihnen gezeigt haben, welche starke Strömung für die gänzliche Enteignung besteht und wie unsere eigenen Leute nur unwillig der Parole ›Fernbleiben‹ gefolgt sind. Dabei sind auch unsere besten Leute, die der Partei bedingungslos gefolgt sind, auch die sog. besseren Stände.« Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Richard Müller kam in seinem Schreiben an den Zentrumskanzler auf die

Motive für den großen Zustrom zur Enteignungsparole in den mittelständischen Schichten zu sprechen. Die Diskrepanz zwischen der Behandlung des Vermögens der besitzenden kleinbürgerlichen Schichten in der Inflation 1923 und dem Vorgehen gegenüber den Fürsten nur drei Jahre später lag offen zutage und hatte sich in massivem Protest gegen die Zentrumslinie niedergeschlagen. Richard Müller forderte: »Es ist nur zu wünschen, daß bei Verabschiedung des Enteignungsgesetzes ebensolche rigorose Normen angewandt werden wie bei Vermögenssteuergesetz, Hauszinssteuer, Grundvermögensabgabe, Industriebelastung, Ausgleichsgesetz für Auslandsforderungen, Notopfer und dergl. (auch Aufwertung von Staats- und Reichsanleihen), sonst verlieren unsere Leute alles Vertrauen.« Vor dem Hintergrund dieser ungleichen Behandlung von Vermögensfragen wirkten die bischöflichen Stellungnahmen für die Fürsten mehr als aufreizend und provozierend auf die erregten katholischen Mittelständler. »Das öffentliche Eintreten der beiden Bischöfe für die gekrönten ›Kirchenräuber, Menschenhändler und Verbrecher‹ hat nur noch Öl ins Feuer gegossen.«¹²²

In der katholischen Arbeiterschaft war das Volksbegehren auf große Zustimmung gestoßen. Dies verdeutlichten die Unterstützung für das Volksbegehren durch den Katholischen Arbeiterverein Hanau¹²³ und die Umfrage der Internationalen Konferenz katholischer Arbeitervereine über die »gegenwärtige seelische Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland«, die in Deutschland vom Verband der Westdeutschen Arbeitervereine durchgeführt worden war. Dessen Verbandsvorsitzender Joseph Joos wies bei der Vorstellung der Ergebnisse dieser Umfrage auf den für das Fürstenplebiszit wichtigsten Punkt hin: Die kirchlichen Anstrengungen bewirkten nur noch partiell eine weltanschauliche Abschottung gegenüber der sozialistischen Arbeiterschaft, zu größeren Teilen blieben sie dagegen wirkungslos. Der konfessionelle Unterschied markierte zwar weiterhin eine kulturelle Trennlinie in der Arbeiterschaft und prägte deren politisches Verhalten bei den indirekten Reichstagswahlen mit ihrer Vielzahl von Politikangeboten. Die Angleichung der Lebenslagen im Betrieb und am Wohnort, gemeinsamer Protest der christlichen und der sozialistischen Gewerkschaften und die konkrete Interessenvertretung durch die ADGB-Betriebsräte vor Ort ließen die ideologischen Trennlinien jedoch immer weiter zurücktreten. Diese Entwicklung schlug sich in einer für die Frage der Fürstenenteignung relevanten Annäherung der Eigentumsbegriffe bei katholischen und sozialistischen Arbeitern nieder: »Einen besonderen Beschwerdepunkt bildet die Beobachtung, daß viele Besitzende einen starren Eigentumsbegriff verkünden, als ob es selbstverständlich wäre, daß die Besitztümer der Erde nur für einen kleinen Teil von Menschen bestimmt wären, die keinerlei Verpflichtung gegenüber den anderen hätten. Die Tatsache, daß katholische Besitzende sich mehr und mehr politisch nach rechts orientieren, hat

in der katholischen Arbeiterschaft die Neigung zur Linksorientierung verstärkt.«¹²⁴ Die Angleichung der materiellen sozialen Lagen zwischen katholischen und sozialistischen Arbeitern hatte die scharfe Abgrenzung der ideellen Interessen beider Teile der Arbeiterschaft gemindert und die politische Hemmschwelle gegenüber der marxistischen Arbeiterbewegung bei den katholischen Arbeitern herabgesetzt. Deren entschädigungsloser Enteignungsvorschlag stieß beim Volksentscheid im Juni 1926 in der Stadt Fulda auf die Billigung von mehr als einem Drittel der Stimmberechtigten. Eine weitaus größere Zustimmungquote von über 40% wiesen die Stimmbezirke der sogenannten Fuldaer Unterstadt auf, wo in der Hauptsache Arbeiter und Kleingewerbetreibende wohnten. In den industrienahen Stimmbezirke Josephsheim und Amtsgericht stimmte die Hälfte aller Stimmberechtigten für den Volksentscheid. In den besseren Vierteln der Oberstadt fand die Enteignungspareole nur sehr geringen Beifall. In den beiden gutbürgerlichen Stimmbezirken des Parkhotels votierten weniger als 20% für die Initiative von SPD und KPD.

Auf dem Land stimmten erheblich mehr Wähler für die Fürstenenteignung.¹²⁵ Mit 46,7% lag die Zustimmung hier sogar deutlich über dem Durchschnitt des Regierungsbezirkes Kassel mit 39,6%. Annähernd die Hälfte aller Wahlbürger in den zumeist agrarischen Landgemeinden hatte sich der Zentrumsparole widersetzt, mit Nein zu stimmen oder der Abstimmung fernzubleiben. In den ländlichen Industriegemeinden war die Enteignungspareole besonders populär. Die bevölkerungsstarken Landgemeinden mit weniger als 20% agrarischer Landbevölkerung stimmten zu 53,7% für den Gesetzesvorschlag der Linksparteien. Mit den Anstieg des landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteiles ließ in den Gemeinden des Landkreises Fulda die Zustimmung zum Volksentscheid nach. In den Gemeinden mit über 80% Agrarbevölkerung stimmte nur noch ein Fünftel für die Fürstenenteignung. Die höchsten Zustimmungquoten von über 70% erreichte der Volksentscheid in Landgemeinden mit 54,0% agrarischem Bevölkerungsanteil. Die Ergebnisse des Volksentscheides über die rechtliche Behandlung der Fürstenvermögen wirkten alarmierend auf das Zentrum. Das bisher nicht Vorstellbare war eingetreten: Katholische Arbeiter und Landwirte hatten sich der autoritativen Weisung von Kirche und Partei widersetzt, der Abstimmung fernzubleiben. Das plebiszitäre Politikangebot mit seiner scharf konturierten Ja/Nein-Alternative ermöglichte diese zwischenzeitliche faktische Koalition ansonsten gegenläufiger Interessen gegen die offizielle Zentrumslinie. Die folgenden Land- und Reichstagswahlen hatten zu erweisen, ob sich der politische Erosionstrend für die Zentrumsparole vor dem Hintergrund eines aufgefächerten Parteiensystems mit einer breiten Palette von politischen Identifikationsmöglichkeiten fortsetzen würde, oder ob die Niederlage der Zentrumsparole beim

Volksentscheid nur auf die neuartige Plebiszitform zurückzuführen war. Das Zentrum wurde durch das Ergebnis des Volksentscheids vor die Alternative gestellt, weiter die erosionsfördernde Kompromißpolitik den sozialen Interessen im Katholizismus gegenüber zu verfolgen oder neue Formen der politischen Integration zu finden.

Ein Schuldiger war gleich gefunden: das neuartige Listenwahlssystem, das seit 1924 galt und das die älteren Wahlzettel mit nur einem Parteinamen ersetzt hatte. Richard Müller verband seine schonungslose Analyse der Volksentscheidsergebnisse mit der Forderung nach einer Wahlrechtsänderung, um zukünftig die personenorientierte Wahl wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. Im Juli 1926 schrieb er an den Reichskanzler Wilhelm Marx und forderte, »sich wieder einen Abg. von Fleisch und Blut anstelle des wesenlosen Schemens einer ›Liste‹ wählen zu können. Beim ›Volksentscheid‹ sind im Reg. bez. Kassel fast 40% Zentrumswähler abgefallen; diese können wir auch mit den gelehrtesten theoret. Erörterungen nicht wieder beiholen. Dazu gehört schon eine positive Leistung.«¹²⁶ Da diese Wahlrechtsänderung aber in weiter Ferne stand, empfahl der langjährige Parlamentarier Richard Müller, im Vorfeld der zu erwartenden Neuwahlen »den Rechtsparteien keine Konzessionen zu machen. Je unnachgiebiger das Z[entrum] jetzt bleibt, je mehr haben wir die Aussicht, bei den allgemeinen Wahlen unsere Wähler wieder zu gewinnen.«¹²⁷

Die sich verstärkenden Erosionstendenzen im politischen Katholizismus zwangen die Fuldaer Zentrumsorganisation vor Ort zu erweiterten Integrationsanstrengungen. Das Programm des sozialen Ausgleichs wurde nach der Debatte um die Fürstenvermögen ergänzt um kulturelle und sittliche Parolen. Im Sommer 1926 startete die Reichstagsfraktion eine erneute Gesetzesinitiative gegen ›Schmutz und Schund‹ in der deutschen Kulturlandschaft, nachdem frühere Versuche in diese Richtung zu keinem Ergebnis geführt hatten. Am 3. Dezember 1926 setzte das Zentrum mit der Unterstützung der Deutschnationalen die gesetzliche Einrichtung von entsprechenden amtlichen Prüfstellen parlamentarisch durch. Im Ergebnis näherte sich das Zentrum durch diese Initiative entgegen der Empfehlung Müller(-Fuldas) den Rechtsparteien weiter an.¹²⁸

Im Winter 1926/27 prangerte das Fuldaer Zentrum mit großem Aufwand die mangelnde Repräsentation der Katholiken in den wichtigen Verwaltungspositionen an. Vertrauensmännerversammlungen und Veranstaltungen in allen ostthessischen Landkreisen stellten den Katholiken ihre ungerechte Berücksichtigung in der staatlichen Verwaltung vor Augen, um so den Minderheitengeist wiederzubeleben und neues politisches Profil zu gewinnen.¹²⁹ Kirchliche Stellen schlossen sich den kulturell-sittlichen Initiativen an und forderten die Einrichtung sogenannter Arbeitersonntage. Unmittelbar im Anschluß an den Volksentscheid zur Fürstenenteignung

traten maßgebliche kirchliche Vertreter in der katholischen Presse für eine Arbeiterpastoral ein, die gegen die allgemeine kulturelle Veräußerlichung und für eine neue Verinnerlichung religiöser Überzeugungen in der Arbeiterschaft eintreten sollte. Die Durchführung eines neuen katholischen Festtages der Arbeit jenseits des 1. Mai oblag den katholischen Arbeitervereinen Fuldas. Der erste »religiöse Sonntag der Arbeiter« am 23. August 1926 diente dem »öffentlichen Bekenntnis der katholischen Arbeiter des Bezirkes Fulda zur Religion Jesu Christi«. ¹³⁰ Der Arbeitersonntag fand im Sommer 1926 große publizistische Beachtung in der Fuldaer katholischen Presse, die von reger Beteiligung und großer Anteilnahme sprach. Dennoch: der nur den katholischen Arbeitern gewidmete Sonntag blieb ein vereinzelt unternehmen und tauchte in den Presseberichten der folgenden Jahre nicht mehr auf.

Die Formen der indirekten Demokratieausübung unterstützten die Zentrumsparterie in ihrem Bestreben, sich als authentische Mittlerin zwischen der katholischen Teilgesellschaft und staatlicher Politik zu profilieren. Das bis 1928 im wesentlichen stabile Parteiensystem erlaubte dem Zentrum eine scharfe weltanschauliche Abgrenzung zu anderen Teilkulturen. Bei den Wahlen zum Reichstag versuchte das Zentrum Konfliktthemen in den Vordergrund zu spielen, deren Trennlinien entlang der Milieugrenzen verliefen, während die plebiszitäre Demokratieform eher dazu querliegende Fragestellungen begünstigte, die eine eigenständige Position des Zentrums von vorneherein erschwerten.

Gerade in den ländlichen Gemeinden mit hohem agrarischem Bevölkerungsanteil, wo die Zentrumsparterie bisher ihren stärksten Wählerrückhalt besessen hatte, gingen ihre Stimmen 1928 enorm zurück. Ihr Stimmenanteil in den ländlichen katholischen Gemeinden Osthessens sank bei den Reichstagswahlen 1928 um mehr als 10% gegenüber den Wahlen vom Dezember 1924. Die 1926/27 einsetzende Agrarkrise fand im katholischen ländlichen Raum jedoch nicht in Proteststimmen für die Rechtsparteien ihren politischen Niederschlag sondern in gesteigener Wahlenthaltung. Weder die DNVP noch die völkischen Gruppen oder gar die NSDAP profitierten von der wirtschaftlichen Krise der katholischen Landwirte. ¹³¹

Die Stimmenverluste des Zentrums waren umso höher, je kleiner die Gemeinden waren. Einen Rückgang von jeweils 16% wiesen die beiden unteren Gemeindegrößenklassen mit bis zu 1.000 Einwohnern auf. In den größeren Landgemeinden des Landkreises Fulda mit mehr als 1.000 Einwohnern waren die Verluste des Zentrums mit 10% nicht ganz so hoch. Der umgekehrte Vorgang trat bei den Septemberwahlen 1930 ein. Die Wahlbeteiligung stieg sprunghaft um 22,1% (!) auf 90,1% an. Gleichzeitig ging der Zentrumsstimmenteil um 8,6% zurück. Die Politisierung der Fuldaer Wahlberechtigten war unter den Bedingungen des Listenwahlrechtes so

vollständig gelungen, daß selbst die Zunahme der Zentrumswähler den Verlust der absoluten Mehrheit nicht mehr verhinderte. Mit 46,8% erreichte die Fuldaer Zentrumsparterie ihr schlechtestes prozentuales Reichstagswahlergebnis seit der Gründung des Zentrums in Fulda im Jahre 1871. Zwar erreichte die NSDAP aufgrund der hohen Verluste der Rechtsparteien 13,0%, der eigentliche Gewinner der Septemberwahl 1930 in Fulda war aber die von dem ehemaligen Sozialdemokraten Balthasar Mihm geführte vereinigte Liste der Volksrechtspartei und des Christlichen Volksdienstes (Vitus-Heller-Bewegung), die zusammen 13,3% der Stimmen erhielten. Der populistische Wahlkampf Mihms griff auf ein eigenes publizistisches Organ zurück, das »Neue Volk«. Mihms Parolen stießen auf ein beträchtliches Echo, das sogar noch die 9,9% für die Liste Mihm bei den Stadtverordnetenwahlen des Vorjahres übertraf. Seine Wählerschaft wie auch die der NSDAP wohnte in den neuen Fuldaer Außenbezirken und blieb durch Wohnlage und Zuwanderung relativ entfernt vom katholischen Milieukern mit seinen traditionellen Versammlungslokalen und Vereinshäusern. ¹³²

3.1.5. Die Schicksalskurven des Fuldaer Zentrums

Der politische Katholizismus betrachtete sich zwischen 1871 und 1933 als authentische und legitimierte politische Vertretung des katholischen Volksteiles. Sein Anspruch lautete sinngemäß, daß jeder Katholik die katholische Partei zu wählen habe. Die Binnenperspektive hat dabei – wie geschehen – die vielfältigen Vermittlungsmuster in den Blick zu nehmen, mit der die politische Führung der Zentrumsparterie an die Interessen- und Problemlagen an ihrer Basis politisch anzuknüpfen versuchte. Eine Außenperspektive kann hier gleichsam Differenzierungen einfügen, indem sie den wahlgeschichtlichen Output des politischen Sozialmilieus »Katholizismus« entlang verschiedener Parameter überprüft. Das unschärfste Kriterium stellt die Zahl der bei einer Wahl abgegebenen Stimmen dar (vgl. Grafik 4). Diese Zahl umfaßt verschiedene konfessionelle Anteile und erlaubt nur einen indirekten Schluß auf die tatsächliche Verbindung zwischen politischem Katholizismus und katholischer Bevölkerung.

Johannes Schauff ging in seiner 1928 veröffentlichten Wahlstudie zur Zentrumsparterie von einem anderen Kriterium, nämlich den katholischen Wählern aus. Seine Frage lautete: Wieviele katholische Wähler votierten bei den Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1924 für die Zentrumsparterie? Dieses an politischer Effizienz orientierte Kriterium hatte in erster Linie den Ertrag an Reichstagsmandaten im Blick. Es orientierte sich mehr an der Institution Reichstag statt an den Verhältnissen im katholischen Bevölke-

rungsanteil und beschränkte sich auf den wahlaktiven Teil der katholischen Bevölkerung. Nur der Teil der katholischen Bevölkerung, der tatsächlich zur Wahl ging, wurde mit diesem Kriterium erfaßt. Die katholischen Wähler waren indessen selbst wieder eine variable Größe. Methodisch gesehen stellte die Frage nach den Zentrum wählenden katholischen Wählern nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Spektrum der möglichen Bezugsgrößen für die Zentrumswählerschaft dar. Andere Kandidaten erscheinen geeigneter, das katholische politische Sozialmilieu zu evaluieren.

Bestandteil des politischen Sozialmilieus waren nicht nur diejenigen Katholiken, die am Wahltag zur Urne schritten, sondern alle wahlfähigen Katholiken. Das Zentrum trat mit dem Anspruch auf, alle Katholiken politisch zu repräsentieren, nicht nur die katholischen Wähler. Damit bietet sich eine zweite Bezugsgröße als Kandidat für die Evaluation der Zentrumstreue im katholischen politischen Sozialmilieu an: die katholischen Wahlberechtigten. In welchem Umfang stimmten die katholischen Wahlberechtigten für die Zentrumspartei? Johannes Schauff brachte schließlich noch eine vierte Bezugsgröße ins Spiel, die auf die kirchliche Bindung der Katholiken abstellte: die bekenntnistreuen Katholiken entlang des Kriteriums der Osterkommunionsteilnahme. Wieviele bekenntnistreue Katholiken wählten Zentrum? Dieses Kriterium tritt in einer doppelten Variante auf: nämlich als bekenntnistreue katholische Wähler und als bekenntnistreue katholische Wahlberechtigte, wobei Schauff indessen nur die bekenntnistreuen Wähler in den Blick nahm.¹³³ Schauff führte nur für den zeitlichen Verlauf der Zentrumstreue der katholischen Wähler den Begriff ›Schicksalskurve des Zentrums‹ ein.¹³⁴ Dieser Begriff eignet sich jedoch genauso für die anderen Parameter der Wahlberechtigten und der Bekenntnistreuen. Ein Vergleich dieser verschiedenen Kurven wirft vielfältige Fragen nach dem Unterschied in Trend und Niveau auf, die sich jedoch in erster Linie auf das Kaiserreich beziehen und daher hier offen bleiben müssen.¹³⁵

Zwischen 1871 und 1912 entschieden sich durchweg mehr als die Hälfte der katholischen Wähler im Reich, in Preußen und in Hessen-Kassel für die Zentrumspartei.¹³⁶ Die Zentrumsneigung der katholischen Wahlbürger erreichte nach Johannes Schauff 1874 im Reich und in Preußen mit drei Viertel der katholischen Stimmen ihren Höhepunkt. Danach flachte sie allmählich ab, um 1912 ihren Tiefpunkt mit nurmehr 43,7% (Preußen: 44,8%) zu erreichen. Dazwischen lag eine lange Reihe stagnierender und rückläufiger Ergebnisse. In der Weimarer Republik nahm die Zentrumsneigung der katholischen Wähler vor allem aber der Wählerinnen, die 1919 das Wahlrecht erhalten hatten, wieder zu und pendelte sich bis zu den Dezemberwahlen 1924 nach den Berechnungen von Johannes Schauff deutlich über der 50 Prozent-Marke ein. Sie blieb damit jedoch wesentlich unterhalb der ehemals sehr hohen Werte der 1870er und 1880er Jahre.¹³⁷

Die Zentrumsfestigkeit der katholischen Wähler in Hessen-Kassel wich von diesen Verlaufsmustern ab. Hier votierten zumeist mehr als zwei Drittel der katholischen Wähler für die katholische Partei. Die Schicksalskurve des kurhessischen Zentrums verlief schwankender und durchmaß größere Distanzen als auf den höheren politischen Ebenen.

Nach den Berechnungen von Johannes Schauff lassen sich drei Phasen der Zentrumsmobilisierung in Hessen-Kassel unterscheiden: Zwischen 1871 und 1881 sank die Zentrumstreue von weit über 100 Prozent auf etwa zwei Drittel der katholischen Wähler, womit sie sogar unter den Reichs- und Preußenwerten lag. Nach Schauff müssen also bei den Reichstagswahlen 1871 nichtkatholische Wähler in erheblichem Umfang im Regierungsbezirk Kassel Zentrum gewählt haben, was zu nicht unerheblichen Konsequenzen bei der Analyse der Entstehungsbedingungen des katholischen Milieus führen müßte.¹³⁸ Der vorherige Abwärtstrend wurde zwischen 1884 und 1903 umgekehrt. In diesem Zeitraum stieg die Zentrumsfestigkeit der katholischen Wähler im Kasseler Bezirk wieder auf nahezu 100 Prozent an. Die Wahlen ab 1907 zeigen noch deutlicher als im Reich oder in Preußen den tiefen Einbruch in der Zentrumswählerschaft. Den tiefsten Absturz erlitt das kurhessische Zentrum in der Gunst der katholischen Wähler 1907, als es etwa jeden vierten katholischen Wähler von 1903 verlor und von 92,3% auf 66,1% zurückfiel. Demgegenüber fiel das Ergebnis 1912 mit 63,6% der katholischen Wähler geradezu glimpflich aus. Auf dem Niveau von 1912 verblieb das Zentrum im wesentlichen bis 1924. Der leichte Anstieg der Zentrumsneigung in der katholischen Wählerschaft lag am 1919 eingeführten Frauenwahlrecht.

Die Befunde auf Wahlkreis- Landkreis- und Stadtebene korrigieren die Befunde von Schauff. Sie deuten nicht auf einen Abfall sondern auf einen Anstieg der Zentrumstreue unter den katholischen Wählern nach 1871 hin. Wählten bei den ersten Reichstagswahlen noch ungefähr alle katholischen Wähler das Zentrum im Wahlkreis 7, so kamen bis zu den Wahlen 1884 noch weitere nichtkatholische Zentrumswähler hinzu. Erst die Kartellwahlen von 1887 stoppten diesen Trend, als die nichtkatholische Zentrumsunterstützung durch die nationale Agitation der Kartellparteien und Bismarcks wegbrach. Zuvor müssen jedoch – übereinstimmend mit Schauff, aber in geringerem Umfang – Protestanten Zentrum gewählt haben. Wegen des Mehrheitswahlrechts hatte für sie keine andere Partei erfolversprechende Aussichten auf das Reichstagsmandat und damit auf die Vertretung nicht nur weltanschaulicher sondern auch regionaler und lokaler Interessen. Daß Teile der protestantischen Bevölkerung durch eine nationalistische Wahlkampfführung von ihrer Wahlenthaltung abgebracht wurden, belegten die Hottentottenwahlen 1907. In beiden Fällen, 1887 und 1907, blieb das Zentrum auf seine katholische Klientel beschränkt.

Erst das Verhältniswahlrecht seit 1919 bot den nichtkatholischen Schichten in Osthessen die Gewähr, daß ihre Stimmen berücksichtigt wurden. Die Zentrumswählerschaft rekrutierte sich nach 1919 dementsprechend nurmehr aus Katholiken. Wie einschneidend diese wahlrechtlichen Änderungen auf das Zentrum einwirkten, zeigen die Anteile der Zentrumswählerschaft an den katholischen Wählern in der Weimarer Republik. Bis 1924 hielt sich das Zentrum etwa auf dem 1919 erreichten Niveau. In der Mittelphase erodierte seine katholische Wählerbasis zusehends. Dieser Trend wurde erst in der politischen Konfrontation mit dem Nationalsozialismus gestoppt.

Zentrumsstimmen und katholische Wahlberechtigte. Das Zentrum wollte nicht nur für die Katholiken, die faktisch zur Wahl gingen, in den Parlamenten sprechen. Es beanspruchte vielmehr, den gesamten katholischen Volksteil zu repräsentieren. Die sachgemäße Reichweite der Bezugsgröße für die Zentrumsstimmen ist somit erst in den katholischen Wahlberechtigten gegeben. Deren Zentrumsanhänglichkeit folgte jedoch einem anderen Trend als diejenige der katholischen Wähler. Die Wahlberechtigten in den rein katholischen Landgemeinden des Fuldaer Landes stimmten schon unmittelbar nach der Reichsgründung mehrheitlich für das Zentrum. Ihre Zentrumstreue lag mit über 80%, ja teilweise etwa 100% extrem hoch. Die katholischen Wahlberechtigten der Stadt Fulda stimmten bei weitem nicht so oft für das Zentrum wie ihre Glaubensgenossen auf dem Land. Erst nach der Jahrhundertwende, als sich das katholische Vereinswesen in Fulda ausgebreitet hatte, stimmten mehr als zwei Drittel der katholischen Wahlbürger für die Partei des politischen Katholizismus.

Die Verhältniszahlen der Zentrumsstimmen in Prozent der abgegebenen Stimmen, der katholischen Wähler und der katholischen Wahlberechtigten lassen drei Phasen der politischen Mobilisierungsfähigkeit des katholischen politischen Sozialmilieus erkennen. Die Formationsphase des katholischen politischen Sozialmilieus war spätestens zur Jahrhundertwende abgeschlossen, als die großen Schwankungen in der Zentrumstreue der Katholiken in gleichmäßigere Bewegungen übergingen. In dieser Phase unterschieden sich Stadt und Land noch deutlich. In den ländlichen Gemeinden erreichte das Zentrum schon bald nach Gründung der Partei einen Mobilisierungsgrad von über 70%. Höhepunkte dieser ersten Phase der Mobilisierung bildeten auf dem Land die Reichstagswahlen 1874 mit 83,1% und 1887 mit 85,4% zentrumstreuen katholischen Wahlberechtigten. Dazwischen fiel die Schicksalskurve des Zentrums bis unter zwei Drittel der Wahlberechtigten wieder ab (1881), um durch die ländliche Bauernvereinsbewegung gegen Ende der 1880er Jahre auf weit über drei Viertel aller katholischen Männer über 25 Jahren zu steigen. Das Abflauen der populi-

stischen Bauernvereinsbewegung bedeutete einen Rückgang in der Zentrumsbindung auf bis zu zwei Drittel aller Wahlberechtigten.

In der Stadt Fulda bewegte sich der Zustimmungswert zur Zentrumspartei ebenfalls auf hohem Niveau. Zwischen 1871 und 1890 pendelte er zwischen 45 und 55%. Damit war das städtische Zentrum zwar zur eindeutig dominierenden politischen Kraft avanciert, dennoch lag die Zentrumstreue der städtischen Katholiken weit unter derjenigen auf dem Land. Die beträchtlichen Schwankungen in der städtischen Zentrumstreue hingen mit den örtlichen Liberalen zusammen, die nach 1871 noch einen gewissen, wenn auch rückläufigen Halt in den besitzenden Schichten hatten.¹³⁹ Die Wählermobilisierung des Zentrums stützte sich ab 1890 auf den Vereinskatholizismus. Die Formationsphase des katholischen politischen Sozialmilieus in der Stadt Fulda war spätestens 1907 abgeschlossen, als drei Viertel aller katholischen Wahlberechtigten für die Zentrumspartei stimmten.

Zwischen den Reichstagswahlen 1907 und 1924 schloß sich die Phase der durchgesetzten hohen Mobilisierungsfähigkeit an. Zwischen zwei Drittel und drei Viertel aller katholischen Wahlbürger bekundeten in der Stadt Fulda bei den Reichstagswahlen in dieser Zeit ihre Zentrumstreue. Auf dem Land lag sie in diesem Zeitraum bei über 90%. Der Ausbau des Vereinswesens und die kommunale Fundamentalpolitisierung ließ die Zentrumsanhänglichkeit im katholischen Wahlkörper in bislang nicht gekannte Höhen ansteigen. Innerhalb dieser Phase lassen sich zwei Entwicklungen unterscheiden. Zwischen 1907 und 1912 erreichte das Zentrum im katholischen Wahlkörper die höchsten Ergebnisse. Nach der Einführung des Frauenwahlrechtes 1918 und der Senkung des Wahlalters blieb es zwar immer noch die dominierende Mehrheitspartei. Zwischen 1919 und 1924 ließ die Zustimmung der katholischen Wahlberechtigten jedoch gegenüber der Vorkriegszeit deutlich nach. Während in der Stadt Fulda die Zentrumstreue bereits unmittelbar zu Beginn der Weimarer Republik gegenüber den Wahlen von 1912 deutlich zurückging, stieg sie als Ausfluß der fortschreitenden Politisierung auf dem Land noch einmal an und erreichte erst 1924 mit ca. 90% ihren Höhepunkt.

Die Phase zwischen 1924 und 1933 war gekennzeichnet von Erosion und einer anschließenden Restabilisierung im Zeichen erneuter weltanschaulicher Fundamentalgegensätze. Zwischen 1924 und 1928 traten die Interessengegensätze in der Zentrumspartei stärker als zuvor auf und gefährdeten den mehrheitlichen Rückhalt in der katholischen Wahlbürgerschaft. Die Mittelphase der Weimarer Republik stellte die unsicherste und prekärste Phase in der Geschichte der Zentrumspartei dar, da die Mittel der Integration begrenzt blieben und die eigene Klientel zunehmend unzufrieden gegen die Politik und die politische Führung der Partei wurde.

In den osthessischen Landgemeinden nahm der Rückgang dramatische Formen an, wenngleich das Zentrum auch auf hohem Niveau verblieb. Die Zentrumstreue der ländlichen Katholiken sank von über 90% auf weniger als 75%. Im ganzen Wahlkreis 7 und in den Landgemeinden des Kreises Fulda setzte seit den Reichstagswahlen 1928 ein starker Stimmenrückgang ein. Diesen Einbruch machte die Zentrumspartei erst 1932 durch die inzwischen verschärften weltanschaulichen Gegensätze wieder teilweise wett. In der Endphase der Weimarer Republik lassen der gesamte osthessische Raum, die Fuldaer Landgemeinden und die Stadt Fulda unterschiedliche Entwicklungen erkennen. Allgemein galt: Je größer der Bezugsrahmen, desto deutlicher ging die Zentrumstreue zurück. Den Gegenpol hierzu bildete die Stadt Fulda, wo das Zentrum seinen Einbruch von 1928 wieder auffing. Hier erreichte es sogar wieder annähernd die Werte von 1920.

Das Zentrum besaß zwar seinen größten quantitativen Wählerrückhalt im ländlichen Raum. Die Revitalisierung des politischen Sozialmilieus und die Umkehr der Erosionstendenz trat jedoch am deutlichsten in der Stadt Fulda in Erscheinung. Hier war die Hochburg des katholischen Vereinslebens, hier wurden politische Defizite subkulturell abgefedert. Katholische Vereine und Verbände waren in der Endphase von Weimar in der Lage, die katholische Gesellschaft vergleichsweise straff zu organisieren und politisch zu mobilisieren.¹⁴⁰

3.2. Katholisches Vereinsmilieu und soziale Integration

Das Kennzeichen des katholischen Sozialmilieus war konfessionelle Homogenität bei gleichzeitiger sozialer Heterogenität. Um Konsistenz und Dauer des politischen Sozialmilieus auf Dauer zu stellen, wurde die gemeinsame Konfession durch soziale Integration ergänzt, sollte nicht – wie im Rahmen der Fürstenenteignungsdebatte sichtbar geworden – die mangelnde Eindeutigkeit katholischer Sozialmoral in den Dienst sozialer Interessenvertretung genommen werden. Das klassische Mittel in allen Milieus zur sozialen Integration heterogener Interessen bildete das Organisationsprinzip. Vereine und Verbände prägten nicht nur die bürgerliche Selbstorganisation im 19. Jahrhundert, sie wurden auch zum Strukturmerkmal aller Milieus, die die Ideologisierung von Organisationen und die Organisation von Ideologien aufwiesen.¹⁴¹ Erst in diesem doppelten Moment von primärer konfessioneller und sekundärer organisationsgeschichtlicher Identitätssicherung wurden Sozialmilieus gegen den Binnendruck sozialer Disparitäten abgesichert. Freilich ging vom Vereinsmilieu selbst eine Tendenz zur

Umformierung des Milieus aus, da hier das Laienelement sehr viel stärker war und klassische Honoratioreneliten weniger zum Tragen kamen. Es handelt sich in der Untersuchung des Organisationsmilieus somit um die doppelte Fragerichtung der Stabilisierung und der Umformierung von Sozialmilieus.

3.2.1. Die katholischen Arbeiter

Die Arbeiterschaft stellte den größten Teil der männlichen katholischen Erwerbsbevölkerung im deutschen Reich. Nach einer Studie des Verbandssekretärs der westdeutschen Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Bernhard Letterhaus aus dem Jahre 1934 machte sie 56,4% der katholischen Bevölkerung über 14 Jahren aus.¹⁴² Ihre Integration stellte zahlenmäßig die größte Herausforderung für den deutschen Katholizismus dar.¹⁴³ Unter den Katholiken der Diözese Fulda nach dem Gebietsumfang von 1933 war die Arbeiterschaft zwar erheblich geringer, sie stellte aber mit 48,3% immer noch fast die Hälfte der männlichen erwerbstätigen Bevölkerung.¹⁴⁴ In Fulda rechnete die Berufsbevölkerung mehrheitlich (50,1%) zur Arbeiterschaft.

Das Zentrum hatte sich in den katholischen Gebieten des vormaligen Kurhessen zu Beginn der Weimarer Republik bei den Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen sehr gut behauptet. Die Stimmenverteilung nach den Ortsgrößenklassen und die Erfolge von MSPD und USPD in den industrienahen Landgemeinden mit einem relativ hohen Arbeiteranteil zeigten jedoch an, wo die politischen Herausforderungen für die Zentrumsorganisation und den Bestand des katholischen Milieus lagen. Wollte das Zentrum nicht Gefahr laufen, seinen Rückhalt in der katholischen Arbeiterschaft des Fuldaer Landes zu verlieren, so waren wirksame Schritte zur Milieuintegration der katholischen Arbeiter nötig. Gleichzeitig kam es jedoch darauf an, durch neue Anstrengungen in der Industriearbeiterschaft nicht den Stadt-Land-Gegensatz zwischen ländlicher und industrieller Bevölkerung aus dem Wirkungsfeld des katholischen Milieus heraustreten zu lassen. Soziale Antagonismen sollten im Milieu ausgetragen und nicht externalisiert werden. Die Integrationsbemühungen um die Arbeiterschaft durften deshalb den Interessen der Landwirtschaft nicht zuwiderlaufen. Beider Einbindung ins katholische Milieu verlangte von der katholischen Vereinskultur die Überbrückung des Stadt-Land-Gegensatzes.

Im städtischen Raum bildeten die Mittelschichten das Rückgrat der Zentrumswählerschaft. Ähnlich wie auf dem Land zwischen Agrariern und Arbeitern, so durften die vermehrten Bemühungen zur Milieuintegration der Arbeiter keinen Gegensatz zu den Handwerkern, Kleinhändlern, Be-

amten und Angestellten aufkommen lassen. Den Arbeiterorganisationen¹⁴⁵ fiel die Aufgabe zu, die katholische Arbeiterschaft sozialmoralisch in das katholische Milieu zu integrieren. Ihr Doppelcharakter, Teil der Arbeiterbewegung und des Verbandskatholizismus zu sein, stellte die organisatorische Voraussetzung dar, um katholische Arbeiter von der Solidarisierung mit ihren sozialistischen Kollegen abzuhalten.¹⁴⁶

Die katholischen Gesellenvereine. Die ältesten Arbeiterorganisationen waren die Gesellenvereine. Die auf Initiative Adolf Kolpings in den 1850er Jahren entstandenen Vereine verschrieben sich der Fürsorge für die wandernden Gesellen. Die Zielsetzung der Kolping- oder Gesellenvereine war eng mit der Situation des Katholizismus in der Frühindustrialisierung verknüpft. Durch die Abwanderung aus katholischen Gebieten entfremdeten sich viele Katholiken der katholischen Lebenswelt. Besonders die wandernden katholischen Gesellen galten als gefährdet. Über sozial-karitative Maßnahmen hinaus war es das Ziel der Gesellenvereine von Anfang an, Anlaufstellen für abgewanderte katholische Arbeitskräfte zu bieten, um auf diese Weise katholische Lebensweise unter den Bedingungen der beruflichen Mobilität zu befördern. Die Programmatik der Kolpingbewegung blieb auf Erziehungs- und Bildungsarbeit ausgerichtet. Da zudem die Wohnraumfrage eines der drängendsten Probleme darstellte, unterhielten sie Gesellenhäuser in den Städten und boten Unterkunftsmöglichkeiten an.¹⁴⁷

Den Gesellenvereinen kam von Anfang an eine Doppelfunktion im katholischen Vereinsleben zu. Als Standesvereine sollten sie die katholischen Gesellen organisieren, gleichzeitig waren sie altersspezifisch festgelegt auf die männliche Arbeiterschaft, solange sie sich noch in der Ausbildung befand. Dies hatte zur Folge, daß die Gesellenvereine bestrebt waren, ihre Mitglieder in die katholischen Arbeiter- oder Männervereine zu überführen. Jedoch war nicht klar, was sie von den Vereinen der Lebensstände unterschied, die die katholische Bevölkerung nach Geschlecht und Alter organisierten. Neben dem Gesellenverein bestanden nämlich die Jungmänner- und Jünglingsvereine weiter fort.

Die erste Gründungswelle der Gesellenvereine erfolgte in den städtischen Ballungsräumen. Im Jahre 1855 wurde der Gesellenverein Fulda gegründet,¹⁴⁸ 1863 folgte dessen Einrichtung in Hünfeld, 1868 in Frankfurt-Bockenheim, das bis 1929 zur Diözese Fulda zählte, 1884 in Kassel, 1890 in Marburg und 1904 in Hanau. Die katholische Gesellenbewegung ging von den Städten aus auf das Land, dort v.a. in die größeren Industriegebiete.¹⁴⁹ Die Integrationsanforderungen an die katholische Organisationskultur durch die wandernden katholischen Gesellen bewegte die Kölner Verbandsleitung vor 1914 dazu, verstärkt Gesellenvereine auf dem

Land zu gründen, damit die abwandernden Gesellen schon zuhause mit den Gesellenvereinen vertraut gemacht würden. Der Generalpräses der katholischen Gesellenvereine intervenierte im Herbst 1909 beim Bischof von Fulda, um einen geeigneten Diözesanpräses einsetzen zu lassen. »In den Gesellenvereinen der größeren Städte der angrenzenden Diözesen sowie denen von Rheinland und Westfalen ist es bekannt, daß es wenige deutsche Diözesen gibt, aus denen eine so starke Abwanderung junger Handwerker stattfindet als gerade aus der Diözese Fulda. So kommen z.B. jeden Sommer *zahlreiche* Maurergesellen aus der Rhön nach Frankfurt, Mainz, Elberfeld, Duisburg, Ruhrort, in's rheinisch-westfälische Industriegebiet, um dort Arbeit zu suchen; soweit dieselben in der Heimat den Gesellenverein kennengelernt haben, auf ihn aufmerksam gemacht worden sind, treten sie an ihrer Arbeitsstätte unseren Vereinen bei, finden in unseren Gesellenhäusern Unterkunft und damit Schutz vor der Verführung der großen Städte.«

Der Generalpräses Schweitzer bedauerte in seinem Schreiben an den Fuldaer Bischof außerordentlich, daß die Zahl der ländlichen Gesellenvereine noch »verhältnismäßig gering« war. Da die wandernden Gesellen die Gesellenvereine nicht kennen würden, »und weil sie in der Großstadt keinen Anschluß an den Gesellenverein finden, fallen sie der Sozialdemokratie in die Hände«.¹⁵⁰ Als neuen Präses der Gesellenvereine empfahl der Verbandspräses Pfr. Emil Atzert. Biographie und Funktionen dieses Diözesangeistlichen ließen ihn als Integrationsfigur prädestiniert erscheinen. Atzert entstammte dem Fuldaer Mittelstand, stand in großer Nähe zu den Bedürfnissen des Handwerks und genoß das Vertrauen breiter bürgerlicher Schichten und des Diözesanklerus. »Nicht zum wenigsten kommt für mich in Betracht, daß dem Herrn Pfarrer Atzert in seinem ›Bonifatiusboten‹ ein überaus wirksames Agitationsmittel zur Verfügung steht.« Pfarrer Atzert stellte den Prototyp des Multifunktionärs dar, der für die Einheit des katholischen Vereinswesens entscheidende Bedeutung erlangte. Er verband in seiner Person neben dem Amt des Präses der Gesellenvereine, des Schriftleiters des ›Bonifatiusboten‹ und Zentrumsvorsitzenden im Landkreis Gersfeld die Vorstandstätigkeit in der Fuldaer Actiendruckerei, die Funktionen eines Sekretärs des Caritasverbandes, aktive gestalterische Tätigkeit im Albertus-Magnus-Verein und im Bonifatiusverein sowie den Posten eines Unterverbandsdirektors der Raiffeisen-Genossenschaften für Gersfeld. In der Bestallung des Redakteurs und Zentrumspolitikers Atzert zum Diözesanpräses für die Gesellenvereine im Jahre 1910 kamen sozialintegrative, politische und publizistische Funktionen zusammen.¹⁵¹

Die Gründung der Gesellenvereine in den Landgemeinden der Diözese veränderte die Struktur des Diözesanverbandes nachhaltig. Eine erste Gründungswelle umfaßte noch vor 1914 Kirchengemeinden des Landkrei-

ses Gersfeld auf Anregung von Atzert, der dort persönlich wirkte. Durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen, erfolgten zwischen 1919 und 1923 mehrere Vereinsgründungen im benachbarten Landkreis Hünfeld. Den größten Gründungsschub verdankten die Gesellenvereine jedoch dem verschärften katholischen Integrationswillen in der Phase der relativen Stabilisierung zwischen 1925 und 1929. Alleine 1928 wurden sechs und 1929 neun Gesellenvereine gegründet.¹⁵²

Auch im Mitgliederaufkommen übertrafen die ländlichen Gesellenvereine 1929 und 1930 mit 1.727 Mitgliedern (53,4%) die der Städte. Am deutlichsten trat das Übergewicht des Landes bei den aktiven Mitgliedern zum Vorschein. Die Landgemeinden stellten 65,7% aller aktiven Mitglieder, in den Städten überwog dagegen die passive Mitgliedschaft, besonders in Marburg, Frankfurt-Bockenheim und Kassel.¹⁵³ Ihr Schwergewicht im ländlichen Raum führte die Gesellenvereine in eine zunehmende Konkurrenzsituation zu den dort gleichfalls stark vertretenen Jünglings- und Jungmännervereinen. Die Gegensätze zwischen beiden wurden – was im katholischen Vereinswesen äußerst unüblich war – an die Öffentlichkeit getragen und fanden in der Fuldaer Zeitung ihren Niederschlag.¹⁵⁴ Die katholische Presse vertrat dabei den Standpunkt, daß die einzelnen Standesvereine, d.h. die Gesellenvereine, die Jünglings- und Jungmännervereine, die katholischen Arbeitervereine und die Christlichen Gewerkschaften, genug Aufgaben auf ihrem Gebiet hätten, als daß sie gegeneinander anzutreten müßten.¹⁵⁵ Indes trugen diese beruhigenden Appelle nicht zur Entspannung der Situation bei. Erst 1931 wurde der Streit dadurch beigelegt, daß beide Vereine künftig nebeneinander in der Diözese Fulda weiterbestehen sollten.¹⁵⁶ Dieser Regelung lag das Motiv zugrunde, es sei besser, »daß namentlich die ältere männliche Jugend möglichst stark erfaßt wird, als daß eine mehr oder weniger große Zahl abseits stehen bleibt und den Sportverbänden und durch diese der kommunistischen Agitation zum Opfer fällt. ... darum sollte man sich wirklich nicht darüber streiten, ob Gesellenverein oder Jungmännerverein die Leute faßt, es genügt, daß sie überhaupt erfaßt werden.«¹⁵⁷

Die Katholischen Arbeitervereine. Die sozialharmonische Einbettung der katholischen Arbeiter in den Milieukatholizismus stand am Anfang der Gründungsgeschichte der katholischen Arbeitervereine. Sie standen von Anfang an in enger Verbindung mit den anderen katholischen Organisationen in Fulda. Zu ihren ersten außerordentlichen Mitgliedern zählten vier Fuldaer Fabrikanten, die gleichzeitig der einflußreichen Männergesellschaft MN angehörten.¹⁵⁸ Die Arbeitervereine waren Teil der katholischen Standesvereine und waren über das Präsidessystem fest an die kirchlichen Weisungen gebunden. Die kirchennahe Stellung der Arbeitervereine hatte

zur Konsequenz, daß sie sich nicht mit wirtschaftlichen Fragen befaßten. Die Arbeitervereine stellten keine wirtschafts-, sozial- und tarifpolitische Interessenvertretung der katholischen Arbeiter dar.¹⁵⁹ Die Satzungen der Arbeitervereine im Fuldaer Raum zielten auf die kulturelle Integration ihrer Mitglieder in das katholische Milieu ab: Förderung der Religiosität und Sittlichkeit der Mitglieder, soziale Hebung des Arbeiterstandes sowie die Pflege der Freundschaft und des geselligen Lebens unter den Mitgliedern.¹⁶⁰ Eine ähnliche Ausrichtung hatten die St. Josefsvereine für die katholischen Arbeiter in den größeren Pfarreien, die neben ihren kirchlich-religiösen Aufgaben bei der Gründung von Kohleneinkaufsgenossenschaften und beim Bau von Arbeiterwohnungen mitwirkten.¹⁶¹

Am 31. Dezember 1910 gab es im Landkreis Fulda 29 Arbeitervereine mit 2.426 Mitgliedern, die zusammen den Bezirksverband Fulda bildeten. Damit hatten die Arbeitervereine im Fuldaer Land ihren Mitgliederhöchststand erreicht. In der Stadt Fulda waren darüber hinaus die Gesellenvereine des Kolpingvereins mit 206 aktiven Mitgliedern (1931) vertreten.¹⁶² Der Bezirksverband Fulda bildete zusammen mit den anderen Bezirksverbänden Main-Kinzig, Nieder- und Oberhessen den Diözesanverband Fulda. Dieser gehörte 1904 zu den Gründern des ›Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands‹. Bereits zum 1. April 1900 hatte er als Verbandsorgan die ›Westdeutsche Arbeiterzeitung‹ eingeführt. Im Diözesanverband der Katholischen Arbeitervereine stellten die agrarisch-industriellen Mischgebiete die stärksten Teilverbände. Erst danach folgten die städtischen Arbeitervereine. Die Mitgliederentwicklung auf Diözesanebene erreichte am Vorabend des Ersten Weltkrieges ihren Höhepunkt. Die für die innere Kommunikation und Mobilisierung entscheidende Presse der Arbeitervereine fand im Bistum Fulda eine breite Leserschaft: 1.750 Arbeitervereinsmitglieder (38%) hatten das Verbandsorgan, die ›Westdeutsche Arbeiterzeitung‹, abonniert.¹⁶³

In der Auseinandersetzung zwischen der integralistischen Berliner und der zu konfessioneller Zusammenarbeit bereiten Mönchen-Gladbacher Richtung im Gewerkschaftsstreit vor 1914 trat der Fuldaer Verband jedoch für die überkonfessionellen Gewerkschaften ein.¹⁶⁴ Der Widerstand hiergegen regte sich in der geistlichen Verbandsspitze und vereinzelt Lokalvereinen. Der Ortsverband Bad Orb im Bezirksverband Main-Kinzig rechnete sich zur Berliner Richtung und gliederte sich daher nicht in den westdeutschen Verband ein. Hintergrund hierfür war die Diasporasituation der Orber Katholiken, die in der konfessionellen Mischstruktur der Landkreise Schlüchtern und Gelnhausen befürchteten, von der evangelischen Arbeiterschaft überstimmt zu werden. Der Präses der katholischen Arbeitervereine Pfr. Malkmus legte 1911 sein Amt nieder, da er im Sinne der Berliner Richtung rein katholische Arbeiterorganisationen befürwortete.¹⁶⁵ Aus die-

ser für die Verbandsentwicklung maßgeblichen Entscheidung wurden nach dem Ersten Weltkrieg organisatorische Konsequenzen gezogen. 1919 trat die Fuldaer Bischofskonferenz dafür ein, die Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine in die Christlichen Gewerkschaften zu überführen. Damit war trotz des Widerstandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) eine Entscheidung gegen die weitere eigenständige Entwicklung der rein katholischen Arbeitervereine gefallen. Beide Organisationen sollten nach Ansicht der Fuldaer Zeitung nicht nebeneinander weiterbestehen, sondern es müßten »die an Zahl schwächeren und an Bedeutung zurückstehenden Fachabteilungen in die Christlichen Gewerkschaften überführt werden«. ¹⁶⁶ Dennoch erhielt der Berliner Verband, entgegen der bischöflichen Empfehlung, weiterhin seine Eigenständigkeit und weigerte sich, in den Christlichen Gewerkschaften aufzugehen. ¹⁶⁷ Die katholischen Arbeitervereine führten in der Weimarer Republik eine prekäre Existenz als Standesverein, der auf der einen Seite das ständische Organisationsprinzip der katholischen Vereine beibehielt, aber auf der anderen Seite den Christlichen Gewerkschaften zuarbeiten sollte.

Dies kam bei den Verhandlungen des Zweiten Allgemeinen Präsidestages des Kartellverbandes der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands in Fulda am 25. und 26. August 1921 zum Vorschein. Der Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands Josef Joos stellte in seinem Referat den »seelischen Zustand der heutigen Arbeiterschaft« in den Mittelpunkt. Er sah in der »Wiederbelebung des Berufsgefühls und der Berufsfreude ... eine wertvolle und dringliche Aufgabe aller Organe der christlichen Arbeiterbewegung, insbesondere der katholisch-sozialen Standesvereine«. Sein kulturkritischer Protest galt den mechanisierenden Wirkungen der Arbeitswelt, der »Amerikanisierung« des deutschen Menschen. Demgegenüber hob er die Bedeutung der Handarbeit und der »Werksgemeinschaft in der Industrie« hervor. Wie meilenweit entfernt die Vorstellungen des Leiters der westdeutschen katholischen Arbeitervereine von der politischen Artikulation und Durchsetzung von Arbeiterinteressen war, zeigte seine Forderung, »Handarbeit und christlich-idealistische Auffassung (sein) in ihrer inneren Verbindung klarer zu veranschaulichen und nachhaltiger, auch unter Zuhilfenahme kirchlich-lithurgischer Mittel herauszustellen«. ¹⁶⁸

Die von Joos erhobene Forderung nach einer »stärkeren Mobilisierung der Kultur, statt der Kampfkraft« trug der Erfahrung Rechnung, daß sich die katholischen Arbeiter unter dem Einfluß der industriellen Lebenswelt und der konkurrierenden sozialistischen Gewerkschaften der katholischen Kirche immer mehr entfremdeten. Die verstärkte Propagierung religiös-konfessioneller Inhalte, die den Kern der Forderungen Joos' ausmachte, stieß jedoch ohne begleitende politische Forderungen bei den katholischen

Arbeitern auf Skepsis, da ihnen der Ruf zurück keine ausreichende Gewähr zur Verbesserung ihrer sozialen und ökonomischen Lage zu sein schien. Die Programmatik der katholischen Arbeitervereine blieb indes während der gesamten Weimarer Republik ambivalent. Die Einsicht in Teilen der Mitgliederschaft und der Führung, auf politische Mitarbeit nicht verzichten zu können, wurde im ganzen überlagert durch ein religiös-kulturelles und damit vopolitisches Integrationsbemühen. ¹⁶⁹

Die Aktivität der Katholischen Arbeitervereine blieb auf einen inneren Kreis beschränkt, und die Mitgliederzahl stagnierte bis 1929. Die Parole von der verstärkten religiös-konfessionellen Integration wurde von der Verbandsspitze deshalb vertreten und fand Widerhall bei der Mitgliederschaft, weil die Schwerpunkte der Mitglieder mobilisierung in Gemeinden mit relativ hoher Kirchenbindung lagen. Im Bistum Fulda stellten die relativ industrialisierten Dechanate Neuhof und Margrethenhaun die bei weitem stärksten Teilmobilisierungen. Der Mobilisierungserfolg der katholischen Arbeitervereine auf dem Land rührte im wesentlichen von den sozialen Mentalitäten der industriell-agrarischen Mischbevölkerung her. Dies reflektierte die Programmatik der Arbeitervereine. ¹⁷⁰

Die starke Stellung des Zentrums unter der katholischen Agrarbevölkerung schlug sich in deutlichen Zentrumsmehrheiten besonders in den Hochburgen der Katholischen Arbeitervereine nieder. So erreichte das Zentrum bei den preußischen Landtagswahlen 1921, dem Jahr der Zweiten Deutschen Arbeiterpräsidestagung in Fulda, in den KAB-Hochburgen Margrethenhaun 75,0% und Neuhof 84,5%.

Den katholischen Arbeitervereinen stand ein größerer politischer Spielraum als den Christlichen Gewerkschaften zur Verfügung, gerade weil sie nicht Rücksicht auf die nationalen protestantischen Arbeitervereine nahmen, deren Antisozialismus noch schärfer ausgeprägt war als im katholischen Raum. Die besondere Verbandsentwicklung ließ eine Interessenvertretung der Arbeiter durch die Arbeitervereine im politischen und wirtschaftlichen Raum zwar nicht zu. Dafür führten die Arbeitervereine als quasi innerkatholische vortarifpolitische Organisationen schärfer noch als die christlichen Gewerkschaften allgemeine sittliche Grundsätze des Wirtschaftslebens ins Feld. Weil sie keine Rücksicht auf andere Verbände und wirtschaftliche Sachzwänge nahmen, übten sie mit ihrem religiös-kulturellen Erneuerungsideal eigenartigerweise eine politische Funktion aus, die ihnen im Grunde gar nicht zugehört war. Gerade das Verhalten der katholischen Unternehmer wurde sehr kritisch gesehen, da man an diese strengere Maßstäbe glaubte anlegen zu können, als es die Christlichen Gewerkschaften taten. Gegen die katholischen Unternehmer wurde somit nicht tarifpolitisch argumentiert, sondern vom Standpunkt des »christlichen Sittengesetzes« aus. Anders als der sozialen Interessenvertretung

gegenüber war es den Arbeitgebern hier schwer möglich, diese Kritik zu externalisieren.¹⁷¹

Dieser kritische politikentlastete Stachel der katholischen Arbeitervereine kam in der Frage der Fürstenenteignung des Jahres 1926 zum Tragen. Wie in kaum einer anderen politischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik forderte dieser Grundsatzstreit mit seinen allgemeinen und sittlichen Motivationen die Stellungnahme der katholischen Arbeitervereine heraus. Anders als die zögerlichen Christlichen Gewerkschaften bezogen die Arbeitervereine Stellung. Der Arbeiterverein Hanau forderte seine Mitglieder zur Einzeichnung in das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf, obwohl sich das Zentrum strikt gegen die plebiszitäre Initiative der Linksparteien SPD und KPD ausgesprochen hatte.¹⁷² In den Hochburgen der Arbeitervereine fand der Volksentscheid vom Juni 1926 eine besonders große Anhängerschaft. Die ländlichen Industriegemeinden stimmten mit Spitzenwerten von über 50% für die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Herrscherhäuser.

Die Stimmenverluste des Zentrums in der Mittelphase der Weimarer Republik wirkten auf die Organisation der Arbeitervereine nachhaltig zurück. Im Jahre 1929 entschloß man sich zur Einrichtung eines hauptamtlichen Diözesansekretariates. In der Folgezeit stieg die Mitgliederzahl der Arbeitervereine wieder an und umfaßte in der Weltwirtschaftskrise etwa 2.500 Arbeiter.¹⁷³ Die Neuorganisation und die Erfolge bei der Mitgliederwerbung gelangen überall dort, wo eine im wesentlichen vorverbandliche Integration noch vorhanden war, die an der hohen Osterkommunionsteilnahme ablesbar war. Die mitgliederstärksten Dechanate wiesen während der Weimarer Republik deutlich überdurchschnittliche Osterkommunionsteilnahmen auf, was zur stärkeren kirchlichen Bindung auf dem Land korrespondierte. Die Mobilisierung der katholischen Arbeitervereine stand im Unterschied zu den Christlichen Gewerkschaften nicht unter dem dauernden Druck der Anpassung. Sie knüpfte im wesentlichen an ältere konfessionelle Kontinuitäten an.

Dennoch: In Fulda war nur eine Minderheit der im aktiven politischen und wirtschaftlichen Leben stehenden katholischen Männer im Arbeiterverein organisiert.¹⁷⁴ Was auf alle Arbeitervereine im Reich und der Diözese galt, traf auf Fulda in besonderem Maße zu: Seine Arbeitervereinsmitgliederschaft war stark überaltert.¹⁷⁵ Der höhere Anteil der Inaktiven bedeutete automatisch eine Erhöhung des Durchschnittsalters: 71,6% der Stadt Fuldaer Mitglieder des Jahres 1930 waren älter als 45 Jahre, während es im Diözesanverband 48% waren. In den größeren ländlichen Vereinen waren es hingegen weniger als die Hälfte.¹⁷⁶ Der Jahresbericht 1930 der katholischen Arbeiter- und Männervereine der Diözese Fulda kam zu dem nüchternen Fazit, »daß die katholische Männerwelt bis zum Alter von

35–40 Jahren zum größten Teil von den katholischen Vereinen nicht erfaßt wird. ... Wir wollen und dürfen keine Alt-Männerbewegung sein.«¹⁷⁷

Nach seinen Mobilisierungserfolgen vor 1914 gelang es den katholischen Arbeitervereinen in Fulda nicht mehr, mit der Entwicklung Schritt zu halten und unter den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen der Weimarer Republik katholische Arbeiter weiterhin in großem Umfang zu organisieren. Die katholischen Arbeiter- und Männervereine erfaßten 1933 lediglich 4,4% der männlichen katholischen Arbeiter in der Diözese Fulda und hatten damit ihre milieuintegrative Funktion weitgehend eingebüßt. Gleichzeitig machten die katholischen Arbeiter aber 48,4% der männlichen Katholiken über 14 Jahre aus.¹⁷⁸ Erfolgversprechender waren die nach dem Gewerkschaftsstreit in Fulda endgültig etablierten Christlichen Gewerkschaften, denen nach einem Beschluß der Bezirksdelegiertenkonferenz der katholischen Arbeitervereine vom 28. September 1924 alle Mitglieder der katholischen Arbeitervereine in Fulda angehören sollten.¹⁷⁹

Die Christlichen Gewerkschaften. Die katholische Kirche hatte über das Prinzip der geistlichen Führung die Arbeitervereine noch weitestgehend ihrem Einfluß vorbehalten können. Die überkonfessionelle Zusammensetzung der Christlichen Gewerkschaften verhinderte dagegen die Institutionalisierung des kirchlichen Mitspracherechtes.¹⁸⁰ Nur über die Christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeitervereine nahm die katholische Kirche noch gewerkschaftlich Einfluß. Die Führer der Christlichen Gewerkschaften hatten umgekehrt darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaftsmitglieder auch den Arbeitervereinen beitraten.¹⁸¹

Zwei Merkmale unterschieden die Christlichen Gewerkschaften von den Arbeitervereinen: die Gliederung nach Industrieverbänden und die tarifpolitische Vertretung ihrer Mitglieder. Waren die katholischen Arbeitervereine nach dem kirchlichen Lokalprinzip in Pfarreien, Dechanaten, Bezirken und Diözesen organisiert, so spiegelte die Organisationsstruktur der Christlichen Gewerkschaften die wirtschaftliche Ausdifferenzierung der Industriearbeiterschaft wider. Denn nur so konnten Tarifforderungen artikuliert und Streiks – wenn es denn tatsächlich so weit kam – wirksam organisiert werden. Gemeinsam war beiden hingegen ihre strikt antisozialistische Ausrichtung. Doppelmitgliedschaften in den Freien und den Christlichen Gewerkschaften oder den Arbeitervereinen waren von den katholischen Arbeiterorganisationen und von kirchlicher Seite verboten worden.¹⁸²

Die »Christlichen« hatten ihre Schwerpunkte nicht wie die Arbeitervereine in größeren Landgemeinden sondern in den Städten. Die im Vergleich zu den agrarisch-industriellen Mischgemeinden niedrigere kirch-

liche Bindung der städtischen Arbeiter und der fehlende agrarische Einfluß behinderten eine verbandliche Integration der katholischen Arbeiter in das katholische Sozialmilieu. Aufgabe der Christlichen Gewerkschaften war es aus katholischer Sicht, das endgültige Ausscheren der katholischen Gewerkschaftsmitglieder zu verhindern, indem sie die materiellen Interessen ihrer Mitglieder über eine schlagkräftige Organisation und Tarifforderungen wirkungsvoll vertraten. Über die Gewährleistung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder sollten die Christlichen Gewerkschaften verhindern, daß katholische Arbeiter ein anderes ideelles Interesse übernahmen.¹⁸³

Allen Anstrengungen von katholischer Seite, Arbeiterorganisationen zu gründen, wohnte eine antisozialistische Stoßrichtung inne. In die Zeit des Auf- und Ausbaus der Freien Gewerkschaften fielen nicht zufällig die Gründungsdaten der konfessionellen Gewerkschaften. Im Jahre 1899 entstand in Fulda ein christlicher Lokalverein der Textilarbeiter, der sich zwei Jahre später dem Zentralverband der Christlichen Textilarbeiter anschloß. Es folgten 1900 der Christliche Bauarbeiterverband und der Metallarbeiterverband. Die organisatorischen Anstrengungen kulminierten im Kartell der Christlichen Gewerkschaften für Fulda und Umgebung (1902) und der Einrichtung hauptamtlich geleiteter Gewerkschaftssekretariate. In vier Sekretariaten betreuten die Christlichen Gewerkschaften in Fulda ihre Mitglieder: je eines der Metall-, der Bau-, der Textil- und der Fabrikarbeiter. Die anderen Verbände wurden von Frankfurt aus geleitet. Stärkster Verband innerhalb der Christlichen Gewerkschaften im Bistum Fulda waren die Metallarbeiter (1919: 673 Mitglieder), gefolgt von den Bauhandwerkern (660 Mitglieder), den Textilarbeitern (400 Mitglieder) und den Fabrik- und Transportarbeitern (400 Mitglieder).¹⁸⁴

Ihren Anspruch, die Interessen ihrer Mitglieder in Tarifverhandlungen wirksam zu vertreten, unterstrichen die Gewerkschaften durch eine harte Haltung gegenüber den Arbeitgebern und Verhandlungserfolge. Während des gesamten Jahres 1919 waren ihre Untergliederungen bestrebt, Lohn-erhöhungen als Ersatz für die gestiegenen Preise durchzusetzen.¹⁸⁵ Die Christlichen Gewerkschaften setzten alles daran, sich als die maßgebliche Vertretung der katholischen Arbeiter zu profilieren. Sie verwandten ihre Erfolge bei den Lohnverhandlungen immer wieder als Beweis, die Interessen der örtlichen Arbeiter am besten zu vertreten. Dabei scheuten die Christlichen Gewerkschaften nicht den direkten Vergleich mit den »Roten«.¹⁸⁶

In der Zeit des Inflationskonsenses von 1919 bis in den Frühjahr 1921 bauten die Christlichen Gewerkschaften mit erfolgreichen Tarifabschlüssen ihren organisatorischen Vorsprung vor den sozialistischen Gewerkschaften in Fulda aus. In den Jahren von 1919 bis zur Hyperinflation 1923 verbuch-

ten ihre örtlichen Untergliederungen steigende Mitgliederzahlen, am stärksten der Metallarbeiterverband.¹⁸⁷

Die Mitgliederzahlen des schärfsten Konkurrenten der Christlichen Gewerkschaften vor Ort, des sozialistischen Metallarbeiterverbandes im Bereich seiner Ortsverwaltung Fulda, stiegen bis zum Juni 1920 auf 1.240 Mitglieder an. Die Metaller blieben im Unterschied zu den Bergarbeitern die Sorgenkinder der Christlichen Gewerkschaften. In der Nähe der Fuldaer Metallarbeiter zu den sozialistischen Gewerkschaften zeigte sich das bei den Arbeitern der industriellen Großbetriebe ausgeprägtere Klassenbewußtsein, das sich im Falle der katholischen Metaller Fuldas über konfessionelle Abschottungsversuche hinwegsetzte. Der DMV-Fulda war erst 1920 gegründet worden und verzeichnete in kurzer Zeit einen Mitgliederanstieg von 68 auf 1.240 DMV-Mitglieder.¹⁸⁸

Eine steigende Mobilisierung gelang den Christlichen Gewerkschaften dagegen unter den Bergleuten des Kaligebietes um Neuhof. Nachdem die sozialistischen Gewerkschaften dort im Winter 1919/20 kurzfristig Erfolge bei der Mitgliederwerbung hatten erzielen können, setzte eine heftige Agitation der Ortsgruppe des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter ein, die in einer Resolution »flammenden Protest gegen den an verschiedenen Plätzen einsetzenden Terrorismus der Sozialdemokratie erhob«.¹⁸⁹ Bald darauf meldete der christliche Verband, daß »die Überredeten nach einigen Wochen roter Belehrung wieder zur christlichen Organisation zurückkehrten«.¹⁹⁰ Die Christlichen Gewerkschaften verzeichneten in diesem agrarisch-industriellen Mischgebiet weiteren Mitgliederzuzug und traten als die maßgebliche Interessenvertretung der örtlichen Kaliarbeiter auf. Ihre Erfolge ermutigten die Christlichen Gewerkschaften dazu, ihre dominierende Stellung in der örtlichen Arbeiterschaft öffentlich zu bekunden. Zu diesem Zweck fand der Arbeitertag der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung für das Fulda- und Werragebiet in Rommerz, einem Hauptort des Neuhöfer Kaligebietes, statt.¹⁹¹

Am Jahresende 1920 blickte die katholischen Arbeiterorganisationen auf eine eindrucksvolle Mobilisierung in den ersten beiden Nachkriegsjahren zurück. Eine Versammlung zur wirtschaftlichen Lage und ihren politischen Ursachen vereinte Diözesan- und Bezirksvorstände, Delegierte der katholischen Arbeiter-, Gesellen und Jünglingsvereine sowie des christlichen Gewerkschaftskartells Fulda, die für zusammen über 16.000 Mitglieder sprachen.¹⁹² Diese Mobilisierungskraft der katholischen beziehungsweise konfessionell-antisozialistischen Arbeiterorganisationen fand ihren politischen Ausdruck darin, daß der Vertreter des stärksten Teilverbandes der Christlichen Gewerkschaften, der Sekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes Fulda, Karl Schmitt, von 1920 bis 1928 die Fuldaer Arbeiterschaft im preußischen Landtag vertrat. Die Einbindung der Arbeiterorgani-

sationen in öffentliche Aufgaben wurde zudem dadurch unterstrichen, daß Schmitt als stellvertretender Führer der Fuldaer Einwohnerwehr amtierte. Dadurch wurde der andernorts gewohnte Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Einwohnerwehren verhindert.

Die starke Stellung der Christlichen Gewerkschaften in der katholischen Arbeiterschaft Fuldas bewiesen die Ergebnisse zu Betriebs- und Ortskrankenkassenwahlen. Nach den Betriebsratswahlen 1922 im größten Fuldaer Unternehmen, den Emaillierwerken Bellinger, stellte der Christliche Metallarbeiterverband sieben und der sozialistische DMV vier Betriebsräte. Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der Ortskrankenkasse im April 1921 erreichten die Christlichen eine deutliche Mehrheit. Die Zentrumspresse richtete ihr Augenmerk jedoch weniger auf das gute Abschneiden der Christlichen Gewerkschaften bei den Ortskrankenkassenwahlen, sondern auf die niedrige Wahlbeteiligung. Nach mehreren vorausgegangenen Wahlkämpfen 1920 und 1921 gingen nur 55,3% der Fuldaer wahlberechtigten Arbeiter zur Wahl. Diese wahlmüden oder gleichgültigen Arbeiter bei zukünftigen Abstimmungen zu mobilisieren, stellte nach Ansicht des »Bonifatiusboten« die größte Herausforderung der christlichen Arbeiterorganisationen für die Zukunft dar.¹⁹³

Die Erfolge bei den Tarifverhandlungen stellten nur die eine Seite der Integationsbemühungen dar, mit denen die Christlichen Gewerkschaften in Fulda ihren Einfluß auf die katholische Arbeiterschaft zu behaupten suchten. Neben dem Eintreten für die materiellen Interessen ihrer Mitglieder betonten sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die verbindenden ideellen Interessen. Der Kerngedanke der Christlichen Gewerkschaften blieb der christliche Gedanke, der in allgemeiner überkonfessioneller Form vertreten wurde.¹⁹⁴ Die Christlichen Gewerkschaften nutzten jeden öffentlichen Auftritt, um diesen unterscheidenden Gedanken ins Bewußtsein ihrer Mitglieder zu rufen. So stellte aus Anlaß der 25-Jahrfeier der Christlichen Gewerkschaften in Fulda Georg Wieber in seiner Festansprache »den Kampf der Christlichen Gewerkschaften ... im Geistigen und im Sittlichen« in den Mittelpunkt: »Hier ist die entscheidende Trennungslinie gegenüber den Sozialisten. Wir sagen: Das Christentum ist die erste soziale Idee und die erste soziale Tat. Innere und wahre Kultur kann nur im Christentum entstehen. St. Bonifatius war, darüber sind sich katholische und evangelische Gewerkschaftler einig, der erste große soziale Mensch in Deutschland.«¹⁹⁵

Der christliche Gedanke in den Christlichen Gewerkschaften zog vor dem Hintergrund kirchlicher und theologischer Prämissen ein anderes Verständnis des für die Arbeiterbewegung entscheidenden Begriffes der Arbeit nach sich. Franz Baltrusch, protestantischer Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, legte dies im Jahre 1929 auf einer öffentlichen Kundgebung in Fulda dar: »Dem christlich

denkenden Menschen ist die Arbeit eine Notwendigkeit, ohne die es unmöglich ist, das christliche Lebensideal zu verwirklichen.«¹⁹⁶ Trotz einer grundstürzenden Veränderung des »Berufsgefühls« und der Berufsfreude im Gefolge von Industrialisierung und Fabrikarbeit glaubten die Christlichen Gewerkschaften an ihrem vorindustriellen Arbeitsbegriff festhalten zu müssen und verurteilten das einseitige Verständnis der Arbeit als Erwerbsarbeit, wie es den sozialistischen Gewerkschaften eigen war. Im Eintreten für mehr Berufsfreude trafen sich die Christlichen Gewerkschaften mit den katholischen Arbeitervereinen.

Als christliche Arbeiterorganisation vertraten sie den Gedanken sozialer Harmonie unter den sozialen Schichten und Klassen. Sie lehnten jede Über- und Unterordnung der sozialen Klassen ab, die sie in der folglich »mechanischen Gesellschaftsauffassung« der sozialistischen Gewerkschaften erkannten. Ihre »organische Gesellschaftsauffassung« verstand sich als Alternative zur Klassenbegrifflichkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung. »In sozialer Hinsicht: Kein Klassenkampf, Solidarität aller Stände, Arbeitsgemeinschaft, trotz aller Schwierigkeiten, die sich dabei zeigen.«¹⁹⁷ Statt dessen verstanden sich die Christlichen Gewerkschaften als »Standesgemeinschaften« mit einer betonten Spitze gegen den Gedanken der sozialistischen Klassensolidarität. Programmatische Erklärungen enthielten immer eine scharfe antisozialistische Note. »Wahre Kultur wächst nicht unter der Herrschaft von Klassen und im Kampfe der Klassen gegeneinander. Nur wo in Standesgemeinschaften die besten Kräfte sich regen in dem Willen, den eigenen Stand gleichberechtigt und gleichgeachtet anderen zu machen, wo in edlem Wettstreit der Stände dem kulturellen Fortschritt gedient wird, kann die Wohlfahrt des ganzen Volkes gedeihen.« Auch die Begründung für gewerkschaftliche Organisationen wich aus den genannten Prämissen heraus deutlich ab von der der sozialistischen Gewerkschaften. »Für die christlichen Arbeiter ist die gewerkschaftliche Solidarität nicht nur der Ausdruck des Willens, auf Gegenseitigkeit sich für den eigenen materiellen Vorteil zu versichern. Die Solidarität ist vielmehr der Ausfluß der inneren Verpflichtung, die eigenen Kräfte und die Kräfte des Standes zu entfalten, zum eigenen und zum allgemeinen Besten.«¹⁹⁸

Der christliche Gedanke und der Zwang zur programmatischen Selbstbehauptung und Abgrenzung gegenüber den sozialistischen Gewerkschaften zog in Politik und Selbstdarstellung der Christlichen Gewerkschaften in Fulda ein soziales Harmoniedenken nach sich. Kritik an der Haltung der Unternehmer wurde bei öffentlichen Veranstaltungen nur in sehr zurückhaltender Form geäußert. Wenn die Christlichen Gewerkschaften an die Öffentlichkeit traten, hoben sie demgegenüber immer wieder den Gedanken der Volksgemeinschaft und der Volkssolidarität hervor.¹⁹⁹ Diese Parole war stets verbunden mit einer deutlichen Absage an jede Form des

Klassenkampfes. »Dem Klassenkampf und Klassenhaß muß Bruderliebe und gegenseitige Hilfe entgegengesetzt werden.«²⁰⁰ Die Christlichen Gewerkschaften traten noch für die Beibehaltung der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) ein, als die Freien Gewerkschaften längst begonnen hatten, an deren Sinn zu zweifeln. Im Festhalten am Gedanken einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern in der Arbeitsgemeinschaft über das Jahr 1923 hinaus schlug sich die vorgängige Maxime der Konfliktvermeidung nieder, als die wirtschaftlichen und lohnpolitischen Verteilungskämpfe längst den aggressiven Willen der Unternehmer zur Revision ihrer 1918 eingegangenen Verpflichtungen hatten erkennen lassen.²⁰¹

Oberste Leitlinie in der Selbstdarstellung der Christlichen Gewerkschaften stellte die Interessenversöhnung dar. Ihre Parole war: »Nicht niederreißen, sondern aufbauen«, wobei die Stoßrichtung gegen die Linken ging, denen eine destruktive politische Absicht unterstellt wurde. Der badische Landtagsabgeordnete Heurich aus Freiburg i.Br., der aus dem Fuldaer Land stammte, faßte diesen Grundgedanken auf der 11. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands vom 30. Mai bis zum 2. Juni 1920 in Fulda zusammen: »Stellen wir uns auf den Boden einer reinen, unverfälschten, konsequenten, christlichen Demokratie. Keine Unterdrückung anderer Stände, kein Klassenkampf, sondern Interessenversöhnung.«²⁰² Zwar sahen die Christlichen den Streik als legitimes Mittel zur Tarifaufeinandersetzung an. Besonders in den ersten Jahren der Weimarer Republik kam es für sie darauf an, mit Tarifabschlüssen ihren Anspruch auf die alleinige Interessenvertretung der christlichen Arbeiter zu unterstreichen. In diesem Zeitraum lagen Freie und Christliche Gewerkschaften hinsichtlich des Anteils an den Arbeitskämpfen etwa gleichauf.²⁰³ In der Phase der relativen Stabilisierung jedoch sank der Anteil der Arbeitskämpfe, der von den »Christen« geführt wurde, deutlich gegenüber dem des ADGB ab.²⁰⁴

Generell traten die Christlichen Gewerkschaften wirtschaftspolitisch in den Jahren von 1919 bis 1923 prononcierter auf, als dies in späteren Jahren der Fall war. Obwohl die Christlichen Gewerkschaften Fuldas in ihrer Kritik an den sozialen Gegensätzen sehr zurückhaltend waren, verlangte ihnen die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Lage zwischen 1921 und 1923 dennoch die Forderung nach einer vermehrten Besteuerung der Gewinne und Sachwerte ab. Die örtlichen Vertreter der »Christlichen« erhoben heftige Klagen gegen die Teuerung der Nachkriegszeit und die Auswüchse des Kapitalismus. Die tieferen Ursachen erblickten sie in den wirtschaftlichen Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages, dessen Revision sie zu einer Gewerkschaftsforderung erhoben.²⁰⁵ Unter dem Druck ihrer Mitgliedschaft forderten sie neben vermehrten Anstrengungen der internationalen christlichen Arbeiterorganisationen zur Revision des Ver-

sailer Vertrages, »daß nicht die breiten Massen allein in der Hauptsache belastet, sondern diejenigen weitgehend steuerlich erfaßt werden, die in der gegenwärtigen Zeit durch erzielte Gewinne und begünstigt durch Besitz von Sachwerten finanziell gestärkt wurden.«²⁰⁶

Das Selbsterhaltungsinteresse gebot den Christlichen Gewerkschaften, auf polarisierende Stellungnahmen zu verzichten. Denn ähnlich wie die sozialistischen Gewerkschaften in ihrer Radikalität immer von ihren syndikalistischen und später kommunistischen Konkurrenzorganisationen übertroffen wurden, so befürchteten auch die Christlichen Gewerkschaften, ihre Mitglieder und ihre Existenzberechtigung zu verlieren, falls sie die realen Klassengegensätze in der Weimarer Gesellschaft zum Thema erhoben. Genau dies aber war das Thema der sozialistischen Gewerkschaften, denen konsequenterweise die »Christen« in gerade diesem Punkte scharf widersprachen.

Der Antisozialismus der Christlichen Gewerkschaften trat am deutlichsten im Unvereinbarkeitsbeschluß über die gemeinsame Mitgliedschaft in den Freien und den Christlichen Gewerkschaften hervor. Der Bischof von Fulda erließ im Jahre 1923 ein Verbot der Mitgliedschaft in den Freien Gewerkschaften und den ihnen angeschlossenen Organisationen.²⁰⁷ Von christlicher Gewerkschaftsseite wurde immer wieder betont: »Der Christ darf kein Sozialdemokrat sein, denn die Sozialdemokratie verneint durch ihre sozialistische Auffassung die Existenz Gottes.«²⁰⁸ Diesem Antisozialismus war eine besonders aggressive Note gegen die Freien Gewerkschaften als den Hauptkonkurrenten in der Arbeiterschaft eigen. Die Abgrenzung von den sozialistischen Gewerkschaften bewog die Christlichen in Fulda, gegen die Arbeitsniederlegungen am 1. Mai und einen besonderen Feiertag der Industriearbeiterschaft einzutreten. Ausschlaggebend war dabei der Gedanke, daß die Maifeiern durch die Freien Gewerkschaften zur Propagierung des Sozialismus genutzt würden. Die christlichen Gewerkschaften verstanden den 1. Mai als »Partei-feiertag der Sozialdemokraten« beziehungsweise als »sozialdemokratisch-politischen Tag« und verweigerten sich aus prinzipiellen Gründen dem Gedanken eines arbeitsfreien Tages.²⁰⁹ Dem Sozialismus der Freien Gewerkschaften wurde bei dieser und bei anderen Gelegenheiten der christliche Solidarismus entgegengehalten.²¹⁰ In der Form des christlichen Solidarismus glaubten die christlichen Gewerkschafter dem allgemeinen Bedürfnis nach einer sozialen Terminologie und der radikalisierten Arbeiterschaft entgegenzukommen und deren Anliegen zu integrieren.²¹¹

Diese Haltung der christlichen Gewerkschaften trug zur Verschärfung ihres Gegensatzes zu den Freien Gewerkschaften bei.²¹² Dieser Konflikt schlug sich im Streit um die Abstimmungen in Fuldaer Betrieben über die Arbeitsruhe am 1. Mai 1920 nieder. In neun Fuldaer Betrieben nahmen

881 Arbeiter an der Abstimmung teil, 743 von ihnen votierten für die Arbeitsruhe am 1. Mai (= 84,3%), 138 dagegen (= 15,7%). Im größten Fuldaer Betrieb, dem Emaillier- und Stanzwerk, stimmten von 900 Arbeitern ungefähr 350 (= 38,9%) für die Feier des 1. Mai.²¹³ Diese Abstimmungen wurden von den Christlichen Gewerkschaften mit dem Hinweis auf Irregularitäten und Beeinflussungen seitens der Freien Gewerkschaften angefochten. Sie weigerten sich, die Abstimmungen als dem Willen der Arbeiterschaft entsprechend anzuerkennen und sahen darin eine Manipulation seitens der sozialistischen Gewerkschaften. »Da es eine politische Forderung der Sozialdemokratie ist, am 1. Mai die Arbeit nicht aufzunehmen, erklären wir die in den Betrieben vorgenommenen Abstimmungen für ungültig.«²¹⁴ Die unterschiedlichen Festkulturen der Christlichen und der Freien Gewerkschaften beleuchtete zudem ein Vorschlag, der vom ADGB gemacht wurde. Er sah vor, daß der ausgefallene Arbeitstag des 1. Mai an Christi Himmelfahrt nachgeholt werden sollte. Gegen diesen »echt sozialistischen Plan« legten die Christlichen Gewerkschaften schärfsten Protest ein.²¹⁵

Auf Reichsebene forderte die politische Diskussion um das neu zu schaffende Betriebsverfassungsgesetz alle Gewerkschaften zur Stellungnahme heraus. Dabei blieb die Haltung der Christlichen Gewerkschaften ambivalent und schwankte zwischen der Betonung des Eigentumsrechtes der Unternehmer und dem Gedanken der betrieblichen Mitbestimmung. Die Fuldaer Christlichen Gewerkschaften vermieden es, in provozierender Weise dazu und zur Eigentumsfrage Stellung zu nehmen. In Berichten der katholischen Presse Fuldas wurde aus den Diskussionen über das Betriebsverfassungsgesetz zitiert.²¹⁶ Die Diskussion um Eigentum und Mitbestimmung in den Betrieben verebte in Fulda nach anfänglichem Streit. Eine im Zentrumssinne positive Stellungnahme der Christlichen Gewerkschaften besonders in der Eigentumsfrage wäre zur Integration ihrer Mitglieder ungeeignet gewesen, was sich später an der Haltung der katholischen Arbeiter zur Frage des Fürstenvermögens zeigen sollte.

Im Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 spielten die sozialistischen Gewerkschaften eine herausragende Rolle. An ihrem entschiedenen Widerstand und dem von ihnen ausgerufenen Generalstreik scheiterten die Berliner Putschisten. Dennoch vermochten es die Christlichen Gewerkschaften nicht, sich den Freien vorbehaltlos anzuschließen.²¹⁷ Man vertrat in Fuldaer Gewerkschaftskreisen die Ansicht, »daß ein Grund zum Streik für Fulda nicht vorliegt, weil an der Treue der hiesigen militärischen und zivilen Behörden gegenüber der Regierung Ebert-Bauer nicht zu zweifeln sei.«²¹⁸ Am Generalstreik in der Stadt Fulda beteiligten sich lediglich die mehrheitlich freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner. Im Landkreis Fulda wurde nur im Kaliwerk Neuhof gestreikt.²¹⁹ Die Fuldaer Arbeiter, die

in den Christlichen Gewerkschaften organisiert waren, beteiligten sich nicht am Generalstreik und beugten sich damit dem Streikverbot der örtlichen Militärbefehlshaber.²²⁰

Christliche Grundsätze, soziales Harmoniedenken und ein ausgeprägter Antisozialismus erfüllten ihre integrative Funktion nur in eingeschränktem Maße. Zu sehr stand die Lebenswelt der katholischen städtischen Arbeiter im Gegensatz zum Gedanken der sozialen Harmonie und des Solidarismus, als daß dadurch schon den Christlichen Gewerkschaften die Integration und Mobilisierung gelang. Zwar wurde die offizielle Ideologie der versöhnten Stände aus kirchlichen Rücksichten nicht geändert. Gleichwohl schafften es die Christlichen Gewerkschaften, mit Hilfe einer weiteren Komponente ihre Klientel zu integrieren. Hierzu sollte die erfolgreichste Integrationsideologie der deutschen Gesellschaft dienen: der Nationalismus.

Der nationale Gedanke erfüllte in den Christlichen Gewerkschaften verschiedene Funktionen.²²¹ Er diente zur Integration divergierender Interessen im Verband und wurde eingesetzt, um sich vom Internationalismus der sozialistischen Arbeiterbewegung abzusetzen. Im katholischen Raum kam hinzu, daß dessen Minderheitenposition auf diese Weise sozialpsychologisch überkompensiert wurde und sich die katholischen Arbeiter in den Christlichen Gewerkschaften als besonders gute Deutsche zu erkennen gaben. Im Gesamtverband auf Reichsebene wirkte sie verbandstintegrierend, denn nur so wurde etwa der mitgliederstarke und rechtstehende »Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband« (DHV) im Verband gehalten. In Fulda spielten diese Motive eine geringere Rolle, da der DHV dort nur schwach vertreten war. Die nationale Parole trat in den Fuldaer Christlichen Gewerkschaften in deutlich milderer Form auf, als dies im Reichsverband der Fall war. Zu Beginn der Weimarer Republik kritisierten die Christlichen Gewerkschaften in Fulda scharf den Versailler Friedensvertrag, den sie für die wirtschaftliche Misere verantwortlich machten und für dessen völlige Revision sie entschieden eintraten. Die Kritik an den wirtschaftlichen Verhältnissen wurde so mühelos mit der nationalen Parole verbunden.²²²

Später trat der nationale Gedanke in kulturkritischer Form auf. Er diente damit der Abgrenzung von allen Formen der modernen Massenkultur und weniger der Distanzierung vom Weimarer politischen System. Der Kommentator der »Fuldaer Zeitung« nahm den Dortmunder Kongreß der Christlichen Gewerkschaften 1926 sogar zum Anlass, das Verhältnis der Christlichen Gewerkschaften zur Weimarer Republik positiv zu bestimmen. Er sah die Christlichen Gewerkschaften in den Weimarer Staat eingliedert und als »staatspolitischer Faktor von ganz außerordentlicher Bedeutung«.²²³ Damit bezog man in Fulda eindeutig Stellung, während die

offizielle Haltung der Christlichen Gewerkschaften zur Weimarer Republik unter dem Einfluß rechtsstehender Kräfte ständig zwiespältig blieb.²²⁴

Die katholische Presse veröffentlichte noch im Winter 1923/24 eine Artikelserie des Christlichen Gewerkschaftsführers Franz Ehrhardt.²²⁵ Bemerkenswert an den Äußerungen Ehrhardts war neben der Aufnahme der Klassen- anstelle der Standesbegrifflichkeit die Bezugnahme auf »die deutsche Arbeiterschaft ... als eine(r) soziale(n) Klasse mit vielen gemeinsamen Interessen«. Er diagnostizierte einen vorherrschenden Kastengeist bei Offizieren und Akademikern, während die Masse der Lohnarbeiter noch keinen Lebensstil gefunden habe. »Man hat viel vom Klassenkampf der Sozialdemokratie geredet; ich glaube, es ließe sich sehr wohl ein dickes Buch darüber schreiben, wie andere soziale Klassen den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft führten, wenn auch eine theoretische Begründung fehlte.« Ehrhardt sah vor dem Hintergrund der reaktionären Unternehmerstrategie die deutsche Arbeiterschaft am Scheidewege.²²⁶ Die Konsequenz aus seiner Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Arbeiterschaft einerseits und der sozialen Reaktion auf Unternehmenseite²²⁷ war die Aufforderung an die staatsbewußten Teile der Sozialdemokratie, sich der politischen Verantwortung und Mitwirkung im Interesse der Arbeiter nicht zu entziehen. Wie kaum ein anderer stellte Ehrhardt damit die Gemeinsamkeiten in der deutschen Arbeiterschaft heraus. Seine Position stand damit im Gegensatz zu den stark auf eine religiös-weltanschauliche Rückbesinnung ausgerichteten katholischen Arbeitervereinen. Zugleich schlugen sich in ihr die Forderungen einer politischen Interessenvertretung der katholischen Arbeiter nieder, die jenseits weltanschaulicher Prämissen lagen.

Die Erfolge der Christlichen Gewerkschaften in der Lohnpolitik dienten der Absicherung materieller Interessen. Die ideellen Interessen waren durch die katholischen Arbeitervereine vertreten. In diesem Sinne kam den katholischen Arbeiterorganisationen eine faktische Aufgabenteilung zu, ohne daß damit in jedem Einzelfall eine Intention verbunden war. Die Christlichen Gewerkschaften sahen ihre Aufgabe zuvörderst in der Vertretung materieller Interessen, waren aber auf dem Gebiet der Tarifpolitik ständig zu Kompromissen gezwungen, während die tarifpolitisch einflusslosen Arbeitervereine prinzipielle wirtschaftsethische Positionen, wie die Solidarität der Stände und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, umso schärfer betonten, ohne daß sie zum Handeln gezwungen waren.²²⁸

Die programmatischen Äußerungen der verschiedenen katholischen beziehungsweise christlichen Arbeiterorganisationen ließen sehr differenzierte Integrationsbemühungen erkennen. Während bei den Gesellenvereinen und den katholischen Arbeitervereinen im Bistum Fulda ein handlungs- und politikentlasteter religiös-kultureller Integrationswille erkennbar war,

bemühten sich die Christlichen Gewerkschaften darum, in praktischer Tarifpolitik materielle Verbesserungen ihrer Mitgliedschaft zu erreichen. Die »Christlichen« waren überkonfessionell und damit kirchlichen Eingriffen relativ entzogen. Im Unterschied zu den Arbeitervereinen waren sie jedoch mit einem politischen Auftrag ausgestattet. Das politische Engagement der Christlichen Gewerkschaften wandte sich gegen die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften. Nach innen blieben sozialmoralische Harmonieparolen vorherrschend.

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Tarifpartnern angesichts des aggressiven sozialen Revisionswillens der Arbeitgeber desillusionierte 1926 Arbeitervereine und Christliche Gewerkschaften und zwang sie zu einer neuen Standortbestimmung. Die katholischen Arbeitervereine äußerten ihren sozialmoralischen Protest beispielhaft in der Debatte um die Fürstenvermögen desselben Jahres.

Ein gemeinsames politisches Profil der Fuldaer katholischen Arbeiterorganisationen war in der Weimarer Republik nur schwach ausgeprägt. Ihnen kamen im Rahmen der Integrationsbemühungen um den Erhalt des katholischen Sozialmilieus differenzierte Aufgaben zu. Die Vielseitigkeit ihrer organisatorischen Bestrebungen deckte eine breite Palette ideeller und materieller Bedürfnisse ab. Zugleich jedoch kamen sie als eigenständiger politischer Faktor mit zukunftsweisender Programmatik jenseits des Zentrums und dessen Programmatik nicht in Frage. Für die politische Integration der katholischen Arbeiter spielte die Organisation und Politik der Zentrumspartei eine entscheidende Rolle. Während die Christlichen Gewerkschaften um eine ökonomische Integration weiter Teile der christlichen Arbeiterschaft bemüht waren, umfaßte der Integrationsbedarf des katholischen Sozialmilieus weltanschauliche Fragen. Wiewohl die katholischen Arbeitervereine hier ihren Schwerpunkt hatten, so drohte dennoch die labile Balance zwischen ökonomischer Interessenvertretung und weltanschaulich-sozialmoralischer Konsistenz in der städtischen katholischen Arbeiterschaft verloren zu gehen, wie die Hanauer Vorgänge um die Fürstenenteignung 1926 zeigten. Im gleichen Jahre 1926 stellte der Vorsitzende der Arbeitervereine Joseph Joos, der 1921 noch in Fulda so nachdrücklich zur religiös-sittlichen Erneuerung der katholischen Arbeiterschaft aufgerufen hatte, die »Ergebnisse der Umfrage über die gegenwärtige seelische Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland« vor. Die Ausführungen von Joos beruhten auf der Auswertung der Antwortbögen aus allen deutschen Diözesanverbänden, die jedoch nicht namentlich erwähnt wurden. Die Bestandsaufnahme der sozialen Lage und des Klassenbewußtseins der katholischen Arbeiter in Deutschland beleuchtete die fortgeschrittene Angleichung der Interessenlagen katholischer Arbeiter zur sozialistischen Arbeiterschaft. Die Ausprägung eines Klassenbewußtseins

unter katholischen Arbeitern war von mehreren Faktoren abhängig.²²⁹ Das Bewußtsein eines katholischen Arbeiters entwickelte sich im Kräftefeld von Landbesitz, wie er in den ländlichen Industriegemeinden bei Arbeitern üblich war, und abhängiger Lohnarbeit. Je mehr die katholische Arbeiterschaft von den Primärfaktoren des Besitzes und der landwirtschaftlichen Produktion entfernt war, desto eher stand eine Angleichung des Bewußtseins an die sozialistische Industriearbeiterschaft zu erwarten. Die Lebenswelt am Arbeitsplatz wirkte sich v.a. nach den jeweiligen Betriebsgrößen auf das Bewußtsein des Arbeiters aus, je nachdem ob Formen persönlichen Umganges oder der entfremdeten Sozialbeziehungen vorherrschten.

Nach einem Wort August Bebels, der unter anderem auch in Fulda für den Reichstag kandidiert hatte, würden erst dann alle für den sozialdemokratischen Gedanken gewonnen sein, »wenn wir Fulda erobert haben«.²³⁰ Die Stadt Fulda wies erst am Ende der Weimarer Republik in den südlichen Randbezirken um das Industriegebiet der Filzfabriken relativ einheitliche Arbeiterviertel auf. Die Masse der Arbeiterschaft wohnte in den industrienahen Arbeiterwohngemeinden um die Stadt, »da ein großer Teil der in Fulda beschäftigten Fabrikarbeiter das Bestreben zeigt, ein Ackergrundstück sein eigen zu nennen, um auf demselben die im Haushalte benötigten Artikel nach Möglichkeit selbst zu ziehen«.²³¹ Die Abwanderung aus dem Landkreis Fulda war bei weitem nicht so stark gewesen, wie diejenige in den nordhessischen Kreisen. Lediglich der Landkreis Gersfeld wies erhebliche Abwanderungsquoten auf, da sein reichlicher Bevölkerungsüberschuß nicht in nahen Industriebetrieben Beschäftigung fand. So waren 80% der Fuldaer Kreisbevölkerung des Jahres 1905 im Kreise geboren worden.²³²

Als weiterer Faktor stand die kirchliche Bindung der Arbeiter dem Sozialismus entgegen. Die Arbeiterwohngegenden um Fulda wiesen im Vergleich zu anderen Industriegegenden in Westdeutschland erstaunliche hohe kirchliche Bindung auf, die in allen Fällen über 50% lag. Das Zusammenspiel dieser Faktoren verhinderte, daß sich das Arbeiterbewußtsein zum Klassenbewußtsein verdichtete und die weltanschauliche Schranke zum Sozialismus überwand. Die katholische Arbeiterschaft stellte dennoch den problematischsten Teil des katholischen Milieus dar. Gleiche Arbeitsbedingungen und Lohnentwicklung drohten sich aus der Sicht des katholischen Milieus in einer Angleichung des politischen Verhaltens der katholischen Industriearbeiter an ihre sozialistischen Arbeitskollegen fortzusetzen. Anders als bei den katholischen Agrariern und Mittelständlern waren die katholischen Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz dem Einfluß ihrer sozialistischen Kollegen und deren Gewerkschaften ausgesetzt. Von diesen unterschied sie lediglich die konfessionelle Prägung, die unter dem dominierenden Einfluß der Arbeitswelt zurückzutreten begann.

3.2.2. Die katholischen Landwirte

Landwirtschaft und Katholizismus waren über weite Strecken der neueren Industrialisierungs- und Modernisierungsgeschichte Verbündete, da sie beide nicht zu den Profiteuren der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung gehörten. Nach 1871 hatte der politische Katholizismus seinen sozialen Rückhalt vor allem in den ländlich-agrarischen Schichten. Die Berücksichtigung der Forderungen der Landwirtschaft verstand sich für das Zentrum von selbst und schlug sich im Einfluß agrarischer Vertreter in den Zentrumsfraktionen nieder. Die konservative Politik der katholischen Agrarier drohte indessen, den Interessen der anderen sozialen Schichten im Katholizismus zuwiderzulaufen und das politische Gleichgewicht zu gefährden.²³³ Die landwirtschaftlichen konservativen Kräfte verbanden sich mit der katholischen Aristokratie und der kirchlichen Hierarchie, wenn sie polemisch zuspitzten und in krasser Opposition zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im Kaiserreich traten. Mit dem Vordringen bürgerlicher Kreise in der Zentrumsparterie ging ihr Einfluß jedoch zurück.

Im Zuge der Agrarkrise der 1880er Jahre und der Formierung ostelbischer landwirtschaftlicher Interessen setzte um 1890 eine Organisationsbewegung in der Landwirtschaft ein. Wollte der Katholizismus nicht weite Teile seiner ländlichen Basis an die intransigente landwirtschaftliche Interessenvertretung durch den »Bund der Landwirte« (BdL) und Parallelorganisationen verlieren, so hatte auch er auf dem Land organisatorisch tätig zu werden.

In den osthessischen katholischen Landgemeinden blieb der dominierende Einfluß der Landwirtschaft bis weit nach 1933 erhalten. Eine Auswertung der Gemeindelexika von 1885 bis 1925 und der Volkszählung 1933 ergab, daß in den katholischen Landgemeinden der Landkreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld im Jahre 1933 49,4% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren. Die katholische landwirtschaftliche Bevölkerung konzentrierte sich vor allem in den kleinen Dörfern mit bis zu 500 Einwohnern. Hier lebten 54,1% aller von der Landwirtschaft abhängigen osthessischen Katholiken, 33,5% in Gemeinden mit zwischen 500 und 1.000 Einwohnern und nur 12,4% in Gemeinden mit mehr als 1.000 Einwohnern.²³⁴

Die katholischen landwirtschaftlichen Organisationen Ost Hessens gliederten sich in drei Säulen, wie sie auch in anderen agrarischen Gebieten zu finden waren: den staatlich sanktionierten, auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Berufsvertretungen der Landwirtschaftskammern, dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und schließlich den wirtschaftspolitischen berufsständischen Verbänden.²³⁵

Die Organisation der landwirtschaftlichen Selbsthilfe, die später in das Genossenschaftswesen mündete, setzte im osthessischen Raum bereits in den 1850er Jahren ein. Diese Selbsthilfeorganisationen entstanden mit dem modernisierenden Impuls, die »neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Gewerbe den Mitgliedern zugänglich und nutzbar zu machen.«²³⁶ Nach 1871 kam die »Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Cassel« hinzu, die in Kassel ihren Sitz hatte und vornehmlich für das Berichtswesen, Planung und Koordinierung der verschiedenen Vereine und Verbände zuständig sein sollte. Im Zuge der Agrarkrise der 1880er Jahre entstanden die Raiffeisenvereine, in Hessen nicht zuletzt ein wirksames Mittel gegen den lange Zeit erfolgreichen Antisemitismus des Marburger Reichstagsabgeordneten Otto Böckel.²³⁷

Für die spezifisch katholische Organisation der Landwirtschaft waren weniger die zentral von Kassel aus geführten Landwirtschaftskammern mit ihrem halboffiziellen Charakter, sondern vielmehr die dezentralen Raiffeisenvereine von Bedeutung. Ihre verantwortlichen Leiter waren im katholischen Raum hauptsächlich engagierte katholische Kleriker wie der Multifunktions- und Pfarrer Emil Atzert, der neben seiner seelsorglichen und politischen Tätigkeit noch das Amt eines Unterverbandsdirektors der Raiffeisenvereine für den Landkreis Gersfeld bekleidete.

Organisatorische Bemühungen verschiedener Geistlicher standen auch bei der Gründung des bedeutendsten wirtschaftspolitischen Interessenverbandes der katholischen Landwirte in Osthessen, des Bauernvereins, Pate. Die Organisation der katholischen Landwirte im Fuldaer Land wurde in starkem Maße von ultramontanen Geistlichen angeregt. Maßgeblich war zudem der Einfluß des Trierer Kaplans Friedrich Dasbach, der den Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld von 1893 bis 1898 im preußischen Abgeordnetenhaus vertrat. Dasbach war als Gründer der Paulinusdruckerei in Trier und besonders als Präsident des Trierischen Bauern- und Winzervereins hervorgetreten. Dasbach hatte zuvor eine tiefgreifende Popularisierung der Bauernvereinsbewegung im moselfränkischen Raum angestoßen. Dieser Funke zündete auch im Rhöner Gebiet.²³⁸ Ab 1883 traten verschiedene Pfarrer als Propagandisten der katholischen Bauernvereinsbewegung auf und riefen verschiedene Ortsvereine ins Leben.²³⁹ Anfangs lokale Organisationsformen wurden 1891 durch eine »Centralstelle«, die für den gesamten Regierungsbezirk Kassel zuständig war, überwölbt.

Die Rhöner katholischen Bauernvereine gerieten auf Dauer jedoch weniger in das Fahrwasser der Populisten, sie verblieben mehr noch unter der Kontrolle von Honoratioren und westfälischem Einfluß.²⁴⁰ Auch publizistisch verblieb die Bauernvereinsbewegung Teil des binnenkatholischen Kommunikationsraumes. Das Vereinsorgan, der »Rathgeber für Landwirt-

schaft, Gartenbau und Hauswesen«, erschien als Beilage zur Kirchenzeitung »Bonifatiusbote«.²⁴¹

Die Bauernvereine dienten wie die Organisationen der katholischen Arbeiter und Mittelständler zugleich zwei Zwecken. Die Bauernvereine verstanden sich als Mittel zur Selbsthilfe und waren zugleich Teil des katholischen Vereinswesens. Wo sie im Landkreis Fulda vertreten waren, organisierten sie – etwa 1892 – durchschnittlich 45% der männlichen erwachsenen Bevölkerung. In den umgebenden Landkreisen Gersfeld und Hünfeld lag die Organisationsquote mit 54% noch höher.²⁴² Die katholischen Bauernvereine wuchsen sehr schnell. Schon 1893 zählten sie 2.018 Mitglieder gegenüber 1.061 zwei Jahre zuvor.

Die Statuten der Centralstelle in Fulda sahen Selbsthilfemaßnahmen vor wie den Sammelankauf von Krafftutter und Düngemitteln sowie Saatgut. Im Kampf gegen zu niedrige Erzeugerpreise wollten sie die Interessen der Bauernvereine gegenüber den Zwischenhändlern wahrnehmen und ihren Mitgliedern Rechtsbeistand gewähren. Dieses Angebot war zweifellos für viele Landwirte attraktiv. Die Bauernvereinsbewegung hatte durch die regelmäßige Durchführung von Bauerntagen populistische Züge angenommen, wie sie die katholische Bauernvereinsbewegung auch andernorts aufwies.²⁴³ Sie blieb aber unter der Kuratel der Ortsgeistlichen. Neben den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen auf dem Land knüpfte sie an die hohe Kirchlichkeit der katholischen Bauern an.²⁴⁴

In der organisierten Hierarchisierung lag auch die Ursache für den Niedergang der Bauernvereinsbewegung nach 1890. Der Ausbau der landwirtschaftlichen Organisationen betraf seit der Caprivi-Ära hauptsächlich die Raiffeisengenossenschaften und die Darlehenskassen, die von den Bauernvereinen eingerichtet worden waren.²⁴⁵ Die gestiegene Bedeutung des Kreditgewerbes bewirkte eine Verschiebung der Organisationszentren, da der Sitz der Zentralstelle der Darlehenskassen beim Sitz der Raiffeisen-Bezirksstelle in Kassel und nicht bei der Centralstelle der örtlichen Bauernvereinen in Fulda angesiedelt wurde. Die Bezirkshauptstadt Kassel spielte aus Gründen des Finanzmarktes lange Zeit eine wichtigere Rolle für die Selbsthilfe und Organisation der kurhessischen Landwirtschaft als die lokalen Unterzentren. »Damit war der Zentralstelle der Bauernvereine in Fulda der »nervus rerum« genommen, diese schloß ein und mit ihr auch das Leben in den einzelnen Bauernvereinen.«²⁴⁶

Nach 1918 erreichte die Organisations- und Vergewerkschaftungswelle sehr bald auch den ländlichen Raum. Waren bis 1918 in Osthessen Selbständige und Unselbständige noch einheitlich organisiert, so verlangten die Landarbeiter nun ihre eigene gewerkschaftliche Vertretung. Anfangs hatten die selbständigen katholischen Landwirte und Gutsbesitzer noch versucht, eine gemeinsame Organisation mit den unselbständigen Landarbei-

tern aufrecht zu erhalten. Doch wurde diese Absicht bald abgelehnt. »Auch der landwirtschaftliche Arbeitnehmer hat gelernt und will seine Interessen durch eine gewerkschaftliche Arbeiterorganisation vertreten haben, in der er ohne Einfluß des Arbeitgebers mitreden kann.«²⁴⁷ Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der unselbständigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer stieß beim Deutschen Bauernverein auf wenig Gegenliebe. Sein Geschäftsführer Crone-Münzebrock beschied eine Anfrage, ob man die Gewerkschaften der Landarbeiter anerkennen solle, mit einem entschiedenen »unter keinen Umständen«.²⁴⁸ Auf Druck ihrer Mitglieder organisierten die Christlichen Gewerkschaften die Landarbeiter daraufhin auf gewerkschaftlicher Grundlage im »Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands«. Von einer Interessenkoalition zwischen selbständigen Landwirten und unselbständigen Landarbeitern war daraufhin auch im katholischen Raum keine Rede mehr. Die funktionale Ausdifferenzierung des landwirtschaftlichen Verbandswesens setzte sich in sozialer Hinsicht fort.

Die Mobilisierungsversuche des Nachfolgers des konservativen »Bundes der Landwirte«, des »Deutschen Landbundes«, forderten die sozialorganisatorische Energie des Katholizismus heraus. Zwar fanden die landwirtschaftlichen Ortsvereine der katholischen Gemeinden in den Kreisen Fulda und Gersfeld bald wieder zu einer gemeinsamen Dachorganisation zusammen, aber die konkrete interessenpolitische Abgrenzung gegenüber dem BdL-nahen kurhessischen Landbund setzte erst 1920 ein. Bis dahin waren alle Kräfte der Multifunktionäre mit der Organisation städtischer Schichten und der Arbeiter beschäftigt. Man berücksichtigte zwar landwirtschaftliche Kandidaten auf den Listen für die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung, dies erschien der katholischen Landwirtschaft jedoch bei weitem nicht genug.

Die zwischenzeitlich eingetretene organisatorische Orientierungslosigkeit unter den katholischen Landwirten führte zur Annäherung an die bereits fortgeschrittene Organisation des BdL-nahen Kurhessischen Landbundes. Noch im Dezember 1919 schloß sich der landwirtschaftliche Kreisverein Fulda der Arbeitsgemeinschaft des »Kurhessischen Landverbandes« im Regierungsbezirk Kassel an, dem außer dem Kurhessischen Landbund die Christlichen Bauernvereine, der demokratische Deutsche Bauernbund und die übrigen landwirtschaftlichen Organisationen und Körperschaften des Bezirkes angehörten.²⁴⁹ Die katholische Presse vermutete im Dezember 1919 sogar, »daß der Kreisbauernverein Fulda heute ein Glied der hessischen Bezirksbauernschaft ist und deren Anweisungen entgegennimmt«.²⁵⁰

In dem Entschluß der Hünfelder Landwirte, dem DLB beizutreten, schlug sich die konfessionelle Spaltung dieses Landkreises nieder. Der

Landbund knüpfte in seiner Agitation an die starke Minderheitenstellung der protestantischen Landwirte in verschiedenen katholischen Kreisen an und versuchte die katholischen Landwirte zu majorisieren.²⁵¹ Die christlichen Bauernvereine argumentierten mit Manipulationsvorwürfen. Die Landwirte im Hünfelder Land sollten sich nicht »von einer kleinen Clique irreleiten zu lassen«. Bezeichnenderweise gestand der »Bonifatiusbote« dem Landbund in anderen Gebieten den Alleinvertretungsanspruch zu: »In Pommern und Ostpreußen, meinetwegen auch in Niederhessen, mögen sie das tun, für das Fuldaer Land und für die Kreise Hünfeld und Gersfeld paßt eine derartige Organisation nicht.«²⁵² An diesen konkurrierenden Organisationsversuchen wird das Charakteristikum katholischen Vereinswesens deutlich: die Internalisierung sozialer Konflikte, wenn sie im katholischen Bevölkerungsteil auftraten, aber deren Externalisierung, sobald fremde konfessionelle Interessen im Spiel waren.

Die Gefahr des Abdriftens der katholischen Bauern in das rechtskonservative Lager versetzte katholische Presse und Vertreter des politischen Katholizismus in helle Aufregung. Erst ihr energisches Eingreifen und die Agitation der örtlichen Zentrums Politiker erreichten eine organisatorische Trennung vom Kurhessischen Landbund, in dem sich inzwischen DLB und BdL auf Bezirksebene zusammengeschlossen hatten. In den Jahren 1919 und 1920 waren die Versuche des Landbundes, in Osthessen Fuß zu fassen, ein Dauerthema der katholischen Presse. Diese wies immer wieder auf die Vergangenheit und die politische Linie des BdL hin: »Wiederaufrichtung der alten ostelbischen Junkerherrschaft, Zurückdrängung des Zentrums und des katholischen Volksteiles in die alte Helotenstellung«.²⁵³ Die katholische Presse Fuldas betonte dagegen in Versammlungsberichten und eigenen Stellungnahmen immer wieder die Notwendigkeit einer eigenen schlagkräftigen Organisation der katholischen Landwirte jenseits des BdL, des Reichslandbundes und seiner nachgeordneten Verbände. Dazu empfahl sie den Anschluß an die reichsweite Organisation der Christlichen Bauernvereine. »Nur die christlichen Bauernvereine vertreten in Wirklichkeit auch die bäuerliche Bevölkerung.«²⁵⁴

An die Spitze der neu entflammten Bauernvereinsbewegung der selbständigen Landwirte trat der Gutsbesitzer und Abgeordnete in der preußischen Landesversammlung Bispink. Er griff auf die 52 Ortsvereine und 2.500 Mitglieder des 1851 gegründeten »Landwirtschaftlichen Kreisvereins« Fulda zurück. Der neue Anlauf, die katholischen Landwirte in einem Verein zu organisieren, wurde erfolgversprechend in die Tat umgesetzt mit der Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsführung, die dem Funktionär des rheinischen Bauernvereins Graß übertragen wurde. Schon Mitte September 1920 schlossen sich die zusammengefaßten landwirtschaftlichen Ortsvereine der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine an. Vor-

sitzender des ›Kurahessischen Bauernvereins‹ – wie er jetzt in Anknüpfung an die 1890er Jahre wieder hieß – wurde der Gutsbesitzer Bispink. Der Kurhessische Bauernverein blieb eine schlagkräftige Organisation mit Geschäftsführung und eigenem Verbandsorgan, der ›Bauernstimme‹, die ab 1924 halbmonatlich erschien. Sein Vereinsgebiet erstreckte sich auf die katholischen Kreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld, die katholischen Gemeinden der benachbarten Kreise Schlüchtern und Gelnhausen und über das thüringische Amt Geisa.²⁵⁵ Tatsächlich erreichte er jedoch nur die katholischen Landwirte der Kreise Fulda und Gersfeld – ab 1926 auch diejenigen des Landkreises Hünfeld –, während sich selbst die evangelischen Landwirte im Landkreis Gersfeld von den christlichen Bauernvereinen und später von deren Zusammenschluß im Kurhessischen Bauernverein fernhielten. Unter Ihnen entfaltete der demokratische Deutsche Bauernbund eine rege Agitationstätigkeit, die nach anfänglichen Erfolgen jedoch nahezu ergebnislos blieb.²⁵⁶

Neben der schlagkräftigen Organisation der katholischen Landwirte in den christlichen Bauernvereinen verwies das Zentrum darauf, landwirtschaftliche Interessen auch im Parlament zu vertreten. Mit dem Raiffeisenfunktionär August Drinnenberg und seinem Nachfolger, dem Vorsitzenden des Kurhessischen Bauernvereins Gutsbesitzer Bispink, entsandte das Fuldaer Zentrum zwei agrarische Gewährsleute in Parlamente und Zentrums-gremien: den einen in den preußischen Landtag, den anderen in den Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei. Damit wurde zwar der Stadt-Land-Gegensatz innerhalb der Zentrumsreihen abgemildert, die schlagkräftige Interessenorganisation der ›Zentrumsbauern‹ hatte jedoch zur Folge, daß sich der Kontrast zwischen der Agrarbevölkerung und den städtischen und hier besonders den Arbeiterschichten parteipolitisch zuspitzte. Die Vertreter der freien Gewerkschaften in Fulda versäumten keine Gelegenheit, die Ernährungsnot in der Stadt dem mangelnden Willen zur Zusammenarbeit unter den Landwirten zuzuschreiben und machten hierfür wiederholt die Organisation der Zentrumsbauern verantwortlich. Für sie gab es »nichts unersättlicheres als die Zentrumsbauern«.²⁵⁷ Diese Vorwürfe wurden von Zentrumsseite als »Terrorismus der sozialdemokratischen Gruppe« zurückgewiesen. Besonders traf die Zentrumsparlamentarier der Vorwurf der Treulosigkeit, der von MSPD- und Gewerkschaftsseite erhoben worden war, hatte das Zentrum doch Preisherabsetzungen für Lebensmittel für seine städtische Klientel versprochen. An dieses Versprechen glaubte man sich indes nicht mehr gebunden, da die Preissenkung auch für die in der Landwirtschaft benötigten Produkte hätte gelten müssen, was nicht der Fall war.²⁵⁸

Das Zentrum hatte es über die parlamentarische Repräsentation der Landwirtschaft in seinen Fraktionen geschafft, den Stadt-Land-Gegensatz

aus seinen Reihen fernzuhalten. Im Ergebnis trug dieses Verhalten jedoch auf kommunaler Ebene zu einer Verhärtung der parteipolitischen Fronten besonders zwischen politischem Katholizismus und Sozialdemokratie bei.²⁵⁹

Parallel zum Ausbau der Zentrumsorganisation strengte der Bauernverein 1920 ebenfalls eine Mitgliederkampagne an. Nach einem Bericht des Fuldaer Kirchenblattes vom 14. November 1920 hatten sich ihm bereits 10.000 Mitglieder im gesamten Regierungsbezirk Kassel angeschlossen, nachdem es bei seiner Gründung wenige Monate zuvor noch 4.000 gewesen waren.²⁶⁰ 1924 richtete der Kurhessische Bauernverein eine Geschäftsstelle für die Landkreise Schlüchtern und Gelnhausen ein, die die dortigen Mitglieder betreute. Auch im katholischen Kerngebiet der Kreise Fulda und Gersfeld nahm die Mitgliederzahl 1924 um 320 zu. Für die katholischen Landwirte war dabei neben der wirtschaftspolitischen Artikulation ihrer Forderungen konkrete Unterstützungsleistungen ihres Verbandes attraktiv. Dieser hatte 1924 eine eigene Kurhessische Bauernbank gegründet, in deren Aufsichtsrat zu 60% Vertreter der Landwirtschaft saßen.²⁶¹ Die Entwicklung der Beitragsgelder läßt einen weiteren Mitgliederzuwachs des Kurhessischen Bauernvereins zwischen 1926 und 1928 erkennen.²⁶²

Öffentlichkeitswirksam trat der Bauernverein in den sogenannten Bauerntagen auf. Diese dienten der wirtschaftspolitischen Interessenartikulation und der Repräsentation einer katholischen Bauernkultur. Kennzeichen der Bauerntage blieben zwei Parolen: der nationale und der christliche Gedanke. Der Nationalismus in den eigenen Reihen erlaubte es dem Kurhessischen Bauernverein sich als Teil der allgemeinen landwirtschaftlichen Interessenbewegung zu sehen. Die Interessenvertretung der katholischen Landwirtschaft durch den Kurhessischen Bauernverein kulminierte in Kredit- und Unterstützungsforderungen, wie sie auch vom Reichslandbund vertreten wurden. Dessen radikale Kritik an Republik und Demokratie sowie religiös-konfessionelle Aspekte schlossen ein gemeinsames Vorgehen aus. So blieb letztlich beides – Vaterland und Religion – Gewähr für die Eigenständigkeit der christlichen Bauernvereine gegenüber der protestantischen Mehrheitsorganisation des Kurhessischen Landbundes.²⁶³

3.2.3. Katholische mittelständische Schichten

Der Interessenvertretung des katholischen Mittelstandes diente der Katholische Kaufmännische Verband (KKV), der 1877 mit zentralem Büro in Mainz gegründet wurde. Im gleichen Jahr entstand der Fuldaer Diözesanverband. Der KKV sollte sowohl den selbständigen Mittelstand als

auch die neu entstehenden unselbständigen Schichten der ›Privatbeamten‹ gleichberechtigt organisieren. Sein Ziel war die paritätische Vertretung beider Gruppen, weshalb die Leitung des Verbandsvorstandes einem Selbständigen und der Vorsitz im Verbandsausschuß einem Angestellten oblag.²⁶⁴

Die Gründung des Fuldaer KKV-Verbandes am 9. Januar 1877 fiel in die Kulturkampfzeit, weshalb er zu Anfang staatlichen Repressionen ausgesetzt war. Im Kampf des Fuldaer politischen Katholizismus gegen die bis dahin vorherrschenden Liberalen spielte gerade die katholische mittelständische Vereinigung des KKV eine bedeutende Rolle. Die eng mit der Zentrumspartei verbundenen Gründungsmitglieder Richard Schmitt und Robert Kircher mobilisierten etwa hundert Männer aus dem wirtschaftenden Fuldaer Bürgertum, die teilweise vorher den Nationalliberalen zugeneigt hatten. Der KKV übte nicht nur die Funktion der Binnenintegration aus, er diente gleichzeitig dazu, bisher eher randständige Schichten einzubinden. Hierzu diente auch der enorme politische Einfluß des KKV. Prominente Vereinsmitglieder nahmen von Beginn an führende Positionen in der Zentrumspartei ein.²⁶⁵

Die Satzungen des KKV vom 31. Juli 1877 enthielten zwei wesentliche Elemente: zum einen den Verzicht auf jede politische Betätigung, zum anderen das Eintreten für die »materiellen Interessen der einzelnen Mitglieder.«²⁶⁶ Programmatisch hatten die Forderungen des alten Mittelstandes im Mittelpunkt der Vereinsbestrebungen gestanden. Anlässlich des 35-jährigen Stiftungsfestes am 19. und 20. Oktober 1912 hatte der Vertreter des Reichs-KKV Tewes die soziale Frage im Mittelstand herausgestellt. »Schon anfangs der 80er Jahre hat der damals noch junge Verband darauf hingewiesen, ein wie wichtiges Glied im Gesellschaftsleben der Kaufmannsstand ist und wie es durchaus gerechtfertigt erscheint, die Bestrebungen der Selbsthilfe des Kaufmannsstandes durch eine entsprechende Staatshilfe zu unterstützen.«²⁶⁷ Diese Forderungen zum Schutz der selbständigen Gewerbetreibenden blieben Gemeingut des Fuldaer KKV. So setzte sich der KKV bereits 1908 für kürzere Ladenschlußzeiten ein,²⁶⁸ wandte sich gegen neue Warenhäuser²⁶⁹ sowie Kartelle²⁷⁰ und stellte immer wieder den »harten Kampf des in seiner Existenz bedrohten Mittelstandes« in den Mittelpunkt.

Den KKV kennzeichnete wie die katholischen Arbeiterorganisationen ein Doppelcharakter. Zum einen war er mittelständische Interessenorganisation und damit Teil des weitverzweigten Netzes handwerklicher und mittelständischer Verbände. Sein satzungsgemäßer Apolitizismus war den Gründungs Umständen 1877 geschuldet. Zum anderen war er maßgeblicher Teil des Vereinskatholizismus in Fulda, zumal den mittelständischen Schichten in Fulda mehr Bedeutung zukam als in den Industriezentren

Kassel und Hanau. Diese Verbindung von Interessenpolitik und katholischem Bekenntnis ging eine sinnenfällige Symbiose auf den Verbandskongressen des KKV in Fulda ein. Seine Festpredigt vor den Delegierten des 27. Deutschen Verbandskongresses gestaltete der Fuldaer Generalvikar Arenhold am 15. August 1904 zu einer Homilie über das Lukaswort »negotiamini dum venio – Machet Geschäfte, bis ich komme« (Lk 19,13).²⁷¹ Auch im Motto des KKV schlug sich der durchaus facettenreiche Charakter des Verbandes mit seiner Mischung aus Geschäft, Gewinn und Gebet nieder: »Ehrlich im Handel – christlich im Wandel.« Zu den satzungsmäßigen Aufgaben des KKV gehörten neben der Interessenartikulation im gesellschaftlichen Raum die Förderung der mittelständischen Berufsausbildung, Hilfskassen und Stellenvermittlung.

Der KKV unterlag zwar wie alle anderen Vereine dem Prinzip der geistlichen Führung, das Laienmoment überwog jedoch bei weitem. Die geistliche Leitung des Vereins nahmen bis 1917 verschiedene (Gymnasial-)Lehrer wahr, was den gutbürgerlichen Charakter des Vereins unterstrich. Danach waren es durchweg Stadtkapläne.²⁷² Dem war eine gewisse Entfremdung zwischen dem KKV und der Kirchenleitung in Fulda vorangegangen. Die »fragliche geistliche Behörde« wies anlässlich des Festkommerces und des Frühschoppens beim 35. Stiftungsfest im Jahre 1912 auf den Gegensatz zu den kirchlicherseits vertretenen Mäßigkeitsbestrebungen hin. Dieser Streit hatte den konkreten Anlaß, daß die Bekenntnistreue der KKV-Mitglieder nachgelassen hatte.²⁷³

Die Mitgliederentwicklung des KKV-Fulda verlief, nur durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen, ansteigend.²⁷⁴ Nach den Angaben in den Protokollbüchern der Generalversammlungen des KKV-Fulda-Stadt waren 1914 220 Fuldaer Mittelständler im Katholischen Kaufmännischen Verein organisiert. Die Zahl wurde erst wieder nach der Inflation des Jahres 1923 erreicht, die der Verein relativ gut überstand. Ihren Höhepunkt erreichte die Zahl der ordentlichen Mitglieder im Jahre 1929, als 401 Fuldaer Gewerbetreibende und Unternehmer im KKV mitarbeiteten. Das Ansteigen der gesamten Mitgliederzahl des KKV-Fulda auch über 1929 hinaus erklärt sich aus Sonderkonditionen für in Not geratene Mitglieder und dem enormen Mitgliederanstieg der Jugendabteilung, die ausgehend von 60 Lehrlingen im Jahre 1920 bis auf 148 (1931) anwuchs.²⁷⁵

Im Jahre 1909 wurde die Lehrlingsabteilung des KKV gegründet, deren Zweck die Heranbildung des Nachwuchses für den Stammverein war. Dabei traten zwei Motive in den Vordergrund: die religiös-sittliche Erziehung und die Ausbildung zum tüchtigen Kaufmann. Wie sehr die mittelständische Interessenvertretung in die katholische Lebenswelt eingebunden blieb, zeigten die Maßnahmen, mit denen man die Lehrlinge religiös-sittlich unterweisen wollte: durch religiöse Vorträge, den gemeinsamen

Empfang der Kommunion und persönlichen Einfluß auf die Jugendlichen. Die kaufmännische Förderung sollte durch die reichliche Verbandspresse und regelmäßige Vorträge erreicht werden.²⁷⁶ Nach anfänglicher Stagnation gelang es dem KKV in der Weimarer Republik, einen Jugendverband mit umfangreichem Programm aufzubauen.

Zwar versuchte der KKV auch die katholischen unselbständigen Angestellten zu erfassen. Dem stellten sich jedoch große Hindernisse in den Weg. Die verbandsinterne Integration gedieh zwar organisatorisch relativ weit, blieb aber immer vom älteren Honoratiorensystem umfängen, das die Interessen der Selbständigen in den Vordergrund rückte.²⁷⁷ Der KKV besaß keinen gewerkschaftlichen Charakter und sah sich nach 1918 mit der zunehmenden Tendenz zur Vergewerkschaftung der Angestellten konfrontiert. Diese Entwicklung zwang den KKV, vom Anspruch auf die gemeinsame Vertretung der katholischen selbständigen und unselbständigen Mittelschichten abzugehen und den Angestellten eine konfessionelle Alternative zum sozialistischen Afa-Bund zu bieten. Favorit des Reichs-KKV war hierbei der »Reichsverband deutscher Angestellter« als Teil der christlich-nationalen Gewerkschaften. Die vom KKV eingerichtete Kommission zur Klärung des Verhältnisses zwischen KKV und Reichsverband faßte im September 1919 eine Entschliebung, worin sie keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft erkannte, da beide durch eine gemeinsame Weltanschauung und religiöse Grundsätze miteinander verbunden seien. Der KKV griff die Tendenz der Angestellten, eine eigene Organisation zu erlangen, zwar auf. Er verlangte aber, daß die gewerkschaftliche Vertretung der Angestellten »nur auf der Grundlage der christlich-nationalen Angestelltenbewegung erfolgen« könne. Eine von verschiedenen Seiten empfohlene einheitliche und politisch neutrale Organisation aller Angestellten, seien sie bisher im DHV oder im Afa-Bund vertreten, erschien dem KKV als nicht durchführbar. »Alle Politik geht aber letzten Endes zurück auf Fragen der Weltanschauung«. Angesichts der »Politisierung der Angestelltenbewegung« forderte die katholische Mittelstandsbewegung, als deren führender Teil sich der KKV verstand, eine »absolute Klarheit ... und unbedingt notwendige Scheidung zwischen links und rechts, zwischen denen dann nur noch der Kampf der Grundsätze und Ideen steht«.²⁷⁸ Der KKV empfahl seinen Angestelltenmitgliedern »in Rücksicht auf die geänderten sozialen Verhältnisse« den Anschluß an den Reichsverband deutscher Angestellter.²⁷⁹ Ähnlich wie bei den katholischen Arbeitern war im Interesse des Milieuerhaltes die soziale Bruchlinie innerhalb des Sozialmilieus neutralisierbar, nicht aber die weltanschauliche.

Das Eintreten des KKV für eine gewerkschaftliche Vertretung der katholischen Angestellten auf antisozialistischer und christlich-nationaler Grund-

lage²⁸⁰ beförderte den Prozess der Herausbildung eines neuen, rein christlichen Gewerkschaftsbundes.²⁸¹ Nachdem der Reichsverband deutscher Angestellter (RdA) im Jahre 1920 eingegangen war, stellte sich die Gewerkschaftsfrage erneut. Der DHV nutzte diese Situation, um sich zu den »Ideen der christlichen Weltanschauung« zu bekennen und um die katholischen Angestellten zu werben. Den katholischen Angestellten im KKV wurde daraufhin der Anschluß an den DHV als ihre legitime Interessenvertretung auf christlicher Grundlage empfohlen.²⁸² Mit Unterstützung des KKV faßte der DHV aus einer gemeinsamen antisozialistischen Stoßrichtung heraus zusehends unter den Fuldaer Angestellten Fuß.²⁸³

Durch die nunmehr separate Organisation der unselbständigen Angestellten las sich das Mitgliederverzeichnis des KKV im 50. Jubiläumjahr 1927 wie das Branchenverzeichnis der Stadt Fulda. Unter den siebzehn Mitgliedern des Vereinsvorstandes waren zwei Bankdirektoren, ein Weingroßhändler, ein Buch- und Kunsthändler, ein Fabrikdirektor, ein Schreinerbesitzer, ein Dentist, ein Prokurist, ein Mechaniker und sechs Kaufleute.²⁸⁴ In Fulda konkurrierten fortan mehrere Organisationen um die Interessenvertretung der Angestellten: die im KKV verbliebenen Angestellten,²⁸⁵ der DHV, der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA), der Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter und der sozialistische Afa-Bund.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung 1922 waren ein Indiz für die Integrationskraft des KKV und der mit ihm verbundenen nichtsozialistischen Organisationen. Gemeinsam erreichten die nichtsozialistischen Verbände über zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Stärkster Einzelverband bei der Wahl der Fuldaer Angestelltenversicherungsvertreter war allerdings der sozialistische Afa-Bund mit knapp 30%.²⁸⁶ Das katholische Organisationsmonopol für die Angestellten in Fulda war damit hinfällig.

Mit der sozialen Verselbständigung der unselbständigen Angestellten ging zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Auslagerungsprozeß der Arbeitgeberinteressen in einem eigenen Verband einher. Beide sozialen Gruppen nahmen zusehends – die Arbeitgeber später als die Angestellten – eine eigene politische Entwicklung. Die Angestellten wurden von konfessionellen Verbänden und vom milieudesintegrierenden DHV umworben, die Arbeitgeber nahmen den direkten Weg ins konservative Lager. Bei seiner Gründung stand der Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung noch in direkter personeller Kontinuität zum KKV. Seine Gründer im Jahre 1905, Carl Rübsam und Richard Schmitt, waren in beiden Organisationen führend tätig. Im Verlaufe der Weimarer Republik trat der Chef der Fuldaer Emailierwerke Eddy Bellinger, der gleichzeitig ordentliches Mitglied im KKV war, an die Spitze des Arbeitgeberverbandes. Die anfangs noch enge Verbindung des KKV mit dem Arbeitgeberverband ließ damit spürbar

nach, zumal Bellinger und sein Kompagnion Neitzert der DNVP nahestanden, während die Familie Schmitt den KKV dominierte und im politischen Katholizismus fest verankert war. Bellinger provozierte sogar Auseinandersetzungen in der Fuldaer Gesellschaft, als er bei politischen Gedenktagen die schwarz-weiß-rote Fahne den Farben der Republik vorzog. Interessenpolitisch vertrat der Fuldaer Arbeitgeberverband einen abgemilderten Unternehmerstandpunkt, wie er sich z.B. bei den Stellungnahmen zum Bruch der Großen Koalition im März 1930 zeigte.²⁸⁷

3.2.4. Organisationskultur und katholisches Milieu

Die vielfältige katholische Organisationskultur diente vor dem Hintergrund eines sich ausweitenden internen Pluralismus der materiellen Interessen zugleich der Artikulation, Kommunikation und Integration.²⁸⁸ Die verschiedenen sozialen Gruppen im Katholizismus stellten ihre Forderungen innerhalb des Katholizismus dar, ohne daß ihre Forderungen externalisiert wurden. Gleichzeitig war dadurch die milieuinterne Kommunikation institutionell abgesichert, was einer integrierenden Wirkung gleichkam. Das katholische Sozialmilieu kann aus Gründen der organisationskulturellen Integration als organisationszentriertes Milieu verstanden werden. Diese Zentrierung auf Vereine und Verbände war nur möglich, weil die lebensweltliche Basis aller Organisierten hinreichend große Gemeinsamkeiten aufwies.²⁸⁹ Vereine beherrschten nicht nur das katholische Gruppengefühl, sie dienten auch der binnenkirchlichen Mobilisierung in einer Vielzahl von reinen Gebetsvereinen.²⁹⁰

Allen sozialen und wirtschaftlichen Organisationen des Milieukatholizismus war ein Doppelcharakter eigen. Sie waren zugleich wirtschaftsbeziehungsweise sozialpolitische Interessenorganisationen und Teil des katholischen Vereinswesens. Sie vertraten die materiellen Interessen ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit und waren dennoch eingebunden in den ideellen Primat des Katholizismus und die allem übergeordnete defensive Milieuerhaltungsstrategie. Der Organisationskultur kam neben ihren ausdifferenzierenden und interessenartikulierenden Funktionen noch die Aufgabe der Integration zu. Neben den Arbeiter- und Knappenvereinen, dem Kolpingverein, den Katholisch-Kaufmännischen Vereinen gehörten hierzu die katholischen Akademikerverbände, die Unternehmervverbände, die katholischen studentischen Korporationen mit ihren Altherrenzirkeln, Mütter- und Frauenvereine, Jungfrauen-Kongregationen, Jungmänner-Vereine sowie zahlreiche weitere Jugendorganisationen.²⁹¹ Sie leisteten religiöse, staatsbürgerliche und sozialpolitische Bildungsarbeit und verbanden meh-

rere milieurelevante Dimensionen miteinander. Als am besten durchorganisierte Institutionen im Vereinskatholizismus oblag ihnen die Ausbildung des Funktionärsnachwuchses, der später auf den verschiedenen verbandlichen, parteilichen und parlamentarischen Ebenen oftmals mehrere Mandate innehatte.

Im Fuldaer Raum wurde dieser Typus des Multifunktionärs, der den Milieuzusammenhalt personalisierte, durch verschiedene Geistliche verkörpert. Persönlichkeiten wie der Chefredakteur des ›Bonifatiusblattes‹, Vorsitzender der Zentrumspartei im Kreis Gersfeld, Raiffeisenfunktionär und Gesellenpräses Pfarrer Emil Atzert und der Zentrumsfraktionsvorsitzende im Fuldaer Stadtparlament, Schulpolitiker und Caritaspräsident Domkapitular Thielemann standen für den schichtenübergreifenden Milieuzusammenhang. Indem sie mehrere Funktionen in einer Person miteinander verbanden, entstanden weniger Reibungsverluste zwischen den Organisationen, die sie vertraten, und die Koordinierung wie auch der gezielte Mitteleinsatz wurden dadurch erleichtert.

Der nebenamtliche Charakter eines Verbandsfunktionärs ließ sich jedoch immer weniger mit den gestiegenen Anforderungen in Einklang bringen. Nach 1924 gewannen auch in Fulda die hauptamtlichen Funktionäre der berufsständischen Organisationen an Gewicht. So wurde die prägende politische Gestalt des Fuldaer Zentrums, der Reichstagsabgeordnete Richard Müller,²⁹² der als selbständiger Fabrikbesitzer noch keinem Verband zugerechnet wurde, nach seinem Rücktritt im Februar 1920 durch den hauptamtlichen Volksvereinssekretär Wilhelm Frank ersetzt. Nach einer Übergangsperiode wurde der Fuldaer Wahlkreis ab 1924 durch den Berliner Geschäftsführer der Christlichen Bauernvereine August Crone-Münzbrock vertreten. Auch der christliche Gewerkschaftssekretär Karl Schmitt, der für den Fuldaer Wahlkreis zwischen 1921 und 1928 im preußischen Landtag saß, und der Vorsitzende des Kurhessischen Bauernvereins und Mitglied im Landesausschuß der Preußischen Zentrumspartei Gutsbesitzer Bispink²⁹³ zählten in diese Kategorie der Berufsfunktionäre, deren politische Karriere eng mit den berufsständischen Organisationen verbunden war. Hatte bis zu Anfang der Weimarer Republik noch der nebenamtliche Multifunktionär vorgeherrscht, so traten zusehends hauptamtliche Interessenvertreter einer sozialen Gruppe in den Vordergrund. Die auch im Vereinskatholizismus zu beobachtende Tendenz zur Professionalisierung der Funktionäre stärkte den Organisationsapparat und stellte einen Widerhall der gesellschaftlichen Modernisierung dar, an der das katholische Vereinswesen nolens volens um seiner Effektivität und gesellschaftlichen Durchsetzungskraft willen teilhatte.

Neben der Integration sozialer und regionaler Bruchlinien stellte sich den Verantwortlichen in den Vereinen die Aufgabe, verschiedene Alter-

gruppen – hier v.a. die Jugend – und deren differenzierte Ansprüche in das Milieu einzubinden. Diesem Zweck dienten zum einen Jugendabteilungen verschiedener Verbände, wie etwa die Jugendabteilungen des KKV oder der Zentrumsparterie, die Windthorstbünde. Daneben aber existierten für diese Integrationsaufgabe traditionell die Vereine der sogenannten ›Lebensstände‹, unter ihnen die Jünglingsvereine.²⁹⁴ In seinen Anregungen zur Arbeit der Jungmänner- und Jünglingsvereine trat der Diözesanpräses in der Diözese Fulda, Domkapitular Leimbach, für ein verstärktes Bildungsangebot, Jugendsonntage und eine planmäßige Gestaltung der Vereinsversammlungen ein.²⁹⁵ Die Jugendvereine erhielten auf den Diözesankatholikentagen in Fulda eigene und neue Möglichkeiten der Selbstdarstellung wie auch Raum in der katholischen Presse.²⁹⁶ Im sogenannten ›Fuldaer Bekenntnis‹ faßten die Jugendvereine ihre christlich-nationale Gesinnung zusammen: »Wir katholischen Jungen und Jungmänner wollen katholisch sein bis ins Mark, darum sei unser ganzes Tagwerk katholische Tat. ... Wir wollen Männer werden, deutsch und frei, darum stehen wir opferbereit im Dienst von Heimat, Volk und Staat.«²⁹⁷

Die besondere Sorge des Diözesanpräses der Jugendvereine galt jedoch der Weiterleitung der 18jährigen in den Gesellenverein, die ihm nicht mehr in genügendem Umfange gewährleistet erschien. Seine organisatorischen Ratschläge, den Jünglingsverein in zwei Abteilungen der 14 bis 16- und der 16 bis 18jährigen zu teilen, vermochte das Problem des in die Krise geratenen katholischen Vereinscurriculums nur unzureichend zu lösen. Die Vereinsteilung wurde zwar in 48 Vereinen vorgenommen und im Hinblick auf den eigenen Nachwuchs wurden 28 Schülergruppen für Volksschüler im Anschluß an die Jugendvereine gegründet.²⁹⁸ Es blieb jedoch eine Verunsicherung im Jungmänner- und Jünglingsverein, der sich in der unübersichtlichen Vielfalt der katholischen Organisationen gegen Ende der Weimarer Republik durch Angriffe gegen die Gesellenvereine und Reibereien mit der DJK zu behaupten suchte.²⁹⁹ Das Mitgliederwachstum dieses Vereins wurde mit zunehmenden Reibungsverlusten und Profilierungssorgen im Vereinskatholizismus erkaufte.³⁰⁰

In den Jahren der sich ausbreitenden Massenkultur kam es für die kirchlichen Verantwortlichen darauf an, den Anschluß an die gestiegene Bedeutung der Freizeit und hier besonders des Sportes nicht zu verlieren.³⁰¹ Der neuen Herausforderung durch die auch die katholische Bevölkerung allmählich durchdringende Jugend- und Freizeitkultur versuchten die verantwortlichen Präses durch bewährte Mittel der Agitation und Organisation zu entsprechen. »Was die körperliche Ertüchtigung angeht, so wäre es verfehlt ... sich dagegen grundsätzlich ablehnend zu verhalten oder sich nur rein passiv auf die Seite zu stellen. Wir müssen vielmehr mittun, sonst geht es über uns hinweg.«³⁰² Das Bemühen, zeitgemäße

Mobilisierungsformen in der katholischen Jugend zu finden, konkurrierte immer noch mit der zumeist ablehnenden Haltung gegenüber einer neuen Körper- und Sportkultur.³⁰³ Auch im katholischen Raum brach sich die neue Körperkultur über die Jugendbewegung und ein zwar körperbetontes aber asketisches Keuschheitsideal Bahn. Aus inneren wie auch aus äußeren Zwängen heraus erklärte sich die Verbandsführung der Jungmänner- und Jünglingsvereine bereit, diese Strömungen aufzunehmen.

Die Jugend- und Jungmännervereine begegneten der gestiegenen Bedeutung des Sports und nicht zuletzt der rasch voranschreitenden nicht-konfessionellen Vereinsbewegung auf diesem Gebiet mit der Gründung einer eigenen Organisation, der ›Deutschen Jugendkraft‹ (DJK). Auf die von der Sportkultur ausgehenden Gefahren für die christliche Weltanschauung und das religiöse Leben wies das ›consilium a vigilantia‹ der Diözese München und Freising in einem Schreiben an das bischöfliche Generalvikariat Fulda vom 25. Mai 1929 hin. An Sonntagen trete dieser Gegensatz besonders deutlich hervor. »Man müsse nur an die gefüllten Sportarenen vom Sonntagnachmittag und auf die weniger gefüllten Kirchen am Sonntagvormittag hinweisen und dabei bloß hindeuten auf den Unterschied der Lebensalter und sozialen Schichten auf dem Sportplatz und beim Gottesdienst. ... Ganz anders als zu früheren Zeiten erfüllt, ja beherrscht der Sport das Denken der Massen. ... Er wird heute so etwas wie eine Weltanschauung.«³⁰⁴

Die eigentliche Gefahr des »Sport[es] als einer das gegenwärtigen Denken und Leben beherrschenden Massenerscheinung« glaubte das Consilium darin erkennen zu können, daß der Sport die Kultur des Körpers über die Kultur der Seele stelle. Der Sport erziehe zwar nicht unmittelbar zur Religions- und Kirchenfeindlichkeit, er befördere aber eine zunehmende Gleichgültigkeit. »Der Sport selbst tritt an die Stelle des Religiösen.« Hätte aus dieser Analyse eine verstärkte Propaganda des Religiösen folgen müssen, so ließ eine Übersicht der Sportorganisationen den eigentlichen Organisationszweck erkennen. Ihren hauptsächlichen Gegner sahen die katholischen Verbandsfunktionäre in der sozialistischen, aber auch in der bürgerlichen Sportbewegung. Bis ins Detail wies das Consilium a vigilantia den steigenden Einfluß der Arbeitersportkartelle auf die ländliche Jugend nach. Demgegenüber sei die Zahl der christlichen Sportvereine in der DJK bis 1929 zurückgegangen. Die DJK ging von 4.500 Vereinen und 711.877 Mitgliedern im Jahre 1926 auf 3.500 Vereine und 656.000 Mitglieder (-7,8%) im Jahre 1928 zurück. Die Konsequenz war: Wollte man das Vordringen der politischen Sportverbände in den katholischen Bereich – gerade unter der katholischen schulpflichtigen Jugend – nicht hinnehmen, so hatte der Vereinskatholizismus selbst sportlich tätig zu werden. Dem DJK fiel damit die Aufgabe zu, den Sport in den Ver-

einskatholizismus zu integrieren und gleichzeitig zu verhindern, daß die Flut nichtkonfessioneller Vereinsgründungen auf dem Land die Katholiken in ihrer Freizeit von ihren weltanschaulichen Vorgaben entfremdete.

Die Organisation der DJK in der Diözese Fulda wurde gegen Ende der Weimarer Republik forciert. Der Geschäftsbericht des Jahres 1931 verzeichnete an 139 Orten des Bistums 4.582 DJK-Mitglieder. Die Altersverteilung dieser katholischen Sport- und Freizeitorganisation hatte einen deutlichen Schwerpunkt bei den über 17-jährigen (62%).³⁰⁵ Organisatorisch waren Jugend-, Jungmännervereine und DJK eng miteinander verbunden. Von den 139 DJK-Vereinen des Jahres 1931 standen 78 im Anschluß an einen Jungmännerverein, und 33 blieben einem Gesellenverein zugeordnet.³⁰⁶

Die DJK verband die sportlichen Vereinsaktivitäten mit einem dezidiert christlichen Anspruch, um die aufkommende Sportkultur in ihre Weltanschauung zu integrieren. »Es muß unseren Leibesübungen treibenden Mitgliedern beigebracht werden, nicht Körperkultur allein führt zum Leben; hin zu Christus, religiös werden, in den hl. Idealen glühen und leben lernen, Tatkatholiken, das ist unser Höhenziel.«³⁰⁷ Diese enormen organisatorischen Anstrengungen, den Sport innerhalb der eigenen Reihen zu erfassen, hielten die massenkulturelle Entwicklung zu einer sozial und konfessionell übergreifenden Freizeitkultur nicht auf. In den nichtkatholischen Sportvereinen und hier besonders in den Arbeitersportvereinen sahen die Abteilungen der DJK ihren eigentlichen Gegner. Im Jahre 1931 standen den 139 DJK-Vereinen in den katholischen Gemeinden der Diözese Fulda ungefähr 805 nichtkonfessionelle Sportvereine gegenüber.

Am Beispiel der katholischen Sportorganisationen wurde deutlich, daß der gewissermaßen natürliche Zyklus der Vereinsmitgliedschaften für einen männlichen Katholiken durch die erhöhte und nur schwer religiös zu befrachtende Bedeutung des Sportes unterbrochen werden konnte. Eine gewisse Hypertrophie des Jugendvereinslebens, das vor allem die Freizeit der Jugendlichen zu erfassen suchte, wirkte sich kontraproduktiv zur Intention aus. Zwar versuchten die Vereinspräsidenten mit der Gründung von 104 parallelen Arbeitervereinen an Orten, wo es einen DJK-Verein gab, den jungen Katholiken fortlaufend im Verein zu erfassen. Bei jedoch etwa 2.500 Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine am Ende der Weimarer Republik blieb das Ergebnis relativ bescheiden, zumal die Sportvereine deutlich anwuchsen.

Ein verändertes Bild ergibt sich beim Blick auf die Entwicklung des »Volksvereins für das katholische Deutschland« der Diözese Fulda in der Weimarer Republik.³⁰⁸ Der Volksverein galt im Kaiserreich als das entscheidende Integrations- und Mobilisierungsinstrument des deutschen Katholizismus. Im Bistum Fulda war er bis 1914 besonders stark vertreten. Mit

5,5% aller Katholiken organisierte er im Jahre 1913 hier 2,1% mehr Katholiken als im Reichsdurchschnitt.³⁰⁹ Der Volksvereinsgedanke zielte auf die »Verteidigung der christlichen Gesellschaftsordnung [und die] Ertüchtigung des katholischen Volksteiles für seine öffentlichen Aufgaben«. Der Volksverein verstand sich als eine Dachorganisation und Koordinierungsstelle des Vereinskatholizismus.³¹⁰ Auf allen drei Gebieten der Vereinstätigkeit, der Apogetik, Sozialpolitik und der soziaethischen Schulung, hatte der Volksverein seit dem Krieg an Bedeutung verloren. Die integrale Organisation des katholischen Volksteiles war unter den Bedingungen einer pluralen Demokratie, die der Interessenartikulation von vorne herein bessere Voraussetzungen bot als das autoritäre politische System vor 1914, erheblich schwieriger geworden und letztlich ins Stocken geraten. Die Mitgliederzahlen des Volksvereins gingen drastisch zurück. In der Diözese Fulda zählte der Volksverein 1927 nur noch 72% des Mitgliederbestandes von 1913. Auch allerlei Vorschläge zur Um- oder Neuorganisation hatten daran nichts ändern können.³¹¹ Eine große Zahl von Ortsgruppen war ganz eingegangen. Auch in den ehemals mitgliederstarken städtischen Dechanten Fulda und Bad Orb litt der Volksverein unter einem starken Mitgliederrückgang.³¹² Richard Müller wies in einem Schreiben an die Verantwortlichen im Generalvikariat in Fulda auf das erfolgreiche Wirken des »evangelischen Volksvereins« hin und darauf, daß die »sozialdemokratische Partei jetzt in allen katholischen Gemeinden Ortsgruppen errichtet, um ihre Lehre zu verbreiten. Kräftige Förderung des Volksvereins wäre das beste Gegenmittel.«³¹³

Dem konfessionellen und antisozialistischen Organisationszweck dienten die berufsständischen Vereine besser als der Volksverein. In Fulda lösten die Arbeitervereine, die Gesellenvereine, die Christlichen Gewerkschaften, der Kurhessische Bauernverein u.a. den Volksverein in seiner Bedeutung ab, weil dieser auch vor 1914 nicht eigentlich seinem Ideal entsprechend schichtenübergreifend gewirkt hatte, sondern eine Organisation der katholischen Arbeiter und Handwerker gewesen war. »In Fulda hielten sich seit der Gründung des Volksvereins der Mittelstand und die besser situierten wirtschaftlichen Gruppen besonders vom Volksverein zurück.« In seinem Antwortschreiben an den ehemaligen Fabrikbesitzer Richard Müller betonte der Domkapitular Thielemann nicht ohne Schärfe besonders die Verantwortung mittelständischer und besser gestellter Gruppen für den Niedergang des Volksvereins. »Es wäre aber auch wünschenswert, daß Ihre Anregungen an die Kreise weitergegeben werden könnten, auf die Sie durch Ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung besonderen Einfluß zu haben in der Lage sind.«³¹⁴ Ihre eigenständige Organisation im Katholischen Kaufmännischen Verein bot ihnen unbeeinflusst von den Interessen anderer Volksteile genügend Möglichkeiten zur Artikulation.

Zudem erforderte im Zentrum der innerparteiliche Standesproporz die durchsetzungsfähige Organisation der einzelnen Schichten. Eine schichtenübergreifende Sammlung in einem vopolitischen Verband kam angesichts des Vordringens der wirtschaftliche Interessen immer weniger in Frage.

Die wenigen schichtenübergreifenden Vereine knüpften an den nationalen Gedanken an. Zum politiknahen Vereinswesen im katholischen Raum gehörten die Krieger- und Militärvereine, die eine Mischung aus stramm nationaler Gesinnung und Geselligkeit auszeichnete. Sie waren im gesamten Regierungsbezirk Kassel weit verbreitet, in protestantischen wie auch in katholischen Gegenden, in ländlichen sowie in städtischen Räumen. Während sie jedoch in Nord- und Oberhessen zur politischen Radikalisierung der Landbevölkerung maßgeblich beitrugen, erzielten die Kriegervereine in der offenen nationalen Flanke des ländlichen Katholizismus keine solche Wirkung. Entscheidend für das politische Verhalten der katholischen Landbevölkerung blieb vielmehr die Einbettung der Kriegervereine in eine vom Katholizismus dominierte Lebenswelt, die politische Fragen weitgehend an die Zentrumsparterie delegierte. Krieger- und Militärvereine trugen in den katholischen Landgemeinden weniger zur politischen Aushöhlung des Zentrums bei, als vielmehr zur vereinskatholischen Integration des nationalen Gedankens.³¹⁵

Besonderen Anklang fanden die Kriegervereine in den kleineren katholischen Landgemeinden mit überdurchschnittlicher landwirtschaftlicher Bevölkerung. Im Jahre 1929 war in den elf katholischen Gemeinden der Landkreise Fulda und Gersfeld mit über 42% Agrarbevölkerung, die einen Kriegerverein aufwiesen, etwa jeder fünfte Mann Mitglied (21,4%). Hier waren zudem bis auf eine Ausnahme alle Kriegervereinsvorsitzenden von Beruf Landwirt. Demgegenüber wiesen die sieben Kriegervereine in agrarisch unterdurchschnittlichen Gemeinden (weniger als 42% Agrarbevölkerung) nur 14,1% der männlichen Bevölkerung in ihren Reihen auf.³¹⁶ Die Vorsitzenden der Kriegervereine in den relativ industrialisierten Orten stammten nur zur Hälfte aus der Landwirtschaft. Die Mitgliederzahl der Kriegervereine war trotz deren starker Verbreitung in den kleineren ländlichen Gemeinden zwischen 1919 und 1929 von 1.047 auf 825 zurückgegangen. 29 Kriegervereinen im Jahre 1919 (Landkreis Fulda) standen nur noch 16 zehn Jahre später gegenüber.³¹⁷ Der Vereinscharakter der Kriegervereine war im Unterscheid zu den protestantischen nordhessischen Brudervereinen stärker gesellig ausgerichtet. In der Berichterstattung der katholischen Presse wurden politische Kundgebungen der Kriegervereine nicht vermerkt. Ihr öffentliches Auftreten konzentrierte sich auf die Reichsgründungsfeiern.

Die organisationskulturellen Integrationsbemühungen im katholischen

Sozialmilieu verzeichneten in der Weimarer Republik bedeutende Erfolge und stießen dennoch auf unüberwindbare Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Insbesondere die erfolgreiche Erfassung der kirchentreuen Katholiken in kirchlichen Vereinen wie dem ›Verein der heiligen Familie‹ wies auf ein in bekennnistreuen katholischen Kreisen weit verbreitetes Ressentiment gegenüber ihrer Umwelt hin, wie auch die Möglichkeiten kirchlicher Einflußnahme auf Vorstellungen der Erziehung und Sozialmoral von der Bekennnistreue ihrer Gläubigen abhingen.

Aber nicht nur im engeren kirchlichen Vereinswesen, in allen Sparten der katholischen Organisationskultur herrschte das Organisations- und Agitationsprinzip vor. »Heute, wo das ganze menschliche Leben unter dem Zeichen der Organisation steht« – so meinten Verbandspräsidenten und Vorstände – müsse gerade die katholische Kirche diese Parole aufgreifen und zu ihrem Nutzen wenden. Der kirchliche Rückgriff auf das Motiv der gesellschaftlichen Selbstorganisation in Vereinen und Verbänden sollte die Zeitgemäßheit des Vereinskatholizismus belegen. Tatsächlich jedoch waren nicht Partizipation und Mitbestimmung die leitenden Motive des kirchlichen Organisationsstrebens, sondern der gesteigerte Wille zur Führung bei den Verantwortlichen. Die daraus resultierende Einwegkommunikation wurde zwar immer wieder durchbrochen durch Rückkopplungen, so daß statt des traditionellen Honoratiorenwesens in den Vereinen zusehends das Schema von Aktion und Reaktion durchdrang. In der Veränderung der Binnenkommunikationsstrukturen waren indessen weniger – wie Thomas Nipperdey anführt³¹⁸ – emanzipatorische Tendenzen der Laien am Werk, ein Phänomen, das sich mehr dem katholischen Aufbruch seit den 1950er Jahren zuordnen läßt und das genausowenig wie die Volksparteistrukturen der SPD nach 1959 zurückprojiziert werden sollte. Auch im veränderten katholischen Vereinswesen stabilisierte sich im ganzen geistliche Herrschaft durch Verbreiterung ihrer sozialen Basis, nach Max Weber eines der wirksamsten Mittel zur Absicherung und Ausweitung geistlicher Herrschaft.³¹⁹ Der Vereinskatholizismus reagierte auf gesellschaftliche Herausforderungen mit dem Prinzip ›Organisation‹ und band neue Bedürfnisse – wie Freizeit und Sport – in neue Vereine und Verbände ein. Das dem Vereinswesen innewohnende Moment der Partizipation wurde im ganzen eher überwölbt vom Prinzip Organisation. Dem entsprach an der Basis der tief sitzende Affekt gegen die Kräfte des Individuums. »Heute, wo der Geist des Individualismus und Subjektivismus, der Geist des Kritizismus und der Neuerungssucht weite Kreise unserer Jugend zur Leugnung jeglicher Autorität und zur Ablehnung aller bestehenden Verhältnisse verleitet hat, wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn wir etwa aus taktischen Gründen diesem verderblichen Zeitgeist die Tore unserer katholischen Organisationen öffnen würden.«³²⁰

Der Vereinskatholizismus verkörperte als *mixtum compositum* zwei widersprüchliche Handlungsmotive: den Willen zur Organisation des katholischen Volksteiles, ohne dieses Prinzip für Ebenen innerhalb der katholischen Kirche zuzulassen, den Zwang zur Berücksichtigung aller Gruppen im Katholizismus und das Ziel einer »katholischen Einheitsfront in unserem öffentlichen Leben«. ³²¹ Auf diese gebrochene Rezeption des Prinzips der gesellschaftlichen Selbstorganisation kann die Ambivalenz des blühenden katholischen Vereinswesens am Ende der Weimarer Republik zurückgeführt werden. Zwar erlebten Vereine und Verbände teilweise einen starken Zulauf, Überorganisation und fehlende Kordination ließen jedoch die Motive ihrer Initiatoren zurücktreten, nämlich den Katholizismus einheitlich durchzuorganisieren, um schlagkräftig auftreten zu können. »So sehr wir die Bedeutung des katholischen Vereinswesens unterstreichen, so sehr ist heute bei dem fast krankhaft entwickelten Organisationsfieber vor einer hastenden Neuerungssucht und einer fast unerträglich werden- den Überorganisation zu warnen.« ³²²

Mit der zunehmenden Organisationsvielfalt im Katholizismus trat unter den Prämissen des einheitlichen Auftretens der Zwang zur außer- und überorganisatorischen Integration in den Vordergrund. Umgekehrt jedoch drohte sich der Pluralismus der Interessen in divergierenden politischen Zielvorstellungen und teilweise sogar in abweichenden sozialmoralischen Vorstellungen etwa im Eigentumsverständnis niederzuschlagen.

3.3. Der Weimarer Katholizismus in Gesellschaft und Politik

Die beachtliche Mobilisierungsfähigkeit der Zentrumspartei im osthessischen Katholizismus beruhte auf seinem Charakter eines politischen Sozialmilieus in enger Anbindung an eine breite Substruktur aus Vereinen und Verbänden. Mit der tatsächlichen politischen Verantwortung des Zentrums als regierender Partei im Reich, Preußen und den katholischen Kommunen wurde der politische Katholizismus an der Vertretung gegenläufiger materieller Interessen im schichtenheterogenen katholischen Sozialmilieu gemessen. ³²³ Mit der Durchsetzung seines politischen Mitgestaltungsanspruches in der Weimarer Republik wurde für das Zentrum die enge Verbindung zur katholischen Subkultur problematisch.

In der Weimarer Republik meldeten sich die schichtenspezifischen Interessen in der katholischen Teilgesellschaft mehr als zuvor zu Wort. Ihre verbesserten gesellschaftlichen Artikulationsmöglichkeiten gingen einher mit dem politischen Anspruch auf angemessene Repräsentation. Die

Durchsetzung sozialer Interessen im Katholizismus engte den Handlungsspielraum des an die Macht gekommenen politischen Katholizismus ein. Sein politischer Gestaltungsspielraum bewegte sich im Kräftefeld schichtenheterogener Ansprüche.

Damit war auch im katholischen Sozialmilieu die Frage der alleinigen politischen Repräsentation durch die einzige Partei des Katholizismus aufgeworfen. Auf Reichsebene entschuldigte die Zentrumspartei politische Kompromisse mit den Erfordernissen einer Koalitionspolitik und anderen Sachzwängen. In den katholischen Kommunen fiel dem Zentrum aber die alleinige politische Regelungskompetenz zu. Im osthessischen Katholizismus errangen seit 1924 eigenständige politische Gruppierungen außerhalb des Zentrums deutliche Erfolge. Zumindest auf kommunaler Ebene verlor die Zentrumspartei ihren Charakter einer alleinigen Vertreterin und einzigen authentischen Interpretin des Katholizismus.

Das katholische Sozialmilieu war im Unterschied zu den anderen sozialmoralischen Gruppen der Liberalen und der Konservativen eine organisationszentrierte Teilkultur. Sowohl die Integration in das politische Sozialmilieu als auch die Gesamtintegration in die katholische Teilgesellschaft funktionierte über eine vielfältige Organisationskultur. Nachdem die katholischen Vereine und Verbände – besonders der Volksverein – lange Zeit als die Basis der Zentrumspartei galten, drang das Organisationsprinzip in der Weimarer Republik in die Partei selbst ein. Beiräte für die sozialen Schichten und Ständekandidaturen standen für die allmähliche Verdoppelung der berufständischen Organisationen in Gesellschaft und Politik. Dergestalt von den einzelnen Interessen in der katholischen Gesellschaft geprägt, geriet das Zentrum zusehends in die Gefahr der Immobilität, aus der es erst die neue Kulturkampfsituation ab 1930 befreite.

Die Organisationseliten im politischen Sozialmilieu wie auch der Vereinskultur stammten zumeist aus den Städten, während der stärkste und verlässlichste Wählerückhalt des katholischen politischen Sozialmilieus auf dem Land lag. Der Schwerpunkt der Vereine und Verbände war in ihrer Entstehung in der Stadt zu finden, von wo aus sie sich allmählich auf das Land ausbreiteten. Das katholische Milieu blieb ein städtisch zentriertes Milieu mit nachhaltiger Wirkung auf die ländliche Gesellschaft. Die für das katholische Sozialmilieu konstitutive Überbrückung des Stadt-Land-Gegensatzes knüpfte an lebensweltliche Kontinuitätslinien, wie die ausgeprägte kirchliche Bindung an.

Das katholische Sozialmilieu war sowohl in seinen Funktionsebenen als auch in seinem politischen Habitus ein männlich zentriertes Milieu. Fast sämtliche wichtigen Stellen in der Partei und dem Vereinswesen – in der katholischen Kirche sowieso – waren von Männern besetzt. In der männlichen Dominanz unterschied sich die katholische Teilkultur kaum von den

anderen sozialmoralischen Gesinnungsgruppen. Dennoch war sie im Katholizismus durch kirchliche Deute- und Unterordnungsmuster wie auch das patriarchalische Familienideal besonders stark ausgeprägt. Ihren stärksten Wählerückhalt fand die Zentrumsparterie dagegen bei den Frauen.³²⁴

Alle drei Diskrepanzen im katholischen Sozialmilieu beleuchteten seine labilen Voraussetzungen, die andauernd gefährdet waren und in ständiger Arbeit symbolisch erneuert wurden. Der Milieukatholizismus basierte auf einer hohen kirchlichen Bindung. Er benötigte seit der frühindustriellen Interessendifferenzierung dennoch eine breitgefächerte Organisationskultur zur Artikulation materieller Interessen. Das katholische Sozialmilieu war zwar organisationszentriert, wurzelte jedoch in einer vororganisatorischen Lebenswelt. Die katholische Organisationskultur und das daran anknüpfende politische Sozialmilieu waren städtisch zentriert, den bedeutendsten Wählerückhalt besaß das Zentrum jedoch in der ländlichen katholischen Gesellschaft. Als männlich zentriertes Milieu in Kultur und Politik war der Katholizismus politisch dennoch mehr als die anderen Parteien durch das neue Frauenwahlrecht begünstigt. Dieses Ungleichgewicht wurde über kirchlich Einstellungen zu Familie und Berufsleben in der Sozialisation verstetigt.

Die starke kirchliche Kontinuitätslinie zwischen den schichtenheterogenen Gruppen wurde im Zeitalter der Fundamentalpolitisierung ergänzt durch Artikulationsmöglichkeiten und politische Repräsentation. Diese eher zentrifugalen Momente im katholischen Milieu wurden lange Zeit durch das Multifunktionärswesen und die Monopolstellung der katholischen Presse in ihrer Wirkung begrenzt. Die Zentrumsprälaten, die gleichzeitig die Interessen verschiedener sozialer Gruppen vertraten und in politischer Funktion tätig waren, wurden überfordert durch den zu Beginn der Weimarer Republik einsetzenden Professionalisierungsschub in Partei und subkulturellen Organisationen. Fortan fiel den hauptamtlichen Sekretären der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft die Mobilisierung ihrer Teilgruppe im Katholizismus und zugleich die maßgebliche politische Repräsentation zu, ein neuartiger Vorgang, denn zuvor waren beide Funktionen getrennt gewesen. Das Monopol der katholischen Presse geriet ebenfalls durch die sich ausbreitende Massenkultur in Sport und Freizeit in Gefahr. Für die Selbstreproduktion des sozial heterogenen katholischen Sozialmilieus kam den Vermittlungsmustern im schichtenheterogenen Katholizismus eine entscheidende Bedeutung zu. Herkömmliche Integrationsmechanismen gerieten unter zunehmenden Druck und wurden durch neue ersetzt. An die Stelle des Multifunktionärswesens trat die direkte Repräsentation materieller Interessen in der Zentrumsparterie durch die neu eingerichteten Beiräte und den sich verstärkenden Einfluß der berufständischen Organisationen, denen in den Parlamenten die Vertretung katholi-

scher Politik im Laufe der Weimarer Republik übertragen wurde. Der politische Katholizismus versuchte im Laufe der Weimarer Republik durch mehrere sozialmoralische Überblendungsversuche der Interessengegensätze unter den verschiedenen katholischen Schichten Herr zu werden. Zu Beginn der Weimarer Republik herrschten soziale Harmonieparolen vor, während gleichzeitig alle Mitgestaltungsansprüche durch Listenplätze berücksichtigt wurden. Das Dilemma der Standesinteressen führte angesichts der plebiszitären Ja/Nein-Alternative in Volksentscheid zur Fürstenentzweiung 1926 zu einer massiven Verweigerung der osthessischen katholischen Wahlbürgerschaft. Die zweiwertige politische Logik des Volksentscheides lief dem Profilierungsinteresse des politischen Katholizismus zuwider, der sich am besten vor dem Hintergrund einer konkurrierenden Vielzahl von Parteien und Weltanschauungen behaupten konnte. Dies verweist auf den Umstand, daß die verschiedenen politischen Sozialmilieus im wesentlichen gleichzeitig entstanden und ihre Existenz gleichsam eine gegenseitige Existenzgarantie darstellte.

Die an den Volksentscheid anschließende religiös-kulturelle Erneuerungspareole brachte angesichts fortgesetzter sozialer Gegensätze und des Mißlingens der Reichsschulgesetzinitiative keine Befriedung. Die Reichstagswahlen 1928 – in der Stadt Fulda erst die Septemberwahlen 1930 – stellten den Tiefpunkt der Zentrumsmobilisierung dar. Erst die erneuten weltanschaulichen Frontstellungen gegen Hakenkreuz und Sowjetstern begünstigten wieder einen Anstieg der Zentrumstreue in der katholischen Wählerschaft.

Nach anfänglichem Zögern erwies sich das katholische Milieu in der Lage, flexibel auf die massenkulturelle Herausforderung zu reagieren. Da die Massenkultur Konsummöglichkeit und Freizeit voraussetzte, blieb sie vornehmlich eine städtische Erscheinung. Die traditionellen Jahreszyklen und Lebensrhythmen der ländlichen katholischen Bevölkerung blieben hiervon weitgehend unbeeinflusst. Im Laufe der Weimarer Republik stellte sich ein Gleichgewicht ein zwischen den gestiegenen Unterhaltungs- sowie Freizeitbedürfnissen und dem Selbsterhaltungswillen in der katholischen Teilkultur. Dazu diente die kommunale Aufsicht über alle Freizeitaktivitäten, die Anpassung des Vereinswesens und der bewußte Einsatz von Bild und Ton zur Wählermobilisierung. Das Informations- und Freizeitmonopol der katholischen Presse und der Vereine wurde der Massenkultur zeitgemäß adaptiert (Unterhaltungsbeilagen etc.). Aus dem gleichen Zwang heraus entstanden Sport- und andere Vereine, die ihre Aktivität in der gestiegenen Freizeit ihrer Mitglieder entfalteten. Das katholische Sozialmilieu war nach anfänglicher strikter Ablehnung und unter weiterbestehenden Reserven gegen die Massen- und Körperkultur gezwungen, die eigene Teilkultur um diese Komponenten zu erweitern.

Die zentrale Bedeutung der katholischen Lebenswelt für den Erhalt des Sozialmilieus schlug sich in hohen Osterkommunionsteilnahmen in Stadt und Land nieder. Die Teilnahme an der Osterkommunion war in allen sozialen Gruppen signifikant hoch und stieg zum Ende der Weimarer Republik sogar noch. Auch die zunehmende Konzentration auf weltanschauliche Positionen im politischen Katholizismus begünstigte eine Rekonfessionalisierung des katholischen Milieus am Ende der Weimarer Republik.

Die verschiedenen sozialen Gruppen im Katholizismus wurden durch eine allen im wesentlichen gemeinsame Lebenswelt integriert. Zwar traten die materiellen Interessen immer offener zutage, die Forderungen der einzelnen sozialen Gruppen waren jedoch politische, richteten sich an die Zentrumspartei und wurden dort abgearbeitet, ohne nachhaltige Rückwirkungen auf das Organisationsmilieu. Das politische Sozialmilieu zahlte gleichsam den Preis für die gestiegene Komplexität und diente damit gleichsam als Schutzschild für die katholische Substruktur. Die These von der fortschreitenden Erosion des katholischen Sozialmilieus trifft nur auf die politische Vertretung des Katholizismus zu. Die katholische Organisationskultur verzeichnete Mitgliederzuwächse zu einem Zeitpunkt, als das Zentrum Stimmeneinbußen hinnahm. Die Entwicklung des katholischen Sozialmilieus in der Weimarer Republik war ambivalent. Während es als politischer Faktor eher an Gewicht verlor, stabilisierte sich das »dichte Netz« des Vereinskatholizismus. Es ist daher zu kurz gegriffen, aus der Erosion der Zentrumspartei auf eine Erosion des katholischen Sozialmilieus zu schließen.

Die unterschiedlichen materiellen Interessen im katholischen Sozialmilieu reichten für sich nicht hin, eigene Submilieus auszubilden, die dann politisch miteinander im politischen Sozialmilieu koalitierten. Diese quasi doppelte Milieubildung würde eine eigene Sozialmoral der katholischen Bauern, der katholischen Arbeiter etc. voraussetzen. Hierfür fanden sich indessen keinerlei Anhaltspunkte. Das organisationskulturelle Kriterium begründet noch keine hinreichende Verdichtung an spezifischen Werthaltungen und Verhaltensorientierungen. Die für die Konsistenz des Sozialmilieus ausschlaggebenden ideellen Interessen durchdrangen vielmehr alle soziale Gruppen, wiewohl sie mit unterschiedlichen Akzenten auftraten.³²⁵ Diese unterschiedlichen Gewichtungen der vergleichsweise allgemeinen Sozialmoral bestimmten das Verhältnis der sozialen Gruppen zueinander und nicht eine Koalition von bereits konstituierten Submilieus. Bezeichnenderweise geriet das katholische politische Sozialmilieu nicht am Anfang der Weimarer Republik, als die katholische Arbeiterbewegung einen großen Aufschwung nahm und agrarische Interessen um ihre gleichberechtigte Vertretung kämpften, in seine größte Krise, sondern 1926, als in der Frage

der Fürstenvermögen entgegengesetzte politische Konsequenzen aus dem katholischen Eigentumsverständnis, einem zentralen Bestandteil der Sozialmoral, die Einheitlichkeit des politischen Katholizismus zu sprengen drohten. Ähnlich der Volksparteithese in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unterschätzt ein in erster Linie an materiellen Interessen orientierter Milieubegriff die soziale Reichweite sozialmoralischer Dispositionen und unterstellt bereits für Weimar Momente der Konkurrenzdemokratie mit formal geregelter Interessenausgleich, wie sie erst für das westdeutsche politische System nach 1945 kennzeichnend waren.

Die hohe Bindungskraft des Katholizismus barg indessen ihrerseits milieugefährdende Potentiale in sich, begünstigte seine hohe organisatorische Energie doch allenthalben Formen der ausdifferenzierenden Selbstorganisation, sofern sie sich nur als katholisch verstanden.³²⁶ Die zeitgenössischen Stichworte »krankhafte Organisierung«, »Vereins- und Organisationsfimmel« sowie »Vereinskatholiken« deuteten auf eine verbreitete Tendenz zur Überorganisation hin. Dem trat eine Klerikalisierung in den Vereinsspitzen sowie die Tendenz zur Zusammenfassung der Vereine entgegen. Klerikern wurde aus ihrer dezidiert kirchlichen, ja teilweise antibürgerlichen Stellung heraus weniger der Vorwurf der Parteinahme für bestimmte Interessen gemacht. Die konzentrierende Gegenbewegung im Vereinskatholizismus trat auf verschiedenen Ebenen in Erscheinung: auf lokaler Ebene sollte der Pfarrgemeinde bzw. dem Ortsgeistlichen eine stärkere Bedeutung zukommen. Auf Diözesanebene und darüber gewannen die berufsständische Ordnung oder die Katholische Aktion als vereinsordnende und -einbindende Konzepte größere Bedeutung. Diese Momente der Konzentration bildeten den Gegenpol zum ausufernden Selbstorganisation im Katholizismus.

Auch innerkirchlich wurden immer mehr Konzepte laut, die neue einheitsstiftende Momente betonten. Die liturgische Erneuerung, Quickborn und Teile der Theologie kamen in dem Bemühen zusammen, dem diffusen Erscheinungsbild des Vereinskatholizismus ein neues Selbstverständnis entgegenzusetzen, das die Einheit betonte. Der innerkirchliche Neuaufbruch rief sich an der im Prinzip Organisation erstarrten Sozialform Katholizismus. Besonders die Pfarrgemeinde und die Eucharistie waren bevorzugte Kandidaten der kirchlichen Neuaufbrüche. In ihrer Konsequenz lief diese Entwicklung dem bestehenden Vereinswesen zuwider: »Je mehr die Feier der Eucharistie als das einheitsstiftende Band der Kirche in den Blick trat, umso stärker mußte die von sozialen, weltlichen Gegebenheiten bestimmte Differenzierung der Gläubigen, die dadurch ausgelöste Gruppenbildung und das religiöse Eigenleben dieser Verbände als störendes Element in der Einheit der Kirche erscheinen, die nach einer um sich greifenden Meinung in der Pfarrei, der »Pfarrgemeinde«, für die Gläubigen Kirche zum

4.1. Das liberale politische Sozialmilieu bis zum Beginn der Weimarer Republik

In den 1880er Jahren erfaßte eine Welle des Antisemitismus die ober- und nordhessischen Kreise.² Die Marburger Landgemeinden stimmten zwischen 1887 und 1912 bei den Reichstagswahlen mit absoluten Mehrheiten für den Antisemiten Otto Böckel und seine Nachfolger. In der Stadt Marburg behaupteten sich die Antisemiten jedoch nur bis 1893. Ihren konservativen Widersachern gelang es zwischen 1893 und 1898, verloren gegangenes politisches Terrain wiederzugewinnen. 1903 schließlich gewann Hellmut von Gerlach für die Nationalsozialen des Friedrich Naumann im oberhessischen Wahlkreis deren reichsweit einziges Reichstagsmandat. 1907 und 1912 behielt er als Vormann der Marburger Linksliberalen im ersten und zweiten Wahlgang in der Stadt die Oberhand, zuerst für die Freisinnige Vereinigung, dann für die Demokratische Vereinigung. Gleichwohl ging das Mandat wieder an antisemitische Kandidaten, die durch die erdrückende Mehrheit der ländlichen Wählerschaft die Oberhand behielten.³

Vergleicht man die liberalen Stimmanteile bei den Reichstagswahlen nach 1890, der zentralen Wegmarke der liberalen Parteientwicklung im Kaiserreich im Anschluß an Parteispaltung und Normalisierung, dann schnitten die Liberalen in Marburg besonders gut ab.⁴ Ihre Stimmzahl vervierfachte sich, während die Zahl der Wahlberechtigten nur um die Hälfte (56,6%), die der Stadtbevölkerung und der abgegebenen Stimmen um jeweils ungefähr zwei Drittel (69,5% beziehungsweise 69,4%) zunahm. Wie im katholischen politischen Sozialmilieu profitierten die Liberalen in der Stadt Marburg – nicht auf dem Land – vom Übergang in das Zeitalter des ›politischen Massenmarktes‹.

Die politischen Wahlen zwischen 1890 und 1912 deuteten in Marburg auf eine sich verschärfende Polarisierung hin. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums setzten sich die Antisemiten als politische Protestpartei durch, während die linksliberalen Professorenpolitiker für das aufstrebende, der Zukunft zugewandte Marburg standen. Zwischen beiden Gruppen wurden die Konservativen zerrieben. Ihr Sieg bei den Reichstagswahlen 1898 in Marburg blieb Episode. Nach der Niederlage 1903 gegen die Nationalsozialen – reichsweit betrachtet durchaus eine Ausnahme – traten sie nicht mehr mit einem eigenen Kandidaten an. 1907 und 1912 kamen nurmehr Linksliberale und Antisemiten in die Stichwahl. Der in der Stadt Marburg und in den ländlichen Gebieten des Wahlkreises 5 krass abweichende Wahlausgang transponierte den Gegensatz zwischen Stadt und Land vollends ins Politische. Es standen sich indessen keine homoge-

nen politischen Blöcke in Stadt und Land gegenüber, sondern interne Differenzierungen und Umschichtungen beherrschten das Bild. Das städtische Elektorat wies nichts weniger als eine homogene Struktur auf. An die Stelle früherer konservativer Politik traten jetzt die populistischen Antisemiten. Wer in der Stadt konservativ wählen wollte und den ländlichen populistischen Positionen Böckels und seiner Nachfolger nichts abgewann, wählte nationalliberal oder freikonservativ. Prominentester Vertreter der freikonservativen Richtung in Marburg war der Universitätsprofessor Victor Bredt. Neben der bürgerlichen Linken etablierte sich die Sozialdemokratie, die freilich in Marburg weniger die Züge einer proletarischen Protestpartei annahm, sondern feste Wurzeln in der gewerkschaftlich organisierten gelernten Arbeiterschaft, aber auch in ländlichen Schichten hatte.⁵ Der einzige linksliberale Mandatsgewinn im Wahlkreis 5 gelang den Nationalsozialen 1903 bei den Reichstagswahlen. Aber gerade dieser Sieg wirft ein bezeichnendes Licht auf die Mehrheitsfähigkeit liberaler Politik im oberhessischen Raum. Hellmut von Gerlachs Wahlcoup gelang nur, weil er eine Koalition aus liberalen, sozialdemokratischen und katholischen Stimmen zusammengebracht hatte, die so brüchig war, daß sie bald nach der Wahl wieder zerfiel.⁶

Bis 1914 hatten sich in Marburg deutlich voneinander geschiedene politische Kulturen ausgebildet. Am deutlichsten war dies am Pressewesen zu erkennen. Die Demokratische Vereinigung mobilisierte bildungsbürgerliche und städtisch-mittelständische Schichten sowie liberal-theologische und vom Neukantianismus beeinflusste Kreise an der Universität.⁷ Ihr publizistisches Sprachrohr war die ›Hessische Landeszeitung‹, als deren Herausgeber 1901 der vormalige Sekretär der Nationalsozialen Vereinigung im Reich, Martin Wenck, fungierte. Das nationale Lager Marburgs versammelte sich hingegen in den Krieger- und Flottenvereinen⁸ und las die ›Oberhessische Zeitung‹. Diese starke organisatorische Dissoziation der politischen Teilkulturen in Marburg blieb in der Weimarer Republik erhalten. In der Tradition der ›Hessischen Landeszeitung‹ stand das ›Hessische Tagblatt‹, und die ›Oberhessische Zeitung‹ blieb nach 1918 das Organ der national denkenden konservativen Kreise.

Die Vorkriegskonstellation des gespaltenen Liberalismus überdauerte in der Stadt Marburg den Ersten Weltkrieg. Die bürgerlichen Demokraten fanden sich unter der informellen Führung der Professorenpolitiker Martin Rade, Walther Schücking und Rudolf Otto schon vor der Berliner Parteigründung in der DDP zusammen. Ihr Bestreben war es, den politischen Gegensatz zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei zu überwinden und eine »große Partei des nationalen und sozialen Bürgertums« zu gründen. Am 1. Dezember 1918 nutzten die linksliberalen Marburger Politiker die Gunst der Stunde. Die Generalversammlung des

nationalliberalen (sic!) Vereins beschloß auf Antrag des Vorstandes die Auflösung des Vereins. Dessen Mitglieder traten in ihrer überwiegenden Mehrzahl in die neugegründete DDP ein, die den Rest des Parteivermögens erhielt. Die neue Partei bekundete ihren Willen »nach restloser Einigung des gesamten Liberalismus und fruchtbarer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien«. ⁹ Politisch richtete die Marburger DDP-Führung ihr Augenmerk auf die zahlreichen Kleingewerbetreibenden und Kapitalbesitzer, denen sie Schutz vor Enteignung versprach. Zu den Unterzeichnern einer öffentlichen Erklärung der Demokraten vom 8. Januar 1919 zählten auffallend viele Lehrer, selbständige und unselbständige Mittelständler sowie Akademiker. ¹⁰ Die DDP bezeichnete sich »als eifrige Vorkämpferin unserer bürgerlichen Kultur, Schützerin der freien Unternehmung, des privaten Erwerbes, Besitzes und Erbes, durch die allein zugleich ein Wiederaufbau möglich ist«. Gleichzeitig hatte sie für alle sozialen Gruppen Versprechungen parat: Schutz und Förderung des Bauerntums, Wiederbelebung des Handwerks, Interessensicherung des Standes der Beamten und der Angestellten, Sicherung der Rechte des Arbeiters. Kurz: Die DDP wollte eintreten für »jede gerechte soziale Forderung«. Gegenüber dem revolutionären Enthusiasmus empfahl sich die DDP als die Partei der Bestandssicherung, gegenüber den Enteignungsbefürchtungen als die Partei der Eigentumsgarantie. ¹¹

Da die Demokraten diejenigen Nationalliberalen ablehnten, »deren Vergangenheit das ›liberal‹ des Parteinamens niemals gerechtfertigt hatte«, blieb ein großer Teil der nationalliberalen Klientel in der neuen Partei unberücksichtigt. »In die soziale und demokratische Gesinnung dieser rechtsnationalliberalen Herren, wir kennen deren auch genügend in Marburg, konnte man kein Vertrauen setzen und ihnen vor allen Dingen nicht die beanspruchten führenden Stellen einräumen, ohne sich von vorne herein selbst zu diskreditieren und den Parteistandpunkt zu verwässern.« ¹² Die Hoffnung auf einen einigen Liberalismus in der neuen Republik wurde bald enttäuscht. Es blieb genügend politischer Spielraum für eine rechtsliberale Partei. Am 18. Dezember 1918 wurde in Marburg eine Ortsgruppe der ›Deutschen (liberalen) Volkspartei‹ gegründet. In ihrem Gründungsauftrag sah sie ihren politischen Ort eindeutig rechts von der DDP. ¹³ Liberalismus war somit auch in Marburg nur im Plural zu haben. Bezeichnenderweise beanspruchte die DVP die Nachfolge der Nationalliberalen, obwohl sich deren Mitglieder nach Pressemitteilungen mehrheitlich der DDP angeschlossen hatten. ¹⁴

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung setzten sich die Linksliberalen noch einmal einigermaßen flächendeckend in sechs der acht Marburger Stimmbezirke als stärkste Partei durch, nirgends aber mit absoluter Mehrheit. Die Hochburgen der Liberalen und der Deutschnationalen unter-

schieden sich schon bei den ersten Wahlen der Weimarer Republik in ihrer sozialen Zusammensetzung. Die Partei Martin Rades fand in den städtischen eingessenen Schichten hohe Zustimmung, während die zugezogenen Akademiker in den besseren Vierteln der Südstadt vor allem deutsch-national wählten. Dennoch blieben die Linksliberalen deutlich hinter ihren Vorkriegsergebnissen zurück. Schon im Januar 1919 zeichnete sich ein Rechtsschwenk der Marburger Wähler ab. Die Weimarer Koalition hatte bei weitem nicht den Rückhalt in der Marburger Bevölkerung wie im Regierungsbezirk, der Provinz oder im Reich. In Marburg stimmten am 19. Januar 1919 etwa 60% für die Koalitionsparteien der Nationalversammlung MSPD, Zentrum und DDP, während diese Parteien im Reich etwa von drei Viertel der Wählerschaft getragen wurden. Schon bei den Januarwahlen 1919 kamen DNVP und die noch im Entstehen begriffene DVP zusammengenommen auf einen höheren Stimmanteil als die Demokraten. ¹⁵

Die Vorherrschaft der Liberalen überdauerte den Ersten Weltkrieg nur wenige Monate. Die nur lockere Bindung vieler Januarwähler an die DDP geriet bei der Kommunalwahl vom 2. März 1919 völlig ins Wanken. Die DDP hatte nach den anstrengenden Wahlkämpfen der Jahreswende 1918/19 für eine gemeinsame Liste mit den anderen Parteien plädiert. Diese Einheitsliste sollte nach den Stimmenverhältnissen der beiden vorangegangenen Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung zusammengesetzt sein. Diese Liste hätte den Demokraten die dominierende Stellung im Kommunalparlament gesichert. DNVP und DVP distanzieren sich sehr schnell von diesem Plan. ¹⁶ »Damit wäre ohne weiteres eine sozialdemokratisch-demokratische Mehrheit gesichert gewesen. Die anderen Parteien haben aber wohl deshalb und auch darum, weil so für die Zukunft eine von der großen Politik unabhängige Stadtverwaltung kaum noch möglich wäre, den demokratischen Vorschlag abgelehnt.« ¹⁷ Konservative und Volksparteiler stellten eine gemeinsame Liste auf, die vor allem selbständige Mittelständler, Kaufleute und Professoren umfaßte. Besonders stark waren unter den 36 Kandidaten von DNVP und DVP Handwerksmeister vertreten. ¹⁸ Diese Gruppe wurde noch heftiger von den Demokraten umworben, die dem selbständigen Mittelstand sogar über die Hälfte ihrer 29 Stadtverordnetenkandidaten reservierte. ¹⁹ Hier sahen die Demokraten ihre Klientel, die mit Listenplätzen versehen und bei der Stange gehalten werden sollte. Dies gelang den Demokraten nur eingeschränkt, die politische Mobilisierung der Angestellten schlug gänzlich fehl. Die ihnen politisch nahestehenden Beamten und Angestellten hatten auf einer eigenen Interessenvertretung bestanden, nachdem sie keine aussichtsreichen Listenplätze bei der DDP erhalten hatten, die an Handwerker und Akademiker gegangen waren. ²⁰

Die Marburger Gewerbetreibenden bewegte vor allem der Achtstundentag. Dieser sollte in Marburg schon vom 1. Dezember 1918 an gelten und nicht wie im Reich erst ab dem 1. Januar 1919. Die Gewerbetreibenden, Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker kritisierten die neue Arbeitszeitregelung, weil sie ihnen zu den bisherigen Opfern noch weitere Lasten aufbürden würde.²¹ Auch für die Angestellten standen die Änderungen im Wirtschaftsleben im Mittelpunkt. Der neugegründeten »Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Angestellter, Bürogehilfen, Bank- und technischer Beamter« Marburgs gehörten alle in Marburg vertretenen Angestelltenverbände und auch Nichtorganisierte an. In der Frage der Tarifpolitik zeigten sich die Angestellten wirtschaftsfriedlich. Sie lehnten es ab, »einseitige diktatorische Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen«. In gemeinschaftlicher Beratung wollten sie mit den Arbeitgeberverbänden nachdrücklich für die Interessen der Angestellten, Gehilfen und Beamten eintreten. In der Frage der Sozialisierung bestimmter Betriebe bezogen die Marburger Angestellten eine eindeutig ablehnende Haltung.²² Neben den Angestellten sprachen sich auch die Marburger Hausbesitzer für die Erhaltung des Privateigentums aus. Sie alle befürchteten von einer sozialistischen Regierung eine Gefährdung von Eigentum und Privatwirtschaft und appellierten an ihre Mitglieder, die bürgerlichen Parteien zu wählen.²³ Der politische Effekt der bald nach dem 9. November 1918 einsetzenden Organisationsbewegung im Mittelstand war eindeutig. Breite mittelständische Schichten, die für eine demokratische Umgestaltung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens hätten gewonnen werden müssen, wurden frühzeitig durch die rasch einsetzende Organisation ihrer materiellen Interessen vor übergreifenden Reformvorhaben abgeschirmt.

Die Niederlage der Linksliberalen bei den Kommunalwahlen 1919 kam einem Desaster gleich. Der Rückgang der Wahlbeteiligung beim dritten Urnengang in drei Monaten traf die DDP am stärksten. Sie verloren 50% ihrer Wähler vom Januar, was nur noch von den Sozialdemokraten mit einem 55-prozentigen Verlust übertroffen wurde. Die Liste der Rechtsparteien DNVP und DVP wurde mit großem Abstand stärkste Stadtverordnetenfraktion. Die DDP erreichte nur noch in zwei der acht Marburger Stimmbezirke die relative Mehrheit, die Rechtsparteien aber schon in fünf. Mit beigetragen zu dem guten Ergebnis der Rechtsparteien hatte der Umstand, daß »Studenten mit und ohne Couleur in großer Anzahl an der Wahlurne erschienen (waren), um ihre Stimme abzugeben«. Die liberale Presse Marburgs machte darauf aufmerksam, daß die »Nichteinheimischen, die vielleicht nur für wenige Monate hier sind, um dann ihren Wohnsitz mit einer anderen Universitätsstadt zu vertauschen«, beim politischen Umschwung zwischen Januar und März 1919 eine große Rolle gespielt hatten.²⁴

Der politische Niedergang des Linksliberalismus setzte sich bei den Wahlen 1920 beschleunigt fort. Im Juni 1920 erlitt die DDP in Marburg weitere dramatische Einbußen. Hatte im Januar 1919 noch etwa jeder dritte Wähler für die DDP gestimmt, so war es im Juni 1920 nur noch jeder siebte. Vorteile aus der Krise des Marburger Liberalismus zogen die beiden Rechtsparteien DNVP und DVP. Bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 erhielten beide jeweils mehr als doppelt so viele Stimmen wie die Demokraten. Zusammen erreichten sie im Wahlkreis Marburg bei den Juniwahlen 1920 eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Wählerstimmen. Der Durchbruch der Rechtsparteien DNVP und DVP geschah auf der ganzen Linie. In allen acht Marburger Stimmbezirken erhielten sie im Juni 1920 die Mehrheit, in dreien wurde die DVP stärkste Partei, in den übrigen fünf die DNVP. Der Erfolg der DNVP wurde bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 fortgesetzt. Sie errang in sechs der acht Stimmbezirke die Mehrheit, die DVP in den restlichen zweien. Im Unterschied zur DDP war die DNVP jedoch eine Partei der Stadt und des Landes. Die Wähler der DDP rekrutierten sich überwiegend aus den Städten. Zwei Drittel der DDP-Stimmen im Wahlkreis Hessen-Nassau kamen aus den Städten, nur ein Drittel vom Land.²⁵

Dennoch: Die Linksliberalen verfügten in Hessen-Nassau über ländliche Traditionen. Friedrich Naumann, durch seine Schwester Dora Rade, der Ehefrau Martin Rades, Marburg eng verbunden, hatte 1913 in einer Nachwahl das Waldecker Reichstagsmandat gewonnen, nachdem die Freisinnige Vereinigung mit Heinz Potthoff den Wahlkreis Waldeck-Pyrmont schon 1903 und 1907 erobert hatte. Waldeck gehörte zwar nicht zum preußischen Staatsgebiet und war damit nicht Bestandteil Hessen-Nassaus. Durch seinen Akzessionsvertrag von 1867 unterhielt es jedoch enge Verbindungen zur preußischen Provinz Hessen-Nassau.²⁶ Bis 1914 erzielten die Linksliberalen in diesem durch mittelständische und landwirtschaftliche Traditionen geprägten Kleinstaat deutliche Mehrheiten.²⁷ Dies änderte sich nach Krieg und Revolution, als das in seiner Selbständigkeit gefährdete Waldeck zur frühen Hochburg der Republikgegnere wurde.

In den Marburger Landgemeinden fanden die Demokraten nur zeitweise und partiell Rückhalt. Ihre politische Entwicklung wies auf dem Land noch schärfere Brüche als in der Stadt auf. 1919 wurden die Sozialdemokraten wie in vielen ländlichen Kreisen stärkste Partei vor den Demokraten und den Deutschnationalen. Die Demokraten erhielten zwar in den Landgemeinden vergleichsweise hohe Stimmzahlen. Bei den Januarwahlen 1919 zur Nationalversammlung kamen sie hier auf 30%. Sie wurden aber nicht stärkste Partei und dominierten in keiner Ortsgrößenklassen. In den Dörfern mit unter 500 Einwohnern lag schon im Januar 1919 die DNVP vorne, in den beiden Größenklassen bis und über 1.000 Einwohnern waren

die Mehrheitssozialdemokraten stärker als die DDP.²⁸ Ihre achtbaren Ergebnisse verdankte die DDP dem demokratischen Deutschen Bauernbund. Da die Parteiorganisation der DDP 1919 erst im Aufbau begriffen war, kam dieser Vorfeldorganisation eine wichtige Funktion für den Linksliberalismus auf dem Land zu.²⁹

Die Bauernbund-Funktionäre Trieschmann, Habicht und Nau warben in Versammlungen und in der demokratischen Presse um die ländliche Bevölkerung.³⁰ Noch in der Person des Vorsitzenden des demokratischen Deutschen Bauernbundes und Reichstagsabgeordneten Cornelius Carl Trieschmann spiegelte sich die Komplexität des ländlichen Liberalismus. Trieschmann war vor dem Krieg Mitglied des Bundes der Landwirte gewesen und hatte diese Organisation erst 1912 verlassen.³¹ Im Bauernbund bestanden erhebliche Meinungsdivergenzen zur politischen Vertretung. Während Trieschmann auf der DDP-Liste für den Reichstag kandidierte, ging der Bauernbund-Vorsitzende in Kurhessen, Landwirt Rudloff, auf Distanz zur liberalen Linken, »denn das Bündnis der Zentralleitung des Deutschen Bauernbundes in Berlin mit der DDP sei gegen den Willen und über den Kopf der kurhessischen Bauernbundmitglieder seinerzeit in Berlin erfolgt«. Die kurhessische Verbandsleitung favorisierte tatsächlich die industriennahe DVP als die Vertreterin landwirtschaftlicher Interessen.³² Nicht zuletzt aufgrund dieser verbandsinternen Differenzen wurde die Verbindung zwischen Linksliberalismus und ländlichen Interessenorganisationen immer lockerer.

Die DDP erreichte keine längerfristigen Einbrüche in das Wählerreservoir auf dem Land. Nach den anfänglichen Stimmengewinnen 1919 versank die DDP spätestens 1920 in den Landgemeinden wieder in die Bedeutungslosigkeit. Im Regierungsbezirk Kassel verzeichneten die Demokraten in der Stadt einen durchschnittlichen Stimmenrückgang um 60%, auf dem Land war er noch höher. Die DNVP-freundliche Bauernpresse kommentierte: »In zahlreichen Gemeinden, wo bei der vorjährigen Wahl noch Hunderte von demokratischen Stimmen abgegeben wurden, sind diesmal nur 5–10 Stimmen abgegeben worden. Vermutlich hat auf den Dörfern nur der Herr Lehrer mit seinen Familienangehörigen demokratisch gewählt, und alle Bauern haben geschlossen gegen die Demokraten gestimmt.«³³ Der Niedergang der DDP auf dem Land kam der DVP zugute, die ihren Stimmanteil 1920 gegenüber 1919 versechsfachte. Ihre Wähler wanderten jedoch schon bei den preußischen Landtagswahlen 1921 zur DNVP weiter.

Dem städtischen Bürgertum empfahl sich die DDP als Rückversicherungsgarantie gegen Sozialisierungsbestrebungen und gesellschaftliche Reformvorhaben, nachdem wichtige liberale Persönlichkeiten wie Walter Troeltsch vom Beginn der Novemberrevolution an im AuSR mitgearbeitet

hatten.³⁴ Die Marburger Liberalen waren maßgeblich durch das akademische Leben an der Universität geprägt. Ihre Repräsentanten Rudolf Otto, Martin Rade, Walther Schücking und Walter Troeltsch waren Universitätsprofessoren und beteiligten sich an den politischen Debatten in der DDP. Ihre akademische Lebenswelt wirkte sich auf ihr Verständnis von Politik aus. Hegelsches Staatsverständnis und Neukantianismus führten sie zu einem Verständnis des Staates als oberste und objektive Verkörperung der Sittlichkeit. Politik wurde von ihnen als ein objektives Geschäft aufgefaßt, das dem Streit der Interessen entzogene Inhalte verhandelte. Für dieses Objektivitätsideal war jeder Parteienstreit verderblich.³⁵

Das damit eng verbundene Demokratieverständnis stellte Ideale und Werte und nicht den verfahrensmäßig geregelten Ausgleich von Interessen in den Mittelpunkt. Der Universitätsprofessor und Theologe Rudolf Otto, ein führendes Mitglied der Marburger DDP, verstand unter Demokratie »eine eigentümliche, große neue Kulturbewegung, getragen von neuen großen kulturellen Idealen« und trat für einen »Demokratismus, das heißt, ... eine eigentümliche Betrachtung, eine Art Glaube, eine Art Bekenntnis« ein.³⁶ Neben der Theologie wirkte der ethisch inspirierte Marburger Neukantianismus auf die liberalen Vorstellungen von der Welt der Politik ein: »Politik ist ein sittlich Geschäft. In ihm vereinigt sich das ganze System des Volkslebens, es entfaltet seine Wahrheiten durch das Volk und es lebt in der Wirklichkeit zum Wohle der Staatsbürger, auf daß sie selbst verstehen lernen, daß sie der Staat sind, in dem sie sich selbst zu regieren, selbst zu verwalten und selbst zu verantworten haben.«³⁷

Politik – so wie sie Martin Rade, Rudolf Otto und andere führende Demokraten verstanden – hatte der Weltanschauung zu dienen. »Politik bedeutet die Gestaltung des öffentlichen Lebens, nach Maßgabe der Weltanschauung.« Maßgebend für die Politik war nicht ein Parteiprogramm, »sondern der Geist und die Weltanschauung, aus dem es entstand.«³⁸ Martin Rade brachte diese Einstellung in der Diskussion um das Parteiprogramm der DDP zum Ausdruck. Dieses Programm könne – so Rade – nur der »sieghafte Ausdruck einer Weltanschauung« sein. Der Wille zur großen politischen Synthese im Gegensatz zu den vielen politischen Ansichten der Parteien, kam bei Rade im Gedanken der »Volksgemeinschaft« und der »Gesamt-Weltanschauung, die wir brauchen«, zum Ausdruck.³⁹

Im Kaiserreich war diese geforderte übergreifende Objektivität noch wohlfeil gewesen, da den Parteien kein entscheidender Einfluß an der Gestaltung der Politik zukam. Die Rahmendaten des politischen Systems schienen unverrückbar und objektiv vorgegeben. War jedoch diese Objektivität nicht mehr durch einen lediglich teildemokratisierten Staat von außen garantiert, meldeten sich zwangsläufig mehrere unterschiedliche, gleichermaßen objektive Interessen von innen zu Wort. Dieses Demokra-

tie- und Politikverständnis ließ erkennen, wie fremd den Marburger Demokraten im Grunde die Artikulation des politischen Willens über politische Parteien war.

Im lokalen Rahmen der Marburger Politik trat dieser Zusammenhang bei den Kommunalwahlen 1919 deutlich zutage. Bei den Januarwahlen hatten sie sich noch der Unterstützung der einheimischen Beamten und Angestelltenschichten sicher sein können. Dieser politische Solidarpakt mit dem Ziel der Bestandssicherung zerbrach jedoch im Vorfeld der Kommunalwahlen 1919. Beamte und Angestellte kündigten eine eigene Liste an, die mit den Demokraten konkurrierte. Die Demokraten bedauerten bezeichnenderweise diese »Politisierung der Gemeindewahlen«. ⁴⁰ Die Politik der Sonderinteressen sollte in ihren Augen durch eine Politik der großen Gesichtspunkte ersetzt werden. Auch hierin blieben die liberalen Milieustrukturen dem schichtenheterogenen katholischen Sozialmilieu verwandt.

In ihrem Kommunalprogramm befürworteten die Marburger Demokraten die Einheitsschule und traten für eine Fortsetzung der öffentlichen Wohnungswirtschaft ein. Mit beiden Punkten, die sehr wohl im Interesse eines gesellschaftlichen Interessenausgleichs gelegen wären, stießen die Marburger Liberalen bei ihren Wählern auf Ablehnung. Marburg war zu stark von Hausbesitzerinteressen und der nachwirkenden protestantischen Tradition geprägt, als daß die Demokraten für ihre Forderungen eine Mehrheit hätten finden können. ⁴¹

Das Dilemma der Marburger Demokraten war ein doppeltes. Zum einen setzte ihr zwar demokratisches aber tendenziell unparlamentarisches Politikverständnis eine Stabilisierung von außen voraus. Nur so wurde die erstrebte Objektivität in der Politik gegenüber Einzelinteressen erreicht. Diese äußere Absicherung fiel jedoch spätestens im November 1918 weg. Zum anderen waren die sehr wohl berechtigten übergeordneten Gesichtspunkte – wie die Einheitsschule und der staatliche Einfluß bei der Wohnungsbewirtschaftung – zwar entscheidend für die Grundlegung einer demokratischen politischen Kultur. Gerade als diese Gesichtspunkte jedoch mit der Errichtung einer auf gesellschaftlichen Ausgleich angewiesenen parlamentarischen Republik notwendig auf der Tagesordnung standen, konnten sie gegen die nun offen zutage tretenden Interessen nicht mehr durchgesetzt werden. Fortan konnte in der politischen Kultur Marburgs nichts weniger als objektiv gelten als eben dieser Anspruch auf Objektivität. ⁴²

Die DDP vermochte ihren Niedergang auch nicht durch verstärkte nationale Integrationsversuche aufzuhalten. Für die nationale Parole stand in der kurhessischen DDP ihr Vorsitzender Friedrich. Er war im Kasseler Stadtparlament frühzeitig gegen eine Koalition mit der MSPD eingetreten. Seine Stellungnahmen zu den Vorgängen 1918/19 verrieten seine innere

Ablehnung der Revolutionsereignisse. Am rechten Rand der kurhessischen DDP war ebenfalls ihr prominentester Vertreter, der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau und frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen Rudolf Schwander, angesiedelt. ⁴³ Die Diskussionen und Resolutionen der DDP-Bezirksparteitage 1921 und 1922 beschäftigten sich mit der Reparationsfrage und nahmen einen entschieden nationalen Standpunkt ein. ⁴⁴

Mit der Ernennung des Demokraten Ferdinand Friedensburg zum Kasseler Regierungspräsidenten erfuhr die politische Arbeit der Bezirks-DDP neuen Aufschwung, der freilich aus Berlin importiert wurde und letztlich exogen blieb. Friedensburgs kämpferische Haltung für die Republik rückte ihn an den linken Rand der Partei. Gleich nach seiner Ernennung bezeichnete er es als ein Ziel seiner Tätigkeit, die Bevölkerung zur Staatsbejahung zu erziehen. Seine republikanischen Überzeugungen machten ihn zur bevorzugten Zielscheibe deutschnationaler Angriffe. Der Kasseler DNVP-Landtagsabgeordnete Lothar Steuer interpellierte wegen Friedensburgs demokratischen Überzeugungen sogar im Preußischen Landtag. ⁴⁵

Der DDP-Vorsitzende Friedrich trat gegenüber dem Regierungspräsidenten nun mehr in den Hintergrund. In zahlreichen Veranstaltungen, Kommissionsgründungen und Artikeln umwarben die Demokraten verstärkt, was von der politischen Mitte übrig geblieben war. Friedensburgs Engagement für die Republik lag auf der Linie des sozialdemokratischen Innenministers Carl Severing. Der Kasseler Regierungspräsident nutzte für seine Öffentlichkeitsarbeit als erster Kasseler Behördenchef das neue Medium des Rundfunks. ⁴⁶ Friedensburg unterstützte nach dem politischen Scheitern der DDP deren Zusammenschluß mit dem in Kassel von Arthur Mahraun gegründeten Jungdeutschen Orden. ⁴⁷ Nachdem auch diese Maßnahme keine Erfolge brachte, war Friedensburg 1931/32 an den Bemühungen maßgeblich beteiligt, eine demokratische Mittelpartei zu etablieren. ⁴⁸

Der Linkliberalismus blieb nach den Reichstagswahlen 1920 im Regierungsbezirk Kassel eine Partei der großen Einzelpersonlichkeiten. Sein überproportionaler politischer Einfluß kam personalpolitisch im Kasseler Bezirk besonders deutlich zu Ausdruck. Hessen-Kassel hatte in der Weimarer Republik zuerst einen DDP-Oberpräsidenten (Rudolf Schwander) und dann ab 1927 einen DDP-Regierungspräsidenten (Ferdinand Friedensburg). Daneben zählten Persönlichkeiten wie die Landtagsabgeordneten Heinrich Theodor Kimpel, Wilhelm Kniest und Martin Rade zur ersten Garnitur in der DDP. Die Partei hatte indes im Kasseler Bezirk nur sehr kurze Zeit einen nennenswerten Wählerrückhalt finden und nie ein politisches Sozialmilieu ausbilden können.

Der Niedergang des politischen Liberalismus stellt eines der am meisten bearbeiteten Charakteristika des ausgehenden 19. und beginnenden 20.

Jahrhundert dar.⁴⁹ Diese vorgelegten Analysen lassen im ganzen erkennen, daß es dem politischen Liberalismus und hier besonders dem Linksliberalismus an einer subkulturellen Verankerung fehlte, wie sie dem Katholizismus und der Arbeiterbewegung eigen waren. Die Geschichte des liberalen Milieus war eine Geschichte des Zerfalls und Scheiterns. Die Marburger Szene bildete hiervon keine Ausnahme. Die rasante Entwicklung Marburgs im ausgehenden 19. Jahrhundert kam dem vergleichsweise offenen Liberalismus einerseits entgegen, da sich hier diesseits der marxistischen Arbeiterbewegung bürgerliche Reformwünsche artikulieren ließen. Ihre disparaten politischen Einstellungen banden keine Klientel dauerhaft an sich. Diese mangelnde Konkretion liberaler Kultur im Vereins- und Verbandswesen barg als »subkulturelle Unbehautheit« den Keim des Niederganges der liberalen Parteien in sich.⁵⁰ Die vielfältigen Prozesse der politischen Erosion des demokratischen Liberalismus können skizzenhaft anhand seiner Klientel in Lehrer- und Beamenschaft sowie dem Handwerk angedeutet werden.

Die DDP fiel zwar als politische Kraft im Bezirk aus, der Einfluß der Bezirksliberalen innerhalb ihrer Parteiorganisation war aber dennoch hoch. Sie verfügte über eine erstaunliche publizistische Unterstützung in den großen Städten. In Marburg und in Kassel stand ihr jeweils eine der großen Tageszeitungen (Hessische Landeszeitung/Hessisches Tageblatt beziehungsweise Kasseler Tageblatt) politisch nahe. Außerdem wurde in Kassel die demokratische Zeitschrift ›Der Aufbau‹ herausgegeben.⁵¹ Ihr politischer Einfluß war eher umgekehrt proportional zu ihren Wahlerfolgen. Dies zeigte auch die Personalpolitik. Nach dem ersten Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, dem Demokraten Rudolf Schwander, stellten die Liberalen von 1927 bis 1933 mit dem vormaligen Berliner Vizepolizeipräsidenten Ferdinand Friedensburg den Kasseler Regierungspräsidenten.⁵² Als dessen Hausorgan galt das ›Kasseler Tageblatt‹, die große liberale Tageszeitung der Provinzhauptstadt.

4.2. Die Erosion der liberalen Subkultur

Die Auszehrung des Liberalismus blieb im Unterschied zum Katholizismus nicht auf den Bereich der politischen Vertretung beschränkt. Auch seine ehemals nie flächendeckende organisierte Substruktur wandte sich von liberalen politischen Vorstellungen zusehends ab.⁵³ Unter den liberalen Assoziationsformen nahmen die Lehrer- und Beamtenverbände eine herausgehobene Stellung ein. So vertrat der Vorsitzende des Bezirkslehrervereins für den Regierungsbezirk Kassel, Lehrer Heinrich Theodor Kimpel, die

kurhessische DDP zwischen 1919 und 1924 im preußischen Landtag. In der regionalen DDP-Spitze saßen auffallend viele Lehrer: Von 18 Vorstandsmitgliedern waren 1928 acht Pädagogen.⁵⁴ Das zweite Standbein der DDP bildeten lange Zeit die Handwerker: Der Kasseler Handwerksvertreter Wilhelm Kniest saß für die DDP bis 1924 im Reichstag und von 1924 bis 1932 im preußischen Landtag.

Angesichts der breiten parteiinternen Repräsentation mittelständischer und akademischer Schichten erhält die Abwendung gerade dieser Kreise vom politischen Liberalismus ein besonderes Gewicht. Die Ursachen liegen sowohl in der Verbandsgeschichte als auch in der sozialen Lage ihrer Mitglieder.⁵⁵ Welche Motive lagen ihrer Abkehr von der liberalen Kultur und der Hinwendung zu konservativen Einstellungen zugrunde? Wie kam es in der bürgerlichen Vereinskultur zur schiefen Ebene, deren schließlicher Tiefpunkt erst in der Annäherung an die Nationalsozialisten erreicht wurde?

4.2.1. Der Hessische Volksschullehrerverein

Zu den wenigen bürgerlichen Berufsgruppen, die die Revolution begrüßten, zählten die Lehrer und hier vor allem die Volksschullehrer, die schon vor 1914 wie viele untere und mittlere Beamten dem Linksliberalismus nahe gestanden hatten. Volksschullehrer und Liberale verband ein Dauerthema der Kulturpolitik: die Schulpolitik und die Auseinandersetzung um den kirchlichen Einfluß und die geistliche Schulaufsicht. Der Einfluß liberaler Positionen auf den kurhessischen Volksschullehrerverein war daher stark. Die Gründergestalt des Hessischen Volksschullehrervereins Christian Liebermann kandidierte bei den Reichstagswahlen 1881 für die liberale Fortschrittspartei im Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen.⁵⁶ Neben seiner kommunalpolitischen Arbeit für die Liberalen im Kasseler Stadtparlament war er seit 1880 Vorsitzender des Preußischen Landeslehrervereins. Liebermann, die Vaterfigur der nordhessischen Dorfschullehrer, wurde das Opfer häufiger konservativer Maßregelungen. Die Kasseler Regierung reagierte auf Liebermanns Reichstagskandidatur mit dem Abbruch der Beziehungen zum Volksschullehrerverein und entsandte keinen Vertreter zu dessen Jahresversammlung.

Ähnlich erging es seinem Nachfolger Heinrich Theodor Kimpel, der seit der Jahrhundertwende die Geschicke des Hessischen Volksschullehrervereins maßgeblich bestimmte.⁵⁷ Kimpel engagierte sich gemeinsam mit den Sozialdemokraten in der Debatte um das neue Schulgesetz während der Jahre 1905/06. Als schulpolitischer Exponent seiner Organisation übernahm er 1906 die Schriftleitung der ›Hessischen Schulzeitung‹ und trat 1907 im Reichstagswahlkreis 4 (Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen)

für die Freisinnige Volkspartei an.⁵⁸ Seine Kasseler Vorgesetzten ergriffen daraufhin rechtliche Schritte gegen Kimpel. Die Schulbehörde untersagte ihm das Nebenamt eines Schriftleiters. Wegen seiner schulpolitischen Ansichten wurde gegen Kimpel ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Im Verständnis der Kasseler Regierung brachte es die amtliche Stellung der Lehrer mit sich, auch nur den leisesten Anschein zu vermeiden, »als hielten sie ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für zulässig oder empfehlenswert.«⁵⁹ Der politische Gegensatz zur konservativen Kasseler Bürokratie ließ die Unterschiede zur Sozialdemokratie zurücktreten. Dies lag auch an der ökonomischen Situation der Volksschullehrer, die wesentlich schlechter ausgebildet und bezahlt wurden als ihre Kollegen vom Gymnasium. Zu den Volksschullehrervereinen gehörten Selbsthilfeorganisationen wie die Unterstützungsvereine, die den Volksschullehrern im Krankheitsfall finanziell halfen.

Der Statusunterschied und die Staatsnähe unterschied den universitär ausgebildeten Gymnasiallehrer vom Dorfschullehrer, sofern diese Differenzen nicht durch die konfessionelle Trennlinie überblendet wurden. Die Gymnasiallehrer hatten ihren eigenen Verband, den Reichsverband höherer Beamter. Während die Volksschullehrer überwiegend im linken Spektrum des Liberalismus zu finden waren, tendierten die Lehrer an höheren Schulen eher zu konservativen Parteien, in der Weimarer Republik oftmals zu DVP oder DNVP.⁶⁰

Lehrer Kimpel, der 1919 als Schulrat Mitglied der Kasseler Regierung wurde, begrüßte unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution die Republik und kündigte die positive Mitarbeit der Volksschullehrer an. Schon am 9. November 1918 trat er für die Politisierung der Lehrer ein. »Die Lehrerschaft wird es in der neuen Zeit an der rechten Festigkeit zur Mitregierung nicht ermangeln lassen. Ihre so lange künstlich gehemmten Kräfte werden sich im Volksstaat machtvoll entfalten.«⁶¹

Die erzwungene apolitische Vorkriegshaltung der Lehrer verschwand – für kurze Zeit. Maßgeblichen Anteil am politischen Enthusiasmus der Lehrer hatte ihre Befreiung von der »geistlichen Bevormundung«. Sie begrüßten eine der am meisten umstrittenen politischen Initiativen der Revolution, die Trennung von Staat und Kirche und die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht. Ihrer Abneigung gegen die ultramontane Bevormundung der Lehrerschaft gaben sie deutlichen Ausdruck: »Die wenigen Maßnahmen, welche das gegenwärtige Volksbildungsministerium zur Befreiung der Lehrer aus geistlicher Bevormundung ergriff, haben die Ultramontanen schon so in Harnisch gebracht, daß die rheinischen Heißsporne Rheinland-Westfalen von Preußen losreißen möchten. ... Der Staat ist eine juristische, keine natürliche Person. Darum kann er keinen religiösen Glauben haben, nicht christlich sein.«⁶²

Die im Volksschullehrerverband organisierten Lehrer wollten »frei sein von Bevormundung, sei es durch Pfarrer oder Bürgermeister oder irgend einen anderen Stand.«⁶³ Sie forderten zusammen mit den Liberalen und den Sozialdemokraten seit langem eine Reform der Schulaufsicht und eine Neuordnung der Lehrerbildung. Da DDP und MSPD an der schulpolitischen Front im wesentlichen ähnliche Positionen vertraten, ergab sich am Beginn der Weimarer Republik und zumal in der Revolutionseuphorie der Jahre 1918/19 auch eine gewisse politische Nähe zur Mehrheitssozialdemokratie.

Der Vorsitzende des kurhessischen Volksschullehrerverbandes Heinrich Kimpel hatte bis 1924 ein politisches Mandat für die DDP im preußischen Landtag. Kimpel und seine Abgeordnetenkollegen vom Preußischen Lehrerverband sollten Gewähr dafür bieten, »daß innerhalb der demokratischen Partei der Gedanke einer freiheitlichen Schulreform im Sinne des Programms des Deutschen und des Preußischen Lehrervereins vollauf in Geltung bleibt.«⁶⁴ Sie beeinflussten nachhaltig die schulpolitische Debatte in der DDP, die einen der wenigen parteiinternen Konsenspunkte darstellte. Der DDP-Bezirksparteitag vom September 1921 machte sich ausdrücklich die Forderungen der Volksschullehrerorganisation zu eigen, als er in einer Resolution die Gemeinschaftsschule als Regelschule forderte, Sonderformen wie Bekenntnis- oder bekenntnisfreie Schulen ablehnte und – ein für den hessischen Katholizismus besonders heikles Thema – forderte: »Die Nassauische Simultanschule ist für alle Zeiten in ihrer Existenz unantastbar.«⁶⁵

Zu diesem Zeitpunkt war der kulturpolitische Elan der organisierten Volksschullehrerschaft schon zum Erliegen gekommen. Als die DDP im Juni 1919 aus der Reichsregierung austrat, um den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen zu müssen, nützte das Zentrum sein verstärktes koalitionspolitisches Gewicht und ließ den status quo in der Schulfrage vorläufig festschreiben. Der schwarz-rote Schulkompromiß des Jahres 1919 stieß auf den erbitterten Widerstand des Volksschullehrerverbandes. Deren parlamentarischer Vertreter bedauerte vom Standpunkt der Schule aus den Regierungsaustritt der Demokraten. »Wären sie geblieben, so konnte das Zentrum mit seinen Herrschergelüsten nicht so offen herantreten. ... Ein Volk, das in seiner übergroßen Mehrheit demokratisch gesinnt ist, läßt sich nicht aufs neue in kirchliche Fesseln legen.«⁶⁶

Charakter und Ziele des Volksschullehrervereins waren zu Beginn der Weimarer Republik noch relativ unbestimmt. Einerseits wollte er die Interessenvertretung der Volksschullehrer sein, andererseits jedoch nicht mit der Arbeitnehmerinteressenvertretung durch die Gewerkschaften identifiziert werden. Schon ganz und gar nicht wollten die Lehrer zum Proletariat gehören. Zudem hätte ein gewerkschaftliches Verständnis das Streikrecht

impliziert, was den direkten Konflikt mit Staat bedeutete, da sie als Beamte gesetzlich nicht streiken durften. Die Gewerkschaftsfrage zwang die Organisation der Lehrer zu einer näheren Bestimmung ihrer Ziele und Mittel.⁶⁷ Der hessische Volksschullehrerverein entschied sich wie der Reichsverband: Er ging einem gewerkschaftlichen Selbstverständnis durch den Zusammenschluß mit den übrigen Verbänden aus dem Wege. Damit glaubten die Verantwortlichen eine Interessenorganisation der Lehrer geschaffen zu haben, die ihren Forderungen übergreifend Nachdruck verleihen und Streiks entbehrlich machen würde. Der kurhessische Lehrerverein wie auch der Deutsche Beamtenbund, dem er sich angeschlossen hatte, wollten auf jeden Fall dieses letzte Mittel vermieden sehen, um sich nicht einem Interessen-, und damit auch einem Identitätskonflikt auszusetzen.⁶⁸ Der Kompromiß in der Gewerkschaftsfrage war nicht dazu angetan, das liberale politische Profil des Volksschullehrervereins zu stärken. Im Gegenteil: Der Lehrerverband beanspruchte fortan noch stärker als bisher eine neutrale Rolle im Parteienstreit. Das Vereinsziel wurde nach einem Jahr negativer schulpolitischer Erfahrungen und verbandsinterner Auseinandersetzungen denkbar abstrakt bestimmt: Fortan strebte man die Ethisierung der Politik an.⁶⁹

Die Lehrer erlitten wie alle Beamten während der Inflation des Jahres 1923 hohe Gehaltseinbußen und waren vom Stellenabbau betroffen. Die Organisation der Lehrerverbände protestierte dagegen und hob sich immer mehr von den Demokraten ab, die in der Regierung saßen. Auf kommunalpolitischer Ebene hatten sich die Beamten bereits 1919 von den Demokraten organisatorisch durch eigene Listen getrennt. Dieser Prozeß setzte sich 1924 fort. In Marburg trat der Lehrerverein im Deutschen Beamtenbund wieder mit einer eigenen Liste zu den Gemeindewahlen 1924 an, die mit der DDP-Liste konkurrierte.⁷⁰ Der Niedergang des Liberalismus setzte sich in weiteren Listengründungen wie der ›Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftlichen Verbände‹ fort. In dieser Arbeitsgemeinschaft fanden sich Gruppen, die zur liberalen Klientel der Revolutionsmonate gehört hatten: der Handwerkerbund, der Kaufmännische Verein, der Gastwirteverein, der Grund- und Hausbesitzerverein und der Rentnerbund. Sie traten in einer gemeinsamen Liste bei den Kommunalwahlen 1924 an.⁷¹

Die Flucht ins Allgemeine hatte eine weitere organisationsgeschichtliche Ursache. Die schulpolitischen Kontroversen zu Beginn der Weimarer Republik führten zur Gründung von Elternbünden, die bei den Elternbeiratswahlen antraten. Die verstärkte Mitbestimmung der Eltern nutzten konservative Gruppen zur Mobilisierung gegen die liberalen Lehrervereine aus, so daß das Organ der Volksschullehrer schließlich ernüchert feststellte: »Es ist bezeichnend, daß die Elternbünde im Grunde gegen den Lehrerstand ins

Leben gerufen worden sind, und die Gegner einer freien Volksschule haben die ›Erziehungsberechtigten‹ ... durchaus für ihre Zwecke zu nutzen verstanden.«⁷² Nach der anfänglichen schulpolitischen Euphorie hatte eine Gegenbewegung eingesetzt, die die Lehrerverbände von den Eltern zu trennen versuchte.⁷³ Mehr noch als im katholischen Sozialmilieu gefährdeten politische Einflußnahmen von außen die liberale Subkultur, indem z.B. Eltern gegen liberale Schulpolitik mobilisiert wurden. Beide – Eltern und Lehrer – in einem politischen Sozialmilieu zu vertreten, wurde den Liberalen schier unmöglich gemacht.

Die Versammlung des Volksschullehrervereins in Bebra 1926 stellte einen Einschnitt und Wendepunkt in der Verbandsentwicklung dar. Zum einen beschloß die Vertreterversammlung, die alten Hilfskassen der Volksschullehrer aufzulösen. Die herkömmlichen Selbsthilfeorganisationen der Volksschullehrer stießen auf den Widerstand der jüngeren Vereinsmitglieder, die für eine grundlegende Reorganisation des Verbandes eintraten. Die Organisation der Junglehrer verselbständigte sich immer mehr und hielt eigene Versammlungen ab. Daneben durchzog der Gegensatz zwischen der ländlichen und der städtischen Lehrerschaft die Verbandstagung. Gegen den Widerstand der Dorfschullehrer wurden drei Vertreter zum Gesamtvorstand des Preussischen Lehrervereins gewählt, die in der Stadt Kassel wohnten.⁷⁴

Die Mitgliederentwicklung des kurhessischen Volksschullehrervereins blieb auch über die Inflation des Jahres 1923 im wesentlichen konstant und bewegte sich um die 3.000 organisierte Lehrer. Die hessischen Lehrer waren somit wie ihre Kollegen im Reich fast vollständig durch ihren Interessenverband erfaßt. Der hessische Volksschullehrerverein war die einflußreichste und die größte unter den kurhessischen Lehrerorganisationen.⁷⁵

Die materielle Lage der Volksschullehrer blieb im Trend der deutschen Lehrer: sie verschlechterte sich. Die ökonomischen Krisen der Weimarer Republik hatten zudem staatliche Stelleneinsparungen und eine Stellenmarktlage des ›closed shop‹ zur Folge.⁷⁶ Alle drei Tendenzen – Einkommensentwicklung, Personalabbau und -einsparungen – ließen in der Mittelphase der Weimarer Republik die Gegensätze im Volksschullehrerverein stärker hervortreten als in der von kulturpolitischen Auseinandersetzungen gekennzeichneten Phase bis 1921/22. Besonders die Junglehrer protestierten in immer schärferen Resolutionen gegen ihre schlechte Bezahlung und den Stellenmangel.⁷⁷ Sie begehrten als erste gegen den Verbandskurs auf und organisierten sich in einem Unterverband des Hessischen Volksschullehrervereins. Von ihren politischen Sympathien profitierte auch die SPD. Der Sozialdemokrat Heinrich Treibert, der spätere Landrat des Kreises Fritzlar, wurde Vorsitzender des Provinzialjunglehrerausschusses.

Später knüpfte auch die NSDAP an dieses Protestpotential erfolgreich an. Junglehrer wandten sich in höherem Maße den Nationalsozialisten zu als die übrige in den freien Lehrervereinen organisierte Volksschullehrerschaft.⁷⁸ Zur Not der Junglehrer kam die prekäre Lage der Studienassessoren hinzu. Auch sie sahen sich nach einer langen Ausbildung einer Verminderung der Lehrkräfte gegenüber, was ihre beruflichen Aussichten minimierte.⁷⁹

Der Generationswechsel in der Führungsspitze des Volksschullehrervereins brachte neue politische Akzente mit sich. Mit dem Tod des Schulkämpfers Theodor Kimpel und dem Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden Rosenstock rückte die schulpolitische Kontroverse in den Hintergrund. An ihre Stelle traten Besoldungsfragen, die bereits bisher einen großen Raum in der Tagesarbeit des Verbandes eingenommen hatten.⁸⁰ Die Spalten der ›Hessischen Schulzeitung‹ füllten Beschwerden über den Besoldungskonflikt (1927/28) und ab 1930 über die Gehaltskürzungen als Ergebnis der Notverordnungspolitik. Für ein weitergehendes liberales Engagement blieb mit Ausnahme der kurzzeitigen Reichsschulgesetzdebatte 1928 kaum mehr Raum.⁸¹

4.2.2. Der Deutsche Beamtenbund

Als sich der Hessische Volksschullehrerverein 1922 dem Deutschen Beamtenbund (DBB) anschloß, geschah dies in der Überzeugung, gemeinsam wirkungsvoller die eigenen Interessen vertreten zu können. Maßgeblich war für diese Entscheidung jedoch auch, daß beide Organisationen ähnliche politische Einstellungen vertraten. Auch der DBB stand der DDP nahe, und im regionalen DDP-Parteivorstand waren zahlreiche Beamte vertreten. Die Demokraten hatten auf die Festschreibung des Berufsbeamtentums in der Weimarer Reichsverfassung gedrängt und waren damit erfolgreich gewesen.⁸² Liberale Beamte waren vor allem in der Justiz zu finden. Die Justizbeamten hatten mehr noch als ihre Kollegen in der staatlichen Verwaltung eine gewisse Distanz zur Macht wahren können. Die Spitzenpositionen in der DDP waren in vielen Fällen von verbeamteten Juristen besetzt. So auch in Kassel: Von 1920 bis 1928 war der Amtsgerichtsrat Hans Friedrich Bezirksvorsitzender der DDP in Kurhessen.⁸³

Die enge Verbindung zwischen dem DBB und der Demokratischen Partei lockerte sich jedoch schon ab 1920. Schon bei den Kommunalwahlen 1919 waren in Marburg die Beamten zusammen mit den Angestellten in einer eigenen Liste neben der DDP angetreten und hatten einen Achtungserfolg erzielt. Fast jeder sechste Marburger wählte die Beamtenliste. Bei den Kommunalwahlen des Jahres 1924 hielt die Beamtenliste etwa

ihre Stimmenzahl, nur aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung ging ihr Stimmanteil zurück. Die höheren Beamten hatten hingegen durch den Reichsbund der höheren Beamten erklären lassen, ihre Kandidaten stünden auf der DNVP-Liste.⁸⁴ Die DDP hingegen verschwand fast völlig von der kommunalpolitischen Bühne und erhielt nur noch ein Mandat. Fünf Jahre später standen schließlich sowohl die Beamtenliste als auch die DDP am Ende. Die Demokraten versanken in der Bedeutungslosigkeit, die Beamtenliste teilte ihr Schicksal. Zusammen erreichten sie noch gerade elf Prozent der Marburger Kommunalstimmen.⁸⁵

Das rückläufige Engagement der Beamten für die liberale Linke stand ihrem Anspruch auf Interessenvertretung nicht im Wege. In welchem Umfang der Beamtenbund die staatlichen Beamten hinter sich wußte, belegten unter anderem die Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn/Kassel im September 1925. Hier erreichte die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter 72,4% der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von fast neunzig Prozent. Der sozialistische DEV des Kasseler Arbeiterssekretärs und späteren SPD-Landtagsabgeordneten Friedrich Hofacker sprach lediglich für etwa 12% und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner für 15% der knapp 20.000 Kasseler Reichsbahnbeamten.⁸⁶

Der Deutsche Beamtenbund organisierte die niederen und mittleren Beamten. Deren Besoldung nahm seit den Tagen des Kapp-Putsches den größten Raum in der Verbandsarbeit ein. Als Staatsdiener wollten sie nicht die Verlierer der fortschreitenden Inflation sein. Ihre Gehaltsforderungen wurden 1921 in den Spalten der liberalen Presse heftig diskutiert. Hinzu kam die Frage, ob man nötigenfalls streiken dürfe.⁸⁷ Diese Frage wurde innerhalb des kurhessischen Beamtenbundes unterschiedlich beantwortet. Während die Kommunalbeamten den Streik als Mittel der Tarifkonfliktes ablehnten, standen die Beamten der Reichsbahn dem Streik positiv gegenüber.⁸⁸ Bezeichnenderweise vermied der Vorsitzende des DBB-Provinzkartells Hessen-Nassau-Nord Erich Dietrich eine eindeutige Festlegung in dieser Frage. Statt dessen betonte er die Legitimität der Beamtenforderungen und verwahrte sich gegen die Kritik an der gewerkschaftlichen Organisation der Beamenschaft.⁸⁹ Die Reichsleitung des DBB sprach sich gegen jede Form des Beamtenstreikes aus.

Zum Streik rangen sich schließlich nur die Beamten der Reichsbahn durch. Ihre Kampffraktion wirkte indes auf die verbandsinterne Diskussion zurück. Stimmen wurden häufiger, die angesichts der Auswirkungen im sensiblen Bereich Verkehr davor warnten, daß die Sozialdemokratie die Beamten unterwandere. Die politische Konsequenz dieser Kritik lag auf der Hand: Die Beamtenorganisationen sollten den Kampf gegen die Sozialdemokratie verstärkt führen. Neutralität bedeute dagegen nur »Aushöhlung und allmähliche Gefügigmachung der Sozialdemokratie«.⁹⁰ Die Ver-

bandsleitung der Beamtenorganisation sah sich 1922 verhärteten Fronten im eigenen Lager gegenüber. Während die eine Seite im Streik ein legitimes und notwendiges Mittel zur Linderung der materiellen Not der Beamten sah, verwiesen andere darauf, daß die Beamtenschaft den Staat verkörpere und sich selbst in einem Streik verleugne. Unter dieser Uneinigkeit litt der politische Rückhalt der Demokratischen Partei. Als Folge der Ablehnung des Beamtenstreiks spalteten sich die Streikbefürworter ab und bildeten auch in Kassel den freigewerkschaftlich orientierten Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB). Erster Vorsitzender des neugegründeten ADB-Kassel war der Lehrer Quer, der als engagierter Pädagoge auftrat und später die Leitung des Reichsbanners übernahm.⁹¹ Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB) stand der Sozialdemokratie zwar nahe, wurde von ihr aber erst 1930 als die offizielle Vertretung der Beamten anerkannt. Stärker noch als der offiziell politisch neutrale DBB trat er an der Seite der Gewerkschaften für die Verteidigung von Republik und Demokratie ein.⁹² Im DBB verblieben auch im Bereich des Provinzkartells Hessen-Kassel in erster Linie die Beamten der Reichsbahn und der Post, also untere und mittlere Beamtenschichten.⁹³

In den Jahren 1923/24 war der Personalabbau das Dauer- und Reizthema der Beamten.⁹⁴ Mehr als jeder andere Konflikt gefährdeten die Personaleinsparungen die liberale Grundhaltung wie auch die Unterstützung von Demokratie und Republik in der unteren und mittleren Beamtenschaft, der wichtigsten Klientel des DBB. In der gleichen Lage sah sich der Verband der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands, der sich ebenfalls gegen Gehaltskürzungen und Änderungen im Beamtenrecht zur Wehr setzte.⁹⁵ Das parteipolitische Engagement vieler Beamtenfunktionäre trat in den Hintergrund, da die Personal- wie auch die Besoldungsfrage nur in direkten Verhandlungen mit den Regierungsstellen zu regeln war.

Die Organisation der unteren und mittleren Beamten konzentrierte ihre Arbeit auf tarifpolitische Fragen. Zwar standen wichtige Funktionäre nach wie vor der DDP nahe – wie die Vorsitzenden Regierungsrat Erich Dietrich⁹⁶ und Lehrer Wilhelm Voigt.⁹⁷ Als subkulturelle Stütze des politischen Liberalismus fiel der DBB indessen weitgehend aus, obwohl seine Mitgliederzahl sich auch in der Weltwirtschaftskrise im Bereich des Provinzkartells Hessen-Nassau-Nord (Kassel) mit 22.500 in 44 Ortskartellen und im Bereich des Ortskartells Kassel mit 8.500 organisierten Beamten stabilisierte. Die engere politische Arbeit des DBB in Kassel blieb vergleichsweise allgemein und kreiste um allgemeine Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung.⁹⁸

4.2.3. Der Kurhessische Handwerkerbund

Die prominenteste Gestalt im kurhessischen Liberalismus der Weimarer Republik neben den Marburger Universitätsprofessoren Walther Schücking und Martin Rade war der Kasseler Handwerksmeister, Reichs- und Landtagsabgeordnete Wilhelm Kniest. Er verkörperte die liberale politische Tradition im kurhessischen Mittelstand. Kniest war einer der einflußreichsten Handwerksvertreter in den DDP-Parteigremien und wurde, als es für die DDP in Kassel schon lange kein Mandat mehr zu gewinnen gab, noch über die Landesliste in den preußischen Landtag gewählt.

In den Revolutionsmonaten war eine Neigung zur DDP in Handwerkerkreisen unübersehbar. So fanden sich schon unter den Gründern der Kasseler DDP am 11. Dezember 1918 drei Handwerker. Besonders in den Landkreisen mit langen handwerklichen Traditionen wie in Oberhessen oder dem Raum Hersfeld-Rotenburg waren die guten DDP-Ergebnisse bei den Wahlen 1919 vor allem auf den selbständigen Mittelstand zurückzuführen.

In einer vermeintlich sozialistisch geführten Regierung sollten die Demokraten im Sinne der Mittelstandsforderungen mäßigend wirken. Dieses Anliegen wurde im Wahlkampf zur Nationalversammlung 1919 von Vertretern des Handwerks öffentlich ins Feld geführt. Die DDP sei zwar diejenige unter allen bürgerlichen Parteien, die am weitesten links stehe, sie habe aber in Erkenntnis der Gefahr einer zu weit gehenden Sozialisierung der Betriebe alle von den Vertretern des Handwerks aufgestellten Forderungen zur Erhaltung und Förderung des Handwerks in ihr Programm aufgenommen und damit »die Basis für alle auf freiheitlichem Boden stehenden Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes geschaffen«. Die Wahlempfehlung der DDP schloß mit einer Aufforderung zur Mitarbeit in der Demokratischen Partei: Die Handwerker »müssen innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei mit demselben heiligen Egoismus für ihre Interessen eintreten, wie es das Zentrum und die Konservativen tun«.⁹⁹

Eine engere Bindung der gewerblichen Mittelständler an die Demokraten war nicht zu erkennen. Zu sehr standen für sie materielle Interessen und Protektionsforderungen im Vordergrund. Wo sie nicht wie im Katholizismus übergreifend konfessionell integriert waren, eigneten sich die Handwerker denkbar schlecht als Basis für ein politisches Sozialmilieu. Im Gegenteil: Die Demokraten, die auf eine breitere Unterstützung aus diesem Lager gehofft hatten, wurden das erste Opfer der mittelständischen Wählerwanderungen. Deren Stimmen gingen im Juni 1920 noch in großem Umfange zur DVP, bevor sie sich weiter in einzelne Interessenparteien zersplitterten.¹⁰⁰

Die organisierten Vertretungen der kurhessischen Handwerker traten mit ihren wirtschaftlichen Protektionsforderungen direkt an staatliche Stellen heran, zumal sie den Übergang vom staatlichen Protektionismus durch allerhöchste Stellen zur freien Konkurrenz programmatisch nie nachvollzogen hatten. Ihre Immediatstellung zur Regierung ließ je länger je mehr eine politische Zuordnung der Handwerkervertretungen schwierig werden. Ein oftmals beschrittener Weg zur Interessenvertretung bestand vor Ort in der Gründung eigener Handwerkerlisten wie in Marburg oder Hanau. In Hanau traten die Handwerker bereits 1921 mit einer eigenen Liste in Konkurrenz zur DDP und erreichten 16,3% der gültigen Stimmen. Die Marburger Gewerbetreibenden traten 1929 gleich mit zwei Listen an: einer Handwerkerliste, die 4,6% erreichte, und einer Liste »Vereinigte Gewerbetreibende« (7,4%). Beide Listen waren zu diesem Zeitpunkt jeweils alleine schon stärker als die DDP (4,4%).

4.3. Das konservative politische Sozialmilieu bis 1928

Konservative Politik, aber auch antisemitische Parteien fanden schon im 19. Jahrhundert im Kasseler Bezirk eine traditionell starke Resonanz. Eine Welle der Judenfeindschaft durchzog seit 1887 Oberhessen, das bei den Reichstagswahlen jenes Jahres den ersten antisemitischen Reichstagsabgeordneten nach Berlin schickte. Otto Böckels populistischer Wahlkampf knüpfte an die Krise der hessischen Landwirtschaft, die »Güterschlächterei« und die verbreitete Verschuldung ihrer zumeist kleinbäuerlichen Besitzer an. Er vertrat den Marburger Wahlkreis bis 1907 im deutschen Reichstag. Böckels politisches Auftreten wirkte als Ferment einer tiefreichenden Fundamentalpolitisierung. Während der Agrardepression der 1880er Jahre mobilisierte er auf breiter Linie den ländlichen Protest. Sein Antisemitismus brandmarkte nicht nur jüdische Viehhändler. Böckels Kampfansage richtete sich gegen die liberale Wirtschaftsordnung, die sich nach dem Ende der staatlichen Selbständigkeit Kurhessens und der Annexion durch Preußen im Jahre 1866 mit Macht Geltung verschafft hatte. Erst die Entstehung ländlicher Selbsthilfeorganisationen wie der Raiffeisenbewegung seit den 1890er Jahren entzog Böckel allmählich den Boden seines Protestes, nachdem seine eigenen Hilfskassen gescheitert waren und er selbst in verschiedene Prozesse verstrickt war.¹⁰¹

Die konservativen Parteien knüpften an diese verbreitete Grundstimmung auf dem Land an. Zwischen 1920 und den Dezemberwahlen 1924 nahm die DNVP die beherrschende Stellung im rechten Parteienspektrum des Kasseler Bezirkes ein. Ihre lokalen Hochburgen lagen wiederum dort,

wo auch Böckel erfolgreich gewesen war, in Oberhessen und darüber hinaus im vormals liberalen Waldeck. Die drei waldeckischen Landkreise sowie die Kreise Frankenberg, Marburg und Ziegenhain waren von 1920 bis 1924 fest in der Hand der DNVP. Noch 1919 war die SPD in diesen ländlichen Kreisen mit erstaunlichen Zugewinnen stärkste Partei geworden. Den Höhepunkt ihrer Mobilisierung erreichten die Deutschnationalen bei den Maiwahlen 1924, als sie sogar die SPD in ihrem gesamten nordhessischen Agitationsbezirk schlugen und stärkste Partei wurde. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 wurde in diesen Kreisen der konservative Kandidat Hindenburg durchweg mit überwältigenden Mehrheiten gewählt.

Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) zog viele Stimmen von der DNVP ab, die als Liste des kurhessischen Landbundes mit dem Anspruch einer eigenen politischen Interessenvertretung auftrat. Bei den Wählerwanderungen auf dem Land war die Landvolkpartei dennoch nur Zwischenstation auf dem Weg zur NSDAP. Teilweise schon bei den Septemberwahlen 1930, spätestens aber bei den preußischen Landtagswahlen 1932, wurden die Nationalsozialisten stärkste politische Kraft auf dem Land.

Im ganzen ergab sich eine auffällige Kontinuitätslinie vom antisemitischen Stimmverhalten zwischen 1887 und 1907 zum Votum für Hindenburg 1925 und zur Stimmabgabe für Hitler im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1932.¹⁰² Indessen zeigte die hohe Zustimmung für Hindenburg und Hitler im ehemals liberalen Waldeck, daß Konservative und später die NSDAP auch in Regionen ohne eine ausgeprägte antisemitische Tradition und in solchen mit ehemals liberalen Mehrheiten starken Anklang fanden. Dies galt auch für die meisten der nordhessischen Kreise und den Raum Hersfeld-Rotenburg. Damit aber wurden die Konservativen die vorherrschende politische Interessenvertretung quer durch alle landwirtschaftlichen Besitzgrößen. Hier zählte nur noch die konfessionelle Barriere. Waldeck und der oberhessische Raum unterschieden sich in der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur. Im ehemaligen Fürstentum herrschte mittelbäuerlicher Besitz vor, der sich wirtschaftlich besser hielt. Hier hatten die Parolen Böckels weniger Anklang gefunden.¹⁰³ In Oberhessen überwog dagegen kleinbäuerlicher Besitz, der der Agrarkrise schneller zum Opfer fiel.

Verbindende Merkmale aller deutschnationalen Landkreise zwischen 1920 und 1924 waren das Übergewicht der Landwirtschaft und eine lange protestantische Tradition. Die kirchliche Bindung der Protestanten in den agrarischen Gebieten lag durchweg höher als in den Städten Marburg, Hanau und Kassel. Konservative Politik war sich lange Zeit der Unterstützung der landwirtschaftlichen Interessenorganisationen und der evange-

lischen Kirchenpresse sicher. Im Unterschied zu den Liberalen verfügten sie über ein Geflecht vopolitischer Vereine und Verbände, wie den Kurhessischen Landbund als Nachfolgeverband des Bundes der Landwirte, die kurhessischen Kriegervereine und verschiedene protestantisch-kirchliche Organisationen, denen eine integrierende Funktion in der nordhessischen Gesellschaft diesseits der Arbeiterbewegung zufiel.

Die politische Kultur im Marburg des Kaiserreiches und der wilhelminische Obrigkeitsstaat hatten sich gegenseitig gestützt. Der faktische Sozialpakt zwischen Verbindungsstudentenschaft und Staat unter dem gesellschaftlichen Leitbild des Corpsstudenten und Reserveoffiziers hatte nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung der Universitätsstadt an der Lahn sondern auch die politischen Einstellungen in der Marburger Gesellschaft des Kaiserreiches geprägt.¹⁰⁴ Im Gegenzug trugen nicht nur die Studenten, sondern auch weite Teile der städtischen Mittelschichten, die in immer größerem Maße von Universität und Studenten abhingen, den nur teildemokratisierten Grundkonsens des Kaiserreiches mit. Die Vereinheitlichung der politischen Kultur war zudem eine Kehrseite der zunehmenden Politisierung der Kommunen und des Vordringens des schichtenübergreifenden und politiknahen Vereinswesens im Kaiserreich.

Nach Kriegsende änderte sich die Lage vollständig. Weder übernahm die demokratische Republik eine Bestandsgarantie für das Korpsstudententum, noch wurde die parlamentarische Republik in ihren Demokratisierungsabsichten durch städtische und studentische Kreise unterstützt. Die äußere ideologische Garantie für das studentisch-universitäre Submilieu fiel nach 1918 weg. Was für den Mittelstand im Allgemeinen galt, traf mutatis mutandis auch für Studenten und Dozenten in Marburg zu. Die Universität und die Studentenschaft waren nur solange staatsertreu, als der Staat den ideellen Grundkonsens der Dozenten, der Studenten und hier gerade der Korporierten garantierte.¹⁰⁵ Die parlamentarische Parteiendemokratie mit ihrem tendenziellen Pluralismus bot keine positive Identifikationsmöglichkeit mehr für die korporierten Studenten. Der staatstragende Konsens der Studenten und die berufliche Rückversicherungsgarantie des Staates gehörten ab 1918 der Vergangenheit an. »Das Verhältnis der Studenten zum neuen Staat reichte von ambivalenter Reserve bis zu schroffer Verachtung.«¹⁰⁶

Auch die städtische Marburger Gesellschaft geriet durch die Novemberrevolution 1918 in eine politische Identitätskrise. Marburgs Stellung als Universitätsstadt wie auch Kapital und Eigentum schienen breiten mittelständischen Schichten durch den politischen Systemwechsel gefährdet. Die DDP empfahl sich diesen Gruppen bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 als neue Rückversicherungsgarantie. In dieselbe Richtung wirkte die Ausweitung des Vereins- und Verbandswesens. Die

verstärkte Interessenartikulation in Berufsverbänden unmittelbar nach den Novemberereignissen 1918 hatte in erster Linie defensiven Charakter gegenüber den Einwirkungsmöglichkeiten der neuen politischen Führung. Profiteur des bestandsichernden Interesses war jedoch nicht die DDP, sondern DNVP und DVP. Deren apolitischer und vermeintlich objektiver Basiskonsens, den sie mit den Liberalen teilten, war recht abstrakt und eignete sich für die Integration der unterschiedlichen sozialen Gruppen. Mit starker mobilisierender Wirkung kam der Nationalismus hinzu.¹⁰⁷ Der Vorrang der Nation vor allen anderen Loyalitäten gab der vermeintlich objektiven, parteienthobenen und apolitischen Einstellung erst ihre politische Pointe. Breite mittelständische Gruppen wurden so zusammen mit den Studenten für die Rechtsparteien mobilisiert und gingen immer mehr auf Distanz zum politischen System »Republik«. Erst die Objektivität eines parteienfernen und apolitischen Nationalgedankens bot sich als eine erneute positive Identifikations- und Integrationsmöglichkeit in der Marburger Gesellschaft an. Der nationale Gedanke wirkte als positives Gegenbild zum eher verunsichernden Pluralismus der Weimarer Parteiendemokratie. Der »apolicism« (Rudy Koshar) der politischen Kultur Marburgs war politisch folgenreich.¹⁰⁸

Dem Erstarken der Vereine und Interessenvertretungen in der Marburger Gesellschaft entsprach die Blüte der Korporationen am Beginn der Weimarer Republik. Zum nationalen Grundkonsens mit monarchistischer Einfärbung trat in ihrem Fall noch der Antisemitismus hinzu, der in dem Maße verstärkt auftrat, als die beruflichen Aussichten und die ökonomische Lage der Studenten sich verschlechterten.¹⁰⁹ Nationalismus und Antisemitismus wirkten vor dem Hintergrund starker sozialer Unterschiede sozialmoralisch integrierend auf zwei studentische Generationen mit gänzlich verschiedenem Erfahrungshintergrund in der Kriegszeit.

Daß der gediente Flottenkapitän a.D. Bogislav von Selchow zum Führer der Marburger Korporationen in den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1920 gewählt wurde, belegte die politische Dominanz der Kriegsgeneration über die Nichtgedienten. Für deren konservativ-intransigente politische Kultur standen beispielhaft der »Fall Traeger« und die Solidarisierungswelle während der Mechterstädter Prozesse nach der Ermordung von 15 Arbeitern in Thüringen durch Marburger Studenten.¹¹⁰ Beide Ereignisse wie auch der Wahlaufbruch der DNVP vom Januar 1919, den neun Professoren der Philippina unterzeichneten, wiesen auf die politisch-kulturelle Übereinstimmung zwischen Studenten und konservativen Dozenten an der Philippina hin.¹¹¹ Die unter den evangelischen Theologen und in Teilen der Philosophischen Fakultät verbreitete liberale politische Kultur gefährdete die deutschnationale Einfärbung der universitären politischen Kultur nicht.

4.4. Konservative Vereinskultur

Das organisierte Bündnis zwischen der politischen Rechten und einer gesellschaftlichen Gruppe kam vor 1914 exemplarisch in der Zusammenarbeit zwischen dem »Bund der Landwirte« und den Konservativen zum Ausdruck. Die agrarisch-konservative Interessenorganisation sah sich jedoch in Kurhessen mit einem konkurrierenden landwirtschaftlichen Vertretungsanspruch der Antisemiten konfrontiert. Wegen der mangelnden Konsolidierung der antisemitischen Selbsthilfevereine behauptete sich der Antisemitismus jedoch nicht. Besonders die kleinen Bauern wechselten nach 1900 die politische Richtung und kehrten der Partei Otto Böckels und seiner Nachfolger allmählich den Rücken. Für den immer größer werdenden Anteil der Bauern, die sich aus der engen Bindung an den Antisemitismus lösten, bildete die »Bezirksabteilung Kassel des Bundes der Landwirte« ein Auffangbecken. Nach 1919 übernahm die Rolle des BdL der Reichslandbund, der in enger Verbindung mit der DNVP stand. Dessen regionale Unterorganisation in Kassel war der Kurhessische Landbund.

4.4.1. Der Kurhessische Landbund

Noch während der Novemberereignisse des Jahres 1918 vermochten die Interessenorganisationen gezielten Einfluß auf die politische Entwicklung zu nehmen. Die Einrichtung der Bauern- und Landarbeiterräte, die nur dem Namen nach mit den Arbeiter- und Soldatenräten verwandt waren, stellte ein geschickt eingesetztes Instrument der landwirtschaftlichen Verbände dar, ihre Stellung im Umbruch zu behaupten und den ländlichen Raum gegen revolutionäre Eingriffe jeder Art abzuschirmen. Die Vorstellungen der Bauernräte-Initiatoren und des preußischen Ministers Wurm (USPD) kamen sich weit entgegen. Wurm war in erster Linie an einer kontinuierlichen Lebensmittelablieferung gelegen, was die Agrarvertreter zur Stabilisierung ihres Einflusses zu nutzen wußten.¹¹²

Im Kasseler Bezirk fiel die entscheidende Rolle beim Aufbau der Bauernräte den Raiffeisen-Genossenschaften zu. Aufgabe der Bauernräte im Bezirk war es, bei der Lebensmittelzwangswirtschaft sowie der Wiedereingliederung entlassener Soldaten unterstützend tätig zu werden. Durch ihre wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Ernährungslage und der öffentlichen Ordnung staatlich anerkannt und aufgewertet behaupteten die Agrarverbände ihre exklusive Stellung. »Thus while the revolution sponsored an important alteration in the terms of rural life by endorsing the

colletive rights of farm workers, it left undisturbed the old structures of rural representation.«¹¹³

Im Laufe des Jahres 1919 setzte sich die ländliche Organisationsbewegung in den Kreisbauernschaften fort. Besonders erfolgreich war die Erfassung der Landwirte im oberhessischen Kreis-Bauernverein Marburg, der im April 1919 entstand. Etwa drei Viertel aller Ortschaften im Landkreis Marburg sandten bis Ende Mai 1919 ihre Mitgliederlisten an die Marburger Geschäftsstelle. Diese enthielten ca. 75–95% aller Landwirte. Die Organisation basierte auf einem Vertrauensmännersystem in den Gemeinden, das die Betriebe nach dem Verhältnis von Klein-, Mittel- und Großbesitz vertreten sollte.¹¹⁴ Ähnlich stark war die Landbundbewegung im Kreis Frankenberg. Bis zum März 1920 verfügte sie hier bis auf vier kleine Dörfer in allen Gemeinden über Ortsgruppen.¹¹⁵

Die Verbandsspitze des BdL unterstützte ausdrücklich die Landbundbewegung, die sich auf dezentraler Ebene herausbildete.¹¹⁶ Um einen Zusammenhang zwischen den Kreisvereinen herzustellen, wurde am 27. Juli 1919 die Bezirksbauernschaft Kurhessen gegründet. Von dieser Stufe der Verbandsentwicklung an machte sich der Einfluß der landwirtschaftlichen Interessenvertreter aus der Vorkriegszeit besonders deutlich bemerkbar.¹¹⁷

Der Führungsspitze des BdL in Kurhessen um ihren Vorsitzenden Gutsbesitzer Heinrich Nägel aus Crumbach gelang schon im Laufe des Jahres 1919 die Reorganisation.¹¹⁸ Eine Zwischenstufe zur späteren einheitlichen Landbundorganisation bildete der im Dezember 1919 gegründete Kurhessische Landverband, dem die weiterbestehende Bezirksabteilung des BdL in Kassel, die christlichen Bauernvereine und der demokratische Deutsche Bauernbund angehörten. In der Frage des »Anschlusses nach oben« gelang den Vertretern der angeschlossenen Bauernorganisationen keine Einigung. Die katholischen Landwirte beharrten unter der Führung ihres Verbandsvorsitzenden Gutsbesitzer Bispink auf einem Anschluß an die christlichen Bauernvereine, während die Mehrheit der im Kurhessischen Landverband vertretenen Vereine sich dem Landbund anschloß.¹¹⁹

Der christliche Kurhessische Bauernverein, die Vertretung der katholischen Landwirte in Osthessen, bewahrte durch die konfessionelle Konfliktlinie geschützt seine Selbständigkeit, während es dem Landbund durch geschicktes Vorgehen gelang, die Mitglieder des demokratischen Deutschen Bauernbundes zu sich herüberzuziehen.¹²⁰ 1920 schließlich vereinigte sich der BdL mit dem Bezirksverband der Bauernschaften Kurhessens.¹²¹ Sofern die Landwirte nicht durch die christlichen Bauernvereine gegen die BdL-Vertreter abgeschirmt wurden, baute der Landbund seine Organisation flächendeckend aus. Es gelang ihm sogar, die evangelischen Landwirte in den mehrheitlich katholischen Landkreisen Gersfeld und Hünfeld zu

erfassen. Im Vorfeld der preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 konstituierte sich der neue »Kurahessische Landbund« unter der Leitung der bisherigen Bauernführer Kapp und Nägel und schloß sich dem Reichslandbund an.¹²²

Das erste Zentrum der Organisationsbewegung landwirtschaftlicher Interessen bildete noch aus der Vorkriegszeit Oberhessen. Marburg wurde erster Sitz der Geschäftsstelle des Kurhessischen Landbundes. Innerhalb des Verbandes kam den oberhessischen Unterorganisationen aus den Landkreisen Marburg und Frankenberg immer ein besonderer Einfluß zu. Dennoch zwang die Konzentration der staatlichen Behörden in der Bezirkshauptstadt den Landbund dazu, 1922 seinen Sitz nach Kassel zu verlegen. Der Landbund wollte wie die mittelständischen Lehrer-, Beamten- und Handwerkervereine ständig in direkten Kontakt zu staatlichen Stellen treten können.

Der Kurhessische Landbund faßte die Kreisorganisationen bis hinunter zu den Ortsbauernschaften zusammen. Ein Vertrauensmännersystem sorgte für den nötigen Kontakt und Austausch zwischen der Verbandsleitung und der Basis. Diese Funktion kam auch der Verbandspresse zu, die für eine flächendeckende Kommunikation zwischen den ober- und niederhessischen Unterorganisationen sowie den Hanauer Raum sorgte.¹²³ Der Kurhessische Landbund erreichte durch seine straffe Organisation eine wichtige intermediäre Position zwischen den agrarischen Interessen und dem politischen Raum. Keine andere landwirtschaftliche Organisation erlangte im Regierungsbezirk Kassel eine solche politische Bedeutung. 1921 organisierte er fast 100.000 Mitglieder im Regierungsbezirk Kassel und stellte in der Weimarer Republik die bei weitem größte Massenorganisation außerhalb des Katholizismus in Kurhessen dar.¹²⁴

Die Mitgliederstruktur des Landbundes blieb im Laufe der Weimarer Republik im wesentlichen konstant. Der Hessische Bauernverein im Kreis Marburg – nur für diesen liegen gesicherte Angaben vor – repräsentierte vor allem die größeren landwirtschaftlichen Betriebe. Die Bindung der Betriebsgrößenklassen mit zwischen 30 und 50 Morgen Besitz an die agrarisch-konservative Interessenvertretung war besonders stark. Aus diesen Besitzverhältnissen stammte etwa ein Drittel aller Mitglieder, die einen landwirtschaftlichen Betrieb führten. Die Zahl der Betriebsinhaber in der Marburger Unterorganisation ging zwischen 1925 und 1932 um 16,0% zurück, womit er sich aber vergleichsweise gut behauptete.

Anders als die mittelständischen Organisationen, die sich nach außen hin parteipolitisch für neutral erklärten, bekannte sich der Landbund offen zur wirtschaftspolitischen Interessenvertretung. Er trat mit politischen Forderungen bei allen Reichstags- und Landtagswahlen an die Parteien heran und sprach Wahlempfehlungen aus. Alle politischen Stellungnahmen des

Landbundes enthielten stereotype Kampfansagen an die sozialistischen Parteien aber in zunehmendem Maße auch an die Adresse der DDP. Er bekämpfte die Ansätze einer sozialdemokratischen Agrarpolitik und schreckte dabei auch nicht vor beleidigenden Ausfällen zurück.¹²⁵

Auch das Verhältnis zum Zentrum blieb ständig gespannt, da der politische Katholizismus eifersüchtig seinen Einfluß auf die katholischen Landwirte wahrte. Dennoch erkannte der Landbund die landwirtschaftliche Interessenvertretung in der Zentrumsparterie an. Erste politische Adressen für den Kurhessischen Landbund waren bei den Reichstagswahlen 1920 und den Landtagswahlen 1921 die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen. Für die Juniwahlen 1920 hatte er auf den Wahlkreis-Listen von DNVP und DVP jeweils zwei Vertreter plazieren können. Das Kriterium des Landbundes war eindeutige Interessenpolitik: »Keine Stimme den Parteien, welche nicht bedingungslos die Forderungen der Bauernschaft angenommen haben!«¹²⁶ In ihren politischen Einstellungen unterschieden sich DNVP und DVP beträchtlich. Bürgermeister Lind strich als Kandidat der DNVP Deutschtum und christliche Sitte heraus und sein Kollege Christian »schlug starke antisemitische Töne an und verlangte die Errichtung eines wahren Volkskaisertums auf breitester demokratischer Grundlage, damit eine feste Hand wieder die Regierung in Deutschland führe«. Die Vertreter der DVP waren weniger emotional und betonten die Notwendigkeit einer konsequenten Interessenvertretung.¹²⁷

Der endgültige Zusammenschluß der agrarisch-konservativen Interessenorganisationen Kurhessens Ende 1920 wirkte sich auf die Provinzial-, Kommunallandtags- und Kreistagswahlen vom Februar 1921 aus. Die antisozialistische Stoßrichtung des Kurhessischen Landbundes ging einher mit einer breiten Sammlungsbewegung aller konservativen Kräfte, die gewillt waren, »eine gemeinsame Front des Wiederaufbaues gegenüber der Verelendung und den Verzichtsbestrebungen zu bilden. Hierbei den Ton anzugeben und die Führung zu übernehmen, waren unsere Bauernorganisationen wie geschaffen, denn wir können wohl mit Recht von uns behaupten, daß wir uns in dem Streit der verschiedenen bürgerlichen Parteischattierungen die nötige Objektivität und Neutralität bewahrt haben.«¹²⁸

Die agrarisch-konservative Integrationsmethode zielte auf die Eliminierung der bürgerlichen Parteigrenzen zugunsten einer übergeordneten Scheinobjektivität. Seinem Diktat des vermeintlich objektiven Nationalismus und der »Entpolitisierung« der Kommunalparlamente beugten sich gleich im ersten Anlauf die meisten der rechtsstehenden Verbände. Während bei den gleichzeitig stattfindenden Preußenwahlen die politischen Sympathien des Landbundes noch auf die beiden Rechtsparteien DVP und DNVP verteilt waren, gelang es ihm im Vorfeld der Kommunalwahlen vom

Februar 1921 eine Interessenkoalition aus konservativen landwirtschaftlichen, mittelständischen und teilweise sogar Arbeiterorganisationen zu bilden. Kurhessischer Landbund, DVP und DNVP gründeten gemeinsam am 27. Januar 1921 die »Hessische Arbeitsgemeinschaft.« Zentrum und Demokraten entzogen sich dieser konservativen Interessenkartellierung. In Marburg reichte der Einfluß des dortigen Hessischen Bauernvereins sogar noch über die Grenzen der Rechtsparteien hinaus. Die Einigungsliste umfaßte dort neben dem Bezirksverband der Bauernschaft Kurhessens (Hess.Bauernverein Kreis Marburg), DNVP und DVP noch die Christlichen Gewerkschaften, den Gewerbeverein, den Handwerkerbund, den Innungsausschuß und den Kaufmännischen Verein.

Die Hessische Arbeitsgemeinschaft stellte eine der erfolgreichsten Parteigründungen im Regierungsbezirk Kassel während der Weimarer Republik dar. Ihre Listen vereinigte – wie im Beispiel des Landkreises Kassel – Landwirte, Kaufleute und Fabrikdirektoren. Diese Gruppen schlossen sich in der gemeinsamen Abneigung der »Erfüllungspolitik« und des Parteienstreites zusammen und stießen auf eine breite Resonanz in der Wählerschaft. In einzelnen Kreisen erreichten sie sogar die absolute Mehrheit, in den Kommunalparlamenten führten sie ab 1921 das bürgerliche Lager an.¹²⁹

Die Form des Plebiszites kam der Landbundorganisation mehr entgegen als die indirekte Wahl der Parlamentsabgeordneten. Anders als die christlichen Bauernvereine unter dem Vorsitz des Fuldaer Reichstagsabgeordneten Crone-Münzebrock waren die konservativen protestantischen Agrarier nicht auf eine Partei festgelegt. Bei den Reichs- und Landtagswahlen arbeitete der Kurhessische Landbund sowohl mit der Deutschen Volkspartei als der DNVP zusammen. Abgesehen von den politischen Reibungsverlusten bestand dabei für die Agrarvertreter die Gefahr des politischen Profilverlustes, der sie in immer neuen Anstrengungen und Wahlprüfsteinen und Forderungen an nahestehende Parteien entgegenwirkten. Dieser Zustand wurde als Politisierung abgelehnt, der nur eine Entpolitisierung im Sinne der »objektiven« Landbundvorstellungen abhelfen konnte.

Die Abstimmungsform des Plebiszites ermöglichte es dem Kurhessischen Landbund, quer zu den politischen Verwerfungen im rechten Partienspektrum mit nationalen Parolen zu mobilisieren. Vor die Ja/Nein-Alternative gestellt münzte der Landbund seine Schwäche, in normalen Zeiten mit mehreren Parteien verbunden zu sein, in eine Stärke um und profilierte sich als sachlicher Garant über den Parteien. Die Jahre 1925 und 1926 boten hierzu zwei Möglichkeiten: die direkte Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen.¹³⁰

Der Landbund gab vor, »sich im Rahmen des Notwendigen unter

Wahrung der politischen Neutralität gegenüber den landwirtschaftsfreundlichen Parteien« zu betätigen. Tatsächlich hatte er eine wichtige Voraussetzung derer getroffen, die dafür in Frage kamen. Am 2. April 1925 entschied er sich definitiv für eine Zusammenarbeit mit allen Kräften, die der Parole schwarz-weiß-rot folgten. Die Reichspräsidentenwahl war nach Ansicht des Kurhessischen Landbundes überhaupt keine politische Wahl mehr, sondern eine »nationale Wahl«. Hier gab es an der einzig richtigen Wahl keinen Zweifel. Es galt im Verbund des Reichsblocks die »Landbundlösung: Für Hindenburg.«¹³¹ In allen Kreisen, in denen der Landbund stark vertreten war, wurde der Generalfeldmarschall des Ersten Weltkrieges mit deutlicher Mehrheit gewählt. In den oberhessischen Landkreisen Frankenberg und Marburg sowie in Waldeck, dessen Landbundorganisation noch selbständig und dem Reichslandbund direkt zugeordnet war, erreichte Hindenburg im zweiten Wahlgang 1925 weit über 70% der Stimmen.

Noch mehr zündeten die Parolen der Agrarvertreter beim Volksentscheid im Juni 1926. Der Landbund forderte seine Mitglieder und die gesamte Landwirtschaft treibende Bevölkerung auf, am 20. Juni 1926 zu Hause zu bleiben und nicht abzustimmen. Seine Agitation appellierte an die antisozialistischen Instinkte in der Landwirtschaft und stellte die simple Gleichung auf: »Erst mit den Fürsten fängt es an. Dann nimmt man sich der Kirche an. Und schließlich kommst Du, Bauer, dran!«¹³² Diese Parolen verfielen. In den Kreisen mit den höchsten Stimmanteilen für Hindenburg schnitten die Initiatoren des Volksentscheids besonders schlecht ab.

In der Mittelphase der Weimarer Republik kamen die programmatischen und weltanschaulichen Orientierungen der Landbundorganisation deutlicher zum Ausdruck als in der Anfangs- und Aufbauphase bis 1923/24. Kurhessens Unterverband des Reichslandbundes reihte sich dabei ein in eine lange Tradition agrarischer Protektionsforderungen und antisemitischer Schuldzuweisungen.¹³³ Nach seiner Ansicht bildeten Ackerbau und Landvolk die feste Grundlage des deutschen Staats- und Volkslebens. In Landbundkreisen wurde die nationalsozialistische Blut- und Bodenideologie geistig vorweggenommen. »Im deutschen Landvolk liegen die stärksten Wurzeln deutscher Art und Kraft. Landwirtschaft und Volkstum wurzeln in vaterländischem Boden. Die wesentlichen Bestandteile der Nation sind einmal der Volkskörper, zweitens das Land, auf dem dieser Volkskörper ruht. Aus beiden heraus wächst das Volkstum. Der gemeinsame Landraum und das gleiche in den Adern der Volksgenossen fließende Blut schaffen die Volkheit.«¹³⁴ Mit diesem Selbstverständnis ausgestattet, glaubte der Landbund am parlamentarischen System teilnehmen zu können. Unter dem Einfluß der deutschnationalen Regierungsbeteiligung seit 1925 milderte er seine Kritik am Parlamentarismus ab und sprach nicht nur von größeren Schwierigkeiten der freien wirtschaftspolitischen Organisa-

tion des Landvolkes, sondern auch von der außerordentlichen Bedeutung und der gestiegenen Verantwortung der Volksvertreter.¹³⁵

Die Phase des koalitionspolitischen Tauwetters im rechten Parteienspektrum wurde für den Landbund abrupt beendet durch die 1926/27 wieder einsetzende Agrarkrise, die die Dauerkrise der kurhessischen Landwirtschaft noch verschärfte.¹³⁶ Kurhessens Landwirtschaft wurde von der Agrardepression besonders hart getroffen, da seine niedrigere Betriebsgrößenstruktur wesentlich konjunkturanfälliger war als in Gegenden mit größeren Höfen. Viele Betriebe existierten schon lange vor 1927/28 am Rande des Existenzminimums. Immer wieder wurden in der Bauernpresse prominente Fälle von Güterversteigerungen in großem Stil ausgebreitet. Der bekannteste dieser Fälle war der ›Naumannhof‹, der einer konservativen Symbolfigur, dem Volksschriftsteller und Autor des ›Kasseler Sonntagsblattes‹ Heinrich Naumann, gehörte und am 13. Oktober 1927 zwangsversteigert werden sollte.¹³⁷ Dagegen stand eine breite Koalition aus örtlicher evangelischer Geistlichkeit, Lehrerschaft und Landbundfunktionären unter der Führung des wegen seiner antirepublikanischen Ausfälle bekannten Dekans Lehr aus Gladenbach auf.¹³⁸

Der Forderungskatalog des Kurhessischen Landbundes erweiterte sich daraufhin beträchtlich. Neben den gewohnten Protektionsmaßnahmen der Schutzzölle, die den hessischen Bauern gar nichts nützten, traten nun die Entschuldung der Betriebe, die Ermäßigung der Steuerlasten sowie langfristige Kredite und Hypotheken in den Mittelpunkt.¹³⁹ Die Schuldigen für die mißliche Lage der Landwirtschaft und seiner Interessenorganisation waren auch sehr schnell gefunden. In der politischen Agitation des Kurhessischen Landbundes fanden sich neben einem verschärften Totalrevisionismus, der in der Beteiligung am Young-Plan-Begehren 1929 gipfelte, immer mehr antisemitische Töne.¹⁴⁰

Die koalitionspolitischen Lockerungsversuche der Landbundführung und die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in der Landwirtschaft liefen zeitlich parallel, so daß das politische Profil des Landbundes, das sich 1925/26 so sehr bewährt hatte, unschärfer wurde.¹⁴¹ Die versöhnlicheren Töne gegenüber Parlament und Regierung ließen am Horizont die Möglichkeit einer parlamentarischen Einbindung konservativer Politik erscheinen. Doch gerade zu diesem Zeitpunkt radikalisierte sich die agrarische Klientel der Landbünde. Ähnlich den kommunistischen Erwerbslosen, deren Bereitschaft zu direkter Aktion ohne organisatorische Kanalisierung in der Weltwirtschaftskrise rapide anwuchs, wurde der Weg zwischen Krisenerfahrung und politischer Artikulation in der Landwirtschaft auf Kosten der herkömmlichen Landbundorganisationen immer kürzer. Da half auch die rasche Kehrtwende der Landbundorganisation nichts mehr, die die Mißerfolge der Landwirtschaftspolitik der Regierung, der Demokratie und

dem Parteienstaat, mit dem man eben noch seinen Frieden hatte machen wollen, in die Schuhe schob.

Im Vorfeld der 1928er Reichstagswahl verlieh die Christlich-nationale Bauern und Landvolkpartei (CNBL) dem landwirtschaftlichen Protest vehementen Ausdruck.¹⁴² Mit der Gründung der Landvolkpartei verband sich ein einschneidender Wechsel in den politischen Zielvorstellungen weg von der wirtschaftspolitischen Interessenvertretung in Parlament und Regierung hin zu berufsständischen Ordnungsmodellen und Agrarromantik. Die neue Landvolkpartei verfügte weniger über ein rational ausweisbares Programm und einen politischen Forderungskatalog, sondern sie warb mit einer kruden Mischung aus bäuerlicher Frömmigkeit und naturgegebener Ordnung. »Fern vom Getriebe der Welt, verbunden mit der fruchtbaren Mutter Erde, spürt der Bauer täglich die Allmacht Gottes in der Natur. Im harten Ringen um kärglichen Lohn wächst täglich dem Bauern die Liebe zur schweißgenetzten Scholle, die Liebe zur Heimat, die Liebe zum Vaterlande. Tief im Herzen ruht beim Bauern sein fester Glaube; tief in seinem Herzen trägt er auch die Liebe zu seinem Vaterlande.«¹⁴³ Die CNBL unterschied von den bisherigen Interessenvertretungslinien die schlichte Leugnung des Unterschiedes zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Ihr schwebten auch keine Forderungskataloge vor, sondern eine vollkommen neue staatliche Ordnung. Der Landbundvorsitzende Karl Hepp, der bisher für die DVP aufgetreten war, wurde Spitzenkandidat der CNBL. An zweiter Stelle bei der Landvolkpartei stand der Vorsitzende des Marburger Bauernvereins Johannes Mink. Die DNVP sah sich veranlaßt, noch mehr landwirtschaftliche Vertreter auf ihren Wahllisten zu berücksichtigen. Der stellvertretende Vorsitzende der kurhessischen Landbundorganisation Lind blieb bei der DNVP. Auf der deutschnationalen Liste für den preußischen Landtag stand der Agrarfunktionär Justi an erster Stelle.¹⁴⁴

Die Landvolkliste setzte den agrarischen Protest in Wählerstimmen erfolgreich um. Im Regierungsbezirk Kassel verlor die DNVP zwischen 1924 und 1928 ungefähr die Hälfte ihrer Wähler. Ihr Stimmanteil ging um etwa 10% zurück. Dennoch fing das Landvolk nicht alle deutschnationalen Stimmen auf. Auch die DVP verlor im gleichen Zeitraum 27,4% ihrer Stimmen. Die Nationalsozialisten erreichten 1928 nur 2,9%. Enttäuschte Landwirte müssen in großer Zahl der Wahlurne ferngeblieben sein.

Auch vom Waldecker Landbund, der wie das ehemalige Fürstentum bis 1929 unabhängig war, gingen bereits 1928 die meisten Wähler zur Christlich-nationalen Landvolkpartei über. Hier wurde der Erosionsprozeß der hergebrachten konservativen Vertretung Waldecks in der Weimarer Republik beschleunigt durch den Verlust der Selbständigkeit im Jahre 1929, als der Akzessionsvertrag mit Preußen endete und Waldeck auch territorial

Teil Preußens wurde. Die Landvolkpartei knüpfte an die tiefsitzende lokale Tradition der Eigenstaatlichkeit an und profilierte sich damit vor allen anderen Parteien, indem sie die politische Totalrevision mit regionalen Konfliktlinien auflud. Die CNBL wurde in den drei Waldecker Kreisen in der Endphase der Anschlußverhandlungen 1928 stärkste Partei. Die nationalsozialistischen Parolen gegen Parlament, Demokratie und Regierung trafen in Waldeck auf einen besonders fruchtbaren Boden, da hier der Verlust der politischen Eigenständigkeit mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage parallel verlief. In der Folge wurde Berlin mit seiner SPDgeführten Preußenregierung und die Wirtschaftskrise miteinander identifiziert.¹⁴⁵

Einen Wendepunkt im rechten Parteienspektrum stellten die Kommunal-, Landtags- und Kreistagswahlen vom November 1929 dar. Der vom Kurhessischen Landbund angeführte Zusammenschluß der rechten Gruppierungen und mittelständischer Interessenverbände, die ›Hessische Arbeitsgemeinschaft‹ (HAG) erlitt nach großen Erfolgen 1921 und 1925 schwere Einbußen.¹⁴⁶ Viele ihrer Wähler von 1925 blieben 1929 zu Hause. In mehreren Landkreisen traten neben der HAG lokale Interessenlisten auf. In vielen Fällen kandidierte das Landvolk mit einer eigenen Liste, daneben entstanden Mittelstandsparteien, evangelische und katholische Gruppen und eine Vielzahl von kleinen und Kleinstgruppierungen, die die Anliegen bestimmter Kreisteile vorbrachten. Am weitesten fortgeschritten war der politische Erosionsprozeß im Landkreis Ziegenhain, wo die HAG schon gar nicht mehr kandidierte. Dafür traten bei den Kreistagswahlen des Jahres 1929 die Deutsche Bauernpartei (4,2%), eine Liste Handwerk, Handel und Gewerbe (5,7%) und sieben ländliche Gruppen auf, die nur für einen Teil des Kreises kandidierten. Keine dieser zehn Sonderlisten erreichte mehr als 9,3%, zusammen machten sie jedoch 56% der abgegebenen Stimmen aus.¹⁴⁷ Einen Rekordtiefpunkt mit ausgesprochener politischer Protesthaltung wies Waldeck auf, wo nur ein Drittel der Wahlberechtigten seine Stimme abgab.

Zwischen den Reichstagswahlen 1928 und 1930 veränderten sich in Konsequenz der Niederlage bei den Wahlen 1928 die Personalstrukturen im Landbund. Im oberhessischen Zentrum des Landbundes legte der umstrittene Geschäftsführer des Hessischen Bauernvereins/Kreis Marburg Max Fürst als Konsequenz aus der Niederlage der Deutschnationalen bei den Maiwahlen sein Amt nieder und wechselte zur Schleswig-Holsteinischen Bauernorganisation, ein Indiz für überlokale Strukturen eines nun freilich auslaufenden konservativen politischen Sozialmilieus.¹⁴⁸ Der stellvertretende Vorsitzende des Kurhessischen Landbundes und DNVP-Reichstagsabgeordnete Bürgermeister Lind verließ ebenfalls die DNVP und schloß sich der Landvolkpartei an, für die er nun zusammen mit dem

kurhessischen Landbundführer Karl Hepp kandidierte. Hier sahen beide Funktionäre eine parteipolitische Auffanglinie für den agrarischen Protest nach dem Niedergang der DNVP.¹⁴⁹

Bei den Reichstagswahlen 1930 setzte sich der politische Auszehrungsprozeß der herkömmlichen nationalen Rechten weiter fort. Die durch ehemalige Deutschnationale verstärkte kurhessische CNBL stockte ihren Wählerstamm vom Mai 1928 um 12.000 Stimmen auf. Die DNVP hingegen verlor im Wahlkreis 19, zu dem der Kasseler Bezirk gehörte, drei Viertel ihrer Wähler von 1928. In allen ländlichen Kreisen lag die CNBL vor der DNVP, die sich nur in den Städten vor dem Landvolk behauptete. Die ländlichen Wähler, die 1928 noch zu Hause geblieben waren, entschieden sich auch im September 1930 noch nicht, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollten. Die Verluste der DNVP kamen der NSDAP, der CNBL und teilweise auch dem Christlich-sozialen Volksdienst (CSVP) zugute.

Dennoch konnte die CNBL ihren Erfolg von 1930 nicht wiederholen. Ihre divergierende Zusammensetzung aus eingeschworenen politischen Systemgegnern, Agrarromantikern und deutschnationalen Parteioppositionellen vom Schlage eines Heinrich Lind erschwerte ein geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit angesichts einer erstarkenden nationalsozialistischen Konkurrenz. Linds Position war nach den Septemberwahlen 1930 und den Auseinandersetzungen im rechten Lager so geschwächt, daß er noch im Oktober vom Präsidium des Reichslandbundes zurücktrat. Bei den preußischen Landtagswahlen 1932 waren die ehemaligen konservativen Hochburgen sämtlich in nationalsozialistischer Hand. Schon beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen in den ländlich-protestantischen Kreisen hatte Hitler überwältigende Zustimmung erhalten. Neben dem Rückgang der Stimmzahlen hatte die vom Landbund angeführte Hessische Arbeitsgemeinschaft auch rückläufige Mitgliederzahlen zu verkräften. Der Höhepunkt der Organisationskraft des Landbundes hatte in der Zeit der Lebensmittelzwangswirtschaft bis 1921 gelegen, als er annähernd 100.000 Mitglieder aufwies. Danach hatte im Landbund ein andauernder Mitgliederrückgang eingesetzt.

Der agrarische Protest radikalisierte sich in Kurhessen zwischen 1928 und 1931/32 und ging über die bisherige politische Vertretung der konservativen Parteien hinweg. Die Nationalsozialisten waren vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Agrarkrise allemal in der Lage, die Kritik der Agrarverbände und der Konservativen am Weimarer Staat politisch zu überbieten. Konservative Politik war damit im wesentlichen auf ihr subkulturelles Standbein beschränkt. Doch auch ihr Rückhalt im national gesinnten Protestantismus blieb während der Weimarer Republik gefährdet.

4.4.2. Evangelische Kirche und konservative Politik

Anders als der kurhessische Katholizismus, der nur ein Zentrum, seinen Bischofssitz Fulda, kannte, wies die evangelische Landeskirche zwei regionale kirchliche Loyalitätspole auf.¹⁵⁰ In der Universitätsstadt Marburg dominierte die liberale Theologie im Gefolge Wilhelm Hermanns, Rudolf Ottos und Martin Rades, während in der Bezirkshauptstadt Kassel orthodox-positive landeskirchliche Traditionen vorherrschten. Die nordhessische Kleinstadt Melsungen war daneben Zentrum der ›hessischen Renitenz‹. Sie kämpfte gegen den kirchlichen Anschluß an die altpreußische Union noch bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein.¹⁵¹ Während Marburg politisch und theoloisch lange Zeit eine Hochburg der Liberalen war, dominierten in Kassel Konservative in Theologie, Kirche und im bürgerlichen Parteienspektrum der Stadt.

Die beiden protestantischen Metropolen Kassel und Marburg besaßen eine unterschiedlich starke Ausstrahlung auf das politische Verhalten der evangelischen Bevölkerung. Die liberale Theologie blieb im wesentlichen ein akademisches Phänomen, das nachhaltig in die Wissenschaft hinein wirkte. Auch der politische Liberalismus stützte sich auf eine schmale bildungsbürgerliche Schicht. Seine subkulturelle Absicherung blieb gering. In der protestantischen Geistlichkeit Kurhessens breitete sich dagegen ein Pastorennationalismus aus, der anderen Landeskirchen in nichts nachstand.¹⁵² Sprachrohr dieser Richtung im kurhessischen Protestantismus war die Sonntagszeitung des Bezirkes, das ›Kasseler Sonntagsblatt‹. Seine Leserschaft verdoppelte sich etwa zwischen 1918 und 1929. Mit annähernd 130.000 Exemplaren (1929) war es die meistgelesene Zeitung im Bezirk, weit vor dem SPD-Organ ›Kasseler Volksblatt‹ und der katholischen ›Fuldaer Zeitung‹. Als Multiplikator verbreitete es national-protestantische Werthaltungen in die entlegensten Kirchenbezirke.¹⁵³

In der kurhessischen Pfarrerschaft fand der Pastorennationalismus besonders viele Anhänger. Die antisemitischen und nationalsozialen Thesen des Berliner Hofpredigers Adolf Stöcker wirkten lange in Nordhessen nach.¹⁵⁴ Gegen Ende des Ersten Weltkrieges arbeiteten viele kurhessische Pastoren in der Vaterlandspartei mit. Zusammen mit den Annexionisten hielt es das ›Pastoralblatt für den Konsistorialbezirk Cassel‹ des Pfarrervereins im Ersten Weltkrieg für eine sittliche Pflicht, darauf hinzuweisen, »daß das deutsche Volk seine Grenzen und seine Macht festigt, und, wo nötig auch erweitert, um einen zweiten Überfall solcher Feinde zu verhindern«.¹⁵⁵ Nach der Katastrophe ließ die evangelische Geistlichkeit, die sich durch ihr bedingungsloses Eintreten für die annexionistischen Forderungen der Vaterlandspartei restlos kompromittiert hatte, keinerlei Bereitschaft erkennen, ihren nationalistischen Standpunkt kritisch zu überprüfen.¹⁵⁶

Diese Eigenschaft teilten sie mit ihren deutschnationalen politischen Gesinnungsgenossen. Die evangelische Kirche Kurhessens und ihre Pastoren waren in vielfacher Weise mit der regionalen DNVP verquickt, so daß diese zeitweilig zum politischen Aktionsausschuß des konservativ-orthodoxen Protestantismus wurde. Der Kasseler Metropolitan Dithmar amtierte seit 1915 als erster Pfarrer an der Kasseler Christuskirche. In dieser herausgehobenen Position leitete er den kurhessischen Pfarrerverein und kandidierte gleichzeitig – hierin vergleichbar den katholischen Multifunktionären – für die DNVP.¹⁵⁷ Auch die evangelische Kirchenpresse ergriff Partei für die Deutschnationalen. Im Wahlkampf zur Nationalversammlung bezog sie unmißverständlich gegen Demokratie und Republik Stellung. Der Ausgabe vom 19. Januar 1919 des ›Kasseler Sonntagsblattes‹ lagen sogar deutschnationale Wahlzettel bei. Ähnlich den katholischen Hirtenbriefen zur Januarwahl appellierte das Kirchenblatt mit drastischen Worten an die Gewissen der evangelischen Christen, um sie von der Stimmabgabe für die Linksparteien abzuhalten. »Des Vaterlandes Wohl und Wehe ist am 19. Januar in Eure Hände gelegt! Befragt Euer Gewissen, eh ihr zur Wahlurne geht. Nicht politische Erwägungen *allein* können maßgebend sein. *Ein Volk ohne Religion ist dem Untergang verfallen.* Die hohen Güter des Christentums müssen geschützt, der Bestand der Kirche muß sichergestellt, der Religionsunterricht in der Schule muß gewährleistet werden.«¹⁵⁸

Die evangelische Sonntagspresse verschrieb sich mit besonderem Eifer dem Schulkampf gegen den preußischen Kultusminister Adolph Hoffmann. Als Wortführer trat Pfarrer Lehr gegen staatliche Vertreter mit scharfen Artikeln auf, in denen er die Revolution und die Politik der Volksbeauftragten wütend bekämpfte.¹⁵⁹ Lehr wurde in diesem Zusammenhang erstmals in der Öffentlichkeit bekannt. Seine antirepublikanischen Hetzreden machten ihn später zu einem der populärsten und umstrittensten evangelischen Pfarrer Kurhessens. Seine Invektiven gegen Demokratie und Republik wurden in der evangelischen Sonntagspresse veröffentlicht und von der Redaktion gedeckt. Zum Eklat kam es aufgrund der Osternummer des Jahres 1928, als Lehr glaubte, den Karfreitag mit antisemitischer Hetze feiern zu müssen. »Auch die Deutsche Republik wird von einem Kaiser regiert, allerdings nicht von einem Hohenzollernkaiser, sondern von einem internationalen Juden. Einer kann letzten Endes nur regieren. Regiert in Deutschland nicht der Hohenzollernkaiser, dann regiert der internationale Jude.«¹⁶⁰

Lehr und der Schriftleiter des Sonntagsblattes, Jacob Schwarz, wurden daraufhin angeklagt und im April 1929 zu Geldstrafe und Gefängnis verurteilt.¹⁶¹ Der Fall zog weite Kreise, beschäftigte den preußischen Landtag und wurde von der überregionalen Presse kommentiert.¹⁶² Die Bauern-

presse solidarisierte sich mit Lehr voll und ganz. Die ›Oberhessische Bauernzeitung‹ meinte gar, Lehr solle dieses Urteil als Orden und Ehrenzeichen tragen.¹⁶³

Wie nur an wenigen Punkten, so ließ dieser Anlaß eine sozialmoralische Solidarisierung quer durch alle sozialen Schichten erkennen. Für die Landbundorganisation betätigte sich das ›Kasseler Sonntagsblatt‹ seit 1919 als Sprachrohr der konservativen Bauernführer, genauso wie es seine zahlreiche Leserschaft über die DNVP-Parteinachrichten ständig auf dem Laufenden hielt.¹⁶⁴ Die Symbolfigur der Konservativen Staatssekretär a.D. Helfferich erhielt ebenfalls breiten Raum für seine Kritik am politischen Systemwechsel. An der politischen Ausrichtung der Presse wie auch der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Pastoren bestand in der Weimarer Republik kein Zweifel: Mit Gott gegen Republik und Erfüllungspolitik!

Auch der in Nordhessen verbreitete Antisemitismus fand in der evangelischen Kirchenpresse Hessen-Kassels einen prominenten Anwalt. Die gesamte Weimarer Republik begleitete sie mit Spekulationen über jüdisches Börsenkapital, internationales Judentum und jüdische Verschwörungen. In kaum einem anderen deutschen Sonntagsblatt wurde so unverblümt gegen die jüdische Bevölkerung gehetzt wie im ›Kasseler Sonntagsblatt‹.¹⁶⁵ Politische Gestalten des Antisemitismus erhielten regelmäßig nach ihrem Ableben würdige Nachrufe, genauso wie der Antisemitismus des Otto Böckel wach und in Ehren gehalten wurde.¹⁶⁶ Der Haß gegen Republik und Demokratie bewog das Sonntagsblatt dazu, den Münchner Umsturzversuch Hitlers vom November 1923 unter positiver Würdigung seiner Motive zurückhaltend und ohne ein Wort der offenen Kritik mitzuteilen. Was dem Sonntagsblatt an Hitler mißfiel, war bezeichnenderweise sein Sozialismus.¹⁶⁷

Evangelisches und katholisches Vereinswesen unterschieden sich in der sozialen Breitenstreuung. Der kurhessische Protestantismus kannte wenig schichtenspezifische Vereine, dafür vor allem sozial übergreifende, der kirchlichen Integration dienende Verbände. Zu den wenigen Verbänden für bestimmte soziale Gruppen im Protestantismus Hessen-Kassel zählten die evangelischen Arbeitervereine, die indessen schwach blieben. Überhaupt nicht vertreten waren evangelisch-konfessionelle Vereine für die mittelständischen Schichten und für die Landwirtschaft. Diese Funktion war weitestgehend ausgelagert und wurde vom konservativen Landbund wahrgenommen. Entsprechend spärlich fiel die evangelische Vereinspresse aus. Als ›Organ der evangelischen Vereine in Kurhessen, insbesondere des kurhessischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine und der kirchlich-sozialen Konferenz‹ stellte der ›Evangelische Vereinsbote‹ zum Jahresende 1920 sein Erscheinen ein. Die publizistischen Schwerpunkte des Protestan-

tismus waren dezentral und lagen in den größeren Stadtgemeinden. Die evangelischen Gemeinden in Kassel, Marburg und Hanau gaben ihre eigenen Kirchenzeitungen heraus. In Kassel erschienen sogar mit der ›Evangelischen Gemeinde‹ und dem ›Freiheitler Gemeindeblatt‹ zwei größere Kirchenzeitungen.¹⁶⁸ Neben dem Organ des Pfarrervereins besaß jedoch nur noch das weit verbreitete ›Kasseler Sonntagsblatt‹ größere Verbreitung in der gesamten Landeskirche.

1925 existierten nach Angaben der Pfarrämter im Bereich der evangelischen Landeskirche Hessen-Kassel an engeren kirchlichen Vereinen: 92 Zweigvereine des Evangelischen Bundes, 97 Heidenmissionsvereine, 64 Posaunenchor, 139 Kirchenchor, an Geschlechts- beziehungsweise altersspezifischen Vereinen 79 Müttervereine, 21 Hausfrauenvereine, 64 Frauenvereine Frauenhilfe, 19 Jugendbünde für entschiedenes Christentum, 193 Jungmädchenvereine, 80 Jungmännervereine, 10 Männer- beziehungsweise Volksvereine und 10 Arbeitervereine.¹⁶⁹ Evangelische Vereine, die das Konfessionsinteresse vertraten, waren in erster Linie defensiv ausgerichtet, obwohl im Bezirk wie auch im Reich die Protestanten in der überwältigenden Mehrheit waren. Diese Mehrheitsposition wirkte sich jedoch nicht stülbildend auf die protestantische Organisationskultur aus. Sie wurde vielmehr von Erfahrungen der Bedrohung protestantischer Identität in den Hintergrund gedrängt, v.a. durch den kometenhaften Aufstieg ihres schärfsten Gegners, der marxistischen Sozialdemokratie, im Zentrum evangelischer Traditionen in Kurhessen, dem Sitz der Kirchenbehörden Kassel. Die Industrialisierung belastete die Ausbildung einer spezifischen protestantischen Identität in der Industriegesellschaft mehr als dies im vergleichsweise rückständigen katholischen Raum der Fall war. Gleichzeitig nahm die evangelische Kirchenleitung sehr genau wahr, wie die straff organisierte katholische Minderheit ihren Einfluß ausbaute. Das Vordringen mächtiger politischer Gegner und die fortschreitende Entkirchlichung verhinderten die zweifelsfreie Ausbildung eines kirchlichen Selbstverständnisses im evangelischen Raum. Dessen ideologische Flucht- und Einheitspunkte wanderten immer mehr aus dem Alltag und der Gegenwart aus. Weltgerichtliche Endzeitvorstellungen und die Heiligsprechung der Nation stellten die neue Auffanglinie dar, mit der der kurhessische konservative Protestantismus vor den Herausforderungen der Massengesellschaft glaubte bestehen zu können. Religion kondensierte in diesem Prozeß zur defensiv ausgerichteten Weltanschauung, die in andere Formensprachen der politischen Religion mühelos übersetzbar blieb.¹⁷⁰

4.4.3. Der Evangelische Bund

Die einflußreichste unter den betont konfessionell-protestantischen Organisationen war der Evangelische Bund, der im Konsistorialbezirk Kassel 1890 durch den Zusammenschluß der bestehenden Zweigvereine gegründet worden war.¹⁷¹ Vor dem Ersten Weltkrieg erlangte der Evangelische Bund seine größte Organisationsdichte, als er in Kurhessen in 1912 Ortsvereinen ca. 17.000 Mitglieder zählte. Diesen Stand erreichte er nach 1918 nicht mehr, blieb jedoch der immer noch am weitesten verbreitete evangelische Verband. Gründungszweck und fortwirkende Antriebsfeder der Verbandsarbeit bildete die schlagkräftige Organisation evangelischer Interessen. »Der Evangelische Bund ist zum *Schutz* der Evangelischen Kirche gegründet und zur Pflege des evangelischen Gemeinschaftsgefühls gegründet. *Kampf* gehört mit zu seinen Aufgaben. ... Denn mag auch vor 40 Jahren der preußische Staat mit der römischen Kurie Frieden geschlossen und ihn im vorigen Jahr mit einem Konkordat besiegelt haben, von einem Frieden zwischen Rom und Wittenberg ist keine Rede, der Gegensatz ist zu tief begründet.«¹⁷²

Die enge Bindung an die Monarchie und die Harmonie von Thron und Altar prägte die politische Haltung des Evangelischen Bundes von Anfang an genauso wie ein schon fast defensiv zu nennender Antikatholizismus. Sein Gründungsmitglied Professor Hüpeden vertrat für die Konservative Partei den Kasseler Reichstagswahlkreis zwischen 1893 und 1898 in Berlin. Hüpeden war zugleich Vorsitzender des evangelischen Arbeitervereins und bekämpfte als konservativer Politiker die Sozialdemokratie. Die antikatholischen Ressentiments wuchsen nach 1918 mit dem Zusammenbruch der evangelisch dominierten Monarchie. Der Wechsel des politischen Systems wurde unter dem Blickwinkel des Positionsverlustes wahrgenommen, zumal das Zentrum zur langjährigen Regierungspartei aufrückte. Evangelische Statusängste und deutschnationale Positionen gingen nahtlos ineinander über.

Die alljährlich im Oktober stattfindenden Bundesfeste dienten der Mitgliedermobilisierung und Artikulation konfessionspolitischer Interessen. Unter dem Stichwort »konfessioneller Friede« versuchte der Evangelische Bund bei jeder sich bietenden Gelegenheit das katholische Machtstreben zu geißeln und die Protestanten kirchlich zu mobilisieren. Das Preußenkonkordat mit dem Heiligen Stuhl 1929 bestätigte die Spitzenorganisation der Protestanten in ihren Befürchtungen. Daß man im Evangelischen Bund immer noch Preußen mit den Augen von vor 1914 sah, wurden in den politischen Stellungnahmen der Endphase der Weimarer Republik sichtbar. Anlässlich der Preußenwahlen vom April 1932 glaubte das Präsidium des deutschen Evangelischen Bundes feststellen zu müssen, daß »die

verhängnisvolle Verbindung sozial-revolutionärer Mächte und römisch-katholischer Politik ... die Zersetzung des Geistes, der Preußen gegründet und groß gemacht hat«, bewirkte. Der Bund appellierte zum wiederholten Male an die protestantischen Gewissen seiner Mitglieder, daß Preußen »von der Herrschaft ihm wesensfremder Mächte befreit und aus seinen alten in der Reformation wurzelnden Kräften heraus erneuert wird«.¹⁷³

4.4.4. Die kurhessischen Kriegervereine

Während die konservativen Agrarverbände ihren Mitgliederrückhalt in den ländlichen Gebieten hatten und das evangelische Vereinswesen sich auf die vielen Kleinstädte Nordhessens konzentrierte, wiesen die verbreiteten Kriegervereine beide Merkmale auf: Sie waren sowohl in städtischen bürgerlichen Schichten als auch auf dem Land vertreten. Vereinsanliegen war das Andenken an die Kriege von 1870/71 und 1914/18. Agrarische Interessen kamen indessen genauso zu Wort, wie eine nationale und kirchliche Gesinnung zu ihrer Festkultur dazugehörte.¹⁷⁴

Ihre Organisationsquote war in kleinen Gemeinden mit bis zu 50 Einwohnern und einem relativ hohen Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung besonders hoch. Dort fand sich ein Viertel bis ein Drittel der männlichen Bevölkerung über 20 Jahre in den Kriegervereinen zusammen. Aber auch in den größeren Landstädten wie Rotenburg, Bebra oder Melsungen war jeder fünfte bis sechste männliche Einwohner über 20 Jahre in einem Kriegerverein organisiert. Zentren der Kriegervereine bildeten Kassel und Marburg. Diese beiden mitgliederstärksten Unterorganisationen verfügten über eigene Frauen- und Jugendgruppen. Die Kriegervereinspresse (»Kyffhäuserzeitung«) fand in Kassel, Marburg und Hanau guten Absatz. Nach ihrer Zahl wie auch nach ihren Mitgliedern waren die Kriegervereine in den katholischen Landkreisen Osthessens schwächer verbreitet.¹⁷⁵

Politisch-ideologisch blieben die Kriegervereine einem rückwärts gewandten Politikverständnis verpflichtet. Dem entsprach ihre Altersstruktur. Der kurhessische Kriegerbund antwortete zwar auf den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Überalterung mit dem Hinweis, über 60% seiner Mitglieder hätten am Weltkrieg teilgenommen. Im Kasseler Kriegerverein überwogen indessen wesentlich mehr ältere Mitglieder als in Marburg, wo der Anteil an studentischen Kriegsteilnehmern höher war.¹⁷⁶ Dennoch traf das propagierte Ideal der kriegerischen Jugend nicht auf die Kriegervereine zu. Von den 35 Vorsitzenden der Rotenburger Kriegervereine des Jahres 1931 waren 17 älter als 50 Jahre und weitere 14 zwischen 40 und 50 Jahre alt.¹⁷⁷ Mit knapp 40.000 Mitgliedern in der Endphase der Weimarer Republik

zählte der Kriegerbund Kurhessen und Waldeck zu den mitgliederstärksten Massenorganisationen im Bezirk.

Die Kriegervereine waren Teil des dörflichen Netzwerkes aus Landwirtschaft und evangelischer Kirche. In 16 der 34 nachgewiesenen Kriegervereine im Landkreis Melsungen standen Landwirte dem Verein vor. Die Vereinsvorsitzenden bekleideten in vielen Fällen nebenberuflich kommunale Ämter. Unter den 35 Kriegervereinsvorsitzenden des Landkreises Rotenburg fanden sich 1931 der Vorsitzende des Kreisbauernvereins, der Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Sontra, vier Bürgermeister, sechs Abgeordnete in Gemeindeparlamenten und im Kreistag, drei Gemeindegemeinschaften und ein Gemeindegemeinschaftler, ein Indiz für die Dominanz von Honoratioren- und Multifunktionsstrukturen.¹⁷⁸

Der enge lebensweltliche Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und evangelischer Kirche in den Landgemeinden Nordhessens schlug sich in gemeinsamen politischen Einstellungen nieder. So fand bei den Kriegerverbandsfesten regelmäßig ein Feldgottesdienst statt, der den gottgefälligen Charakter der eigenen politischen Anschauung herausstellte.¹⁷⁹ Evangelische Kirchenräte traten bei den Vereinsfesten auf. Der Geheime Konsistorialrat Trepte brachte das Selbstverständnis der Kriegervereine zum 25. Jahrestag der Unterorganisation in Kassel-Stadt auf folgenden Nenner: »25 Jahre Kreiskriegerverband. Das bedeutet: 25 Jahre hindurch ein klares entschiedenes Bekenntnis gereifter Männer zu dem Großen und Guten und für unser Volk Lebensnotwendigen, das sich in unserem alten Heere verkörperte. Erst zwei Jahrzehnte hindurch, als unser Heer noch bestand, ein frohes stolzes Bekenntnis; seit fünf Jahren ein Bekenntnis voll Trauer und Scham, aber zugleich mit dem festen Willen, daß wieder erstehen soll, was an unserem alten Heere – nun eben groß und gut und für unser Volk lebensnotwendig war.«¹⁸⁰

Derartige Zirkelschlüsse fanden Beifall in der zu über zwei Dritteln aus Kriegsteilnehmern bestehenden Mitgliedschaft der Kriegervereine. Die vaterländische Liturgie wiederholte sich Jahr für Jahr im Kalender der nationalen Gedenktage. Zur Feier boten sich den Kriegervereinen auch in der Republik zahlreiche Anlässe. Sie traten in großer Aufmachung öffentlich zum Reichsgründungstag am 18. Januar, zur Bismarckfeier am 1. April und zur Sedansfeier am 2. September in Erscheinung.

Daneben gestalteten sie politisierte Gedenktage wie den Volkstrauertag im März, Regimentstage, die Rheinlandfeiern und die Schlageterfeiern. Die Organisationen der Weltkriegsteilnehmer übernahmen zudem die Erziehung und Pflege einer Vielzahl von Kriegerdenkmälern für die gefallenen Söhne Kurhessens.

In ihrer Arbeit berührten sie sich auf das engste mit den Vaterländischen Vereinen, die – ebenfalls in kaiserlichen Zeiten entstanden – die nationale

Festkultur mitbestimmten. Alleine in Kassel waren dem Verband der Vaterländischen Vereine neun Vereinigungen mit der gleichen nationalen Gesinnung, aber abweichenden Arbeitsschwerpunkten angeschlossen: der Alldeutsche Verband, die Offiziersvereinigung des Infanterieregimentes 83, die Offiziersvereinigung des Infanterieregimentes 167, der Deutschbund, der Deutsche Seeverein, der Nationalverband deutscher Offiziere, der Ostmarkenverein, der Deutsche Wehrverein und der Verein Jungdeutschland. Die DNVP verfügte in Kassel und Marburg über eine Jugendabteilung, den Bismarckbund. Daneben existierte eine Jugendabteilung der Kriegervereine, der Kyffhäuserbund.¹⁸¹ Dennoch konnte von einem evangelischen Vereinscurriculum wie im Katholizismus keine Rede sein. Die Jugendausleger der Kriegervereine und der DNVP stellten eher Adaptionen aus Vereinsstrukturen der anderen Milieus dar.

Die zahlreichen nationalen Vereine und Verbände teilten eine im wesentlichen an nationalen Parolen ausgerichtete politische Sozialmoral. Ihr Nationalismus war Allgemeingut in breiten bürgerlichen und landwirtschaftlichen Kreisen. Dennoch gelang es vor dem Auftreten der absolutistischen Integrationspartei NSDAP nie, diese relativ homogene nationale Gesinnung auch politisch in einer Partei zu bündeln.¹⁸² Im rechten Parteienspektrum warben zwar alle Parteien mit den ideellen Etiketten »national«, »Vaterland« oder »deutsch«, sie unterschieden sich jedoch erheblich in ihren materiellen Interessen. Der Nationalismus vermochte als abstrakte Integrationsideologie gerade wegen seiner Allgemeinheit die sozialmoralischen Vorstellungen weiter Kreise zu prägen.¹⁸³ Damit ließen sich jedoch vielerlei politische Einstellungen verbinden, die ihren Ausgangspunkt in unterschiedlichen materiellen Interessen hatten. Unter dem weiten Mantel des Nationalismus fanden so unterschiedliche Vertreter wie der Syndikus der exportorientierten Kasseler Handelskammer Thaneiser und der stellvertretende Vorsitzende des Kurhessischen Landbundes Lind Platz, während der Vorsitzende des Landbundes Hepp bei der wirtschafts- und rechtsliberalen DVP kandidierte. Überhaupt scheint die DNVP auf die Syndici der Wirtschaftsverbände im Regierungsbezirk Kassel einen nachhaltigen Eindruck gemacht zu haben. Auch der Fuldaer und der Hanauer Handelskammersyndikus traten für die Deutschnationalen auf. Eine derartig heterogene Koalition aus sehr unterschiedlichen materiellen Interessen wurde nur durch das verbindende ideelle Interesse »Nation« zusammengehalten. Die kurhessischen Nationalsozialisten versprachen auch hier mehr, als die Rechtsparteien je bieten konnten: die Befriedigung ihrer ideellen und materiellen Interessen.

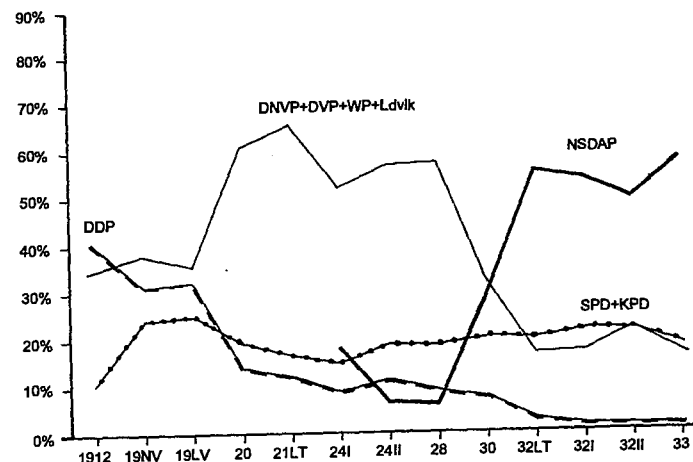
4.5. Liberalismus und konservative Politik in Hessen-Kassel

Im Unterschied zu Kassel und Hanau waren in der Universitätsstadt Marburg Konservative und freisinnige Liberale politisch tonangebend. Das Fehlen einer starken Arbeiterbewegung begünstigte den politischen Aufstieg der linksliberalen Fortschrittspartei und später der Demokratischen Vereinigung in der Universitätsstadt. Der Marburger Linksliberalismus stellte bis 1914 die einzige ernstzunehmende Alternative zur konservativen politischen Kultur dar. Ihren stärksten Rückhalt fand die liberale Linke Marburgs im akademischen Raum, bei liberalen Theologen und vom Neukantianismus Paul Natorps beeinflussten Intellektuellen. Der Marburger Linksliberalismus erreichte seine Blütephase zwischen den Reichstagswahlen 1903 und 1912. Zu Beginn der Weimarer Republik hatte er seinen Höhepunkt bereits überschritten. Ihr Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 hatte andere Ursachen: »In der Tat meinte der vor dem Schreckgespenst Spartakus grauende Pfahlbürger sich schutzsuchend bergen zu können hinter dem festen Schild ›Demokratie‹. ... Der rote Schrecken störte des Bürgers Beschaulichkeit, und also geschah es, daß die DDP mit 75 Abgeordneten sich einstellte.«¹⁸⁴ Als die Linksliberalen ihre Funktion als parlamentarische Gewähr gegen eine sozialistische Alleinregierung erfüllt hatten, ließ ihr Wählerückhalt deutlich nach. Bei den Juniwahlen 1920 fielen sie weit hinter die Rechtsparteien DNVP und DVP zurück.

Die protestantischen Hochburgen Kassel und Marburg unterschieden sich in ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur. Die fehlende industrielle Entwicklung Marburgs bot eine günstige Voraussetzung für das Überdauern der liberalen Utopie einer berufsständisch gegliederten, klassenlosen Bürgergesellschaft auf paternalistischer Grundlage, die im akademischen Raum der Universitätsstadt Anhänger fand.¹⁸⁵ In Kassel traten die sozialen Fragmentierungen im Gefolge einer verspäteten und gedrängten Industrialisierung stärker hervor. Hier nahmen breite bürgerliche Schichten eine eher defensive politische Haltung ein und wandten sich frühzeitig der DNVP zu. Die starke Stellung der politischen Arbeiterbewegung in Kassel schränkte den politischen Spielraum der DNVP deutlich ein. Umgekehrt äußerte sich die schwache Stellung der SPD in Marburg in frühzeitigeren und im ganzen stärkeren Erfolgen der NSDAP.¹⁸⁶

Während der Linksliberalismus in Marburg vor 1914 zur bestimmenden Kraft aufrückte, blieb er in Kassel bedeutungslos. In der Bezirkshauptstadt dominierten im bürgerlichen Lager die Nationalliberalen. In beiden Städten vereinigten sich im Dezember 1918 der nationalliberale Wahlverein und die Fortschrittliche Volkspartei (Kassel) beziehungsweise die Demokratische Vereinigung (Marburg) zur DDP.¹⁸⁷ Die stärkere nationale Tradi-

Graphik 5: Wahlen in Marburg, 1912–1933, nach politischen Blöcken



Quelle: Klein, Hessen, Bd. 1 und Bd. 2, HLZ, OZ.

tion im Kasseler Liberalismus wirkte noch lange nach. Die Kasseler Linksliberalen waren in der Weimarer Republik deutlich nationaler als der Marburger ethische und theologisch inspirierte Liberalismus.

Die akademische Prägung des Liberalismus wirkte sich auf die programmatischen Einstellungen und die politische Kultur der Liberalen nachhaltig aus. Ihr Politikverständnis war zwar demokratisch aber tendenziell unparlamentarisch. Dem Ansatz beim ideellen Interesse waren Pluralismus und Parteien ebenso fremd wie der konservativen Politik. Die schon während der Novemberereignisse und verstärkt 1919 einsetzende Organisationsbewegung mittelständischer Gruppen wie der Angestellten, Beamten und des Handwerks entfremdete weite Teile der Marburger Gesellschaft den Linksliberalen. Das Politikangebot der DDP war im Januar 1919 nur deshalb noch einmal erfolgreich, weil es die Garantie gegen eine sozialistische Alleinregierung darstellte. War diese Gefahr einmal gebannt, brachen sich rückwärts gewandte Politikmuster Bahn.

Die Integrationsfähigkeit des Marburger Liberalismus blieb begrenzt. »Organisation ist immer eine schwache Seite des liberalen und demokratischen Bürgertums gewesen.«¹⁸⁸ Es gelang ihm nicht, ein Netz von vopolitischen Vereinen und Verbänden aufzubauen. Wesentliche Ursache hierfür war das Fehlen einer von einer hinreichend großen Gruppe geteilten Sozialmoral. Daher schafften es die Marburger Linksliberalen im ganzen nicht, ihre Ideologie zu organisieren und das organisierte Vereinsleben

ideologisch zu überformen. Der liberalen Theologie stand in Marburg ein wesentlich kirchenferneres Publikum gegenüber, als dies im orthodox-positiven Konservativismus ländlicher Prägung der Fall war. Die relativ niedrige Kirchlichkeit und die bewegte Bevölkerungsgeschichte verhinderten die Ausbildung einer von breiten Schichten getragenen liberalen Sozialmoral. Auch die Marburger Linksliberalen schafften nach der durch den Antisemiten Otto Böckel vorangetriebenen Fundamentalpolitisierung nicht den Wandel von einer Honoratiorenpartei zur Massenpartei. Das liberale Integrationsmodell orientierte sich an programmatischen Aussagen sowie Personen und zeigte sich wenig anpassungsfähig gegenüber der veränderten Situation nach 1918. Noch in der Weimarer Republik waren die Liberalen des Bezirks eine Partei der großen Einzelpersonlichkeiten wie der Marburger Professoren Martin Rade und Walter Schücking oder des Kasseler Regierungspräsidenten Ferdinand Friedensburg.

Das rasche Vordringen konservativer Politik in Marburg zwischen 1919 und 1920 wurde durch die studentische Radikalisierung noch weiter beschleunigt. Die noch geteilte Vorkriegskultur in Liberale und Konservative vereinheitlichte sich zusehends unter dem Vorzeichen gemeinsamer Distanz zu Demokratie und Republik. Konservative Politik knüpfte in Marburg zudem an eine rechtsstehende studentische politische Kultur an. Deren Ultrationalismus und Antisemitismus stand von Anfang an in scharfem Gegensatz zum neuen Staat. Die weitgehend von Kapital und Konsumtion abhängige Marburger Gesellschaft reagierte politisch hochsensibel auf die inflationäre Entwertung ihrer Vermögen und wirtschaftlichen Grundlagen. Hinzu kamen Statusängste breiter mittelständischer Schichten, die in der Universitätsstadt bereits sehr früh in Panik gerieten.

Die nordhessische konservative politische Kultur stand in engstem Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Interessen und einem betont nationalen Protestantismus. Ein relativ homogenes ideelles Interessenkartell aus Pastorennationalismus und agrarischem Konservativismus stellte den organisierten Rückhalt der Rechtsparteien dar.¹⁸⁹ Konservative Politik wurde abgestützt durch Massenorganisationen wie den Kurhessischen Landbund und die Kriegervereine. Der Nationalismus der Pastoren wirkte durch die hohe kirchliche Bindung ländlicher Schichten in breite Schichten, während die liberale Marburger Theologie kaum einfaches Publikum fand. Als konservative Integrationsideologie bildete der Nationalismus einen Resonanzboden für die immer aggressiveren Parolen der nationalistischen Rechten. Im Falle der Konservativen trat der am Katholizismus beobachtete zirkuläre Milieuzusammenhang zwischen Organisation der Ideologie und Ideologisierung der Organisationen deutlich zutage. Für die fließenden Grenzen zwischen Kirche, Agrargesellschaft und deutschnationaler Politik standen der Kurhessische Landbund, die evangelische Kirchenpresse, der

Pfarrerverein und die Kriegervereine. Die DNVP stellte zeitweise den politischen Aktionsausschuß einer breiteren Subkultur dar, was den Liberalen nur in Ansätzen gelungen war.

Die liberalen Verbände der Lehrer und Beamten hingen nach der Ernüchterung der Jahre 1919 und 1920 je länger je mehr einem parteienfernen Objektivismus an. Der politische Charakter ihrer Organisationen trat gegenüber konkreten Fragen der Besoldung und Personalpolitik zurück. Im Unterschied hierzu verstanden sich die konservativen Agrarverbände explizit als wirtschaftspolitische Organisationen. Sie erhoben politische Forderungen an die Parteien und sprachen Wahlempfehlungen aus. Ihre immer rabiaten Forderungen sprengten jedoch auf die Dauer das bestehende Parteiensystem. Spätestens ab 1928 neigten sie zur fundamentalen politischen Systemkritik in eigenständigen Landvolklisten. Weil somit die eindeutige Zuordnung konservativer Organisationen zu einer bestimmten Partei gefährdet wurde und gleichzeitig mehrere politische Parteien um konservative Stimmen konkurrierten, verschwamm das Profil des konservativen politischen Sozialmilieus. Immer mehr Parteien wetteiferten um die politische Vertretung der konservativen Organisationskultur: die DNVP und die DVP, die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei und der Christlich-soziale Volksdienst, der 1930 überraschende Erfolge verbuchte. Der erfolgversprechendste Versuch auf kommunaler Ebene blieb die unter der Ägide des Kurhessischen Landbundes zustande gebrachte ›Hessische Arbeitsgemeinschaft‹. Zwischen 1921 und 1925 gelang ihr die Sammlung breiter bürgerlicher Kreise. Aber auch sie hielt die Radikalisierung nicht auf. Da materielle und ideelle Interessen nicht auf mittlerer Ebene, d.h. über regionale und lokale Bezugspunkte miteinander verbunden waren, erhielt auf der schiefen Ebene des Nationalismus der Meistbietende den Zuschlag. Dies waren aber nicht mehr die Deutschnationalen.

5. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu

Die politischen Sozialmilieus der Katholiken, Liberalen und Konservativen verband ihre schichtenheterogene Zusammensetzung. Der sich daraus ergebende übergreifende soziale Integrationszwang nahm bei den relativ homogenen Teilkulturen der Sozialdemokraten und der Kommunisten einen wesentlich geringeren Stellenwert ein. Deutlich von den Hochburgen der anderen politischen Sozialmilieus abgegrenzt beherrschten sowohl die Kasseler als auch die Hanauer Arbeiterbewegung lange Zeit die politische Szene in ihren Städten. Beide Städte waren schon vor 1914 Zentren der Arbeiterbewegung gewesen, in beiden hatte die SPD 1912 das Reichstagsmandat erobern können. Dennoch hatten beide Hochburgen – zu Teilen schon vor 1914 – sehr unterschiedliche Entwicklungen genommen. Kassel blieb in der Weimarer Republik Vorort der reformistischen Sozialdemokratie, während sich die Hanauer Arbeiterbewegung radikalisierte und ein regionales Zentrum der KPD wurde. Kassels Vorkriegssozialdemokratie wurde vom Redakteur der Kasseler kommunistischen ›Arbeiterzeitung‹ Richard Wagner unter dem vielsagenden Titel: »Zigeunerblut im Akten-schrank«¹ charakterisiert, während Hanau Rosa Luxemburg mit einem Mandat für den Jenaer Parteitag 1913 versah. Die politische Dissoziation der beiden regionalen Arbeiterkulturen in der Weimarer Republik wirft daher auch Fragen nach unterschiedlichen Arbeiterkulturen vor 1914 auf. Anders als bei Liberalen und Konservativen waren die Hochburgen von SPD und KPD deutlich getrennt. Beide konkurrierten zwar um die gleiche Klientel. Die KPD löste die SPD aber nur in ihren Hanauer Hochburgen ab, nicht aber in Kassel. Die regionalen Konfliktmuster von Sozialdemokraten und Kommunisten unterschieden sich deutlich von denen des Liberalismus und der Konservativen, weshalb das sozialdemokratische und das kommunistische Arbeitermilieu anders als bei Liberalen und Konservativen in zwei Kapiteln erörtert werden.²

5.1. Das sozialdemokratische politische Milieu

Die politische Arbeiterbewegung Kassels stand von Anfang an in der lassalleianischen Tradition. Der Anspruch auf demokratische Teilhabe im Gefolge der 1848er Revolution verschärfte sich noch durch das reaktionäre Regiment der Kasseler Kurfürsten. Die Frühzeit der Arbeiterbewegung zumindest im Kasseler Raum war bis 1866 geprägt von politischer Repression bei gleichzeitig ausbleibendem wirtschaftlichem Wandel und sozialer Fragmentierung. Im Anschluß an verschiedene Organisationserfolge in der Restaurationszeit entstand am 18. März 1867 eine Ortsgruppe des ›Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins‹ (ADAV), die einen Monat später bereits 260 Mitglieder zählte.³ Auch nach der 1875 erfolgten Vereinigung mit der Ortsgruppe der ›Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei‹ August Bebel, die 1872 gegründet worden war, blieb der Einfluß Lasalles in Kassel vorherrschend. Frühe politische Erfolge der Kasseler Arbeiterbewegung führten schon 1877 zur Gründung einer eigenen Parteizeitung, dem ›Hessischen Volksblatt‹, dessen Lokalredakteur Wilhelm Pfannkuch (Jahrgang 1841) wurde. Er blieb auch noch als Senior der Kasseler SPD Repräsentant ihrer radikaldemokratischen Ursprünge. 1919 eröffnete er als Alterspräsident die Weimarer Nationalversammlung. In der Kasseler sozialdemokratischen Festkultur blieben die Feiern zum Todestag Lasalles ein ebenso fester Bestandteil wie die Märzfeiern zum Gedenken an die Gefallenen von 1848, die ab 1898 begangen wurden.⁴

Den Schwerpunkt der Kasseler Arbeiterbewegung bildete die gewerkschaftliche Arbeit. Die Ursprünge der Kasseler Gewerkschaftsbewegung lagen zum einen in der erfolgreichen Organisation von Handwerkern wie der Schuhmacher, Tischler oder Schneider und den vielfach auch andernorts tonangebenden Tabakarbeitern.⁵ So gründete Friedrich Ebert während seiner Wanderjahre als Geselle die Kasseler Filiale des Sattlerverbandes.⁶

Der Aufschwung der Kasseler Gewerkschaften gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde in erster Linie von den im DMV organisierten Arbeitern der aufstrebenden Kasseler Metallindustrie getragen. Führer der Kasseler Metallarbeiter war Albert Grzesinski, neben Philipp Scheidemann der bekannteste Kasseler Sozialdemokrat. Die Bedeutung der Gewerkschaftspersönlichkeiten in der Partei und deren Mitgliederentwicklung belegt die enge Verbindung zwischen gewerkschaftlicher Interessenvertretung und politischer Organisation in Kassel. 1913 zählte der Kasseler ADGB 3.948 Mitglieder. Die Kasseler SPD umfaßte hingegen 1.692 Mitglieder, was 42,9% der Gewerkschaftsmitglieder entsprach.⁷

Die zögerliche Industrialisierung der Provinzhauptstadt ließ eine tiefgestaffelte sozialdemokratische Organisationskultur erst in den 1890er Jah-

ren entstehen. Im Herbst 1891 wurde das Kasseler Gewerkschaftskartell, 1892 der Arbeiter-Bauverein, der Eisenbahn-Konsumverein und die ›Kasseler Freie Volksbühne‹, 1893 der Arbeiterbildungsverein ins Leben gerufen.⁸ Erst zu diesem Zeitpunkt war eine genügend große kritische Masse an Arbeitern im Zuge der Nahwanderung nach Kassel gekommen, die der sozialdemokratischen Mobilisierung aufgrund ihrer Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen zugänglich war. Das Nebeneinander von abhängiger Lohnarbeit in der Industrie und selbständiger nebenerwerblicher Landwirtschaft nach Feierabend wirkte einer Radikalisierung entgegen. Gesellschaftliche Enteignungspläne konnten in einer Arbeiterschaft, die selbst Produktionsmittel in Form von Hof und Land besaß, keine Mehrheit finden. Wer in eigener Verantwortung und mit Hilfe seiner Familienangehörigen – vor allem der Ehefrauen – nach Feierabend Selbstausbeutung betrieb, konnte schwerlich die Speerspitze des revolutionären Arbeiterprotestes gegen die entfremdete Lohnarbeit und die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Betrieben bilden. Stattdessen blieben die Arbeiterbauern den Deutungsmustern ihrer Umgebung verhaftet und nahmen an deren Vereinsleben teil. Die politisch-kulturellen Orientierungsmuster im Arbeiter- und Bauernmilieu der Kasseler Umlandgemeinden bedingten andere politische Verhaltensmuster, als dies in reinen Proletariertvierteln oder -städten wie in Hanau, im Ruhrgebiet oder im Raum Halle-Merseburg der Fall war. Aber auch die städtischen Kasseler Facharbeiter neigten nicht zum Radikalismus. Die Kasseler Arbeiterbewegung nahm an den intellektuellen Debatten der Sozialdemokratie im Kaiserreich nicht teil.

Gerade die Frage der Mitgliedschaft in bürgerlichen Vereinen warf ein Schlaglicht auf den lebensweltlich bedingten soziokulturellen Unterschied zwischen den in der Sozialdemokratie organisierten Arbeiterbauern im Landkreis Kassel und den städtischen Facharbeitern. Die mehr der Facharbeiterschaft zuzurechnenden Industriearbeiter in der Stadt Kassel wiesen nicht zuletzt auch deswegen andere Wert- und Ordnungsvorstellungen auf, weil sie in homogeneren Sozialräumen beheimatet waren, während viele der Industriearbeiter auf dem Land in die dörflichen kleinräumigen Sozialbezüge integriert waren.⁹ Die von Facharbeitern getragene sozialdemokratische Parteiorganisationen in Kassel-Stadt und die der Arbeiterbauern in Kassel-Land unterschieden sich in ihrem politischen Auftreten. Die Sozialdemokraten in der Stadt und im Landkreis standen nicht nur in andersartigen lebensweltlichen Zusammenhängen, sie sahen sich auch unterschiedlichen politischen Kontrahenten gegenüber. Die städtische SPD sah sich starker bürgerlicher Konkurrenz gegenüber, während im Landkreis neben der SPD vor allem agrarische Interessen in der Politik eine Rolle spielten. Am deutlichsten wurde dieser Unterschied in der Besetzung der

politischen Leitungsgremien in Stadt- und Landkreis Kassel. In der Stadt Kassel verfügte die SPD bis 1924, im Landkreis Kassel sogar bis 1933 über die absolute Mehrheit. Dennoch besetzte nur die Kasseler SPD-Rathausfraktion den Posten des Oberbürgermeisters mit einem eigenen Kandidaten, dem vormaligen Reichsministerpräsidenten Philipp Scheidemann. Nachdem die SPD 1924 ihre absolute Mehrheit verloren hatte und eine deutschnationale Kampagne gegen Scheidemann ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde dieser durch Herbert Stadler ersetzt. Stadler stand der DVP nahe. Die SPD im Landkreis Kassel arbeitete hingegen bis 1930 trotz einer eigenen absoluten Mehrheit im Kreistag mit dem deutschnationalen Landrat Rabe von Pappenheim zusammen. Erst 1930 wurde der Landratsposten mit dem Sozialdemokraten Karl Ohle besetzt. Die Wahl Ohles erfolgte mit der Zustimmung der Hessischen Arbeitsgemeinschaft, der die DNVP angehörte – ein Vorgang, der in der Stadt Kassel undenkbar gewesen wäre.¹⁰

Wie im politischen Sozialmilieu des Katholizismus wird die politische Bindekraft in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erst durch die Verbindung ihrer Organisationsgeschichte mit politischen Wirkungsmustern und Vermittlungsinstanzen näher verständlich.¹¹ Vororganisatorische Rahmenbedingungen der Arbeiterbewegung führten dazu, daß der entwurzelte Proletariertyp im Kasseler Raum kaum zu finden war. Vielmehr belegten die Nahwanderung und die hohe Bedeutung der Freizeitlandwirtschaft die enge lebensweltliche Verflechtung der Arbeiterschaft mit ihrer Umwelt. Die Kasseler Sozialstruktur und die Lebens- und Arbeitswelt der Industriearbeiterschaft begünstigte die Sozialdemokratie und verhinderte ein Vordringen der KPD. Diesen Befund erkannten sogar die Kommunisten an: »Die soziale Struktur des Bezirks weicht in den Städten sehr erheblich von den Provinzorten ab. In Kassel herrscht die Industriearbeiterschaft, Angestellte und Beamte in den unteren Schichten vor. Da aber ein großer Teil der Arbeiter eine gewisse Bodenständigkeit in den Betrieben (bei Henschel usw.) hat, ist ihre Einstellung gegenüber der SPD bis zum gewissen Grade verständlich (sic!).«¹² Die Stadt Kassel war sozioökonomisch wie politisch in zwei etwa gleich große Lager geteilt. Die ehemalige Residenzstadt zog als ›Pensiopolis‹ kleine Rentner aus nah und fern an, weil man hier billig lebte. Kassel war »Sitz zahlreicher Behörden, mit Tausenden von Beamten, die bis zur Revolution stramm an der Kandarre gehalten wurden«. Das Wachstum der Industriearbeiterschaft verschärfte den sozialen Kontrast zwischen der guten Gesellschaft und den Industrierevieren. Kassel wies die »stärkste Organisation des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Reiche auf – mit angeblich mehr als 5.000 Mitgliedern. Die Beamten wurden nahezu restlos in jene Organisation gezwungen.«¹³

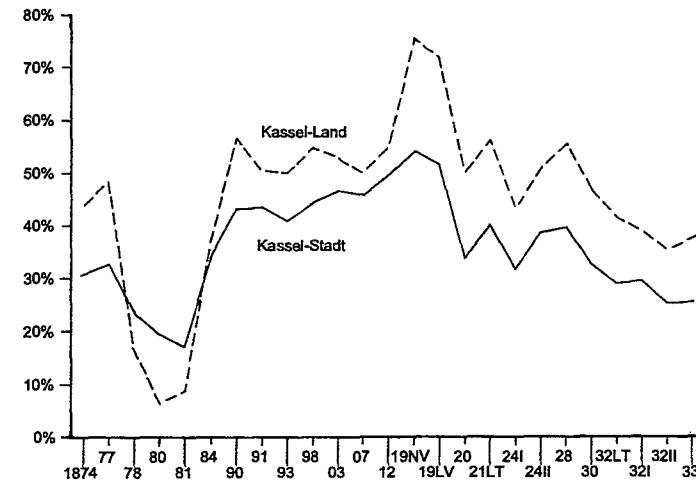
5.1.1. Die nordhessische SPD in den politischen Wahlen

Zwar behauptete sich die Kasseler Sozialdemokratie im Wahlkreis wie auch in der Stadt Kassel selbst seit 1890 in den ersten Wahlgängen jedesmal als stärkste Partei, in der Stichwahl unterlag sie jedoch regelmäßig gegen einen bürgerlichen Kandidaten. Bis 1918 waren Konservative beziehungsweise Antisemiten die politischen Konkurrenten der SPD im Kasseler Wahlkreis. Die politische Konfliktlinie in Kassel unterschied sich von derjenigen Hanaus dadurch, daß dort zum einen das katholische Moment stärker ausgeprägt war und zum anderen die Linkliberalen den politischen Gegenpart zur SPD darstellten.

Die städtische SPD Kassels verdreifachte zwischen 1898 und 1912 ihre Stimmenzahl von 5.000 auf etwa 15.000.¹⁴ Sie profitierte damit vom Arbeiterzustrom, den sie in Wählerstimmen ummünzen konnte. Dennoch war es den Stadt-Kasseler Genossen erst in der Phase der Hochindustrialisierung möglich, sich aus dem lähmenden Gleichgewicht mit den bürgerlichen Parteien zu lösen. Bei den Reichstagswahlen 1912 gelang ihnen der Durchbruch mit zwei Reichstagsmandaten. Heinrich Hüttmann gewann den Wahlkreis Kassel mit der denkbar knappen Mehrheit von 797 Stimmen (= 1,76%) in der Stichwahl.¹⁵ Georg Thöne zog für den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen in den Reichstag ein.¹⁶ Der Genosse Trend, der den Sozialdemokraten im Wahlkreis 2 zwischen 1898 und 1912 zu immer neuen Stimmenzuwächsen verhalf, war in der Stadt Kassel zuhause. Fast 85% ihres Stimmenzuwachses im Wahlergebnis ging auf das Konto der städtischen Parteiorganisation. Nicht zuletzt diese Mobilisierungserfolge begründeten die führende Stellung der Stadt-Kasseler Sozialdemokratie im nordhessischen Raum. Sie konnte es für sich verbuchen, gegen die bürgerlichen Parteien in rastloser Agitation und Organisation die politische Mehrheit im nordhessischen Raum erkämpft zu haben.

Ihre höchsten Stimmanteile erreichte die Sozialdemokratie dagegen im Landkreis Kassel, wo keine andere politische Gruppierung so gut organisiert war wie die Arbeiterbewegung.¹⁷ Hier lag der Mobilisierungszeitpunkt besonders früh. Bereits in den Wahlen zwischen 1871 und dem Sozialistengesetz 1878 konnte die SPD in Kassel-Land über 40% der Stimmen erzielen. Auffällig ist jedoch, daß die SPD-Stimmanteile im Landkreis Kassel während der Sozialistengesetze zwischen 1878 und 1881 niedriger lagen als in der Stadt Kassel. Die städtische Arbeiterschaft war offensichtlich immuner gegenüber gesellschaftlicher Diskriminierung als die Arbeiterbauern in Kassel-Land mit ihrer engen Berührung zur ländlichen Gesellschaft. Unmittelbar nach Auslaufen des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 vereinigte die SPD in Kassel-Land bereits wieder 50% der Stimmen auf sich. Das höchste Mobilisierungsniveau wurde nach dem

Graphik 6: Stimmanteile der SPD in Kassel-Stadt und Kassel-Land, 1874–1933



Quelle: Klein, Reichstagswähler, Bd. 1 und Bd. 2, KV.

Auslaufen des Sozialistengesetzes erreicht. Ihre Wählerschaft von etwa 4.000 blieb absolut gesehen zwischen 1890 und 1912 im wesentlichen gleich. Ungefähr tausend weitere SPD-Wähler kamen hinzu. Bis 1930 behauptete die SPD im Landkreis Kassel – mit Ausnahme der Preußenwahlen 1921 und der Maiwahlen 1924 – ihre absolute Mehrheit.

Seit Beginn der wilhelminischen Epoche bildete sich anknüpfend an die früheren Wahlerfolge ein fester Wählerstamm in den Arbeitergemeinden um die Stadt Kassel heraus, der zur Basis für die weitere Mobilisierung der Arbeiterbewegung wurde. Das Bild der Kasseler Sozialdemokratie vor 1914 nach ihren Wahlergebnissen ist im ganzen sehr differenziert.¹⁸ Ihr organisatorisches Zentrum lag in der Stadt Kassel, während sie den größten anteilmäßigen Wählerrückhalt in den ländlichen Arbeitergemeinden um die Stadt herum errang. Dennoch standen die Organisationsbedingungen für die Sozialdemokratie in der Stadt günstiger als in den ländlichen Kreisen, wo sie zwar wie in Kassel-Land deutliche Mehrheiten erzielte, über ihren Wählerstamm von vor der Jahrhundertwende aber kaum hinaus kam. Ursachen für die ausgeprägtere Kontinuitätslinie im politischen Verhalten aber auch für die erst zögerlich einsetzende Organisationsbereitschaft der ländlichen Arbeiterschaft war in erster Linie ihre sozialmoralische Einlässigkeit in die agrarische Umwelt, vororganisatorische Bedingungen

der Herkunft und die hohe Bedeutung des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs, die die Freizeit ausfüllte. Hinzu kam die unterschiedliche politische Konstellation in Stadt und Land. In der Stadt Kassel standen sich bis 1912 die ziemlich gleichstarken politischen Lager der bürgerlichen Parteien und der SPD gegenüber. In den mittelständischen Schichten hatte sich – in direkter Konkurrenz zum sozialdemokratischen Milieu – ein bürgerliches Vereinswesen herausgebildet, das seinerseits als Rückhalt für Konservative und Freisinn beziehungsweise Fortschrittspartei diente. Die scharfe Abgrenzung der politischen Lager in der Stadt begünstigte Agitation und Organisation, während in den ländlichen Kreisen die politischen Interessenlagen analog zu den ineinander übergehenden Lebenswelten der Arbeiterbauern und der Landwirte weitaus weniger abge sondert waren.¹⁹

Bei den Nationalversammlungenwahlen 1919 erreichte die nordhessische MSPD nie gekannte Stimmanteile und Wählerzahlen. Das herabgesetzte Wahlalter und der hohe Anteil an radikalisierten Soldaten in der Garnisonsstadt Kassel, dem zwischenzeitlichen Hauptquartier der kaiserlichen Armee,²⁰ ließ die sozialdemokratische Stimmenzahl um 36.000 Stimmen (241% Zuwachs) auf 50.000 ansteigen, während die Wahlbeteiligung von 1912 auf 1919 nur um 212% zunahm. Die Januarwahlen 1919 stellten für die MSPD in Kassel einen eindeutigen Mobilisierungserfolg dar. Der Zuzug zur MSPD war stärker als die gestiegene Wahlbeteiligung gegenüber den Reichstagswahlen 1912, ein deutliches Indiz dafür, daß die sozialdemokratische Wählerschaft vom Januar 1919 weit über die Arbeiterschaft hinaus reichte. Noch deutlicher war die MSPD-Mobilisierung im Landkreis, wo die MSPD-Stimmen sich verdreifachten, wohingegen die Wahlbeteiligung sich nur etwa verdoppelte. In Stadt und Land erreichten die Mehrheitssozialdemokraten bei den Januarwahlen 1919 ihre höchste Wählerattraktivität. In dem mit nie gekanntem Aufwand geführten Wahlkampf wurden in allen Wahlbezirken Nordhessens durch die 91 Ortsvereine 1.630.000 Flugblätter und 634.000 andere Aufklärungsschriften verteilt.²¹ Die MSPD errang im nordhessischen Agitationsbezirk ca. 160.000 Stimmen und baute ihre Stellung als stärkste Partei aus.

Auffällig war hierbei das starke Anwachsen der MSPD in der Arbeiterdiaspora der ländlichen Kreise Ober- und Nordhessens. Bis auf die katholischen Gebiete, wo das Zentrum seine Position festigte, und die liberale Universitätsstadt Marburg errangen die Mehrheitssozialdemokraten überall die Mehrheit, in neun Kreisen, darunter Kassel-Stadt und -Land, Eschwege, Witzenhausen und Melsungen, sogar die absolute Mehrheit.²² Stadt- und Landkreis Kassel waren nach den ersten Nachkriegswahlen die Hochburgen der kurhessischen Sozialdemokratie. Die ländlichen Gemeinden um Kassel wählten zu drei Vierteln die Mehrheitssozialdemokratie. Die Unabhängigen blieben dagegen sowohl in der Stadt als auch im Landkreis

weit hinter ihren Erwartungen zurück. In Stadt- und Landkreis Kassel kamen sie kaum über ein Prozent hinaus.

Im Landkreis Kassel war der MSPD-Erfolg flächendeckend. Nur in zwei der 47 Landgemeinden blieb sie unter der absoluten Mehrheit. In 31 Gemeinden entfielen über drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen auf die MSPD. Wie sehr sich die Sozialdemokratie zur Mehrheitskultur entwickelt hatte, zeigte sich an den Ergebnissen nach Ortsgrößenklassen und agrarischem Bevölkerungsanteil.²³ Die MSPD blieb in allen Ortsgrößenklassen, in den agrarischen wie auch in den Industriegemeinden mit zwischen 70 und 80% die alleinige politische Führungskraft.

Neben dem anteilmäßig etwa gleich starken Rückhalt in allen drei Ortsgrößenklassen²⁴ stellte die starke Repräsentation in Arbeiter- wie auch in landwirtschaftlichen Gemeinden ein Kennzeichen des katholischen politischen Milieus dar. Ähnlich lag der Fall bei der Kasseler Sozialdemokratie. Die SPD-Ergebnisse nach dem agrarischen Bevölkerungsanteil in den Gemeinden des Landkreises Kassel wiesen auf eine Überbrückung des Gegensatzes zwischen agrarischer Bevölkerung und Industrievolk hin. Sie wurde in den überdurchschnittlich von landwirtschaftlicher Bevölkerung bewohnten Landgemeinden sogar häufiger gewählt als in Gemeinden, die kaum Landwirtschaft aufwiesen. Unter- wie überdurchschnittlich agrarische Gemeinden wählten beide zu etwa drei Viertel die Partei Philipp Scheidemanns.²⁵ Die USPD erreichte auch dort, wo sich bereits früh Ortsgruppen gebildet hatte, wie in Wolfsanger, nur einen verschwindend geringen Stimmanteil von weniger als 5%. Sie blieb auch in der Folge schwach.

Der Einbruch folgte für die MSPD in Kassel wie im Reich 1920. Sie verlor in den neun Landkreisen, wo sie 1919 die absolute Mehrheit errungen hatte, ein Drittel ihrer Wähler und sank im Stimmanteil um ca. 20 Prozent. Nur noch im Landkreis Kassel behauptete sie eine knappe absolute Mehrheit der Stimmen. Insgesamt wanderten in ihren Hochburgen von 1919 fast 50.000 von 143.000 Wählern ab. Den größten Einbruch erlebte die MSPD in der Stadt Eschwege, wo sie bei den Januarwahlen 1919 noch die absolute Mehrheit errungen hatte und die Unabhängigen im Juni 1920 stärkste Partei wurden.²⁶ Anhand der Wahlergebnisse in Eschwege kann der Einfluß der USPD auf die lokale Arbeiterschaft näher verfolgt werden, da hier die Sozialstruktur der vier Wahlbezirke der Stadt bekannt ist.²⁷ In Eschwege hatte die USPD bei den Stadtverordnetenwahlen vom 2. März 1919 in den Wahlbezirken mit sehr hohem Arbeiteranteil ihre größten Erfolge. In allen Stimmbezirken lag der Stimmanteil der beiden Arbeiterparteien jedoch über dem Arbeiteranteil. Es müssen also auch Handwerker, Angestellte oder Beamte für die MSPD gestimmt. In den beiden Stimmbezirken mit einem Anteil von über 50% Arbeiterschaft gelang der USPD in der Zeit zwischen Januar und März 1919 ein Sprung um 20% im

Stimmanteil, in den beiden bürgerlichen Stimmbezirken blieb sie deutlich zurück.

In der Arbeiterschaft Eschweges dominierten ältere Gewerbe. Tabakarbeiter standen am Anfang der Organisationsbewegung. Im Gewerkschaftskartell dominierten die Maurer, die ihren Beruf gewöhnlich mit nebenerwerblicher Landwirtschaft kombinierten. In dieser Gruppe verfügte vor dem Krieg die örtliche SPD, bei den Wahlen des Jahres 1919 jedoch die USPD über einen starken Rückhalt. In Gemeinden mit einer durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebsfläche von weniger als 5 ha erhielt die USPD deutlich höhere Ergebnisse als in solchen mit über 5 ha. Erst eine Fläche von mindestens 5 ha sicherte eine existenzfähige Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebes. Die Freizeitlandwirte gingen eher zur USPD, um gegen die unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln zu protestieren, während sich die hauptberuflichen Landwirte nach rechts wandten. Hingegen waren die Maurer, Steinmetze und Maler durch ihre gewerkschaftliche Bindung an die Arbeiterbewegung gegen die Radikalisierung gefeit.²⁸

Dieser soziale Rückhalt spiegelte sich in der kompromißbereiten Haltung der örtlichen USPD auf kommunaler Ebene wider. Die USPD ging mit den Mehrheitssozialdemokraten ein Wahlbündnis für die Kommunalwahlen im März 1919 ein, »weil auf kommunalpolitischem Gebiet die Differenzen nicht so groß wären«.²⁹ Die Eschwegener Mehrheitssozialdemokratie nahm die Offerte der USPD umso bereitwilliger an, als ihre »Parteiorganisation in den Städten sowie den meisten ländlichen Gemeinden noch auf recht schwachen Füßen« stand. Der sozialdemokratische Landrat Langer beklagte noch 1925 zum 40jährigen Parteijubiläum des Ortsvereins, die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses scheinete in der Arbeiterschaft des Kreises noch nicht recht Wurzel gefaßt zu haben.³⁰

War schon die Haltung der nordhessischen Sozialdemokratie vor und nach dem Weltkrieg reform- und konsensorientiert, so traf dies auch noch auf die Opposition innerhalb der nordhessischen Arbeiterbewegung zu. Die Unterschiede zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen rührten von kurzfristigen Konfliktlagen her und waren kaum auf längerfristige Abspaltung hin angelegt.³¹ Die MSPD-Verluste waren zum geringeren Teil ausgelöst durch eine fortschreitende Radikalisierung in der Arbeiterschaft. Die USPD schnitt in Nordhessen insgesamt nur unterdurchschnittlich ab. Ihr Zuwachs von etwa 21.000 Stimmen in den SPD-Hochburgen erklärt nur zum kleinen Teil die MSPD-Verluste. Mit nicht ganz 10% der abgegebenen Stimmen erreichte sie im Juni 1920 nur etwa die Hälfte des USPD-Anteiles im Deutschen Reich. Die KPD blieb gar völlig bedeutungslos. Auch die um 10.000 Wähler gesunkene Wahlbeteiligung führte nicht an der Tatsache vorbei, daß MSPD-Wähler von 1919

ins bürgerliche Lager abgewandert oder zurückgekehrt sein müssen. Die MSPD hatte nach den politischen Desillusionierungen der Jahre 1919 und 1920 den politischen Vertrauensvorschuß der Revolutionsmonate verloren und war auf ihren älteren Wählerstamm zurückgeworfen.

Der hohe Mittelschichtenanteil an Kleinhändlern, Handwerkern, Beamten und Angestellten in der Stadt Kassel legt die Vermutung nahe, daß die MSPD-Verluste des Jahres 1920 auf entsprechende Gewinne in dieser sozialen Schicht während der Umbruchphase 1918/19 zurückzuführen sind. Die Arbeiterschichten, die 1920 zur USPD gegangen waren, kamen in großem Umfang bei den Landtagswahlen 1921 wieder zurück.

Der durchschnittliche Stimmenrückgang in den sozialdemokratischen Hochburgen um etwas mehr als ein Drittel fand sich exakt im Landkreis Kassel. Ein Blick auf die Verteilung der Verluste nach Ortsgrößenklassen zeigt, daß die Verluste mit steigender Einwohnerzahl zunahm.³² In den Industriegemeinden waren die sozialdemokratischen Stimmenverluste ebenfalls krasser als in den ländlicheren Kommunen.³³ Dieser Befund deutet auf die tiefere Verwurzelung der Sozialdemokratie in den Kasseler Umlandgemeinden mit landwirtschaftlicher Bevölkerung hin, während die USPD in den Industriegemeinden nur vereinzelt erfolgreich war. Nirgends jedoch nahmen ihre Zuwächse ein so signifikantes Ausmaß an, daß die sozialdemokratische Vorherrschaft auf dem Land und in der klassenbewußten Industrie- und Fabrikarbeitserschaft gefährdet wurde.

Wie schon die Mitgliedschaft, so wies auch die Wählerschaft der USPD andere Merkmale als die MSPD-Klientel auf. Arbeiter, die erst jüngst kriegskonjunkturbedingt in die bevölkerungsstarken Industriegemeinden zugezogen waren, wiesen eine relativ geringe Verwurzelung vor Ort auf. Sie waren noch am ehesten bereit, USPD zu wählen. In die gleiche Richtung wirkten Demokratisierung und die nachgiebige Koalitionspolitik der MSPD.³⁴ Die Mehrheitssozialdemokratie blieb jedoch die strukturelle Mehrheitspartei in der ortsansässigen Bevölkerung. Der Wille zur Wiedervereinigung mit der USPD konnte aus einer Position der Stärke formuliert werden: »Es ist gewiß ein Zeichen der Hoffnung, daß wir neue Erfolge errungen haben, aber wenn dieses Zeichen nicht bald von den Arbeitern bis weit über unsere Reihen hinaus richtig verstanden wird, dann kann auch dieser Erfolg nichts daran ändern, daß die Arbeiterbewegung als ganzes vor die Hunde geht.«³⁵

In den Wählerwanderungen der Jahre von 1919 bis 1921 hatte sich der sozialdemokratische Stammwählerkern herausgeschält, auf den die Partei künftig in ihrer politischen Mobilisierung aufbaute. Nach den anfänglichen Turbulenzen der Jahre 1919 und 1920 stabilisierte sich die Mehrheitssozialdemokratie auf dem Niveau von 1920, das ihr die strukturelle Mehrheit im Landkreis Kassel sicherte. Mit den Reichstagswahlen 1920 kehrte auch

in Nordhessen wieder die wahlgeschichtliche Normalität ein, die an die Reichstagswahlen 1912 anknüpfte. Die Weimarer Stimmresultate pendelten nach 1920 im Landkreis Kassel zwischen 13.000 und 15.000. Der enorme sozialdemokratische Stimmenzuwachs gegenüber 1912 verdeckte den Umstand, daß die SPD nicht zu den Profiteuren der Demokratisierung des Wahlrechtes gehörte. Zwischen 1912 und 1920 stieg im Landkreis Kassel die Zahl der Wahlberechtigten und der Wähler um knapp über 200% an. Dieser Verdreifachung stand jedoch nur ein Wähleranstieg von 177,5% gegenüber. In der Stadt Kassel verdoppelte sich die Zahl der SPD-Wähler sogar nur. Die Dezemberwahlen 1924 bestätigten diesen Trend auch unter der Hinsicht, daß die SPD als Arbeiterpartei diesmal fast konkurrenzlos dastand. Bis dahin stiegen die Wahlberechtigten und alle Wähler in Stadt und Land gegenüber 1912 um etwa 230 bis 240%, während die SPD-Wähler nur um 151,4% in der Stadt und 206,4% auf dem Land zunahmen. Gerade in der Stadt Kassel konnte die SPD weniger noch als auf dem Land von der Demokratisierung des Wahlrechtes profitieren. Diese Zahlen erhärten die Vermutung, daß die SPD im Landkreis schon vor der Jahrhundertwende zur Traditionspartei mit einem festen Kernbestand an Sympathisanten wurde, berücksichtigt man den erweiterten Kreis der Wahlberechtigten durch das neu eingeführte Frauenwahlrecht und die Senkung des Wahlalters auf 20 Jahre. Nur unter günstigen Umständen wie in der revolutionären Stimmung im Januar 1919 oder bei den Reichstagswahlen 1928 konnte sie ihr Potential erweitern.

Dies änderte nichts an der sozialdemokratischen Dominanz in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen, in den agrarischen Gemeinden und Industriegemeinden. Auch hier wichen die SPD-Ergebnisse in den agrarisch geprägten Dörfern kaum von denen in den industrialisierten Gemeinden ab. Die sozialdemokratischen Stimmanteile glichen sich in den verschiedenen Ortsgrößenklassen in der Mittelphase der Republik einander an. Erst die politische Polarisierung seit 1929 brachte die eigentlichen sozialdemokratischen Hochburgen in den kleineren Gemeinden und den Kommunen mit überproportionalen agrarischem Bevölkerungsanteil wieder deutlicher zum Vorschein. In den Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern verteidigte sie ihre Mehrheitsstellung gegen die NSDAP noch bis zum November 1932, während die Gemeinden mit über 2.000 Einwohnern schon bei den Landtagswahlen im April 1932 eine nationalsozialistische Mehrheit aufwiesen. Auch in den Gemeinden mit höherem Landvolkanteil als im Kreisdurchschnitt schnitt die SPD während der Weltwirtschaftskrise besser ab als in den Industriegemeinden.

Das auffälligste Charakteristikum der politischen Wahlen im Regierungsbezirk Kassel während der Weimarer Republik stellten für die Sozialdemokratie ihre besonders guten Ergebnisse in ländlichen Räumen mit hohem

Arbeiteranteil dar, die bis zu den Landtagswahlen 1932 regelmäßig über den städtischen SPD-Stimmanteilen lagen. Diesen Befund spiegeln sowohl die Gegenden um Kassel und Eschwege als auch das Industriegebiet um die Stadt Hersfeld wider. Hier wirkte sich zum einen die ländliche Verwurzelung der Arbeiterschaft aus. Zum anderen sind sie das Ergebnis einer früh einsetzenden Agitation unter den Arbeiterbauern.

Die starke Stellung der nordhessischen Sozialdemokratie kommt im reichsweiten Rahmen durch einen Vergleich mit den anderen Parteibezirken zum Vorschein. Die Arbeiterparteien in der Stadt Kassel, d.h. in erster Linie die SPD, schnitten im Vergleich aller 75 deutschen Großstädte gut ab. Lag Kassels unterdurchschnittlicher SPD-Stimmanteil 1903 noch auf 41. Stelle unter den deutschen Großstädten, so gehörte Kassel 1928 mit Rangziffer 21 zum besten Drittel. Der nordhessische Parteibeizirk war bei den Reichstagswahlen 1928 und 1930 – denn nur hierfür liegen die Vergleichsdaten vor³⁶ – einer der politisch erfolgreichsten Bezirke in der deutschen Sozialdemokratie.³⁷ Unter den 33 Parteibeizirken lag er bei der Reichstagswahl 1928 hinsichtlich seines Stimmanteiles an fünfter, bei den Septemberwahlen 1930 an siebter Stelle. Aber auch hinsichtlich der Verhältnisse der sozialdemokratischen Stimmen zur Einwohnerzahl des Parteibeizirkes und zur Zahl der Wahlberechtigten kam der nordhessische Beizirk beidemale über den Durchschnitt der Partei. Auch seine Mitglieder-mobilisierung war – 1930 deutlicher noch als 1928 – überdurchschnittlich.

Die Sozialdemokraten Nordhessens gewannen mehr Stimmen von Nichtmitgliedern, als dies in der Gesamtpartei der Fall war. Der Anteil der sozialdemokratischen Parteimitglieder an den sozialdemokratischen Wählern war daher niedriger als die Quote im Reich. Während in der Reichs-SPD etwa jeder achte Wähler auch Mitglied war, gehörte im Beizirk Hessen-Kassel nur jeder neunte Wähler der Partei an. Auch dieser Umstand deutet auf die Bodenständigkeit und Verwurzelung der Partei in der ländlichen Gesellschaft hin. Diese Eigenschaft teilte der Kasseler Beizirk mit den ebenfalls sehr erfolgreichen Beizirken Braunschweig und Hannover.

Die Wahlerfolge wurden von einem riesigen Werbeaufwand begleitet. Im Maiwahlkampf 1928 verteilte die SPD 370.000 Flugblätter, 15.000 Broschüren, 30.000 sogenannte Streuzettel und eine Wahlzeitung in Auflage von 100.000 Exemplaren. Daneben setzte die Wahlkampfkommission als neues Mittel der Mobilisierung 57 Filmvorführungen ein. Bei den Septemberwahlen 1930 steigerte sich der Mitteleinsatz ins schier Unermeßliche: Alleine 60.800 Broschüren und Schriften sowie 1.253.000 Flugblätter wurden in den Kampf um Wählerstimmen geworfen. Der propagandistische Aufwand hatte sich in etwa vervierfacht.³⁸

Die sozialdemokratische Mobilisierung für Stimmabgabe und Eintritt in die Partei geschah ab 1930 unter den sich verschärfenden Bedingungen

erhöhter Arbeitslosigkeit. So waren 1930 43,6% der Mitglieder im Bezirk arbeitslos.³⁹ Dennoch blieb eine innerparteiliche Radikalisierung aus. Als sich nach dem Leipziger Parteitag 1931 die Gruppe um Max Seydewitz abspaltete und die »Sozialistische Arbeiterpartei« gründete, verließen nur vereinzelte Mitglieder in der Stadt Kassel die Partei. Insgesamt zählte die SPD-Abspaltung etwa 70 Mitglieder in Kassel und 500 Stimmen bei den preußischen Landtagswahlen 1932 (= 0,48%). Bis November 1932 war ihr Stimmanteil auf 0,12% gesunken.⁴⁰ Dennoch galten sie dem Organ der örtlichen KPD, der »Neuen Arbeiterzeitung« als »gefährlichste Schädlinge innerhalb der Arbeiterbewegung«, da sie der Absicht der KPD-Führung im Wege standen, die SPD-Linke herüberzuziehen.⁴¹

Der bekannteste Dissident in den Reihen der Kasseler Sozialdemokratie war der Führer des Kasseler Reichsbanners. Der engagierte Pädagoge Karl-August Quer kehrte 1931 wie auch sein Stadtverordnetenkollege Curt Adeling der Partei aus Protest gegen die unzulängliche Bekämpfung der NSDAP den Rücken. Sie sympathisierten mit der SAP, traten ihr aber nicht bei.⁴² Die Lehrerkollegen Ingolf-Birger Askevold und Hein Herbers, die aus der schwachen pazifistischen Richtung in der Kasseler SPD kamen, verließen ebenfalls die SPD, gingen aber zur SAP. Zumindest Askevold gehörte den religiösen Sozialisten an.⁴³ Religiös-sozialistischer und pazifistischer Motivationsüberschuß, wie er häufiger als in anderen Berufsgruppen bei sozialdemokratischen Pädagogen verbreitet war, scheint mit zunehmender Dauer seinen Wirkungsbereich nicht mehr in der Kasseler Sozialdemokratie, sondern in Splittergruppen wie der SAP und der Ortsgruppe des »Internationalen Sozialistischen Kampfbundes« (ISK) gefunden zu haben.⁴⁴ Mehrere Mitglieder verließen aus Protest gegen die sozialdemokratische Tolerierungspolitik ab 1930 die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und fanden sich im Republikanischen Lehrerbund zusammen, der seit 1929 neben der sozialdemokratischen Lehrerorganisation bestand.⁴⁵

Als politisches Sozialmilieu war die Sozialdemokratie ähnlich wie der Katholizismus darauf angewiesen, die Parteiorganisation ständig auszubauen und in der Öffentlichkeit präsent zu halten. Über die politischen Erfolge der SPD hinaus muß daher die Untersuchung der Parteimitgliederentwicklung im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Milieuanalyse stehen. Der Rückhalt in der ländlichen Arbeiterschaft wirkte sich auf das politische Selbstverständnis der Kasseler Sozialdemokratie aus. Sie hielt sich von den intellektuellen Parteidebatten im Kaiserreich fern und entwickelte in der Vertretung der Arbeiterinteressen vor Ort einen reformorientierten Politikstil, der sich in der Kommunalpolitik und den koalitionspolitischen Debatten der Weimarer Republik aufzeigen läßt. Die spezifische Wahlentwicklung der Kasseler Sozialdemokratie wirft darüber hinaus sowohl Fra-

gen nach den Ursachen für die absolute Konstanz als auch für den anteilmäßigen Niedergang ihrer Wählermobilisierung auf. Wie gelang es der SPD eine feste Klientel an sich zu binden, und warum konnte sie der nationalsozialistischen Politisierungswelle ab 1930 so wenig entgegenzusetzen? Welche Mobilisierungsmuster entwickelte die SPD für ländliche, welche für städtische Räume?

5.1.2. Partei- und Mitgliederstruktur der SPD

Für einen unmittelbaren Zusammenhang von Industrialisierung und politischer Organisation der Arbeiterschaft bot der Raum Kassel nur wenige Belege. Zu viele Hindernisse standen dafür in vielen ländlichen Industriestandorten entgegen. Es bedurfte zahlreicher Vermittlungsmuster, um die wachsende Industriebevölkerung der nordhessischen Landkreise an die sozialdemokratische Partei zu binden und Mitglieder zu werben. Für die Entstehung eines abgesonderten eigenen Milieus der Arbeiter war die Zuwanderung und der damit verbundene Zwang zur Neuorientierung entscheidend. Die Sozialdemokratie entwickelte sich im Regierungsbezirk Kassel überall dort zur führenden Partei, wo ein hinreichend großer Bevölkerungsanstieg zur Ausbildung neuer sozialer Identitäten führte, die nicht bereits konfessionell prästabilisiert waren. Die Kreise mit den höchsten Bevölkerungszuwächsen bildeten die günstigste Ausgangsbasis für SPD und Freie Gewerkschaften: Stadt- und Landkreis Kassel, Eschwege, Hersfeld, Witzenhausen und Wolfhagen.

Die Mitgliederzahlen der nordhessischen SPD vor 1914 hinkten ihren Stimmenzahlen deutlich hinterher.⁴⁶ Den Schwerpunkt der Arbeiterorganisationskultur bildeten ganz eindeutig die Gewerkschaften. Erst in der Nachkriegszeit gelang der Partei im Kasseler Agitationsbezirk ein Durchbruch in der Mitgliederwerbung. Nach Kriegsende setzte ein nie gekannter Zulauf zur Sozialdemokratie ein, die ihre Mitgliederzahl zwischen 1918 und 1919 in einem Jahr verzehnfachte.⁴⁷ Nach Auskunft des Bezirksparteitages 1919 war von den 160.000 Wählern der Partei vom 19. Januar 1919 bereits etwa jeder zehnte Mitglied.⁴⁸ Zwischen 1919 und 1922 verdoppelte die nordhessische Sozialdemokratie ihren Mitgliederbestand noch einmal, so daß sie vor der Hyperinflation des Jahres 1923 über 33.000 Mitglieder zählte.

Das Rückgrat der Mitgliedermobilisierung bildete wie in der Vorkriegszeit die Stadt Kassel, deren Anteil an allen Mitgliedern im nordhessischen Agitationsbezirk zwischen 1920 und 1922 um etwa 10% stieg. Ab 1923 warf ein rapider Mitgliederrückgang die Partei auf etwa ein Drittel ihres

Bestandes von 1923 zurück. Der danach einsetzende Aufschwung betraf wiederum in erster Linie die städtischen Schichten, deren Mitgliederanteil zwischen 1926 und 1932 kontinuierlich zunahm. Zwischen 1926 und 1931 stieg die Zahl der nordhessischen Genossen um ein Viertel auf 13.450 an. Die Parteimobilisierung bezog zwar weite ländliche Kreise mit ein, blieb aber je länger je mehr auf den harten städtischen Arbeiterkern beschränkt. Eine Kampagne, die Mitglieder betriebsbezogen zu organisieren, blieb erfolglos. Selbst in der Bezirkshauptstadt Kassel mit ihren industriellen Großbetrieben gelang es nur vereinzelt, Betriebsgruppen zu bilden.⁴⁹

Die Mitgliederstruktur im Kasseler Parteibezirk ließ sowohl Übereinstimmungen als auch signifikante Unterschiede zur Reichspartei erkennen. Im Jahre 1930 wurde im Kasseler Bezirk wie auch in der Reichspartei eine statistische Untersuchung der Altersstruktur, der Dauer der Parteizugehörigkeit und der Berufe der Mitgliedschaft vorgenommen, die einen eingehenden Vergleich der beiden Parteiebenen erlaubten.⁵⁰

Altersstruktur der Parteimitglieder. Die deutlichste Übereinstimmung zwischen beiden Parteiebenen lag in der Alterstruktur der Parteimitglieder.⁵¹ Mit etwa 41% wiesen Kassel und die deutsche SPD einen etwa gleichen Anteil der mittleren Altersgruppe der 35 bis 50-jährigen auf. Im Unterschied zur Reichspartei stand die Kasseler Parteiorganisation jedoch weniger in der Gefahr, ihre Anziehungskraft auf die jüngere Generation zu verlieren. Während etwa jedes vierte Kasseler Mitglied unter 30 Jahre alt war (24,5%), war es im Reich noch nicht einmal jeder fünfte (18,2%). Dementsprechend wies die deutsche Sozialdemokratie einen erheblich größeren Anteil an über 50-jährigen auf. Der Kasseler Parteibezirk verkörperte zwar insgesamt das Bild einer überalterten Traditionspartei, sie verfügte jedoch immer noch über ein kräftiges Standbein in der Nachkriegsgeneration.

In der Dauer der Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Kasseler Parteibezirkes setzte sich die relative Überalterung fort.⁵² Etwa jedes sechste Kasseler Parteimitglied des Jahres 1930 war erst im Jahr zuvor eingetreten, während im Reich nur etwa jedes zwölfte SPD-Mitglied ein Jahr lang in der Partei war. Ungefähr übereinstimmende Werte hingegen wiesen die Parteijahrgänge 1909 bis 1929 auf. In diesem Zeitraum waren etwa drei Viertel der Mitgliedschaft in Kassel und im Reich zur SPD gestoßen. Jedes siebte Mitglied der deutschen SPD war hingegen ein Parteiveteran mit über 20 Jahren Parteimitgliedschaft. Zur altgedienten Garde zählte in Kassel nur jedes fünfzehnte Parteimitglied.

Die deutlichsten Unterschiede zur SPD im Reich traten in der beruflichen Zusammensetzung der Mitgliedschaft zutage.⁵³ Der Anteil der

ungelernten Arbeiter lag mit knapp einem Drittel aller Mitglieder um ein vielfaches über demjenigen in der deutschen SPD. Ungelernte Arbeiter übten häufig zwei Tätigkeiten aus: die Arbeit im Betrieb und nach Feierabend die Landwirtschaft. Der Feierabendbetrieb ließ sich mit einer ungelerten Tätigkeit besser verbinden als mit Facharbeiterberufen. Der hohe Anteil ungelerner Arbeiter begünstigte in Kassel nicht wie z.B. im Hanauer Raum eine Radikalisierung der Partei. Er wirkte dem durch seine Ursachen im Ergebnis eher entgegen.

Der Funktionärskörper der nordhessischen SPD. Die organisatorische und politische Alltagsarbeit lag auch im Parteibezirk Hessen-Kassel in den Händen altgedienter Funktionäre, die Tradition und Kontinuität in der Arbeiterbewegung verkörperten. Der politische Erfolg der Kasseler SPD vor 1914 wie auch ihre bis 1924 dominierende Stellung in der Bezirks- und Provinzialhauptstadt rührte von der engen Verbindung ihres Funktionärskörpers mit den örtlichen Gewerkschaften her. Angefangen vom Senior der Kasseler Sozialdemokratie, dem Holzarbeiterverbandsfunktionär Wilhelm Pfannkuch, bis zur Parteileitung war die politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung mit wenigen Ausnahmen personell eng miteinander verknüpft. Auffällig ist jedoch, daß die führenden Vertreter der Kasseler SPD bis auf Albert Grzesinski nicht dem stärksten ADGB-Ortsverband, dem Metallarbeiterverband entstammten, sondern zumeist älteren und kleineren Verbänden. Die SPD-Politiker und Volksblatt-Redakteure Philipp Scheidemann und Richard Hauschildt kamen aus dem Buchdruckerverband, der Kreissekretär Johannes Struve aus dem Holzarbeiterverband, der erste Kasseler Reichstagsabgeordnete Heinrich Hüttmann aus dem Maurerverband.⁵⁴

In der Dominanz der älteren Verbände im Kasseler Funktionärskörper wirkte die städtische handwerkliche Tradition der Arbeiterbewegung nach. Die wichtigsten Funktionäre in Partei, Gewerkschaft, Arbeiterpresse und Selbsthilfeorganisationen der Kasseler Arbeiterbewegung waren vor 1871 geboren. Ihrem handwerklichen Herkommen standen die älteren lassalleanischen Traditionen näher als das orthodox-marxistische Selbstverständnis des Fabrikproletariates. Der aus der Verbindung radikaldemokratischer und liberaler Überzeugungen geborene Selbsthilfegedanke des ADAV förderte nachhaltig die Entstehung einer selbstverwalteten Organisationskultur der Arbeiterbewegung und verband sich politisch mit der Demokratisierung des Staates als Voraussetzung für gesellschaftliche Reformen.⁵⁵ Parteiveteranen wie Philipp Scheidemann wurden in der Weimarer Republik nicht müde, ihren Genossen das Ausmaß geleisteter Aufbauarbeit bis 1900 und danach vor Augen zu führen und zum Maßstab künftiger Arbeit zu erklären.⁵⁶

Die politische Dominanz der Parteisekretäre und hierarchisch geregelter Organisationsarbeit kehrte nicht nur die Kontinuitätslinie in der Arbeiterkultur heraus, sie verfestigte auch den Parteiapparat und ließ den Bewegungskarakter immer mehr zurücktreten. Gegen Ende der Weimarer Republik beklagten immer mehr – vor allem jüngere – Parteimitglieder den starren Organisationsfetischismus der Arbeiterbewegung. Albert Grzesinski, früherer Parteifunktionär in Kassel und nunmehr Polizeipräsident von Berlin, bemerkte zum 40jährigen Jubiläum des ›Kasseler Volksblattes‹ spitz: »Auch in der Arbeiterbewegung gibt es heutzutage einen Instanzenweg, der vielfach die gleichen Nachteile aufweist, wie der Instanzenweg einer Verwaltung. ... Unsere Bewegung stellt sich dem Betrachter von außen vielfach als ein würdiges Etwas in Bratenrock und Zylinder dar.«⁵⁷ Ein Bild der Kontinuität vermittelt auch die Zusammensetzung des SPD-Bezirksvorstandes zwischen 1919 und 1932. Die maßgebliche Persönlichkeit in der Führung des Parteibezirkes blieb während des gesamten Zeitraumes der Weimarer Republik Georg Thöne. Thöne verkörperte den SPD-Funktionärstypus der Vorkriegszeit. Nach einer Maurerlehre und Gesellenzeit übte er seit 1903 Gewerkschafts- und Parteifunktionen aus. Zuerst als Angestellter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und dann seit 1907 als erster Parteisekretär im neu geschaffenen SPD-Bezirkssekretariat in Kassel. Als Reichstagsabgeordneter zwischen 1912 und 1918 für den Wahlkreis Eschwege gehörte er dem parteiinternen Heidelberger Kreis um den Agrarrevisionisten Eduard David an, dessen Haltung zur deutschen Kriegspolitik er in allem teilte.⁵⁸ Von 1919 bis 1928 führte er zuerst kommissarisch und dann hauptamtlich das Landratsamt Witzenhausen. Seine Erfahrungen in der gewerkschaftlichen und kommunalpolitischen Arbeit prädestinierten ihn zur Integrationsfigur zwischen dem örtlichen ADGB-Kartell und der SPD in Stadt und Land. Seine konsequent reformistische Grundeinstellung prägte die politische Arbeit des Bezirksvorstandes.⁵⁹

Eine weitere Kontinuitätslinie bildete die Dominanz der Sozialdemokraten aus der Stadt Kassel im Bezirksvorstand, die erst ab 1928 durch weitere Vertreter aus den umliegenden Landkreisen aufgelockert wurde. Über alle Krisen der Republik hinweg wurden die nordhessischen Genossen von demselben städtischen Personenkreis aus Partei, Gewerkschaften und Parteipresse geführt, der jeweils um hauptamtliche Parteisekretäre ergänzt wurde.

Die Mitgliederstruktur im SPD-Ortsverein Kassel. Die Stadt-Kasseler SPD stellte regelmäßig den größten Anteil der nordhessischen SPD-Mitglieder. Ihre Mitgliederstruktur wies jedoch zwei signifikante Abweichungen von Bezirksdurchschnitt auf. Zum einen waren die städtischen Genossen in

Kassel älter als ihre Kollegen aus den anderen Kreisen.⁶⁰ In der Stadt Kassel war etwa jedes sechste Parteimitglied jünger als 30 Jahre, im Bezirk war es ungefähr jedes vierte. Auf beiden Parteiebenen machte der Mitgliederanteil mittleren Alters über die Hälfte aus. Die Stadt-Kasseler Partei wies hingegen eine deutlich höhere Quote der über Fünfzigjährigen auf. Die Partei in der nordhessischen Bezirkshauptstadt war mehr noch als die Bezirksorganisation und etwa so stark wie die Reichspartei überaltert.

Der zweite Unterschied betraf den Frauenanteil. Während im nordhessischen Parteibeizirk mit weit über 80% die Männer in der Mitgliedschaft dominierten, zeigte die Frauenagitation vor allem in der Stadt Kassel große Erfolge. Hierin und im überproportionalen Angestellten- und Beamtenanteil lag das aus der städtischen Sozialstruktur erklärliche Spezifikum der Stadt-Kasseler SPD, die eine eigene Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten aufwies.⁶¹

Die Kasseler sozialdemokratische Frauengruppe stellte 1932 ein knappes Drittel der Parteimitglieder, was weit über dem Frauenanteil im Bezirk (18,5%) aber auch in der Reichspartei lag.⁶² Die Frauenagitation machte einen wesentlichen Bestandteil der Parteiarbeit in Kassel aus, was seinen Niederschlag in den internationalen Frauentagen im März eines Jahres und den Bezirks-Frauenversammlungen fand.⁶³ Diese Mitgliederentwicklung fand jedoch keine Resonanz im Funktionärskörper, der eine fast ausschließliche Domäne der Männer blieb. Frauen spielten dagegen eher in den sozialdemokratischen Kulturorganisationen eine Rolle. Aus Kassel stammten die Frauenpolitikerin Elisabeth Selbert und die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Hessen-Kassel Amalie Wündisch.⁶⁴ Beide Komponenten, die Überalterung der Mitgliedschaft in der Stadt Kassel und der überproportionale Frauenanteil wirkten im Ergebnis einer Radikalisierung entgegen.⁶⁵ Die Mitgliederstruktur im größten und tonangebenden Ortsverein der nordhessischen Bezirksorganisation begünstigte eher politische Kontinuitäten in der Sozialdemokratie, wie sie der Reformismus verkörperte.

Die Mitglieder- und Wählerbewegungen der nordhessischen Sozialdemokratie verliefen unterschiedlich. Die Parteiorganisation profitierte zwar von ihren Wahlerfolgen, gewann die gestiegenen Wählermassen jedoch bei weitem nicht für die Partei. Die SPD blieb auch in Nordhessen darauf angewiesen, auf der Basis eines festen Mitgliederstammes politische Sympathisanten außerhalb der Partei zu gewinnen. Die Wahlerfolge in den ländlichen Kreisen Nord- und Oberhessens verdeutlichten diesen Zusammenhang mustergültig. Die SPD erzielte zum Beispiel im Landkreis Ziegenhain und im traditionell konservativen Waldecker Land 1919 beachtliche Zugewinne, obwohl sie dort kaum über Mitglieder verfügte. Wie vor allem unter den ostelbischen ländlichen Wahlkreisen verzehnfachte die

SPD ihre Stimmanteile auch in vielen nordhessischen Gegenden bei den Januarwahlen 1919. Ihr politischer Rückhalt schwand ebenso schnell, wie er entstanden war. Zu diesen sozialdemokratischen Sorgenkindern im Kasseler Agitationsbezirk mit nur kurzfristigen Erfolgen der SPD zählten die oberhessischen Landkreise, Waldeck und der katholische Landkreis Hünfeld, ein sprichwörtlich steiniger Boden für die Sozialdemokratie, da hier die ländliche Prägung und der Katholizismus unüberwindbare Hindernisse für SPD-Erfolge darstellten.

Aus dieser Entwicklung folgte die Parteiführung die Notwendigkeit verstärkter organisatorischer Anstrengungen in Mitgliederwerbung und politischer Agitation. Das Schlagwort von den Landkreisen und Diasporagebieten der Arbeiterbewegung, die vermehrt zu ›bearbeiten‹ seien, machte in der nordhessischen SPD genauso die Runde wie in der Zentrumspartei. Die politische Arbeit beider Parteien basierte in erster Linie auf diesem Prinzip Organisation, weniger auf inhaltlichen und programmatischen Debatten. In diesem Prinzip konkretisierte sich die tieferliegende Ansicht, eingehende ›Bearbeitung‹ jeweiliger weltanschaulicher Irredenta müsse zwangsläufig bei genügendem Einsatz zum Durchbruch führen. Indessen verwiesen sowohl die Wahlergebnisse als auch die Mitgliederentwicklung auf die strukturbedingten Grenzen dieses Anspruches im Bewußtsein vorweggenommener Mehrheitskulturen.

5.1.3. Kristallisationspunkte reformistischer Politik

Der Kasseler Sozialdemokratie fiel die natürliche Führungsrolle während der revolutionären Ereignisse ab dem November 1918 in Nordhessen zu. Nach dem Zusammenbruch der alten Macht lag die politische Initiative auch im Kasseler Bezirk bei der am besten organisierten politischen Kraft, die in der Provinzhauptstadt zudem den größten Rückhalt unter allen Städten des Bezirkes besaß. Ihre Führer standen dem Kasseler AuSR vor, auch wenn die Kasseler MSPD keineswegs dessen Einrichtung betrieben hatte. Auch in Kassel stellte sich die örtliche Parteiführung sehr bald an die Spitze der Bewegung, um den radikalen Kräften das Gesetz des Handelns aus der Hand zu nehmen. Die USPD verfügte im Kasseler Raum nur über eine schwache Anhängerschaft und gewann zu keinem Zeitpunkt den politischen Stellenwert, der ihr im Reich oder in Preußen zukam.⁶⁶

Die mehrheitssozialdemokratische Mitarbeit in den revolutionären Organen der Bezirkshauptstadt diente dem Ziel wahlrechtlich demokratisierter Neuwahlen von Parlamenten bis hinunter zur kommunalen Ebene.⁶⁷ Auf dem Wege über sichere Mehrheiten in den Parlamenten glaubten die

maßgeblichen Vertreter der Kasseler Sozialdemokratie wie Georg Thöne, Albert Grzesinski und Richard Hauschildt ihr gesellschaftliches Reformprojekt Sozialismus vorantreiben zu können. Jede Radikalisierung konnte dagegen nur schädlich sein bei dem Vorhaben, eine politische Mehrheit in der Wahlbevölkerung zu gewinnen. In aller Schärfe wandte sich die MSPD in Nordhessen gegen den Rätegedanken und die Haltung der Unabhängigen.

Auf regionaler Ebene wurde der parlamentarische Optimismus der Kasseler Sozialdemokraten bestätigt. In Kassel-Stadt und -Land und darüber hinaus noch in einigen anderen Landkreisen gewannen sie die absolute Mehrheit bei den drei Wahlen des Jahres 1919. In den 170 Landgemeinden des Parteibezirkes stellte die MSPD 1.100 Gemeindevertreter, in 90 Orten verfügte sie über die Mehrheit. In den 28 Stadtgemeinden gehörten 210 Stadtverordnete der Mehrheitssozialdemokratie an, in fünf Städten war die MSPD in der Mehrheit.⁶⁸ Diese Erfolge änderten nichts am Verfehlen der absoluten Mehrheit in der Weimarer Nationalversammlung, kommunal schien jedoch der politische Gestaltungsspielraum der MSPD sehr viel größer zu sein. Nun sahen sich die Kasseler Genossen auf einmal in der vorteilhaften Lage, die nötigen parlamentarischen Mehrheiten für eine eigene Politik zu besitzen. »Die sozialistische Mehrheit im Rathaus ist die sicherste Gewähr dafür, daß die Wünsche und Forderungen des revolutionären Geistes der Zeit, soweit sie in einem Gemeinwesen erfüllt werden können, in Cassel zur Tatsache werden.«⁶⁹ Der Erfolg bei den Kommunalwahlen des Jahres 1919 festigte das parlamentarische und reformorientierte Selbstverständnis der nordhessischen MSPD.⁷⁰

5.1.4. Sozialdemokratische Kommunalpolitik

Zwar war die MSPD als die bei weitem stärkste Partei im Regierungsbezirk Kassel aus den Wahlen 1919 hervorgegangen. Die fällige Neubesetzung der Landrats- und Bürgermeisterposten stellte sie jedoch vor erhebliche personelle Probleme. Anders als die Zentrumspartei verfügte die MSPD zu Beginn der Weimarer Republik kaum über erfahrene Kommunalpolitiker, die ihre Mandatsstärken politisch hätten umsetzen können. Bis 1914 hatte das Wahlrecht jeden sozialdemokratischen Einfluß auf die Kommunalpolitik verhindert.⁷¹ Zudem galt bis 1918 eine juristische Ausbildung als Voraussetzung für einen Landratsposten. Die preußische Innenverwaltung und allen voran der noch amtierende königliche Regierungspräsident verstanden die Funktion des Landrates unter verwaltungstechnischen Gesichtspunkten und wollten sie von politischen Kriterien frei halten. Die

Gutachten über die sozialdemokratischen Bewerber hoben immer wieder deren mangelnde Verwaltungserfahrung hervor und scheuten sich nicht, eine angeblich unzureichende Allgemeinbildung der sozialdemokratischen Kandidaten gegen deren Ernennung ins Feld zu führen.⁷²

Die Kasseler Sozialdemokratie beanspruchte dagegen gerade aus politischen Gründen eine angemessene Vertretung in der kommunalen Beamtenenschaft, vor allem der Landräte, nachdem ihr Bestreben, den Kasseler Oberpräsidenten oder Regierungspräsidenten zu stellen, zu keinem Erfolg geführt hatte. Aus koalitionspolitischen Rücksichten ernannte die preußische Staatsregierung den vormaligen Bürgermeister von Straßburg und Statthalter von Lothringen, den Demokraten Schwander zum neuen Oberpräsidenten.⁷³ Bei der Neubesetzung des Kasseler Regierungspräsidenten unterlagen die Kasseler Genossen ein weiteres Mal: mit dem Konservativen Gustav Springorum gab die preußische Staatsregierung zum wiederholten Male den Beharrungstendenzen in der preußischen Beamtenenschaft nach, ohne daß die sozialdemokratische Presse dagegen Sturm gelaufen wäre.⁷⁴ Daß damit freilich eine ebenso politische Entscheidung getroffen wurde wie mit der Ernennung eines Sozialdemokraten, zeigte der erfolglose Demokratisierungsprozeß auf der Ebene der Landräte. Von den zehn Landratsstellen, die zwischen November 1918 und Dezember 1920 im Kasseler Bezirk neu zu besetzen waren, wurden nur drei an Sozialdemokraten vergeben. Sieben fielen an Angehörige der DDP, der DVP und des Zentrums. Lediglich in den Landkreisen Eschwege, Witzenhausen und Schmalkalden wurden Sozialdemokraten berufen. Damit spiegelte auch der Regierungsbezirk Kassel die in Preußen zu beobachtende verlangsamte Demokratisierung wider, die über die stärkste Partei hinwegging und kleinen Parteien wie der DDP eine überdurchschnittliche Repräsentation in der leitenden Beamtenenschaft sicherte. Erst ab 1930 stellten die Sozialdemokraten mit August Haas den Oberpräsidenten, als sie begannen, um ihre relative politische Mehrheit in der Provinz Hessen-Nassau zu fürchten. Seit 1927 amtierte der entscheidungsfreudige Regierungspräsident Ferdinand Friedensburg, der sich im Unterschied zu seinem ebenfalls der DDP angehörenden Vorgesetzten, dem Oberpräsidenten Rudolf Schwander, deutlich zu Demokratie und Republik bekannte.⁷⁵ Auf der Ebene der Landkreise blieb die Demokratisierung hingegen in den Anfängen stecken. Von den 25 Landräten des Kasseler Bezirkes gehörten im Jahre 1930 nur zwölf den Parteien der Weimarer Koalition an: sechs der SPD, vier dem Zentrum und zwei der DDP.⁷⁶ Je zwei Landräte bekannten sich zu DVP und den Deutschnationalen. Die übrigen neun waren parteilos.

Mit ihren wenn auch geringfügigen personalpolitischen Erfolgen geriet die Sozialdemokratie in ein parteiinternes Dilemma. Ihre wenigen Bewerber waren langgediente Parteifunktionäre, die ihre Verwaltungserfahrung

in den Organisationen der Arbeiterbewegung gesammelt hatten.⁷⁷ Die breit aufgefächerte Organisationskultur der Arbeiterbewegung mit ihrem hohen Kontinuitätsbedarf geriet dadurch in die Gefahr, im Moment des politischen Erfolges führerlos dazustehen. Wie dünn die sozialdemokratische Personaldecke für kommunalpolitische Aufgaben war, zeigte unter anderem das Beispiel des einzigen SPD-Juristen, den die Partei zum Landrat des Kreises Homberg vorschlug. Justizrat Hanke war erst nach der Revolution zur MSPD gestoßen und hatte gar vor 1914 dem »Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie« angehört.⁷⁸

Das Multifunktionärswesen stellte ähnlich dem katholischen Sozialmilieu eine der wichtigsten Klammern zwischen den vielfältigen Arbeiterorganisationen dar. Im Unterschied zum Katholizismus verfügte die Arbeiterbewegung jedoch über keine kommunalpolitischen Eliten. Sie schlug ihre Kandidaten für den demokratischen Personalproporz zumeist aus den Selbstverwaltungsorganisationen der Arbeiterkultur heraus vor. Deren Einrücken in politische Funktionen erschwerte die Fortführung des Multifunktionärswesens und zwang die Partei in kurzer Zeit je nach den Erfolgen ihrer kommunalpolitischen Ambitionen zu personeller Erneuerung. Der ausbleibende kommunalpolitische Erfolg bewahrte die MSPD vor einer Belastungsprobe. Dennoch verkraftete sie den Weggang so wichtiger Funktionäre wie des Konsumvereinsvorsitzenden Langer ins Landratsamt Eschwege oder des Parteifunktionärs und Reichstagsabgeordneten Georg Thöne nach Witzenhausen nur schwer. Die Bezirks-SPD ging später dazu über, sozialdemokratische Lehrer und junge Juristen als Landräte vorzuschlagen. Gleich drei sozialdemokratische Lehrer rückten ab 1922 in Landratsposten des Kasseler Bezirkes auf: der prominenteste unter ihnen war der Regierungsrat im preußischen Unterrichtsministerium Ernst von Harnack, Sohn des Religionshistorikers Adolf von Harnack und Enkel des Gießener Chemikers Justus von Liebig. Er wurde im Jahre 1922 Landrat von Hersfeld. Volksschullehrer waren die Sozialdemokraten Jean Groeniger und Heinrich Treibert. Groeniger folgte Georg Thöne 1928 als Landrat in Witzenhausen nach. Der Vorsitzende des Provinzialjunglehrerausschusses und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Heinrich Treibert wurde 1929 zum Landrat in Fritzlar berufen.⁷⁹ Diese Regelungen boten den Vorteil, akademisch qualifizierte Genossen vorschlagen zu können und die personelle Ausdünnung des Funktionärsapparates aufhalten zu können.

Für die dennoch nötige personelle Erneuerung sorgte in letzter Instanz die Parteiführung, die parteiintern Funktionäre verschickte und so entstandene personelle Engpässe überbrücken half. Der Kasseler Parteisekretär Richard Hauschildt wechselte 1925 aus Kassel nach Wuppertal/Elberfeld und wurde Chefredakteur der »Freien Presse«. Ab 1929 leitete er als

Nachfolger Konrad Haenischs die Werbeabteilung beim SPD-Vorstand und gab die ›Sozialdemokratische Parteikorrespondenz‹ heraus. Als Albert Grzesinski 1926 preußischer Innenminister wurde, berief er den Kasseler Parteisekretär Fritz Tejessy zum Chef seiner Personal- und Disziplinarabteilung. Tejessys politischer Aufgabenbereich war es später, die Aufnahme von Nationalsozialisten in den preußischen Staatsdienst zu verhindern.⁸⁰ Umgekehrt wurde 1928 der Mannheimer SPD-Sekretär Rudolf Freidhof nach Kassel versetzt und dortiger Parteisekretär.⁸¹ Die Funktionsverschickung half die übergreifende Kontinuität der sozialdemokratischen Parteiorganisation sichern, ein Umstand, der im sozialdemokratischen Milieu besonders stark ausgeprägt war und aus den starken Makrostrukturen des Milieus im Reich herrührte. Nicht ganz so ausgeprägt fand sich dieses Moment auch im Katholizismus und – wenn auch geringer – bei den Liberalen und den Konservativen.

Die politische Praxis und das programmatische Selbstverständnis der nordhessischen Sozialdemokratie war in kaum zu überschätzendem Ausmaß durch ihre kommunalpolitische Arbeit geprägt. In kaum einem anderen Parteibeizirk übten, gemessen an der Mitgliederzahl, mehr Genossen politische Funktionen und Ämter in den Parlamenten auf lokaler und regionaler Ebene aus. Der Parteibeizirk Hessen-Kassel stellte von 870 sozialdemokratischen Bürgermeistern im Deutschen Reich des Jahres 1930 alleine 102, obwohl er an der Zahl seiner Parteimitglieder nur an 30. Stelle lag. In der Zahl der SPD-Bürgermeister wurde er nur noch vom SPD-Bezirk Franken übertroffen.⁸²

Der Anteil der sozialdemokratischen Mandatsträger an der Mitgliedschaft betrug in Hessen-Kassel ohne die Kreis- und Provinziallandtagsabgeordneten, da diese in der Regel Mehrfachfunktionen waren, für den nordhessischen Parteibeizirk 12,3% im Jahr 1930, im Jahre 1931 waren es immer noch 12%. Etwa jedes achte Parteimitglied war in den Selbstverwaltungskörperschaften auf lokaler oder regionaler Ebene tätig. Nur noch der badische Parteibeizirk übertraf diesen hohen Wert. Im Durchschnitt aller SPD-Parteibeizirke Deutschlands war nur jedes zwanzigste (4,8%) SPD-Mitglied in kommunalpolitischer Mandatsfunktion tätig.⁸³ Die hohe kommunalpolitische Verantwortung an oftmals prominenter Stelle stand einem Selbstverständnis der Sozialdemokratie als permanenter Opposition im Wege.

Die sozialdemokratische Interessenvertretung auf kommunaler Ebene war bereits gleich zu ihrem Beginn nach Abschaffung des diskriminierenden Drei-Klassen-Wahlrechtes in hohem Maße professionalisiert. Von den 37 Mehrheitssozialdemokraten in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1919 waren 13 im Haupt- oder Nebenamt Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre. Alle wichtigen Schichten waren über ihre Ver-

bandsvertreter im Kommunalparlament vertreten: die Henschelarbeiter durch ihren Betriebsratsvorsitzenden Karl Asteroth, die Metallarbeiter durch den DMV-Vorsitzenden Albert Grzesinski, die Gewerkschaften durch ihre Sekretäre Eckel, Zilch und Huhn, die Eisenbahner durch den DEV-Funktionär Heinrich Weber, die Angestellten durch den Afa-Vorsitzenden Christian Wittrock. Auch der Konsumverein und der Arbeiter Turn- und Sportbund war durch seine Spitzen kommunal vertreten. Die Arbeiterfunktionäre wurden ergänzt durch sieben weitere Stadtverordnete mit höherer Bildung, darunter zwei Ingenieure. Dagegen waren nur sechs Stadtverordnete Arbeiter. Auch in den folgenden SPD-Stadtverordnetenfraktionen dominierten die Vertreter der einzelnen Organisationen der Arbeiterbewegung. Die Dominanz der älteren gewerkschaftlichen Verbände ließ allmählich nach. Dafür waren die Eisenbahner, das 1924 gegründete Reichsbanner und die Jungsozialisten durch ihre Funktionäre vertreten.⁸⁴

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion stellte eine indirekte und verbandlich vermittelte Interessenvertretung der Kasseler Arbeiterschaft dar. Angesichts der hohen Bedeutung organisatorischer Erfahrung und akademischer Vorbildung in ihrer Kommunalfraktion glaubte sich die Kasseler MSPD in der Lage, die Stadtverwaltung politisch effektiv führen zu können. Sie gab in der Parteipresse regelmäßig Auskunft über ihre kommunalpolitische Arbeit im vergangenen Jahre.⁸⁵

Die kommunalpolitische Realität ließ den politischen Zielvorstellungen der Mehrheitssozialdemokraten allerdings nur einen geringen Spielraum. Staatliche Vorgaben, eine prekäre Finanzsituation und die anhaltenden Erfordernisse der Demobilmachung engten ihren politischen Handlungsspielraum so sehr ein, daß sie trotz politischer Mehrheiten Verbündete im bürgerlichen Lager suchten und in DDP und im Zentrum auch zeitweise fanden.⁸⁶ Besonders in der Stadt Kassel glaubte sich die MSPD-Stadtverordnetenfraktion auf eine breitere parlamentarische Absicherung ihrer Maßnahmen angewiesen. Anfangs ging die mit 20 Mandaten zweitstärkste demokratische Stadtratsfraktion darauf ein. Wichtige kommunalpolitische Vorlagen wie der Etat 1919 wurden noch einstimmig verabschiedet.⁸⁷

Vor der Wahl Philipp Scheidemanns zum Oberbürgermeister der Stadt Kassel kündigten die Demokraten dieses Bündnis auf, da sich die MSPD geweigert hatte, die Stelle öffentlich auszuschreiben.⁸⁸ Die DDP hielt damit tendenziell an dem überkommenen unpolitischen Verständnis der Kommunalbeamten fest, wohingegen die MSPD für eine Kommunalpolitik unter der Kontrolle demokratisch gewählter Politiker eintrat.⁸⁹ Als das Zentrum aufgrund der Verleumdungskampagne der Rechtsparteien gegen Scheidemann wegen dessen Rolle im November 1918 aus der oppositionellen ›Freien bürgerlichen Vereinigung‹ ausgetreten war, war zwar eine

breitere Mehrheit gesichert. Dennoch konnten die drei Zentrumsstadtverordneten nicht mehr die vorherige breite Übereinstimmung im Stadtparlament ersetzen.

Scheidemanns Wahl zum Kasseler Oberbürgermeister⁹⁰ wie die folgenden Jahre sozialdemokratischer Kommunalpolitik wurden von persönlichen Angriffen der Kasseler nationalen Rechten bis hin zu einem Blausäure-Attentat begleitet, die den »Novemberverbrecher par excellence« und dessen Partei vor Ort treffen sollten. Zahlreiche Verleumdungsprozesse, die Scheidemann in der Regel gewann, waren die Folge. Unter dem gemeinsamen wütenden Haß auf Scheidemann fand sich die intransigente Rechte in Kassel zusammen und organisierte ihre Opposition. In zahlreichen Versammlungen solidarisierte sich die Kasseler Sozialdemokratie mit dem Angegriffenen.⁹¹ Sozialdemokratische Kommunalpolitik stand in Kassel dennoch von Anfang an unter dem Druck einer prinzipiellen Ablehnung seitens breiter bürgerlicher Schichten. Ihre Repräsentanten Scheidemann, Grzesinski und Thöne hatten die Deutschnationalen und Volksparteiler als die Ursache allen Übels für Deutschland ausgemacht.⁹²

Die sozialdemokratische Kommunalpolitik zwischen 1919 und 1925 hielt gegen die sich immer weiter verfestigende Opposition an einer allmählichen, jedoch immer weiter verlangsamten Reformpolitik fest. Grundlage hierfür war die angemessene Repräsentation im Magistrat der Stadt. Die MSPD stellte ab März 1919 den Stadtverordnetenvorsteher (Grzesinski) und den ersten Schriftführer (Bachmann). Die Sozialdemokraten Sautter und Häring übernahmen das Wohnungs- und das Sozialdezernat. Der im Oktober 1919 endgültig neu gewählte Magistrat wies sieben Sozialdemokraten, vier Demokraten, einen Zentrumsangehörigen und zwei Deutschnationale auf.⁹³ Von großer innenpolitischer Bedeutung war der Posten des Kasseler Polizeipräsidenten, den die SPD erst in der Phase sich verschärfender politischer Spannungen zwischen 1928 und 1932 mit ihrem Mitglied Hohenstein besetzte. Der Sozialdemokrat Hohenstein wurde neben Scheidemann zum meistgehaßten Sozialdemokraten der Provinzhauptstadt.⁹⁴

Die hohe Bedeutung der Kommunalpolitik schlug sich in der publizistischen und organisatorischen Arbeit der Kasseler Genossen nachhaltig nieder. Die »Kommunale Rundschau«, die seit 1920 unter der Federführung des Kreisvorsitzenden Richard Hauschildt in vierzehntägigem Abstand als Beilage zum »Kasseler Volksblatt« erschien, stellte das Informations- und Diskussionsforum der MSPD-Kommunalpolitiker im Kasseler Agitationsbezirk dar. Dem Erfahrungsaustausch und der politischen Absprache und Koordination dienten die Treffen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die in unregelmäßigen Abständen in Kassel abgehalten wurden. Wie im politischen Katholizismus so investierte auch die Sozialdemokratie

erhebliche Mühe und politische Energie in die kommunalpolitische Arbeit. Für beide politischen Sozialmilieus hatten sich 1918 die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen in unterschiedlicher Weise geändert. Das Zentrum bestimmte als politischer Ausschuß eines schichtenübergreifenden politischen Sozialmilieus nach wie vor konkurrenzlos die Geschicke der katholischen Kommunen. Die kommunalen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie waren zwar nach 1918 auch in katholischen Kommunen beträchtlich gestiegen. Sie erreichte jedoch nie die flächendeckende kommunale Dominanz der Zentrumspartei. Anders als das Zentrum betrat die MSPD 1919 mit der Kommunalpolitik ein neues Feld, auf dem sie vor 1914 noch kaum Erfahrung hatte sammeln können.

Die Weimarer Reichsverfassung garantierte zwar die kommunale Selbstverwaltung in Artikel 127. »Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken der Gesetze.« Bezeichnenderweise stand der Artikel nicht im ersten Teil der Verfassung »Aufbau und Aufgaben des Reiches«, sondern im zweiten: »Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen«. Der Verfassungsartikel gab indessen keinerlei inhaltliche oder formale Vorgaben zur Kommunalpolitik an die Hand. Deren weitere rechtliche und institutionelle Absicherung blieb ein Dauerthema der Gemeindepolitiker während der Weimarer Republik. Ursache hierfür war der seit 1919/20 über ihre Aufsichtspflicht und das Bestätigungsrecht für Landräte gestiegene Einfluß der Berliner Zentrale. Die örtlichen Gemeindeverwaltungen führten daher eine prekäre Existenz zwischen der demokratisch legitimierten Zentralinstanz und den Kommunalparlamenten. Die Erzbergersche Finanzreform schränkte zudem die kommunale Selbstverwaltung faktisch auf ein Mindestmaß ein, indem sie die bisher von den Gemeinden mit Zuschlägen erhobenen Einkommens- und Körperschaftssteuern dem Reich zusprach, von dessen Zuwendungen die Kommunen künftig abhängig waren. Gleichzeitig wurden die Kommunen mit Aufgaben im sozial-caritativen Bereich überhäuft. Die kommunale Selbstverwaltung sah sich daher zugleich gestiegenen Ansprüchen und eingeengten finanziellen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Da eine zufriedenstellende Regelung nicht gefunden wurde, blieb die Selbstverwaltung der Kommunen mehr ein Postulat denn Realität.⁹⁵ Die Kommunen wurden trotz eines größeren politischen Handlungsspielraumes vor allem in der Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik zu Kostgängern der Länder und des Reiches.

Viele Sozialdemokraten nahmen dennoch eine ambivalente Haltung zur kommunalen Selbstverwaltung ein. Ursprünglich hatten sie eine Stärkung der Kommunen gefordert, weil sie den demokratisch organisierten Gemeindevertretungen und Gemeindeverwaltungen keine Fesseln durch die weit reaktionärere staatliche Bürokratie anlegen lassen wollten. »Nach

dem politischen Systemwechsel hatte sich die Perspektive geändert. Nun waren Sozialdemokraten bereit, den Einfluß der Zentralmacht zu verteidigen, damit manche Gemeindeverwaltungen einen Schutz beim Staate finden können.«⁹⁶ Im Hintergrund dieser Neueinschätzung stand die unzureichende Demokratisierung der Beamtenschaft auch auf dem kommunalen Sektor, deren konservativer Einfluß durch die Berliner Ministerien kompensiert werden sollte. Aber auch die Furcht vor linksradikalen Auswüchsen scheint ein Motiv der Skepsis gewesen zu sein. »Volle Selbstverwaltung der Gemeinden kann es nicht geben, sonst hätten wir bald lauter kleine Sowjetrepubliken.«⁹⁷

Die MSPD forderte unter dem Eindruck jahrzehntelanger Aussperrung aus der Kommunalpolitik und der unzureichenden gesetzlichen Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung die weitere Demokratisierung der Gemeindeverfassung. In der Magistrats- wie auch der Bürgermeisterverfassung sah sie eine Einschränkung der Rechte des demokratisch gewählten Stadtparlamentes. Ihr Glaube an parlamentarische Reformpolitik ging davon aus, daß nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes nur noch die Reservatsrechte überkommener Instanzen, wie der Bürgermeister oder Magistrate eingedämmt werden mußten, um über die dann vermeintlich zwangsläufige Mehrheit in den Stadtparlamenten freie Bahn für eine sozialdemokratische Kommunalpolitik zu erhalten.⁹⁸

Im Kern zielten die sozialdemokratischen Forderungen des 1921 beschlossenen Kommunalprogramms auf ein politisches Verständnis kommunaler Entscheidungskompetenzen. Die zuständige Beamtenschaft sollte möglichst umfangreich der Kontrolle durch die Kommunalparlamente unterstellt werden, was dem parteienfernen objektiven Selbstverständnis der überkommenen Gemeindepolitik zuwiderlief. Die weiteren Schwerpunkte stellten die Sicherung der Gemeindefinanzen durch eigene Kommunalsteuern dar, das kommunal selbstverwaltete Schulwesen und die Kommunalisierung verschiedener Wirtschaftsbetriebe wie der Verkehrs- oder Energiebetriebe. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik traten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker für eine größere Verteilungsgerechtigkeit ein. Sie forderten eine garantierte Grundversorgung, Hilfen in Notsituationen sowie eine Steigerung der Lebensqualität der sozial Schwachen.⁹⁹

Die einschneidendste Gefährdung kommunalen Reformstrebens lag von Beginn der Weimarer Republik an in der kommunalen Finanzsituation. Der Vorbehalt knapper Kassen als Folge der Kriegswirtschaft desillusionierte die anfangs hochgeschraubten politischen Erwartungen der Genossen. Die Kommunalpolitiker der MSPD stellten zunehmend fest, daß »die Kriegsfolgeerscheinungen sich in noch immer steigendem Maße der sozialistisch-reformatorischen Arbeit hemmend in den Weg stellen«.¹⁰⁰ Ohne eine

Sicherung der kommunalen Finanzen scheiterten die Reformbestrebungen schon im Vorfeld.

Eine hinlängliche Finanzierung auch nur der sozialen Ausgaben erforderte Mehreinnahmen über eine neue Kommunalsteuer, die alle Einkommensklassen heranzog. Sie wurde im Januar 1921 vom Kasseler Stadtparlament mit den Stimmen der MSPD-Mehrheit und ihrer Gewerkschaftler beschlossen.¹⁰¹ Auch das Kasseler ADGB-Ortskartell konnte sich schließlich nicht den Argumenten seines Mitgliedes, des Stadtrates Christian Wittrock (AfA-Bund), entziehen, die städtische Kompetenz im sozialen Bereich sei im Sinne der Arbeiterbewegung auch finanziell abzusichern.¹⁰² Die Finanzsituation blieb auch in der Folge eines der heikelsten und umstrittensten Kapitel in der Kasseler Gemeindepolitik.¹⁰³

Auch in der Schulpolitik versuchten die Gemeindepolitiker der Kasseler MSPD Akzente zu setzen, stand doch das Erziehungswesen der bürgerlichen Gesellschaft seit den Zeiten des Erfurter Parteitag im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kritik.¹⁰⁴ Verschiedene Motive kamen hier zusammen. Da gesellschaftliche Unterschiede nicht zuletzt durch das Erziehungssystem tradiert wurden, hatte das Reformbestreben der Sozialdemokratie hier anzusetzen. Die Schulpolitik stand jedoch gleichzeitig im Dienste einer bewußten Gegenkultur, die ihren Zentralbegriff der Arbeit auch im Schulwesen wiedererkennen wollte. Dieses Politikfeld hatte im ganzen der Erziehung eines neuen Menschen zu dienen.¹⁰⁵ Die sozialdemokratischen Lehrer des Kasseler Agitationsbezirkes fanden sich in einer eigenen Arbeitsgemeinschaft zusammen.¹⁰⁶ Zu ihrer publizistischen Unterstützung erschien regelmäßig eine »Schulpolitische Beilage« zum »Kasseler Volksblatt«. Treibende Kräfte des schulpolitischen Interesses der Kasseler Genossen waren der Vorsitzende der sozialdemokratischen Lehrer, Zobel, und der erste sozialdemokratische Schulrat im Bezirk, Valentin Traudt.¹⁰⁷ In dieser 1919 gegründeten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen drückte sich das verstärkte Bemühen der MSPD um neue Schichten aus. Der Parteitag in Weimar (1919) und Kassel (1920) hatten übereinstimmend die parteigenössischen Lehrer zum Zusammenschluß ermutigt. Wie in der Kommunalpolitik vertrat die MSPD auch hier den Primat der Politik: »Alle Entscheidungen der Zukunft über Schule und Lehrerschaft werden im politischen Kampfe gefällt. Darum ist nur durch praktische Mitarbeit auf dem Boden der Partei eine Verwirklichung unserer Forderungen möglich.«¹⁰⁸ Schon in ihrem Kommunalprogramm vom Februar 1919 hatten die Kasseler Genossen den forcierten Ausbau der Volksschulen verlangt.¹⁰⁹ Während des Jahres 1922 zeichnete sich ein Kompromiß zwischen SPD und DDP ab, der die von den Sozialdemokraten geforderte Volksschule als Einheitsschule neben der Mittelschule absicherte.¹¹⁰ Die erregt geführte schulpolitische Debatte hielt die gesamte Weima-

rer Republik über an. Die schulpolitische Offensive der MSPD im Kasseler Stadtparlament setzte zwar die einheitliche Volksschule durch. Das Bildungsgefälle und damit die tieferliegenden Ursachen für die unterschiedliche Sozialisation der Teilkulturen blieben davon jedoch unberührt. Da die kommunale Schulpolitik der SPD auf die Absicherung »ihrer Schule« ausgerichtet war und tiefere Eingriffe in das Bildungs- und Schulwesen in der Weimarer Zeit nicht erfolgten, stabilisierten sich im Ergebnis die Sozialisationsbedingungen der einzelnen Teilkulturen.

Einen Gradmesser für den Rückhalt der verschiedenen schulpolitischen Positionen bedeuten die Elternbeiratswahlen. An den Volksschulen Kassels stellte die sozialdemokratische Liste »Schulfortschritt« bei den Wahlen vom Juni 1922 mit 179 Beiräten oder 55,1% die absolute Mehrheit der Elternbeiräte, an den weiterführenden Mittelschulen war sie hingegen nur mit einem einzigen Beirat vertreten.¹¹¹ Bis 1928 büßte die SPD ihre Mehrheit auch an den Volksschulen ein. Vom Wachstum der Kasseler Schulen konnte sie in keiner Weise profitieren. Ihre Schulbeiräte machten nurmehr knapp 40% aller Elternbeiräte aus.¹¹²

Unter den von den Kommunen wahrgenommenen sozial-karitativen Aufgaben spielte die Wohnungspolitik eine herausragende Rolle. Zwar setzte sich die nordhessische Sozialdemokratie für Kleinrentner, Kriegsversehrte und kommunale Suppenküchen als selbstverständliche Postulate eines Sozialstaates ein.¹¹³ Die Lage der Arbeiterschaft in der Weimarer Republik war jedoch am meisten gekennzeichnet durch beengte Wohnverhältnisse und fehlenden Wohnraum. Die Wohnungsnot steigerte sich nach 1918 noch durch eine große Zahl neu auf den Wohnungsmarkt drängender Heimkehrer und kriegsgetrauter Ehepaare.¹¹⁴ Eine Studie der Stadt Kassel aus dem Jahre 1925 belegte das Ausmaß der Wohnungsnot in Kassel.¹¹⁵ Die Kasseler Altstadt, ein reines Arbeiterviertel, war wieder der am dichtesten bewohnte Stadtteil Kassels geworden. In diesem Proletarierviertel bestand der Wohnraum zu 56% aus sogenannten Kleinwohnungen, d.h. Wohnungen mit bis zu 3 Zimmern. Mehr als ein Viertel der Kasseler Bevölkerung Kassels lebte in Wohnungen mit bis zu drei Zimmern, sogenannten Kleinwohnungen. In jeder dieser Wohnungen kam mehr als eine Person auf einen Raum. In den höheren Wohnungsklassen gestaltete sich das Verhältnis wesentlich ausgewogener.¹¹⁶

Die Kasseler Wohnungspolitik lag seit 1919 in Händen eines sozialdemokratischen Stadtrates, des Professors Sautter. Die politische Konfliktlinie war vorgezeichnet, da einer aktiven Miet- und Wohnungspolitik die organisierten und DNVP- beziehungsweise DVP-nahen Hausbesitzerinteressen entgegenstanden, die sich in immer neuen politischen Attacken und persönlichen Angriffen gegen durchgreifende Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot zur Wehr setzten. Demgegenüber setzten sich die Kasse-

ler Gewerkschaften wiederholt und massiv für eine weitreichende Beschlagnahme von Wohnraum ein. Bis zum November 1921 wurden schließlich 3.000 Wohnungen beschlagnahmt, was deutlich über die Berliner staatlichen Eingriffen in den Hausbesitz hinausging, wo zum gleichen Zeitpunkt 1.700 Wohnungen requiriert worden waren.¹¹⁷ Nicht zuletzt diese einschneidenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnnot steigerten noch die Ablehnung und den Haß der Kasseler Rechtsparteien gegen den SPD-geführten Magistrat der Stadt.¹¹⁸ Die politischen Auseinandersetzungen nahmen an Schärfe zu. Den Ton gab die intransigente Rechte durch ihre persönlichen Verunglimpfungen an.¹¹⁹

Beleidigungen und Beleidigungsklagen gegen die Kasseler Rechtspresse prägten das Vorfeld der Kommunalwahlen vom 4. Mai 1924. Bezeichnend für das kommunalpolitische Klima in der Stadt Kassel war es, daß an genau diesem Tage der Beleidigungsprozeß stattfand, den sozialdemokratische Stadtverordnete gegen das Organ der Kasseler Konservativen angestrengt hatten. In diesem aufgeheizten Klima verloren die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung, was DNVP und DVP sofort dazu nutzten, den Oberbürgermeister zum Rücktritt zu zwingen. Philipp Scheidemann sollte nach dem Willen von 28 der 55 Kasseler Stadtverordneten das prominenteste Opfer des Personalabbaues in der kommunalen Beamtenschaft werden. Diese Absicht hielt jedoch einer rechtlichen Überprüfung durch die preußische Aufsichtsbehörde nicht stand. Ein Jahr später wurde er vom Stadtparlament sechseinhalb Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit dennoch zum Rücktritt gezwungen.¹²⁰

Im Vorfeld der Kommunalwahlen hatte der SPD-Stadtverordnete Theiß auf die sozialdemokratischen Erfolge in Kassel zwischen 1919 und 1924 hingewiesen. Trotz knapper Kassen hatte die Stadtverwaltung ihre Aufgaben ohne Defizit erfüllen können. In den »fünf roten Jahren« waren die sozialistischen Umgestaltungspläne der Revolutionsphase allerdings dem eingegengten Handlungsrahmen der Stadtverwaltung zum Opfer gefallen, die neue Aufgaben in der Wohlfahrtspflege, der Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner, der Jugendpflege und der Arbeitslosenfürsorge zu übernehmen hatte. Nur wenig hatten die Genossen erreichen können: Theiß strich die wohnungspolitischen Erfolge der Stadtverwaltung heraus, die von vergleichbaren Kommunen als einzigartig angesehen würden. Dazu hatte nicht nur die von der Stadt mit straffer Hand durchgeführte Wohnungszwangswirtschaft beigetragen, sondern auch der vermehrte Neubau von Wohnungen. Auch im Ausbau der städtischen Infrastruktur, so etwa durch ein neues städtisches Flußbad an der Fulda, eine Anlage, die in Deutschland einzig dastand, ein Krematorium und eine neue Markthalle sah der führende Kommunalpolitiker der Kasseler SPD Belege für ein im ganzen erfolgreiches Wirken.¹²¹ Dennoch konnte der kommunalpolitische

Rückblick auf vier rote Jahre nicht verdecken, daß die einmal geweckten hochtrabenden politischen Erwartungen der Jahre 1918/19 einer breiten Ernüchterung Platz gemacht hatten. Die SPD verlor bei den Gemeindewahlen 1924 nicht nur ihre Mehrheit im Kasseler Stadtparlament, die gleichzeitig stattfindenden Reichstagswahlen zeigten den Tiefpunkt sozialdemokratischer Wählermobilisierung auch auf höheren politischen Ebenen an.

Mit dem Abtritt Scheidemanns von der kommunalpolitische Bühne verlor die Kasseler Sozialdemokratie die politische Initiative in der Stadt an die konservativen Kräfte. Unter der Regie des DVP-nahen Oberbürgermeisters Stadler hatte sie fortan auf die Politik der zu einem Bündnis zusammengeschlossenen konservativen Mehrheitsfraktion zu reagieren. Ziel blieb dabei die Verteidigung erreichter Positionen, was angesichts der sich verschärfenden Finanzlage der Kommunen immer weniger gelang.

5.1.5. Koalitionspolitische Positionen

Auf kommunaler Ebene blieb der koalitionspolitische Kurs der Kasseler MSPD ohne Erfolg. Nach anfänglicher Zusammenarbeit versagten sich die Demokraten unter dem Eindruck einer zunehmenden Polarisierung, die von den Rechtsparteien geschürt wurde. Das schwache Zentrum kam als langfristiger Partner kaum in Frage. Sowohl Zentrum als auch DDP halfen 1924, Scheidemann aus dem Amt des Oberbürgermeisters zu entfernen. Vor dem Hintergrund dieser koalitionspolitischen Erfahrungen im Stadtparlament gewannen die prinzipiellen Stellungnahmen der Kasseler Sozialdemokraten zu Bündnissen ihrer Partei im Reich und in Preußen an Bedeutung. Das Eintreten für Koalitionsregierungen ließ unter der gegebenen kommunalen Verhärtung der Fronten auf eine tiefe Verankerung der politischen Kraft des Kompromisses in der nordhessischen SPD schließen.

Um die wichtigste Voraussetzung für künftige Koalitionen wurde im November und Dezember 1918 gerungen. Die Kasseler Parteiorganisation trat bereits im November 1918 für eine baldige Wahl der Nationalversammlung ein, die »von sozialistischem Geist beseelt und fähig ist, die demokratische Republik in eine soziale Republik zu überführen«. ¹²² Damit einher ging die entschiedene Ablehnung radikaler Positionen in der Kasseler Parteiführung. Als auf dem Bezirksparteitag 1919 deutliche Kritik an der allzu regierungstreuen vorbehaltlosen Unterstützung der Reichsregierung im Weltkrieg durch das Parteiblatt ›Kasseler Volksblatt‹ geübt wurde, wandte sich Georg Häring vom örtlichen Parteivorstand entschieden dagegen, »daß man den Arbeitern nach dem Mund reden solle«. Häring sah

keinen Anlaß, namens der Redaktion des Parteiblattes deren durchweg positive Haltung zur deutschen offiziellen Kriegspolitik einzugestehen. ¹²³

In den Kommentaren zur Reichstagswahl 1920, die für die Mehrheitssozialdemokraten große Verluste brachten, traten erhebliche Unterschiede in der Bewertung der politischen Folgen dieses Kompromißkurses zutage. Der Stimmung in der Gesamtpartei kam Philipp Scheidemann am nächsten, der bereits vorher erklärte, im Falle der erneuten Minderheitenposition für die MSPD in die Opposition gehen zu wollen. Sein konsequent reformistischer Kollege Georg Thöne wollte sich dagegen auch nach der Wahlniederlage an einer bürgerlichen Koalition beteiligen. ¹²⁴ Die Meinung Thönes scheint in breiteren Kreisen der Kasseler Parteiführung vertreten worden zu sein. Auf der Bezirkskonferenz des Unterbezirks Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg sprach sich der Hersfelder Reichstagsabgeordnete Michael Schnabrich nur unter Druck der Basis und mit Bedauern gegen eine Teilnahme an einer bürgerlichen Koalitionsregierung aus. Die USPD übernehme mit ihrer Weigerung, »mit uns und den anderen demokratisch-republikanischen Parteien eine Regierung zu bilden, die Verantwortung für all das, was aus einer Übernahme der Regierung durch die Rechtsparteien für die Arbeiterschaft erwachsen kann«. Der Chefredakteur des Hersfelder Parteiorgans, der ›Hersfelder Volksstimme‹, trat auch nach dem Wahlausgang vom Juni 1920 für eine weitere Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten ein. Im Interesse der Arbeiterschaft dürften sie die Reparationsverhandlungen von Spa nicht den Rechtsparteien überlassen, »denn die Zeche für das, was in Spa ausgerichtet wird, bezahlt letzten Endes allein das gesamte Volk, in erster Linie die Arbeiterklasse«. ¹²⁵

Die Differenzen zwischen Parteispitze und Teilen der Mitgliedschaft spitzten sich 1921 in der Diskussion um den Eintritt in eine preußische Regierungskoalition zu, die neben der DDP und dem Zentrum auch die DVP umfassen sollte. Die Kasseler Parteiführung um Richard Hauschildt und Georg Thöne hatte sich bereits im Vorfeld dieser Diskussion für einen Wiedereintritt in die preußische Regierung ausgesprochen. Unter den politischen Bedingungen des Frühjahrs 1921 kam eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung in Preußen nur in Frage, wenn die auch in der Reichsregierung vertretene DVP Koalitionspartner sein würde. ¹²⁶ Dies aber war selbst unter den politisch traditionell gemäßigten Kasseler Genossen höchst umstritten.

Am deutlichsten sprach sich Georg Häring für eine Regierungsbeteiligung unter Einschluß der DVP aus. Für ihn war die Teilnahme an Regierungen vorgeschobenen Wachtürmen vergleichbar, von denen aus die Kampffront weiter vorgetragen werde und die man nicht ungestraft preisgebe. Häring wollte alle Möglichkeiten nutzen, die der politische Kampf bot. Der Kommunalpolitiker Häring sprach nicht zuletzt wie sein Kollege

Georg Thöne aus der Erfahrung eines Landrates heraus, der mit allen Parteien zusammenarbeitete. Der Bezirksvorsitzende Hauschildt, der zwar eine Regierungsbeteiligung der SPD grundsätzlich forderte, erklärte sich dennoch zu einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nicht bereit. Mit der monarchistischen DVP konnte es seiner Ansicht nach keinerlei Zusammenarbeit geben. Die Kasseler Gewerkschaften vertraten keine einheitliche Linie. Der Vorsitzende des Kasseler ADGB-Kartells Hans Eckel schloß sich den Ausführungen Härings mit dem pragmatischen Hinweis darauf an, daß es besser sei mitzuregieren, als regiert zu werden. Der Vorsitzende der größten Teilgewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Braunersreuther, sprach sich gegen eine Koalition mit der DVP aus. Er wollte lieber draußen bleiben und dafür agitieren, daß ein rechtsgerichteter Landtag nicht mehr wiederkommt.¹²⁷

Die Koalitionsfrage des Jahres 1921 förderte Unterschiede in der Kasseler Sozialdemokratie zutage, die einen gemeinsamen Beschluß verhindern. Ursache hierfür war neben teilweise prinzipiellen Vorbehalten in erster Linie jedoch der Wunsch, durch eine Koalitionsbeteiligung mit der DVP nicht die mögliche Wiedervereinigung mit der USPD zu gefährden. Ausschlaggebend hierfür war der Wille zur Einheit der Arbeiterbewegung, der in Kassel wie auch andernorts sogar die reformistische Generallinie überwog.

Die Reaktion der Kasseler Genossen auf die Beschlüsse des Görlitzer Parteitag, der für eine Koalition mit der DVP die Beschlußlage geändert und geglättet hatte, zeigte wiederum ein ähnliches Bild. Diesmal trat der frühere Gegner einer Koalition Hauschildt mit einem Resolutionsentwurf an die Partei heran, die sich für eine Zusammenarbeit mit der DVP und eine Hinzuziehung der USPD aussprach. Dieses unmögliche Vorhaben war aus der argumentativen Not heraus geboren, als Kreisvorsitzender das reformistische Anliegen und den organisatorischen Einheitswillen miteinander verbinden zu müssen. Die Gegenposition wurde vom DMV-Vorsitzenden Braunersreuther und dem Metaller Paul Haupt vertreten. Die Metallarbeiter, unter denen die USPD ihren größten Einfluß besaß, forderten in ihrem Resolutionsentwurf zwar auch eine Erweiterung der Regierung, wie auf dem Parteitag beschlossen. Dies konnte ihrer Meinung nach jedoch nur durch eine Hinzuziehung der USPD geschehen.¹²⁸ In der Diskussion traten vor allem Sozialdemokraten aus der Kasseler Parteispitze, wie der Bezirkssekretär Felgenträbe und der Betriebsratsvorsitzende bei Henschel, Asteroth, für einen Eintritt in eine Koalition mit der DVP ein. Die Resolution der Parteileitung um Hauschildt wurde schließlich gegen 50 Stimmen angenommen. Die Kasseler Parteiorganisation stellte sich damit gegen eine Minderheit auf den Boden der Görlitzer Beschlüsse. Im gleichen Sinne entschied die Hersfelder Parteiorganisation.¹²⁹

Die Koalitionsentscheidung des Görlitzer Parteitag vergrößerte die Distanz zwischen MSPD und USPD auch im Bezirk Hessen-Waldeck. Die Mitgliederzahl der Unabhängigen stieg auf 1.500 an und 20 neue Ortsgruppen entstanden. Die USPD-Organisation stabilisierte sich und machte die Verluste der Spaltung des Jahres 1920, als die Anhänger der Dritten Internationale ausgezogen waren, wieder wett.¹³⁰ Dennoch war der Gegensatz zwischen den beiden Arbeiterparteien im Kasseler Raum bei weitem nicht so ausgeprägt wie dies in anderen Gebieten der Fall war. Die Positionen der Kasseler Unabhängigen waren weitaus gemäßigter als die ihrer Parteifreunde im Reich, was in vielfältiger Zusammenarbeit mit der MSPD in den Gemeindevertretungen zum Ausdruck kam, wo zwischen den beiden Arbeiterparteien kaum Gegensätze auftraten. In Kasseler Vorort Wolfsanger kam es sogar zu einer übergreifenden Arbeitsgemeinschaft von MSPD und USPD mit den Kommunisten. Auf einer MSPD-Versammlung zur Rede gestellt, verteidigte sich der Vertreter der MSPD-Ortsgruppe Wolfsanger Habermehl gegen den Vorwurf, sich von der KPD mißbrauchen zu lassen, nicht. Seine Zusammenarbeit mit der USPD wurde nicht beanstandet. Die politische Zusammenarbeit der drei Arbeiterparteien ging auf eine Initiative der Gewerkschaften zurück, deren Organisation für eine einheitliche politische Vertretung der Arbeiterbewegung im Vorort Wolfsanger sogar bereit war, die Kommunisten politisch zu integrieren. Für zukünftige Aktionen stellte die Kasseler Parteiführung klar, daß »Schritte zur Herbeiführung der Einigung der Arbeiterschaft nur von den gewählten Vertretungen der Partei unternommen werden« sollten. Das politische Initiativrecht wurde, durch diesen Vorfall ausgelöst, auf den Kreis- und Bezirksvorstand beschränkt.¹³¹

Nach dem Mord an Walter Rathenau am 26. Juni 1922 wurde die pragmatische Nähe zwischen USPD und MSPD vom Kasseler mehrheitssozialdemokratischen Parteivorstand in die Form von Arbeitsgemeinschaften überführt. Das Radikalitätsgefälle verlief in der USPD-Organisationshierarchie umgekehrt wie in der MSPD. Während die Bezirksorganisation mit knapper Mehrheit gegen die gemeinsame Arbeit mit der MSPD Stellung bezog, begrüßte die USPD-Ortsgruppe Kassel das Angebot zur Zusammenarbeit. Im August 1922 einigten sich schließlich beide Parteien auf ein gemeinsames Aktionsprogramm, dem im Oktober der Vereinigungsparteitag von MSPD und USPD im Kasseler Bezirk folgte.¹³²

Nach der Vereinigung brauchte die Sozialdemokratie in Nordhessen keine Rücksichten auf eine rückkehrwillige Minderheit mehr zu nehmen, da die Kasseler Kommunisten nicht die geringste Gemeinsamkeit mit den Sozialdemokraten zu erkennen gaben. Fortan vertrat die Kasseler SPD eine konsequente Politik der Regierungsverantwortung. In der innerparteilichen Diskussion zum Jahresbeginn 1926 kam zum wiederholten Male die

Frage einer Regierungsbeteiligung zur Sprache, nachdem seit den Dezemberwahlen 1924 eine Regierungskrise die andere jagte. Ähnlich wie 1921 ging es um eine Zusammenarbeit mit der DVP, die sich inzwischen zur Regierungsverantwortung in demokratischen Kabinetten auch im Reich bereit gefunden hatte. Der Reichsparteiführung der SPD und weiten Teilen der Reichstagsfraktion schien es vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Wirtschaftskrise an der Jahreswende 1925/26 nicht ratsam, unpopuläre Entscheidungen in einem Kabinett unter maßgeblicher Beteiligung der großindustriellen Volkspartei mittragen zu müssen, die den parteiinternen Konsens gefährdet und bei vermeintlichen Neuwahlen den Kommunisten Zulauf eingebracht hätten.¹³³

Zu der Minderheit in der Reichstagsfraktion, die konsequent für eine Regierungsbeteiligung stritt, gehörte der Hersfelder Reichstagsabgeordnete Michael Schnabrich. Er wollte zwar nicht um der Großen Koalition willen in die Regierung eintreten, »sondern um die Republik zu erhalten, damit sie ausgestaltet werde zum sozialen Rechts- und Volksstaat«. Die der MSPD ureigene Verantwortung für letztlich ihre Schöpfung, die parlamentarische Weimarer Republik, hatte nach Schnabrich für die Sozialdemokraten zur Folge, wenn irgend möglich in die Regierung einzutreten. »Jahrzehntelanger Kampf wäre umsonst, wenn wir nicht hüten, was wir geschaffen haben.« Auf einer Vertrauensmännerversammlung schloß sich die SPD des Bezirkes Kassel dieser Forderung an. Prinzipielle Bedenken gegen die Deutsche Volkspartei stellte die Kasseler Sozialdemokratie beiseite. Im Interesse der Republik und der Zusammenarbeit der republikanischen Parteien hatten – einer Resolution der Kasseler SPD zufolge – die Verfassungsparteien dennoch die DVP zur Regierungsbildung heranzuziehen und gemeinsam eine Große Koalition zu bilden.¹³⁴

Die preußische Partei- und Fraktionsführung fand im Kasseler Parteibezirk einen engagierten Anwalt ihrer langjährigen Koalition mit den bürgerlichen Parteien. So nahm Michael Schnabrich die Kritik sächsischer Genossen um den Abgeordneten Fleissner an der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung auf dem Kieler Parteitag 1927 zum Anlaß, der Reichstagsfraktion koalitionspolitisches Versagen vorzuwerfen. »Nicht die Preußen-Politik, die Reichspolitik war falsch.« Hätte die Reichstagsfraktion sich von den Überzeugungen der preußischen Fraktionsleitung führen lassen, dann bräuchte sie jetzt nicht darüber zu klagen, daß Reichsinnenminister von Keudell Republikaner aus ihren Ämtern entferne. Tatsächlich aber trage sie durch ihre Politik der Regierungsabstinenz selbst einen Teil Mitschuld.¹³⁵

In die gleiche Richtung argumentierte der Kasseler Parteisekretär Tejesy, der den Kasseler Landtagsabgeordneten und preußischen Innenminister Albert Grzesinski gegen die Angriffe der Leipziger Genossen verteidigte.

»Es gibt so viele Leipziger Anträge, die man nicht ernst nimmt.« Die aus Sachsen inkriminierte Preußenkoalition verstand er als eine Zweckgemeinschaft. »Sie sind ein Ausgleich von Interessen, im besten Falle ein ›klares Geschäft‹. Für solche Dinge pflegt man sich nicht zu begeistern, aber für das, was bei diesem ›klaren Geschäft‹ für die Arbeiterschaft, für die Republik, für den Sozialismus herausgeholt wird, kann man sich sehr wohl begeistern.«¹³⁶

Die Reichstagswahlen 1928 bestätigten die Kasseler Partei in ihren Überzeugungen. Im Bruderzwist mit den Kommunisten sah das Kasseler Volksblatt den Streit um Demokratie oder Diktatur mit der Maiwahl für definitiv entschieden an. Die Kommentare der Kasseler Genossen zu den Zentrumsverlusten ließen eine tiefe Befriedigung erkennen, daß der Klassenkampfgedanke auch in den katholischen Arbeitermassen vordrang. Dennoch hatte man die Niederlage der Zentrumspartei »so rasch nicht erwartet« und gab sich versöhnlich. »Zu Freudenausbrüchen ist uns die Schicksalsfrage der Eroberung des katholischen Proletariats für den Sozialismus zu ernst, zu verfrühtem Jubel gibt uns die Niederlage, die wir dem Zentrum – oder die Zentrumsführer vielleicht sich selbst – beigebracht haben, keinen Anlaß. Wir überblicken das Ergebnis, wir untersuchen, wir prüfen und lernen. Das genügt.«¹³⁷ Alle Parteigliederungen Nordhessens traten für einen baldigen Regierungseintritt ein. In Kassel wurde das Verhalten der SPD-Minister in der Panzerkreuzerfrage keineswegs verurteilt. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder, allen voran der Kanzler, hatten in der entscheidenden Abstimmung der Fraktionsdisziplin folgend mit ›Nein‹ stimmen müssen. Vielmehr wandten sich die sozialdemokratischen Unterbezirkskonferenzen im Herbst 1928 gegen das Ausschlichten dieser Angelegenheit durch die Kommunisten.¹³⁸

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Wahlerfolge im deutschen Reich ab 1930 verbanden die Kasseler Sozialdemokraten ihren Einsatz für Republik und Demokratie mit der geradezu bedingungslosen Verteidigung der Tolerierungspolitik der Kabinette Brüning durch die Reichstagsfraktion der SPD.¹³⁹ In zahllosen Artikeln und Versammlungen warben sie um Verständnis für die Haltung der SPD im Reich, die in der Kasseler Parteiorganisation treue Gefolgsleute für ihren Kurs fand.¹⁴⁰

5.1.6. Die regionale Rezeption der Programmdiskussionen

Die Kasseler Sozialdemokratie hatte an den Programmdebatten im Kaiserreich zwar kaum teilgenommen, auf ihre Weise jedoch den innerparteilichen Konsens vollzogen. Einerseits waren die Spalten des Parteiorgans ›Kasseler Volksblatt‹ gefüllt mit Klassenkampfrhetorik, andererseits vertra-

ten die Kasseler Genossen einen reformorientierten pragmatischen Kurs, der den Ausbau ihrer Organisationen zum Ziel hatte. Revolutionärer Attentismus und reformistische Alltagspolitik waren in der nordhessischen Provinzialhauptstadt eine bestandssichernde Koalition eingegangen.¹⁴¹

Bereits in den Revolutionsmonaten war der ganz und gar unradikale Grundzug der Kasseler Sozialdemokratie publik geworden. Die MSPD verurteilte alles, was sie auch nur entfernt an Radikalismus und Syndikalismus erinnerte. In der deutschen Sozialdemokratie fand zwischen dem Reichsparteitag des Jahres 1920 in Kassel, von dem leider jegliche begleitende und kommentierende Berichterstattung durch das Kasseler Volksblatt fehlt, bis zum Görlitzer Parteitag 1921 die Fortsetzung dieser programmatischen Diskussion statt. In zwei Entwürfen versuchte die Parteiführung, den veränderten Bedingungen der demokratischen Republik Rechnung zu tragen. Beide Entwürfe fanden jedoch nur geteilte Zustimmung in den Parteigliederungen, da allseits die baldige Wiedervereinigung mit der USPD erwartet wurde, der eine vorherige programmatische Festlegung nur hinderlich sein konnte.¹⁴²

Das neue Görlitzer Parteiprogramm sollte die alte Klassenkampfbe-grifflichkeit überwinden und neuen sozialen Schichten den Zugang zur Sozialdemokratie erleichtern. In diesem Sinne ist es als die programmatische Vorwegnahme einer sozialdemokratischen Volkspartei begrüßt worden.¹⁴³ Tatsächlich hatten sich auch in Kassel maßgebliche Fürsprecher für den Gedanken der Volkspartei gefunden. Bereits im Januar 1917 und damit im weiteren Vorfeld des Würzburger Parteitages, als der Gedanke einer Volkspartei SPD noch gänzlich neu war, hatte Georg Thöne, der Vormann der Kasseler Reformisten, in einer Parteiversammlung die Zukunftsaufgaben der SPD als Volkspartei erläutert.¹⁴⁴ In den Jahren 1919/20 entstanden auch in Kassel Arbeitsgemeinschaften für Schichten, die bisher der Sozialdemokratie eher ablehnend gegenübergestanden hatten: so für die Lehrer, die Angestellten und die Beamten. Die Kasseler Parteiführung war ernstlich gewillt, auch organisatorisch die Öffnung für neue Parteischichten einzuleiten.

Auf dem Kasseler Parteitag 1920 wurde dieser Wille zur Öffnung erstmals offen diskutiert. Adolf Braun, ein Vertreter der Parteilinken, stieß auf keinen Widerstand, als er feststellte: »Heute sind wir zu einer Partei geworden, die auch Beamte und Angestellte umfaßt, die sich auf Industrie, Handel, Landwirtschaft, Schifffahrt usw. erstreckt. Wir sind eine Partei der Kopf- und Handarbeiter jeder Art.«¹⁴⁵ Im Vorfeld der Görlitzer Programmdiskussion erörterte die Kasseler Arbeiterpresse die Notwendigkeit, sich für neue Schichten zu öffnen. Georg Häring etwa formulierte in seiner Stellungnahme zur Programmdiskussion die Notwendigkeit für ein neues Parteiprogramm vor dem Hintergrund der Veränderungen seit dem Erfur-

ter Parteitag 1891. Vor allem die Erfurter Annahmen zur Landwirtschaft hätten sich nicht bestätigt. Das aus dem überwiegend bäuerlichen hervorgegangene industriell-imperialistische Deutschland habe noch in seinem Sturz die überlieferte Staatsform mit in den Abgrund gerissen. Das demokratische Deutschland verlange eine neue Einstellung der Partei, die in ihrem Programm zum Ausdruck kommen müsse.¹⁴⁶ Der Wille zur Öffnung traf in Kassel auf die feste Überzeugung, den Sozialismus in der demokratischen Staatsform über den Stimmzettel erreichen zu können.

Dennoch wurden in der Kasseler Parteiorganisation beide vor dem Parteitag vorgelegten Programmwürfe abgelehnt. Auf einer der Programmdiskussion gewidmeten Parteiversammlung äußerten sich die Vertrauensmänner der Unterbezirke befremdet über den theoretischen Vorbau, der unverständlich sei und der das »Wetterleuchten der sozialistisch-marxistischen Gedankenwelt«, also das Bekenntnis zum Klassenkampf vermissen lasse. Richard Hauschildt vom Kasseler Parteivorstand und Mitglied des Reichsparteiausschusses sah im ersten Entwurf ein »länglichbängliches Programmgerippe. ... Zuviel Gerippe, zuviel Knochen, zu wenig Fleisch und Blut.« Besonders vermißte er das sozialistische Pathos der Weltveränderung, für das es sich lohne, sein Leben einzusetzen. Seine Charakterisierung des vorliegenden Entwurfes ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: »Mit gedämpftem Trommelklang, wie ein müder Landsturmmann, kommt es daher, anstatt kühn die rote Sturmflagge der Revolution zu entfalten, und der Bourgeoisie, der Trägerin des kapitalistischen Systems, das die Welt in die ruchloseste Katastrophe aller Zeiten stürzte, ein eisernes ›Nun erst recht!‹ aus proletarischen Massen entgegenzuschleudern. Nun erst Kampf gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Kampf für den Sozialismus, der weder Ausbeutung des Menschen, noch Vorrechte einer Klasse, und auch nicht die Knechtung ganzer Nationen durch andere Nationen kennen wird.« Der Vorsitzende des Kasseler DMV faßte die Stimmung zusammen, als er meinte, »es lohne nicht über den Programmwurf viele Worte zu machen: am besten er erhält ein Begräbnis erster Klasse.«¹⁴⁷

Auch dem zweiten Programmwurf erging es nicht viel besser. Er wurde in einem ganzseitigen Leitartikel auf der ersten Seite des »Kasseler Volksblattes« ebenso abgelehnt wie vor ihm der erste Entwurf. Der Hauptvorwurf richtete sich gegen den Wegfall der Klassenkampftheorie: »Eine theoretische Einleitung ohne Theorie. Sie brauchte nicht falsch zu sein. Aber sie entbehrte jeglicher Kraft, Tiefe, Geschlossenheit, war in keiner Weise geeignet, Freund und Feind zu imponieren.«¹⁴⁸ Die heimische Parteigemüts- und Diskussionslage und die folgenden Parteitagsbeschlüsse unterschieden sich denkbar krass: Trotz der scharfen Rhetorik im Vorfeld des Parteitages wurden in Görlitz sowohl das neue Programm als auch die

koalitionsfreundlichen Beschlüsse mit den Stimmen der Kasseler Delegierten angenommen.

Die Diskussion um das Görlitzer Parteiprogramm in der Kasseler Sozialdemokratie ließ zweierlei erkennen:

1. Die Kasseler Parteiorganisation war bereit, sich für neue Schichten zu öffnen. Daß dafür jedoch das traditionelle Klassenkampfvokabular zurückzutreten hatte, stieß auf die einhellige Ablehnung der nordhessischen Genossen. Die Verinnerlichung sozialistischer Gesinnung wird belegt durch zahlreiche Reflexionen auf die Bedeutung der sozialistischen Weltanschauung für das persönliche Leben im Umfeld der Diskussion um das neue Parteiprogramm.¹⁴⁹ Zum anderen hatte die Klassenbegrifflichkeit in der Weimarer Gesellschaft immer noch ihren konkreten sozialen Sitz im Leben, der den Sozialdemokraten ein Abrücken erschwerte. Hinzu kam der die Befürchtung, eine so einschneidende Maßnahme könne den Einigungsprozeß mit der USPD gefährden.

2. In einem gewissen Widerspruch hierzu steht die Tatsache, daß auch die Kasseler Delegierten Hauschildt, Hahner und Frau Wündisch den umgearbeiteten Programmtext auf dem Görlitzer Parteitag wie auch den Koalitionsbeschlüssen kritiklos akzeptierten. Dieser Umstand unterstreicht die Bedeutung von Hierarchie und Disziplin in der Sozialdemokratie. Über den Programmdiskussionen vor Ort stand immer noch die Reichspartei, unter die sich auch der Kasseler Vorstand im Zweifelsfalle bedingungslos unterordnete, wußte er doch nicht zuletzt seine Anliegen durch maßgebliche Vertreter wie Philipp Scheidemann und Richard Hauschildt im Reich und Albert Grzesinski in Preußen vertreten. Der Kasseler Parteibeatirk folgte in strittigen Fragen regelmäßig dem Parteivorstand.¹⁵⁰ »Zu den Merkmalen des sozialdemokratischen Milieus gehörte nicht nur der Wunsch, sich gegenüber den fremden Einflüssen abzuschirmen, sondern auch Disziplin gegenüber Parteitagentscheidungen.«¹⁵¹

Bei der Umsetzung der Programmbeschlüsse in der Parteiarbeit und der Agitation trat der programmatische Wandel der Partei kaum in Erscheinung. Griffige Formulierungen, die an das alte Klassenkampfvokabular anknüpften, verdeckten die inhaltlichen Differenzierungen und Fortentwicklungen des Görlitzer Programms. Im Kern kam es den Parteifunktionären vor Ort auf eine nahtlose Identifikation ihrer Mitglieder mit der Partei an: »Im Schoße des Kapitals wächst der Sozialismus heran, seine Geburt kostet dem Kapitalismus das Leben. Diesen Geburtskampf führt die Sozialdemokratie.«¹⁵² Das Gruppengefühl der Arbeiterklasse stellte auch nach Aussage des revisionistischen Vordenkers der Partei, Eduard Bernstein, den Kern und die Tendenz der Arbeiterbewegung dar. Solange die Mitregierung der Arbeiterklasse »einschließlich der Angestellten« nicht gesichert war, wird sie »durch ihre Lebensnotwendigkeiten zur Selbstver-

waltung erzogen«. Die Selbstverwaltung der Arbeiterbewegung und ihr Gruppengefühl zeigten nach Bernstein gewissermaßen das natürliche Exil der Arbeiterklasse, solange ihr die politische Gleichberechtigung versagt blieb.¹⁵³ Beide Momente, Selbstverwaltung und Gruppengefühl, waren unabdingbare Voraussetzungen für die auch in Weimar fortdauernde Selbstreproduktion des sozialdemokratischen Arbeitermilieus.

In der Kasseler Sozialdemokratie war eine Bereitschaft zur Erweiterung der Partei um neue Schichten vorhanden. Sie entsprang teilweise den Zwängen des Verhältniswahlrechtes, teilweise aber auch dem reformistischen Grundzug. Beide Motive änderten jedoch nichts daran, daß die Kasseler Reformisten prinzipiell eine Partei der Arbeiterklasse bleiben wollten, auch wenn sie diese in einem weiten Sinne auslegten. Das entscheidende Glied in ihrer Argumentationskette, das ihnen die Zustimmung zum Görlitzer Programm erleichterte, lautete denn auch, die neuen Schichten seien ein objektiver Teil der Arbeiterklasse. Beamte, Angestellte, mittelständische und ländliche Schichten: Sie alle waren im Verständnis der Kasseler Reformisten Teil der Arbeiterklasse, mehr noch: des Proletariats.

Aufgabe des neuen Parteiprogramms konnte es demzufolge nur sein, das subjektive Bewußtsein dieses Umstandes zu befördern. Die Arbeiterklasse vermehrte sich also nach dem Willen der Mehrheit der Görlitzer Delegierten, die für das neue Parteiprogramm gestimmt hatten. In diesem Sinne wurde das Görlitzer Programm ähnlich der koalitionspolitischen Entscheidung, die in der Diskussion über den Parteitag den weitaus größeren Raum einnahm, unter taktischen Gesichtspunkten des Parteiinteresses verstanden.

Das Dilemma der Kasseler Sozialdemokratie war dem der Zentrums- partei bei deren Öffnungsbestrebungen zu Beginn der Weimarer Republik vergleichbar: Die Genossen waren zwar bereit, Angestellte, Beamte, Lehrer und andere Gruppen in ihre Reihen aufzunehmen, um mit deren Hilfe eine parlamentarisch-demokratische Mehrheit zu erzielen. Ihr Selbstverständnis wurde dadurch jedoch etwa in dem Maße berührt, in dem z.B. das Zentrum nichtkatholische Positionen aufnahm. Der programmatische Standpunkt der Sozialdemokratie glich derjenigen der Rückkehrökumene des Katholizismus. Zurückkehren in die SPD sollten nicht nur die Unabhängigen und die Kommunisten. Auch die Angestellten und Lehrer, Künstler usw. hatten sich als Teil des einen Proletariates zu erkennen.¹⁵⁴

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien MSPD und USPD im Jahre 1922 zog eine Modifikation des ein Jahr zuvor gefaßten Parteiprogrammes nach sich. Die Neufassung lag in Händen des neuen Cheftheoretikers der Partei, Rudolf Hilferding, dessen Entwurf im Juli 1925 rechtzeitig vor dem Heidelberger Parteitag vorgestellt wurde. In seinen Grundzügen versuchte der vorgelegte Programmtext das Erfurter Programm von 1891 fortzuschreiben.¹⁵⁵ Mit seinen Konzessionen an die nach links erweiterte

Parteibasis kam das Programm jedoch nicht nur den ehemaligen Unabhängigen entgegen. Die popularisierende volksmarxistische Grundtendenz fand nämlich gerade Zustimmung in der mehrheitssozialdemokratischen Mitgliedschaft. Im Kasseler Parteibeck wurde als Meßlatte für den theoretischen Grundsatzteil des neuen Parteiprogramms gefordert: »Das Programm einer politischen Massenpartei muß mit dem Denken und Fühlen der Massen förmlich verwachsen. Seine leitenden Grundsätze müssen sich in wenigen volkstümlich gefaßten, lapidaren Sätzen aussprechen, die restlos in das Bewußtsein des arbeitenden Volkes übergehen.«¹⁵⁶ Anders als vor dem Görlitzer Parteitag 1921 nahm die Programmdiskussion des Jahres 1925 nur einen geringen Raum in den Spalten der Kasseler Parteipresse ein. Die Programmdebatte von 1921 war belastet von der gleichzeitig aktuellen Koalitionsfrage. 1925 hingegen war die Stimmungslage weit weniger erregt. Kein eigens einberufener Bezirksparteitag führte die Programmdiskussion im Bezirk, keine Debatte entspann sich in der Parteipresse. Aus der spezifischen Lage der Kasseler Partei ergaben sich zwei Gesichtspunkte, die in die Diskussion um den Programmentwurf eingebracht wurden. Um in den breiten Kasseler Handwerker-, Kleinhändler-, Angestellten- und Beamtenkreisen stärker Fuß fassen zu können, wollte die Kasseler Parteipresse die Mittelschichten mehr als bisher berücksichtigt sehen.¹⁵⁷ Außerdem fiel ihr der Mangel an positiven Forderungen zur Agrarpolitik auf.¹⁵⁸

Beide Kritikpunkte spielten in der politischen Arbeit des Kasseler Parteibeckes der folgenden Jahre eine bedeutende Rolle. Besonders auf agrarpolitischem Gebiet berichtete die Parteipresse seit 1927 verstärkt in dem sichtbaren Bemühen, Stimmen in den ländlichen Kreisen hinzuzugewinnen. Die Kasseler Genossen begrüßten das Agrarprogramm, das 1927 auf dem Kieler Parteitag diskutiert und beschlossen wurde.¹⁵⁹ Im Regierungsbezirk Kassel hatte die Partei beispielhaft beobachten können, daß die historische Entwicklung den agrarpolitischen Diskussionen auf dem Erfurter Parteitag den Boden entzogen hatte. Mit dem Absterben des bäuerlichen Kleinbesitzes war auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Auch von einer Konzentrationstendenz in der kurhessischen Landwirtschaft konnte bis 1933 keine Rede sein. Der Anstieg der Klein-, Parzellen- und Zwergbetriebe zeugte vielmehr davon, daß sich die bäuerliche Landwirtschaft auch in der Industriegesellschaft ihren Ort gesichert hatte. Mit dieser Einsicht änderte sich auch der Stellenwert der Agrarpolitik. Agrarpolitik war nun nicht mehr nur ein Unterkapitel des Junkerwesens oder ein Vorspann zur Frage der Ernährungspolitik der Großstadtbevölkerung, sondern erlangte schon wegen der schier Masse der ländlichen Wählerschaft eine eigene Bedeutung für den Mehrheitsgewinn der führenden demokratischen Partei der Weimarer Republik.¹⁶⁰

Das politische Interesse an der Eindämmung des Gegensatzes zwischen Agrar- und Industriebevölkerung entsprang den Bedürfnissen der eigenen Mitgliedschaft in den nordhessischen Landkreisen. Für die Verwurzelung der Sozialdemokratie in der ländlichen Gesellschaft stand beispielhaft der preußische Landtagsabgeordnete, Bürgermeister von Nieste im Landkreis Kassel und Landwirt Carl Kraft. Kraft war auf allen Ebenen für die SPD politisch tätig und verfügte selbst über einen Hof. Krafts politisches Wirken stand für die ständige Vermittlungsarbeit zwischen ländlicher Arbeiterschaft, Kommunalpolitik und Parteiarbeit. Er war einer der ersten Sozialdemokraten in seinem Dorf gewesen, von 1902 bis 1926 nahm er das Amt eines Vertrauensmannes der SPD in Nieste wahr, seit 1919 saß er im Kreisausschuß des Landkreises Kassel. In der Partei trat er als Agrarpolitiker hervor.¹⁶¹

Aber auch in Beamten-, Angestellten- und Handwerkerkreisen agitierten die Kasseler Genossen.¹⁶² Bereits 1919 hatte die Kasseler Partei den Parteibeschlüssen folgend einen eigenen Beamtenbeirat eingerichtet, der für die SPD in der Beamtenschaft werben, aber auch in der SPD den Beamtenmitgliedern stärkeres Gehör verschaffen sollte.¹⁶³ In der Behördensstadt Kassel waren die Beamtenorganisationen traditionell stark vertreten. Auch der dem ADGB nahestehende »Allgemeine Deutsche Beamtenbund« (ADB) verfügte über eine Ortsgruppe. Die Ausweitung der öffentlichen Funktionen ließ das Beamtentum in der Stadt Kassel schließlich soweit anwachsen, daß auf tausend Einwohner sechs Beamte kamen. Alle großen Beamten- und Angestelltenverbände waren in Kassel vertreten.¹⁶⁴ In ihrer Werbearbeit nutzte die Sozialdemokratie die Präsenz der Spitzenverbände des Beamtentums in der Provinzialhauptstadt.¹⁶⁵

Neben einer fortgesetzten agrar- und beamtenpolitischen Arbeit verfolgte die Kasseler SPD das Geschehen in der evangelischen Kirche mit regem Interesse. So nahm die Parteipresse regelmäßig zu den Kirchenwahlen positiv Stellung, spornte zur Teilnahme an und unterstützte progressive Kandidaten. Mehr noch als in anderen Parteibeckern versuchte sie, Anhänger auch unter bekennnistreuen evangelischen Christen zu gewinnen. Das Werben um evangelische Christen stellte einen Bruch mit der kirchenkritischen Haltung der Vorkriegssozialdemokratie dar, die in pseudoreligiöser Manier Fortschritt, Moderne und – andernorts – Revolution an die Stelle der Religion gesetzt hatte. Der Chefredakteur des Kasseler Volksblattes Richard Hauschildt sah keinen Gegensatz zwischen Sozialismus und Religion. Er meinte im Gegenteil, »daß Sozialismus auch Religion sei. Nicht was Moses lehrte, sondern was die moderne Weltanschauung lehrt, sollte den Kindern in der Schule gelehrt werden.«¹⁶⁶

Nach 1919 versuchte die Kasseler Parteiorganisation stärkeren Anschluß an politisch aufgeschlossene evangelische Christen zu gewinnen. Es erschlüt-

terte ihre politische Mehrheitsfähigkeit, wenn Sozialdemokraten auf diesem Felde sich auf blanke Polemik beschränkten. Die Kasseler Parteipresse trat den kirchenfeindlichen Zielen der Freidenkerbewegung deutlich entgegen: »Die Kritik an der Bibel und den evangelischen Lehren und dem Tun der Kirche schafft ja die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Zahl der Personen, die religiöse Gefühle hegen, die keineswegs immer mit dogmatischen Glaubenslehren zu vereinbaren sind, eine außerordentlich große ist und daß gerade diesen Volksgenossen die neue Zeit etwas bieten müßte.«¹⁶⁷ Dem Gespräch der Sozialdemokratie mit der evangelischen Kirche widmeten sich die in Kassel stark vertretenen religiösen Sozialisten. Im Juli 1921 wurde in Kassel die Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten gegründet. Die Bemühungen der Kasseler Sozialdemokraten um evangelische Christen wurden hauptsächlich von engagierten Lehrern und einem regen Kreis aktiver Christen getragen. Die evangelische Kirche und ihre örtliche Kirchenleitung begegneten dieser Gesprächsbereitschaft mit größtem Mißtrauen und verhinderte eine weitergehende Annäherung zwischen der SPD und den evangelischen Gemeinden. Quasi spiegelbildlich hierzu spielten die Freidenker in der Kasseler Arbeiterkultur eine geringe Rolle und beschränkten sich auf gelegentliche Invektiven zur Schulpolitik. In der Kasseler Parteioorganisation fanden sie keinen großen Rückhalt, ihre Veranstaltungen waren regelmäßig nur schwach besucht, eine Folge der in der Arbeiterschaft stark nachwirkenden volkskirchlichen Traditionen.¹⁶⁸

Die Sozialmoral der Kasseler Arbeiterbewegung setzte sich zu weiten Teilen aus starken Ordnungsmodellen zusammen, die sie mit ihrer Umwelt teilte. Daneben kam ein deutlicher volksmarxistischer Zug zum Tragen, der die Programmdebatten der Weimarer Republik prägte. Die Kasseler Sozialdemokraten arbeiteten mit einem deutsch-nationalen Landrat über lange Zeit zusammen und gaben wenig auf die proletarischen Freidenker. Ihr politisches Bewußtsein richtete sich gleichzeitig auf die Einheit der Arbeiterbewegung und das Wetterleuchten des Klassenkampfes, dessen sie sich im Parteiprogramm versichert sehen wollten. Ihre Sozialmoral war nicht politisch, aber politisiert. In der Sozialmoral der sozialdemokratischen Arbeiter kam ein synkretistisches Amalgam aus Pragmatismus und Vulgärmarxismus zum Ausdruck. Diese disparaten Momente wurden über starke Ordnungsvorstellungen integriert.

5.2. Das Organisationsmilieu des Kasseler Arbeiterbewegung

Die politischen Erfolge der Kasseler Sozialdemokratie rührten von ihrer engen Verflechtung mit den örtlichen Gewerkschaften her, deren Unterverbände die maßgeblichen Parteifunktionäre stellten. Das Kasseler ADGB-Ortskartell verfünffachte etwa seine Mitgliederzahl in der Zeit der verspäteten Hochindustrialisierung Kassels zwischen der Jahrhundertwende und 1912, während sich die SPD-Stimmen im gleichen Zeitraum in Kassel-Stadt und -Land verdoppelten.¹⁶⁹ Die wichtigsten SPD-Politiker Kassels der Vorkriegszeit entstammten den Gewerkschaften: so etwa Albert Grzesinski dem Metallarbeiterverband, die Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann, Heinrich Hüttmann und Georg Thöne dem Buckdrucker- beziehungsweise dem Maurerverband. Vor 1913 waren nach einer gewerkschaftlichen Umfrage 42,8% der Gewerkschaftsmitglieder politisch in der SPD organisiert. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil der Parteimitglieder in den Verbänden der Bauarbeiter und der Holzarbeiter. Bei den Malern und Metallern war immerhin noch fast jeder dritte bis vierte politisiert. Noch höher war das Interesse an der Kasseler Parteipresse, die von weit über der Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder gelesen wurde. Auch die konsumgenossenschaftliche Selbstorganisation der Arbeiterbewegung hatten ihren festen Rückhalt bei mehr als 50% der Gewerkschaftler. Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg konnte somit von einem dichten sozialdemokratischen Vereinsmilieu die Rede sein, das in enger subkultureller Anbindung an das politische Sozialmilieu der SPD stand. Zu diesem Zeitpunkt lag der Durchbruch der Partei bei den Wählern – etwa in Kassel-Land – schon 20 Jahre zurück.

5.2.1. Das Gewerkschaftskartell des ADGB

Die Kasseler Gewerkschaftsbewegung der Vorkriegszeit war vor allem für die jüngeren, nach der Jahrhundertwende zugewanderten Arbeiter attraktiv. Etwa drei Viertel der Kasseler Maler und Metallarbeiter waren jünger als 35 Jahre. Die Gewerkschaftsmitglieder im Bau- und Transportgewerbe waren hingegen deutlich älter. Besonders die Bauarbeiter gehörten zur älteren Schicht in den Kasseler Gewerkschaften. Sie wohnten zu zwei Dritteln im umgebenden Landkreis und verbanden ihre Arbeit häufiger als ihre Kollegen mit nebenerwerblicher Landwirtschaft.¹⁷⁰ Auch die in ähnlicher Weise überproportional politisierten Holzarbeiter waren im Durchschnitt älter als die Arbeiter der jüngst aufstrebenden Metallindustrie. In der Altersstruktur der Kasseler Gewerkschaften vor 1914 drückte sich die

hohe Bedeutung der älteren Verbände, wie des Bau- und Holzarbeiterverbandes, aus. So gehörten der Senior der Kasseler SPD, Wilhelm Pfannkuch, der spätere SPD-Vorsitzende Johannes Struve und der ADGB-Vorsitzende ab 1919 Hans Eckel dem Holzarbeiterverband an.

Die Metaller mit ihren gestiegenen Mitgliederzahlen verschafften sich erst allmählich in der Kasseler Arbeiterbewegung Geltung.¹⁷¹ Mit dem ehemaligen DMV-Angestellten Fritz Braunersreuther war vom Mai 1921 bis zum Ende der Weimarer Republik ein Metaller Kasseler Gewerkschaftssekretär. Neben den Metallern spielte in der Behördenstadt Kassel die gewerkschaftliche Organisation der Beamten und Angestellten durch den Afa-Bund eine große Rolle. Dessen Vorsitzender Christian Wittrock vertrat die Angestellteninteressen im SPD-Bezirksvorstand und im Kasseler Stadtparlament. Als Angestelltenpolitiker und Stadtrat war er bevorzugte Zielscheibe der Kritik von Seiten der Kasseler nationalen Rechten, die besonders ihn aus dem Amt zu entfernen versuchte und mit Korruptionsprozessen überzog. Beide Rechtsparteien sahen ihren Wählerückhalt durch die Wittrocks politische Arbeit gefährdet.¹⁷²

Die Kasseler Gewerkschaften verlangten als größte Arbeiterorganisation Nordhessens von ihren Mitgliedern im Interesse der Organisation und der Arbeiterschaft Disziplin und Unterordnung. Für ihre langfristig angelegte und reformorientierte Arbeit war Kontinuität ein entscheidender Faktor, was durch Fraktionsbildungen und Radikalisierungen nur erschwert werden konnte. »Unbedingt notwendig ist Organisationsdisziplin und Selbstvertrauen, Verantwortlichkeitsgefühl bei allen denen, die nicht haben wollen, daß die Organisationen zum Tummelplatz unverantwortlicher Elemente werden, Vertrauen gegen diejenigen, die berufen sind, aufgrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.«¹⁷³

Der hohe Einfluß der Gewerkschaften auf die SPD in Nordhessen blieb auch in der Weimarer Republik erhalten. Nach dem dramatischen Mitgliederschwund in ADGB und SPD als Folge der Hyperinflation des Jahres 1923, wuchs der Anteil der Gewerkschaftsangehörigen in der SPD wieder allmählich. In der Weltwirtschaftskrise ab 1929 schließlich nahmen beide Organisationen eine umgekehrte Entwicklung. Einem deutlichen Rückgang des ADGB-Ortskartells Kassel standen Zunahmen oder zumindest stagnierende Mitgliederzahlen der SPD gegenüber. Die Arbeiter trennten sich offensichtlich eher von ihrer gewerkschaftlichen Vertretung denn von ihrer politischen Organisation.

Der Mitgliederrückgang bei den Gewerkschaften änderte nichts an ihrer Verankerung in der Arbeiterschaft. Bei den Betriebsratswahlen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise konnten sich die Unterorganisationen des ADGB ihres Rückhaltes in der Kasseler Arbeiterschaft sicher sein. Trotz eines

starken Personalabbaues wählten zwei Drittel der Kasseler Eisenbahner bei den Betriebsratswahlen der Kasseler Reichsbahn im Mai 1931 den sozialistischen Deutschen Eisenbahnerverband DEV. Die Wahlbeteiligung lag bei 94%. Die kommunistische RGO mit ihrer regen Agitation lag weit abgeschlagen bei 8,4%. Das Desaster der nationalsozialistischen Betriebsratsliste konnte mit nur einer Stimme kaum größer sein.¹⁷⁴

Der Rückgang der gewerkschaftlichen Organisationsquote in Kassel war kein vereinzelter Vorgang. Der Mitgliederschwund der Gewerkschaften hatte Ursachen, die auch andernorts anzutreffen waren. Die Arbeitslosigkeit war in Kassel schon in der Phase der relativen Stabilisierung hoch gewesen und stieg ab 1929 weiter an.¹⁷⁵ Die Mitglieder konnten oftmals die Beiträge nicht mehr aufbringen, zumal die Unterstützungsleistungen der Kasseler Gewerkschaften nachließen.¹⁷⁶ In besonderer Weise war davon die größte Einzelgewerkschaft vor Ort betroffen.¹⁷⁷ Die chronische Krise der Kasseler Metall- und Lokomotivenindustrie zehrte an ihrem Mitgliederbestand mehr noch als dies bei anderen Teilgewerkschaften der Fall war.¹⁷⁸ Von den ca. 6.500 DMV-Mitgliedern im Sommer 1932 waren nur 22% voll beschäftigt, 32% arbeiteten kurz und 46% waren arbeitslos.¹⁷⁹ Zur Fortführung ihrer minimalen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung griff die DMV-Ortsverwaltung auf Zuschüsse der Hauptkasse zurück. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit im Raum Kassel konnte die »Rote Gewerkschaftsopposition« (RGO) keinen Einbruch in die nordhessische Arbeiterschaft erzielen. Mit 520 Mitgliedern blieb der RGO-Bezirk Hessen-Waldeck der schwächste Bezirk im Deutschen Reich. Auch die politische Radikalisierung der überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffenen nordhessischen Arbeiterschaft hielt sich in Grenzen. Die nordhessischen KPD-Ergebnisse lagen regelmäßig weit unter dem Reichsdurchschnitt.¹⁸⁰ Ihre Mitgliederzahlen blieben gleichfalls weit hinter ihren hoch gesteckten Zielen zurück: 1932 zählte Kassel ganze 600 kommunistische Parteimitglieder.

5.2.2. Der Kasseler DMV: Radikalisierung und Integration

Die Geschichte des Kasseler Metallarbeiterverbandes setzte in den 1890er Jahren ein. Der DMV-Kassel entstand aus dem am 28. Juli 1888 gegründeten Klempnergesellenverein. 1891 traten die Kasseler Fachvereine der Schlosser, Dreher und Klempner dem neugegründeten Metallarbeiterverband bei.¹⁸¹ 1899 zählte die gewerkschaftliche Organisation der Kasseler Metaller erst 172 Mitglieder.¹⁸² Nach der Jahrhundertwende kam der Mitgliederaufschwung mit dem Arbeiterzustrom in die städtische Metallindustrie in Gang. Zwischen 1902 und 1913 gewann der Kasseler DMV

etwa 3.000 neue Mitglieder hinzu und wurde zur stärksten Einzelgewerkschaft im Ortskartell.

In der Alterstruktur seiner Mitgliederschaft des Jahres 1913 schlug sich diese verspätete Erfolgsgeschichte der Metallarbeiterorganisation nieder. In den jüngeren Altersgruppen wies der Kasseler Ortsverband höhere Mitgliederanteile auf als die Reichsorganisation. Die Hälfte der Kasseler DMV-Mitglieder des Jahres 1913 war in den letzten drei Jahren zur Gewerkschaft gestoßen.

Diese Entwicklung schlug auf das parteipolitische Engagement der Metallarbeiter durch. Nur ein knappes Drittel der im DMV organisierten Arbeiter war 1913 in der SPD. Zehn Prozent mehr DMV-Mitglieder waren hingegen in der Kasseler Konsumgenossenschaft. Erste Anlaufstelle neu nach Kassel gekommener Metallarbeiter war 1913 die Gewerkschaft, dann die Konsumgenossenschaft und zuletzt die Partei. Erst unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg glichen sich die Quoten der Neueintritte in die Konsumgenossenschaft und die Partei an. Am Vorabend des Krieges waren die politische und die gewerkschaftliche Vertretung der Kasseler Metaller in eine gewisse Balance gekommen, was die Wahlerfolge der Partei bei den Reichstagswahlen 1912 dokumentierten.

Näheren Einblick in das innere Geschehen der Kasseler Gewerkschaften gestatten die für den Zeitraum von 1911 bis 1932 erhaltenen DMV-Protokolle.¹⁸³ Während des Weltkrieges trat im Kasseler Metallarbeiterverband eine Mitgliederumschichtung ein. Zum einen war die Arbeitsvermittlung durch den DMV-Ortsverband und damit auch der Eintritt in den Verband attraktiv für viele Metaller, da in der Kasseler Metallindustrie hohe Löhne für gelernte Arbeiter gezahlt wurden. Während des Krieges kamen zudem vermehrt weibliche Arbeitskräfte in die Kasseler Rüstungsindustrie und schlossen sich dem Verband an. In den Kasseler Metallbetrieben des Jahres 1917 waren 3.200 Frauen beschäftigt, von denen viele dem DMV beitraten.¹⁸⁴ Aus dem hohen Anteil besser bezahlter Facharbeiter und dem gestiegenen Anteil weiblicher Mitglieder erklärt sich die kompromißbereite Haltung der DMV-Ortsverwaltung gegenüber den staatlichen Behörden.¹⁸⁵ Bis zum Februar 1918 hatten 98% der im DMV organisierten Arbeiterinnen diesen jedoch wieder verlassen.¹⁸⁶

Der Kasseler Ortsverband der Metallarbeiter wurde im Krieg zu einer Organisation der Kasseler Rüstungsarbeiter. Seit 1917 wurde er wie auch andere Ortsverbände im Zuge eines großen Zustromes bisher nicht organisierter Arbeiter von unten radikalisiert.¹⁸⁷ Die Kasseler Metallindustrie wurde nach Kriegsbeginn auf Rüstungsproduktion umgestellt, was einen verstärkten Arbeitskräftebedarf nach sich zog. Dem folgten die bisherigen Arbeitsmarktreserven der Frauen und jungen Arbeiter, die deutlich mobiler waren und leichter nach Kassel wechselten. Die zugewanderten jüngeren

Arbeitskräfte wurden größtenteils in Werkssiedlungen der Industriebetriebe untergebracht und waren dadurch einfach zu organisieren.¹⁸⁸ Der Anteil der Arbeiter im Alter unter 35 Jahren lag bereits vor dem Kriege bei vier Fünfteln der DMV-Mitglieder, er blieb erstaunlich hoch, und erreichte 1920 seinen Spitzenwert, als neun von zehn Mitgliedern des DMV jünger als 35 Jahre waren.¹⁸⁹ Gleichzeitig stieg begünstigt durch das Kriegshilfsdienstgesetz von 1916, das die Interessenvertretung der Arbeiter durch ihre Gewerkschaften anerkannte, mit der Arbeiternachfrage in den Kasseler Betrieben die Organisationsquote des DMV stark an. Zur Jahreswende 1916/17 hatte der Metallarbeiterverband wieder die Stärke des Jahres 1914 erreicht.¹⁹⁰ Alleine aus den gänzlich auf Rüstungsproduktion umgestellten Henschelwerken fanden im Laufe des Jahres 1917 2.095 dem Weg zum DMV. 60% der Henschelaner waren damit gewerkschaftlich organisiert.¹⁹¹ In Kassel lassen sich keine Indizien für die erschwerten gewerkschaftlichen Organisationsbedingungen in Großbetrieben finden. Dem Kasseler DMV gelang in großem Umfange die Organisation der zumeist ortsansässigen Arbeiter in den örtlichen Großbetrieben der Metallbeziehungsweise Rüstungsbranche.¹⁹²

Unter allen Neuaufnahmen waren neben 56% Facharbeitern auch 31% ungelernete Arbeiter, die eher zu radikalen Forderungen neigten, da sie bisher keine Organisationserfahrung gesammelt hatten und ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen besonders schlecht waren.¹⁹³ Im Bereich der Kasseler Zahlstelle des DMV regte sich ab Sommer 1917 deutlicher noch als in den anderen ADGB-Verbänden Mißstimmung über die Kriegspolitik des Vorstandes und der Generalkommission. Greifbar wurde diese Ablehnung der offiziellen Verbandspolitik 1917 in der starken Kritik an der Verweigerung des kleinen Stadtparksaales für eine USPD-Versammlung. Ein Antrag, der das ADGB-Ortskartell verurteilte, da es nicht bereit war, das Gewerkschaftshaus der USPD für politische Versammlungen zur Verfügung zu stellen, wurde im Juli 1917 noch mit knapper Mehrheit abgelehnt.¹⁹⁴ Einen Monat später, im August 1917, stellten sich die Kasseler Metaller erstmals gegen ihre Verbandsführung im Reich und vor Ort, als sie sich in einer Resolution der Generalversammlung des Kasseler DMV der Kritik und Mißbilligung der Delegierten auf dem DMV-Verbandstag anschlossen, »die bezüglich der Einmischung der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen in politischen Angelegenheiten und den Parteistreitigkeiten zum Ausdruck kam.«¹⁹⁵ Die Kritik am regierungsfreundlichen Kurs der SPD und der Kasseler Arbeiterführer aus dem DMV äußerte sich in einer größeren politischen Nähe zur USPD unter den Metallern. Von den 2.000 Kasseler Abonnetten des USPD-Organs »Volkswacht« waren im April 1919 alleine 1.500 Metallarbeiter.¹⁹⁶

Die Radikalisierung von unten konnte von der örtlichen Verbands-

führung nach Kriegsende dennoch aufgefangen werden, zumal eine hohe Arbeitslosigkeit zunächst ausblieb.¹⁹⁷ Spätestens im Herbst 1919 traten die radikalen Tendenzen im Kasseler Metallerverband wieder zurück. Der Kasseler Verband wechselte nicht zur Gewerkschaftsopposition über. Diese im DMV besonders starke Bewegung hatte im Kasseler Metallarbeiterverband keine Stütze. Zum DMV-Verbandstag in Stuttgart vom Oktober 1919 entsandte der Ortsverband Kassel drei mehrheitssozialdemokratische Delegierte. Die Kasseler Verbandsführung durfte sich im besonderen durch die Wahl ihres Geschäftsführers Paul Haupt mit der höchsten Stimmenzahl (66,8%) und des gemäßigten Betriebsratsvorsitzenden bei Henschel, Asteroth, bestätigt sehen.¹⁹⁸ Die Kasseler Delegierten verweigerten sich auf dem Verbandstag in Stuttgart den radikalen Forderungen Richard Müllers und beharrten auf einer reformistischen Grundhaltung in Anlehnung an die SPD-Parteilinie. Die Ortsverwaltung des Kasseler Metallarbeiterverbandes trat allen »Bestrebungen von links auf eine Absplitterung, die durch Syndikalisten betrieben würde, mit aller Energie entgegen.«¹⁹⁹

Die tendenziell sehr gemäßigte Mitgliedschaft aus den Henschelwerken ließ eine weitergehende Radikalisierung im DMV nicht zustande kommen. Im DMV nahmen die Henschelvertreter eine pragmatische Haltung ein, der jede Form von Radikalität fern lag.²⁰⁰ Der Henschel-Betriebsratsvorsitzende Karl Asteroth, der für die SPD im Stadtparlament saß, garantierte den Arbeitern bei Henschel zudem ein Mitspracherecht in allen wichtigen kommunalpolitischen Fragen. Die Henschelarbeiter standen in ihrer überwiegenden Mehrheit hinter den Freien Gewerkschaften und dem DMV. Bei den Betriebsratswahlen 1920 und 1921 erhielt die freigewerkschaftliche Liste eine nahezu hundertprozentige Unterstützung durch die Henschelbelegchaft.²⁰¹

Die Arbeiter der Großbetriebe der Kasseler Metallbranche unterschieden sich in ihrem politischen Bewußtsein von ihren Kollegen in kleineren Betrieben, ohne sich im größerem Ausmaß der radikalen Linken anzuschließen. Sie kritisierten öfters den parteitreuen Kurs des örtlichen ADGB. Dieses schärfer abgegrenzte Selbstverständnis kam zum Ausdruck in den koalitionspolitischen Debatten des Jahres 1921, als die Kasseler DMV-Vertreter gegen eine Koalition mit der DVP eintraten. Vor der Reichsexekution gegen Sachsen 1923 beschloß die Generalversammlung des DMV-Kassel, den ADGB der Stadt zu beauftragen, »sofort auf die Eisenbahner – soweit sie freigewerkschaftlich organisiert sind – einzuwirken, daß sie keinerlei Truppentransporte nach Sachsen und Thüringen befördern noch zulassen. ... Die Generalversammlung versichert den sächsischen und thüringischen Arbeitern, in ihrem Kampf Solidarität zu üben und erwartet gleichzeitig, daß der ADGB für den Fall bewaffneten Eingreifens der Schupo oder Reichswehr sofort den verschärften Generalstreik verhängt

und die gesamte Arbeiterschaft zum Abwehrkampf aufruft.«²⁰² Erst die Dauerkrise im Kasseler Lokomotivbau seit 1924 verringerte das Gewicht der Metallarbeiter in den Gewerkschaften. Die innerverbandliche Mobilisierung und Unterstützungsleistungen an die eigene Klientel trat unter den Vorzeichen der Wirtschaftskrise in den Vordergrund und ließ die politischen Forderungen des DMV immer weiter zurücktreten.

5.2.3. Die sozialdemokratische Organisationskultur in Nordhessen

Die sozialdemokratische Organisationskultur zeigte vom Ansatz her Übereinstimmungen, aber auch tiefreichende Gegensätze zum katholischen Vereinswesen. Beide entsprangen dem Bemühen um institutionelle Arbeit am Fortbestand der eigenen kulturellen Identität unter den Bedingungen sozialen und gesellschaftlichen Wandels. Während der Milieukatholizismus fraglose vorindustrielle Evidenzen – nur selten durch reformkatholische Ansätze gebrochen – weiterzutradieren versuchte, deutete die den Kirchen entfremdete Vereinskultur der Arbeiterbewegung die neue fabrikindustrielle Lebensweise des Proletariates mit dem Instrumentarium des zutiefst der Industriegesellschaft verhafteten Marxismus. Als neue Kultur stand sie mehr noch als andere gesellschaftliche Teilkulturen vor der Aufgabe, tradierfähige Inhalte erst noch zu schaffen, die zeit- und raumübergreifend die Identität der Arbeiterschaft zu versichern halfen. Hierzu dienten abstrakte Inhalte und starke Organisationen. Die Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung stellten in sozialgeschichtlicher Hinsicht »Manifestationen der Gruppenexistenz als Arbeiter, die den besonderen Charakter dieser Gruppe spiegeln, Merkmale der Abstraktion tragen und als solche tradierfähig sind« dar.²⁰³

Dieses weite Verständnis der Arbeiterkultur trägt der differenzierten und unterschiedlichen Ausgangslage Rechnung, die die spezifische Ausformung der Kulturorganisationen in Industrievieren und ländlichen Regionen maßgeblich mitbestimmte. Die normativen Gehalte einer sozialistischen Kulturbewegung traten nur über den lebensweltlichen Kontext gefiltert und gebrochen hervor.²⁰⁴

Kultur und Lebensweise der Arbeiterschaft standen in untrennbarem Zusammenhang. Die spezifische Ausformung der Arbeiterorganisationskultur vor Ort hing demzufolge stark vom Maße der in der Arbeiterschaft nachwirkenden Traditionen und deren lebensweltlicher Einbindung in ihre soziale Umwelt ab. Die enge Verflechtung eines Großteiles der nordhessischen Arbeiterschaft aber auch die reinen Arbeiterwohngegenden in der Stadt Kassel bedingten unterschiedliche Ausformungen der Arbeiterkultur.

Die Kultur der Arbeiter und der Arbeiterbewegung. Die lebensweltliche Nähe der Arbeiter in Kassel-Land zu den agrarischen Interessen erlaubte ihnen in zahlreichen Fällen eine gleichzeitige Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Wahlverein und in Kriegervereinen. Der Kasseler Landrat berichtete im Jahre 1898, die sozialdemokratischen Wähler hielten es für durchaus vereinbar mit ihrer Stimmabgabe, »Mitglieder des Kriegervereins zu sein und in den Gesangvereinen unter der Leitung des Lehrers patriotische Lieder zu singen. Das soldatische Wesen, Gehorsam und Autorität sei ihnen so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie (sc. sich) trotz aller sozialdemokratischen Stimmabgabe niemals versagen würden, wenn der Ruf des Königs an sie erginge; wenn sie des Königs Rock anhätten, seien sie wieder brave Soldaten.«²⁰⁵

Aus Zeitgründen war es vielen Arbeitern nicht möglich, über ihre Mitgliedschaft in den Gewerkschaften hinaus am reichhaltigen kulturellen Leben der Arbeiterorganisationen regelmäßig teilzunehmen. Zudem bestanden in den meisten Orten bereits »bürgerliche« Vereine, bevor die Arbeitersportvereine ins Leben gerufen wurden. Die lebensweltliche Verquickung zwischen Arbeiterbauern und reinen Landwirten über Spanndienstleistungen und familienwirtschaftliche Bande führte dazu, daß viele Industriearbeiter in den alten Vereinen bleiben wollten.

Dagegen erhoben sich aus den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung massive Klagen. Im Metallarbeiterverband war der Wille zu einer einheitlichen kulturellen Organisation aller Arbeiter besonders stark. Der DMV-Ortsverband Kirchenditmold wollte auf der ordentlichen Generalversammlung des Kasseler DMV am 18. Juni 1920 diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die sich noch in bürgerlichen Sportvereinen befanden, sogar aus dem DMV ausschließen lassen. Die DMV-Verbandsleitung Kassel behandelte diesen Antrag geschäftsmäßig. Sie »erklärte, daß wegen Zugehörigkeit zu bürgerlichen Vereinen kein Mitglied nach den Statuten ausgeschlossen werden kann«, hielt aber im Grundsatz daran fest, »daß es Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters ist, sich in der Arbeitersportbewegung zu betätigen« und ging zur Tagesordnung über.²⁰⁶ Auch das verstärkte Bemühen örtlicher Metallfunktionäre um eine Steigerung der Mitgliederzahlen in den Arbeiterkulturorganisationen konnte nichts daran ändern, daß die große Masse der nordhessischen Metallarbeiter den Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung fernstand.²⁰⁷

Ein Kennzeichen der Arbeiterkultur in den Landkreisen Nordhessens während der Weimarer Republik blieb deren enge Verflechtung mit dem örtlichen bürgerlichen Vereinswesen. Die Vorsitzenden von Schützenvereinen, bürgerlichen Turn- und Sportvereinen stammten in vielen Fällen aus der Arbeiterschaft, die fraglos in das nichtsozialistische Vereinswesen inte-

griert waren. Auch Kriegervereine hatten in manchen Fällen Arbeitervorsitzende.²⁰⁸ Die kulturelle Integration der Arbeiterschaft in die örtlichen Vereine und Verbände zwingt zu einer Unterscheidung zwischen der Kultur der Arbeiterschaft und der Kultur der Arbeiterbewegung. Beides war keineswegs identisch, wenn auch Arbeiter, die am bürgerlichen Vereinswesen teilnahmen, politisch der Sozialdemokratie nahestanden.²⁰⁹

Arbeitersport, Arbeitergesang und ländliche Sozialdemokratie. Die Arbeitersportbewegung stellte das wichtigste Bindeglied der Arbeiterbewegung zu ihrer Umwelt dar. Der Arbeitersport integrierte die Freizeitbedürfnisse seiner Mitglieder und knüpfte gleichzeitig an Grundkategorien der industriellen Lebenswelt wie Leistung und Disziplin an, die weit über die Grenzen der Arbeiterbewegung hinaus Geltung hatten.²¹⁰ In vielen Landgemeinden gab es neben einem bürgerlichen Sportverein »Gut Heil« einen sozialistischen »Frei Heil«. Die Arbeitersportvereine wurden zur charakteristischen Form der Arbeiterkultur auf dem Land. Die Sportler und Sänger bildeten in den Landkreisen Nordhessens Schwerpunkte der sozialdemokratischen Vereinsarbeit. In fast allen sozialdemokratischen Hochburgen auf dem Land gab es mindestens einen Arbeiterturn-, wenn nicht sogar auch noch einen Gesangverein.²¹¹ Die nordhessischen Arbeitersportler stellten einen der einflußreichsten Teilverbände im Arbeiter Turn- und Sportbund (ATSB). Das Mitglied des Kasseler AuSRes, der Sozialdemokrat Cornelius Gellert, wurde 1919 zum ATSB-Bundsvorsitzenden gewählt, nachdem er jahrelang als Vertreter des Kasseler Arbeiter-Turnbundes in der Bundesversammlung gewirkt hatte. Der ATSB-Bundestag trat zweimal in seiner Hochburg Kassel zusammen: 1903 und 1924, als sich der Konflikt mit der kommunistischen Opposition zuspitzte.

Die sozialdemokratischen Arbeiterkulturorganisationen stellten in den ländlichen Kommunen das Rückgrat der SPD-Wählermobilisierung dar. Arbeitersportvereine waren besonders verbreitet in kleineren ländlichen Gemeinden mit einem hohen Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung.²¹² Freizeit und Mobilität machten in der ländlichen Arbeiterschaft besonders die »rote Kavallerie«, die Arbeiterradfahrervereine, attraktiv.²¹³ Viele Arbeitersportler waren zudem in kommunalpolitischen Ämtern tätig: so etwa im Jahr 1930 in 55 Fällen als Kreistagsmitglieder und in 725 Fällen als Gemeindevertreter.²¹⁴ Besonders in den Kasseler Industriegemeinden bildete sich ein dichtes Organisationsgefüge aus Partei, Gewerkschaft, Genossenschaften und Arbeitersportorganisationen heraus.²¹⁵

Die Gemeinden mit hoher Beteiligung an der Arbeitersportorganisationen wiesen in der Regel zwei soziale Kennzeichen auf. In diesen Dörfern wohnten viele nach Kassel einpendelnde Arbeiter und eingesessene Landwirte, auf deren Spanndienste die Arbeiter bei der Bestellung ihrer kleinen

landwirtschaftlichen Nutzfläche angewiesen waren. Die SPD wurde in diesen Orten zumeist in der Anfangs- und Mittelphase der Weimarer Republik die führende politische Kraft.²¹⁶

Der mit dem Arbeitersport verbundene übergreifende Anspruch richtete sich auf die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. »Das Wesentliche ist uns nicht der Wettkampf, sondern die Körperpflege, die Ertüchtigung des Arbeiters, damit alle Arbeiter an den Kulturgütern des Lebens teilnehmen können.«²¹⁷ Arbeitersport bezog seine Anziehungskraft aus einem bestimmten Verständnis des »praktischen Sozialismus«. Er stellte zugleich ein Gegenbild zur entfremdeten Arbeitswelt dar und schuf der Arbeiterschaft einen eigenen von den Idealen der Gleichberechtigung beherrschten Raum.²¹⁸ »Aber dann kam der Augenblick, da das Proletariat sich auf sich selbst besann und mannhaft seinen eigenen Weg beschritt. Und wie die organisierte Arbeiterschaft sich loslöste aus dem ganzen, so erstanden auch in den Reihen der Sportbewegung Männer, die sich einig waren in dem Gedanken, daß der Sport des Arbeiters anders aussehen müsse als der des Bürgerlichen oder gar des Aristokraten. Nicht nur äußerlich, sondern vor allem im Geiste.«²¹⁹ Die Arbeitersportbewegung konnte ihre Funktion dort besonders gut erfüllen, wo ihrer Arbeit eine Scharnierfunktion zukam zwischen dem dörflich-nachbarschaftlichen Gefüge und der organisierten Arbeiterbewegung. Die Arbeitersportvereine dienten in der dörflichen Gesellschaft Nordhessens als wichtige Sozialisationsinstanz. Vereinsstruktur und Vereinsleben verlangten von den Mitgliedern Disziplin und Ordnung. Damit verbanden die Arbeitersportler die Wertehierarchie ihrer Umwelt mit der Arbeiterbewegung.²²⁰ Einerseits blieben die Arbeitersportler in ihren Organisationen den Tugenden der Industriegesellschaft wie Leistung, Gehorsam und Unterordnung verpflichtet, andererseits wurden sie politisch sozialisiert und an die politische Arbeiterbewegung herangeführt. Die Führer der Arbeitersportvereine forderten ihre Mitglieder immer wieder zu gewerkschaftlicher und politischer Mitarbeit in der Arbeiterbewegung auf. Zur Voraussetzung konnten sie die Parteimitgliedschaft jedoch nicht erklären.

Im Landkreis Kassel wurde die politische Dominanz der Sozialdemokratie ergänzt durch die Arbeitersportorganisationen, die das kulturelle Geschehen prägten. Mit einer Ausnahme gab es in allen 46 Landgemeinden mindestens eine Sportorganisation, die dem Arbeitersportkartell angegeschlossen war. Mit Abstand die häufigsten Verein waren die Turnvereine, die in 37 Orten die Arbeiterschaft zu Turnübungen und Geselligkeit zusammenbrachten. In 24 Gemeinden existierten teilweise zusätzlich Arbeiterradsportvereine,²²¹ Arbeiterschützenbünde, die sozialistischen Naturfreunde,²²² Arbeiterwassersportler und Arbeiterathleten hatten im Landkreis ebenfalls ihre Vereine. In den Orten mit überproportionalem sozial-

demokratischem Stimmanteil gab es wie in Harleshausen und Niederröhren sogar fünf Arbeitersportorganisationen.²²³

Neben den Arbeitersportlern fand die Organisation der Arbeitersänger im Parteibeziirk Hessen-Kassel eine immer größere Resonanz. Die Zahl ihrer Mitglieder und Chöre stieg beständig und erreichte erst in der Weltwirtschaftskrise ihren Höhepunkt. Die breite Bewegung der Arbeitersänger und Arbeitersportler erfüllte besonders in der ländlichen Sozialdemokratie einen wichtigen Zweck. Sie entsprach einem spezifischen Kulturbedürfnis auf dem Dorf. Arbeitersänger und -sportler umrahmten bei vielen Gelegenheiten Parteifeiern und offizielle Gedenktage und wurden zum festen Bestandteil der Feier- und Festkultur der Arbeiterschaft.²²⁴

Die Trennung von Wohnort und Arbeitsplatz wirkte einem deutlicher konturierten sozialistischen Kulturprofil in den ländlichen Arbeiterorganisationen entgegen. Für ein sozialistisches Vereinscurriculum, wie es den Propagandisten der sozialistischen Kulturbewegung vorschwebte, boten städtische Industrieviertel günstigere Voraussetzungen. Der vielbeschwo-rene Lebenslauf, »sich als Achtjährige den Kinderfreunden und später den anderen Jugendorganisationen [anzuschließen], um sich dann hinreichend vorgebildet mit 20 bei der Partei anzumelden, weiteren Arbeitervereinen zeit lebens anzugehören und schließlich und zuletzt freidenkerisch eingeschert zu werden«, blieb auf eine kleine städtische Arbeiterschicht in homogenen Sozialräumen beschränkt.²²⁵ Während die Vereinssozialisation entlang der kirchlichen Initiation im Katholizismus geradezu biographisch vorprogrammiert war, war dieser Fall im sozialdemokratischen Arbeitermilieu eher selten. Erst eine vermehrte Freizeit in der städtischen industri-nahen Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit verschaffte der kultursozialistischen Ausrichtung der Sozialdemokratie breitere Resonanz. Bei der breiten Arbeiterschicht, die in ihrer Freizeit Garten- oder Landwirtschaft trieb, war an eine tiefere Fundierung der sozialistischen Kulturideale aus Zeitgründen nur schwer zu denken. Hier verdoppelten in der Regel die sozialistischen Arbeiterorganisationen das örtliche Vereinswesen, indem sie eigene Arbeitersportvereine oder Arbeitersängervereine bildeten.

Städtische Arbeiterkulturorganisationen. Partei und Freie Gewerkschaften erhoben nach 1919 die Arbeiterbildung zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. In Kassel profilierte sich in dieser Hinsicht das Arbeitersekretariat des ADGB-Ortskartells unter seinem Sekretär Otto Suhr, der seit 1921 in Kassel angestellt war. Nachdem das Betriebsrätegesetz erheblich hinter den sozialdemokratischen Vorstellungen zurückgeblieben war, verstärkten in Kassel ADGB und Mehrheitssozialdemokraten ihre organisatorischen Bemühungen um Bildungskurse für die Arbeiterschaft.²²⁶ Otto Suhr stellte die Bildungsbestrebungen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter-

schaft dem in den christlichen Gewerkschaften verbreiteten Gedanken der Berufserziehung gegenüber, der den sozialnormativen Vorstellungen eines mittelalterlichen Ständestaates entsprang und die selbstverantwortliche handwerkliche Arbeit in den Mittelpunkt stellte. Mit der Arbeit im Großbetrieb und der veränderten Arbeitsauffassung hatte sich nach Otto Suhr auch das Selbstverständnis der Arbeiter gewandelt: »Die Gleichberechtigung des Arbeiters im Staat zerstört das Berufsideal. ... Nicht Weckung eines mittelalterlichen Berufsstolzes kann daher unser Ziel sein, sondern dem Arbeiter einen Ausgleich für die mechanisierte Teilarbeit in verantwortungsvoller Tätigkeit an der Gesamtleitung – sei es des Betriebes sei es der Volkswirtschaft überhaupt – zu schaffen.«²²⁷ Der Arbeiterbildung kam in der Konzeption Otto Suhrs eine entscheidende Rolle beim Kampf um die ökonomische Gleichberechtigung und kulturelle Anerkennung der Arbeiterschaft zu. Dieser kulturelle Eigenwert der Arbeiterschaft konnte nach Ansicht Suhrs nur unzureichend durch das auch in Kassel einsetzende Volkshochschulwesen befördert werden. Die von der Kasseler Volkshochschule eingerichteten Kurse stießen bei der ortsansässigen Arbeiterschaft auf wenig Interesse.²²⁸ Die Gewerkschaften hatten nach Otto Suhr als legitimierte und authentische Interessenvertreter der Arbeiterschaft auf diesem Gebiet führend tätig zu werden.

Aber auch die Anstrengungen der Gewerkschaften auf dem Bildungsbereich stießen auf nur geteilte Zustimmung in der Kasseler Arbeiterschaft. Bezeichnend hierfür war der schwache Besuch der dieser Frage gewidmeten Mitgliederversammlungen der Kasseler SPD. Als Entschuldigung wollte Richard Hauschildt vom Bezirksvorstand nicht gelten lassen, »daß die Arbeit im Garten – den viele Genossen sich zur Besserung ihrer Lebenshaltung zugelegt haben – infolge des schlechten Wetters der vorhergehenden Tage drängte«. Hauschildts Appell zur »Mitarbeit am Wiederaufbau der Bildungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft« nach der Inflation verhallte ungehört.²²⁹

Auch in der städtischen Arbeiterschaft muß vor dem Hintergrund einer hohen Quote der Gartenwirtschaft in der Freizeit unterschieden werden zwischen der Kultur der Arbeiter und der Arbeiterbewegung. Während viele Arbeiter den Imperativen ihrer Selbstversorgung folgten, die kaum Raum für die Teilnahme an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ließ, blieb die sozialistische Kulturarbeit auf einen engeren Kreis von zumeist hochmotivierten jüngeren Parteimitgliedern, Volksschullehrern oder Angestellten beschränkt. Für Kassel müssen unterschieden werden: erstens die Lebensform der großen Masse der Arbeiterschaft, die durchaus SPD wählte oder mit der Partei sympathisierte, aber den bürgerlichen Sport- und Kulturorganisationen weiter angehörte, zweitens die sozialdemokratische Arbeiterkulturbewegung mit ihren Großorganisationen wie dem Arbeiter-

sport und den Arbeitersängern und drittens der enge Kreis hochmotivierter Parteimitglieder in den engeren Kulturorganisationen wie den Freidenkern, Arbeiterjugend usw.²³⁰

Die engere sozialistische Kulturarbeit konzentrierte sich auf die Stadt Kassel.²³¹ Hier waren die für das sozialistische Kulturstreben typischen Organisationen vertreten. Die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) mit 620 Mitgliedern im Jahre 1932 umfaßte zehn Stadtteilgruppen. Ihre Mitglieder waren zu einem hohen Grade arbeitslos. 1932 waren 87% ohne Arbeit und 72% erhielten überhaupt keine Unterstützung. Dennoch war in der Arbeiterjugend keine Radikalisierung zu beobachten. Daneben existierten der Arbeiter-Jugend-Bund Kassel mit vier Jugendgruppen (14 bis 18 Jahre) und zwei Rote-Falken-Gruppen (12 bis 14 Jahre).²³² Die Jungsozialisten spalteten sich 1925 in der Stadt Kassel in eine Jungsozialistentruppe 1 und eine Jungsozialistentruppe 2, die dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund des Göttinger Philosophen Nelson nahestand. Zusammen umfaßten beide Gruppen 1928 etwa 90 Mitglieder.²³³ Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde verfügte in Kassel über drei eigene Kinderheime mit jeweils 30 Kindern und veröffentlichte eine eigene Zeitung »Der Kinderfreund«.²³⁴

Zu den Organisationen im gesellschaftlichen Raum können darüber hinaus noch die Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Lehrer und Beamter gerechnet werden. Sozialdemokratisch beeinflusst waren ebenfalls das 1924 gegründete »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Frontsoldaten« mit seinen 20 Stadtbezirksgruppen und etwa 4.000 Mitgliedern. Eine SPD-Organisation zur Verteidigung der Republik stellte die »Eiserne Front« dar. »Kampfleiter« der Eisernen Front war der sozialdemokratische Stadtrat und Stadtoberinspektor Oswald Göppfarth.²³⁵ Erst 1930 entstand auch in Kassel ein Arbeiterkulturkartell, dessen Ziele jedoch notgedrungen allgemein und unspezifisch blieben, um Anhänger unter den zumeist in der Freizeit subsistenzwirtschaftlich tätigen Arbeitern zu finden: »Zusammenarbeit aller Arbeiterorganisationen, um Veranstaltungen zu ermöglichen, von denen die Besucher einen wirklichen Gewinn nach Hause tragen.« Die bevorzugte Veranstaltungsform des Kulturkartells blieb in Kassel die Arbeiter-Morgenfeier, die schon aus Arbeitszeitgründen heraus eine Veranstaltung für eine Minderheit blieb.²³⁶

Massenkultur und Arbeiterkultur. Nicht nur die lebensweltliche Verquickung des Arbeiteralltags mit der nordhessischen ländlichen Umwelt stand der Ausprägung eines sozialistischen Kulturprofils in den Organisationen der Arbeiterbewegung entgegen. Besonders in der Großstadt Kassel trat nach 1918 zusehends Massenkultur in Vergnügungs- und Freizeitaktivitäten zum Vorschein. Von Januar bis Mai 1919 wurden allein im »Kasseler

Volksblatt« 615 Tanzveranstaltungen angezeigt, durchschnittlich vier Vergnügungsmöglichkeiten pro Abend. Wie der Milieukatholizismus so beklagten sich auch die Kasseler Arbeiterführer über die ›Tanzlustbarkeiten‹, die sich nach Kriegsende rasch ausbreiteten. Nicht nur die Kasseler bürgerliche Presse und allen voran das Organ der Kasseler Konservativen, die ›Hessische Post‹, zog gegen den ›süßen Pöbel‹ zu Felde, auch der Zentrale AuSR und die Kasseler Mehrheitssozialdemokraten entschlossen sich schließlich zur Eindämmung der Tanzwut, »um eine peinliche Ausartung der Vergnügung zu verhindern«. ²³⁷

Sowohl bürgerliche als auch sozialistische Vertreter kamen in dem Bestreben überein, dem gänzlichen Erschöpfungszustand der Bevölkerung, der sich in Tanz und Vergnügung Luft verschaffte, mit Disziplin und Ordnung zu begegnen. Das Aufeinanderprallen übergeordneter Interessen und staatsershaltender Tugenden mit »Tanzlust und Totentanz« versinnbildlichte wie nur wenige andere kulturelle Erscheinungen, wie offiziell die sozialdemokratische Kulturgesinnung geworden war. ²³⁸ Alternative kulturelle Momente waren in den Stellungnahmen der Arbeitervertreter kaum zu finden. Die auf Einlässigkeit zur kulturellen Umwelt bedachten Elemente überwogen auch in Kassel die auf eine dünne Funktionärsschicht der Kulturorganisationen beschränkte Rhetorik der sozialistischen Gegenkultur. ²³⁹

Den massenkulturellen Freizeitangeboten waren in der städtischen wie erst recht in der ländlichen Arbeiterschaft enge Grenzen gesetzt. Die gestiegene Freizeit diente in der Regel zur Arbeit im Garten oder Parzellen- beziehungsweise Kleinstbetrieb. Presse, Film und Rundfunk betraten zudem erst Ende der zwanziger Jahre die Kasseler Kulturbühne. Für die nordhessische Arbeiterschaft in der Provinz blieben auch weiterhin die teilkulturellen Gesellungsformen des Arbeitersports und -gesanges charakteristisch. Deren Mitgliedermobilisierung erreichte erst in der Phase zwischen 1928 und 1931 ihren Höhepunkt. ²⁴⁰ Die Weimarer Periode war in den nordhessischen Arbeiterorganisationen nicht von Auszehrung und Perspektivenverlust geprägt.

Die Schwierigkeiten der Arbeiterbildungsbestrebungen lag auch in Kassel offen zutage: die geringe Motivation der Arbeiter und mangelnde Freizeit. ²⁴¹ Ein enormes Mitgliederwachstum hatten alle diejenigen Organisationen zu verzeichnen, die den kulturellen Bedürfnissen der Arbeiter entgegenkamen, die in engem Kontakt zu ihrer Umwelt standen. Der Massenrückhalt in der ländlichen Arbeiterschaft vertrug sich durchaus mit einem gewissen marxistischen Doktrinarismus, wie er zumeist auf der Funktionärsebene vertreten wurde, v.a. dann wenn er starke Ordnungsmodelle enthielt. ²⁴² Die Schwankungen im Mitgliederbestand können hingegen auf wirtschaftliche Faktoren wie die Inflation 1923 und die

Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden, weniger auf ideologische Modifikationen in Arbeitersport und Arbeiterkultur.

Die Teilnahme an den nordhessischen Arbeiterorganisationen hing stark von den wirtschaftlichen Voraussetzungen der Arbeiterschaft ab. Während und nach der Inflation des Jahres 1923 gingen die Mitgliederzahlen der Arbeitersport- und -kulturorganisationen zurück. Auf den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik betrachtet verzeichneten aber die charakteristischen Organisationen der nordhessischen Arbeiter, die Sport- wie auch die Gesangvereine einen Mitgliederzuwachs. Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme gab es im Landkreis Kassel 81 Arbeitersport- und 29 Arbeitergesangvereine. ²⁴³ Die sozialdemokratische Organisationskultur war fest verankert in den Industriegemeinden und beeinflusste stark die Freizeitgestaltung der ländlichen Arbeiterschaft. Arbeitersport und -gesang waren der organisierte Rückhalt für die politische Mobilisierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. ²⁴⁴

5.3. Arbeiter, Arbeiterbewegung und Arbeitermilieu in Nordhessen

Die politische Kultur im Raum Kassel wurde während der Weimarer Jahre weitgehend durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung dominiert. Schon die historische Wahlforschung entlang der Grenzen, die durch die öffentliche Verwaltung gezogen worden waren, bestätigte dieses Bild. ²⁴⁵ Die sozialstrukturell, sozialmoralisch und organisationsgeschichtlich gewonnenen Einsichten in die Binnenstruktur des sozialdemokratischen Arbeitermilieus finden ihre Bestätigung in einer korrelationsstatistischen Analyse der Wahlergebnisse entlang der kirchlichen Grenzen – in diesem Falle der protestantischen Kirche. Diese Untersuchung ist nicht zuletzt auch deswegen methodisch sinnvoll, weil sich im Laufe der Untersuchung ein enger Zusammenhang zwischen den politischen Einstellungen und der sozialmoralischen Ökonomie in Verbindung mit der vergleichsweise hohen kirchlichen Bindung der Landbevölkerung ergab. Erst auf der Aggregatenebene der Kirchengemeinden können aber etwa die Abendmahlsdaten statistisch mit den politischen Daten verknüpft werden.

Die SPSS-Analyse (Statistical Packet for Social Sciences) der Wahlergebnisse vom September 1930 in den vierzehn Kirchengemeinden in Kassel-Land deutet auf im wesentlichen zwei Faktoren in ihrer politischen Kultur hin. ²⁴⁶ Zum einen ergab sich eine deutlicher Bipolarität zwischen der Stimmabgabe für SPD und CSVD auf der einen Seite, worauf andererseits KPD und Abendmahlshäufigkeit negativ gepolt sind. Einen zweiten Faktor

bilden das Zentrum, die DNVP und die Katholikenzahlen in den evangelischen Kirchengemeinden, die sich gegenüber den NSDAP-Stimmanteilen genau abgrenzen lassen. Auch für Kassel bewies die SPSS-Analyse erneut entlang kirchlicher Grenzen, daß sich die katholische und evangelische Bevölkerung mit unterschiedlichen Parteien in einem immanenten Zusammenhang befanden und daß die NSDAP gegen den katholischen Teil abgegrenzt blieb.²⁴⁷

Der Typus des großstädtischen Arbeiterproletariers war keineswegs charakteristisch für die gesamte deutsche Arbeiterschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts.²⁴⁸ Deutlicher als andere Regionen wies der nordhessische Wirtschaftsraum ein Übergewicht ländlicher gegenüber städtischer Industriearbeiterschaft auf. Aber auch die Herkunft der städtischen Arbeiter über eine Nahwanderung aus den umliegenden Landkreisen wirkte sich im fortbestehenden engen Kontakt zur ländlichen subsistenzwirtschaftlichen Lebensweise aus.

Die Organisationsbedingungen der Arbeiterbewegung im Regierungsbezirk Kassel waren gekennzeichnet durch eine besonders hohe Sesshaftigkeit mit einer im deutschen Vergleich sehr niedrigen Fernwanderungsrate. Nahwanderung und Sesshaftigkeit im nordhessischen Wirtschaftsraum um die Stadt Kassel bewegten sich im Reichsdurchschnitt.²⁴⁹ Die ausgeprägte Sesshaftigkeit der nordhessischen Arbeiter in der Phase der Industrialisierung zwischen 1890 und 1910 begünstigte gewerkschaftliche Organisationserfolge. Die entscheidenden Bedingungen in Nordhessen für Organisation und politisches Verhalten lagen jedoch weniger in der Mobilität der Arbeiter als vielmehr in ihrer Lebenswelt begründet.²⁵⁰ Diese aber hatte in hohem Maße die Trennung von Industrie- und Agrargesellschaft noch nicht vollzogen.

Weniger die räumliche Zuwanderung in die Kasseler Industriebetriebe als vielmehr die Mobilität innerhalb des industriellen Arbeitslebens wirkte sich prägend auf das Organisations- und das politische Verhalten der Arbeiterschaft aus. Die Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz bei der Mehrheit der nordhessischen Arbeiter, die gleichzeitig Freizeitlandwirte und Industriearbeiter waren, ließ eine nur partielle Bindung der Pendelarbeiter an die städtisch-industrielle Lebensweise und deren spezifisches Arbeiterbewußtsein beziehungsweise städtisch-proletarische Identität zu. »Der sesshaft gebliebene partiell gebundene Arbeiter mußte wohl Anpassungskonzessionen an die städtisch-industrielle Lebensweise machen, konnte aber weitgehend seinen traditionellen Werthorizont und sein vertrautes Sozialgefüge im Wohn- und Heimatort beibehalten.«²⁵¹

Besonders die Arbeiter im Landkreis Kassel waren in erheblichem Umfang nebererwerlich im eigenen landwirtschaftlichen Parzellenbetrieb nach Feierabend tätig. Die nordhessischen Arbeiter stellten zwar objektiv

einen Teil der Industriearbeiterschaft dar. Ihre subjektive Wertorientierung blieb jedoch gewissermaßen zweipolig zwischen ihrer ländlichen Umgebung und der Industriegesellschaft. Besonders die Arbeiter im Landkreis Kassel wechselten zwar die hauptberufliche Tätigkeit, verblieben aber im vertrauten Werthorizont und dörflichen Gefüge. Die nordhessische Arbeiterbewegung begann nicht als Freizeitformation der Arbeiterschaft mittels sozialistischer Kulturideale, sondern als konkrete gewerkschaftliche Interessenvertretung. In diesem vitalen Element des konkreten materiellen Interesses ist letztlich die Ursache für die Nähe der Kasseler Arbeiterbewegung zum parlamentarisch geregelten Interessenausgleich zu suchen. Demokratie und Parlamentarismus waren als Instanzen der Interessenvertretung und des geregelten Interessen- und Konfliktausgleichs attraktiv.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft im Raum Kassel erfaßte anfangs die älteren Berufszweige der Holzarbeiter, Tabakarbeiter und Buchdrucker. Nachdem die Industrialisierung den Kasseler Raum zur Jahrhundertwende verspätet erfaßt hatte, setzte auch in Nordhessen eine zügige Organisationsbewegung ein, die die Arbeiterbewegung schließlich 1912 zur stärksten politischen Kraft Nordhessens werden ließ.

Der Typus des weitgehend bindungslosen und entwurzelten Proletariers, der seine Identität alleine im sich neu formierenden Milieu der Arbeiterbewegung fand,²⁵² traf auf die nordhessische Arbeiterschaft nur in wenigen Ausnahmen zu. Die vororganisatorischen Bedingungen des Produktionsmittelbesitzes, der Selbstausbeutung nach Feierabend und der dörflichen moralischen Ökonomie prägten den politischen Habitus der kurhessischen Arbeiterbewegung, die von Anfang an eng mit den Gewerkschaften verbunden blieb.

Die partielle Bindung der ländlichen Arbeiterbauern an die Arbeiterbewegung wirkte sich in doppelter Richtung aus: Sie beeinflusste maßgeblich das reformistische politische Profil der Partei und verhalf ihr bereits vor 1900 zur politischen Dominanz bei den allgemeinen und gleichen Reichstagswahlen. Auch die städtische Arbeiterschaft Kassels brach nicht ihre Bindungen zum Herkunftsort ab.

In den Wertorientierungen der nordhessischen Arbeiterschaft durchdrangen sich Umwelteinflüsse und Gedankengut der Arbeiterbewegung. Die Kasseler Arbeiterbewegung wies eine offene nationale Flanke auf, die durch die Mitgliedschaft einer Vielzahl von Arbeitern in den ländlichen Kriegervereinen, deren Vorsitz sie sogar teilweise übernahmen, versinnbildlicht wurde. Diese Arbeiter verbanden ihre durchaus nationale Gesinnung mit der Stimmabgabe für die SPD. Im Gegenzug vertrat die kurhessische Sozialdemokratie während des ersten Weltkrieges einen kriegsfreundlichen Kurs. Auch der dominierende Einfluß der evangelischen Kirche auf

die ländliche Gesellschaft in einem der Stammlande der deutschen Reformation hinterließ seine Spuren im Werben der Kasseler Sozialdemokraten um protestantische Wählerstimmen.

Die relative Gleichartigkeit der Lebenswelt für die Mehrheit der ländlichen und die Nachwirkungen der Subsistenzwirtschaft in der städtischen Arbeiterschaft setzten sich in der relativen Homogenität der sozialdemokratischen nordhessischen Arbeiterbewegung fort. Ihre politische und programmatische Entwicklung wies starke Kontinuitätslinien auf, die auch in der Phase zwischen 1918 und 1922 nicht unterbrochen wurden.

Die Mitgliederstruktur und das Führungspersonal der nordhessischen Parteiorganisation waren stark auf die Gewerkschaften ausgerichtet. Der gewerkschaftliche und selbst noch der genossenschaftliche Organisationsgrad der Arbeiterschaft waren höher als ihr politisches Engagement in der sozialdemokratischen Partei.

Der normativ aufgeladene Begriff der Solidargemeinschaft ist nur bedingt geeignet, den Vergemeinschaftungscharakter der nordhessischen Arbeiterbewegung zu erfassen.²⁵³ Eine hohe Selbstversorgungsquote der Arbeiterschaft begrenzte die Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft auf Tarifpolitik und politische Vertretung.²⁵⁴ Weniger noch als der Ansatz der Solidargemeinschaft entspricht derjenige der Gegen- oder Alternativkultur der historischen Wirklichkeit der nordhessischen Sozialdemokratie, deren Wertorientierungen sich vielfältig mit ihrer Umwelt berührten. Die Lebenswelt der Arbeiterbauern und die hohe Bedeutung der Sport- und Gesangsvereine mit ihrer disziplinierenden sozialen Wirkung standen einer bewußten Gegenkultur und einer Politik der strukturellen Opposition im Wege. Diese Richtung blieb für hochmotivierte, zumeist akademisch vorgebildete Eliten in den Arbeiterkulturorganisationen vorbehalten.

Die genannten Faktoren verstärkten das Gewicht der Tradition und Baharrung in der nordhessischen Sozialdemokratie. Der Rückgang der sozialdemokratischen Wählermobilisierung am Ende der Weimarer Republik erreichte den Kasseler Agitationsbezirk daher nur gedämpft. Die Erosion des politischen Sozialmilieus auf der Wahlebene hatte zum einen aktuelle Ursachen in der Abwendung ehemals sympathisierender Schichten. Zum anderen aber zeichnete sich auch in Nordhessen ein langfristiger Rückgang der Arbeiterschaft und damit eine immer schmaler werdende Basis der Arbeiterbewegung ab.²⁵⁵ Die Auswirkungen dieses politischen Auszehrungsprozesses auf die sozialdemokratische Organisationskultur blieben indessen begrenzt. Dem Katholizismus vergleichbar erreichten die Arbeiterorganisationen in der Phase zwischen 1928 und 1931/32 den Höhepunkt ihrer Anziehungskraft auf den engeren Personenkreis des sozialdemokratischen Milieus. Erosion und Konstanz differenzierten sich somit nach politischen Wahlen und Binnenleben. Dem Verlust an Wählern

korrespondierte eine gestiegene Attraktivität für Personen im näheren Umfeld der nordhessischen Sozialdemokratie.

Das wichtigste Kennzeichen der Volkspartei ist die adäquate Vertretung der verschiedenen sozialen Gruppen in der Mitglieder- wie auch in der Wählerschaft. Das parlamentarisch-demokratische System erfordert darüber hinaus die Bereitschaft zur Übernahme der Regierungsverantwortung. »Konkret besagt dies, daß Volksparteien bereit und in der Lage sein müssen, allein oder in Koalition mit anderen Parteien, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, also Macht auszuüben.«²⁵⁶ Die Koalitionsfrage darf als das Schibboleth der Parteien im Parlamentarismus gelten. Die nordhessische Sozialdemokratie war grundsätzlich koalitionswillig. Es bestehen jedoch große Zweifel daran, ob die nordhessische Parteiorganisation sich in der Tat zur Volkspartei öffnete und öffnen konnte.²⁵⁷

Die nordhessische SPD unternahm ernsthafte Schritte, um sich im Sinne einer Volkspartei zu öffnen. In ihrer Geschichte waren die nordhessischen Genossen nie durch Radikalität auffällig geworden. Im Gegenteil: Maßgebliche Parteivertreter, allen voran der Bezirksvorsitzende Georg Thöne, prägten das reformistische Profil der Partei und sorgten für eine fast geschäftsmäßige Abwicklung der Revolution 1918/19. Ein parlamentarisch-demokratisches Grundverständnis war hauptsächlich in der Kasseler Parteiführung um die Reichstagsabgeordneten Georg Thöne und Michael Schnabrich zu finden, die sich als Stützen der SPD-geführten Preußenregierung verstanden. Ein hoher Frauenanteil am Ende der Weimarer Republik und der ländliche Wählerrückhalt taten ein übriges, um gemäßigte Positionen abzusichern. Das wichtigste Indiz jedoch stellte der erklärte Wille dar, sich als Volkspartei zu definieren und sich verstärkt um die Mittelschichten zu bemühen.²⁵⁸

Die Öffnungsbestrebungen der Kasseler Partei zeigten bald ihre Früchte. In der Bezirkshauptstadt versuchten religiöse Sozialisten, einen engagierten Dialog mit der evangelischen Kirche zu führen. Sozialdemokratische Lehrer und Beamte organisierten sich in einer Arbeitsgemeinschaft. In der Stadt Kassel war zudem der Angestelltenanteil unter den Parteimitgliedern relativ hoch. Die Bemühungen um eine weitergehende Integration der Mittelschichten in die Partei stießen jedoch sehr bald an ihre Grenzen. Die Bereitschaft zum Dialog wurde in keiner Weise von Seiten der evangelischen Kirchenführung erwidert, und die örtlichen Angestellten neigten je länger je mehr dem »Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband« (DHV) zu. Auch die Lehrer, Beamten und religiösen Sozialisten in der SPD, die in vielen Fällen einen Motivationsüberschuß in ihre politische Arbeit mitbrachten, riefen sich eher an der starken Traditionsverhaftung der örtlichen Parteiorganisation, als daß sie sich problemlos integrieren

ließen. Die wenigen Austritte nach der Abspaltung der SAP im Jahre 1931 betrafen vor allem diesen Personenkreis mit überschießender politischer Energie, wie der spektakuläre Fall des Parteiaustrittes des Reichsbannerführers und engagierten Pädagogen Karl-August Quer mit aller Deutlichkeit bewies. Auch der Zustrom sozialdemokratischer Lehrer erwies sich eher als koalitions hinderlich, da diese an der kulturpolitischen Front der Partei prononcierte Positionen vertraten und den gesammelten Haß der bürgerlichen Parteien auf sich zogen. Im Ergebnis trugen sie eher zur Verfestigung der Teilkulturen bei.

Auch die Mitgliederentwicklung des Kasseler Parteibezirkes deutet eher auf eine soziale Segmentierung der Parteienlandschaft hin denn auf eine größere Öffnung. Die nordhessische Parteiorganisation blieb wie die SPD im Deutschen Reich eine Arbeiterpartei. Ihre Mitgliederstruktur war sogar mehr noch als diejenige der Reichsorganisation von Arbeitern geprägt. Aber auch die Wählerschaft blieb im wesentlichen auf die Arbeiter beschränkt. Ihre Stimmanteile in den nordhessischen Landkreisen entsprachen mit wenigen Ausnahmen dem Arbeiteranteil an der erwerbstätigen Bevölkerung.²⁵⁹ Die kurzfristige Revolutionsbegeisterung für die SPD konnte von der Partei nicht langfristig gesichert werden. Selbst ihr bestes Ergebnis nach 1919 bei den Reichstagswahlen 1928 führte die Partei kaum über den Arbeiteranteil an der Bevölkerung hinaus.

Aber auch die Frauen, die im Kasseler Parteibeziirk einen deutlich höheren Anteil an der Mitgliedschaft stellten und durch so prominente Genossinnen wie Elisabeth Selberth und Amalie Wündisch vertreten waren, dankten es der Partei schlecht. Frauen wählten in den repräsentativen Industriegemeinden Oberzwehren und Niedertzwehren die SPD weniger häufig als ihre Männer.²⁶⁰ Sie bevorzugten dafür eher die bürgerlichen Parteien. Männer waren im ganzen politischer und gingen häufiger zur Wahl als Frauen.²⁶¹

Die Wahlentwicklung der nordhessischen Sozialdemokratie wies eine erstaunliche Konstanz der Wählerschaft zwischen 1920 und den Juliwahlen 1932 auf. Die SPD hielt im Stadt- und Landkreis ihren Wählerstamm von den Juniwahlen des Jahres 1920. Der Rückgang im Stimmanteil der Partei rührte vom Anstieg der abgegebenen Stimmen und von einer fortschreitenden Politisierung unter den Wahlbürgern her. Die SPD konnte in der Weimarer Republik keine entscheidenden und anhaltenden Einbrüche in neue Schichten erzielen. Sie blieb auch in der Wählerschaft auf ihre traditionelle Klientel beschränkt.

Nicht nur die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Mitglieder- und Wählerschaft dokumentierte die mangelnde Konkretisierung des Volksparteiwillens. Auch programmatische Überzeugungen standen dem entgegen. Der erklärte Koalitionswille der nordhessischen Genossen, an dem nicht

ernstlich zu zweifeln war, stand relativ unvermittelt neben volksmarxistischen Überzeugungen. So bewies die heftig geführte Debatte um das Görlitzer Programm im Jahre 1921 das Fortwirken eines volksmarxistischen Grundverständnisses, das in dem Willen kulminierte, durch die Öffnung für neue Schichten das Proletariat zu einen. Kein neues Selbstverständnis diktierte die Stellungnahmen zum Görlitzer Parteitag, sondern die vertraut gewordene Überzeugung, eine wesentlich proletarische Arbeiterpartei zu sein. Neue Schichten zu gewinnen, konnte unter diesen Vorzeichen nur bedeuten, das Proletariat zu einen. Die programmatische Fortschreibung des Koalitionswillens hin zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer unterblieb letztlich. Geradezu zum Glaubensartikel erhoben wurden hingegen die ersten Sätze des Erfurter Programms. Daß es selbst dem besonders reformistischen Parteibeziirk Hessen-Kassel nicht gelang, sich erfolgreich in Mitgliedschaft und Programm für neue Schichten zu öffnen, läßt sich nur hinreichend erklären, wenn man politische Faktoren außerhalb der Sozialdemokratie hinzuzieht. Die anhaltende weltanschauliche Polarisierung in der deutschen Gesellschaft hatte auch im Falle des politischen Katholizismus eine weitergehende Öffnung verhindert. Für die Sozialdemokratie kam eine weitere erschwerende Ursache hinzu, weshalb sie sich nicht zur Volkspartei hin öffnen konnte: die Spaltung innerhalb der marxistischen Arbeiterbewegung. Nicht zuletzt die innersozialistische Konkurrenz durch die Kommunisten verstärkte die Traditionsverhaftung der SPD.

6. Die radikalisierte kommunistische Arbeiterkultur Hanaus

Die Spaltung der Arbeiterbewegung betraf im Regierungsbezirk Kassel zwar beide SPD-Hochburgen aus dem Kaiserreich, die industrialisierten Regionen um Kassel und Hanau. Beide Arbeiterkulturen verfügten aber über eindeutige Schwerpunkte. Blieb die KPD in Kassel schwach, so geriet die SPD in Hanau in eine strukturelle Minderheitenposition. Beerbten die Konservativen die Liberalen in deren Hochburg und deren angestammter Klientel, so traf dies für die KPD nicht in Kassel, sehr wohl aber in Hanau zu, dort freilich frühzeitig und mit durchschlagendem Erfolg, der bis 1933 anhielt.¹

6.1. Genese und Radikalisierung: Die Hanauer Arbeiterbewegung bis 1919

Am Anfang der Hanauer Arbeiterbewegung standen die hohen Gesundheitsgefährdungen in der lokalen Edelmetall- und Silberwarenindustrie. Den Beginn machten Krankenkassen und Sterbebeihilfen. 1830 wurde in Hanau eine »Krankenverpflegungskasse für Gold- und Silberwaren-Gehülfen« gegründet, die im Krankheitsfalle eine »namhafte Unterstützung« und im Todesfalle eine »anständige Beerdigung« garantierte. 1859 entstand der örtliche Konsumverein, kurz darauf der Arbeiter-Spar- und der Sanitätsverein. Es folgten der Zigarrenarbeiterturnverein (1860), die Turngesellschaft der Zigarrenarbeiter« (1861) und der Arbeiterbildungsverein (1863). Die Gewerkschaften waren unter anderem auch durch ihr eigenes gesundheitliches Gutachterwesen attraktiv, das die gerichtliche Durchsetzung von Schadensansprüchen gegenüber den Arbeitgebern erheblich erleichterte. Vertrauensarzt der Hanauer Gewerkschaften war der spätere Vorsitzende des Hanauer Arbeiter- und Soldatenrates Georg Wagner, der maßgeblich an der Radikalisierung der Hanauer Arbeiter beteiligt war.²

Eine weitere Wurzel der Hanauer Arbeiterbewegung lag in der 1848er Revolution. Die Gründergestalt der Hanauer Arbeiterbewegung, Mathias

Daßbach, spielte bereits in den Revolutionsereignissen von 1848 eine Rolle. Gemeinsam mit Hanauer Turnern hatte er in Baden gegen die preußischen Truppen gekämpft. Die Turnerbewegung des Vormärz war in Hanau stark verbreitet. Hier fand am 2. April 1848 der »Erste deutsche Turnertag« statt. Wenige Tage später, am 20. April 1848 gründeten Hanauer Fabrikarbeiter einen Arbeiterverein mit dem Zweck, »den Arbeiterstand fortzubilden und für die Wahrung und Vertretung seiner politischen Interessen einzutreten«.³ Die Erinnerung an die Ereignisse von 1848 blieb ein fester Bestandteil der Feier- und Festkultur in der örtlichen Sozialdemokratie. Die erste Organisation der Hanauer Zigarrenarbeiter verband sich eng mit dem Gedenken an Robert Blum. Am 9. November 1860, dem Todestag Blums, bildete sich der Hanauer Zigarrenarbeiter-Turnverein. Auch zum sechzigjährigen Partei-jubiläum im Herbst 1927 wurde auf die Ursprünge in der 1848er Revolution hingewiesen.⁴

In der Hanauer Sozialdemokratie dominierte anfänglich noch die handwerklich geprägte Arbeiterschaft aus der klein- bis mittelbetrieblichen Industriestruktur. Politisch stand die Hanauer Arbeiterbewegung wie die Kasseler den lassalleanischen Ursprüngen nahe. 1867 schlossen sich die Hanauer Zigarrenarbeiter dem ADAV Ferdinand Lassalles an. Die eher großbetrieblich ausgerichtete Eisenacher Richtung hatte in Hanau keinen Rückhalt. Im Jahr des Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien auf dem Gothaer Parteitag 1875 erschien erstmals eine sozialdemokratische Zeitung in Hanau. »Die Wacht« enthielt Nachrichten über ein reichhaltiges Vereinsleben in der Hanauer Arbeiterbewegung.⁵

Schon lange vor 1890 erreichte die SPD im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb ein Drittel aller abgegebenen Stimmen.⁶ Die SPD-Wahlergebnisse in der Repressionsphase ab 1878 beleuchteten den Unterschied zum nordhessischen Parteibezirk. Während dort die Stimmanteile drastisch zurückgingen, verzeichnete die Sozialdemokratie in Hanau 1881 ihren ersten Triumph. Karl Frohme errang das Reichstagsmandat für die SPD, das 1884 allerdings wieder verloren ging.⁷ In Stadt und Land gingen die SPD-Stimmen in der Zeit der Sozialistengesetze nur geringfügig zurück. Das politische Bewußtsein der Hanauer Arbeiterschaft war deutlich weniger eingelassen in die ländliche oder bürgerliche Umwelt als dies in Kassel der Fall war, wo die SPD erst nach 1890 erhebliche Zugewinne erreichte.

Bereits bei den Reichstagswahlen 1874 erreichte die SPD im Landkreis Hanau eine Zwei-Drittel-Mehrheit. In Stadt- und Landkreis Hanau stellte die SPD schon vor 1900 und nicht wie in Kassel erst ab 1912 die dominierende politische Kraft dar. Am deutlichsten trat diese Dominanz der SPD in den Stichwahlergebnissen zutage, die sie in Hanau-Stadt und -Land regelmäßig mit deutlichem Abstand gewann. Unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes errang sie 1881 mit freisinniger Unterstützung in Ha-

nau-Stadt 88,1%.⁸ Daß sie im Wahlkreis 8 (Kreise Hanau-Stadt, Hanau-Land, Gelnhausen, Frankfurt-Land z.T.) nur 1881, 1898 – hier aber schon im ersten Wahlgang – und dann wieder ab 1907 das Reichstagsmandat gewann, hing mit den schlechten Ergebnissen im ländlichen Kreis Gelnhausen zusammen, der lange Zeit ein sozialdemokratisches Sorgenkind blieb.

Die größte Protestaktion der Hanauer Arbeiter war der erfolglose Diamantarbeiterstreik von 1896 bis 1898.⁹ Die Zigarrenarbeiter Hanaus streikten bereits 1863 und 1871 zweimal. Im Jahr der Reichsgründung dauerte der Ausstand mit der finanziellen Hilfe anderer Gewerkschaftsorganisationen 14 Wochen, brachte im Unterschied zu 1863 gewisse Teilerfolge für die Zigarrenarbeiter und stärkte das Selbstbewußtsein der Hanauer Arbeiterschaft.¹⁰

In Hanau bildete sich schon vor der Jahrhundertwende und damit lange vor Kassel eine schlagkräftige Metallarbeiterorganisation. Der gewerkschaftliche Protest ging auch im Hanauer Raum von den Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. In der Hanauer Edelmetallindustrie herrschte Akkordlohn vor, bei den Diamantschleifern sogar Stücklohn. In Streiks konnte der Hanauer DMV eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden durchsetzen – ohne Lohnminderung. Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit in Hanau war die allmähliche Abschaffung der Akkordarbeit. Im Jahre 1907 waren drei Viertel aller Hanauer Arbeiter in der Edelmetallbranche gewerkschaftlich organisiert, wovon der Kasseler Verband weit entfernt blieb.¹¹ Führer der schlagkräftigen Hanauer Metallarbeiterorganisation war Robert Dißmann, der später zur USPD überwechselte und von 1919 bis 1926 den linken DMV leitete.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war der Hanauer Parteibeatirk aufgrund seiner zahlreichen Streiks und politischen Stellungnahmen für seine Radikalität bekannt. Der Dissens zur Parteilinie, aber auch zur Kasseler Parteiorganisation wurde auf dem letzten Vorkriegsparteitag deutlich, der im September 1913 in Jena stattfand. In der Massenstreikdebatte stimmten die Hanauer Delegierten vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und im Unterschied zu den nordhessischen Genossen Johannes Struve und Friedrich Hoßbach für den Antrag von Rosa Luxemburg, den diese als gewählte Delegierte des Parteibeatirkes Hanau einbrachte. Ihr Antrag Nr. 100 trat für das Mittel des Massenstreiks als politische Waffe ein.¹² Im Anschluß an die Streikdebatte sprachen sich die Hanauer Delegierten in der Frage der Finanzierung der Militärvorlage gegen eine Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu neuen Besitzsteuern aus, die sie zur Gänze und mit allen Mitteln bekämpften. In den beiden Fällen der Massenstreikdebatte und der Militärvorlagenfinanzierung gehörten die Hanauer Genossen zu dem Minderheitendrittel unter den Parteitagsdele-

gierten, die in den Abstimmungen unterlagen. Wie andernorts zeichnete sich bereits hier die spätere Radikalisierung ab.¹³

Als Sprecher einer Minderheit von Abgeordneten in der SPD-Reichstagsfraktion und Gegenpol zum Vormann der revisionistischen Abgeordneten Eduard David und seinem Kasseler Gefolgsmann Georg Thöne trat auf dem Würzburger Parteitag 1917 der Hanauer Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch auf, der noch im August 1914 gegen den Willen seiner Hanauer Genossen für die Kriegskredite gestimmt hatte. Er sprach sich bei Anerkennung der Pflicht der Landesverteidigung dennoch gegen eine erneute Bewilligung der Kriegskredite aus.¹⁴ In seiner parlamentarischen Arbeit wie auch in der Partei verkörperte Gustav Hoch den Typus des altgedienten Funktionärs, der mit großer Verve politische Forderungen artikulierte und auch den Konflikt nicht scheute, im Kern aber der Erhaltung, der Einheit und dem Ausbau der Arbeiterorganisationen verpflichtet blieb, die ihn von einer weitergehenden Radikalisierung abhielten. Hoch wechselte im Unterschied zu seinem Abgeordneten-Kollegen Heinrich Hüttmann (Kassel-Melsungen) nicht zur USPD.

Schon im August 1914 trat der SPD-Unterbeatirk Hanau in Opposition zum SPD-Vorstand und beschloss am 3. August 1914 die Ablehnung der Kriegskredite. Die Hanauer Genossen organisierten zusammen mit Rosa Luxemburg und anderen die Opposition in Frankfurt.¹⁵ Im Laufe des Krieges wurde Hanau zu einer organisatorischen Basis der Spartakus-Gruppe. Die große Mehrheit der Hanauer Sozialdemokraten trat der USPD nach deren Gründung in Gotha bei. Hanau wurde gegen Ende des ersten Weltkrieges und unmittelbar danach zu einer Hochburg der USPD. Die Unabhängigen besetzten in Hanau alle wichtigen Posten in Partei und Gewerkschaften. Führer der örtlichen USPD war Friedrich Schnellbacher, der 1912 als Nachfolger des nach Frankfurt gewechselten, späteren DMV-Vorsitzenden Robert Dißmann Hanauer Parteisekretär wurde. Schnellbacher trat bereits im September 1916 auf der SPD-Reichskonferenz als Sprecher der »Gruppe Internationale« auf. Ein halbes Jahr später wurde er auf dem Gründungsparteitag der USPD als Hanauer Delegierter und Vertreter der Spartakus-Richtung in den Beirat gewählt.¹⁶ Die Unabhängigen übernahmen im Laufe des Jahres 1919 auch die Leitung der Hanauer Gewerkschaften, der Ortskrankenkasse und des Konsumvereins. Die entscheidende Bedeutung kam jedoch dem Metallarbeiterverband zu, der bereits vor dem Weltkrieg das gewerkschaftliche Rückgrat der Sozialdemokratie dargestellt hatte. Der Hanauer DMV gehörte seit 1919 – sehr im Unterschied zu seiner Kasseler Schwesterorganisation – zu den frühen Domänen der Unabhängigen. Nach dem Zusammengehen von USPD und KPD in Hanau unterstützte er die Kommunisten. Die politische Radikali-

sierung der Hanauer Arbeiterbewegung wurde vielsagend symbolisiert durch den Besitzerwechsel des alten gewerkschaftlichen Versammlungslokales ›Saalbau‹ in unabhängig-sozialdemokratische und später in kommunistische Hände.

Die Lebensmittelsituation war in Hanau gespannter als in den übrigen Städten des Regierungsbezirkes. Die Revolution begann mit Plünderungen eines Lebensmittelfeinkostgeschäftes und aller Bäckerläden der Stadt. Im Hanauer AuSR übernahmen bald schon die Unabhängigen die Führung. Die politischen Mehrheitsverhältnisse ließen im November 1918 mit zwanzig Arbeiter- und Soldatenräten der USPD gegenüber fünf der MSPD an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. An der Spitze dieses revolutionären Organs stand Friedrich Schnellbacher, jetzt Parteisekretär der USPD. Nach seiner Ansicht sollte der im Krieg begonnene Kampf gegen den Militarismus nun unter veränderten Bedingungen weitergeführt und sogar verschärft werden. Gleichzeitig achtete die USPD-Führung auf strafrechtliche Organisation, um die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten.¹⁷

Die Unabhängigen erreichten in Hanau bei den Wahlen zur Nationalversammlung ihr bestes Ergebnis in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und schnitten auch im reichsweiten Vergleich überdurchschnittlich gut ab. In der Stadt wie auch im Landkreis stimmte etwa ein Viertel der Wähler für die USPD. Die Mehrheitssozialdemokraten blieben zwar noch stärkste Partei, sie erlitten jedoch gegenüber 1912 empfindliche Einbußen. Die MSPD konnte im wesentlichen ihre früheren Hochburgen von 1912 bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 noch verteidigen. Die Unabhängigen waren besonders erfolgreich in Gemeinden mit vormals durchschnittlichen sozialdemokratischen Ergebnissen.¹⁸ Schon im Januar 1919 zeichnete sich die räumliche Konzentration der radikalisierten Arbeiterkultur ab: Die Unabhängigen hatten in der Region Hanau ihren Rückhalt vor allem in den größeren Gemeinden, in den kleineren Gemeindegroßenklassen waren sie erheblich schwächer vertreten.

Die Unabhängigen wurden in neun der 25 Stimmbezirke stärkste Partei. In den anderen sechzehn Stimmbezirken lagen die Mehrheitssozialdemokraten vorne. Damit zeichnete sich auch in Hanau-Stadt eine Polarisierung der Wählerschaft zwischen MSPD- und USPD-Bezirken ab. Die sozialdemokratische Agitation in den Wahlkämpfen des Jahres 1919 lag in den Händen altgedienter Vorkriegsfunktionäre. Der Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch, der sich trotz seiner Kritik am Parteikurs geweigert hatte, zur USPD überzutreten, und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hanau, Michael Schnabrich, nachmaliger SPD-Reichstagsabgeordneter in Hersfeld und reformistischer Vormann in der Reichstagsfraktion, versuchten den Unabhängigen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie deren Forderungen weitgehend entgegenkamen. Dieses Vorgehen entsprach der

Parteilinie im Bezirk Frankfurt, der innerhalb der deutschen Sozialdemokratie am linken Rand zu finden war. Gegen diese beiden bekannten Genossen wurden von USPD und AuSR wilde Putschgerüchte in die Welt gesetzt, die darin gipfelten, Hoch und Schnabrich wollten mit militärischer Unterstützung den AuSR vertreiben. Wie kein anderer Streit verschärfte diese Auseinandersetzung die Gegensätze zwischen MSPD und USPD.¹⁹

Nicht die Hanauer Mehrheitssozialdemokraten, dafür aber der letzte königliche Hanauer Landrat Christian Schmid, der erst im November 1918 ins Amt gekommen war, setzte alles daran, die revolutionären Organe so rasch wie möglich abzusetzen. Schmid räumte nach der Machtübernahme durch den Hanauer AuSR den Landratsposten und zog sich nach Frankfurt zurück. Sein Nachfolger wurde der USPD-Politiker und Vertrauensarzt der Gewerkschaften Georg Wagner. Schmid's Intervention beim preußischen Innenminister Rudolf Breitscheid war jedoch erfolgreich. Breitscheid unterstützte die Position des letzten königlich-preußischen Hanauer Landrates gegen den örtlichen USPD-geführten AuSR, was auf tiefgreifende Differenzen zwischen der örtlichen und der reichsweiten USPD-Partei-führung bereits zum Zeitpunkt der Demarche Schmid's im Dezember 1918 schließen läßt.²⁰

Schmid's gegen den Hanauer AuSR gerichtete Aktivitäten und die Unterstützung, die er bereits im Dezember 1918 von Breitscheid erhielt, verschärfen die Lage in Hanau dramatisch. Die örtliche USPD-Führung war entschlossen, sich der Berliner Anordnung nicht zu beugen. Besonders enttäuscht waren die Hanauer Unabhängigen, daß ein USPD-Minister ihrem politischen Gegner beigesprungen war. »Leider muß festgestellt werden, daß es ein unabhängiger Sozialist des Innern, Dr. Breitscheid, war, der dem Arbeiterrat im Schreiben vom 9. Dez. 1918 mitteilte, den reaktionären Regierungsrat Schmid aus der Hohenzollernzeit als Landrat und Polizeidirektor wieder einzusetzen und unseren Genossen Dr. Wagner, den Revolutionär, abzusetzen.«²¹ Die politische Auseinandersetzung nahm schließlich militärische Formen an, als der vertriebene Landrat mit militärischer Hilfe auf seine alte Stelle zurückkehrte. Ausgelöst durch die Ermordung Rosa Luxemburgs, die in Hanau ein besonders hohes Ansehen genoß, sowie aus Protest gegen die preußische Regierung legte der provisorische Landrat und Polizeidirektor Georg Wagner sein Amt noch am 16. Januar 1919 nieder.²² Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sollte nach dem Willen des AuSR künftig in den Händen eines ›Roten Soldatenbundes‹ liegen, der sich in der Hauptsache aus USPD-Mitgliedern rekrutierte, die zu diesem Zweck bewaffnet worden waren. Auch der Hanauer AuSR zog mit seinem Rücktritt am 25. Januar 1919 einen »dicken Trennungsstrich« zur Berliner Regierung. Die Loslösung aus dem organisatorischen Gefüge der Revolutionsmonate und der Zusammenar-

beit mit der MSPD wurde vervollkommenet durch den Rücktritt Gustav Hammers als Chefredakteur des »Hanauer Anzeigers«, der seit dem 13. November 1918 das Organ des AuSR gewesen war. Das Blatt kam ab dem 25. Januar 1919 wieder in bürgerliche Hände.²³ Die Brücken zur deutlich links stehenden, aber dennoch politisch integrierten Hanauer Arbeiterkultur, wie sie bis Kriegsende vorgeherrscht hatte, waren von maßgeblichen Vertretern der Hanauer USPD damit abgebrochen worden.

Mit Unterstützung der preußischen Regierung und des 18. Generalkommandos mit Sitz in Bad Nauheim beseitigte Landrat Schmidt die provisorische Leitung des Landratsamtes, die in USPD-Händen lag.²⁴ Unter Pionierbegleitung kehrte er Anfang Februar in das Hanauer Landratsamt zurück. Die Stimmung wurde noch weiter durch eine KPD-Veranstaltung aufgeheizt, auf der der KPD-Vorsitzende Paul Levi genau das aussprach, was die USPD-Anhänger in Hanau bewegte. Levi warf der Regierung Verrat am Proletariat vor.²⁵ Dieser Funke zündete. Am 18. Februar 1919 kam es zu spontanen Plünderungen und Straßenunruhen. Eine randalierende Menschenmenge zog zum Hanauer Gefängnis, befreite die Gefangenen und stürmte das Gerichtsgebäude, nicht ohne vorher die Gendarmen entwaffnet sowie Rathaus und Lebensmitteldepot zu verwüsten.²⁶ Die Rädelsführer der spontanen Unruhen waren zumeist jüngere arbeitslose USPD-Anhänger, die in den Arbeiterorganisationen – besonders in der USPD-nahen Arbeiterschutzwehr – organisiert waren.²⁷ Das gerichtliche Nachspiel, der sogenannte »Marburger Kommunistenprozeß«, endete mit empfindlichen Freiheitsstrafen für die Rädelsführer.

Im Anschluß an die Unruhen wurde in Hanau der Belagerungszustand ausgerufen und die Stadt am 22. Februar 1919 von Regierungstruppen kampflos eingenommen. Die USPD-Parteileitung mit Friedrich Schnellbacher, Georg Wagner, Gustav Hammer und Wilhelm Schwind wurde verhaftet, obwohl sich die örtliche USPD von den Unruhen distanzierte. Die Mehrheitssozialdemokraten gaben den Unabhängigen die Schuld an der Verschärfung der politischen Situation in Hanau.²⁸ Für Clara Zetkin gehörte das »revolutionäre Hanau zu den wenigen Inseln im Ozean der Klassenunreife. Es war ein vorgeschobener Vorposten der proletarischen Revolution, der zurückgezogen werden mußte, weil die breiten starken Heersäulen nicht folgten«.²⁹

In den Februarereignissen hatte der bürgerliche Ordnungswille die Obermacht behalten. Die spontanen Unruhen der politisierten Arbeiter bewiesen jedoch überdeutlich, wie sehr Teile der USPD-Anhängerschaft zu direkter Aktion fähig waren. Die politische Transponierung dieses Aktionshungers ließ nicht lange auf sich warten. Die führerlos gewordene USPD erzielte bei den Kommunalwahlen am 3. März 1919 in Hanau und einigen Umlandgemeinden einen überragenden Erfolg und wurde erstmals stärk-

ste Partei. Die MSPD wurde durch die Verschärfung der Lage immer mehr in die Defensive gedrängt. Ihre Kommentare zu den Februarereignissen zeigten ihren eingegengten politischen Handlungsspielraum. Die »Frankfurter Volksstimme« verurteilte sowohl die Unabhängigen als auch das Vorgehen des Landrats Schmid. Der Hanauer USPD warf das MSPD-Organ vor, sich einer paritätischen Besetzung des AuSR widersetzt zu haben. An den von Schmid ausgelösten militärischen Auseinandersetzungen vermochte die MSPD nur die Ersetzung des Spartakusschreckens durch einen weißen Schrecken zu erkennen.³⁰ Eingezwängt zwischen der Verteidigung der öffentlichen Ordnung und den revolutionären Forderungen weiter Teile der Hanauer Arbeiterschaft konnte sich die MSPD nicht als Alternative zu den Unabhängigen profilieren. Die USPD wurde dagegen ihrerseits zum Handeln gedrängt, wollte sie bei den bevorstehenden Kommunalwahlen nicht den politischen Rückhalt in der Arbeiterschaft verlieren, den die Wahlen zur Nationalversammlung gezeigt hatten.

Der mehrheitssozialdemokratische Rückhalt in den städtischen Bezirken begann schon zwischen den National- und den preußischen Wahlen vom 26. Januar zu bröckeln. Bei den Preußenwahlen wurde die USPD schon in immerhin elf städtischen Stimmbezirken stärkste Partei, die MSPD nur noch in vierzehn. Die Kommunalwahlen vom März 1919 brachten schließlich den völligen Triumph der Unabhängigen, die als stärkste Partei im Hanauer Stadtparlament 12 Sitze stellten, zwei mehr als die MSPD. Am 25. April 1919 beschloß die USPD-Stadtverordnetenfraktion gegen vier Stimmen den Übertritt zur KPD. Vier Tage später vollzogen die Unabhängigen im Landkreis Hanau den gleichen Schritt.³¹

Bereits seit dem 1. März 1919 verfügte die KPD in Hanau über ein eigenes Publikationsorgan, die »Freiheit. Organ des revolutionären, internationalen Proletariates«. Eine Ortsgruppe der KPD-Hanau bestand seit Januar 1919. Zwei Hanauer Delegierte, der Arbeiter- und Soldatenrat Springer und der Spartakusanhänger Georg Handke nahmen am Gründungsparteitag der KPD im Januar 1919 in Berlin teil.³² Die USPD trat zwar weiterhin bei den Wahlen an, ohne einen eigenen Ortsverband zu besitzen. Sie blieb jedoch bedeutungslos. Die große Masse der USPD-Mitglieder, Funktionäre und Wähler wechselte im Frühjahr 1919 zu den Kommunisten. Eine Hochburg der Hanauer KPD war der Metallarbeiterverband. Hier konnten sie schon frühzeitig mit dem Genossen Merz den Bezirksleiter stellen. Bei der Delegiertenwahl zum Stuttgarter DMV-Verbandstag wurden ebenfalls mit Ohnsmann und Heinrich Rehbein zwei Kommunisten gewählt.³³ Auch im Hanauer Gewerkschaftskartell setzten sich die Kommunisten durch.³⁴

6.2. KPD und lokale Gesellschaft: Politischer Erfolg und Parteispaltungen

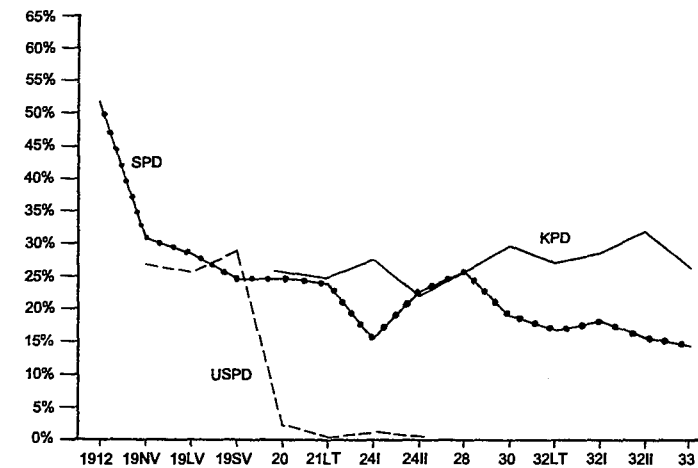
Im Laufe der Weimarer Republik gelang es der KPD, die SPD in den meisten ihrer Hochburgen abzulösen. Ihr Stimmenzuwachs erreichte bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 einen ersten Höhepunkt, als die KPD stärkste Partei in der Stadt Hanau wurde (vgl. Graphik 7). Das Abschneiden der Partei im Landkreis Hanau nahm nachgerade sensationelle Ausmaße an: Mit 27% erreichte die KPD hier ihr bestes Ergebnis im gesamten Deutschen Reich.³⁵

Nachdem USPD und später KPD bereits zwischen 1919 und 1921 überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse in den SPD-Hochburgen erzielten, wurden die Kommunisten bei den Maiwahlen 1924 erstmals stärkste Partei auch im Landkreis und den früheren ländlichen SPD-Hochburgen. Zur gleichen Zeit erzielte die SPD ihre besten Ergebnisse in ihren früheren Diasporagemeinden. Ab 1924 schnitt sie in ihren früheren Diasporagebieten besser ab als in den Hochburgen von 1912, die nun durchweg die KPD vorne sahen.³⁶ Die Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Stimmanteilen von 1912 waren eher agrarisch geprägt. Dort hielt die SPD zwar in der Weimarer Republik ihre Stellung als führende Arbeiterpartei, wurde aber von der DNVP und ab 1930 von der NSDAP in der Wählergunst übertroffen. Nur bei den Reichstagswahlen 1928 blieb die SPD stärkste Partei in den ländlich-agrarischen Gemeinden, in denen in der Regel weniger als 1.000 Personen wohnten.

Ihr Wahlerfolg in den kleineren Gemeinden mit höherem landwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil wog für die Sozialdemokratie nicht den Verlust der Vormachstellung im Landkreis auf. Die SPD hatte ihre strukturelle Dominanz ab 1924 im Landkreis Hanau endgültig eingebüßt. In den überdurchschnittlich industriell geprägten Gemeinden zog die KPD an ihr vorbei. In den kleineren Gemeinden mit höherem landwirtschaftlichen Anteil stiegen die Wahlergebnisse der SPD zwar teilweise kräftig an. Sie konnte damit allerdings die Dominanz der DNVP in diesen Orten nicht gefährden. Zum Rückgrat der SPD entwickelten sich die mittelgroßen Gemeinden mit zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern. Hier konnte sie ihre Stellung relativ festigen.

Ihren Vormarsch zur dominierenden Arbeiterpartei im Landkreis Hanau verdankte die KPD in erster Linie den Gemeinden mit über 2.000 Einwohnern. In diesen statistischen Städten lag sie wie in der Stadt Hanau bereits 1920 vor der SPD. Ihren größten Einbruch erlebte die SPD bei den Maiwahlen 1924, als sie in Hanau-Stadt lediglich auf 15,3% kam (vgl. Graphik 7). Die Maiwahlen stellten gleichzeitig den vorläufigen Höhe-

Graphik 7: Stimmanteile der SPD, USPD und KPD in Hanau-Stadt, 1912–1933



Quelle: Klein, Hessen, Bd. 1 u. Bd. 2, KV.

punkt der kommunistischen Wählermobilisierung dar. Die Stimmenzahl der KPD steigerte sich von 1920 bis 1924 in der Stadt Hanau um 16,2, im Landkreis um 24,5 und den Gemeinden über 2.000 Einwohnern 16,0%. Mit ungefähr 15.000 Wählern in Stadt und Land Hanau lag sie weit vor den Sozialdemokraten, die etwa 11.000 Stimmen erhielten. Diese Vormachstellung der KPD unter den Arbeiterparteien konnte auch durch den knappen Sieg der SPD im Dezember 1924 nicht ernsthaft gefährdet werden. Die Reichstagswahlen 1928, die reichsweit die SPD als Sieger sahen, stellten für die Hanauer KPD einen weiteren Schritt zur politischen Dominanz in Stadt und Land dar. 1930 schließlich war die KPD nicht nur die stärkste Arbeiterpartei in der Region Hanau, sie übertraf auch alle anderen Parteien. Fortan gab es nur zwei ernsthafte politische Konkurrenten im Hanauer Raum: die NSDAP und die KPD.

Der Wählerrückhalt der KPD erreichte bei den Novemberwahlen 1932 seinen Höhepunkt. Ihren 18.600 Stimmen in Stadt- und Landkreis standen 18.200 nationalsozialistische und 11.400 sozialdemokratische gegenüber. Noch bei den Märzahlen 1933 blieb die KPD die stärkere Arbeiterpartei in Hanau, die mehr als ein Viertel aller Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.

Besonders in den Industriegemeinden des Landkreises Hanau dominierte die KPD seit Beginn der Weimarer Republik: so in Dörnigheim und in

Langensfeld. Diese Gemeinden stellten mit oftmals weit über 2.000 Einwohnern stadtdähnliche Gebilde dar. Die Landwirtschaft war in ihnen nur sehr gering verbreitet. Arbeiterschaft und Industriebetriebe in diesen Gemeinden können nur sehr bedingt in einen Zusammenhang gebracht werden, da Wohn- und Arbeitsort zumeist getrennt waren. Lediglich Fechenheim und Großauheim boten größere Industrieagglomerationen für die ortsansässige Bevölkerung. Der Unterschied zwischen diesen Gemeinden ist auffallend. Beide Industriestandorte wiesen keine einheitliche Wirtschaftsstruktur auf. Neben der Metall- und Chemiebranche waren viele Betriebe diverser Wirtschaftsrichtungen, wie Bau, Druck u.a. vertreten. Besonders Fechenheim als größter Industriestandort des Landkreises kam am allerwenigsten dem Typ der industriellen Monokultur nahe. Seine wirtschaftliche Diversifizierung verlangte nach Facharbeitern. Fechenheim³⁷ blieb denn auch bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landkreis 1926 sozialdemokratisch, während in Großauheim die Kommunisten besser abschnitten als die SPD.

Die Gemeinden mit hohen Kommunistenanteilen waren häufig rein protestantische Gemeinden, in denen die Entkirchlichung bereits weit fortgeschritten war. Dennoch trat der konfessionelle Faktor auch im Landkreis Hanau in Erscheinung, der anders als Kassel über eine starke katholische Minderheit verfügte. Diese konzentrierte sich in den größeren Orten Großauheim, Großkrotzenburg und in der Stadt Hanau. Gerade hier aber gewann die KPD in einer Konkurrenzsituation zum Zentrum katholische Wähler.³⁸ Die Attraktivität der sozialistischen Arbeiterbewegung für katholische Arbeiter war beim Fürstenentscheid 1926 deutlich zutage getreten. Der katholische Arbeiterverein Hanau hatte seine Mitglieder zur Einzeichnung in das von SPD und KPD initiierte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenvermögen aufgefordert. Der anschließende Volksentscheid fand in den katholischen Gemeinden eine überdurchschnittliche Zustimmung.

In den beiden katholischen Industriegemeinden Großauheim und Großkrotzenburg beherrschten Zentrum und KPD die politische Szene. Die revolutionäre Aufbruchstimmung und die anschließende Radikalisierung der Arbeiterschaft verschaffte mit jeweils über einem Drittel der abgegebenen Stimmen der USPD im Jahre 1919, im Jahr darauf der KPD die relative Mehrheit unter den katholischen Arbeitern. Die Organisationsbewegung der Zentrumsparterie zeigte zwischen 1921 und 1928 Erfolge. Sie löste die Kommunisten als stärkste Partei ab. Bei den Reichs- und Landtagswahlen 1928 waren beide Parteien ziemlich genau gleich stark. Danach übernahm unter den Vorzeichen fortschreitender Radikalisierung die KPD die Führungsposition, die sie bis 1933 hielt.

Die Empfänglichkeit katholischer Arbeiter für kommunistische Parolen

ist schon mehrfach beobachtet worden. Der Prozeß der katholischen Wählerwanderung zur KPD ist für den Aachener Raum und für Oppeln festgestellt worden. Für Oppeln ergaben die Untersuchungsergebnisse sogar, daß bekenntnistreue Katholiken, die an der Osterkommunionshäufigkeit meßbar eine relativ hohe kirchliche Bindung besaßen, KPD wählten.³⁹ Die gleichfalls hohe Osterkommunionsteilnahme im Dechanat Hanau deutet in eine ähnliche Richtung. Sie bestärken die bereits von Johannes Horstmann und Richard Löwenthal geäußerte Vermutung, Kommunismus und Katholizismus wiesen trotz aller inhaltlichen Gegensätze gewisse formale Übereinstimmungen auf. Beide forderten bedingungslosen Glauben und Gehorsam, und ihre Botschaft war in hohem Maße von eschatologischem Vokabular geprägt, was freilich auch für den Protestantismus zutrif. Besonders in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise ab 1929 mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit in Hanau und Umgebung wirkte das endzeitliche Klassenkampfvokabular der kommunistischen Propaganda auf katholische Arbeiter mehr als die sozialdemokratische Version einer rationalen reformistischen Praxis. Der harte eschatologische Kern christlicher Weltdeutung ließ katholische Arbeiter in Krisenzeiten eher der dichotomischen kommunistischen Welterklärung zuneigen als der traditionellen Sozialdemokratie mit ihrem Glauben an die immanente Verbesserungsfähigkeit des privatwirtschaftlichen Systems.⁴⁰

Der krasse Wechsel der politisch-weltanschaulichen Lager wurde in beiden Großgemeinden beschleunigt durch eine rapide Veränderung der Bevölkerungsgröße und der Wirtschaftsstruktur. Großauheim und Großkrotzenburg verzeichneten mit 167,9% beziehungsweise 93,4% den höchsten Bevölkerungszuwachs zwischen 1885 und 1925 im Landkreis Hanau. Damit änderten sich anders als im katholischen Kerngebiet der Diözese Fulda die lebensweltlichen Bedingungen schlagartig. In diesen industriellen Großgemeinden verkümmerte mit der enormen Bevölkerungsfluktuation das öffentliche Gemeinschaftsleben, sei es weltanschaulicher sei es profaner Art allmählich, ohne daß schon städtische Lebensformen an seine Stelle getreten wären. »Nicht so sehr der Berufswechsel von der Landwirtschaft zur Industrie, sondern die Einwirkung der Industrie auf die Siedlungsformen scheinen dem Zentrum Abbruch zu tun.«⁴¹

Dies wirkte sich auch auf das Kerngebiet der Diözese Fulda um die Bischofsstadt und ihre Arbeiterschaft aus. Hier entfaltete die KPD in der Weltwirtschaftskrise eine rege Aktivität. Bis zum Oktober 1932 gewann sie in der Bischofsstadt 555 Parteimitglieder, vor allem im Arbeitervorort Horas.⁴² Bei den drei politischen Wahlen des Jahres 1932 übte die KPD in Fulda regelmäßig eine größere Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft aus als die SPD. Ihren Höhepunkt erreichte die KPD im Juli 1932 mit 12,6% gegenüber 9,5% der Sozialdemokraten. Gerade in den Arbeitervierteln

Fuldas erzielte die KPD weitaus höhere Ergebnisse als die SPD. Hier lag sie durchweg über 20%. In einem Fuldaer Wahlbezirk war sie sogar bei den Juliwahlen 1932 Mehrheitspartei: Mit 38,3% ließ sie im Bezirk »Fitzfabrik« die SPD (14,5%) und auch das Zentrum (31,0%) weit hinter sich.⁴³

Die veränderte Siedlungsform und die ab 1929 einsetzende Wirtschaftskrise stellten für den politischen Katholizismus in den Hanauer Großgemeinden eine Integrationsherausforderung dar, der er nicht mehr gerecht werden konnte. Der ungeklärte Charakter der industriellen Landstädte und die explosive Mischung von Arbeitslosigkeit und katholischer Sozialisation förderten das Wachstum der KPD unter katholischen Arbeiterwählern. Dennoch blieb die KPD in erster Linie eine Partei der Industriegemeinden, in den agrarischen Landgemeinden stieß ihre Bauernagitation nur auf geringe Resonanz. Die Kommunisten spielten in der Kommunalpolitik der größeren Gemeinden eine wichtige, teilweise entscheidende Rolle. Die Überbrückung des Stadt-Land-Gegensatzes, wie es in der nordhessischen Sozialdemokratie ansatzweise der Fall war, mißlang der Hanauer KPD gänzlich. Von wenigen zahlenstarken Hochburgen aus organisierte sie ihre politische Arbeit.

6.2.1. Parteientwicklung und Mitgliederstruktur der Hanauer KPD 1919–1928

Die Wahlerfolge der Hanauer KPD werden vor dem Hintergrund der parteiinternen Auseinandersetzungen, der Spaltungen, Ausschlüsse und Opposition innerhalb der Hanauer Parteiorganisation noch bemerkenswerter und erscheinen in einem anderen Licht. Die Mitgliederentwicklung der KPD im Parteibezirk Hessen-Frankfurt erreichte zur Jahresmitte 1920 ihren vorläufigen Höhepunkt. Etwa gleichzeitig mit dem Wahlerfolg bei den Reichstagswahlen musterte die Partei am 1. Juli 1920 knapp 11.000 Mitglieder in über 200 Ortsgruppen. Weit über die Hälfte der Mitglieder (6.300) hatten kommunistische Zeitungen abonniert. Der Frankfurter Parteibezirk war zu über 85% männlich dominiert.⁴⁴ Die Hanauer KPD ging gestärkt aus den Auseinandersetzungen der ersten beiden Weimarer Jahre hervor.

Der Unterbezirk Hanau war zahlenmäßig und organisatorisch der stärkste Unterbezirk im Frankfurter Parteibezirk. Zwischen 1919 und 1921 bauten die Kommunisten zügig eine straffe Organisation auf.⁴⁵ Die Hanauer Gewerkschaften waren mit Ausnahme des Holzarbeiterverbandes restlos in der Hand der Kommunisten, desgleichen die Genossenschaften. In Hanau-Stadt mobilisierte die KPD 5.186 Wähler im Juni 1920 und 1.500 Mitglieder, was alleine schon mehr war als alle Mitglieder des Parteibezirkes

Hessen-Kassel (1.300).⁴⁶ Die Stadt-Hanauer Organisationsquote lag damit erstaunlich hoch. Zwischen einem Viertel und einem Drittel ihrer Wähler waren in der Partei organisiert. Sie stellte die stärkste Stadtverordnetenfraktion. In einer Reihe von Landorten verfügte sie über absolute kommunistische Mehrheiten.⁴⁷

Stadt- und Landkreis Hanau waren in der kommunistischen Parteiorganisation noch etwa gleich stark vertreten. Auch in den Landgemeinden gab es ca. 1.500 KPD-Mitglieder. Ihr Stimmanteil bei den Juniwahlen 1920 betrug ebenfalls 25%. Die Organisationsquote lag hier jedoch insgesamt niedriger. Nur ein Fünftel der kommunistischen Wähler im Landkreis war auch in der Partei organisiert. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit lag 1920 in der Stadt Hanau. Die industriellen Großgemeinden wie Langenselbold und Großauheim waren dagegen unterdurchschnittlich organisiert, obwohl sie weit überdurchschnittliche KPD-Stimmanteile aufwiesen.

Die KPD-Führung des Bezirkes und die von der Reichsleitung in die einzelnen Unterbezirke entsandten Instrukteure versuchten die programmatische Öffnung der SPD auf dem Görlitzer Parteitag zu nutzen, um die kommunistischen Organisationen aus den traditionellen Arbeiterorganisationen herauszulösen. Die »Loseisung von der SPD« und der Aufbau einer selbständigen kommunistischen Organisationskultur gestaltete sich jedoch sehr schwierig. »Die Versuche, breiteren Einfluß in den Massen der SPD durch die Görlitzer Beschlüsse zu erlangen, sind in unserem Bezirk im allgemeinen ziemlich aussichtslos. Die Ursache hierfür lag in dem betont linken politischen Profil der Fankfurter SPD, die ein Hauptsitz der Opposition (gegen die Görlitzer Beschlüsse, S. W.) ist. Es erschwerte uns außerordentlich die Arbeit der organi[satorisch]en Loslösung und Erfassung in unseren Reihen.« Der Haupthinderungsgrund hierfür bestand in den sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, deren Einfluß auf die Arbeiterschaft außerhalb Hanaus immer noch ungebrochen war. Bezeichnend für die politische Instrumentalisierung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe durch die KPD war der Kommentar zur Lage in der Chemiebranche: »Einigen Nutzen, der sich auch organisatorisch bemerkbar machen wird, erwarten wir von der Aussperrung in der chemischen Industrie.«⁴⁸

Seit 1921 war die Geschichte der Hanauer KPD eine Geschichte der Spaltungen und Oppositionsbewegungen. Der Unterbezirk Hanau, die Perle der Partei, wurde zum Zentrum der innerparteilichen Opposition. In Hanau konnten die Kritiker des politischen Kurses der Berliner Zentrale mehrmals auf Unterstützung rechnen. Unter den politischen Manövern, die für die KPD mit einem kompletten Desaster endeten, durfte die Märzaktion des Jahres 1921 einen prominenten Platz beanspruchen. Die Putschpläne der KPD scheiterten völlig und spalteten die Partei in Befürworter und Gegner der revolutionären Putschtaktik. Die Kritik des vorma-

ligen Vorsitzenden Paul Levi am Vorgehen der Partei führte zu seinem Ausschuß. Die Ursachen lagen freilich tiefer: mit dem Namen Paul Levis verband sich das Erbe Rosa Luxemburgs, eine eigenständige Urteilsbildung und Distanz gegenüber der Bevormundung durch die Komintern, allesamt Faktoren, die einer Bolschewisierung der Partei im Wege standen. Levis Ablehnung der offiziellen und von Moskau maßgeblich bestimmten Parteilinie wurde jedoch in weiten Teilen der Partei geteilt. Ein massiver Mitgliederrückgang war die Folge.⁴⁹

Einer der Parteibezirke, in denen die innerparteiliche Opposition gegen die Putschtaktik ihre Stütze fand, war Hessen-Frankfurt. Innerhalb dieses Bezirkes wiederum war die Parteiopposition gegen den Kurs der Zentrale im Unterbezirk Hanau am stärksten. In einer mit 32 gegen vier Stimmen angenommenen Resolution an den Bezirksparteitag wandte sich der Hanauer Unterbezirksvorstand auf seiner Konferenz am 11. September 1921 gegen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages, der das Vorgehen der Partei im März 1921 gerechtfertigt hatte. »Die ausschlaggebende Resolution des Jenaer Parteitages, die Resolution zum Weltkongress, enthält eine große Gefahr für die Partei, weil sie keine Abkehr von der Offensivtheorie bedeutete. ... Die Behauptung von der früheren passiven Einstellung der Partei, ferner, daß die sogenannte Sowjetgruppe die Überwindung der gemachten Fehler verhindert habe, und auch die Zurückweisung der Trotzki'schen Kritik an der Märzaktion ist nichts als der Versuch, die eigene Schuld der Zentrale zu verdecken und die vorliegenden Tatsachen zu verdrehen.«⁵⁰

Die Führung des Unterbezirkes Hanau mit dem früheren Bezirkssekretär Friedrich Schnellbacher⁵¹ und ihrem spiritus rector Georg Wagner an der Spitze trat zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) über.⁵² Der kommunistische Gewerkschaftssekretär Wilhelm Schwind wurde entlassen und aus der Partei ausgeschlossen.⁵³ Damit wechselten die Gründer der Hanauer Unabhängigen und späteren KPD-Führer zur Parteiopposition. Die Hanauer Partei spaltete sich 1921/22. Der Unterbezirk ging in seiner Ablehnung der Märzaktion auf Konfrontationskurs zur Zentrale. Wagner forderte gar die Reichsleitung zum Rücktritt auf und verlangte den Ausschuß Eberleins und anderer Genossen. Auch Vertreter der Berliner Parteizentrale konnten die Lage in Hanau nicht beruhigen.⁵⁴ Als Wagner und der Hanauer Parteisekretär den Aufruf der 28 gegen die Parteiführung unterschrieben, wurden sie endgültig aus der Partei ausgeschlossen.⁵⁵ Der Hanauer Unterbezirk erklärte sich jedoch mit seiner Leitung solidarisch und brach die Verbindung zur Frankfurter Bezirksleitung ab. Der Bezirksparteitag des Parteibezirkes Hessen-Frankfurt billigte daraufhin im September 1921 die Beschlüsse des Jenaer Parteitages.⁵⁶

Mit Wagner war auch der Hanauer Gründungsdelegierte vom Januar

1919 Handke aus der KPD ausgetreten und zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Paul Levis übergetreten.⁵⁷ Die Hanauer Kommunisten weigerten sich jedoch, mit der KAG wieder zur USPD zurückkehren, als sich große Teile der Levi-Gruppe mit den Unabhängigen wiedervereinigten.⁵⁸ Die Hanauer Opposition trat daher auch aus der KAG aus und gründete eine eigene Organisation, die »Kommunistische Partei Hanau«, auch genannt: »Wagner-Kommunisten«. Der Zusatz »Sektion der Kommunistischen Internationale« wurde aus dem Parteinamen gestrichen. Die neue Partei gab vom April bis zum September 1922 eine eigene Zeitung heraus, die den Titel »Freiheit. Kommunistisches Wochenblatt Hanau« trug. Ihr Schriftleiter war der kommunistische Stadtverordnete Georg Wagner. Dessen politischer Kampfgefährte Friedrich Schnellbacher hatte dafür gesorgt, daß die KPD-Parteizeitung in die Hände der Parteiopposition gelangte.⁵⁹ Als Anhänger Paul Levis bekämpfte Schnellbacher die »Radaukommunisten«. Vorsitzender der Parteiopposition in der Stadt Hanau wurde Heinrich Fischer, Geschäftsführer und Motor der Parteiopposition blieb Georg Wagner. Im Landkreis Hanau gehörten ihr mindestens 12 kommunistische Ortsgruppen an.⁶⁰ Nach ihren organisatorischen Schwerpunkten wurden die beiden kommunistischen Konkurrenten in der Hanauer Presse der Deutlichkeit halber »Fraktion Ortskrankenkasse« (Wagner-Opposition) und »Fraktion Konsumverein« (KPD-Zentrale) genannt.⁶¹

Die »Wagner-Kommunisten« in der Tradition Levis blieben eine kommunalpolitische Kraft. Bis 1933 waren sie im Stadtparlament vertreten, mit drei Stadtverordneten halb so stark wie die sechsköpfige Fraktion der Dritten Internationale. Ihre Wählerschaft fand sich sowohl in den kommunistischen Stimmbezirken der Stadt als auch in Vierteln mit bürgerlichen Mehrheiten. Bei den Kommunalwahlen 1924 wurden sie halb so stark wie die Kommunisten. Ihr Ergebnis lag nur um 2,9% hinter den Sozialdemokraten. In sieben von zwanzig Stimmbezirken waren sie stärker als die SPD, in zweien sogar stärker als die KPD der Dritten Internationale unter der Führung Karl Rehbeins.⁶²

Die Frankfurter Bezirksleitung versuchte im Anschluß an den Zusammenbruch der Hanauer KPD den Unterbezirk neu zu organisieren. Bis zum März 1922 gelang es ihr jedoch nur, 100 von ehemals 1.000 Parteimitgliedern in der Stadt Hanau zur Partei zurückzuführen. Im Landkreis standen vorläufig nur acht bis zehn von 34 Ortsgruppen zur Politik der Zentrale. Erst im Frühjahr 1922 gelang der Frankfurter Parteileitung eine allmähliche Reorganisation. 25 Ortsgruppen traten der KPD am Ende wieder bei, in der Stadt Hanau blieb die Spaltung bestehen.⁶³

Die »Zentralekommunisten«, wie die offizielle Richtung der Partei von der Parteiopposition genannt wurde, griffen beim Wiederaufbau der Ha-

nauer KPD-Ortsgruppe auf mittlere Leitungskader zurück, nachdem die Parteileitung komplett zur Opposition übergewechselt war. Zu den Unterzeichnern einer gegen die Parteiopposition in der Unterbezirksleitung gerichteten Resolution gehörten hauptsächlich gewerkschaftlich tätige Arbeiter aus der Stadt Hanau (31 von 40 Unterzeichnern). In ihrer Mehrzahl waren sie Betriebsratsvorsitzende in Hanauer Betrieben und gewerkschaftliche Führungspersonalitäten auf lokaler und regionaler Ebene. Zu ihnen gehörte der nachmalige KPD-Ortsgruppenvorsitzende und kommunistische Landtagsabgeordnete Karl Rehbein, der Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Hanau war.⁶⁴ Besonders den Gewerkschaftern lag an einer einheitlichen Interessenvertretung, die durch eine Spaltung nur erschwert werden konnte. Unter den Hanauer Bedingungen bedeutete dies für die Arbeiterfunktionäre eine Ablehnung der Parteiopposition. Die tieferliegenden programmatischen Differenzen scheinen bei dem Eintreten für eine starke und einheitliche kommunistische Partei nicht bedeutsam gewesen zu sein.

Die Parteimitgliedschaft der KPD im Hanauer Bezirk schwankte in der Phase der Parteiopposition. Die alte Generation der Vorkriegssozialdemokraten, die noch das Bild der USPD und der ersten KPD-Jahre geprägt hatte, trat aus der KPD aus oder blieb ihr fortan fern. Bis 1921/22 bestand eine Kontinuität in Mitgliedschaft und Organisation zur Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, da der Hanauer SPD-Bezirk fast geschlossen zur USPD und im April 1919 zur KPD übergetreten war. Die gravierendste Folge der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Märzaktion 1921 war, daß die letzte Kontinuitätslinie zur Sozialdemokratie durch die Austrittsbewegung abgeschnitten wurde.

Nach der Levi-Krise kamen vor allem jüngere Mitglieder in die Hanauer Partei. Im Laufe des Jahres 1923 gelang der KPD zudem ein Einbruch in die sozialdemokratische Mitgliedschaft. Eine ganze Anzahl von SPD-Funktionären wechselte im Bereich des Unterbezirkes Hanau zur KPD über.⁶⁵ Die KPD bediente sich dabei ihrer Mehrheit in vielen Betriebsräten, um massiv gegen die Abschaffung des Acht-Stundentages vorzugehen.⁶⁶ Diese Konsolidierung der Partei wurde mit dem Mißerfolg des »roten Oktobers« 1923 wieder hinfällig.⁶⁷ Im Juni 1926 zählte die KPD im Unterbezirk Hanau nur noch 877 Genossen, nachdem es 1922 4.000 gewesen waren.⁶⁸

Die organisatorische Stütze der kommunistischen Parteiarbeit in Hanau stellten auch in der Mittelphase der Weimarer Republik die Gewerkschaften dar. Als Frankfurter Kommunisten versuchten, eigene Gewerkschaften neben den bestehenden sozialdemokratischen aufzubauen, wurden sie aus dem Hanauer Bezirk hinausgedrängt. »Das erzeugte innerhalb der Partei eine Hetze gegen die Hanauer Organisation als die ›Rechten‹, führte zu

Kämpfen, die den Bezirk erneut auseinanderrissen. ... Die Bestrebungen innerhalb unserer Partei »Heraus aus den Gewerkschaften« wurden von der Ortsgruppe Hanau und dem gesamten Unterbezirk abgelehnt und scharf bekämpft.«⁶⁹ Die Differenzen in der Gewerkschaftsfrage zwischen den Hanauer und den Frankfurter Kommunisten rührten nicht zuletzt daher, daß der kommunistische Bezirksvorort Frankfurt in politischer Ohnmacht gegenüber der linken Sozialdemokratie gefangen war und sich mit allen Mitteln profilieren wollte. Demgegenüber waren in Hanau die Kommunisten tonangebend in der Arbeiterschaft und betrachteten die Gewerkschaftsarbeit als eine Selbstverständlichkeit. Der Hanauer DMV-Ortsverband und einige kleinere Gewerkschaften wurden von Kommunisten geleitet. Der Fabrikarbeiter- und der Eisenbahnerverband gingen hingegen wieder zur SPD. Den ADGB-Ortsausschuß beherrschte die KPD völlig.⁷⁰ Hanau unterschied sich darin von den anderen Unterbezirken des Bezirkes 23 (Hessen-Frankfurt), wo die Gewerkschaften – mit der Ausnahme Offenbachs – weiterhin in sozialdemokratischer Hand blieben. Auch die Hanauer Selbstverwaltungsorganisationen der Arbeiterbewegung standen in der Weimarer Republik unter kommunistischer Regie. Die Wahlen für den Konsumverein und die Ortskrankenkasse brachten den Kommunisten absolute Mehrheiten.⁷¹

Besonders stark war der kommunistische Rückhalt nach wie vor im Hanauer Metallarbeiterverband. Dieser stellte nach dem Oktober 1923 und über das Verbot der Partei im Frühjahr 1924 hinaus die Stütze der Parteiarbeit im Unterbezirk Hanau dar. Im Oktober 1925 waren im Hanauer DMV 3.000 Mitglieder organisiert. Seine Ortsverwaltung war voll und ganz in den Händen der KPD. Sie bestand aus acht KPD-Mitgliedern sowie zwei Angestellten und einer Hilfskraft, die ebenfalls der KPD angehörten. Als stärkste gewerkschaftliche Teilorganisation beherrschte der DMV das ADGB-Ortskartell mit seinen zwanzig kommunistischen Kartelldelegierten. Die kommunistischen DMV-Gewerkschaftler bildeten eine eigene Fraktion bestehend aus 20 Genossen, bei denen die politischen Fäden zusammenliefen. »Die (DMV-)Verwaltung Hanau ist die einzige im ganzen Bezirk, die sich in Händen der Parteiorganisation befindet. Sie wäre längst der SPD ausgeliefert, wenn gearbeitet worden wäre von unseren Genossen wie im übrigen Teil des Bezirkes.«⁷² Der kommunistische Einfluß auf die Metallarbeiterorganisation schlug sich in den Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongress 1925 nieder, bei denen ihre Kandidaten fast drei Viertel der abgegebenen Stimmen erhielten. DMV und Ortskartell beteiligten sich in Hanau überdies an der politischen Agitation der Kommunisten. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 gab das Ortskartell Hanau Thälmann-Flugblätter heraus.⁷³

In den einzelnen Branchen der Metallindustrie entwickelte sich der

kommunistische Einfluß unterschiedlich. Die 500 Arbeiter in den etwa 50 Kleinbetrieben der Diamantschleifereien waren restlos im DMV organisiert, ohne indessen Betriebszellen zu bilden. Eine straffe Organisation verlieh den Arbeitskämpfmaßnahmen des DMV in diesem Wirtschaftszweig durchweg Erfolg. Die Hanauer Edelmetallbetriebe waren ebenfalls kleinbetrieblich organisiert. In der chronisch krisenhaften Edelmetallbranche waren nur etwa 55% der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die handwerklich geprägte Arbeitswelt der Hanauer Edelmetallherstellung stand einer politischen Radikalisierung entgegen. »Die ganze Art dieses Berufes schafft Spießbürger, SPD und Indifferente.«⁷⁴

Weitgehend im DMV zusammengeschlossen waren dagegen die Arbeiter der vier größeren Hanauer Metallbetriebe außerhalb der Edelmetallbranche. Kommunistischer Vorzeigebetrieb mit geradezu musterhafter Betriebszellenorganisation war die Firma Hereäus mit ihren 400 Beschäftigten.⁷⁵ Wesentlich niedriger lag die gewerkschaftliche Organisationsquote dagegen beim größten Arbeitgeber der Hanauer Region, den Dunlop-Werken aus der Chemiebranche. Bei Dunlop wurde nur ein Fünftel der 1.000 Arbeiter gewerkschaftlich vom Fabrikarbeitsverband erfaßt, der für die Chemie zuständig war. Viele der Dunlop-Arbeiter waren Pendelwanderer und kamen aus den Spessartdörfern. Dennoch konnte die KPD auf Sympathien bei den Dunlop-Arbeitern rechnen. Bei den Wahlen der Ausschußvertreter zur Ortskrankenkasse erhielt die kommunistische Liste 533 Stimmen, die SPD nur 211. Auch in der Marienhütte und bei BBC in Großauheim waren nur wenige Arbeiter gewerkschaftlich aktiv.⁷⁶

In der Mittelphase der Weimarer Republik stagnierten die Mitgliederzahlen im Hanauer KPD-Unterbezirk und im Frankfurter Parteibe-zirk. Beide waren vom Höchststand des Jahres 1921 weit entfernt. Im Parteibe-zirk 23 stellten die Unterbezirke Mitte (Frankfurt) und Ost (Hanau) die mit Abstand meisten Mitglieder.⁷⁷ Die Mitgliederentwicklung im Hanauer Unterbezirk schwankte zwischen 800 und 1.400. Die Turbulenzen der Jahre 1922 und 1923 wurden im Unterbezirk Hanau im wesentlichen erst mit der einsetzenden Wirtschaftskrise ab 1929 überwunden.

Die »Reichsgeneralkontrolle« des Parteibe-zirkes Hessen-Frankfurt im Mai 1927 gab näheren Aufschluß über seine Mitgliederstruktur und damit indirekt auch über die Zusammensetzung des stärksten Unterbezirkes-Ost (Hanau).⁷⁸ Sie ließ Übereinstimmungen, aber auch tiefgreifende Unterschiede zwischen dem Parteibe-zirk und der Reichspartei erkennen. Die Partei in Hessen-Frankfurt entsprach insgesamt dem sozialen Profil der KPD im Deutschen Reich. Ganz überwiegend war sie eine männliche Industriearbeiterpartei. Drei Viertel der Parteimitglieder arbeiteten in der Industrie, im Reich waren es etwa 80%. Noch höher lag der Anteil der Industriearbeiter im Unterbezirk-Ost mit 91,1% (1928). Nur etwa jedes

achte Mitglied im Reich wie auch im Rhein-Maingebiet war eine Frau (12,0%). Nur 3,8% der Hanauer KPD-Mitglieder waren 1928 Frauen.⁷⁹ Zur Homogenität der kommunistischen Parteimitglieder trug noch eine weitere Übereinstimmung bei: ihre gleiche Schulbildung. 96% ihrer Mitglieder besaßen den einfachen Volksschulabschluß (KPD-Reich: 94,6%).

Aber auch die Unterschiede zwischen den Rhein-Main-Kommunisten und denen im Deutschen Reich stachen ins Auge. Der Parteibe-zirk 23 wies nach den Angaben des Berichtes über die Reichsgeneralkontrolle eine wesentlich größere Mitgliederkontinuität auf, als sie für die Reichspartei galt. Fast zwei Drittel seiner Mitglieder waren trotz »einer unangenehm großen Fluktuation in der Partei« zwischen 1919 und 1923 in die Partei eingetreten.⁸⁰ Diese hohe Zahl ist nur erklärlich, wenn die Austritte und Wiedereintritte im Hanauer Unterbezirk während der Levi-Krise nicht berücksichtigt wurden. Vor dem Krieg war bereits etwa ein Viertel der Mitglieder politisch aktiv gewesen. Die Masse der Mitglieder war jedoch im Krieg sozialisiert und in den Revolutionsjahren politisiert worden.

Die Alterstruktur der Parteimitglieder im Frankfurter Bezirk war noch mehr von jüngeren Jahrgängen geprägt, als dies in der vergleichsweise jungen Reichspartei der Fall war. Die Frankfurter Kommunisten waren damit jünger als ihre sozialdemokratischen Konkurrenten. Dennoch waren sie keine jugendliche Partei. Ihr Altersschwerpunkt lag eindeutig bei den 30 bis 40-Jährigen, gefolgt von den 25 bis 30-Jährigen. Die Altersgruppe der unter 25-Jährigen fiel dagegen stark ab, worin sich die niedrige Organisationsdichte der kommunistischen Jugendorganisationen im Bezirk 23 ausdrückte, ein Kennzeichen, das ihn mit der Reichspartei verband. Dieses Merkmal traf besonders auf den Unterbezirk Ost zu: In Hanau und Umgebung gab es 1929 nur drei kommunistische Jugendgruppen, die schwach besucht und politisch nicht aktiv waren.⁸¹

Ein politikwirksamer Unterschied zur Reichspartei lag in der Größenstruktur der Betriebe, in denen die kommunistischen Arbeiter beschäftigt waren.⁸² Im Frankfurter Bezirk trat die reichsweit zu beobachtende Dominanz der Mitgliedschaft von Arbeitern aus mittleren Betrieben besonders deutlich hervor. Während im Reich etwa jedes fünfte Parteimitglied in einem Betrieb mit bis zu 50 Arbeitern beschäftigt war, arbeitete im Frankfurter Bezirk jedes vierte Mitglied in einem Mittelbetrieb, 1928 war es sogar etwa jedes dritte. In den Betrieben mit mehr als 1.000 Arbeitern waren die Kommunisten des Bezirkes 23 deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil der kommunistischen Parteimitglieder, die in Riesenbetrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten arbeiteten, war im Rhein-mainischen Parteibe-zirk noch nicht einmal halb so groß wie der Anteil im Deutschen Reich. Im Bereich der Frankfurter Partei waren nur wenige solcher Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten zu finden. Der Hanauer Unterbezirk hatte

seinen Mitgliederschwerpunkt in den metallverarbeitenden Betrieben mit zwischen 100 und 500 Arbeitern und in Wohngemeinden mit proletarischer Bevölkerung, die teilweise in Hanau, teilweise in Frankfurt arbeitete.⁸³

Im Rhein-Maingebiet waren 1927 noch weniger KPD-Mitglieder in Betrieben beschäftigt als in der Reichspartei. Dies bedeutete, daß der verbleibende Rest arbeitslos war: 1928 betrug der Anteil der erwerbslosen Parteimitglieder fast die Hälfte (47,2%).⁸⁴ Die KPD entsprach damit auch in Hessen-Frankfurt dem Profil einer Erwerbslosenpartei, wie es für die Reichspartei kennzeichnend war.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der beschäftigten Parteimitglieder war im Frankfurter Bezirk hoch. Nur 16,9% der organisationsfähigen Parteimitglieder waren nicht in den Gewerkschaften.⁸⁵ Die Metaller stellten das Rückgrat der KPD in den Gewerkschaften dar, im Reich sogar noch mehr als im Bezirk 23. Ihnen folgten die Bau- und die Fabrikarbeiter. Die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten waren zumeist entweder vor dem Weltkrieg oder in der Revolutionszeit in ihren Gewerkschaftsverband eingetreten.⁸⁶

Die beherrschenden Wirtschaftszweige in der KPD-Mitgliederschaft waren 1928 das Baugewerbe (12,8%) und die Metallindustrie (12,6%).⁸⁷ Auffällig war, daß sowohl im Bezirk als auch in Hanau die zahlreiche Arbeiterschaft der chemischen Industrie (Dunlop, Höchst u.a.) kaum in der KPD vertreten war. Der kommunistische Einfluß auf den für die Chemie zuständigen Fabrikarbeiterverband hielt sich im Unterschied zur Metallbranche in engen Grenzen. Die Sozialdemokraten gewannen 1926 den Hanauer Fabrikarbeiterverband wieder zurück. Die Hanauer Eisenbahner taten den gleichen Schritt.

Ein weiterer Unterschied zur KPD in ihrem reichsweiten Erscheinungsbild lag in der religiösen Bindung der Parteimitglieder. Die KPD trat zwar auch im Rhein-Main-Gebiet mit einer aggressiven Kirchenkritik auf, konnte damit jedoch noch nicht einmal bei ihren eigenen Mitgliedern mehrheitlich durchdringen. 1927 waren noch 50,1% Mitglied in einer der beiden Großkirchen. Dies war weitaus mehr als z.B. im kommunistischen Parteibeziirk Halle-Merseburg (20%). Ohne den Bezirksvorort Frankfurt wurde das Bild noch konturenreicher: 56% der kommunistischen Parteimitglieder gehörten in Hessen-Frankfurt ohne das vergleichsweise fortgeschritten säkularisierte Frankfurt einer der beiden Kirchen an.⁸⁸ Dementsprechend niedrig war der Einfluß der proletarischen Freidenker auf die Mitgliederschaft. Sie organisierten nur ein knappes Viertel der Kommunisten im Bezirk, während die KPD-Mitglieder insgesamt zu 31% den Freidenkerverband angehörten. In Hanau und im katholischen Großauheim war der Einfluß der Freidenkerorganisation besonders gering.⁸⁹ Im regionalen Ver-

gleich fügten sich die hessischen Freidenker in den schwach organisierten süddeutschen Raum ein.⁹⁰

Spitzenreiter unter den kommunistischen Organisationen in der Mitgliederzahl war im Bezirk 23 wie im Reich die »Rote Hilfe«, die über die Hälfte der KPD-Mitglieder erfaßte.⁹¹ Die Kommunisten im Frankfurter Parteibeziirk waren häufiger als die Genossen im Reich in Sportvereinen und im Rotfrontkämpferbund aktiv, beides Organisationstypen, die dem eher rechten Parteiprofil im Bezirk mit Mandolinen- und Schalmeiengruppen sowie Sportveranstaltungen entgegenkamen. In den proletarischen Sport- und Kulturorganisationen waren die Kommunisten in vielen Fällen in führender Position.⁹²

Ein weiteres Kennzeichen der Verbindung zwischen KPD und Arbeiterschaft war die Verbreitung der Parteipresse. Sie stellte ein wichtiges Kommunikationsmedium in der Partei dar. Knapp 60% der Parteimitglieder lasen die Frankfurter »Arbeiterzeitung«, das Organ der KPD im Bezirk 23.⁹³ Dieser Anteil stieg bis 1928 sogar auf über 90%. Dennoch stellte die Hanauer KPD eine Wählerpartei und nicht eine Mitgliederpartei dar. Von ihren ungefähr 12.000 Wählern im Unterbezirk konnte sie lediglich etwa 1.000 in der Partei organisieren.

Die Hanauer Parteiorganisation unterschied sich in einigen Punkten vom Parteibeziirk 23. Hier wirkte die lange Tradition der Arbeiterbewegung von vor 1900 noch in der Phase der kommunistischen Dominanz nach. Kernstück der kommunistischen politischen Arbeit in Hanau blieb die Gewerkschaftsarbeit in den alten Verbänden.⁹⁴ Hanau wies von allen Industriestädten im Parteibeziirk Hessen-Frankfurt eine der höchsten gewerkschaftlichen Organisationsquoten auf. Im Jahre 1927 waren 75% der Hanauer Kommunisten gewerkschaftlich organisiert, im Bezirksvorort Frankfurt waren es nur 60%, ebenso in Offenbach und in Worms.⁹⁵ In der Gewerkschaftsarbeit ergaben sich mannigfaltige Berührungspunkte mit den Sozialdemokraten und der Zwang zur konkreten Interessenvertretung vor Ort. Die Folge war, daß die Hanauer Kommunisten keine prinzipielle Verweigerungshaltung in tarifpolitischen und organisatorischen Fragen einnehmen konnten. Sie streikten gemeinsam mit den Sozialdemokraten für höhere Löhne und niedrigere Arbeitszeiten. Eine prinzipielle Ablehnung konkreter Reformpolitik konnten sich die Hanauer Kommunisten nicht leisten. Ihr gewerkschaftliches Engagement stand nicht zur Disposition.

Einen ähnlichen Stellenwert nahm die Kommunalpolitik für die Hanauer KPD ein.⁹⁶ Die KPD stellte ungefähr soviele Gemeindevertreter wie die SPD. Außerhalb des Bezirksvorortes Frankfurt lag die Quote der kommunalen Funktionsträger mit 11,7% aller Parteimitglieder des Jahres 1928 besonders hoch.⁹⁷ Die KPD stellte 1928 im Parteibeziirk 23 145 Stadtver-

ordnete und Gemeindevertreter sowie 105 Mitglieder kommunaler Ausschüsse und Deputationen. Insgesamt war fast jedes zehnte Parteimitglied (9,6%) auf kommunaler Ebene tätig.⁹⁸ Dieser sehr hohe Anteil kommunalpolitischer Mandatsträger im Frankfurter Parteibezirk bestimmte jedoch nicht das politische Profil der Partei, was einen deutlichen Unterschied zu den Kasseler Sozialdemokraten markierte. Zu stark waren auch auf dem Gebiet der Gemeindepolitik die Vorgaben der Partei.⁹⁹

Ihrer kommunalpolitischen Verantwortung kam die Hanauer KPD lange Zeit nach. Sie legte keine Verweigerungshaltung an den Tag und erklärte sich zu Gesprächen und Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien bereit. Die große Bedeutung der Kommunalpolitik für die KPD setzte sich in einem eigenen publizistischen Organ für die kommunistischen Gemeindevertreter fort. Seit September 1927 erschien monatlich die »Tribüne. Organ der kommunistischen Stadt- und Gemeindefraktionen für die Stadt- und Landkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern.«¹⁰⁰ Mit ihrem gemeindepolitischen Engagement standen viele Kommunisten in zunehmendem Gegensatz zur Parteilinie, die das kommunalpolitische Feld in den politischen Kampf gegen die Sozialdemokraten in steigendem Maße mit einbezog.¹⁰¹ Auch in diesem Politikbereich war ein Konflikt mit der sich verschärfenden Parteilinie vorprogrammiert.

Stadt- und Landkreis Hanau wiesen abweichende kommunalpolitische Mehrheiten auf. In der Stadt hatten die Arbeiterparteien seit 1921 keine Mehrheit mehr. Die Kommunisten stellten zwar schon 1919 die stärkste Kommunalfraktion. Eine Einheitsliste der bürgerlichen Parteien organisierte jedoch den Widerstand gegen die Linksparteien und war seit 1921 damit erfolgreich. Die Arbeiterparteien befanden sich in Hanau-Stadt bis 1933 in der Opposition. Im Kreistag des Landkreises besaßen beide Parteien hingegen bis zum Ende der Weimarer Republik die Mehrheit. Dies stellte die KPD vor die heikle Frage der Zusammenarbeit mit der SPD, die sich bei den Etatberatungen regelmäßig zuspitzte. 1927 stimmte die kommunistische Kreistagsfraktion dem Etat zu und wurde dafür heftig von der Bezirksleitung kritisiert.¹⁰² Wo die Kommunisten nicht wie in Langensbold die absolute Mehrheit besaßen, waren sie in einigen Industriegemeinden genötigt, ebenfalls mit den Sozialdemokraten gemeinsame Beschlüsse fassen.

Eine starke Verankerung in den Gewerkschaften und im Kommunalparlament waren die Kennzeichen der KPD-Hochburgen im Landkreis Hanau während der Weimarer Republik. Der Hanauer Sekretär berichtete an die Zentrale: »Langensbold bietet ein erfreulicheres Bild. Kommunistische Parlamentsmehrheit, alle Gewerkschaften, die Genossenschaft und sämtliche übrige Organisationen in den Händen der Partei. Bei 5.700 Einwohnern beteiligten sich 6 – 700 an der Mai-Demonstration

(1928, S.W.) und ebensoviel an einer glänzend verlaufenden Abendveranstaltung. Eine SPD gibt es dort nicht. Bezeichnenderweise protestierte in der Versammlung ein Genosse ... gegen mein Referat, weil es zu kommunistisch wäre.«¹⁰³

1927 blickte die Hanauer Arbeiterbewegung auf eine 60-jährige Geschichte zurück. Die KPD nahm dies zum Anlaß, sich in die Tradition der Hanauer Vorkriegs-SPD zu stellen und sich als die legitime Erbin der Hanauer Arbeiterbewegung darzustellen. Oberster Repräsentant der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit und gleichzeitig verantwortlicher KPD-Geschäftsführer in Hanau war seit 1922 Karl Rehbein, Bevollmächtigter des örtlichen Metallarbeiterverbandes. Rehbein strich in seinem Jubiläumsartikel heraus, daß die Geschichte der Hanauer Arbeiterbewegung in der KPD ihre Fortsetzung finde und nicht mehr von der SPD vertreten werde. Er berief sich dabei auf die Traditionen der Hanauer Arbeiterbewegung seit 1848 und der Vorkriegssozialdemokratie, die in vielen Punkten auf Konfrontationskurs zum Parteivorstand gegangen war. Als ihre Führer um den Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch jedoch 1914 den Kriegskrediten zugestimmt hatten, sei es auch in Hanau zum Bruch gekommen. Der reformismuskritische Teil der SPD habe sich in der USPD und später in der KPD zusammengefunden und konnte nach Rehbein nahtlos an sozialdemokratische Vorkriegstraditionen anknüpfen. Rehbein warf der SPD vor, den Klassenkampf aufgegeben zu haben. »Still ist's geworden vom Klassenkampf. Die Führer (der SPD, S. W.) haben sich mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterklasse ausgesöhnt, alle Hoffnungen auf die Verwirklichung des Sozialismus durch die sozialdemokratischen Führer sind geschwunden. ... Die SPD ist eine bürgerliche Partei geworden, ihr ist die Koalition mit dem Bürgertum lieber, als die Einigung der Arbeiterklasse.«¹⁰⁴ Das Selbstverständnis des kommunistischen Parteiführers und preußischen Landtagsabgeordneten Karl Rehbein ging vom Gegensatz der Arbeiterklasse zum Bürgertum aus. Die Einigung der Arbeiterklasse zum Kampf entsprach seinem Herkommen aus der Vorkriegs-SPD, der er seit 1905 angehört hatte. Den Gedanken des Sozialismus stellte er dem Kommunismus nicht gegenüber, er bemängelte vielmehr die mangelnde politische Entschlußkraft der Sozialisten. Seinen schlimmsten Feind erblickte Rehbein nicht in der Sozialdemokratie, sondern im Klassenstaat, mit dem die SPD ihren Frieden gemacht habe. Schon zum Zeitpunkt des Hanauer Parteijubiläums war die programmatische Entwicklung der KPD darüber hinweg gegangen. Der Gegensatz zur SPD wurde dramatisch verschärft. In ihr erblickte die Berliner Zentrale den eigentlichen Gegner.

6.2.2. Die Hanauer KPD seit der ultralinken Kehrtwende 1928

Schon ein Jahr nach seinem Geburtstagsartikel wurde Karl Rehbein selbst Kompromißlertum mit der Sozialdemokratie vorgeworfen. Gegen ihn und seine, im Jargon der Gegner, »versöhnlerische Haltung« erhoben sich mit fortschreitender Stalinisierung der Partei Vorwürfe. Erster Anlaß dazu war seine Kircheng Zugehörigkeit, die er mit über der Hälfte aller Parteimitglieder im Bezirk 23 teilte. Bereits 1925 wurde die Anschuldigung in Umlauf gesetzt, »Genosse Rehbein sei am Tage der Konfirmation seines Sohnes mit Rock und Cylinder zur Kirche gegangen«. ¹⁰⁵

Diese und ähnliche Methoden blieben vorerst erfolglos, da sich die örtliche Parteileitung mit Rehbein solidarisierte. Mit fortschreitender Stalinisierung stand jedoch über kurz oder lang auch die Gewerkschaftsfrage auf der politischen Tagesordnung der KPD, da hier die letzte Verbindung zur Sozialdemokratie lag. Genau dies war das Thema des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der vom 17. Juli bis zum 1. September 1928 in Moskau stattfand und der den Kampf gegen die Sozialdemokratie dramatisch verschärfte. Dazu diente der Aufbau eigener Gewerkschaften, der »revolutionären Gewerkschaftsopposition« (RGO), die in schärfster Konkurrenz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften standen. ¹⁰⁶ Zur Durchsetzung der RGO als der spezifisch kommunistischen Gewerkschaftsbewegung wurden alle bisherigen versöhnlerischen Tendenzen beseitigt, die auf eine Mitarbeit in den bestehenden Gewerkschaften drangen.

Die im Herbst 1928 nach dem VI. Weltkongress ausgebrochene und mit aller Schärfe geführte Auseinandersetzung richtete sich nur vordergründig gegen Personen. Im Kern standen zwei wesentliche Punkte zur Debatte: die Gewerkschaftsfrage und die innerparteilichen Mitspracherechte. Bei beiden Themen traten die politischen Gegensätze offen zutage. Die moskaugesteuerte Zentrale schlug um der sowjetischen Interessen willen einen noch schärferen Konfrontationskurs gegen die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften ein. Dieser Kurs war nur im Zuge der innerparteilichen Entmündigung ihrer Gegner durchzusetzen. Diese Gegner befürchteten genau das, was die Zentrale beabsichtigte: »eine weitere Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung, von der letzten Endes nur das Kapital den Vorteil hat.« ¹⁰⁷

Als die Berliner KPD-Zentrale in diesem Sinne zur Säuberung der Partei von allen Rechten und Versöhnlern um die Genossen Brandler und Thalheimer schritt, gehörten der Hanauer Kommunist Karl Rehbein genauso wie sein Offenbacher Nachbar Heinrich Galm zu den ersten und prominentesten Opfern der Kampagne. ¹⁰⁸ Rehbein und Galm stellten Integrations- und Symbolfiguren der rhein-mainischen Arbeiterbewegung dar.

Beide hatten große Gewerkschaftsverbände hinter sich, Rehbein die Hanauer Metaller, Galm die in Offenbach tonangebenden Lederarbeiter. Beide waren KPD-Landtagsabgeordnete: Rehbein in Berlin, Galm in Darmstadt. Heinrich Galm war darüber hinaus noch seit 1927 Kandidat des Zentralkomitees der KPD. ¹⁰⁹

»Vom ersten Tage des Auftretens der rechten Fraktion« an stellte sich die Hanauer Unterbezirksleitung auf die Seite der Kritiker Thälmanns, der Brandler-Galm-Gruppe. Eine Hanauer Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit den Vorwürfen, unmittelbar nachdem Galm seine Stellungnahme im Zentralkomitee der Partei abgegeben hatte und durch Beschluß des ZK seiner Funktion enthoben worden war. Diese erste Versammlung solidarisierte sich unter dem Eindruck der massiven Anschuldigungen gegen ihren anerkannten Vorsitzenden mit Rehbein, der in seiner Rede der Parteiführung parteischädigendes Verhalten und Entmündigung vorwarf. Er konzentrierte sich dabei auf den der Auseinandersetzung zugrundeliegenden Streit um die politische Linie der Partei. Rehbein richtete seinen Angriff gegen die Moskauer Beschlüsse des VI. Weltkongresses, weil er darin eine Aufhebung und Umkehrung früherer Parteibeschlüsse zur politischen Massenarbeit in den Gewerkschaften erblickte. Mit der Gewerkschaftsarbeit aber stand und fiel für ihn die politische Arbeit der Partei. »Jawohl, ich sage Euch ganz offen, das mache ich nicht mehr mit, ich glaube nicht mehr daran, daß diese Partei, die keine Kritik in ihren Reihen zuläßt, imstande wäre, das große Werk Lenins weiterzuführen. Mein Standpunkt ist der, daß der Abgrund zwischen den Arbeitern tief genug ist.« ¹¹⁰ Am 14. Dezember 1928 schloß das Zentralkomitee der KPD Rehbein zusammen mit anderen Kritikern der neuen Parteilinie wie Jakob Walcher und Paul Frölich aus. ¹¹¹ Mit Rehbein verließen der Unterbezirkssekretär Fischer und der Sekretär des Gewerkschaftskartells Leisner als weitere wichtige kommunistische Spitzenfunktionäre in Hanau die Partei. Aber nur etwa 40 Mitglieder traten in Hanau deswegen aus der Partei aus. Außer in Hanau gab es nur noch im Vorort der KPD auf dem Land, in Langenselbold, Widerstand gegen die neue Parteilinie. ¹¹² Unmittelbare Konsequenz der politischen Turbulenzen und Parteiaustritte war der Verlust der DMV-Ortsverwaltung, da die SPD gemeinsam mit den Brandlerianern eine neue Führung wählte, die nicht mehr kommunistisch dominiert wurde. Die neue reformistische Metallarbeiterführung konnte sich im wesentlichen nur auf die Arbeiter der Edelmetallindustrie stützen, die klein- oder mittelbetrieblich verfaßt war. Die größeren Betriebe blieben bei den Betriebsrätewahlen in der Hand der KPD. ¹¹³

Die Vorwürfe gegen Rehbein bezogen sich nicht zuletzt auch auf dessen lange kommunalpolitische Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg. Die neue Bezirksleitung warf ihm eine »vollkommen sozialdemokra-

tische Politik« vor, »weil er in geradezu verbrecherischer Weise die Verbindung der kommunalpolitischen Funktionäre mit dem Bezirk vernachlässigt hatte«. ¹¹⁴ Nach Rehbeins Parteiausschluß spaltete sich die zehnköpfige Kommunalfraktion der KPD in Hanau in fünf Brandlerianer und fünf Stadtverordnete, die weiterhin der KPD angehörten. ¹¹⁵

Rehbein behielt sein Landtagsmandat, das er bei den preußischen Wahlen im Mai 1928 errungen hatte, und entsprach damit nicht der Forderung der Parteiführung nach Rückgabe. Nach einer Zeit als fraktionsloser Abgeordneter wechselte er zur SPD über. ¹¹⁶ Im Unterschied dazu schloß sich Heinrich Galm nicht der SPD sondern der »Kommunistischen Partei Deutschlands – Opposition« (KPO) an, die sich Ende Dezember 1928 in Berlin konstituiert hatte. Zu den örtlichen Hochburgen der KPO in der Endphase der Weimarer Republik zählte seine Heimatstadt Offenbach, wo die alte Parteiführung mit Galm an der Spitze ihre Mitgliederschaft zu großen Teilen mit in die Parteiopposition nahm. In Hanau hingegen wurde die alte Unterbezirksleitung ausgetauscht und durch jüngere Kommunisten ersetzt. ¹¹⁷

Mit der alten Ortsleitung und Karl Rehbein verließ der letzte verbliebene Teil der Vorkriegsgeneration die Partei, die noch in einer einheitlichen Arbeiterbewegung sozialisiert worden waren. Rehbein war seit 1905 politisch und gewerkschaftlich tätig gewesen und konnte die bewußte Verschärfung der politischen Gegensätze in der Arbeiterbewegung nicht billigen. Die ältere Auffassung der anzustrebenden Einheit in der Arbeiterschaft widersprach diametral der neuen Parteilinie. Diese wollte »bei der Reorganisation der Ortsgruppe und des Unterbezirks Hanau endlich das Schwergewicht auf den stärkeren Ausbau der Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen legen können, um eine ganze Menge sozialdemokratischer Traditionen zu überwinden und auszurotten«. ¹¹⁸

Die Berliner und Frankfurter Parteiführung stützte sich in ihrem programmatischen Linksschwenk und dem Ausschluß Karl Rehbeins aus der Partei nicht zuletzt auf kritische Stimmen im Hanauer Unterbezirk und der Hanauer Ortsgruppe gegen Rehbeins Gewerkschaftskurs. Die neue Generallinie der Partei konnte auf Resonanz an der Basis hoffen. Die Kritik an Rehbein entzündete sich an vielen kleineren Fragen, die die kommunalpolitische und gewerkschaftliche Arbeit der bisherigen Parteileitung im Unterbezirk-Ost (Hanau) nach sich zog. Hinter diesen Querelen standen jedoch unterschiedliche Ansichten über die »gesamte Taktik in den von uns beherrschten Gewerkschaften und im Kartell«. ¹¹⁹ Eine jüngere Generation von Kommunisten aus der in der Hanauer Gewerkschaftsarbeit bisher nicht repräsentierten Betriebszellenarbeit wurde zusammen mit anderen Kritikern Rehbeins von einer neu einberufenen Funktionärsversammlung in die Unterbezirks- und Ortsleitung gewählt. Der Verlust der gesamten Führung

stellte die Hanauer Partei vor große Schwierigkeiten. Noch 1930 war der Wiederaufbau nicht abgeschlossen, »da sie in dem seitherigen organisatorischen Zustand absolut arbeitsunfähig war«. ¹²⁰ Am Ende dieses Jahres verfügte die KPD im Landkreis Hanau nur über wenige Nebenorganisationen: den kommunistischen Jugendverband KJVD mit 35 bis 40 Mitgliedern, eine Gruppe der RGO von 110 bis 120, der Internationalen Roten Hilfe (IRH) mit 120 bis 130, der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) mit 50 bis 60 sowie der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) mit 90 bis 110. Alle diese Organisationen hatten ihren Sitz im kommunistischen Vorort Langenselbold. Daneben existierten an verschiedenen Orten noch Erwerbslosenausschüsse. ¹²¹

Mit der neuen Parteiführung war auch der Wille zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung zurückgetreten. Die Gewerkschaften dienten aus dem Blickwinkel der radikalisierten Betriebszellen nurmehr als Plattform für eine verstärkte Agitation unter den sozialdemokratischen Verbänden und nicht mehr als Kampfmittel zur Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Diese Aufgabe übernahm einzig und allein die Partei und hier wiederum deren »fortschrittlichster Teil«, ihre Führung.

Einen ersten Höhepunkt dieser Rivalität stellte die Maifeier 1929 dar. Die bis dahin noch selbständig agierende Parteiopposition veranstaltete gemeinsam mit der SPD eine von 250 Teilnehmern besuchte Kundgebung gegen die Kommunisten. An der kommunistischen Gegenveranstaltung nahmen hingegen 3.000 Arbeiter teil. »Betriebsbelegschaften und große Teile der Hanauer Metallarbeiterschaft aus der Umgebung marschierten mit der KPD gegen das Kartell auf.« ¹²² Der gleichzeitige Berliner »Blutmai« verschärfte auch in der hessischen Provinz die Lage. ¹²³ In Hanau fanden wie in vielen anderen Orten des Parteibezirkes unmittelbar im Anschluß an die Berliner Ereignisse Protestkundgebungen statt. ¹²⁴

Einzigster Zweck der Weiterarbeit in den freien Gewerkschaften konnte für die neue Führung nur sein, diese zu spalten und den Konflikt mit der SPD zu verschärfen. Ein organisatorisches Eigengewicht der Gewerkschaften wie auch der Parteiorganisation vor Ort widersprach dem. Dennoch konnten für eine umfassende Neuorganisation der Hanauer Metallarbeiter in der RGO und für einen Erfolg der Betriebszellenkampagne keine Belege gefunden werden. Lediglich bei der Arbeiterschaft der Hereäus-Werke gelang es, eine stärkere Betriebszelle von 25 Arbeitern beizubehalten, während von der ehemals restlos im DMV organisierten Belegschaft nur 73 von 250 Arbeitern der RGO beitraten. Ihren einstmaligen dominierenden Einfluß auf den Betriebsrat der Hereäus-Werke büßten die Kommunisten bis 1932 ein. Bei den Betriebsratswahlen dieses Jahres wählten die Hereäus-Arbeiter 12 Vertreter der Freien Gewerkschaften, einen christlichen Gewerkschaftler, einen Nationalsozialisten und drei RGO-Vertre-

ter.¹²⁵ Nach ihrem Austritt aus den alten Gewerkschaften gelang den Kommunisten kein Aufbau einer konkurrierenden RGO-Organisation. Der Inspekteur der KPD-Zentrale kam 1932 zu dem ernüchternden Ergebnis für den gesamten Bezirk: »Die Betriebszellenarbeit ist schlecht und bedarf einer gründlichen Belegung, zum großen Teil einer vollkommen neuen Reorganisation.«¹²⁶ Ihr Einfluß in den Betrieben ging nicht zuletzt deswegen so stark zurück, weil sich die Wirtschaftslage dramatisch verändert hatte. Die Hanauer KPD wurde mehr noch als sie es bisher schon war die Partei der Arbeitslosen.

Radikalisierte Erwerbslose bestimmten auch die Betriebszellen im Frankfurter Parteibeck, was deren Attraktivität auf die Beschäftigten in den Großbetrieben, dem eigentlichen Ziel der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit, nicht erhöhte. Bei den Betriebsratswahlen verloren die Kommunisten Terrain. So betrug die KPD-Organisationsquote in der 1.200 Arbeiter umfassenden Belegschaft der Dunlopwerke 1929 nach wie vor 25%. Die sozialdemokratischen Betriebsräte besaßen die Mehrheit. »Unsere Genossen machten alle Schweinereien der Sozialdemokraten mit.«¹²⁷

Nichts machte die Erfolglosigkeit der neuen Gewerkschaftskonzeption im Bezirk 23 so deutlich wie die Tatsache, daß die erste Betriebszellenkonferenz im Mai 1932 stattfand, auf der 15 Betriebszellen mit ganzen 25 Delegierten vertreten waren.¹²⁸ Entgegen der Wirtschaftsstruktur des Parteibeckes waren vor allem Chemiebetriebe, weitaus weniger dagegen Metallbetriebe auf der Konferenz vertreten. Auch in den alten Verbänden bestanden nach der Wende in der Gewerkschaftsfrage 1928 nur noch wenige Oppositionsgruppen: für den Landkreis Hanau im Baugewerksbund drei (Großkrotzenburg, Langenselbold und Windecken) und für die einstmals kommunistisch dominierten Metaller nurmehr eine einzige oppositionelle Betriebszellenleitung.¹²⁹

Was für die ausgedünnten kommunistischen Vorfeldorganisationen galt, traf erst recht auf die Partei zu. Der Bezirksparteitag 1932 gab sich daher Rechenschaft über die organisatorischen Mängel seiner Arbeit. Die entscheidende Schwäche erblickte er in dem Widerspruch zwischen dem politischen Einfluß der Partei, wie er bei den Wahlen zum Ausdruck kam, und ihrer organisatorischen Kraft. Es war der Partei nach den mehrfachen Säuberungen der vorangegangenen nicht mehr gelungen, »wirklich selbständig arbeitende organisatorische untere Einheiten der Partei zu schaffen«.¹³⁰

Die Verhältnisse in den Parteiorganisationen waren gleichfalls ganz und gar nicht nach dem Geschmack der Parteiführung. Die Ortsgruppen hatten nach dem Schwenk von 1928 wenig an ihrem hergebrachten Umgang mit der Parteileitung in Frankfurt oder in Berlin geändert. »Katastrophaler wird das (Organisations-) Verhältnis noch, wenn man die Verbindung der

Unterbezirke mit den Ortsgruppen betrachtet.« Obgleich die Frankfurter Parteiführung ein straffes Instrukteurssystem forderte, scheiterte diese Forderung genauso wie diejenige nach einer straffen Parteiorganisation an den Bedingungen vor Ort.¹³¹

Die Parteibasis war zwar bereit, die häufigen programmatischen Schwenkungen mitzumachen, nicht jedoch, die organisatorische Umsetzung in Betriebszellen geschweige denn in Straßenzellen zu leisten. Eine selbständige Arbeit in den Parteiorganisationen und ihren Untergliederungen war kaum mehr gewährleistet, seit die gewerkschaftliche Interessenvertretung weitgehend unterbunden worden war und die Lebenswelt der Parteimitglieder und ihrer Wähler sich immer mehr unter dem Vorzeichen steigender Arbeitslosigkeit vereinheitlichte und die Apathie unter den Erwerbslosen die organisatorischen Energien erlahmen ließ. Interessenvertretung wurde durch Protest ersetzt, der sich vor allem in Demonstrationen und bei politischen Wahlen äußerte.¹³² Über ihre »Arbeit an der Erwerbslosenfrente« konnte die KPD Erwerbslose politisch mobilisieren. In zahllosen kleineren und größeren Aktionen prangerte sie die Massenarbeitslosigkeit an und profilierte sich so als die Interessenvertretung der Arbeitslosen.¹³³

Diese Tendenz trat in der KPD-Hochburg Langenselbold offen zutage. Die Industriegemeinde wies 1932 bei einer Bevölkerung von 6.000 Einwohnern 700 Wohlfahrtserwerbslose auf. Die örtliche von Kommunisten geleitete Erwerbslosenkommision organisierte die Protestaktionen der Arbeitslosen. Im Juli 1932 kam es zu Straßenschlachten mit tödlichen Folgen. Zwei Arbeiter wurden bei den Kämpfen mit der Polizei getötet. Die politische Radikalisierung erreichte im Sommer 1932 ihren Höhepunkt. 54,8% der KPD standen bei den Juliwahlen 1932 nur 9,4% für die SPD gegenüber. Sowohl die Kommunalpolitik als auch die Gewerkschaften fielen als Vermittlungsinstanzen zur Kanalisierung der Erwerbsloseninteressen weg. Die kommunistische Mehrheit im Gemeindeparlament – es gab nur zwei sozialdemokratische Gemeindevertreter – war vom Regierungspräsidium mit einem kommissarischen Bürgermeister ausgeschaltet worden. Die kommunistisch eingestellten Erwerbslosen griffen zu unmittelbaren Aktionen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der kommunistische Protest richtete sich direkt gegen die Staatsmacht.¹³⁴

6.3. Arbeiter und radikalisierte Arbeiterbewegung in Hanau

Die politische Topographie des Hanauer Raumes entlang der kirchlichen Gemeindeeinteilungen kannte während der Weimarer Republik im wesentlichen drei Orientierungspunkte. Zum einen korrelierten auch hier katholischer Bevölkerungsanteil und Zentrumsstimmanteile signifikant und blieben negativ gepolt gegen den evangelischen Bevölkerungsteil. Die SPSS-Analyse der Reichstagswahl 1930 im Landkreis Hanau ergab als weiteres strukturelles Merkmal eine hohe Korrelation zwischen DVP, DDP und Wirtschaftspartei gegenüber den darauf negativ gepolten agrarisch-konservativen Parteien DNVP und Landvolk. Die Deutschnationalen und das Landvolk standen ihrerseits in enger Korrelation mit der Abendmahlshäufigkeit. Den wichtigsten Faktor stellte indessen der Gegensatz zwischen SPD und CSVD – mit schwacher Ladung – einerseits und der KPD andererseits dar. Die Faktorenanalyse der Septemberwahlen 1930 in Hanau-Land läßt schon aus statistischen Gründen ein bürgerlich-konservatives, ein religiös-agrarisches und ein gespaltenes Arbeitermilieu als prägende Kräfte der Hanauer politischen Kultur erkennen.¹³⁵ Diese relativ deutliche Abgrenzung verschiedener politischer Teilkulturen begünstigte den Aufstieg einer kommunistischen Arbeiterkultur in der Hanauer Region.

Hanau gehörte zu den kommunistischen Hochburgen in der Weimarer Republik mit einer langen, im wesentlichen ungebrochenen Kontinuität der Arbeiterbewegung. Die Anfänge der Hanauer Arbeiterbewegung reichten weit vor die Jahrhundertwende bis zum Jahr 1848 und in den Vormärz zurück. Wie in Remscheid, Solingen, Mülheim, Hamborn, Dinslaken und Limbach kannte Hanau bereits vor 1890 sozialdemokratische Mehrheiten in Stadt und Land.¹³⁶ Hanau gehörte in eine andere Traditionslinie kommunistischer Arbeiterkultur als etwa die erst in den Revolutionsmonaten 1918/19 politisierte Arbeiterschaft der Leuna-Werke in Halle/Merseburg.

Ausschlaggebend für die frühzeitige Politisierung der Hanauer Arbeiterschaft in Stadt und Land nach 1871 war die längere industrielle Tradition des Edelmetallgewerbes mit ihren gesundheitsgefährlichen Arbeitsbedingungen sowie eine deutlichere Trennung der Lebenswelten und Klassenlagen. Agrar- und Industriegesellschaft kontrastierten in Hanau schärfer als in Nordhessen, wo sich der Typ des Arbeiterbauern durchsetzte. Die haupterwerbliche Landwirtschaft konnte sich im Hanauer Raum dank besserer Böden behaupten. Die agrarische Interessenvertretung mit ihrem Landbundvorsitzenden Lind an der Spitze stellte den denkbar krassesten politischen Widerpart zur Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik dar. Formen der moralischen Ökonomie waren im Hanauer Raum im

Unterschied zu Nordhessen hingegen kaum zu finden. Die politischen Brücken etwa ins linksliberale Lager waren dementsprechend schwach ausgeprägt. Die Hanauer Vorkriegssozialdemokratie stand am linken Rand der Partei. Sie lehnte den Revisionismus ab und kritisierte die Parteiführung in der Frage des Massenstreikes und der Militärvorlage 1913. Hanau stellte am Vorabend und im Ersten Weltkrieg einen Rückhalt für der Parteilinken um Rosa Luxemburg dar.

Anders als bei den Kasseler Metallarbeitern der Lokomotivenproduktion waren Lebensgeschichte und Zukunftsperspektive der Hanauer Metallarbeiter nicht von Kontinuität geprägt. Die Krise der Hanauer Edelmetallindustrie, hervorgerufen durch Absatzschwierigkeiten und veränderte Konsumgewohnheiten, erzwang seit der Jahrhundertwende eine wirtschaftliche Umstrukturierung. Innerhalb kurzer Zeit entstanden zahlreiche neue Betriebe der Metall- und Chemiebranche mit einem hohem Bedarf an ungelerten Kräften, die über Zuwanderung in den Raum Hanau kamen. Die neu entstehende Investitionsgüterindustrie produzierte für den heimischen und inländischen Bedarf und war somit unmittelbar von wirtschaftlichen Schwankungen betroffen, während die Kasseler Industrie quasi zukunfts zugewandt für den Export produzierte.

Die kleinbetrieblich und teilweise noch handwerklich verfaßte Edelmetallproduktion Hanaus schrumpfte immer mehr zusammen. Im Ersten Weltkrieg wurden die Edelmetallbetriebe ausgeweitet und auf Rüstungsproduktion umgestellt. Nach Kriegsende waren ihre Facharbeiter von absoluter Dequalifikation bedroht, da der Edelmetallbranche die Rückkehr zur Vorkriegszeit versperrt war. Diese Voraussetzungen boten der auf Kontinuität ausgerichteten reformistischen Sozialdemokratie keinen Nährboden und begünstigten die politische Radikalisierung der Hanauer Metallarbeiter.¹³⁷ Die Arbeiterschaft der verbliebenen Edelmetallbetriebe neigte bezeichnenderweise nicht zur Radikalisierung, sondern war aus Angst vor dem Arbeitsplatzverlust eher indifferent.

In den einzelnen Wirtschaftsbranchen gestaltete sich das politische Verhalten der Arbeiter unterschiedlich. Anders als die Chemiarbeiter stellten die Metallarbeiter die Basis einer durch Krieg und Revolution radikalisierten politischen Arbeiterkultur dar. Ihre Organisation geriet schon früh unter den bestimmenden Einfluß der KPD. Über den DMV beherrschte die KPD das Ortskartell der Gewerkschaften.

Die radikalisierte kommunistische Arbeiterkultur verstand sich als legitime Erbin der Hanauer Arbeiterbewegung. Die Kontinuitätslinien reichten in der Mitgliedschaft der KPD bis 1921/22, als die Levikrise zur Spaltung der Hanauer KPD führte und ein dramatischer Mitgliederrückgang die Partei zur Reorganisation zwang. In der Parteileitung reichte die Kontinuität sogar bis zum Parteiausschluß des Versöhnlers Rehbein 1928.

Die kommunistische Parteiarbeit in der Anfangs- und Mittelphase der Weimarer Republik war geprägt von der Gewerkschaftsarbeit. Der Hanauer DMV und das Ortskartell bildeten das organisatorische Rückgrat der KPD. Ihren Aufstieg zur dominierenden Arbeiterpartei verdankte sie dem gewerkschaftlichen Engagement eines Großteils der Parteimitglieder. Auch in ihren zahlreichen kommunalpolitischen Funktionen waren die Kommunisten häufig dort zum Interessenausgleich mit den Sozialdemokraten gezwungen, wo sie gemeinsam die Mehrheit besaßen.¹³⁸

Der Grundsatz des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Klassenstaat wurde im Prozeß der fortschreitenden Stalinisierung der Partei ersetzt durch den Kampf gegen die reformistische Sozialdemokratie. Im Konflikt mit der neuen Parteilinie vertrat die Hanauer Parteiführung die ältere Tradition und beharrte auf dem bisherigen Kurs in der Gewerkschaftsfrage. Der Parteiausschluß Karl Rehbeins erledigte auch das weitere Problem der innerparteilichen Mitsprache.

Die Reorganisation der Hanauer Partei nach dem Ausschluß der alten Parteiführung gelang unter den Bedingungen des neuen Gewerkschaftskurses nur in geringem Umfang. Die über eine überproportionale Arbeitslosigkeit weitgehend homogenisierte Mitgliedschaft benötigte zudem kaum mehr eine Gewerkschaftsorganisation, die ihre Interessen vertrat. Formen des politischen Protestes lösten die Organisationsarbeit ab. Das kommunistische Organisationsbemühen scheiterte in dem Maße, in dem aus parteitaktischen Gründen von den materiellen Interessen der Arbeiter abstrahiert wurde.¹³⁹ Wie die Kampagne um die Straßen- und Betriebszellen zeigte, entsprang der Organisationswille nicht den Bedürfnissen der Basis, sondern politischem Kalkül. Die Kulturorganisationen der radikalisierten Arbeiterkultur gerieten in zunehmendem Maße unter politische Sachzwänge, die sich die Partei selbst gesetzt hatte. Die Eigenständigkeit kommunistischer Arbeiterorganisationen war damit nicht mehr zu vereinbaren. Der Versuch, Sozialmilieus im Bereich der kommunistischen Arbeiter über die Selbstorganisation der KPD-Klientel zu erfassen, stieß somit an immer neuen Beispielen auf das Prinzip Fremdorganisation und nicht der Selbstorganisation, wie es für die anderen politischen Sozialmilieus durchaus kennzeichnend war.

Die politischen Erfolge der Hanauer KPD und die seit 1922 schwindende Anziehungskraft der Parteiorganisation stellten das Organisationsproblem der Partei dar. Die politisch dominierende Rolle wurde nicht ergänzt durch ein Organisationsmilieu. Diese gelang nur sporadisch und blieb auf wenige Zentren beschränkt. Die KPD war die dominierende Partei in den Landstädten mit mehr als 2.000 Einwohnern. In den kleineren Landgemeinden blieb ihr Einfluß hingegen gering. Sie scheiterte bei der Überbrückung des Stadt-Land-Gegensatzes, der für das katholische und das

sozialdemokratische Milieu kennzeichnend war, konnte aber auch ihre städtische Klientel nur sehr beschränkt in politknahen Vereinen organisieren.

Der geringer werdende Integrationsbedarf in der kommunistischen Klientel begünstigte zugleich ihre politischen Wahlerfolge als auch ihre relative organisatorische Stagnation. Mit steigender Arbeitslosigkeit führte eine politisch schiefe Ebene die erwerbslosen Wähler zur KPD, ohne daß sie von den kommunistischen Vorfeldorganisationen in nennenswertem Umfang erfaßt wurden. Die kommunistische Jugendarbeit wie auch der niedrige Organisationsgrad der Betriebszellen belegten eine nur geringfügig ausgeprägte Organisationskultur. Die Übereinstimmung von politischer Orientierung und Organisationsverhalten wurde zudem durch die zahlreichen programmatischen Schwenkungen der Parteiführung erschwert. Bis 1928/29 waren der traditionelle Ort des kommunistischen Arbeiters die Gewerkschaften, wo die Partei eine weitreichende Hegemonie entfalten konnte. Der Kurswechsel in der Gewerkschaftsfrage kostete die Partei bezeichnenderweise ihren Einfluß auf die wichtige örtliche DMV-Leitung. An die Stelle organisatorischer Kontinuität traten mit sich verschärfender Arbeitslosigkeit Formen der prinzipiellen politischen Systemopposition. Dies schlug sich im Wahlverhalten und direkten Aktionen der kommunistischen Erwerbslosenkomitees an Stelle durch Organisationen vermittelter politischer Arbeit nieder.

Ein kommunistisches Sozialmilieu konnte sich vor diesem Hintergrund nur sehr bedingt ausbilden. Unter den Parteimitgliedern und in der Wählerschaft war je länger je mehr keine Ausdifferenzierung von Interessen und damit auch kein Integrationsbedarf zu erkennen, zu eindeutig waren die lebensweltlichen Vorgaben der Erwerbslosigkeit. Den kommunistischen Vorfeldorganisationen war im Zuge der fortschreitenden Stalinisierung eine eigenständige Arbeit oder gar Interessenvertretung nicht mehr möglich. Der Weg von den lebensweltlichen Rahmenbedingungen zum politischen Verhalten verlief vielmehr direkt und bedurfte kaum der organisierten Vermittlung, Ausdifferenzierung, Vertretung oder Kanalisierung, wie er für Sozialmilieus kennzeichnend ist. Eine im wesentlichen sich angleichende Lebenswelt bildete in der kommunistischen Klientel den ständigen Nährboden für eine relative politische Homogenität, die sich fort-schreitend radikalisierte.

7. Sozialmilieus und regionale politische Kultur

Die politischen Teilkulturen in der Weimarer Republik wiesen trotz allen inhaltlichen Dissenses in den politischen Vorstellungsmustern charakteristische Gemeinsamkeiten auf, die teils den äußeren Rahmenbedingungen geschuldet, teils interner Natur waren. Die tiefreichende Politisierung der Gesellschaft nach 1918 blieb nicht folgenlos für die vorpolitisch integrierten Sozialmilieus und verschob deren innere Gleichgewichte und Wirkungsmuster. In allen Sozialmilieus wuchsen nach der Ausweitung des politischen Handlungsspielraumes ihrer politischen Aktionsausschüsse die Erwartungen an die Parteien. Der Rückwirkungsmechanismus der politischen Parteien zum Schutz und zur Erhaltung ihrer Klientel fand in der parlamentarischen Republik völlig andere Bedingungen vor als im nur teilparlamentarisierten Kaiserreich. Am deutlichsten trat diese Tendenz im Katholizismus und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zutage.

Die Konstruktionslogik der Sozialmilieus ging vom »Maß an Koinzidenz« gesellschaftlicher Strukturdimensionen aus, um die Demokratieschwäche der Weimarer Republik analytisch zu erfassen. Ein hohes »Maß an Koinzidenz« begünstigte zwar eine starke Binnenorientierung sowie das Interesse am Milieuerhalt. Es schwächte aber umgekehrt die demokratisch-parlamentarische Kompromißfähigkeit der politischen Parteien. Kräftige Milieus mit hoher Konsistenz schwächten die parlamentarische Substanz der Weimarer Republik. Ein niedriges »Maß an Koinzidenz«, das zu Kompromissen innerhalb eines politischen Sozialmilieus zwang, stärkte dagegen die Handlungsfähigkeit des politischen Systems.¹

Bei der Zentrumsparterie konnte trotz eines hohen Maßes an Koinzidenz nicht von einer ausschließlichen Zweckorientierung der politischen Ethik die Rede sein. Die Vorgänge um den Volksentscheid 1926 zeigten, daß die eigene Basis gestützt auf den neuartigen Abstimmungsmodus den Eliten des katholischen politischen Sozialmilieus die Gefolgschaft aufkündigen konnte, ohne dadurch das Merkmal der Katholizität zu verlieren. Das Zentrum war ähnlich wie die Sozialdemokratie ständig auf der Suche nach einer Verbindung von mittel- und zweckorientierter politischer Ethik. Die Rückkopplung zur eigenen Basis und der Machterhalt in den Koalitionen im Reich und in Preußen wurden erst wieder durch die Außenabgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus einigermaßen zur Deckung gebracht.

Mehr denn je brauchte das katholische politische Sozialmilieu einen äußeren Gegner in der Weimarer Republik, um zu überleben. Sowohl die Kirchenpolitik des preußischen Kulturministers Hoffmann 1918/19 als auch die erneuerte Kulturkampfssituation ab 1929 durch das Auftreten der NSDAP stabilisierten die Zentrumsparterie und hielten den schleichenden Erosionsprozeß für eine Weile auf.

In den beiden »Mustermilieus« des Katholizismus und der Arbeiterbewegung waren die politischen Eliten tendenziell eher mittelorientiert und am parlamentarischen Interessenausgleich interessiert. Hierin unterschieden sie sich von ihrer Basis, wo das Bestreben nach einem Binnenkonsens höher war. Die politisch-ethische Trennlinie zwischen Eliten und Basis im Katholizismus und der reformistischen Arbeiterbewegung hatte ihre Ursache in den Organisationskulturen. In signifikantem Kontrast zu den rückläufigen politischen Sozialmilieus verdichteten sich die katholischen und sozialdemokratischen Vereinsmilieus zum Ende der Weimarer Republik hin. Die Analyse beider Milieukulturen verwies auf zwei nur scheinbar widersprüchliche Befunde: Mit der Ausweitung der vorpolitischen Kommunikationsräume ging ein anhaltend hoher Politisierungsgrad einher. Beides war ein allgemeines Kennzeichen der ausgehenden Weimarer Republik, welches zum Ergebnis hatte, daß die Politisierung über die Weimarer Demokratie hinwegging. In den Vereinen und Verbänden ließen sich ohne Kompromißzwang spezielle Geltungsansprüche universalisieren. Hier lag nach wie vor der harte Kern der im Bewußtsein vorweggenommenen Mehrheitskulturen.

Bei den Liberalen und den Konservativen lagen die Dinge anders: hier verliefen die Trennlinien eher durch Basis und Eliten hindurch. Als die Landbundorganisationen noch den kompromißgeneigten Kurs der DNVP in der Mittelphase der Weimarer Republik unterstützten, agitierten maßgebliche Vertreter der Marburger Studentenschaft bereits kompromißlos für das »Dritte Reich«. Auch im ewig kränkelnden Liberalismus unterschied sich die linksliberale Marburger DDP stark von den Kasseler Demokraten, die sich frühzeitig der Republik entfremdet hatten. Die einzige politische Teilkultur, in der sich die absolute Zweckorientierung immer mehr durchsetzte, stellten die Kommunisten in Hanau dar. Der Homogenisierung ihrer politischen Ethik war zwar zu weiten Teilen außengesteuert durch Beschlüsse der Parteileitung. Diese Radikalisierung »von oben« gegen die parlamentarischen Institutionen der Republik konnte sich aber auf eine lebensweltliche Homogenisierung unter dem Parteimitgliedern stützen, was die Kommunisten vom sozialdemokratischen Arbeitermilieu deutlich unterschied.² Eben diese Uniformierung der Lebenswelt trennte die KPD von der anderen Teilkultur mit radikaler politisch-ethischer Zweckorientierung, der schichtenheterogenen NSDAP.³

Gab es also – so ist im Umkehrschluß zu fragen – ein schichtenheterogenes nationalsozialistisches Sozialmilieu? Die Anwendung der Milieuthese auf den Nationalsozialismus könnte darauf verweisen, daß eine radikal zweckorientierte politische Ethik und eine hohe politische Zustimmung Kennzeichen der NSDAP und ihrer Anhängerschaft waren. Doch deuten manche Indizien darauf hin, daß die Wahlerfolge der NSDAP nicht auf einen Milieucharakter der Partei zurückzuführen waren, sondern einer Summe von Dramatisierungen aktueller Anlässe und struktureller Defizite im Staat von Weimar entsprangen. Den Nationalsozialisten gelang es nicht, ein tragendes Vereinsmilieu aus politischen Vorfeldorganisationen aufzubauen. Wo sie es versuchten, wie im Falle der NSBO in Kassel, mißlang es. Ihre Erfolge etwa beim kurhessischen Landbund verdankten sie der Radikalisierung und der Infiltrierung ihnen ehemals fremder Organisationen. Um in dieser Frage näheren Aufschluß zu erhalten, müßte geklärt werden, ob es eine spezifisch nationalsozialistische Sozialmoral gab, die die prinzipiell überlokal ausgerichtete NSDAP als Gesinnungsgruppe hätte integrieren können. Wenn für den Nationalsozialismus der Begriff Sozialmilieu gebraucht wird, dann kann dies nur in einem von den klassischen Sozialmilieus bei Lepsius abgewandelten Sinn geschehen, da er sich kaum eindeutig einem der Zentralkonflikte vor der Reichsgründung zuordnen läßt. Die immensen Wahlerfolge der NSDAP auch in der kurhessischen Provinz dürften sich besser aus ihrem Charakter einer »absolutistischen Integrationspartei« erklären lassen.⁴ An diesem Begriff wird deutlich, daß die NSDAP die Aufgabe der Integration materieller und ideeller Interessen anders als das herkömmliche Parteiensystem löste und daß sie eine Partei neuen Typs war. Der Nationalsozialismus verdankte seinen Aufstieg »nicht so sehr dem Aufsaugen eines stets begrenzten konservativen Wählerreservoirs, als vielmehr einem tiefen Einbruch in das Grundsystem der politischen Ordnung«.⁵

Trugen die Sozialmilieus also zur Erosion von Demokratie und Republik bei oder waren sie deren letzte Stütze, wo doch die NSDAP im katholischen Osthessen und den nordhessischen SPD-Hochburgen weit unter Durchschnitt abschnitt? Gerade die reformistische Arbeiterkultur Nordhessens sah in der Weimarer Verfassung die Umsetzung ihrer Vorkriegsforderungen. Die Weimarer Republik schien für sie die früher als utopisch angesehene Verwirklichung lange gehegter Wünsche zu sein. Mit besonderem Engagement verteidigte sie die Weimarer Demokratie gegen ihre Feinde. Dennoch zeigten die Programmdebatten wie auch die Mitglieder- und die Wählerstruktur, daß die nordhessische SPD eine Partei der Arbeiter blieb, deren ideeller Fixpunkt auch in der Weimarer Republik die Arbeiterklasse darstellte. Selbst die Öffnungsbestrebungen des Görlitzer Programms fanden in Kassel nur deshalb Anhänger, weil dadurch das Proleta-

riat neuen Zulauf erhalten konnte. Als Arbeiterpartei blieb sie in einem weltanschaulichen Getto und isolierte sich von der bürgerlichen Gesellschaft. Aber auch im Katholizismus bestanden trotz prinzipieller Demokratiewilligkeit große Vorbehalte gegenüber den Postulaten der Weimarer Verfassung zur Volkssouveränität. Zentrum und Sozialdemokratie waren zwar Verfassungsparteien und verteidigten auf ihrem Territorium die Republik erfolgreich gegen deren Feinde. Dennoch wiesen beide politischen Kulturen ein eher formales Demokratieverständnis auf, dessen starke weltanschauliche Vorgaben nicht mit einem Pluralismus vereinbar waren. Die Weimarer Republik scheiterte nicht an den starken Milieus der Katholiken und der Sozialdemokraten, sie fand in ihnen vielmehr ihre letzten Verteidiger. Wohl aber scheiterte der pluralistische Parlamentarismus, der auf den Kompromiß angelegt ist, an den weltanschaulich fixierten Milieus. Dessen Scheitern aber diskreditierte die Republik.

Abkürzungen

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestelltenbund
AFS	Archiv für Sozialgeschichte
AuSR	Arbeiter- und Soldatenrat
BB	Bonifatiusbote
BdL	Bund der Landwirte
BistA FD	Bistumsarchiv Fulda
BPT	Bezirksparteitag
BuBlI	Buchenblätter
CEH	Central European History
CHR	Canadian Historical Review
Chronica Fuldensis	Johannis, J., Chronica Fuldensis 1802–1895
CNBL	Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband
DJK	Deutsche Jugendkraft
DLB	Deutscher Landbund
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Fasc	Faszikel
FKr	Fuldaer Kreisblatt
FNZ	Fuldaer Neue Zeit
FT	Fuldaer Tageblatt
FuGeschblI	Fuldaer Geschichtsblätter
FZ	Fuldaer Zeitung
GdA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
GehStAB	Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem
GG	Geschichte und Gesellschaft
GV	Generalversammlung
HA	Hanauer Anzeiger
HAStK	Historisches Archiv der Stadt Köln
HJb	Historisches Jahrbuch
HJbLG	Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte
HLZ	Hessische Landeszeitung
HP	Hessische Post

HStAM	Hessisches Staatsarchiv Marburg
HSZ	Hessische Schulzeitung
HZ	Historische Zeitschrift
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IfGA-ZPA	Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung – Zentrales Parteiar- chiv (hier: Historisches Archiv der KPD)
IRH	Internationale Rote Hilfe
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz
JCH	Journal of Contemporary History
JCSW	Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften
JMH	Journal of Modern History
JSH	Journal of Social History
KAB	Katholische Arbeitnehmerbewegung
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAZ	Kasseler Allgemeine Zeitung
KBZ	Kurhessische Bauernzeitung
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KKV	Katholischer Kaufmännischer Verein
KLB	Kurhessischer Landbund
KP	Kasseler Post
KSB	Kasseler Sonntagsblatt
KT	Kasseler Tageblatt
KV	Kasseler Volksblatt
KVZ	Kölnische Volkszeitung
LAG	Land, Agrarwirtschaft, Gesellschaft
LT	Preußischer Landtag
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
LV	Gesetzgebende Preußische Landesversammlung
MSPD	Mehrheitssozialdemokratie
MV	Mitgliederversammlung
MZ	Metallarbeiterzeitung
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
NV	Nationalversammlung
OBZ	Oberhessische Bauernzeitung
OZ	Oberhessische Zeitung
ProvLT	Provinziallandtag
PT	Parteitag
PVS	Politische Vierteljahresschrift
RFMB	Roter Frauen und Mädchenbund
RHD	Rote Hilfe Deutschlands
RQ	Römische Quartalsschrift
RT	Reichstag
SoWi	Sozialwissenschaftliche Informationen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StA FD	Stadtarchiv Fulda
StDR	Statistik des Deutschen Reiches
StJbdtSt	Statistisches Jahrbuch deutscher Städte
SV	Stadtverordnetenversammlung
UB	Unterbezirk
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VZ	Volkszählung
WAZ	Westdeutsche Arbeiterzeitung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Z	Zentrumspartei
ZBL	Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte
ZfAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZHG	Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde
ZK	Zentralkomitee
ZStAM	Zentrales Staatsarchiv II, Merseburg

Anmerkungen

1. Einleitung

1 Vgl. *Lehnert* u. *Megerle*, Identität; *dies.*, Teilkulturen; *dies.*, Pluralismus; *Schürmer*; *Schellack*; *Düding*, Festkultur. Bücher und Aufsätze, auf die nur ergänzend hingewiesen wird, sind nicht ins Literaturverzeichnis dieser Arbeit aufgenommen und werden deshalb in den Anmerkungen mit den vollständigen bibliographischen Angaben zitiert.

2 Vgl. *Ritter*, Die deutschen Parteien 1830–1914, S. 85ff. Gegen *M. Rauh*, Föderalismus und Parlamentarismus im wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973, sowie *ders.*, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977. Vgl. hierzu jetzt *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 1038–1045.

3 Vgl. ebd., S. 32; *Rohe*, Wählertraditionen, S. 22f.; *Kühne*, Wahlrecht, S. 506f.

4 Ausgeführt ist dieser Ansatz in: S.M. *Lipset* u. St. *Rokkan*, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: *dies.* (Hg.), Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1–64.

5 *Rohe*, Wählertraditionen, S. 23; vgl. *Kühne*, Wahlrecht, S. 507.

6 Zu Frankreich vgl. *M. Duverger*, Die politischen Parteien, Tübingen 1959; zu den Niederlanden vgl. *A. Lijphart*, The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, Berkeley 1968; zur Schweiz vgl. *Altermatt*, Subgesellschaft; *ders.*, Katholizismus.

7 Den Terminus ›Sozialmilieu‹ übernahm *Lepsius* von *Carl Amery*. Vgl. *C. Amery*, Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Reinbek 1963; vgl. *Lepsius*, Parteiensystem, S. 25, 49f.

8 *Lepsius*, Parteiensystem, S. 38.

9 *Weber*, Aufsätze zur Religionssoziologie Bd. I, S. 252; vgl. *Lepsius*, Interessen und Ideen.

10 *Lepsius*, Parteiensystem, S. 38, Anm. 15.

11 So *Simon*, S. 445.

12 Ebd., S. 445; vgl. *Lepsius*, Parteiensystem, S. 38, Anm. 15.

13 Zum Idealtyp ›Sozialmilieu‹ vgl. *Weichlein*, Wahlkämpfe; *ders.*, Milieu.

14 Vgl. hierzu näher *Weichlein*, Wahlkämpfe.

15 Vgl. *Lepsius*, Parteiensystem, S. 37.

16 Davor warnt *Rohe*, Wahlanalyse, S. 350. Eine ähnliche Konzeptualisierung für das katholische Milieu in: Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte; vgl. die Einleitung zu *Blaschke* u. *Kuhlemann*, Religion.

17 Zur Geschichte dieser Entwicklung vgl. *W. Kaschuba* u. *C. Lipp*, Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Tübingen 1982.

18 Vgl. *Rohe*, Wählertraditionen, S. 140.

19 So *Rohe*, Wahlanalyse, S. 352.

20 So *Rohe*, Regionale (politische) Kultur, S. 19.

21 Zu dieser Begrifflichkeit vgl. *H. Kühr*, Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster, in: *Oberndörfer* u.a., Wandel, S. 245–261, bes. S. 249–257.

- 22 Vgl. als gelungenes Beispiel *Blessing*.
- 23 Vgl. *Berg-Schlosser* u. *Schissler*, Kultur; *Rohe*, Wählertraditionen; *ders.*, Wahlanalyse; *ders.*, Politische Kultur und ihre Analyse; *H. Best*, Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur. Theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen, in: *ders.*, Politik, S. 3–18; *W.M. Iwand*, Paradigma Politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik, Diss. Aachen 1983.
- 24 Vgl. *G.A. Almond* u. *S. Verba*, The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.
- 25 *Rohe*, Politische Kultur und der kulturelle Aspekt, S. 39.
- 26 Vgl. ebd., S. 39f.
- 27 Vgl. *Rohe*, Politische Kultur und ihre Analyse, S. 338ff.
- 28 Vgl. *Lehnert* u. *Megerle*, Identität; *dies.*, Teilkulturen; *dies.*, Pluralismus; *Schirmer*.
- 29 *Rohe*, Regionale (politische) Kultur, S. 23; *H. Best*, Politische Regionen in Deutschland: Historische (Dis-) Kontinuitäten, in: *Oberndörfer* u. *Schmitt*, Parteien, S. 39–64.
- 30 *Best*, Sozialstruktur, S. 473. Zum politischen Regionalismus als Gegenbewegung zur nationalen politischen Kultur vgl. *H. Gollwitzer*, Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus, in: ZBL, Jg. 27, 1964, S. 523–552.
- 31 Vgl. *Hennig*, Wandel; *ders.*, Unterschiede; *ders.*, Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: *H. Best*, Politik, S. 119–154; *ders.* u.a., Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Zur Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei hessischen Kreisen, in: *Lehnert* u. *Megerle*, Teilkulturen, S. 293–334.
- 32 Vgl. *Hennig* u. *Kieserling*, Fabrik; *Hennig*, Hessen; *ders.*, Wahlentwicklung; *ders.*, Zeit. Zum Landkreis Fritzlar vgl. *M. Kieserling*, Faschisierung und gesellschaftlicher Wandel. Mikroanalyse eines nordhessischen Kreises 1928–1935, Wiesbaden 1991.
- 33 Vgl. *Rohe*, Regionale (politische) Kultur, S. 21.
- 34 Zum Begriff Solidargemeinschaft vgl. *Saage*, Solidargemeinschaft; *Lösche* u. *Walter*, Organisationskultur. Zur sozialdemokratischen Organisationskultur vgl. *Walter*, Akademiker- und Intellektuellenorganisationen; *ders.* u.a., Gesundheits- und Lebensreformverbände; *ders.* u.a., Arbeitersänger. Zur Arbeiterbewegung vgl. *Ritter* u. *Tenfelde*, Arbeiter; *Winkler*, Revolution; *ders.*, Schein; *ders.*, Katastrophe; *ders.*, Weimar.
- 35 So immer noch *Hürten*, Katholiken. Vgl. *Kühne*, Wahlrecht, S. 510.
- 36 *Loth*, Katholiken, S. 35; vgl. *ders.*, Bewegungen; *ders.*, Katholizismus und Moderne. Überlegungen zu einem dialektischen Verhältnis, in: *Bajohr*, Zivilisation, S. 84–97; *ders.*, Der Katholizismus – eine globale Bewegung gegen die Moderne?, in: *H. Ludwig* u. *W. Schröder* (Hg.), Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung – Orientierung – Befreiung, Frankfurt a.M. 1990, S. 11–31. Zur kritischen Reaktion auf *Loth* vgl. die Rezension von *U.v. Hehl* in: HJb, Jg. 106, 1986, S. 475–480.
- 37 So *Mooser*, Volk, S. 260.
- 38 *Loth*, Katholiken, S. 35, Anm. 75 (Hervorhebung im Original).
- 39 Mit *Schmitt*, Konfession, S. 25. Ähnlich *Ritter*, Parteien, S. 49, Anm. 64.
- 40 So *Mooser*, Volk, S. 260; vgl. *Klöcker*, Milieu.
- 41 *Liedhegener*, Marktgesellschaft, S. 351; *ders.*, Katholizismus, S. 387–392.
- 42 So auch *Ritter*, Parteien, S. 50f.
- 43 Vgl. *D. Blackburn*, Die Zentrumsparterie und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach, in: Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, hg. v. *O. Pflanze*, München 1983, S. 73–94, bes. 75ff.; *G. Eley* u. *ders.*, Mythen deutscher Geschichts-

- schreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a.M. 1980, S. 20f.; *St. Suval*, Electoral Politics in Wilhelmine Germany, Chapel Hill 1986, sowie die zustimmende Rezension von *G. Eley* in HZ, Jg. 246, 1988, S. 183f.; vgl. *Kühne*, Wahlrecht, S. 509.
- 44 Vgl. *Sheehan*, Klasse, S. 21.
- 45 Mit *Liedhegener*, Katholizismus, S. 390, der diese Forderung für das katholische Sozialmilieu aufstellte. Ähnlich *Ritter*, Parteien, S. 50f.
- 46 So *Rohe*, Wahlanalyse, S. 350.
- 47 Vgl. *Smula*; *Rüping*.
- 48 Zum Vereinswesen vgl. *Mooser*, Vereinswesen; *ders.*, Milieu.
- 49 Vgl. *Rauh-Kühne*; vgl. *Kühne*, S. 510f.
- 50 Vgl. *Kaufmann*, Milieu.
- 51 Vgl. die beiden Forschungsberichte von *Anderson*; *Liedhegener*, Katholizismus.
- 52 Vgl. *Sperber*.
- 53 So der Tenor in *Broszat* u.a., Stalingrad; zur Nachkriegsentwicklung vgl. *Weichlein*, Politische Kultur und Sozialmilieus.
- 54 Vgl. *Kühr* u.a., Milieu; *K.-H. Naßmacher*, Zerfall einer liberalen Subkultur – Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: *Rohe* u. *Kühr*, Politik, S. 29–134.
- 55 Vgl. *Rohe*, Wählertraditionen, S. 20; zu den parochialen Milieus vgl. *Hennig*, Unterschiede; *ders.*, Wandel; *ders.* u. *Kieserling*, Fabrik.
- 56 Vgl. hierzu *K.-H. Naßmacher*, Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen, Opladen 1989.
- 57 Vgl. *Rohe*, Wählertraditionen, S. 21.
- 58 Vgl. ebd.; *R. Grathoff*, Milieu und Lebenswelt. Einführung in die phänomenologische Soziologie und die sozialphänomenologische Forschung, Frankfurt a.M. 1989; *R. Kannonier*, »Milieu« – Arbeiteralltagskultur – Arbeiterkultur. Methodologische Überlegungen zum Thema »Arbeiterkultur«, in: Geschichte als demokratischer Auftrag. FS Karl R. Stadler, Wien 1983, S. 77–117.
- 59 Vgl. *Rohe*, Wählertraditionen, S. 21ff.; vgl. *A. Wandruska*, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: *H. Benedikt* (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1977, S. 289–485, S. 291.
- 60 *Rohe*, Wählertraditionen, S. 92.
- 61 Vgl. *Klein*, Grundriß; *ders.*, Hessen-Nassau: Vom Oberpräsidialbezirk zur Provinz; *ders.*, Hessen-Nassau. Von der Annexion zur Integration; *ders.*, Provinz Hessen-Nassau. Vgl. *P. Baumgart*, Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln 1984; *F.P. Kahlenberg*, Preußen und die Annexionen des Jahres 1866. Nationalstaat und Selbstverwaltung während des Übergangsjahres in Kurhessen, in: HJbLG, Jg. 16, 1966, S. 165–214.
- 62 Vgl. hierzu *Klein*, Hessen, Bd. 1 u. 2; *Weichlein*, Politische Kultur und Sozialmilieus.
- 63 Zur Diskussion um Kontinuität und Diskontinuität des Weimarer Parteiensystems im Vergleich zum Kaiserreich vgl. *M. Neugebauer-Wölk*, Wählergenerationen in Preussen zwischen Kaiserreich und Republik. Versuch zu einem Kontinuitätsproblem des protestantischen Preußen in seinen Kernprovinzen, Berlin 1987, S. 48–60; zeitgenössisch: *E. Hamburger*, Parteienbewegung und gesellschaftliche Umschichtung in Deutschland (1920–1924), in: Die Gesellschaft, Jg. 2, 1925, S. 340–353.
- 64 Zur Auflösung des liberalen »Milieus« vgl. *Langewiesche*, Liberalismus, S. 240ff.; zur konservativen Beerbung des Liberalismus vgl. *Rohe*, Wählertraditionen, S. 134ff.

65 Prof. Dr. Th. Klein stellte dem Verfasser dankenswerterweise die Daten zur politischen Landesgeschichte Hessen-Kassels von 1919 bis 1933 vorab zur Verfügung.

66 Der Verfasser dankt Prof. Dr. Lucian Hölscher dafür, daß ihm die Daten vorab zur Verfügung gestellt wurden.

2. Die Kontinuität in der Diskontinuität: Bruchlinien und Mileugrenzen

1 Zu den kulturellen Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land vgl. *Wiegmann*, Stadt-Land-Beziehungen; *G. Kaufmann*, Stadt-Land-Beziehungen.

2 Vgl. *Fricke*, Bevölkerungsentwicklung, S. 26, 30f.; *Nebel*, S. VIIff.; StDR, Bd. 401, S. 60ff.; Preußische Statistik, Bd. 206/1, S. 314ff.

3 Mehr als vier von fünf Bewohnern lebten schon vor dem Ersten Weltkrieg in ihrer Heimatprovinz in der Rheinprovinz, den Provinzen Hannover (82,5%) und Westfalen (81,1%), aber auch in Berlin (81,5%). Vgl. FZ, 28.11.1929.

4 Vgl. *Matzerath*, Urbanisierung; *Reulecke*, Geschichte.

5 Zur bevölkerungsgeschichtlichen Ausgangslage des Regierungsbezirkes Kassel nach der Annexion durch Preußen 1866 vgl. *Metz*; *Gömann*; *Fricke*, Bevölkerungsentwicklung, S. 20; *H. Matzerath*, Regionale Unterschiede im Verstärkerungsprozeß: Der Osten und der Westen Preußens im 19. Jahrhundert, in: *ders.*, Städtewachstum, S. 65–96; *ders.*, Urbanisierung, S. 388 (Tabelle B).

6 Im folgenden werden Gemeinden mit unter 100 Einwohnern als Zwergdörfer (Gemeinden), Gemeinden mit zwischen 100 und 500 Einwohnern als Kleindörfer, Gemeinden mit zwischen 500 und 1.000 Einwohnern als Dörfer und Gemeinden mit zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern als Landgemeinden bezeichnet.

7 Das statistische Kriterium für eine ländliche Gemeinde ging von Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern aus. Das juristische Kriterium bezog sich auf das verlichene Stadtrecht.

8 Vgl. *Matzerath*, Urbanisierung, S. 252. Das Bevölkerungswachstum des flachen Landes betrug in Preußen zwischen 1871 und 1910 immerhin noch 28%.

9 Vgl. StDR, Bd. 401, S. 108ff.

10 In Hessen-Kassel wohnten 1925 in 789 Kleindörfern 212.000 und in 337 Dörfern 231.000 Einwohner. Vgl. StDR, Bd. 240/2, S. 10ff.; Bd. 401, S. 108ff.; Bd. 451, S. 130, 198ff.; Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 36f.

11 Zur Diskussion um den statistischen Stadtbegriff vgl. *Matzerath*, Urbanisierung, S. 241–248.

12 Vgl. *Fricke*, Bevölkerungsentwicklung, S. 18.

13 Vgl. allgemein *H. Matzerath*, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: *Reulecke*, Stadt, S. 67–89. Zu Kassel vgl. *Summa*, S. 66; *Klein*, Geschichte sowie HStAM, Best.165 Nr. 6355, 6473. Zur Hanauer Siedlungsgeographie vgl. *Klemt*, S. 61ff., 70ff. Zu Marburg vgl. *vom Brocke*, S. 379–400.

14 Vgl. *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 16f.; *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 8ff., 493ff. Zur Fertilität in Hessen-Nassau vgl. J.E. *Knodel*, The Decline of Fertility in Germany between Unification and the Second World War 1871–1939, Princeton 1973, S. 288f.

15 Vgl. StDR, Bd. 401, S. 60ff.; *Köllmann*, S. 99–105.

16 So *Kaschuba*, S. 26 im Blick auf die städtische Arbeiterschaft; vgl. auch *Mooser*, Arbeiterleben, S. 160ff.

17 Zur dörflichen Kultur vgl. *Kaschuba*, S. 20f., 76ff.

18 Vgl. *Möker*, S. 43ff., 53ff., 56f. Zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessen-Kassels bis zur industriellen Revolution vgl. *Brandt*, Industrie- und Handelskammer, S. 55ff.; *H. Seier*, Modernisierung und Integration in Kurhessen 1803–1866, in: *Heinemeyer*, Werden, S. 431–479 sowie *H.-W. Hahn*, Der hessische Wirtschaftsraum im 19. Jahrhundert, in: ebd., S. 389–429, bes. S. 392ff.

19 Vgl. StDR, Bd. 209, S. 342ff.; Bd. 405/62, S. 72ff.; Bd. 456/25, S. 42; *Nebel*, Tabelle V.

20 Vgl. hierzu *Nebel*, Tabelle V; *Mötzing*.

21 Vgl. StDR, Bd. 405/62, S. 72ff. (= Bd. 408, S. 33f.); Bd. 209, S. 342ff.; *Nebel*, Anhang V, Tabelle IV.

22 Zur Landwirtschaft in Hessen-Kassel vgl. Preußische Statistik, Bd. 76/1, S. 198, 390ff.; Bd. 239, S. 14f., 128ff.; StDR, Bd. 412, S. 106ff.; Bd. 456/25, S. 42ff.; Niekammers Landwirtschaftliches Adreßbuch – Regierungsbezirk Kassel; *Schreiner*; *Sinning*.

23 Vgl. hierzu *Schröder*, Arbeitergeschichte.

24 Vgl. *Summa*, S. 30ff.; *Krause*, Revolution, S. 3ff.

25 Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 55; Preußische Statistik, Bd. 30, S. 238ff.; StDR, Bd. 405/26, S. 72ff.; Bd. 456/25, S. 42f.

26 Vgl. *Tappe*, Geschichte.

27 Vgl. *Kaschuba*, S. 74ff., 78ff.; M.R. *Lepsius*, Kulturelle Dimensionen sozialer Schichtung, in: *ders.*, Interessen, S. 96–116; *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 428–530; *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 1171–1191.

28 Zur Bedeutung der Landwirtschaft für die Selbstdeutung weiter Teile der Industriearbeiterschaft vgl. *Weichlein*, Politische Kultur und Wählerverhalten; *ders.*, Gedanke.

29 Zur Rolle der Religion als Faktor mentaler Klassenbildung vgl. *Kaschuba*, S. 29.

30 Vgl. *W. Schieder*, Sozialgeschichte der Religionen im 19. Jahrhundert. Bemerkungen zur Forschungslage, in: *ders.*, Religion, S. 11–28.

31 Vgl. Preußische Statistik, Bd. 30, (1875), S. 100; StDR, Bd. 240 Anhang, S. 82; Bd. 401, S. 368; Bd. 451/3, S. 53f.

32 Vgl. *Gatz*.

33 Vgl. hierzu FZ, 29.8.1928.

34 Vgl. *Jestaedt*, S. 30f.; *Weichlein*, Konfession.

35 Vgl. *W. Heinemeyer*, Das Zeitalter der Reformation, in: *ders.*, Werden, S. 225–266.

36 Vgl. *Klein*, Provinz Hessen-Nassau, S. 573ff.; *Hederich*, S. 48f. Zur hessischen Renitenz vgl. *Sälter*; *Dithmar*, Vor 50 Jahren, in: Pastoratblatt für den Konsistorialbezirk Cassel, Jg. 47, 1938, S. 65–73.

37 Vgl. LThK, Bd. IX, Sp.1022f.; vgl. hierzu *Becker*, Religion; *Burger*.

38 Zur Diskussion um die methodischen Bedenken bezüglich der Auswertung der Abendmahlsstatistiken vgl. *L. Hölscher*, Möglichkeiten und Grenzen der statistischen Erfassung kirchlicher Bindungen, in: *Elm* u. *Look*, Seelsorge, S. 39–59. Exemplarisch durchgeführt ist der Ansatz von *Lucian Hölscher* in: *ders.*, Sozialstruktur; vgl. ebenfalls *ders.*, Religion; *ders.*, Säkularisierungsprozesse; *ders.*, Bürgerliche Religiosität im protestantischen Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: *Schieder*, Religion, S. 181–215 und *Schmidtchen*, S. 251ff. und *Weichlein*, Sozialmilieu.

39 Vgl. Kirchliches Jahrbuch, Jg. 47, 1920, S. 124.

40 Gemeindeblatt für die Freie Gemeinde Cassel, Jg. 20, 1927, S. 17.

41 Vgl. *Hölscher*, Religion; *Weichlein*, Sozialmilieu.

- 42 Vgl. *Hölscher*, Weltgericht, S. 140ff.
 43 Vgl. Kirchliches Jahrbuch, Jg. 44, 1917, S. 129.
 44 Zur kirchlichen Ausgangslage der kurhessischen Landeskirche im Jahre der Reichsgründung vgl. *Hochuth*; vgl. auch *Ritter*, Handbuch.
 45 Alle Angaben zur Kasseler Landeskirche nach: *Ritter*, Handbuch sowie folgenden Gemeindeblättern: Das Evangelische Hanau, Die evangelische Gemeinde. Kirchliches Monatsblatt für Cassel und Gemeindeblatt für die Freiheiter Gemeinde Cassel.
 46 *Horstmann*, Katholiken, S. 64; vgl. auch *Schauff*, S. 137f.
 47 Vgl. *Weichlein*, Sozialmilieu.
 48 Vgl. hierzu *Köhle-Hezinger*, S. 330ff.
 49 Vgl. *Kühr*, Milieus, S. 252ff.
 50 Vgl. *Hahn*, S. 63f.; *Gabriel*, Christentum.
 51 *Kaschuba*, S. 111.
 52 Vgl. W.K. *Blessing*, Fest und Vergnügen der ›Kleinen Leute‹. Wandlungen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: *van Dülmen* u. *Schindler*, Volkskultur, S. 352–379; *ders.*, Staat, S. 37, 45, 268.
 53 Zum Pastorennationalismus vgl. *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 487ff.; *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 1175ff. sowie *Dahm*, Pfarrer; *ders.*, Protestantismus.
 54 Vgl. B. *Lutz*, Die Bauern und die Industrialisierung. Ein Beitrag zur Erklärung von Diskontinuität der Entwicklung industriell-kapitalistischer Gesellschaften, in: J. *Berger* (Hg.), Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren, Göttingen 1986, S. 119–137; *Harsche*, Agrarstruktur; *ders.*, Betriebsgrößenstruktur; *ders.*, Nebenerwerbslandwirtschaft; *ders.*, Strukturwandel; *ders.*, Landwirtschaft; vgl. auch die älteren Untersuchungen, die Anfang der fünfziger Jahre am ›Institut für sozialwissenschaftliche Forschung/Darmstadt‹ bei Max Rolfes und Theodor W. Adorno durchgeführt wurden: *Teiwes*; *Kötter*; *Grüneisen*.
 55 Vgl. R.G. *Heinze*, Soziale Lage und Deutungsmuster von Arbeiterbauern, in: *Poppinga*, Produktion, S. 194–209; *Poppinga*, Bauern.
 56 Vgl. *Klein*, Lageberichte, Bd. 1, S. XXXf.; *Holzzapfel*, S. 19ff., 37ff., 74ff., 80ff.; *Sprenger*.
 57 Vgl. *Pletsch*; *Poppinga*, Produktion; *Tisowsky*.
 58 Zum Untergang des Leinengewerbes in Niederhessen vgl. *Möker*, S. 83ff.
 59 Vgl. ebd., S. 82; *Harsche*, Agrarstruktur, S. 79ff.
 60 Zum System ineinandergreifender Erwerbstätigkeit vgl. *Möker*, S. 78ff.
 61 Zur Landarbeiterfrage vgl. die 1908 durchgeführte Enquete zur Situation der Landarbeiter. Die Ergebnisse sind veröffentlicht bei *Nebel* und *von Frankenstein*, S. 258–320.
 62 Vgl. *Hofacker*.
 63 Vgl. *Harsche*, Agrarstruktur, S. 89ff., 93ff.
 64 Vgl. StDR, Bd. 412, S. 106ff.; Bd. 459/3, S. 30f., 66f.
 65 Vgl. hierzu StDR, Bd. 204, S. 458; Bd. 209, S. 342ff.; Bd. 461, S. 105; Preussische Statistik, Bd. 76/1, S. 198, 390ff.
 66 Vgl. *Kocka*, Arbeitsverhältnisse, S. 193 sowie *Keil*, S. 16.
 67 Zur Problematik der Landarbeiter vgl. *Kaschuba*, S. 36f. Zu Grundlagen und Begrenzungen proletarischer Klassenbildung in der Landwirtschaft vgl. *Kocka*, Arbeitsverhältnisse, S. 211ff. Zur fehlenden Trennung von Industrie und Landwirtschaft am Beispiel Badens vgl. *Brandt* u. *Rürup*, Volksbewegung, S. 35ff.
 68 Vgl. dazu *Wiegmann*, Wandel; M.R. *Lepsius*, Kulturelle Dimensionen sozialer Schichtung, in: *ders.*, Interessen, S. 96–116 sowie *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 414–427; *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 843–847.

- 69 Vgl. hierzu *Denzinger*, Nr. 3133 (Enzyklika Quod apostolici muneris, 28.12.1878), Nr. 3265ff. (Rerum Novarum, 15.5.1891).
 70 Enzyklika ›Rerum Novarum‹, in: *KAB*, S. 31–70.
 71 Vgl. die Eigentumsartikel im Staatslexikon: 1892¹, Bd. 2, Sp. 509–536 (*Bruder*); 1901², Bd. 2, Sp. 170–198 (*Walter*); 1903³, Bd. 1, Sp. 1467–1495 (*Walter*); 1926⁵, Bd. 1, Sp. 1582–1597 (*Tischleder*).
 72 Vgl. hierzu *Ebertz*, Organisierung; *ders.*, Herrschaft.
 73 Vgl. hierzu *Weichlein*, Konfession.
 74 Zur moralischen Ökonomie und den politisch-kulturellen Orientierungsmustern im Arbeiter- und Bauernmilieu vgl. *Hennig* u. *Kieserling*, Fabrik, S. 70ff. Eine eingehende Untersuchung dieser Bezüge für das nordhessische Dorf Körle bei *Wagner*; vgl. M. *Gailus* u. Th. *Lindenberger*, Zwanzig Jahre ›moralische Ökonomie‹: Ein sozialhistorisches Konzept ist volljährig geworden, in: GG, Jg. 20, 1994, S. 469–477.
 75 Vgl. *Brandt* u. *Rürup*, Volksbewegung, S. 35; *Weichlein*, Politische Kultur und Wählerverhalten.
 76 Zur Bergarbeiterschaft vgl. *Tenfelde*, Sozialgeschichte; *ders.*, Bergarbeiterkultur.
 77 *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 468ff.; *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 1173ff. Zur protestantischen Kultur im wilhelminischen Kaiserreich vgl. *Hübinger*, Kultur; *ders.*, Kulturprotestantismus.
 78 Vgl. *Liebing*.
 79 Zu den Marburger liberalen Theologen im Umkreis der ›Christlichen Welt‹ vgl. *Hübinger*, Kulturprotestantismus, passim.
 80 Vgl. *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 486ff.; *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, S. 1173ff.
 81 Vgl. *Altermatt*, Subgesellschaft, S. 147f.
 82 Vgl. *Borchardt*, Revolution, S. 190. Zur ›Vereinseligkeit‹ vgl. *Langewiesche*, Liberalismus, S. 34ff.; *Tenfelde*, Entfaltung.
 83 Anonym, Vergangenheit und Zukunft der Gemeinde, in: Deutsche Vierteljahresschrift, Jg. 1856/II, S. 287 zit. bei *Tenfelde*, Entfaltung, S. 78; vgl. auch *Nipperdey*, Vereine.
 84 *Tenfelde*, Entfaltung, S. 71 (Hervorhebung im Original); vgl. R. *Pflaum*, Der Verein als Produkt und Gegengewicht sozialer Differenzierung, in: *Wurzbacher* u. *Pflaum*, Dorf, S. 151–182.
 85 *von Hippel*, S. 111f.; vgl. auch *Jauch*.
 86 Vgl. Adreß-Buch Hanau a.M. – Kesselstadt 1914; Adreßbuch der Stadt Marburg 1914; Adreßbuch der Residenzstadt Cassel sowie der Ortschaften Harleshausen, Ihringshausen, Niedervellmar, Niederrwehren, Oberzwehren, Sandershausen, Waldau, Wilhelmshöhe, Wolfsanger, Gartenstadt Brasselsberg und Gutsbezirk Fasanenhof für das Jahr 1914; *Hartmann*, S. 232ff.
 87 Zu Marburg vgl. *Koshar*, Nazisms. Zum Marburger Organisationsmilieu vor 1914 vgl. *ders.*, Life, S. 91ff.
 88 Dies betont *Nipperdey*, Verein, S. 183ff.
 89 Die Zahlen der Vereine nach: Adreßbuch der Stadt Marburg 1914.
 90 Vgl. Adreßbuch der Residenzstadt Cassel für das Jahr 1914, S. 65ff. Zu diesen Vereinen zählten: Deutscher Bankbeamtenverein (gegr. 1899), der Beamtenwohnungsverein (1889), der Preussische Beamtenverein, der Verband der deutschen Versicherungsbeamten, der Verband der Gemeindebeamten des Regierungsbezirkes Cassel, der Verband der Gemeindebeamten Ortsverband Cassel, der Verein vermessungstechnischer Beamten zu Cassel, der Verein pensionierter Deutscher Reichs- und Staatsbeamten in Cassel, der Verein der Königlich

Preußischen Kanzleibeamten (1897), die Vereinigung Königlicher Polizeibeamten zu Cassel (1907).

91 Vgl. Adreßbuch der Residenzstadt Cassel für das Jahr 1914, S. 65ff. Hierzu zählten: der Deutsche Privatbeamtenverein (gegr. 1886), der Bund der technisch-industriellen Beamten mit 250 Mitgliedern, der Allgemeine Verband der kaufmännischen Angestellten, der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband, der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit 3.100 Mitgliedern, der Kaufmännische Verein für weibliche Angestellte und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.

92 Hierzu zählten: der Deutsche Werkmeister-Verband – Bezirksverein Cassel (gegr. 1884), der Mitteldeutsche Gastwirte-Verband, der Verein der Weinhändler zu Cassel sowie die zahlreichen Innungen in Cassel.

93 Allein 24 Vereine dienten 1914 in der Stadt Marburg diesem Zweck.

94 Vgl. hierzu allgemein R. vom Bruch, Gesellschaftliche Funktionen und politische Rollen des Bildungsbürgertums im Wilhelminischen Reich. Zum Wandel von Milieu und politischer Kultur, in: *Kocka*, Bildungsbürgertum, Bd. 4, S. 146–179 sowie K.H. Jarausch, Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: ebd., S. 180–205.

95 Vgl. vom Brocke, S. 525–528. Die Marburger ›Museumsgesellschaft‹ fand ihre literarische Schilderung in: *Bloem*, S. 73ff.; vgl. *Elias*, Studien, S. 64f.; *Koshar*, Life, S. 93, 101f., 119.

96 1849 wurde der erste Kreisverein in Kassel gegründet. 1857 erfolgte der Zusammenschluß der bestehenden Kreise zum Landwirtschaftlichen Zentralverein für Kurhessen; vgl. *Cordes*, S. 5.

97 *Meyenschein*, S. 3.

98 Im Regierungsbezirk Kassel erzielte der 1891 gegründete ›Verband ländlicher Genossenschaften des Regierungsbezirkes Kassel und angrenzender Gebiete e.V. zu Kassel‹ nur geringen Erfolg. 1929 umfaßte dieser Verband 102 Vereine mit 13.241 Mitglieder. Vgl. *Cordes*, S. 12; *Werth*; *Peal*.

99 1918 und 1919 setzte die Gründung von Kreisbauernschaften, Kreisbauernvereinen bzw. Kreislandbünden ein. Diese Kreisorganisationen schlossen sich 1920 zum Provinzialverband, dem ›Kurahessischen Landbund‹ zusammen. Dieser war einer der Hauptstützen des Reichslandbundes in den westlichen Provinzen. Vgl. *Cordes*, S. 10.

100 Vgl. *Frenz* u. *Schmidt*, Sozialdemokratie, S. 50ff.; *Thiele*; *Höpken*, S. 44ff.; *Summa*, S. 230ff.

101 Vgl. *Krause*, Revolution, S. 4, *Fuhrmann*; *Grambow*.

102 Entwurf für ein Pastorale über das katholische Vereinswesen, in: BistA FD, Best. 465 Nr. 03, Fasc.2, Bl. 2.

103 Zur konfessionellen Vereinsbildung im Katholizismus vgl. *Mooser*, Vereinswesen; *ders.*, Volk; *ders.*, Milieu; *Tenfelde*, Entfaltung; *Foltin* u. *Kramer*, Vereinsforschung.

104 *Rohe*, Revier, S. 38.

105 Zu den modernisierenden Tendenzen im Vereinskatholizismus vgl. *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 439ff.; *Altermatt*, Katholizismus, S. 247ff.

106 *Rohe*, Revier, S. 39; vgl. *Schmitt*, Konfession, S. 33.

107 Entwurf für ein Pastorale über das katholische Vereinswesen, in: BistA FD, Best. 465 Nr. 03, Fasc.2, Bl. 1f. Der Entwurf ist undatiert. Die Datierung auf 1915 erfolgte aufgrund der Datumsangaben in den vorausgehenden und nachfolgenden Schriftstücken.

108 Vgl. *Heitzer*, Anhang II, S. 6.

109 Vgl. Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland, Bd. 15, 1927/28, S. 66ff., 123ff.

110 B. *Häring*, Artikel ›Stand‹, in: LThK, Bd. IX, Sp.1009–1011, 1009.

111 ›Geburts- und Besitzstände und ähnlich die typischen Lebensstände (Alte, Junge, Männer, Frauen) werden hauptsächlich über gesellschaftliche Gebilde räumlicher oder beruflicher Art wirksam. Die sogenannten Milieustände (wie Landvolk, Industrievolk, Mittel- und Großstadtbevölkerung) haben hauptsächlich aber nicht ausschließlich eine räumliche Dimension. Vor allem für die Lebens- und Naturstände (Männer, Frauen, Mannesjugend, Frauenjugend) ist das Bewußtsein, einen Stand zu bilden, konstitutiv und hängt von vielerlei Faktoren ab.« ebd., Sp.1010.

112 Zum KKV vgl. *Enders*.

113 *Kühr*, Milieus, S. 250ff. unterscheidet in phänomenologischer Absicht fünf Organisationstypen: die im engeren Sinne kirchlichen Vereine, die Standesorganisationen, funktions-spezifische, interkonfessionelle und politische Organisationen.

114 Vgl. Adressbuch der Stadt Fulda 1920; Einwohnerbuch der Stadt Fulda 1931 sowie BistA FD, Best.450 Nr. 00, Fasc.1; Nr. 01, Fasc.2; Best.455 Nr. 02, Fasc.1., Bl. 26.

115 Vgl. *Grünthal*.

116 Vgl. BB, 20.10.1918.

117 Zur katholischen Nachkriegsgeneration und den katholischen Jugendverbänden vgl. *Götz von Olenhusen*.

118 Vgl. die Protokolle des Vorstandes des Katholischen Jugendvereins der Dompfarrei Fulda von 1920 bis 1921, in: BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc.1.

119 Daneben wurden ausgewertet: Der Jugendverein. Zeitschrift für die Vorstände und Mitarbeiter in katholischen Jugend- und Jungmännervereinen; Jung-Wacht. Zeitschrift der katholischen Jugendvereine Deutschlands.

120 Vereinsangaben nach *Ritter*, Handbuch.

121 Zum antisemitischen Tendenz des ›Kasseler Sonntagsblattes‹ vgl. *Arndt*.

122 Vgl. *Cnyrim*, S. 43, 59; *Löffler*; *Hitzeroth*; *Boekamp*.

123 Angaben nach *Cnyrim*, S. 59.

124 Vor der ›Fuldaer Zeitung‹ nahm die in Baltimore herausgegebene ›Katholische Volkszeitung‹ die Funktion des katholischen Presseorgans ein. Vgl. *Löffler*, S. 229f.

125 Vgl. *Schlitzer*, Geschichte, S. 26f.; *ders.*, Fuldaer Neue Zeit.

126 Zit. in: *Leimbach*, Die katholische Presse in Deutschland, ihre Entwicklung und Bedeutung, in: FZ, 20.7.1930.

127 Ebd.

128 Chr. *Schreiber*, Wert und Aufgabe der katholischen Diasporapresse, in: FZ, 1.1.1924.

129 Ebd.

130 So *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 801; vgl. den Aufruf des Fuldaer Bischofs zur Förderung der katholischen Presse, in: FZ, 20.7.1930.

131 Vgl. F. *Stampfer*, Die Rotationsmaschinen entscheiden!, in: KV, 20.10.1928.

132 Zur Organisationsgeschichte des ›Kasseler Volksblattes‹ und seiner Redakteure vgl. Ph. *Scheidemann*, Die Parteipresse in den Kinderjahren. Der Volksfreund, der Vorläufer des Volksblattes, in: KV, 3.1.1931 (Jubiläumsausgabe 1890–1930); W. *Kreitz*, 40 Jahre Kasseler Volksblatt, in: ebd.; *Löffler*, S. 62ff.

133 KV, 3.1.1931.

134 Zur Entstehung und Geschichte des ›Kasseler Tageblattes‹ vgl. *Sichel*.

135 Vgl. *Löffler*, S. 47ff.

136 Vgl. ebd., S. 130ff.

137 Ebd., S. 131. Zu Hellmut von Gerlach vgl. vom Brocke, S. 490–494 sowie von Gerlach.

138 Vgl. *Pohl*; P. *Nolte*, Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Tradition – Radikalismus – Republik, Göttingen 1994.

- 139 Vgl. *Wehler*, Kaiserreich, S. 78ff.
 140 Zur »kommunalen Selbstverwaltung des neuen Bürgertums« vgl. *Matzerath*, Urbanisierung, S. 224ff., 347ff.
 141 Zum kommunalen Wahlrecht vgl. ebd., S. 266ff.
 142 Vgl. *Becker*, Selbstverwaltung.
 143 Vgl. *Klein*, Provinz Hessen-Nassau, 591f.; *Eysel*, S. 4ff.
 144 1868 waren bei den Marburger Kommunalwahlen 832, 1878/79 679, 1883/84 808 und 1893/94 994 Bürger wahlberechtigt. Vgl. *vom Brocke*, S. 417.
 145 Vgl. *Klein*, Provinz Hessen-Nassau, S. 592; *vom Brocke*, S. 419.
 146 Ein informeller Zirkel der Marburger städtischen Politik traf sich mit Geheimrat Schülers bei Seebode in der Reitgasse 5. Vgl. *vom Brocke*, S. 415.
 148 Vgl. ebd., S. 412. Alle drei Marburger Oberbürgermeister waren Juristen und verfügten über lange Erfahrung in Kreis- und Kommunalverwaltungen.
 149 In der Stadt Hanau amtierte Eugen Gebeschus von 1893 bis 1916 und Kurt Blaum von 1921 bis 1933. Vgl. *Klein*, Grundriß, S. 371f., 391ff. Zu Gebeschus und Blaum vgl. *Klein*, Beamte, S. 99, 124f.
 150 Zu Scholz und Koch-Weser vgl. *Hofmann*, Oberbürgermeister S.190ff., 218 u.ö.
 151 Der Fuldaer Oberbürgermeister Franz Rang (1862–1893) war 1867 als Liberaler Abgeordneter im Reichstag des Norddeutschen Bundes und engagierte sich für kommunalpolitische Belange im Kommunallandtag und im Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau. Auf seine Initiative ging 1890 die Gründung des hessischen Städtetages zurück. Sein Nachfolger im Amt des Fuldaer Oberbürgermeisters Georg Antoni (1894–1930) war Mitglied des Preußischen Staatsrates, in dem er den Vorsitz des Gemeindeausschusses innehatte. Vgl. *Mauersberg*, S. 250ff. Zur Bedeutung der Kommunalpolitiker in den Parteiführungen, den Parlamenten und den Kabinetten vgl. *Hofmann*, Oberbürgermeister, S. 174ff.
 152 Vgl. *Weichlein*, Konfession.
 153 Vgl. ebd.

3. Zentrumsturm und Interessenpolitik: Das katholische Sozialmilieu

- 1 Vgl. hierzu etwa *Plum*.
 2 Vgl. *Polley*. Hierzu und im folgenden vgl. L. *Mirbt*, Die katholsich-theologische Fakultät zu Marburg. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche in Kurhessen und Nassau, Marburg 1905, S. 114ff., 75–130.
 3 Vgl. hierzu ausführlicher *Weichlein*, Konfession; *Zuber*; *Schäfer*.
 4 Vgl. hierzu *Ebertz*, Herrschaft; *ders.*, Organisierung; *Gabriel*, Christentum.
 5 Vgl. *Lenhart*.
 6 Einzelbelege bei *Weichlein*, Konfession; vgl. hierzu den Schematismus der Diözese Fulda 1889, Fulda 1889, S. 6 sowie die Studie des Sekretärs des bischöflichen Generalvikariates zu Fulda J. *Müller*, Die Bischöflichen Diözesanbehörden insbesondere das bischöfliche Ordinariat, Stuttgart 1905, S. 38f.
 7 Eine detaillierte Schilderung der Veränderungen im Steuerwesen, der Verwaltung, dem Justizapparat und dem Militär in Fulda nach der Annexion 1866 in: *Chronica Fuldensis*, S. 66–68.
 8 Vgl. *Chronica Fuldensis*, S. 60. Zur Entstehung der katholischen Männergesellschaft

- MN als Keimzelle des politischen Katholizismus in Osthessen in Fulda vgl. *Jestaedt*, S. 57, 122f.; *Hartmann*, S. 253. Die staatliche Einschätzung Komps und Goebels in: Bericht des Fuldaer Landrates Cornelius an den Oberpräsidenten Bodelschwingh 1873, in: HStAM, Best. 166, Abt.II, Nr. 4910.
 9 Hanauer Zeitung, 1879, Nr. 171, zit: *Jestaedt*, S. 142.
 10 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 393ff.; *FZ* passim.
 11 Zu den Liberalen in Fulda vgl. *W. Jestaedt*, Die liberalen Richtungen oder »Freisinnigen«, in: BuBl, Jg. 31, 1958, Nr. 16, S. 61f.
 12 Vgl. ebd., S. 67.
 13 Zur Haltung Kopps im preußischen Kulturkampf und zur Reaktion des Fuldaer Katholizismus vgl. *Jestaedt*, S. 168ff.; *Graf*, S. 272.
 14 Vgl. *Graf*, S. 273.
 15 Vgl. *FZ*, 24.5.1893.
 16 Zu Müller(-Fulda) vgl. *Bachem*, Bd. V, S. 322f.; Bd. VI, S. 147f.; Bd. IX, S. 220, 225, 333. Vgl. R. Müller(-Fulda), Die Vermehrung der Unteroffiziere, in: Kölnische Volkszeitung, Nr. 212, 12.3.1894. Zur Haltung Müller(-Fulda)s zur Sozialdemokratie vgl. die Schmähschrift: Reichstagsabgeordneter Richard Müller-Fulda. Mitglied der Zentrumsparlei, der Vorkämpfer der Sozialdemokratie, Wiesbaden 1907; *Jestaedt*, S. 62; *Weichlein*, Zentrumsdemokrat.
 17 *FZ*, 1.3.1919.
 18 Vgl. *FZ*, 23.9.1919 sowie *Berge*, Arbeiter- und Soldatenrat, S. 154.
 19 Wahlaufzug der Zentrumsparlei für die Provinz Hessen-Nassau, Waldeck und Wetzlar, in: BB, 11.1.1919.
 20 Zur Ereignisgeschichte der Novemberrevolution in Fulda vgl. *Berge*, Arbeiter- und Soldatenrat. Zum folgenden vgl. StA FD, Best. II c.a.18. Zur Novemberrevolution vgl. *Winkler*, Revolution, S. 19–150; *Kluge*.
 21 Vgl. *FZ*, 8.4.1919. 1920 waren 200 Eisenbahner im Elberfelder Verband organisiert. Vgl. HStAM, Best. 180 Nr. 1723.
 22 Das Eisenbahnwerkstättenamt Fulda beschäftigte 1920 1.000 Arbeiter und Lehrlinge und bildete damit den größten Arbeitgeber Fuldas. Vgl. Adressbuch der Stadt Fulda 1920, S. 259.
 23 Zum AuSR im Landkreis Fulda vgl. *FZ*, 13.11.1918; 18.11.1918; vgl. *Berge*, Arbeiter- und Soldatenrat, S. 144f.
 24 Zum Multifunktionär Wilhelm Frank (Volksvereinssekretär, Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter) vgl. *Berge*, Arbeiter- und Soldatenrat, S. 140.
 25 Vgl. *FZ*, 11.11.1918.
 26 Zur bürgerlichen Zentrumsliste vgl. BB, 17.11.1918.
 27 Vgl. *FZ*, 13.11.1918.
 28 Stimmungsbericht des Fuldaer Landrats an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 18.11.1918, in: HStAM, Best. 165 Nr. 1235, Bd. 4.
 29 Vgl. StA FD, Best. II C.a. 18.
 30 Aufruf zur Neuwahl des AuSR (Unterzeichner Krönung, Bechthold u.a.), in: ebd.
 31 Zur Neuwahl des Fuldaer AuSR am 6.4.1919 vgl. *FZ*, 7.4.1919 sowie FKr, 7.4.1919.
 32 Vgl. *FZ*, 10.4.1919.
 33 In: Historisch-politische Blätter, Bd. 137, 1906, S. 376–386.
 34 Vgl. *Zeender*, German Catholics and the Concept, S. 427, 432ff.; *Schmidt*, Zentrum, S. 85ff.
 35 Berliner Richtlinien, in: Germania, 21.11.1918; vgl. *Morsey*, Zentrumsparlei, S. 104ff.

- 36 Vgl. FZ, 10.12.1918.
 37 Vgl. FZ, 17.12.1918.
 38 Wahlaufuf der Zentrumsparlei für die Provinz Hessen-Nassau, Waldeck und Wetzlar, in: BB, 11.1.1919 (Hervorhebung im Original).
 39 Vgl. Erklärung des katholischen Lehrerverbandes, in: FZ, 6.12.1918; Kaufmann, Wie sollen wir uns gegenüber den Kulturkämpferlassen Adolf Hoffmanns verhalten?, in: FZ, 4.1.1919; vgl. FZ, 14.1.1919.
 40 Vgl. FZ, 11.1.1919.
 41 Versamlungsbericht und Resolution, in: FZ, 13.1.1919.
 42 Vgl. Hirtenwort des Fuldaer Bischofs an seine Diözesanen, in: FZ, 13.1.1919.
 43 FZ, 25.1.1919.
 44 Zur kirchlichen Wahlbeeinflussung bei den Wahlen des Jahres 1919 vgl. Graf, S. 165ff., 216ff.
 45 Vgl. den Versamlungsbericht und die Kritik zweier Wahlversamlungen der Fuldaer DDP und der DNVP, in: FZ, 14.1.1919.
 46 Vgl. den Wahlaufuf der Fuldaer Zeitung »An die Wahlmüden«, in: FZ, 26.2.1919.
 47 Vgl. FZ, 14.1.1919.
 48 Vgl. FZ, 3.3.1919.
 49 Vgl. FZ, 25.2.1919. Zum Wahlkampf der Zentrumsparlei vgl. FZ, 11.1.1919; 14.1.1919.
 50 Vgl. O. Berge, Bemerkungen zum Wahlverfahren um 1920, in: BuBll, Jg. 56, 1983, S. 29–31, S. 30f.
 51 Vgl. Milatz, S. 41ff. Zum Wahlgesetz vom 27. April 1920 und zum Grundsatz der geheimen Wahl vgl. Vogel u.a., S. 23, 145ff., 367ff.
 52 FZ, 25.1.1919.
 53 Vgl. FZ passim; Klein, Hessen, Bd. 2, S. 147–150.
 54 Zu den ersten allgemeinen und gleichen Fuldaer Kommunalwahlen 1919 vgl. O. Berge, Fuldaer Kommunalwahlen im Jahre 1919, in: BuBll, Jg. 62, 1989, S. 45ff.
 55 Vgl. FZ, 23.9.1919; Berge, Arbeiter- und Soldatenrat, S. 154.
 56 Vgl. Klein, Hessen, Bd. 2, S. 147–150.
 57 Zur DDP vgl. Berge, Gründung.
 58 Vgl. Klein, Hessen, Bd. 2, S. 271ff.; FZ passim.
 59 FZ, 30.1.1919.
 60 Ebd.
 61 Vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 585.
 62 Zum Aufbau der Parteiorganisation im Reich vgl. ebd., S. 586ff.
 63 Vgl. BB, 4.4.1920; 19.12.1920.
 64 Zur Lebensmittel- und Kohlenknappheit vgl. den Stimmungsbericht des Fuldaer Landrats an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 18.10.1918, in: HStAM, Best. 165 Nr. 1235, Bd. V, Bl. 21.
 65 So verabschiedete etwa der 4. Parteibeirk im September 1920 eine Resolution, die sich an die ländliche Zentrumsorganisation richtete: »Die Zentrumswähler des 4. Bezirkes der Ortsgruppe Fulda richten an die ländlichen Zentrumsorganisationen die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß nicht im Hinblick auf die Fleischfreigabe am 1. Oktober das Fleisch für die städtische Bevölkerung jetzt schon zurückgehalten und nach Fleischfreigabe zu übermäßigen Preisen abgegeben wird.« FZ, 17.9.1920.
 66 Aus einer Entschließung des ersten Parteibeirkes vom September 1920, als man in Fulda über eine allgemeine Kartoffelnot klagte: »Die Versamlung spricht die Hoffnung

- aus, daß die Landwirte des Kreises Fulda in christlicher Solidarität sich bereit finden werden, die für die Ernährung der Stadt Fulda notwendigen Kartoffeln zu einem erschwinglichen Preise zur Verfügung zu stellen, ehe Kartoffelmengen nach auswärts verkauft werden.« FZ, 17.9.1920.
 67 Zur allmählichen Verbesserung der Ernährungslage vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 1235, Bd. V u. VI.
 68 Vgl. FZ, 4.6.1919; 11.3.1921.
 69 Die Satzung der Reichspartei des Zentrums wurde erst im Januar 1922 beschlossen. Vgl. Morsey, Zentrumsparlei, S. 586.
 70 Satzung der Zentrumsparlei im Bezirk Kassel, in: FZ, 29.3.1920; BB, 4.4.1920.
 71 Mitteilungen der Zentrumsparlei, Jg. 1, 1920/21, Nr. 1, S. 7.
 72 BB, 25.4.1920.
 73 Mitteilungen der Zentrumsparlei, Jg. 1, 1920/21, Nr. 1, S. 6.
 74 Vgl. BB, 2.5.1920; 9.5.1920.
 75 Vgl. Mitteilungen der Zentrumsparlei, Jg. 1, 1920/21, Nr. 1, S. 12.
 76 Der Bonifatiusbote schätzte die tatsächliche Mitgliederzahl in den über 150 Ortsgruppen auf ungefähr 35.000. Vgl. BB, 19.12.1920.
 77 Unter der Organisationsquote der Zentrumsparlei wird der Quotient aus Mitgliedern und Wählern der Partei verstanden.
 78 Vgl. Mitteilungen der Zentrumsparlei, Jg. 1, 1921, Nr. 4, Dezember 1921, S. 10.
 79 Zur Mitgliederwerbung auf dem Land vgl. BB, 2.5.1920; 9.5.1920.
 80 Geschäftsbericht des MSPD-Parteibeirkes Hessen-Nassau in der »Frankfurter Volksstimme«, zit. in: BB, 31.10.1920.
 81 Vgl. FZ, 2.1.1920.
 82 Vgl. unter anderem den Artikel zu »unseren früheren Landtagsabgeordneten«, in: FZ, 19.2.1921.
 83 E. Atzert, Fünfzig Jahre, in: Mitteilungen der Zentrumsparlei, Jg. 1, 1920, Nr. 1, S. 3ff.
 84 Versamlungsbericht der Feier zum 50jährigen Bestehen des Fuldaer Zentrums und Redetext der Festrede in FZ, 13.1.1921. Vgl. BB, 23.1.1921.
 85 Zum Chefredakteur der FZ Johannes Kramer vgl. Boekamp, S. 34ff., 88.
 86 J. Kramer, Zum Geleite, in: Mitteilungen der Zentrumsparlei, Jg. 1, 1920, Dezember 1920, S. 1f. (Hervorhebung im Original).
 87 »Retten kann uns nur der wahrhaft christlichsoziale, demokratische Geist, wie ihn das Zentrumsprogramm hochhält. Wer aber glaubt, die Partei habe damit auch nur die geringste Schwankung nach links vollzogen, hat noch nie über die schönen Ziele des Zentrums nachgedacht: Für Wahrheit, Freiheit und Recht.« BB, 18.4.1920.
 88 Als größten Fehler der Monarchie benannte der Bonifatiusbote das Drei-Klassen-Wahlrecht. Vgl. BB, 5.2.1922.
 89 Vgl. BB, 15.1.1922 (Altes oder neues Zentrum? Ist das Zentrum national?).
 90 Vgl. Bauernstimme, Jg. 1, 1924, Nr. 11, S. 71; FZ, 27.4.1924. Zu den Hintergründen der Auswechslung Herberts vgl. Brief Crone-Münzebrock an Studienrat Scheller vom 22.3.1924, in: Bibliothek des Priesterseminars Fulda, NL Scheller. Zu Crone-Münzebrocks politischer Vorstellung im Fuldaer Wahlkreis vgl. FZ, 28.3.1924.
 91 Kühn, Lokalparlei, S. 25f.; vgl. ders., Wahlen, S. 77ff.
 92 Vgl. BB, 9.1.1921 u.ö.
 93 Vgl. FZ, 14.2.1921.
 94 Vgl. FZ, 25.1.1921 (Thomas Esser), 14.2.1921.

- 95 Vgl. *Morsey*, Zentrumspartei, S. 596.
 96 So *Kühr*, Lokalpartei, S. 26.
 97 Vgl. den Gründungsbericht vom 17.3.1922, in: *FZ*, 18.3.1922.
 98 Vgl. etwa die Resolution des Ausschusses für Handel, Industrie und freie Berufe gegen die »geplante steuerliche Mehrbelastung von Handel, Gewerbe und Industrie«, in: *FZ*, 6.4.1922.
 99 Vgl. *FZ*, 6.5.1924; 15.5.1924.
 100 Zum fünften Zentrumsbezirk, der hier die Ausnahme bildete, vgl. *FZ*, 20.4.1920; 23.4.1920; 24.4.1920.
 101 Zur Führungsstruktur vgl. *BB*, 16.5.1920.
 102 Vgl. *FZ*, 21.7.1931.
 103 Vgl. *BB*, 27.2.1921.
 104 Der Wahlbezirk 7, in dem die Wirtschaftspartei auf 5,2% der Stimmen kam, umfaßte die kleingewerblichen Straßenzüge um den Bahnhof.
 105 *FZ*, 4.10.1928.
 106 Vgl. die von Mihm initiierte Protestresolution der öffentlichen Versammlung des Fuldaer Kartells der Freien Gewerkschaften vom 25.6.1920, in: *FT*, 26.6.1920. Für die Fuldaer Zentrumspartei galt Mihm als »demagogischer Volksaufwiegler« (*FZ*, 24.9.1920). Zum Eisenbahnerstreik 1921/22 in Fulda und zur Rolle Balthasar Mihms vgl. *HStAM*, Best. 165 Nr. 1186, Bl. 109, 140; vgl. auch Mihms Rede vom 13.2.1922 vor den Fuldaer Eisenbahnern, in: *FNZ*, 15.2.1922.
 107 So die Fuldaer Zeitung im Rückblick auf die für das Zentrum prekären Kommunalwahlen 1924, in: *FZ*, 6.5.1924.
 108 Vgl. *FZ*, 24.7.1923.
 109 Zur defensiven Reaktion des Zentrums vgl. *FZ*, 5.4.1923.
 110 »Tief bedauerlich wäre es, wenn Leute, die bislang treu zur Zentrumspartei gestanden haben, durch armselige Redensarten wie: »die Wirtschaftspartei hat mit Politik nichts zu tun sich irre machen ließen.« *FZ*, 26.2.1921.
 111 Vgl. den Kommentar der Fuldaer Zeitung zur Kreistagswahl 1927 und zur Rolle der Wirtschaftspartei, die nach Zentrumsansicht in unterschiedlichem Gewande auftrat. Vgl. *FZ*, 15.6.1927.
 112 In den industrienahen Wohngebieten der Wahlbezirke 11 (Josephsheim: 10,1%), 4 (Oberrealschule: 8,4%) und 6 (Englische Fräulein: 8,7%) erreichte die Mieterpartei 1929 ihre besten Ergebnisse. Vgl. *FZ*, 19.11.1929.
 113 Vgl. *FZ*, 15.6.1927.
 114 Zum entsprechenden Vorgang im Liberalismus vgl. *Kühr*, Milieu, S. 29–134.
 115 Vgl. *Rohe*, Wählertraditionen, S. 134.
 116 *FZ*, 18.9.1925 (Hervorhebung im Original).
 117 Vgl. den Bericht der Kreistagung der Fuldaer Zentrumspartei, in: *FZ*, 14.2.1925. Die Stellungnahme des Generalsekretärs Neubauer zu den Ereignissen des Berliner Zentrumsparteitages, in: *FZ*, 26.1.1926. Vgl. *Zeender*, German Catholics and the Presidential Election.
 118 Zum Volksbegehren und zum Volksentscheid zur entschädigungslosen Fürsteneinteignung im März bzw. Juni 1926 vgl. *Schüren; Jung*, Demokratie; *ders.*, Volksgesetzgebung. Zur Haltung der Zentrumspartei in der Frage des Fürsteneigentums 1926 vgl. *West*, S. 187–217 sowie neuerdings *Ruppert*, Dienst, S. 210–227. Als regionalgeschichtliche Fallstudien vgl. *Horstmann*, Volksentscheid; *Weichlein*, Katholizismus.
 119 Zur wirtschaftlichen Lage der Fuldaer Industrie des Jahres 1926 vgl. den Geschäftsbericht der Fuldaer Industrie- und Handelskammer für das Jahr 1926, in: *FZ*, 4.1.1927;

- 8.1.1927; 9.1.1927; 27.1.1927; 28.1.1928; 29.1.1929; 30.1.1929. Zur Lage der Landwirtschaft vgl. den Bericht des christlichen Kurhessischen Bauernvereins, in: *Bauernstimme*, Jg. 3, 1926, Nr. 12/13 vom 27.3.1926, S. 31ff.
 120 Vgl. *Wenz*, Warum wir der Abstimmung fernbleiben?, in: *FZ*, 12.6.1926; Versammlungsbericht über eine Versammlung der Arbeiterzentrumswähler, in: *FZ*, 15.6.1926.
 121 So im Zentrumsaufruf gegen das Volksbegehren, in: *FZ*, 16.2.1926. Zur Agitation der Enteignungsbefürworter in Fulda vgl. *FZ*, 11.3.1926, 19.3.1926.
 122 Brief Richard Müllers an Wilhelm Marx vom 17.3.1926, in: *HStK*, Best. 1070 NL Wilhelm Marx Nr. 188, Bl. 51.
 123 Zur Unterstützung des Volksbegehrens durch den Kath. Arbeiterverein Hanau vgl. Vorwärts, 9.3.1926; *Frankfurter Zeitung*, 11.3.1926.
 124 Die »Umfrage über die gegenwärtige seelische Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland«, in: *Mitteilungen der Arbeiterpräsidien*, Jg. 4, 1926, S. 34–43. Auch in Fulda waren verschiedene große Streikbewegungen wie der Wachsarbeiterstreik 1922 von christlichen und sozialistischen Gewerkschaften gemeinsam durchgeführt worden.
 125 Vgl. *StDR*, Bd. 332, S. 17f.
 126 Brief Richard Müller an Reichskanzler Wilhelm Marx vom 19.7.1926, in: *HStK*, Best. 1070 Nachlass Wilhelm Marx Nr. 138, Bl. 32.
 127 Brief Richard Müllers an Reichskanzler Wilhelm Marx vom 23.6.1926, in: *HStK*, Best. 1070 NL Wilhelm Marx, Nr. 138, Bl. 105.
 128 Zur Schund- und Schmutzkampagne der Zentrumspartei vgl. *Weber*, Kampf.
 129 Zu den Zentrumsversammlungen im Fuldaer Land zur Paritätsfrage vgl. *FZ*, 8.12.1926; 11.1.1927.
 130 Vgl. *FZ*, 21.8.1926, 22.8.1926, 24.8.1926.
 131 Die Zentrumsstimmen gingen in den katholischen Landgemeinden des Landkreises Fulda bei der Reichstagswahl 1928 gegenüber den Wahlen vom Dezember 1924 um 2.839 Stimmen (= 15%) zurück.
 132 Zu den Wahlerfolgen Balthasar Mihms 1930 vgl. die Wahlanalysen in: *FZ*, 15.9.1930 und in: *Das Neue Volk*, Jg. 11, 1930, Reichsausgabe, 20.9.1930.
 133 Vgl. *Schauff*, S. 57ff., 70ff., 137ff.
 134 Vgl. *J. Schauff*, Die Schicksalskurve des Zentrums. Akute und chronische Krisen. Ungedrucktes Manuskript aus dem Sommer 1928, in: *Schauff*, S. 191–204. Zu Fulda vgl. *H. Bockel*, Wieviel Katholiken wählen Zentrum?, in: *FZ*, 6.1.1926.
 135 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 393ff. Zur Entwicklung der Zentrumsfolge im Kaiserreich vgl. *Weichlein*, Konfession sowie *ders.*, Kleinstadtgesellschaft.
 136 Vgl. *Schauff*, S. 174f.
 137 Vgl. auch die Berechnungen bei *Horstmann*, Reichspräsidentenwahlen sowie *Rohe*, Wählertraditionen, S. 131–134.
 138 Nach *Schauff* traf dies auch auf die preußischen Regierungsbezirke mit einer katholischen Bevölkerung zwischen 22,7 und 14,1% Oldenburg (1871: 212,4% u.ö.) und Hannover (1871: 168,9%) zu. Vgl. *Schauff*, S. 88.
 139 Vgl. *W. Jestaedt*, Die liberalen Richtungen oder »Freisinnigen«, in: *BuBlI*, Jg. 31, 1958, Nr. 16, S. 61f.
 140 Zum Fuldaer Zentrum in der Endphase der Weimarer Republik vgl. *K. Schönkäs*, »Christenkreuz über Hakenkreuz und Sowjetstern«. Die NSDAP im Raum Fulda, in: *Hennig*, Hessen, S. 127–179.
 141 Vgl. *Altermatt*, Katholizismus, S. 104ff., *ders.*, Subgesellschaft, S. 147f.

- 142 Vgl. *Letterhaus*, S. 5.
- 143 Zur Geschichte der sozialen Frage in der katholischen Kirche vgl. *Schneider*, Kirche; *ders.*, Christliche Arbeiterbewegung in Europa. Ein vergleichender Literaturbericht, in: *Tenfelde*, Arbeiter und Arbeiterbewegung, S. 477–506.
- 144 Vgl. *Letterhaus*, S. 13.
- 145 Vgl. *Fricke*, Parteien, Bd. 2, S. 113–145, 255–277; *ders.*, Lexikon, Bd. 2, S. 729–768; Bd. 3, S. 194–223, 228–240.
- 146 Zur Milieuintegration der katholischen Arbeiterschaft vgl. *C. Rauh-Kühne*, Arbeiterschaft in der katholischen Provinz (1918–1933). Politische Identität zwischen Konfession und Klassenlage, in: *Tenfelde*, Arbeiter im 20. Jahrhundert, S. 321–342, 327ff. sowie *Grebing*; *U. Schmidt*, Katholische Arbeiterbewegung zwischen Integralismus und Interkonfessionalismus: Wandlungen eines Milieus, in: *Ebbighausen* u. *Tiemann*, Ende, S. 216–239.
- 147 Vgl. die grundsätzlichen Darlegungen zur Bildungs- und Erziehungsarbeit im Katholischen Gesellenverein, in: *FZ*, 28.8.1928.
- 148 Zur Gründungsgeschichte vgl. *Wilhelm Fuchs*, 75 Jahre Fuldaer Gesellenverein, in: *FZ*, 19.9.1930. Der Schustergeselle Joseph Modest hatte in Köln das Wirken Kolpings aus nächster Nähe erlebt und gründete nach seiner Rückkehr nach Fulda den Fuldaer Gesellenverein.
- 149 Vgl. BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1.
- 150 Schreiben des Generalpräses Schweitzer an den Bischof von Fulda vom 25.9.1909, in: ebd. (Hervorhebung im Original).
- 151 Vgl. den Nachruf auf Pfr. Atzert, in: *BB*, 30.5.1923.
- 152 Vgl. BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1 (ohne Seitenzahl).
- 153 Vgl. die Aufstellung der Mitgliederzahlen in den einzelnen Dechanaten und Pfarreien, in: BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1.
- 154 Vgl. die Diskussionsspalten im ›Blatt der Jugend‹ (Beilage zur Fuldaer Zeitung), 15.1.1930, 22.1.1930, 29.1.1930 u.ö.
- 155 Vgl. *FZ*, 29.1.1930.
- 156 Vgl. das Abkommen zwischen den Generalpräses der Gesellenvereine und der Jünglingsvereine, in: Kirchliches Amtsblatt der Diözese Fulda, 23.1.1929 und das weitere Übereinkommen zwischen beiden Verbänden, in: *BB*, 9.8.1931.
- 157 Schreiben des erzbischöflichen Generalvikariates in Köln an das Fuldaer Generalvikariat vom 8.1.1929, in: BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1.
- 158 Vgl. *Hahner*, S. 181 sowie *Jestaedt*, S. 122ff.
- 159 Zum inneren Zwiespalt der kath. Standesvereine vgl. *Müller*, Standesvereine.
- 160 Vgl. *Hahner*, S. 181.
- 161 Darüber hinaus gab es andere Arbeiterorganisationen mit ähnlichen Zielsetzungen: Männervereine, Männer- und Arbeitervereine oder ›Bürgervereine‹. Vgl. *FS KAB* 1953, S. 10.
- 162 Vgl. *FS KAB* 1953, S. 11; *FZ*, 27.10.1925.
- 163 Auf dem Höhepunkt ihrer Mitgliederentwicklung vor dem Ersten Weltkrieg lasen 1750 der 4591 Mitglieder das Verbandsorgan (= 38,12%), die ›Westdeutsche Arbeiterzeitung‹. Vgl. *FS KAB-Fulda*, Fulda 1953, S. 10.
- 164 Zur Rolle der Christlichen Gewerkschaften im Gewerkschaftsstreit vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 172–211 sowie *Roder*, S. 151ff. Der Fuldaer Bischof bezog im Gewerkschaftsstreit eindeutig Position für die Kölner Richtung. Damit befand er sich im krassen Gegensatz zu seinem Vorgänger Georg Kopp, der als Fürstbischof von Breslau zusammen mit Bischof Korum aus Trier gegen die Kölner auftrat. Vgl. *Brack*.

- 165 Vgl. *Hahner*, S. 183.
- 166 Vgl. *FZ*, 20.9.1919. Zur Einigung des katholischen Arbeitervereinslagers vgl. *Roder*, S. 256ff.
- 167 Zur Haltung des Berliner Verbandes gegenüber der bischöflichen Empfehlung der Fuldaer Bischofskonferenz von 1919 vgl. *Aretz*, S. 17f.
- 168 *Joos*, Berufsarbeit, S. 17f. Zur religiös-sittlichen politischen Agitation vgl. auch *ders.*, Ideenwelt. Zu Joseph Joos vgl. *Wachtling*.
- 169 Zu den Auseinandersetzungen um die Programmatik der katholischen Arbeitervereine vgl. *Aretz*, S. 33–41.
- 170 Zum Konzept der sozialen Mentalitäten vgl. *Geiger*, S. 96.
- 171 Vgl. *Joos*, Ergebnisse.
- 172 Vgl. Vorwärts 9.3.1926; Frankfurter Zeitung 11.3.1926.
- 173 Vgl. *FZ*, 10.7.1932.
- 174 Zum Rückgang der Abonentenzahlen des Verbandsorganes WAZ in Fulda vgl. *FS KAB* 1953, S. 10f.
- 175 Vgl. Jahresbericht Katholische Arbeiter- und Männervereine der Diözese Fulda 1930, in: BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1.
- 176 Zur Überalterung der Arbeitervereine vgl. *Aretz*, S. 31f.
- 177 Jahresbericht 1930 der katholischen Arbeiter- und Männervereine der Diözese Fulda, in: BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc. 1.
- 178 Vgl. *Aretz*, S. 246.
- 179 Vgl. *FZ*, 2.10.1924.
- 180 Zu den Christlichen Gewerkschaften allgemein: *Schneider*, Gewerkschaften; *ders.*, Gewerkschaftsbewegung.
- 181 Vgl. den Beschluß der Bezirksdelegiertenkonferenz der katholischen Arbeitervereine in Fulda vom 28.9.1924, in: *FZ*, 2.10.1924.
- 182 Vgl. die Resolution des Bezirksdelegiertentages der katholischen Arbeitervereine des Bezirkes Fulda, in: *FZ*, 2.10.1924. Das Verbot der Mitgliedschaft in den Freien Gewerkschaften für katholische Arbeiter, in: Kirchliches Amtsblatt der Diözese Fulda, 28.11.1923.
- 183 Zum Begriff des ›ideellen Interesses‹ vgl. *Lepsius*, Interessen und Ideen.
- 184 Vgl. *BB*, 30.3.1919, *FZ*, 7.3.1922, 1.5.1920; Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1931; *MZ*, 20.10.1921.
- 185 Vgl. den Tarifabschluß in der Fuldaer Metallindustrie durch den Christlichen Metallarbeiterverband (*FZ*, 26.3.1919), im Fuldaer Malergewerbe (*FZ*, 5.5.1919) und in den Fuldaer Leder- und Schuhstoffwerken durch den Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter (*FZ*, 11.5.1919).
- 186 Vgl. *FZ*, 24.11.1920.
- 187 Vgl. *HStAM*, Best. 180 Nr. 1723; *FZ*, 19.2.1922, 7.3.1922; *BB*, 18.3.1922.
- 188 Vgl. *MZ*, 12.6.1920. Zum Klassenbewußtsein der Arbeiter in Großbetrieben vgl. *R. Wheeler*, Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Anmerkungen, in: *H. Mommsen* u.a., System, Bd. 1, S. 179–189, 186f.
- 189 Vgl. die Resolution der Kundgebung der Ortsgruppe des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, in: *FZ*, 22.1.1920.
- 190 *FZ*, 9.2.1920.
- 191 Vgl. *FZ*, 25.7.1920.
- 192 Vgl. *FZ*, 13.12.1920.
- 193 Vgl. *FZ*, 7.3.1922; *BB*, 1.5.1921

- 194 Zum christlichen Gedanken in den Christlichen Gewerkschaften vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 545f. Auf Reichsebene überwogen die katholischen Arbeiter in den Christlichen Gewerkschaften. Vgl. etwa die Angaben zum Christlichen Textilarbeiterverband ebd., S. 458.
- 195 FZ, 16.12.1924.
- 196 FZ, 19.3.1929.
- 197 So Georg Wieber, der Sohn des Fuldaer Gewerkschafter Franz Wieber, am 25. Jahrestag der Gründung der Christlichen Gewerkschaften 1924, in: FZ, 16.12.1924.
- 198 FZ, 19.3.1929.
- 199 Vgl. FZ, 25.7.1920.
- 200 Vgl. FZ, 30.8.1922.
- 201 Zum Festhalten der Christlichen Gewerkschaften an der Zentralarbeitsgemeinschaft vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 504ff.
- 202 FZ, 7.6.1920.
- 203 Im Jahr 1921 übertrafen die christlichen die sozialistischen Gewerkschaften sogar in der Zahl der Arbeitskämpfe (11,3% gegenüber 10,3%). Vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 594 (Tabelle 75).
- 204 So führten die Christlichen Gewerkschaften im Jahre 1924 nur noch 2,7% der Arbeitskämpfe gegenüber 10,8% beim ADGB. Vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 594.
- 205 Vgl. die Resolution der Diözesan- und Bezirksvorstände, sowie der Delegierten der katholischen Arbeiter-, Gesellen- und Jünglingsvereine und des christlichen Gewerkschaftskartells Fulda, in: FZ, 13.12.1920.
- 206 Vgl. die Resolution der Vertrauensmännerversammlung der Christlichen Gewerkschaften, in: FZ, 6.9.1921.
- 207 Vgl. Kirchliches Amtsblatt der Diözese Fulda, 28.11.1923.
- 208 So der christliche Gewerkschafter Stieler in seiner Rede auf dem Christlich-nationalen Arbeitertag in Rommerz. Vgl. FZ, 25.7.1920; vgl. auch BB, 6.3.1921.
- 209 Vgl. den Aufruf des Kartells der Christlichen Gewerkschaften für Fulda und Umgehend, am 1. Mai 1920 zu arbeiten, in: FZ, 29.4.1920.
- 210 Zum christlichen Solidarismus vgl. *Pesch*.
- 211 Vgl. FZ, 27.4.1922.
- 212 Zur Kritik am Konzept des christlichen Solidarismus vgl. H. *Jäcker*, Der christliche Sozialismus. Betrachtungen zur Theorie des Solidarismus, in: MZ, 25.6.1921, 2.7.1921.
- 213 Vgl. FZ, 27.4.1920.
- 214 Vgl. den Aufruf des Kartells der Christlichen Gewerkschaften für Fulda und Umgehend, in: FZ, 29.4.1920.
- 215 Vgl. FZ, 30.4.1920.
- 216 Vgl. den Entwurf zu einem katholischen Arbeiterprogramms, in: FZ, 23.10.1920.
- 217 Zu den Ereignissen während des Kapp-Putsches in Fulda vgl. *Berge*, Fulda.
- 218 Vgl. FZ, 17.3.1920.
- 219 Vgl. den Monatsbericht des Fuldaer Landrates an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 18.3.1920, in: HStAM, Best. 165 Nr. 1235, Bd. V, Bl. 319.
- 220 Zum Streikverbot vgl. FZ, 13.3.1920.
- 221 Zum nationalen Gedanken in den Christlichen Gewerkschaften vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 548ff.
- 222 Vgl. FZ, 31.8.1920, 26.8.1922, 30.8.1922.
- 223 FZ, 23.4.1926.

- 224 Zur Haltung der Christlichen Gewerkschaften zum Weimarer Staat vgl. *Schneider*, Gewerkschaften, S. 514ff.
- 225 Zu Franz Ehrhardt vgl. *Grebing*, Zentrum, Anhang, S. 4.
- 226 Franz *Ehrhardt*, Die deutsche Arbeiterschaft am Scheidewege, in: FZ, 23.1.1924, 24.1.1924.
- 227 Vgl. FZ, 24.1.1924.
- 228 Vgl. FZ, 10.8.1930 (Vortrag O.Müller).
- 229 Vgl. *Joos*, Ergebnisse.
- 230 Aus dem Bericht der Frankfurter Volksstimme zur Maifeier 1919 in Fulda zit: FZ, 5.5.1919. August Bebel hatte bei den Reichstagswahlen 1874 und 1877 in Fulda kandidiert.
- 231 FZ, 17.7.1927. Die häufigste landwirtschaftliche Betriebsform im Landkreis Fulda war der für die nebenerwerbliche Landwirtschaft typische Parzellenbetrieb.
- 232 Vgl. Preußische Statistik, Bd. 66A, S. 242ff.; Bd. 206/1, S. 314ff.
- 233 Vgl. *Hendon*.
- 234 Vgl. Gemeindelexika 1885, 1905 und 1925.
- 235 Vgl. hierzu *Barmeyer*, S. 24f.
- 236 Vgl. *Kapp*, S. 79f. Der Landwirtschaftliche Kreisverein wurde im Jahre 1851 gegründet. 1859 schloß er sich dem »Zentralverein für Kurhessen« an.
- 237 Zur Gründung und Geschichte der »Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Cassel« und der Raiffeisenvereine im Regierungsbezirk Kassel vgl. *Werth*, S. 252ff. Zum populistischen Antisemitismus Otto Böckels vgl. *Mack*; *Peal*.
- 238 Zum im Kulturkampf radikal gewordenen »Preßkaplan« Georg Friedrich Dasbach vgl. *Loth*, Bewegungen, S. 287 (dort weitere Literatur).
- 239 Zu den geistlichen Agitatoren in der Gründungszeit vgl. Bauernstimme, Jg. 5, 1928, S. 128. Der Initiator der Bauernvereinsbewegung im Hünfelder Land Dechant Engel galt als »streng ultramontan«. Vgl. *Jestaedt*, S. 56, 122, 168, 179.
- 240 Vgl. etwa den Auftritt des westfälischen Agrariers und Zentrumsabgeordneten Schorlemer-Alst auf dem 2. Bauerntag 1892 in Fulda in Bauernstimme, Jg. 5, 1928, S. 136. Zu Schorlemer vgl. *Mees*. Die in Fulda am 30.11.1892 gehaltene Rede des »Bauernkönigs« Schorlemer-Alst, in: Bauernstimme, Jg. 3, 1926, S. 138f.
- 241 Zur Entstehung der katholischen Bauernvereinsidee in Osthessen vgl. Bauernstimme, Jg. 5, 1928, S. 127f., 135f., 143f.
- 242 Mitgliederstatistik der Centralstelle der Bauernvereine erstellt vom Schriftführer und Kassierer Fuest (datiert auf den 18.2.1892) abgedruckt in: Bauernstimme, Jg. 5, 1928, S. 136. Zur Ermittlung der Organisationsquote wurden nach den kreisweiten Angaben der Altersstatistik zwei Drittel der männlichen Bevölkerung der betreffenden Gemeinden aus dem Jahre 1895 (Preußisches Gemeindelexikon, Bd. 11, Berlin 1897) zugrunde gelegt.
- 243 Zum ländlichen Populismus als einer sich neu herausbildenden Strömung im deutschen Katholizismus vgl. *Loth*, Bewegungen, S. 285–292.
- 244 Vgl. etwa den Bauerntag (= Bezirksbauernfest) 1925 in Büchenberg. Bauernstimme, Jg. 2, 1925, Nr. 32, 8.8.1925.
- 245 Zum Ausbau des weitverzweigten Darlehenssystems und zur Kapitalnot in der Landwirtschaft vgl. *Werth*. Angaben zum Schuldenstand und Organisationsstreben der katholischen Landwirte des Fuldaer Landes in: *von Frankenstein*, S. 258–320.
- 246 Bauernstimme, Jg. 5, 1928, S. 143.
- 247 FZ, 7.6.1919.
- 248 *Schumacher*, S. 118.
- 249 Vgl. *Cordes*, S. 71ff.

- 250 FZ, 15.12.1919.
 251 Zur Agitation des Landbundes vgl. BB, 8.2.1920.
 252 Vgl. BB, 8.2.1920; vgl. FZ, 12.5.1927, 25.12.1929.
 253 BB, 30.5.1920.
 254 BB, 8.2.1920. Zum heftigen Streit um die Organisation der katholischen Landwirte vgl. FZ, 4.8.1919, 31.5.1919; FT, 21.5.1920.
 255 Vgl. Bauernstimme, Jg. 5, 1928, S. 143f.
 256 Vgl. FT, 21.5.1920.
 257 Vgl. FZ, 2.8.1920.
 258 Vgl. die Resolution der Zentrumsparlei im Kreis Fulda zu den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Angriffen, in: FZ, 11.10.1920.
 259 Vgl. J. Joos, Bauer und Arbeiter, in: FZ, 12.3.1924.
 260 BB, 14.11.1920.
 261 Vgl. FZ, 17.3.1925.
 262 Vgl. Bauernstimme, Jg. 6, 1929, S. 25.
 263 Vgl. FZ, 8.12.1920.
 264 Vgl. H. Kroppenbergs SJ, Parität, in: Merkuria, Jg. 45, 1925, S. 202f.
 265 Vgl. Jestaedt, S. 125; 100 Jahre S.21. Zur Integration wirtschaftsliberaler Schichten in das katholische Sozialmilieu über den KKV vgl. Weichlein, Konfession, S. 223f.
 266 FS 100 Jahre KKV Fulda, S. 23.
 267 35jähriges Stiftungsfest am 19. u. 20. Oktober 1912, in: Protokollbücher der Generalversammlungen des KKV-Fulda 1909–1932, in: StA FD.
 268 Vgl. FS 50 Jahre KKV-Fulda, S. 52.
 269 Vgl. FS 100 Jahre KKV-Fulda, S. 47.
 270 Die Entschlüsse des Mitteldeutschen KKV-Gautages 1926 in Fulda in: FZ, 16.11.1926.
 271 Vgl. FS 50 Jahre KKV-Fulda, S. 45.
 272 Zu den geistlichen Leitern vgl. FS 100 Jahre KKV-Fulda, S. 47f.
 273 Vgl. Protokollbücher der Generalversammlungen des KKV-Fulda 1909–1932, in: StA FD. Zur Bekenntnistreue und weltanschaulichen Milieuintegration katholischer Mittelständler vgl. auch Weichlein, Konfession, S. 223f.
 274 Vgl. Protokollbücher der Generalversammlungen des KKV Fulda 1909–1932, in: StA FD.
 275 Vgl. ebd.
 276 Vgl. die GV vom 21.3.1911, in: ebd.
 277 Zu den aufschlußreichen Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung 1912 vgl. die KKV-Sitzungen vom 10.9. und 22.10.1912, in: ebd.
 278 H. Gresen, Politisierung der Angestelltenbewegung, in: Merkuria, Jg. 39, 1919, Nr. 9, 1.2.1919, S. 132.
 279 Vgl. FZ, 17.9.1919.
 280 Vgl. Merkuria, Jg. 39, 1919, Nr. 3, 1.6.1919, S. 34.
 281 Zum Vergewerkschaftungsbestreben unter den katholischen Angestellten vgl. Roder, S. 259f.
 282 Vgl. KKV-Sitzung vom 9.3.1920, in: Protokollbücher der Generalversammlungen des KKV-Fulda 1909–1932, in: StA FD. Die gemeinsame Vereinbarung zwischen KKV und DHV in: Merkuria, Jg. 39, 1919, Nr. 12, 15.3.1920. Zum DHV vgl. Hamel, S. 167–191.
 283 Der DHV verfügte 1921 in Fulda über 137, 1922 über 161 Mitglieder. Vgl. FZ, 2.2.1922.

- 284 Vgl. FS 50 Jahre KKV-Fulda; Adreßbuch der Stadt Fulda 1920.
 285 Zur Angestelltenpolitik des Fuldaer KKV vgl. FZ, 20.1.1926.
 286 Vgl. FT, 24.1.1922.
 287 Vgl. den Jahresbericht des Syndikus des Arbeitgeberverbandes Fulda und Umgebung 1929/30, in: FZ, 6.4.1930.
 288 Zu dieser Begrifflichkeit vgl. Neumann.
 289 Zum Begriff eines »organisationszentrierten Milieus« vgl. Kühn, Milieu, S. 29–134.
 290 Zum »Verein der Heiligen Familie« vgl. BistA FD, Best. 451, Nr. 01, Fasc.4. Die bischöfliche Empfehlung des Vereins in: Kirchliches Amtsblatt der Diözese Fulda, 18.1.1930.
 291 Vgl. Kühn, Milieus, S. 250; ders., Lokalpartei, S. 30f.
 292 Zum parlamentarischen Wirken Richard Müllers vgl. Loth, Katholiken, S. 32, 53, 106f., 110, 127 u.ö.; Weichlein, Zentrumsdemokrat.
 293 Vgl. Hömig, S. 223.
 294 Zu den Diözesanjugendtagen vgl. FZ, 12.9.1928. Zu den »Jugendpflegekursen« vgl. FZ, 19.9.1926; 19.5.1929. Daneben wurden Konferenzen der weiblichen Jugendvereine abgehalten. Vgl. FZ, 28.11.1929. Zur Sonnenwendfeier des Jungmännervereins 1929 vgl. FZ, 26.6.1929. Das Pfingstfest der Landjugend hatte 1929 seinen Höhepunkt in der Aufführung des Mysterienspiels »Abrahams Opfer«. Vgl. FZ, 22.5.1929. Zu den Massen- und Jugendgruppen am Ende der Weimarer Republik vgl. FZ, 6.3.1931 u.ö.
 295 Vgl. Leimbach.
 296 Vgl. die Beilage »Das Blatt der Jugend« (Beilage zur Fuldaer Zeitung). Zu den Aktivitäten der katholischen Jugend- und Jungmännervereine auf den Diözesankatholikentagen vgl. FZ, 6.6.1921 u.ö.
 297 FZ, 27.6.1927. Zum 3. Verbandstag der Deutschen Jugend- und Jungmännervereine in Fulda vom 25. bis 29.6.1924 vgl. Der Jugendverein, Jg. 15., 1924, Heft 1/3, S. 1ff.
 298 Vgl. FZ, 20.5.1931.
 299 Vgl. »Das Blatt der Jugend«, Beilage zur FZ, 15.1.1930 u.ö.
 300 Vgl. FZ, 11.9.1931; BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc.1.
 301 Zur geschichtlichen Entwicklung, Bedeutungszuwachs und Organisationsgeschichte der Freizeit vgl. Huck, Sozialgeschichte; Reulecke u. Weber, Fabrik.
 302 Leimbach, S. 12f.
 303 Zum sogenannten »Turnstreit« in Esslingen vgl. Rauh-Kühne, S. 157–168.
 304 Schreiben des »consilium a vigilanti« der Diözese München und Freising an das Generalvikariat Fulda 25. Mai 1929, in: BistA FD, Best. 455, Nr. 02, Fasc.1.
 305 Vgl. FZ, 20.5.1931.
 306 Vgl. ebd.
 307 So der DJK-Vorsitzende auf der 3. Reichsverbandssausschufstagung in Fulda am 28.12.1921, in: Deutsche Jugendkraft, Jg. 3, Februar 1922, S. 347.
 308 Vgl. Heitzer, S. 377; vgl. BistA FD, Best. 450, Nr. 00, Fasc.1.
 309 Vgl. Heitzer, S. 377.
 310 Vgl. BistA FD, Best. 450, Nr. 00, Fasc.1.
 311 So wurde ab 1.9.1922 ein Landessekretariat für Mitteldeutschland mit Zuständigkeit für Fulda in Frankfurt eingerichtet und die alte Organisationsstruktur entlang der Bistums- und Diözesangrenzen aufgegeben. Vgl. FZ, 26.8.1922; vgl. auch die Vorschläge zur »Reorganisation des katholischen Volksvereins«, in: FZ, 17.10.1928.
 312 Schreiben Richard Müller an das Bischöfliche Generalvikariat vom 8.9.1928, in: BistA FD, Best. 450, Nr. 00, Fasc.1.
 313 Ebd.

- 314 Antwortschreiben des Bischöflichen Generalvikariates an Richard Müller vom 24.9.1928, in: BistA FD, Best.450, Nr. 00, Fasc.1.
- 315 Vgl. *Rohkrämer*.
- 316 Vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 2, Bl. 215, 280. Der prozentuale Quotient zwischen Mitgliederzahl und Definitionsmenge (Männer über 20 Jahre) stellt die Organisationsquote dar. Zur Berechnung der Organisationsquote der Kriegervereine wurde der männliche Bevölkerungsanteil der betreffenden Gemeinden (vgl. Preußisches Gemeindelexikon, Jg. 1930, Bd. 11) über die geschlechtsspezifische Bevölkerungsstatistik der Landkreise (StDR, Bd. 401) heruntergerechnet.
- 317 Vgl. ebd. und FZ, 19.1.1920.
- 318 So etwa bei *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 438ff., bes. 441, 444.
- 319 Vgl. *Weber*, Wirtschaft, S. 278.
- 320 Entwurf für ein Pastorale über das katholische Vereinswesen, in: BistA FD, Best. 465, Nr. 03, Fasc.2, Bl. 2, 10.
- 321 So der Titel eines Artikels über den Volksverein, in: FZ, 12.11.1921.
- 322 Entwurf für ein Pastorale über das katholische Vereinswesen, in: BistA FD, Best. 465, Nr. 03, Fasc.2, Bl. 14f.
- 323 Allgemein vgl. hierzu *Ross; Evans*.
- 324 Vgl. die sozialdemokratische Analyse, in: KV, 23.6.1928.
- 325 *Loth*, Bewegungen schwankt zwischen beiden Positionen. Einerseits scheint er ebd., S. 285–304 einzelne Submilieus von katholischen Bauern, Arbeiter etc. anzunehmen. Andererseits betont sein Milieubegriff gerade die allen sozialen Gruppen »gemeinsamen Werte und/oder Interessen«. Vgl. ebd., S. 281 sowie *ders.*, Katholiken, S. 35. Zur Ambivalenz der Lothschen Koalitionstheorie vgl. *Anderson*, S. 710f.
- 326 Zum katholischen Vereinswesen, Verbänden, Katholischer Aktion und Katholikentagen vgl. jetzt zusammenfassend *Hürten*, S. 119–143.
- 327 *Hürten*, S. 131.
- 328 So *Neuendörfer*, S. 58.
- 329 Gegen *Hürten*, S. 131.

4. Linksliberalismus und konservative Scheinblüte

- 1 Zur Geschichte und Erosion des Liberalismus im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert vgl. *Sheehan*, Liberalismus; *Jones*, Liberalism. Zur fortschreitenden Radikalisierung seiner mittelständischen Trägerschichten nach rechts vgl. *Winkler*, Mittelstand.
- 2 Vgl. *Düding*, Antisemitismus; *Mack*.
- 3 Zu Marburgs politischer Entwicklung seit 1890 vgl. *Koshar*, Life, S. 59ff.
- 4 Vgl. *Langewiesche*, Liberalismus, S. 135f. mit *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 267ff.
- 5 Zu Nationalliberalen und Konservativen in Marburg vgl. *Koshar*, Life, S. 71f., im Reich *Langewiesche*, Liberalismus, S. 139.
- 6 Vgl. die Darstellung des Reichstagswahlkampfes in *von Gerlach*, S. 170ff. »His campaign used populist electoral techniques to disassemble party loyalties and recast them in new configurations.« *Koshar*, Life, S. 70.
- 7 Zum Marburger Neukantianismus vgl. U. *Sieg*, Die Geschichte der Philosophie an der Universität Marburg von 1527 bis 1970, Marburg 1988; *ders.*, Aufstieg und Niedergang des

Marburger Neukantianismus. Die Geschichte einer philosophischen Schulgemeinschaft, Würzburg 1994.

8 Zur Entwicklung der Vereine und Verbände in Marburg zwischen 1890 und 1914 vgl. *Koshar*, Life, S. 91–125.

9 Vgl. HLZ, 2.12.1918. Dieser Vorgang wiederholte sich wenige Tage später in Kassel. Vgl. KT, 12.12.1918.

10 Die etwa gleichzeitig entstandene Marburger DNVP zog im Unterschied zur DDP erheblich mehr akademische Kreise und höhere Verwaltungs- und Justizbeamte an. Vgl. die Unterzeichner des DNVP-Aufrufes, in: OZ, 24.12.1918.

11 Öffentliche Erklärung der Marburger DDP, in: OZ, 8.1.1919.

12 Vgl. HLZ, 4.1.1919.

13 Zur Gründung der Marburger DVP vgl. HLZ, 18.12.1918. Die DVP trat in Marburg an, »um allen Frauen und Männern, die eine kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des neuen Deutschland auf einer mittleren Linie erstreben, die Gelegenheit zu geben, Anschluß an eine Partei zu finden.« Ebd.

14 Zur DVP vgl. *Döhn*.

15 Zur politischen Entwicklung Marburgs in der Weimarer Republik vgl. *Seier*, Marburg. Zur Geschichte der DNVP vgl. *Liebe*.

16 Vgl. HLZ, 25.2.1919.

17 Vgl. OZ, 20.2.1919.

18 Die Kandidatenliste der DNVP/DVP, in: HLZ, 25.2.1919.

19 DDP-Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl, in: HLZ, 1.3.1919.

20 Vgl. HLZ, 1.3.1919.

21 OZ, 26.11.1918. Zur Marburger Achtstundenregelung ab dem 1.12.1918 vgl. HLZ, 21.11.1918.

22 OZ, 17.12.1918. Zum politischen Ort der Angestelltenorganisationen vgl. *Winkler*, Revolution, S. 273ff.

23 Vgl. OZ, 13.1.1919. Vgl. auch die Resolution des Marburger Bürgerrates, in: HLZ, 4.12.1918.

24 Vgl. HLZ, 3.3.1919. Zur politischen Radikalisierung der Studenten in Marburg vgl. *Weichlein*, Studenten, *Duderstadt*, *Selchow*.

25 So Justizrat Helf (Frankfurt a.M.) in seinem politischen Jahresbericht auf dem zweiten ordentlichen Parteitag der DDP im Wahlkreis Hessen-Nassau, in: KT, 15.7.1920.

26 Vgl. *Menk*.

27 Vgl. *Naumann*.

28 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 2, S. 791ff.

29 Zum demokratischen Deutschen Bauernbund vgl. *Albertin*, Liberalismus, S. 121ff.; *Schuhmacher*, S. 432ff., 434.

30 Vgl. HLZ, 1.11.1919, 28.11.1919, 3.1.1920, 5.6.1920, 12.6.1920, 10.4.1920, 24.5.1920.

31 Zu Trieschmann vgl. OZ, 17.1.1919.

32 Vgl. Bauernzeitung für Niederhessen und Waldeck, Jg. 2, 1920, Nr. 23, 3.6.1920.

33 Ebd., Nr. 24, 12.6.1920.

34 Die Liberalen hatten die Arbeit des AuSR maßgeblich bestimmt. Sie stellten mit Walter Troeltsch, dem Beamtenvertreter Ferdinand Erdenberger und dem Schreinermeister Friedrich Rose drei Vertreter im 16köpfigen AuSR (21.11.1918). Der Vorsitzende des AuSRs Bruno Poersch war vor 1914 eine führende Persönlichkeit in der Marburger Demokratischen Vereinigung gewesen. Vgl. *Mai*, Arbeiter- und Soldatenrat 1918/20.

- 35 Vgl. L. *Albertin*, Der unzeitige Parlamentarismus der Liberalen. Versäumnisse seiner parteiendemokratischen Fundierung, in: *ders.* u. *Link*, Parteien, S. 31–62. Zu den Ursprüngen dieses Politikverständnisses vgl. *Schieder*, Theorie.
- 36 Vgl. HLZ, 22.1.1920 (R. *Otto*, Das Wesen der Demokratie), 23.1.1920; 24.1.1920; 25.1.1920, 20.1.1919 (*ders.*, Was ist Demokratie).
- 37 P. *Ruß*, Die neue Revolution, in: HLZ, 14.10.1919.
- 38 H. *Weichelt*, Demokratische Weltanschauung, in: HLZ, 18.1.1919.
- 39 M. *Rade*, Demokratie und Weltanschauung, in: HLZ, 20.5.1919. Zur DDP in der Weimarer Republik vgl. *Schneider*, Deutsche Demokratische Partei.
- 40 Vgl. H. *Weichelt*, Zur Politisierung der Gemeindewahlen, in: HLZ, 13.2.1919.
- 41 Das Kommunalwahlprogramm der Marburger DDP, in: HLZ, 26.2.1919.
- 42 Zum Niedergang des Liberalismus vgl. *Langewiesche*, Liberalismus, S. 240–251 sowie *Sheehan*, Liberalismus, S. 259ff. sowie K.H. *Jarausch*, Die Krise des deutschen Bildungsbürgertums im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: *Kocka*, Bildungsbürgertum, Bd. IV, S. 180–205.
- 43 So der spätere Regierungspräsident von Kassel Ferdinand Friedensburg in seinen Lebenserinnerungen, S. 175.
- 44 Vgl. KT, 30.9.1921; 14.6.1922. Zur nationalen Politik in der DDP vgl. *Heß*.
- 45 Vgl. Preußischer Landtag. Stenographische Berichte, 16.2.1928, Sp. 24257ff.
- 46 Die Rundfunkvorträge Friedensburgs in: KT, 12.2.1930. Der Leiter der preußischen Bezirksverwaltung setzte sich für eine Verwaltungsreform ein. Vgl. KT, 11.6.1928; 4.6.1929; 1.11.1929.
- 47 Vgl. F. *Friedensburg*, Als Demokrat in der Staatspartei, in: KT, 5.9.1930.
- 48 Vgl. *Jones*, Sammlung.
- 49 Vgl. *Langewiesche*, Liberalismus; *Albertin*, Liberalismus; *Jones*, Liberalismus; *ders.*, Sammlung; J. *Kocka*, Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß, in: *Wehler*, Klassen, S. 137–165; H. *Mommsen*, Auflösung; M.R. *Lepsius*, Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: *Kocka*, Bürger, S. 79–100.
- 50 Zur »subkulturellen Unbehaustheit« des Liberalismus vgl. *Langewiesche*, Liberalismus, S. 134f., 240ff.; *Sheehan*, Liberalismus.
- 51 Vgl. die Verhandlungen des DDP-Bezirksparteitages für Kurhessen und Waldeck vom 31.10.1920 in Kassel, in: KT, 1.11.1920.
- 52 Vgl. *Friedensburg*, Lebenserinnerungen; *ders.*, Jahre; *ders.*, Politik. Ferdinand Friedensburg schrieb eine der ersten zusammenfassenden Darstellungen der Geschichte der Weimarer Republik. Vgl. *ders.*, Republik.
- 53 Vgl. H. *Mommsen*, Auflösung, S. 14.
- 54 So das Ergebnis der Wahlen auf dem DDP-Bezirksparteitag 1928 in Kassel. Vgl. KT, 26.3.1928.
- 55 Zur Abwendung mittelständischer Schichten von der Weimarer Republik vgl. *Winkler*, Mittelstand.
- 56 Zu Christian Liebermann vgl. die Gedenkartikel zu seinem 100. Geburtstag, in: HSZ, Jg. 65, 1921, S. 117; *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 36.
- 57 Vgl. die Gedenkartikel zu Kimpels Tode im Januar 1928, in: HSZ, Jg. 72, 1928, Nr. 1, 6.1.1928; KT, 6.1.1928.
- 58 Kimpel konnte sich bei der liberalen Kandidatenkür gegen den Marburger Theologieprofessor Martin Rade durchsetzen. Er erhielt ein Viertel der abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen. Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 257.

- 59 Das Disziplinarverfahren endete zwar mit Freispruch. Dennoch wurde Kimpel verurteilt, »weil er sich nicht gescheut habe, in einer öffentlichen Versammlung neben einem sozialdemokratischen Redner aufzutreten, und daß er als Vorsitzender des Wahlvereins der Liberalen in Kassel eine Bemerkung, daß im Kampfe gegen die Reaktion die Sozialdemokratie das kleinere Übel sei, nicht gerügt habe.« KSZ, Jg. 68, 1924, Nr. 41, 28.11.1924.
- 60 Zur politischen Orientierung der einzelnen Gruppen in der Lehrerschaft vgl. *Bölling*, Volksschullehrer, S. 82ff.; *ders.*, Sozialgeschichte, S. 125ff., 132.
- 61 Th. *Kimpel*, Freiheit, die ich meine, in: HSZ, Jg. 62, 1918, Nr. 46 (9.11.1918), S. 389f. Vgl. OZ, 7.12.1918.
- 62 HSZ, Jg. 62, 1918, Nr. 53, 28.12.1918, S. 446. Zur Politik der Lehrerverbände 1918/19 vgl. *Bölling*, Volksschullehrer, S. 126ff.
- 63 So der Bericht über die Jubelversammlung des Hessischen Volksschullehrervereins in Kassel am 6.–8.10.1919, in: HSZ, Jg. 6, 1919, Nr. 42, 18.10.1919, S. 411.
- 64 HSZ, Jg. 63, 1919, Nr. 6, 8.2.1919.
- 65 Vgl. den Bericht über den Bezirksparteitag der DDP 1921, in: HP, 3.10.1921.
- 66 Vgl. Th. *Kimpel*, Auf der Warte, in: HSZ, Jg. 63, 1919, S. 258.
- 67 Zur gewerkschaftlichen Orientierung der Lehrer vgl. *Bölling*, Volksschullehrer, S. 99ff.
- 68 Vgl. HSZ, Jg. 64, 1920, Nr. 41, 9.10.1920, S. 370f.; Jg. 63, 1919, Nr. 47, 22.11.1919, S. 457ff.; Jg. 64, 1920, Nr. 3, 17.1.1920, S. 25ff.; Jg. 65, 1921, S. 57.
- 69 Vgl. HSZ, Jg. 64, 1920, Nr. 1, 3.1.1920, S. 1ff.
- 70 Vgl. OZ, 3.5.1924.
- 71 Vgl. ebd.
- 72 HSZ, Jg. 69, 1925, Nr. 1, 16.1.1925.
- 73 Vgl. HSZ, Jg. 69, 1925, Nr. 2, 23.1.1925.
- 74 Vgl. HSZ, Jg. 70, 1926, Nr. 13, 16.4.1926.
- 75 Neben ihm bestanden noch der Hessische Lehrerinnenverein, der katholische Lehrerverein und der katholische Lehrerinnenverein sowie die Israelitische Lehrerkonferenz.
- 76 Zu den materiellen Bedingungen der deutschen Lehrer in der Weimarer Republik vgl. *Bölling*, Sozialgeschichte, S. 116ff.
- 77 Vgl. KT, 4.10.1926.
- 78 Vgl. *Bölling*, Volksschullehrer, S. 205; *Breyvogel*, Lehrer; *Krause-Villmar*.
- 79 Vgl. KT, 6.1.1927. Zur materiellen Notlage der Lehrer und dem verbandlichen Hilfskassensystem vgl. die Haupt- und Vertreterversammlung des Hessischen Volksschullehrervereins vom 11.–13.4.1927 in Kassel, in: HSZ, Jg. 71, 1927, Nr. 15, 28.4.1927, S. 237ff.
- 80 Schon der Volksschullehrertag 1920 in Melsungen war ganz den Besoldungsfragen gewidmet. Vgl. KT, 3.10.1920.
- 81 Zu den Besoldungsgesetzen 1927/28 in Preußen und ihren Folgen in den Lehrervereinen vgl. *Breyvogel*, Lage, S. 16ff.
- 82 Vgl. *Wunder*, S. 110ff.
- 83 Zum Verhältnis der Beamtschaft zur DDP vgl. *Langewiesche*, Liberalismus, S. 247f. Zum Deutschen Beamtenbund vgl. *Kunz*, Servants.
- 84 Vgl. OZ, 3.5.1924.
- 85 Vgl. *Neußß-Hunkel*, S. 42; HP, 23.2.1921.
- 86 Vgl. HP, 30.9.1921.
- 87 Vgl. die Leitartikelserie »Der Staat und die Beamten«, in: KT, 21.12.1921 u.ö.
- 88 Vgl. KT, 28.12.1921, 23.12.1921.
- 89 Vgl. KT, 30.12.1921.
- 90 HLZ, 31.5.1922. 91 Vgl. HP, 22.9.1922. 92 Vgl. KT, 10.8.1923.

- 93 Vgl. Beamten-Nachrichten, 1928/29, S. 29.
 94 Vgl. Kunz, Stand.
 95 Vgl. die Tagung der Kommunalbeamten vom 1.3.1925 in Kassel, in: KT, 6.3.1925.
 96 Vgl. HSZ, Jg. 68, 1924, Nr. 2, 11.1.1924; Beamten-Nachrichten, 1930, Nr. 11 (Nov. 1930).
 97 Vgl. HSZ, Jg. 67, 1923, Nr. 12, 24.4.1923; Jg. 68, 1924, Nr. 11, 28.3.1924.
 98 Vgl. die Tätigkeitsberichte des Provinzkartells und des Ortskartells, in: Rundschau, 1928; Beamten-Nachrichten, 1929ff.
 99 KT, 19.1.1919 (Hervorhebung im Original).
 100 Zur politischen Entwicklung der selbständigen Gewerbetreibenden vgl. H.A. Winkler, Vom Protest zur Panik: Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik, in: ders., Liberalismus, S. 99–109, 103f.
 101 Vgl. hierzu Peal, 140ff.; Rohe, Wählertraditionen, S. 100f. und Düding, Antisemitismus. Zur Entstehung der Raiffeisengenossenschaften in Kurhessen vgl. Werth; Cordes.
 102 Vgl. Klein, Hessen, Bd. 2; StDR, Bde. 321 u. 427.
 103 Vgl. Naumann.
 104 Vgl. Studier; Kampe, S. 60ff., 111ff.; Nipperdey, Arbeitswelt, S. 582ff. sowie Titze, Überproduktion.
 105 Vgl. H.A. Winkler, Der rückversicherte Mittelstand: Die Interessenverbände von Handwerk und Kleinhandel im deutschen Kaiserreich, in: ders., Liberalismus, S. 83–98, 98; zum corpsstudentischen Hintergrund der studentischen Radikalisierung nach 1918 vgl. Schwarz, S. 58ff. und Jarausch, Studenten, S. 141ff.
 106 Titze, Hochschulen, S. 212.
 107 Vgl. Winkler, Nationalismus, S. 80.
 108 Vgl. Koshar, Life, S. 150ff. Vgl. hierzu auch ders., Stammtisch.
 109 Zur wirtschaftlichen Hintergrund der studentischen Radikalisierung nach 1918 vgl. Schwarz, S. 58ff. und Jarausch, Studenten, S. 141ff.
 110 Vgl. Weingartner. Zur völkischen Radikalisierung der deutschen Studentenschaft vgl. U. Herbert, »Generation der Sachlichkeit«. Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Bajohr, S. 116–144 und Weichlein, Studenten.
 111 Vgl. OZ, 14.1.1919. Vgl. hierzu Duderstadt sowie das Logbuch 41 von B. v. Selchow, in: Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg, Best N428/41 und dessen Memoiren: Selchow.
 112 Vgl. Muth; Schumacher, S. 90ff.
 113 MacDonald, S. 84.
 114 Vgl. Cordes, S. 72. Zur Marburger Organisationsbewegung vgl. KSB, 25.5.1919.
 115 Vgl. KSB, 21.3.1920.
 116 Zu den Wurzeln der Landbundbewegung vgl. Ullmann, S. 146f.
 117 Zur Organisation landwirtschaftlicher Interessen nach 1918 vgl. Flemming; Schumacher; Poppinga, Bauern.
 118 Zur Gründungsgeschichte des Kurhessischen Landbundes vgl. Cordes, S. 71ff.
 119 Vgl. KSB, 28.12.1919.
 120 Zur Organisationsgeschichte der christlichen Bauernvereine vgl. v. Crone-Münzebrock.
 121 Vgl. Cordes, S. 73.
 122 Vgl. KBZ, Jg. 3, 1921, Nr. 1, 2.1.1921.
 123 Folgende Organe wurden hierfür ausgewertet: Der Landmann, Bauernzeitung für Niederhessen und Waldeck, Kurhessische Bauernzeitung, Kurhessischer Landbund, Oberhessische Bauernzeitung.

- 124 Vgl. KBZ, Jg. 3, 1921, S. 1. Vgl. ebenso die Angaben in Bauernzeitung, Kurhessischer Landbund, Oberhessische Bauernzeitung.
 125 Stellungnahmen zu sozialdemokratischen Organisationsversuchen in der Landwirtschaft in: Bauernzeitung für Niederhessen und Waldeck, Jg. 2, 1920, Nr. 23, 5.6.1920; Nr. 19ff., 8.5.1920; Nr. 37, 11.9.1920.
 126 Vgl. Bauernzeitung, Jg. 2, 1920, Nr. 23, 5.6.1920. Zum DVP-Reichstagsabgeordneten Karl Hepp vgl. Schumacher, S. 464ff., 489, 517.
 127 Bauernzeitung, Jg. 2, 1920, Nr. 23, 5.6.1920.
 128 KBZ, Jg. 3, 1921, Nr. 7, 13.2.1921.
 129 Zur schwarz-weiß-roten Einstellung des Landbundes vgl. KLB, 1924, Nr. 49, 7.12.1924.
 130 Zur direkten Demokratieausübung in der Weimarer Republik vgl. Jung, Demokratie; ders., Volksgesetzgebung.
 131 Vgl. KLB, Jg. 7, 1925, Nr. 17, 26.4.1925; OBZ, Jg. 3, 1925, Nr. 28, 17.7.1925.
 132 OBZ, Jg. 4, 1926, Nr. 24, 19.6.1926.
 133 Vgl. KLB, Jg. 9, 1927, Nr. 18, 1.5.1927 (DNVP-Reichstagsabgeordneter Bürgermeister Lind).
 134 Boetticher, Bauerntum, Kultur und Staat, in: KLB, Jg. 8, 1926, Nr. 16, 18.4.1926.
 135 Vgl. KLB, Jg. 8, 1926, Nr. 18, 2.5.1926.
 136 Vgl. Lind, Die Dauerkrise der Landwirtschaft, in: KLB, Jg. 8, 1926, Nr. 21, 23.5.1926.
 137 Vgl. KSB, 7.7.1929 sowie die Gedenkartikel zum 70. Geburtstag, in: ebd., 21.11.1926.
 138 Vgl. KLB, Jg. 9, 1927, Nr. 40, 2.10.1927.
 139 Vgl. KLB, Jg. 8, 1926, Nr. 22, 30.5.1926. Zur Verschlechterung der Wirtschaftslage in der kurhessischen Landwirtschaft vgl. die regelmäßigen Berichte »Die Lage der Landwirtschaft«, in: KLB, Jg. 8ff., 1926ff.
 140 Zum agrarisch-konservativen Forderungskatalog während der Agrardepression vgl. Gessner.
 141 Vgl. die Stellungnahme des Präsidenten des Reichslandbundes, des hessischen Landwirtes Hepp »Staatspolitische Verantwortung der freien landwirtschaftlichen Organisation«, in: KLB, Jg. 8, 1926, Nr. 35, 29.8.1926 sowie seine Rede »Die Stellung der Landwirtschaft im Staat«, in: ebd., Nr. 49, 5.12.1926.
 142 Vgl. das Programm der CNBL, in: OBZ, Jg. 6, 1928, Nr. 12, 24.3.1928 sowie »Das Landvolk und die Parteien«, in: ebd., Nr. 20, 19.5.1928.
 143 Reichstagsabgeordneter Döbrich (Buchenhof), Zur Gründung der Christlich-nationalen Bauern und Landvolkpartei, in: OBZ, Jg. 6, 1928, Nr. 19, 12.5.1928.
 144 Vgl. die Liste der Kandidaten für die Reichs- und Landtagswahlen 1928, in: KLB, Jg. 10, 1928, Nr. 18, 29.4.1928.
 145 Zum Anschluß Waldecks an Preußen vgl. Menk; zum Aufstieg der Nationalsozialisten in Waldeck methodisch völlig unzureichend G. Steiner, Waldecks Weg ins Dritte Reich. Gesellschaftliche und politische Strukturen eines ländlichen Raumes während der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches, Kassel 1990.
 146 Vgl. KV, 22.2.1921; 30.11.1925; KT, 18.11.1929.
 147 Vgl. KT, 18.11.1929.
 148 Vgl. OBZ, Jg. 7, 1928, Nr. 6, 9.2.1929.
 149 Vgl. H. Lind, Landvolk auf zum Wahlkampf, in: KLB, Jg. 12, 1930, Nr. 35, 31.8.1930; ders., »Geeintes Landvolk«, in: ebd., Nr. 37, 14.9.1930.

- 150 Zur Geschichte der Kasseler Landeskirche vgl. *Hederich*.
- 151 Zum Gegensatz zwischen liberalem und orthodox-positiven Christentum vgl. *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 475ff. Zu den Marburger kulturprotestantischen Traditionen vgl. jetzt *Hübinger*, Kulturprotestantismus, passim. Zur ›Hessischen Renitenz‹ vgl. *Sälter*. Noch in der Weimarer Republik verfügte die hessische Renitenz über ein eigenes publizistisches Organ, ›Kirche und Welt‹, das zum Jahresende 1924 sein Erscheinen einstellte.
- 152 Zum Pastorenationalismus vgl. *Nipperdey*, Arbeitswelt, S. 487ff.; *Dahm*, Pfarrer; *ders.*, Protestantismus.
- 153 Vgl. KSB, 7.7.1929.
- 154 Vgl. den Gedenkartikel des Dekans *Lehr* (Gladenbach), Adolf Stöcker und unsere Zeit, in: KSB, Jubiläumsausgabe 50 Jahre, 7.7.1929, S. 18f.
- 155 Pastoralblatt, Jg. 27, 1918, 11.
- 156 Vgl. *Jacke*, S. 423ff.
- 157 Zum Werdegang Dithmars vgl. KSB, 7.11.1926.
- 158 KSB, 19.1.1919. (Hervorhebung im Original). Auch die Kriegsgebete in der evangelischen Sonntagspresse wurden bis ins Jahr 1919 hinein fortgesetzt.
- 159 Vgl. *Lehr*, Der Kampf um die Schule, in: KSB, 18.5.1919.
- 160 KSB, 8.4.1928. Invektiven, die später angeklagt wurden, enthielten auch die Nummern vom 19.2.1928 und vom 1.4.1928.
- 161 Vgl. KSB, 5.5.1929. Zum Prozeß gegen *Lehr* vgl. auch *Wright*, S. 96.
- 162 Vgl. die Kritik in Frankfurter Zeitung, 17.4.1928.
- 163 Vgl. OBZ, Jg. 7, 1929, Nr. 17, 27.4.1929.
- 164 Vgl. KSB, 25.5.1919, 22.2.1920.
- 165 Vgl. hierzu *Arndt*.
- 166 Vgl. etwa den Nachruf auf Otto Böckel, in: KSB, 30.9.1923 oder auf den Antisemiten Ludwig Werner, in: KSB, 4.2.1923 u. 11.2.1923.
- 167 Vgl. KSB, 18.11.1923.
- 168 Vgl. Die evangelische Gemeinde, Jg. 1ff., 1925ff.; Gemeindeblatt für die Freiheitsgemeinde Cassel, 1918–1931; Hanauer Evangelisches Gemeindeblatt, Jg. 8, 1918 – Jg. 20 1930; Das Evangelische Hanau, Jg. 21, 1931 – Jg. 24, 1933; Gemeindeblatt der evangelisch-reformierten Gemeinde der Stadt- und Universitätskirche Marburg, Jg. 1ff., 1919ff.; Lutherischer Gotteskasten in Kurhessen. Neunter Bericht 1915–1921, Rinteln 1921.
- 169 Vgl. *Ritter*, Handbuch, S. 352.
- 170 Vgl. *Hölscher*, Weltgericht; *ders.* Religion; *Greschat*.
- 171 Vgl. die rückblickenden Artikel anlässlich der 40-Jahrfeier zur Geschichte des Evangelischen Bundes in Kurhessen, in: KSB, 28.9.1930; KT, 7.10.1930; KP, 2.10.1930. Zur Geschichte des Evangelischen Bundes und zum Forschungsstand vgl. *Fleischmann-Bisten*.
- 172 KSB, 5.10.1930 (Hervorhebung im Original).
- 173 KSB, 24.4.1932.
- 174 Zur Geschichte der Kriegervereine im Kaiserreich vgl. *Rohkrämer*, *Zimmermann*.
- 175 Vgl. die Kriegervereinsstatistik in: OZ, 9.8.1927.
- 176 Vgl. ebd.
- 177 Vgl. KP, 1.5.1930. Zu den Organisationsquoten vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 4 (1931–1932), Bl. 165ff.
- 178 Vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 4, Bl. 180ff.
- 179 So etwa beim Verbandsfest des Kreiskriegerverbandes Ziegenhain 1929. Vgl. KP, 30.6.1929; 1.7.1929.

- 180 KP, 20.1.1924.
- 181 Vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 1, Bl. 250ff.
- 182 Zur absolutistischen Integrationspartei NSDAP vgl. nach wie vor *Neumann*, S. 73ff.
- 183 Zur Unterscheidung von Einstellung und Vorstellung vgl. *Rohe*, Wahlanalyse. Zum Nationalismus vgl. *Winkler*, Nationalismus.
- 184 *H. Duderstadt*, Nach der Wahl, in: HLZ, 10.6.1920.
- 185 Vgl. *Ritter*, Parteien, S. 65ff.
- 186 Die Nähe des politischen Liberalismus zur vorindustriellen Gesellschaft betont *Gall*, Kritisch hierzu: *W.J. Mommsen*.
- 187 Zur Kasseler Parteigründung der DDP aus Nationalliberalen und Fortschrittlicher Volkspartei unter ihrem Vorsitzenden *Lehrer Mütze* vgl. KT, 12.12.1918.
- 188 *M. Wenck*, Die nächste Aufgabe, in: HLZ, 30.1.1919.
- 189 Vgl. etwa den Vortrag von *Chr. Schwebel*, Die gegenwärtige Krisis auf dem Lande und die Aufgaben, die sie Staat und Kirche stellt. Vortrag gehalten auf dem Hessischen Dorfkirchentag im September 1932 in Kirchhain, o.O. o.J.

5. Das sozialdemokratische Arbeitermilieu

- 1 Nachweis bei *Schröder*, Reichstagsabgeordnete, S. 1056. Wagner war Konsumvereinsvorsitzender in Kassel gewesen.
- 2 Zu den sozialgeschichtlichen Hintergründen der Arbeiterkulturen in Hanau und Kassel vgl. auch *Weichlein*, Politische Kultur und Wählerverhalten.
- 3 Zur Gründungsgeschichte der ADAV-Ortsgruppe Kassel vgl. *Summa*, 230ff. und *Frenz u. Schmidt*, S. 19ff.
- 4 Vgl. *Beier*, S. 519f.
- 5 Vgl. *Summa*, S. 250.
- 6 Vgl. KV, 3.3.1925; »Auch für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler war er [sc. Friedrich Ebert] tätig und war Organisator und Leiter eines Streiks, der bei der Firma Börner ausgebrochen war.«
- 7 Vgl. *Summa*, 257.
- 8 Vgl. *Frenz u. Schmidt*, 50ff.; *Thiele*; *Summa*, S. 230ff.; *Höpken*, S. 44ff.
- 9 Vgl. hierzu allgemein *Ritter* u. *Tenfelde*, Arbeiter, S. 196f.
- 10 Zu Ohle vgl. GehStAB Rep.77, Nr. 4840 (NL Friedensburg).
- 11 Vgl. *Hennig*, Oberzwehren; *ders.*, Hessen, S. 379–432; *ders.* u. *Kieserling*, Fabrik; *Kammerer*. Zur Geschichte der nordhessischen Arbeiterbewegung vgl. auch *Beier*; *Frenz u. Schmidt*; *Höpken*; *Homeister*; *Tappe*, Geschichte.
- 12 Bericht über die Wahlarbeit im Bezirk Hessen-Waldeck an die KPD-Zentrale (21.5.1928), in: IfGA-ZPA I/3/23/32, Bl. 57.
- 13 So Philipp Scheidemann in seiner Begrüßungsansprache auf dem Reichsparteitag der MSPD 1920 in Kassel, in: SPD-Parteitagprotokoll 1920, S. 5f.
- 14 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 105ff.; Bd. 2, S. 661ff., 709ff.
- 15 Vgl. *Summa*, S. 259.
- 16 Vgl. hierzu *G. Thöne*, Eschwege als Vorort der sozialdemokratischen Organisation im Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen, in: KV, 23.9.1925.
- 17 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 105ff.; Bd. 2, S. 661ff., 709ff. sowie die betreffenden Wahlangaben im Hersfelder Tageblatt, der Hersfelder Volksstimme und im KV.
- 18 Zum parteigeschichtlichen Hintergrund vgl. *Ritter*, Sozialdemokratie; *ders.*, Aufstieg.

19 Vgl. hierzu E. Hennig, Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke, in: *Best*, Politik, S. 119–154.

20 Vgl. hierzu *Mai*, Marburger Arbeiter- und Soldatenrat und die Militärpolitik.

21 Vgl. KV, 12.5.1919.

22 Vgl. Hennig u. Kieserling, Fabrik, S. 316ff.

23 Die Ortsgrößenklassen wurden nach den Einwohnerzahlen der Volkszählung 1925, die agrarischen Bevölkerungsanteile nach der Volkszählung 1933 ermittelt. Für den Landkreis Kassel wurden die drei Ortsgrößenklassen (unter 1.000 Einw., zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern; über 2.000 Einwohnern) gewählt, weil sich die Landkreisbevölkerung zu etwa gleichen Teilen auf diese Gemeindegößen verteilte. In einer vergleichenden Untersuchung der Januarwahlen 1919 im Landkreis Kassel nach den Ortsgrößenklassen, die sechs Größenklassen in Schritten zu jeweils 500 Einwohnern zugrunde legte, schnitt die MSPD in den Gemeinden mit zwischen 1.500 und 2.000 Einwohnern am besten ab (79,3%). In den statistischen Städten mit über 3.000 Einwohnern erzielte sie bei dieser Untersuchung ein Ergebnis von 71,1%.

24 Der Landkreis Kassel wurde nach drei Ortsgrößenklassen untersucht: Gemeinden unter 1.000 Einwohner, zwischen 1.000 und 2.000 und über 2.000 Einwohner. Der Anteil der agrarischen Bevölkerung wurde als unterdurchschnittlich angesetzt, wenn er unter dem Kreisdurchschnitt von 20% landwirtschaftlicher Bevölkerung (Volkszählung 1933) lag, als überdurchschnittlich, wenn er über 20% lag.

25 In unterdurchschnittlich agrarischen Gemeinden (weniger als 20% Landvolk) wurde die MSPD zu 74,7%, in den Gemeinden mit mehr als 20% Landvolk zu 77,7% gewählt. Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 2, S. 661ff., 709ff.; Hennig u. Kieserling, Fabrik, S. 316ff.

26 Vgl. *Homeister*, S. 71, 142ff.

27 Vgl. ebd., S. 142ff. Homeister wertete das Adreßbuch auf die Sozialstruktur der vier Eschweger Wahlbezirke hin aus. Da sich die Zahl der Wahlbezirke 1920 auf sieben erhöhte, kann aus methodischen Gründen die Radikalisierung der Eschweger Arbeiterschaft nur für die drei Wahlen von Januar bis März 1919 nachgezeichnet werden.

28 Zur signifikant höheren USPD-Stimmabgabe in Gemeinden mit einer durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebsfläche von weniger als 5 ha vgl. ebd., S. 69. Zur nebenerwerblichen Landwirtschaft der Arbeiter im Landkreis Eschwege vgl. *von Schutzbar*, *Allmeroth*, S. 20ff.

29 Schreiben der örtlichen USPD-Leitung an die MSPD, in: *Volkswacht* (USPD-Organ), 21.2.1919, zit. in: *Homeister*, S. 71.

30 H. Langer, Die wirtschaftliche und soziale Gliederung im Kreis Eschwege, in: KV, 23.9.1925.

31 Vgl. *Höpken*, S. 164f.

32 In den Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern nahm die Wählerschaft der MSPD um 40,5% ab, während sie in Gemeinden mit unter 1.000 Einwohnern nur um 32,6% zurückging.

33 Gemeinden mit weniger als 20% Agrarbevölkerung verzeichneten einen Stimmrückgang für die MSPD um 37,1%, während die Sozialdemokraten in den überdurchschnittlich agrarischen Gemeinden nur um 33% abnahmen.

34 Vgl. *Frenz* u. *Schmidt*, S. 132.

35 KV, 22.2.1921.

36 Vgl. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie Jg. 1929, S. 184; Jg. 1930, S. 210.

37 Vgl. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie Jg. 1929, S. 194; Jg. 1930, S. 210.

38 Vgl. KV, 14.2.1929, 18.4.1931, 18.3.1932.

39 Vgl. Geschäftsbericht des SPD-Bezirksverbandes 1930, S. 60.

40 Vgl. den Geschäftsbericht 1930 des SPD-Bezirksverbandes Hessen-Kassel, in: KV, 18.3.1932; *Kammler*, Ausgangslage, S. 319.

41 Vgl. Neue Arbeiterzeitung, 19.5.1932.

42 Zu Quer vgl. K.A. Quer, Die »Sonderorganisation« des Preussischen Junglehrerverbandes, in: H SZ, Jg. 64, 1920, S. 426f.

43 Askevold gehörte zu den Gründern der Kasseler religiösen Sozialisten. Vgl. KV, 4.7.1921. Zur pazifistischen Richtung in der Kasseler Sozialdemokratie vgl. *Lüttgemeier-Davin*, der jedoch ebd., S. 142 keine Verbindung Askevolds zu den religiösen Sozialisten sieht. Zur pazifistischen Grundeinstellung Askevolds vgl. I. *Askevold*, Sport, Sozialismus und Völkerverständigung, in: KV, 1.8.1930.

44 Zum Kasseler ISK vgl. *Kammler*, Ausgangslage, S. 316–318. Zur SAP ebd., S. 319–322.

45 Zu den prominentesten Kasseler Mitgliedern des Republikanischen Lehrerbundes gehörten neben Hein Herbers der sozialdemokratische Pädagoge, Schulpolitiker und Oberschulrat Deiters, der Pädagoge Askevold und August Fricke. Vgl. *Lüttgemeier-Davin* S. 134f.

46 Vgl. Kasseler Volksblatt; *Höpken*, S. 36; *Frenz* u. *Schmidt*, S. 95.

47 Die Mitgliederzahl stieg von etwa 1.500 (1918) auf ca. 15.000 (1919) an.

48 KV, 12.5.1919. 163.000 Wählern der MSPD standen zu Jahresanfang 1919 etwa 15.000 Mitglieder gegenüber.

49 Vgl. *Frenz* u. *Schmidt*, S. 152. Vgl. Bericht des SPD-Ortsvereins Kassel 1928, S. 13f.

50 Vgl. Geschäftsbericht 1930 des SPD-Bezirksverbandes Hessen-Kassel; Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie Jg. 1930.

51 Vgl. Geschäftsbericht des SPD-Bezirksverbandes Hessen Kassel, 1930, S. 59; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie Jg. 1930, S. 195. Zum soziologischen Bild der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik vgl. *Winkler*, Schein, S. 346–350.

52 Vgl. Geschäftsbericht SPD-Bezirksverband Hessen-Kassel, 1930, S. 59; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie, Jg. 1930, S. 195.

53 Vgl. Geschäftsbericht SPD-Bezirksverband Hessen-Kassel, 1930, S. 60; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie, Jg. 1930, S. 194.

54 Ähnlich stand es bei dem zweiten Reichstagsabgeordneten des Kasseler Agitationsbezirkes Michael Schnabrich, der aus dem Schuhmacherverband kam. Zum Buchdruckerverband vgl. KV, 12.9.1927 (60 Jahre Buchdruckerverband in Kassel).

55 Zur lasalleianischen Tradition in der Arbeiterbewegung vgl. G.A. Ritter, Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg, in: *ders.*, Arbeiterbewegung, S. 21–54, 24ff.

56 Vgl. Ph. *Scheidemann*, Parteiarbeit früher und jetzt, in: KV, 2.11.1927.

57 A. *Grzesinski*, Im Entscheidungskampf, in: 40 Jahre Kasseler Volksblatt, KV, 3.1.1931.

58 Vgl. hierzu *Kruse*.

59 Vgl. *Klein*, Beamte, S. 222; G. *Thöne*, Sozialdemokratie und Kommunallandtag. Praktische und zielbewußte Aufbauarbeit, in: KV, 16.10.1929.

60 Vgl. KV, 25.2.1930; Geschäftsbericht des SPD-Bezirksverbandes Hessen-Kassel, 1930, S. 59; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie, Jg. 1930, S. 193ff.

61 Zum überproportionalen Angestelltenanteil im SPD-Ortsverein Kassel vgl. *Kammler*, Ausgangslage, S. 304.

62 Zum Frauenanteil in der deutschen Sozialdemokratie vgl. *Winkler*, Schein, S. 350–355; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie, Jg. 1930.

63 Vgl. die sozialdemokratische Bezirks-Frauenversammlung 1924 (KV, 22.2.1924), 1929 (KV, 6.2.1928) und am 12.4.1931 (KV, 13.4.1931).

- 64 Zu Elisabeth Selbert (Jahrgang 1896) vgl. *Beier*, S. 562. Zur Kasseler Stadtverordneten, Kommunalpolitikerin und Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt in Nordhessen Amalie Wündisch (Jahrgang 1875) vgl. KV, 18.5.1928.
- 65 Zum Alters- und geschlechtsspezifischen Kriterium für die Radikalisierung der Arbeiterschaft vgl. *Wheeler*, S. 181ff.
- 66 Zur Politik der SPD-Vertreter im Kasseler AuSR vgl. Stadtarchiv Kassel, S 3, Nr. 98 und Nr. 374. Zur Geschichte der nordhessischen USPD vgl. *Höpken*, S. 111–123. Im Arbeitervorort Wolfsanger entstand am 20.5.1917 die erste Ortsgruppe der USPD in Nordhessen. Zum Rückhalt der USPD unter den Metallarbeitern der Kasseler Rüstungsindustrie und ihren Einfluß auf den DMV vgl. ebd., 143ff.
- 67 So *Kammler*, Ausgangslage, S. 291–324, 295. Zur Ereignisgeschichte der Novemberrevolution in Kassel vgl. *Höpken*, S. 167ff.; *Frenz* u. *Schmidt*, S. 102ff.
- 68 Vgl. KV, 12.5.1919. Sogar im konservativen Waldeck stellte die MSPD mit sieben Vertretern die stärkste Landtagsfraktion.
- 69 So der Wahlkommentar zu den Kommunalwahlen vom 2.3.1919, in: KV, 3.3.1919.
- 70 Aufgrund absoluter Stimmenmehrheiten bei den Kommunalwahlen vom März 1919 stellte die MSPD 37 der 72 Kasseler Stadtverordneten, 14 der 23 Kasseler, 11 der 20 Witzenhäuser und 10 der 20 Melsunger Kreisverordneten. Vgl. *Klein*, Lageberichte, Bd. 2, S. 846ff.
- 71 Vgl. *Hofmann*, Oberbürgermeister; *Miller*.
- 72 Zu den Vorgängen um die Ernennung neuer Landräte in den Kreisen des Regierungsbezirkes Kassel vgl. *Höpken*, 318ff. Die Gutachten des Regierungspräsidenten über die MSPD-Bewerber, in: GehStAB Rep. 90 Nr. 1054, Bl. 181ff. Zur Personalpolitik der preussischen Regierung in Hessen-Nassau vgl. *Runge*, S. 158ff.
- 73 Zum Ernennungsvorgang Schwanders vgl. *Höpken*, S. 322f.
- 74 Zum Ernennungsvorgang Springorum vgl. ebd., S. 323; die sozialdemokratische Stellungnahme in: KV, 29.9.1919.
- 75 Vgl. *Friedensburg*, Lebenserinnerungen, passim; *ders.*, Jahre.
- 76 Vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 4, Bl. 12. 1930 wurde der Sozialdemokrat Ohle, der zuvor für den ADGB freigestellt worden war, mit dem Landratsamt in Kassel-Land kommissarisch betraut.
- 77 So war der spätere Landrat in Eschwege zuvor Leiter von Konsumvereinen in Krefeld (seit 1900), in Hof/Bayern (seit 1912) und seit 1916 in Kassel. Der Landrat von Witzenhäuser Georg Thöne qualifizierte sich durch seine langjährige Tätigkeit als Bezirkssekretär der SPD.
- 78 Vgl. hierzu das Personalblatt Hanke, in: GehStAB Rep. 77 Nr. 148, Bl. 6.
- 79 Personalangaben nach *Beier*. Zu Heinrich Treibert vgl. HSZ, Jg. 68, 1924, Nr. 30, 5.9.1924. Zu Harnack vgl. *Klein*, Beamte, S. 136f.; zu Groeniger vgl. ebd., S. 132.
- 80 Vgl. *Beier*, S. 579; *F. Tejessy*, Vom Redakteur zum Verwaltungsbeamten, in: KV-Jubiläumsausgabe 3.1.1931: »Dem, der heute noch nicht weiß, was es bedeutet, die führenden Verwaltungsstellen des Staates in der Hand zu haben, ist nicht zu helfen. Nicht umsonst schreien die Nationalsozialisten nach Preußen.« Fritz Tejessy war nach dem Zweiten Weltkrieg Leiter des Verfassungsschutzes im nordrhein-westfälischen Innenministerium.
- 81 Vgl. R. *Freidhof*, Organisation ist notwendig, in: KV-Festausgabe 9.11.1929.
- 82 Vgl. KV, 12.5.1919; IfGA ZPA 13/22/8, Bl. 6. Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie, Jg. 1930, S. 206; ebd., Jg. 1931, S. 148. Der Kasseler Partebezirk lag gemessen an seiner Einwohnerzahl unter allen SPD-Bezirken nur an 32. Stelle, gemessen am Verhältnis der SPD-Stimmen (RT-Wahl 1930) an achter Stelle, der Zahl seiner Ortsgruppen an 15. Stelle, und

- hinsichtlich des Mitgliederanteiles der Frauen an 22. Stelle. Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratie, 1930, S. 206, 210. Zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik vgl. *Rebentisch*, Sozialdemokratie; *ders.*, Kommunalpolitik; *Naßmacher*; *Fülberth*, Konzeption; *ders.*, Beziehungen.
- 83 Diese Werte stellen Durchschnittswerte nach Daten in den Jahrbüchern der Sozialdemokratie 1930 und 1931 dar. Der hohe Mitgliederanteil der Stadt Kassel an der Gesamtmitgliedschaft des Partebezirkes bedingte einen noch höheren Anteil kommunaler Mandatsträger in den weiten ländlichen Kreisen und verringert ihn etwas in Kassel. Vgl. *Kammler*, Ausgangslage, S. 302.
- 84 Von den 20 SPD-Stadtverordneten, die 1929 gewählt wurden, waren 11 haupt- oder ehrenamtliche Funktionäre einer Organisation der Arbeiterbewegung. Nur noch drei Arbeiter gehörten der SPD-Fraktion an. Vgl. KV, 18.11.1929.
- 85 Vgl. die Berichte über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, in: KV, 30.4.1931, 8.7.1931, 9.7.1931, 14.7.1931, 15.7.1931, 17.7.1931.
- 86 Zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik in Kassel 1919 bis 1922 ausführlich *Höpken*, S. 305ff. Zu den Zwangslagen der Kommunalpolitik vgl. *Kirchgässner* u. *Schadt*.
- 87 Zur einstimmigen Etatverabschiedung 1919 vgl. KV, 29.4.1919.
- 88 Zur Haltung der Kasseler DDP in der Oberbürgermeisterfrage vgl. die Stellungnahmen im DDP-nahen Kasseler Tageblatt. KT, 7.10.1919, 15.10.1919.
- 89 Vgl. KV, 1.12.1919.
- 90 Nach dem Weggang Kochs nach Berlin faßten die Kasseler Mehrheitssozialdemokraten zuerst Albert Grzesinski als Oberbürgermeisterkandidaten oder als neuen Polizeipräsidenten ins Auge. Dieser lehnte ab mit dem Hinweis auf künftige Verpflichtungen in Berlin, wo er bald darauf das Amt des Demobilisierungskommissars übernahm. Zu den Kandidatengesprächen mit Grzesinski vgl. *Höpken*, S. 309f.; *Grzesinski*, S. 28. Zu Scheidemann vgl. *Miller*, S. 117; *Scheidemann*, Memoiren, Bd. 2, S. 386.
- 91 Vgl. etwa die Versammlung für Scheidemann am 20.6.1924 (KV, 21.6.1924).
- 92 Zur Hetzkampagne gegen Scheidemann vgl. *Grzesinski*, S. 29.
- 93 Zu den Neuwahlen des Magistrates 1919 vgl. *Höpken*, S. 306ff.
- 94 Vgl. KP, 22.7.1932. Vgl. *Hohenstein*, Die Polizei einst und jetzt, in: KV-Festausgabe 9.11.1929.
- 95 Zur Änderung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen von Gemeindepolitik nach 1918 vgl. *Fülberth*, Kommunalpolitik, S. 21–27.
- 96 Fr. *Kleis*, Die Selbstverwaltung der Gemeinden, in: KV, 16.9.1924.
- 97 KV, 25.7.1921.
- 98 Vgl. die Ausführungen Paul Hirschs auf dem »kommunalen Großtag« vom 24.7.1921 in Kassel, in: KV, 25.7.1921.
- 99 Sozialdemokratisches Kommunalprogramm in: Kommunale Rundschau, Jg. 2, 1921, Nr. 14, 28.7.1921. Vgl. auch das Vorläuferprogramm vom Februar 1919, in: KV, 8.2.1919; 30.11.1929. Zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik vgl. *Winkler*, Schein, S. 408–416.
- 100 Kommunale Rundschau, Jg. 2, 1921, Nr. 1.
- 101 Zur Auseinandersetzung um die Kommunalsteuer zu Beginn des Jahres 1921 vgl. *Höpken*, S. 312.
- 102 Vgl. KV, 18.1.1921.
- 103 Zur Kasseler Finanzsituation vgl. KV, 26.7.1921. Zum finanziell eingegengten Handlungsspielraum der Kommunen im Kasseler Regierungsbezirk während der Weimarer Republik vgl. *Wieden* u. *Feldner*, Harleshausen 1747–1936; *dies.*, Niederzwehren; sowie die Ortschroniken von B. Jacob über Eschenstruth, Bettenhausen und Oberzwehren. Vgl. auch

Becker u. Christ, Oberzwehren. Sprecher der Kasseler Landgemeinden war der preußische SPD-Landtagsabgeordnete Carl Kraft, Bürgermeister von Nieste. Vgl. KV, 6.6.1931, 18.9.1931, 18.8.1931, 11.1.1932.

104 Vgl. hierzu *Schlung*.

105 Vgl. *MacDonald*, S. 211ff.

106 Zur Gründung einer Bezirksgruppe sozialdemokratischer Lehrer im Oktober 1919 vgl. KV, 7.10.1919. Zur sozialdemokratischen Schulpolitik in Nordhessen vgl. die Veröffentlichungen des Kasseler SPD-Schulpolitikers und Oberschulrates Heinrich Deiters, in: KV, 14.5.1928, 9.11.1929, 3.1.1931. Zur Geschichte der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer vgl. *Bölling*, Volksschullehrer, S. 120–122.

107 Vgl. KV, 3.5.1927 und HSZ, Jg. 66, 1922, S. 3ff.

108 KV, 23.10.1920. Vgl. HSZ, Jg. 64, 1920, S. 295f.

109 Vgl. KV, 8.2.1919.

110 Zur Schulreform in Kassel vgl. *MacDonald*, S. 214–275; *Höpken*, S. 315f.

111 Die sozialdemokratische Liste ›Schulfortschritt‹ stellte an den Kasseler Volksschulen 179 (= 55,1%), die christliche Liste 135 und die USPD 11 Elternbeiräte. Vgl. KV, 12.6.1922 und *Höpken*, 316.

112 Vgl. *Frenz* u. *Schmidt*, S. 152.

113 Zur Politik der sozialen Daseinsfürsorge in den sozialdemokratischen Kommunen Nordhessens vgl. KV, 9.10.1929.

114 Vgl. KV, 11.10.1919, 29.11.1921.

115 Vgl. KV, 4.11.1925

116 Vgl. ebd.

117 Vgl. KV, 29.11.1921. Zur Kasseler Wohnungspolitik bis 1922 vgl. *Höpken*, S. 314.

118 Zur Wohnungspolitik des Landkreises Kassel vgl. KV, 18.7.1931.

119 Vgl. KP, 28.4.1924, 3.5.1924.

120 Vgl. KV, 14.7.1925.

121 KV, 12.4.1924, 16.10.1929.

122 KV, 30.11.1918.

123 KV, 13.5.1919.

124 Vgl. KV, 30.6.1920, 12.1.1921; *Frenz* u. *Schmidt*, S. 133.

125 *Hersfelder Volksstimme*, 22.6.1920, 17.6.1920.

126 Zur Regierungsbeteiligung der MSPD in Preußen und im Reich unter Zuziehung der DVP vgl. *Winkler*, *Revolution*, S. 450ff.

127 Vgl. KV, 5.8.1921; *Frenz* u. *Schmidt*, S. 136ff. Zur konsequent reformistischen Position Georg Härings vgl. KV, 9.11.1927.

128 Vgl. KV, 14.10.1921.

129 Vgl. *Hersfelder Volksstimme*, 12.10.1921.

130 Vgl. das Organ der USPD im Regierungsbezirk Kassel: *Hessische Volkszeitung*, 3.11.1921; Vgl. *Frenz* u. *Schmidt*, S. 138f.

131 Vgl. KV, 7.11.1921.

132 Vgl. *Frenz* u. *Schmidt*, S. 140f.; KV, 11.10.1922.

133 Zur innerparteilichen Diskussion um eine Große Koalition im Winter 1925/26 in der SPD vgl. *Winkler*, *Schein*, S. 259–264.

134 Vgl. KV, 9.1.1926 (M.Schnabrach); 11.1.1926.

135 Vgl. KV, 14.5.1927 (M.Schnabrach).

136 Vgl. KV, 31.5.1927 (Fritz Tejessy).

137 KV, 1.6.1928. Zum Vorangehenden vgl. KV, 25.5.1928. Für das Werben um katholische Stimmen sprach auch, daß das Kasseler Volksblatt dem katholischen Sozialisten Heinrich Mertens in seinen Spalten Raum bot. Vgl. H. Mertens, *Die Zentrumskrise*, in: KV, 2.7.1928.

138 Vgl. KV, 16.10.1928, 20.9.1928 (Mitgliederversammlung der SPD-Ortsgruppe Kassel). Zur Haltung der SPD in der Panzerkreuzerfrage vgl. *Winkler*, *Schein*, S. 541–555.

139 Zu den auch in Kassel vorgebrachten Argumenten für eine Tolerierung Brünings vgl. *Kolb*, *Strategie*; *Schönhoven*, *Strategie*.

140 Zu dieser Epoche ist der Kasseler Bezirk wahlgeschichtlich und hinsichtlich der politischen Stellungnahmen zu Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus relativ gut erforscht. Vgl. *Kammler*, *Ausgangslage*. Vgl. *Hennig*, *Landkreis Kassel*; *ders.*, *Politischer Wandel*; *ders.* *Zeitverschobene Wende*. Weitere wichtige Forschungserträge stammen aus dem Forschungsprojekt ›Nationalsozialismus in Hessen‹. Vgl. *Feldner* u. *Wieden*, *Wedding*; *W. Frenz*, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922–1933*, in: *Hennig*, *Hessen*, S. 63–106.

141 Zur Vorkriegssozialdemokratie vgl. *Groh*.

142 Zur Diskussion um die Programmwürfe zum Görlitzer Parteitag vgl. *Winkler*, *Klassenbewegung*; *Dowe* u. *Klotzbach*, *Dokumente*, S. 208–213.

143 So *Winkler*, *Klassenbewegung*.

144 Vgl. *Höpken*, S. 99.

145 Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1920, S. 187ff.

146 Vgl. KV, 2.8.1921 (Georg Häring). Vgl. auch KV, 27.8.1921.

147 KV, 5.8.1921.

148 KV, 17.9.1921 (Kautsky).

149 Vgl. KV, 5.7.1921 (Traudt).

150 Vgl. KV, 6.10.1921 (Hauschildt), 27.11.1923 (Scheidemann).

151 Diese Feststellung – bei *Winkler*, *Schein*, S. 327 zum Heidelberger Parteitag 1925 – traf schon 1921 bei der innerparteilichen Diskussion des Kasseler Parteibeirates über das Görlitzer Programm zu.

152 Vgl. KV, 7.4.1922 (Bezirkssekretär Felgenträbe).

153 Vgl. Eduard Bernstein, *Was ist Sozialismus?*, in: KV, 21.2.1922.

154 So auch *Höpken*, S. 332f.

155 Vgl. *Vorwärts*, 23.7.1925. Zur Vorgeschichte und anschließenden Programmdiskussion des Heidelberger Parteiprogrammes vgl. *Winkler*, *Schein*, S. 320–327; *Winkler*, *Klassenbewegung*, S. 35ff.

156 KV, 29.7.1925.

157 Vgl. KV, 29.7.1925.

158 Vgl. KV, 31.7.1925.

159 Vgl. KV, 20.5.1927, 1.6.1927. Zum Kieler Parteitag und dem sozialdemokratischen Agrarprogramm vgl. *Winkler*, *Schein*, S. 334–341.

160 Vgl. KV, 9.6.1927, 7.7.1927, 9.7.1927 9.11.1927 (M.Schnabrach), 8.11.1927 (Landrat Langer, Eschwege).

161 Vgl. KV, 9.11.1927 (LT-abg. Kraft), 10.10.1930. Zu Kraft vgl. *Beier*, *Arbeiterbewegung*, S. 472 sowie KV, 18.5.1928.

162 Vgl. KV, 11.6.1927 (Steinkopf), 7.11.1927 (Falkenberg).

163 Vgl. KV, 18.5.1928. Zur Agitation unter den in Kassel stark vertretenen Handwerkern vgl. KV, 6.11.1929 (Ph.Scheidemann).

164 Vgl. KV, 25.3.1930; *Böttcher*, S. 37.

165 Vgl. KV-Festausgabe 9.11.1929.

166 Richard Hauschildt auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Kasseler DMV, in: Protokollbuch DMV Kassel 1911–1932, 03/1 (Archiv IG-Metall Kassel).

167 Vgl. KV, 9.9.1919 in kritischer Stellungnahme zu einer Freidenkerversammlung des Dresdener Freidenkers Menke, der zum Kirchenaustritt aufforderte.

168 Vgl. KV, 4.3.1922 (Belz), 29.5.1922 (VI. Kongreß des Zentralverbandes proletarischer Freidenker). Zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten vgl. Pfr. Ruetz, Sozialismus und Kirche, in: KV, 17.8.1921, 4.7.1921. Vgl. die Artikelserie von Pfarrer F. Ide, Kirche und Volksstaat, in: KV, 6.12.1929, 7.12.1929, 9.12.1929.

169 1891 wurde das Kasseler Gewerkschaftskartell gegründet, das zu Beginn etwa 1.500 Mitglieder umfaßte. Das Kasseler Ortskartell bezog den Landkreis Kassel mit ein. Die SPD-Stimmen stiegen in beiden Landkreisen zusammengenommen von 9.579 (1898) auf 19.900 (1912) an. Zur Kasseler Gewerkschaftsbewegung vor 1914 vgl. Höpken; Summa; Felgenträbe, Die Entwicklung der Kasseler Gewerkschaftsbewegung, in: KV, 3.5.1927; Zahlenmaterial bei Hirschfeld; Thiele, S. 8ff.

170 Zu den Kasseler Bauarbeitern vgl. Höpken, S. 49.

171 Vgl. Thiele, S. 68f.; Schönhoven, Expansion, S. 69.

172 Zu Christian Wittrock vgl. Beier, S. 603.

173 Heinrich Pflüging, Massen und Führer in der Gewerkschaftspraxis, in: KV, 9.1.1924.

174 Zu den sozialdemokratischen Eisenbahnern vgl. KV, 19.5.1931.

175 Vgl. die Angaben in: »Die freie Gewerkschaft« Beilage zum KV.

176 1929 hatten die Kasseler Gewerkschaften noch 684.000 Mark ausgezahlt. 1928 waren es 430.000 Mark gewesen. Vgl. KV-Jubiläumsausgabe 3.1.1931 (Eckel).

177 Zu den Unterstützungsleistungen des Kasseler DMV vgl. KV, 27.2.1932.

178 Im DMV waren 1930 noch 9.300 Metaller organisiert. Zum Jahresende 1931 waren es nur noch 7.575. Von diesen Mitgliedern waren 3.020 bereits mehrjährig arbeitslos (= 40%).

179 Zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften vgl. Winkler, Katastrophe, S. 66–76.

180 Vgl. Faulstich, S. 33, 62.

181 Vgl. KV, 3.5.1927 (Braunersreuther).

182 Vgl. das 36-jährige Stiftungsfest 1927 in KV, 17.10.1927. Zur Geschichte des DMV vgl. Opel; Högl.

183 Protokollbuch des DMV-Kassel, 1911–1932 (im folgenden: DMV-Protokolle), in: Archiv der IG-Metall Kassel.

184 Vor dem Weltkrieg waren in sieben der 17 Kasseler Betriebe der Metallindustrie 244 Frauen beschäftigt, 1916 waren ca. 1.000 in allen 17 Betrieben. Hinzu kam 2.200 Arbeiterinnen in der neuen Munitionsfabrik auf dem Forst. Vgl. GV-DMV, 9.10.1916, in: DMV-Protokolle, S. 26.

185 Zur geringeren Radikalisierung bei relativ hohem Frauenanteil vgl. R. Wheeler, Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik. Einige methodologische Anmerkungen, in: H. Mommsen u.a., System, Bd. 1, S. 179–189, 181f.

186 GV-DMV, 17.2.1918, in: DMV-Protokolle, S. 32.

187 Zur vergleichsweise stärkeren Radikalisierung der Kasseler Metallarbeiter trugen ihre unerträglichen Bedingungen am Arbeitsplatz bei. Albert Grzesinski wies in einer Generalversammlung vom Juli 1917 auf die ungesunden Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der Rüstungsindustrie hin. GV-DMV, 21.7.1917, in: DMV-Protokolle, S. 34. Vgl. MZ, 10.8.1918.

188 Vgl. Höpken, S. 49.

189 Vgl. Thiele, S. 11; Geschäftsbericht DMV Kassel 1920, S. 31.

190 Vgl. Höpken, S. 41. Bis Februar 1918 waren 20% aller 23.000 Metaller aus Kassel und Umgebung im DMV organisiert. Vgl. GV-DMV 17.2.1918, in: DMV-Protokolle, S. 32.

191 Zu den Henschelarbeitern im DMV vgl. Höpken, S. 50.

192 Die These, daß der Großbetrieb sich erschwerend auf die Mobilisierung der Arbeiter auswirke, bei Schönhoven, Expansion, S. 379. Vgl. ders., Gewerkschaftswachstum, Mitgliederintegration und bürokratische Organisation in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, in: H. Mommsen, Arbeiterbewegung, S. 16–37.

193 Vgl. MZ, 9.3.1918.

194 Vgl. GV, 27.7.1917, in: DMV-Protokolle, S. 29.

195 Vgl. GV-DMV, 19.8.1917, in: DMV-Protokolle, S. 30. Zur Radikalisierung des DMV von unten vgl. Högl; Opel.

196 Vgl. GV-DMV, 6.4.1919, in: DMV-Protokolle, S. 37.

197 Vgl. KV, 14.5.1919; GV-DMV, 13.7.1919, in: DMV-Protokolle, S. 39; GV-DMV, 17.4.1921, in: ebd., S. 47.

198 Vgl. KV, 26.8.1919.

199 Vgl. KV, 29.10.1919 (Haupt), 25.10.1919 (Verbandstag in Stuttgart 1919).

200 Ein Beleg hierfür ist die Diskussion um das Überstundensystem bei Henschel. Vgl. KV, 24.7.1925.

201 Bei den Betriebsratswahlen vom 17.3.1921 erhielt die freigewerkschaftliche Liste 6.271 von 6.577 abgegebenen Stimmen (= 95,3%). Die gemeinsame Liste der Christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine kam auf 166 Stimmen. 140 weiße Zettel (= 2,1%) galten für das Kasseler Volksblatt als kommunistische Stimmen. Im Jahre 1920 hatte der DMV 5.544 Stimmen erhalten. Vgl. KV, 19.3.1921.

202 GV-DMV, 21.10.1923, in: DMV-Protokolle, S. 60.

203 Tensfelde, Bergarbeiterkultur, S. 37. Ein weites Verständnis von Arbeiterkultur auch bei G.A. Ritter, Arbeiterkultur, S. 1. Zur definitorischen Diskussion um Arbeiterkultur vgl. Langewiesche, Arbeiterkultur, S. 359ff. sowie Walter, Integration. Zur Arbeiterbewegungskultur in der Weimarer Republik vgl. Winkler, Schein, S. 120–145. Zum Forschungsstand zur Kultur der Arbeiterbewegung vgl. Kaschuba, S. 120–128 (dort weitere Literatur) sowie grundlegend Lösche u. Walter, Organisationskultur.

204 Hier liegt die methodische Schwierigkeit des Verständnisses der sozialistischen Kulturorganisationen nach dem Konzept der Gegen- oder Subkultur. Die sozialistischen Kulturgehalte nimmt zum Nennwert Wunderer, Arbeitervereine. Zur Kritik hieran vgl. Langewiesche, Arbeiterkultur und Kaschuba.

205 HStAM, Best. 165 Nr. 706III (Bericht des Landsrats vom 12. August 1898) zit. bei Summa, S. 256, 335.

206 Vgl. Protokollbuch des DMV Kassel 1912–1932, Jahresversammlung 17.3.1912; Ordentliche Generalversammlung 18.6.1920 (Antrag des Bezirks Kirchenditmolde).

207 Vgl. die GV-DMV vom 13.2.1921, in: DMV-Protokolle, S. 46.

208 Vgl. hierzu die Angaben in den Berichten über politische Vereine an das Regierungspräsidium in Kassel, in: HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 4.

209 Vgl. hierzu Hennig u. Kieserling, Fabrik.

210 Vgl. R.F. Wheeler, Organisierter Sport und organisierte Arbeit. Die Arbeiter-sportbewegung, in: Ritter, Arbeiterkultur, S. 58–73.

211 Vgl. die Vereinsberichte in: HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bd. 4. Vgl. KV, 7.2.1931. Zur Arbeitersportbewegung in Deutschland vgl. Ueberhorst. Zur Kasseler Arbeitersportbewegung vgl. Wickermann; ders., Arbeitersport in Kassel, in: Teichler u. Hawk, S. 89–93.

- 212 Bericht über die KPD-Wahlarbeit im Bezirk Hessen-Waldeck 1928 an die Zentrale, in: IFGA-ZPA I/3/23/42, Bl. 57.
- 213 Vgl. KV, 3.1.1931 und die Bezirkstagung des Arbeitersportbundes, KV, 17.1.1927.
- 214 Vgl. KV, 17.3.1930.
- 215 Vgl. *Wickermann*, S. 90.
- 216 Zu den Arbeitersportorganisationen vgl. HStAM, Best.165 Nr. 3846, Bd. 4; KV, 16.9.1930, Geschäftsbericht SPD-Bezirksverband Hessen-Nassau 1930.
- 217 KV, 27.2.1928 (Nierich).
- 218 Zum milieubildenden Anspruch der Arbeiterschaft auf politische und kulturelle Gleichberechtigung vgl. *Lepsius*, Parteiensystem, S. 68–72. Vgl. KV-Jubiläumsausgabe 3.1.1931.
- 219 So in der Berichterstattung zum 9. Kreisfest der Arbeitersportler in KV, 9.7.1927.
- 220 Zur Sekundärtugend ›Disziplin‹ als festem Bestandteil des Arbeitersports vgl. B.-M. *Baumunk*, Arbeitersport, in: *Ruppert*, Arbeiter, S. 325–334.
- 221 Zum Parteibeizirk vgl. KV Jubiläumsausgabe 3.1.1931, S. 11; *Wickermann*, S. 287.
- 222 Zu den Naturfreunden in Kassel vgl. V. *Denecke*, Der Touristenverein ›Die Naturfreunde‹, in: *Walter* u.a., Solidargemeinschaft, Bd. 2, S. 241–291, bes. S. 242, 256, 265, 267.
- 223 Vgl. *Wickermann*, S. 291. Zur Geschichte der Freien Turnerschaft Niederzwehren vgl. ebd., S. 295–298. Zur (Arbeiter-)Wassersportvereinigung Cassel (WVC) vgl. ebd., S. 298–302. Zum Arbeitersport in Harleshausen vgl. *Wieden*, Harleshausen, S. 84ff. und *Feldner* u. *Wieden*, Wedding, S. 66.
- 224 Vgl. KV, 20.10.1928, 3.1.1931. Zu Arbeitersängerbewegung vgl. D. *Dowe*, Die Arbeitersängerbewegung in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg – eine Kulturbewegung im Vorfeld der Sozialdemokratie, in: *Ritter*, Arbeiterkultur, S. 122–144 und *Walter* u.a., Solidargemeinschaft, Bd. 3. Zu Arbeitersport und Festkultur vgl. R. *Noltenius*, Der Arbeitersport in der Festkultur der Arbeiterbewegung, in: *Teichler* u. *Hauk*, S. 41–47.
- 225 *Lösche* u. *Walter*, Organisationskultur, S. 528.
- 226 Zum Konflikt um das Betriebsrätegesetz und zur skeptischen Haltung der Freien Gewerkschaften vgl. *Winkler*, Revolution, S. 283ff. Zur sozialdemokratischen Bildungsarbeit in der Weimarer Republik vgl. *Scharfenberg*.
- 227 Vgl. O. *Suhr*, Arbeiterbildung, in: KV, 14.6.1921.
- 228 Vgl. KV, 13.1.1922 (O. *Suhr*).
- 229 Vgl. KV, 21.8.1924.
- 230 Vgl. *Lösche* u. *Walter*, Organisationskultur, S. 536.
- 231 Zur organisatorischen Vielfalt der städtisch zentrierten Akademiker- und Intellektuellenorganisationen vgl. *Walter* u.a., Solidargemeinschaft, Bd. 1.
- 232 Vgl. die SAJ-Bezirkskonferenzen 1932 (KV, 14.1.1932) und 1933 (KV, 2.2.1933) sowie den Bericht des Ortsvereins Kassel 1928, S. 9f., KV-Jubiläumsausgabe 3.1.1931, S. 14. Zur Arbeitslosigkeit unter den SAJ-Mitgliedern vgl. KV, 18.3.1932.
- 233 Vgl. Bericht des SPD-Ortsvereins Kassel 1928, Sozialdemokratie S.10f. Zu den Kasseler Jungsozialisten und ihren Verbindungen zum ›Hofgeismar-Kreis‹ vgl. *Weichlein*, Gedanke.
- 234 Zu den ›sozialistischen Kinderfreunden‹ vgl. den Bericht des SPD-Ortsvereins Kassel 1928, S. 8f.
- 235 Zur Eisernen Front vgl. KV, 27.2.1932, 5.3.1932.
- 236 Vgl. KV, 1.12.1930. Außerdem existierten im Parteibeizirk Hessen-Kassel der Deutsche Arbeiter-Abstinenten-Bund (DAAB). Vgl. F. *Walter*, Der Deutsche Arbeiter-Abstinenten-

- Bund (DAAB), in: *ders.* u.a., Solidargemeinschaft, Bd. 2, S. 97–239, 155. Zu Kassel vgl. KV, 24.1.1921.
- 237 Vgl. KV, 1.4.1919. Zahlen für Tanzveranstaltungen nach *MacDonald*, S. 282.
- 238 Vgl. KV, 3.4.1919 (Tanzlust und Totentanz) und 3.4.1919. Zum kulturellen Wandel nach 1918 und zur Tanzlust vgl. *MacDonald*, S. 282ff.
- 239 Zum Konzept der sozialistischen Gegenkultur vgl. *Wunderer*, Arbeitervereine.
- 240 Dieser Befund deckt sich mit *Lösche* u. *Walter*, Organisationskultur, S. 512f.
- 241 Vgl. D. *Langebiesche*, Freizeit und ›Massenbildung‹. Zur Ideologie und Praxis der Volksbildung in der Weimarer Republik, in: *Huck*, S. 223–247.
- 242 Vgl. KV, 8.9.1924, 3.1.1931, 23.3.1931.
- 243 Vgl. *Hennig* u. *Kieserling*, Fabrik, S. 63.
- 244 Vgl. ähnliche Beobachtungen bei *Lösche* u. *Walter*, Organisationskultur.
- 245 Vgl. *Hennig* u. *Kieserling*, Fabrik.
- 246 Der Verfasser ist Herrn Prof. Dr. Eike Hennig von der Gesamthochschule Kassel für die rechnerische Bewältigung vielfältiger Probleme und die Durchführung der SPSS-Analyse für Kassel-Land und Hanau zu großem Dank verpflichtet.
- 247 Dieses Zwei-Faktoren-Modell determiniert 63,8% der Varianz der beteiligten Variablen, ist also angesichts der geringen Fallmenge noch vertretbar.
- 248 Vgl. *Mooser*, Arbeiterleben, S. 161.
- 249 Vgl. *Schröder*, Arbeitergeschichte, S. 36.
- 250 Ähnlich *Schröder*, Arbeitergeschichte, S. 36, der sich gleichfalls skeptisch gegenüber einer Ableitung der Organisationsfreudigkeit aus der räumlichen Mobilität äußert. »Zu stark hing der Organisationsgrad von anderen Faktoren ab.« Ebd.
- 251 *Schröder*, Arbeitergeschichte, S. 44–46.
- 252 Zur Kritik am Mythos des entwurzelten Proletariats vgl. *Mooser*, Arbeiterleben, S. 161.
- 253 Zur sozialdemokratischen Solidargemeinschaft vgl. *Saage*.
- 254 Dies räumen *Lösche* und *Walter* selbst ein in: *dies.*, Organisationskultur, S. 536.
- 255 Zu diesem Prozeß vgl. *Mooser*, Auflösung.
- 256 *Lösche* u. *Walter*, Weg, S. 76f., 77; vgl. *dies.*, SPD; *Mintzel*.
- 257 Zum Mangel eines volksparteilichen Charakters der SPD vgl. *Winkler*, Klassenbewegung. Zum sozialdemokratischen Immobilismus vgl. H. *Mommsen*, Sozialdemokratie.
- 258 Vgl. *Kammler*, Ausgangslage, S. 304; *Höpken*, S. 99.
- 259 Vgl. KV 14.2.1929; StDR, Bd. 405/26, S. 72ff.
- 260 Vgl. *Hennig* u. *Kieserling*, Fabrik, S. 106; KV, 30.5.1928.
- 261 Die männliche Wahlbeteiligung bei der Reichstagswahl 1928 in Niederzwehren betrug 91%, die weibliche lediglich 81%. Vgl. KV, 30.5.1928.

6. Die radikalisierte kommunistische Arbeiterkultur Hanau

1 Zur gespaltenen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik vgl. *Schönhoven*, Reformismus. Die Geschichte der radikalisierten Hanauer Arbeiterkultur ist bisher erst in ihren Anfängen erforscht. Vgl. *Krause*, Revolution. Zur Geschichte der Hanauer Sozialdemokratie im Kaiserreich vgl. *Fischer*.

2 Zu Georg Wagner vgl. *Krause*, Revolution, S. 246ff.

- 3 *Tappe*, Hanau, S. 313.
- 4 Vgl. HA, 18.5.1963 (Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Hanau). Vgl. den Jubiläumsartikel des KPD-Vorsitzenden Karl *Rehbein*, Die Entwicklung einer Partei, in: *Tribüne*, Jg. 1, 1927, S. 1ff.; 100 Jahre SPD in Hanau, S. 12f.; 120 Jahre SPD Hanau, S. 10f.
- 5 1869 hatte der Hanauer ADAV 42 Mitglieder. Vgl. 100 Jahre SPD Hanau; 120 Jahre SPD Hanau.
- 6 Zwischen 1871 und 1877 stieg ihr Stimmanteil im Wahlkreis Hanau-Gelnhausen-Orb von 12,1% auf 31,8%. Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 457ff.
- 7 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 1, S. 474.
- 8 Vgl. ebd.
- 9 Vgl. *Krause*, Revolution, S. 257.
- 10 Zu den Zigarrenarbeiterstreiks von 1863 und 1871 vgl. *Krause*, Revolution, S. 256f.; HA, 4.5.1963.
- 11 Vgl. *Krause*, Revolution, S. 5.
- 12 Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1913, S. 337f., 515f. Zur Massenstreikdebatte und zur Diskussion um die Vorlage zur Finanzierung der Militärvorlage auf dem Jenaer Parteitag vgl. *Groh*, S. 476ff.
- 13 Zur Haltung der Hanauer Delegierten auf dem SPD-Parteitag 1913 vgl. das Protokoll SPD-Parteitag 1913, S. 337f., 515f.
- 14 Vgl. Protokoll SPD-Parteitag 1917, S. 339–351.
- 15 Vgl. Bericht über die Lage der KPD-Hanau, in: IfGA-ZPA I/3/23/17, Bl. 6.
- 16 Vgl. *Krause*, Revolution, S. 222ff.
- 17 Zum Verlauf der Revolution 1918 in Hanau vgl. *Krause*, Revolution, S. 19ff., *Struck*; *Schnellbacher*.
- 18 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 2, S. 375ff., 399ff.
- 19 Vgl. Frankfurter Volksstimme, 17.1.1919.
- 20 Schreiben des preußischen Innenministers Rudolf Breitscheid an der Hanauer AuSR vom 9.12.1918, in: HStAM, Best. 165 Nr. 6788. Vgl. *Struck*, S. 411.
- 21 Vgl. *Schnellbacher*, S. 41ff.
- 22 Erklärung Wagners vom 16. Januar 1919, in: *Schnellbacher*, S. 21f. Vgl. auch Frankfurter Volksstimme, 17.1.1919; Frankfurter Zeitung, 18.1.1919.
- 23 Vgl. *Schnellbacher*, S. 22f. Zu Wagner und Hammer vgl. *Krause*, Revolution, S. 209ff., 246ff.
- 24 Vgl. *Krause*, Revolution, S. 33ff., 215ff.
- 25 Zur Levi-Rede in Hanau am 17. Februar 1919 vgl. *Struck*, S. 415.
- 26 Zu den Februarunruhen in Hanau vgl. *Krause*, Revolution, S. 144ff.
- 27 Vgl. die Zusammenstellung der vor dem Hanauer Gericht Angeklagten bei *Krause*, Revolution, S. 153f.
- 28 Zur Besetzung Hanaus durch die Brigade Rumschöttel vgl. *Krause*, Revolution, S. 165ff.
- 29 Vorwort Clara Zetkins zu *Schnellbacher*, S. 9.
- 30 Vgl. Frankfurter Volksstimme, 3.2.1919, 5.2.1919, 24.2.1919.
- 31 Bei der Abstimmung der USPD-Delegierten in Hanau-Land über den Übertritt zur KPD stimmten 62 dafür und fünf dagegen. Vgl. *Freiheit*, 26.4.1919, 29.4.1919.
- 32 Vgl. *Weber*, Gründungsparteitag, S. 317, 332.
- 33 Zur Delegiertenwahl im Hanauer DMV für den Stuttgarter Verbandstag vgl. *Freiheit*, 24.7.1919.

- 34 Vgl. *Freiheit*, 2.8.1919.
- 35 *Falter* u.a., Wahlen, S. 128. Nach Hanau-Land kam die KPD in Chemnitz (23%), Labiau/Ostpreußen (21%), Hindenburg/Oberschlesien (20%) und Dinslaken/Ruhrgebiet (20%) auf ihre nächstbesten Ergebnisse.
- 36 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 2, S. 375ff., 399ff.
- 37 In Fechenheim waren die Chemischen Werke Casella mit ca. 2.100 Arbeitern (1924) beheimatet. Neben Dunlop waren die Casella-Werke der größte Arbeitgeber in der Region Hanau.
- 38 Vgl. Gemeindelexikon Hessen-Nassau 1925; StDR, Bd. 456; *Klein*, Hessen, Bd. 2, S. 375ff., 399ff.
- 39 Vgl. *Horstmann*, Katholiken und Reichstagswahlen. Johannes Horstmann führt zur Erklärung der erstaunlichen Affinität zwischen katholischer Arbeiterschaft und KPD folgende Ursachen an: »1. Die Parteilichkeit des Marxismus im Gegensatz zu der allen Sozialschichten gerechtwerdenden wollenen katholischen Soziallehre und zur Theorie-Praxis-Kluft der SPD. 2. Die Selbstwert erzeugende und Hoffnung gebende Konzeption vom Proletarier als Subjekt der Geschichte. 3. Die der Offenheits- und Kontingenzscheu der Katholiken entgegenkommende Totalität des kommunistischen Systems. 4. Der vermeintliche Praxisbezug des Marxismus, in dessen Analyse man die eigene konkrete Situation scheinbar plausibel findet.« Ebd., S. 71. Vgl. auch *Plum*, S. 31ff.
- 40 Vgl. *Weichlein*, Politische Kultur und Wählerverhalten, S. 136.
- 41 *Plum*, S. 31.
- 42 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 196.
- 43 Vgl. *FZ*, 1.8.1932.
- 44 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/24, Bl. 1. Die Zahl der Ortsgruppen ging im Laufe des Jahres 1920 von 240 (1.1.1920) auf 199 (1.10.1920) zurück.
- 45 Vgl. *Klein*, Hessen, Bd. 2, S. 399ff.; IfGA-ZPA I/3/23/24, Bl. 3.
- 46 Vgl. *Weber*, Wandlung, Bd. 1, S. 377f., 394; HStAM, Best. 165, Nr. 1211, Bl. 87.
- 47 So der Bericht an die Zentrale über den UB-Parteitag vom 11. September 1921, in: IfGA-ZPA I/3/23/16, Bl. 6.
- 48 Vgl. den Tätigkeitsbericht des Zentrale-Instruktors vom 1.9.1921 bis 15.10.1921, in: IfGA-ZPA I/3/23/12, Bl. 1.
- 49 Zur Märzaktion der KPD im Jahre 1921 und ihren innerparteilichen Folgen vgl. *Winkler*, Revolution, S. 514ff. sowie *Angress*, S. 173ff.
- 50 Zum Jenaer Parteitag vom 22. bis 26.8.1921 vgl. *Winkler*, Revolution, S. 727ff. Resolution des UB Hanau für den BPT am 17./18.9.1921, in: IfGA-ZPA I/3/23/17, Bl. 8.
- 51 *Schnellbacher* hatte als Hanauer Delegierter noch am II. Parteitag der KPD im Oktober 1919 und dem III. Parteitag im Februar 1920 teilgenommen. Auf dem IV. Parteitag war er neben dem Vertreter der Zentrale, Wilhelm Pieck, zum Parteitagsvorsitzenden gewählt worden. Vgl. *Krause*, Revolution, S. 228ff. Falsch ist dagegen Krauses Behauptung, *Schnellbacher* habe nicht zu den Parteirebellen von 1921 gehört, weshalb er *Schnellbachers* Ausscheiden aus der Parteitagitation auch nicht erklären kann (ebd., S. 234).
- 52 Zur KAG vgl. *Fritz*.
- 53 Zu den Hanauer Vorgängen 1921/22 vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 1211, Bd. 1 Bl. 417. Zu *Schwind* vgl. *Krause*, Revolution, S. 240ff.
- 54 Vgl. den Bericht über den Parteibeizirk Hessen-Frankfurt an die Berliner Zentrale vom 1.3.1922, in: IfGA-ZPA Best. I/3/23/9, Bl. 12ff.
- 55 Zu dem von 28 prominenten Parteimitgliedern, darunter den Reichstagsabgeordneten Brass und Geyer, unterzeichneten Aufruf vgl. *Winkler*, Revolution, S. 535.

- 56 Die Resolution des Bezirksparteitages der Hessen-Frankfurter Kommunisten vom 17./18.9.1921 »begrüßte die einmütigen Beschlüsse des Jenaer Parteitages und erblickt darin den Abschluss der negativen Kritik an der Märzaktion.« Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/1, Bl. 1.
- 57 Handke wurde Angestellter des Konsumvereins Langenselbold. 1928 trat er wie Schnellbacher wieder in der KPD auf der Seite der Verfechter des neuen Parteikurses und als neuerlicher Gegner ihres Opponenten von 1921, Karl Rehbein, auf. Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/9, Bl. 15f.
- 58 Zur Vereinigung der Frankfurter KAG mit der USPD vgl. HStAM, Best.165 Nr. 1186, Bl. 140. sowie *Fritz*, S. 143ff.
- 59 Schnellbacher widmete Georg Wagner seine Schrift »Hanau in der Revolution«. Insgesamt scheint er jedoch eine undurchsichtige Haltung eingenommen zu haben. 1928 erschien Schnellbacher auf der Seite der Kritiker der Hanauer KPD-Vorsitzenden Rehbein, der wegen seiner versöhnlerischen Haltung aus der Partei ausgeschlossen wurde. Vgl. den Schriftwechsel Rehbein-Zentrale, in: IfGA-ZPA I/3/23/19, Bl. 118, 180.
- 60 Vgl. Freiheit, 8.4.1922, 27.5.1922, 29.6.1922. Zum kommunistischen Kommunalpolitiker Georg Wagner und dessen Wechsel zur KPD vgl. *Krause*, Revolution, S. 246ff.
- 61 Schnellbacher und Wagner hatten führende Funktionen in der Hanauer Ortskrankenkasse inne, während der Konsumverein Langenselbold fest in der Hand der Zentrale war. Vgl. HA, 1.5.1924 und *Krause*, Revolution, S. 248, 380. Falsch bei Krause die Bezeichnung Schnellbachers als Zentrale-Kommunist.
- 62 Vgl. Handwerker- und Gewerbe-Zeitung (Hanau), Jg. 4, 1924, Nr. 28, 5.4.1928.
- 63 Auch die stärkste Ortsgruppe – Langenselbold mit 180 Mitgliedern – kehrte wieder zur Parteilinie zurück. Langenselbold war der Wohnsitz Schnellbachers. Schnellbachers Rückkehr zur Partei scheint damit zusammenzuhängen.
- 64 Zu den Unterzeichnern gehörten die Betriebsratsvorsitzenden der größten Hanauer Betriebe (Dunlop, Eisenbahn, Firma Brüning, Eisengießerei, Hafendarbeiter, Quarzlampen AG und die Zeche Gustav) sowie die Verbandsvorsitzenden der Bergarbeiter, Brauereiarbeiter, der Zimmerer, der Tabakarbeiter, der Holzarbeiter und des Metallarbeiterverbandes DMV (Karl Rehbein). Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/17, Bl. 32ff.
- 65 Vgl. den Bericht des Frankfurter Bezirks vom 12.7.1923 an die Zentrale, in: IfGA-ZPA I/3/23/9, Bl. 31ff.
- 66 Vgl. die »Forderungen der Hanauer Betriebsräte« vom Oktober 1923, in: HStAM, Best. 165 Nr. 1211, Bd. 3, Bl. 417f.
- 67 Vgl. die »Thesen zur Taktik des Oktoberrückzuges und zu den nächsten Aufgaben der Partei«, in: HStAM, Best. 165 Nr. 1211, Bd. 4, Bl. 111ff.
- 68 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/1, Bl. 86; I/3/23/2, Bl. 141.
- 69 IfGA-ZPA I/3/23/42, Bl. 23 (Bericht über die Gewerkschaftsarbeit in Hanau, 24.10.1925).
- 70 Vgl. den Bericht über die Sitzung der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre vom 7.2.1926 in Frankfurt, in: IfGA-ZPA I/3/23/41, Bl. 22ff.
- 71 Vgl. den Gewerkschaftsbericht vom Dezember 1925 in IfGA-ZPA I/3/23/1, Bl. 91ff.
- 72 IfGA-ZPA I/3/23/42, Bl. 15.
- 73 Vgl. ebd., Bl. 23.
- 74 Ebd. Vgl. die Erklärung Rehbeins in der Hanauer Volksstimme, 15.4.1922 und die Reaktion, in: Handwerk und Gewerbe, Jg. 2, 1922, Nr. 17, 22.4.1922.
- 75 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/42, Bl. 24.

- 76 Alle Angaben nach IfGA-ZPA I/3/23/42, Bl. 24 (Gewerkschaftsbericht, 24.10.1925).
- 77 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/1, Bl. 86.
- 78 Vgl. »Das Ergebnis der Reichsgeneral-Kontrolle des Bezirks Hessen-Frankfurt« von April/Mai 1927, in: IfGA-ZPA I/3/23/24, Bl. 109f. Das Reichsergebnis in: *Kaasch*.
- 79 Für Zahlenangaben zu Hanau vgl. Bericht vom UB Ost 1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 141f. Die Angaben beruhen auf einer Statistik, die 13 Ortsgruppen und 320 Mitglieder umfaßte (32% der Parteimitglieder im UB-Ost). Hanau und Großauheim fehlten. Dennoch: »Diese soziale Gliederung der Parteimitgliedschaft dürfte ungefähr das Gesamtbild im Unterbezirk Ost darstellen.« Ebd.
- 80 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/24, Bl. 110; *Kaasch*, S. 1063. »Auch bei uns gehen alljährlich Hunderte von Mitgliedern durch die Partei, die wir einfach nicht zu halten vermögen.« IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 99.
- 81 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/24, Bl. 109; *Kaasch*, S. 1051.
- 82 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 85; 24, Bl. 100; *Kaasch*, S. 1055.
- 83 Vgl. den Bericht vom UB-Ost, 1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 141; I/3/23/24, Bl. 110; *Kaasch*, S. 1060.
- 84 In Frankfurt waren 1928 48,2% aller kommunistischen Parteimitglieder arbeitslos, im restlichen Bezirksamtsgebiet 46,9%. Vgl. den Bericht über den Bezirksparteitag 1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 85.
- 85 Von allen Parteimitgliedern waren 30% nicht in den Gewerkschaften.
- 86 16,6% der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder gehörten seit 13 bis 25 Jahren der Gewerkschaft an, 12,5% waren seit 7 bis 8 Jahren Gewerkschaftsmitglied.
- 87 Vgl. den Bericht über den Bezirksparteitag 1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 87. In der Metallindustrie des Bezirkes arbeiteten 1928 550, im Baugewerbe 562 Kommunisten. Die nächststärkeren Wirtschaftszweige waren die Chemie mit 169 (=3,87%) und Verkehr mit 156 Genossen (= 3,55%).
- 88 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 91.
- 89 Vgl. den Bericht der Freidenkerfraktion auf dem Bezirksparteitag 1929, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 112.
- 90 Vgl. *Kaiser*, S. 357; *Fowkes*, S. 174f.
- 91 Zur Tätigkeit der IAH im UB Ost vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 1211, Bd. 4, Bl. 21ff.
- 92 Vgl. IfGA I/3/23/24, Bl. 109f.; *Kaasch*, S. 1065.
- 93 In der Stadt Frankfurt lasen sogar 63,2% der kommunistischen Parteimitglieder die »Arbeiterzeitung« (1928). Außerhalb Frankfurts waren es 57,4%. Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 91, 170ff.
- 94 Zur Gewerkschaftspolitik der KPD vgl. *Heer-Kleinert*, S. 276ff.
- 95 Vgl. den Bericht über den Bezirksparteitag in Offenbach (19.–20.2.1927), in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 34.
- 96 Zur kommunistischen Kommunalpolitik im allgemeinen und zur Politik der Hanauer Kommunisten im besonderen vgl. *Fülberth*, Beziehungen.
- 97 In der Stadt Frankfurt waren nur 98 Kommunisten in kommunaler Funktion tätig (7,37%). Vgl. Bericht des Bezirksparteitages 1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 90.
- 98 Der niedrige Anteil an subsistenzwirtschaftlicher Selbstversorgung unter den kommunistischen Parteimitgliedern sprach aus den Angaben über die Funktionen in den landwirtschaftlichen und Kleingärtnerorganisationen: Nur 26 Kommunisten (!) von 3.579 Mitgliedern mit Vereins- und Verbandsmandaten übten ein Amt in diesem Bereich aus. Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 90.

- 99 Vgl. dazu die »Instruktion für die neugewählten kommunistischen Gemeindevertreter« der KPD Zentrale aus dem Jahre 1924, in: HStAM, Best. 165 Nr. 3984, Bd. 1/2, Bl. 312ff.
- 100 Vgl. HStAM, Best. 165 Nr. 3984, Bd. 1/2, Bl. 18ff.
- 101 Vgl. Bericht der Kopol-Abteilung auf dem Bezirksparteitag 1929, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 107.
- 102 Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/19, Bl. 54.
- 103 Bericht über die Lage und die Wahlarbeiten im Bezirk Hessen-Frankfurt an die Zentrale vom 8.5.1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/32, Bl. 44ff. Die SPD erreichte bei den Reichstagswahlen 1928 in Langenselbold 15,4% gegenüber 53,2% der KPD.
- 104 Karl *Rehbein*, Die Entwicklung der Partei, in: Tribüne, Jg. 1, 1927, S. 1ff.
- 105 Schreiben UB-Leitung und Ortsleitung Hanau an Bezirksleitung (mit der Bitte um Weiterleitung an die Zentrale) vom 26.5.1925, in: IfGA-ZPA I/3/23/17, Bl. 47. Zur Stalinisierung der KPD ab 1924 vgl. *Winkler*, Schein, S. 417ff.; *Weber*, Wandlung, Bd. 1, S. 53ff.
- 106 Zum VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau und seinen Beschlüssen vgl. *Winkler*, Schein, S. 661ff.
- 107 So Karl *Rehbein* in einem Schreiben an die Zentrale vom 20.11.1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/19, Bl. 118.
- 108 Zur Wittorf-Affäre, der Verurteilung Thälmanns und seiner Rehabilitierung und der anschließenden Säuberungsaktion in der KPD vgl. *Winkler*, Schein, S. 665–671.
- 109 Zu *Galm* vgl. dessen Autobiographie »Ich war halt immer ein Rebell« sowie *Bösch*, S. 44f. Zu den Vorgängen in Offenbach und zur Gründungsgeschichte der dortigen KPO vgl. die Berichterstattung in: IfGA-ZPA I/3/23/32, Bl. 43ff.
- 110 IfGA-ZPA I/3/23/14, Bl. 118. »Ich unterwerfe mich nicht, auch wenn die Mehrheit der Partei sich für die Beschlüsse des 4. RGI- und 6. WK entscheidet, da ich die Beschlüsse für falsch halte, weil sie nicht geeignet sind, die Arbeiter einander näher zu bringen, sondern weil sie den Abgrund vertiefen, was ich nicht mit meiner inneren Überzeugung vereinbaren kann, ich führe daher den Kampf mit aller Konsequenz innerhalb der Partei.« ebd., Bl. 117.
- 111 Zum Ausschluß Karl *Rehbeins* vgl. *Winkler*, Schein, S. 670.
- 112 Vgl. Bericht UB-Ost 1929, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 142.
- 113 Vgl. ebd.
- 114 So der Bericht der Kopol-Abteilung auf dem Bezirksparteitag 1929, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 110.
- 115 Vgl. ebd., Bl. 141.
- 116 Karl *Rehbein* wurde nach 1945 Hanauer SPD-Bürgermeister.
- 117 Zur Geschichte der KPO vgl. *Tjaden*. Zu Heinrich *Galm* vgl. ebd., S. 84ff., 93ff.
- 118 So der Bezirksleiter *Kuntz* in einem Schreiben an die Zentrale vom 23.11.1928, in: IfGA-ZPA I/3/23/14, Bl. 122.
- 119 Ebd., Bl. 88.
- 120 Bericht vom 10.6.1930 an die Zentrale, in: IfGA-ZPA I/3/23/24, Bl. 140.
- 121 Vgl. Schreiben Hanauer Landrat an den Frankfurter Polizeipräsidenten vom 24.11.1930, in: HStAM, Best. 165 Nr. 3846, Bl. 320; Schreiben Landrat *Gelnhausen* an Frankfurter Polizeipräsidenten vom 24.11.1930, in: ebd., Bl. 319.
- 122 Vgl. den Polbericht vom 2.5.1929 an die Zentrale, in: IfGA-ZPA I/3/23/10, Bl. 50.
- 123 Zum Berliner Blutmai, seinen Ursachen und Folgen für die Spaltung der Arbeiterbewegung vgl. *Kurz*.
- 124 Vgl. Schreiben Pol-Sekretär Bezirk 23 an Zentrale vom 4.5.1929, in: IfGA-ZPA I/3/23/10, Bl. 53.

- 125 Diese Daten entstammen dem Instruktorsbericht 1932 für den Partebezirk 23. Vgl. IfGA-ZPA I/3/23/12, Bl. 65.
- 126 Ebd., Bl. 62.
- 127 Bericht über die Betriebsrätewahl, Bezirk Hessen-Frankfurt vom 2.5.1929, in: IfGA-ZPA I/3/23/43, Bl. 22ff.
- 128 Vgl. »Unsere Arbeit an der Betriebsfront« Bericht an den Bezirksparteitag 1932, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 201ff.
- 129 Vgl. ebd., Bl. 202f.
- 130 So der Bericht über die »Hauptschwächen in unserer Org.Arbeit« auf dem Bezirksparteitag 1932, in: ebd., Bl. 200.
- 131 Zu den Forderungen nach straffer Parteiorganisation vgl. ebd., Bl. 200.
- 132 Richtlinien für die Erwerbslosenbewegung im Partebezirk Hessen-Frankfurt, in: IfGA-ZPA I/3/23/41, Bl. 51ff.; 43, Bl. 2ff.
- 133 Vgl. den Bericht der Bezirks-Erwerbslosen-Fraktion an den Bezirksparteitag 1932 in Frankfurt, in: IfGA-ZPA I/3/23/2, Bl. 219ff.
- 134 Zu den Erwerbslosendemonstrationen in Langenselbold im Juli 1932 vgl. *Fülberth*, Beziehungen, S. 361ff.
- 135 Vgl. SPSS-Analyse durch Prof. Dr. Eike *Hennig* (Gesamthochschule Kassel). Dieses Modell erklärt 76,8% der Varianz der beteiligten Variablen in den 15 Hanauer Kirchengemeinden.
- 136 Vgl. *Fowkes*, S. 179.
- 137 Vgl. *Lucas*, Formen, S. 223, 251.
- 138 Diese und ähnliche Beobachtungen führt Klaus-Michael *Mallmann* in seiner Habilitationsschrift zur Sozialgeschichte der KPD in der Weimarer Republik an. Er unterstreicht die hohe Kontinuität zwischen der Vorkriegssozialdemokratie und KPD. Vgl. K.-M. *Mallmann*, Kommunisten in der Weimarer Republik: Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996; *ders.*, Milieu.
- 139 Vgl. H. *Wunderer*, »Den Revolutionären Aufschwung organisieren«. Kommunistische Politik und Arbeiterkultur, in: *Ruppert*, Arbeiter, S. 427–434.

7. Sozialmilieus und regionale politische Kultur

- 1 Vgl. *Lepsius*, Parteiensystem; *Simon*. Vgl. die Ausführungen unter 1.2.
- 2 Anders dagegen *Mallmann*.
- 3 Zur NSDAP in Hessen vgl. *Hennig*, Hessen; E. *Schön*, Der Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim/Glan 1972; W. *Wolf* u. A. *Peter* (Hg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990.
- 4 Zur Charakterisierung der NSDAP als »absolutistische Integrationspartei« vgl. *Neumann*, S. 107. Vgl. auch G.A. *Ritter*, Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920, in: *ders.*, Arbeiterbewegung, S. 116–157, 338–345, 131f.
- 5 M.R. *Lepsius*, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: *ders.*, Demokratie, S. 51–79, 54.

Quellen und Literatur

I. Ungedruckte Quellen

Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin/Dahlem

Rep. 77	Personalia
Rep. 90	Landräte
Rep. 92	NL Ferdinand Friedensburg

Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA), Berlin

<i>Zentrales Parteiarchiv der SED/PPDS, Historisches Archiv der KPD</i>	
Best. I/2/22	KPD-Parteibeizirk 22 (Hessen-Waldeck)
Best. I/2/23	KPD-Parteibeizirk 23 (Hessen-Frankfurt)

Johannes-Sassenbach-Stiftung, Bibliothek und Archiv der Gewerkschaftsbewegung, Berlin

Geschäftsberichte	des DMV-Kassel 1908–1929
Geschäftsberichte	des DMV-Hanau 1909–1929
Geschäftsberichte	des ADGB-Kassel 1905–1910
Geschäftsberichte	des ADGB-Hanau 1904–1928

Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i.Br.

Best. N 428/41	Bogislaw von Seichow, Logbuch Nr. 41
----------------	--------------------------------------

Bibliotheken des Bischöflichen Priesterseminars, Fulda

Johannis, J.	Chronica Fuldensis 1802–1895
NL Scheller	

Bistumsarchiv Fulda

Best. 450	Seelsorge der Lebens- und Berufsstände
Best. 451	Verein der heiligen Familie
Best. 455	Seelsorge der Lebens- und Berufsstände: Arbeiter- und Männervereine
Best. 465	Vereinswesen
Schematismus	Verzeichnis der Geistlichen der Diözese Fulda 1889ff., Fulda 1889ff.
Protokolle	des Vorstandes des Katholischen Jugendvereins der Dompfarrei Fulda von 1920 bis 1923

Stadtarchiv Fulda

Best. II c.a.18	Acta betr. die Bildung eines AuSRes in Fulda
Lebensläufe	Georg Antoni (OB Fulda) und Balthasar Mihm
Protokollbücher	des Katholischen Kaufmännischen Vereins Fulda 1918–1933

Stadtarchiv Kassel

Best. S 3	Arbeiter- und Soldatenrat Kassel
Freidhof, R.	Die SPD in Kassel, ihr Weg und ihre Ziele. Manuskript Kassel (1931)

Archiv der IG-Metall / Zahlstelle, Kassel

Protokollbuch	des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ortsverband Kassel 1912–1932
---------------	--

SPD-Archiv Kassel

Bericht	über das Jahr 1928. Sozialdemokratische Partei, Sozialdemokratische Partei Ortsverein Kassel, o.O. o.J. (Kassel 1928)
Geschäftsbericht	SPD-Bezirksverband Hessen-Kassel. 1. Januar bis 31. Dezember 1930., o.O. o.J. (Kassel 1931)
Satzungen	der Ortsgruppe Cassel. Sozialdemokratische Partei Bezirksverband Hessen-Cassel, Cassel 1926

Historisches Archiv der Stadt Köln

Best. 1006	NL Karl Bachem
Best. 1256	NL Karl Trimborn
Best. 1070	NL Wilhelm Marx

Hessisches Staatsarchiv, Marburg

Best. 150	Oberpräsidium Kassel
Best. 165	Regierungspräsidium Kassel
Best. 175	Polizeipräsidium Kassel
Best. 180	Landratsämter
Best. 330	Stadtarchiv Marburg

Zentrales Staatsarchiv II, Merseburg

Rep. 76 Va Sekt.12	Universität Marburg
Rep. 77	Ministerium des Inneren
Rep. 89 H	Zivilkabinett
Rep. 120	Wirtschaft und Verwaltung
Rep. 151	Finanzministerium

II. Zeitungen und Zeitschriften, Vereins- und Verbandspresse

Akademische Blätter

Allgemeines Kirchenblatt für das evangelische Deutschland
Arbeiterzeitung (USPD Hessen-Kassel)
Bauernstimme
Bauernzeitung für Niederhessen und Waldeck, 1920

Beamten-Nachrichten. Zeitschrift für die Mitglieder des Bezirkskartells Hessen-Nassau-Nord des Deutschen Beamtenbundes
 Bonifatiusbote
 Burschenschaftliche Blätter
 Das Evangelische Hanau
 Das Neue Volk. Wochenschrift für christlich-soziale Politik und Kultur
 Das Tagebuch
 Der Jugendverein. Zeitschrift für die Vorstände und Mitarbeiter in katholischen Jugend- und Jungmännervereinen
 Der Kurhessische Handwerksmeister und Einzelhändler
 Der Kurhessische Waldeckische Handwerksmeister und Gewerbetreibende
 Der Landmann 1919-1920
 Deutsche Corpszeitung
 Deutsche Jugendkraft. Zeitschrift für willensstärkende Leibesübungen und vernunftgemäße Gesundheitspflege. Hauptorgan des Reichsverbandes »Deutsche Jugendkraft«
 Die evangelische Gemeinde. Kirchliches Monatsblatt für Cassel
 Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik
 Die Jugend-Tribüne
 Dokumentationen zur Fuldaer Stadtgeschichte
 Eschweger Zeitung
 Evangelischer Vereinsbote
 Frankfurter Zeitung
 Freiheit (KPD-Hanau)
 Fuldaer Kreisblatt
 Fuldaer Neue Zeit
 Fuldaer Tagblatt
 Fuldaer Zeitung
 Gemeindeblatt für die Freiheiter Gemeinde Cassel
 Gemeindeblatt der evangelisch-reformierten Gemeinde Marburg
 Germania
 Hanauer Anzeiger
 Hanauer Evangelisches Gemeindeblatt
 Handwerk und Gewerbe
 Handwerker- und Gewerbe-Zeitung
 Handwerks-Zeitung für Kurhessen und Waldeck
 Hersfelder Tageblatt
 Hersfelder Voksstimme
 Hersfelder Zeitung
 Hessische Landeszeitung, Marburg
 Hessische Post
 Hessische Schulzeitung
 Hessische Volkszeitung (USPD Hessen-Kassel)
 Hessischer Kurier
 Hessischer Volksfreund. Unabhängiges Blatt für jedermann
 Historisch-politische Blätter
 Jahrbuch 1925 des ADGB
 Jahrbuch der Christlichen Gewerkschaften
 Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie
 Jahrbuch des Landkreises Fulda
 Jung-Wacht

Kasseler Post
 Kasseler Sonntagsblatt
 Kasseler Tageblatt
 Kasseler Volksblatt
 Kirche und Welt. Blätter der hessischen Renitenz
 Kirchliches Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands
 Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda
 Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. Amtliches statistisches Jahrbuch der katholischen Kirche Deutschlands
 Kölner Pastoralblatt
 Kölner Volkszeitung
 Kommunale Rundschau
 Kommunalpolitische Blätter
 Korrespondenzblatt des ADGB
 Kösemer Jahrbuch
 Kurhessische Bauernzeitung. Organ des Bezirksverbandes der Bauernschaft Kurhessens, Kassel 1921-1924
 Kurhessischer Bauer
 Kurhessischer Landbund. Landwirtschaftliches Nachrichtenblatt der Kreisbauernschaften Kurhessens«, Kassel 1924ff.
 Marburger Hochschulzeitung
 Marburger Universitätszeitung
 Merkuria. Verbandsorgan des KKV
 Metallarbeiter-Zeitung
 Mitteilungen der Zentrumsparterie im Regierungsbezirk Kassel
 Mitteilungen der A.M.St.
 Mitteilungen der Arbeiterpräsidies
 Neue Arbeiterzeitung (KPD Hessen-Kassel)
 Neue Landeszeitung für Hessen und Waldeck
 Oberhessische Bauernzeitung. Organ des hessischen Bauernvereins Kreis Marburg, Marburg 1923-1933
 Oberhessische Zeitung
 Pastoralblatt für den Konsistorialbezirk Cassel
 Rundschau. Zeitschrift für die Mitglieder des Provinzkartells Hessen-Nassau-Nord des Deutschen Beamtenbundes
 Statistische Mitteilungen aus den deutschen evangelischen Landeskirchen
 Statistischer Vierteljahresbericht der Stadt Kassel
 Tribüne. Organ der kommunistischen Stadt- und Gemeindefraktionen für die Stadt- und Landkreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern
 Vorwärts
 Wingolfsblätter
 Zeitschrift für Selbstverwaltung

III. Sonstige gedruckte Quellen, Lexika und allgemeine Hilfsmittel

- Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel.
Adreß- und Einwohner-Bücher Hanau.
Adreßbuch der Residenzstadt Cassel.
Adressbuch der Stadt Fulda.
Adreßbuch der Stadt Marburg-Lahn (Stadthandbuch).
Adreßbuch der Stadt Marburg.
Bebel, A., Aus meinem Leben, Berlin/Bonn 1986.
Becker, K. u. K. Christ, Oberzwehren, wie es früher war, Gudensberg – Gleichen 1986.
Bericht über das Jahr 1928. SPD Ortsverein Kassel, Cassel 1928.
Bloem, W., Der krasse Fuchs, Berlin 1910.
Böck, A. Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise. Eine politisch-statistische Studie, Memmingen 1911.
Bundesverband der katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands – KAB (Hg.), Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente, Kevelaer 1985.
Crone-Münzbrock, A. von, Die Organisation des deutschen Bauernstandes, Berlin 1920.
Denzinger, H., Compendium der Glaubensbekenntnisse und kirchlichen Lehrentscheidungen. Verbessert, erweitert, ins Deutsche übertragen und unter Mitarbeit von H. Hoping hg. v. P. Hünermann, Freiburg 1991³¹.
Dowe, D. u. K. Klotzbach (Hg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1984.
Duderstadt, H., Der Schrei nach dem Recht. »Die Tragödie von Mechterstädt«. Mit einer Einleitung von W.W. Knoeckel und einem offenen Brief an den Stabsfeldwebel des Studentenkorps als Anhang, Marburg 1920.
Einwohnerbuch der Stadt Fulda.
Einwohnerbuch der Stadt Cassel.
Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914–1933. Bearb. v. M. Schumacher, Düsseldorf 1970.
Esser, Th., Mittelstandsfürsorge. Dargestellt an der Politik der deutschen Zentrumspartei, München-Gladbach 1928.
–, Zentrum und Mittelstand, Berlin 1924.
Fabricius, W. (Hg.), Marburger Ehrenordnung. Burschenkomment 1918, Marburg 1918.
–, Die Deutschen Corps, Frankfurt a.M. 1926.
–, Geschichte und Chronik des Kösener S.C.-Verbandes, Frankfurt a.M. 1921.
Falter, J.W. u.a. (Hg.), Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933, München 1986.
Feldner, C. u. P. Wieden, Harleshausen, wie es früher war, Gudensberg – Gleichen o.J. (1984).
–, Das »Rote Wedding« vor den Toren Kassels. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Arbeiterdorfes Harleshausen in der Weimarer Republik, in: Prisma. Die Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, Nr. 29, Nov. 1982, S. 65–73.
–, Niederzwehren, wie es früher war, Gudensberg – Gleichen 1986.
–, Harleshausen 1747–1936. Von Bauern, Spekulanten und aufmüpfigen Arbeitern. Eine (fast) vergessene Heimatgeschichte, Gudensberg-Gleichen 1987.
Festbuch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Gau Hessen-Kassel zur Feier des Verfassungstages 1925.
Festschrift zur Feier des Dritten Kreis-Kriegerverbandsfest verbunden mit der vierten Abgeordneten-Versammlung des Kurhessischen Kriegerbundes in Gelnhausen am 22., 23. und 24. Juni 1907.
Festschrift 100 Jahre SPD Ortsverein Eschwege 1885–1985, Eschwege 1985.
Festschrift 100 Jahre Fuldaer Zeitung. Schreiben und Drucken in Fulda, Fulda 1974.
Festschrift aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Firma Parzeller & Co vormals Fuldaer Actiendruckerei Fulda, 1873–1948, Fulda 1948.
Festschrift 75 Jahre Emaillierwerk AG Bellinger Fulda 1867–1942, Fulda 1942.
Festschrift KAB-Fulda, Fulda 1953.
Frankenstein, K. von, Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Hohenzollern, Regierungsbezirk Wiesbaden, Thüringen, Bayern, Großherzogtum Hessen, Regierungsbezirk Kassel, Königreich Sachsen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. LIV. Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 2. Bd., Leipzig 1892, S. 1–400.
Fricke, D. (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., Leipzig 1968 u. 1970.
– (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), 4 Bde., Leipzig 1983–1986.
Fricke, R., Die Frequenzentwicklung der Universität Marburg seit 1866, in: H. Hermelink (Hg.), Die Philipps-Universität zu Marburg 1527–1927, Marburg 1927, S. 816–839.
Friedensburg, F., Meine Kasseler Jahre 1927–1933, in: Die Regierung in Kassel vornehmlich im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. K. Dülfer, Kassel 1960, S. 411–446.
–, Lebenserinnerungen, Frankfurt a.M. 1969.
–, Politik und Wirtschaft. Aufsätze und Vorträge, Berlin 1961.
–, Die Weimarer Republik, Berlin 1946, 1957².
Fuhrmann, D., Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Hanau. Im Auftrage der Statistischen Kommission des Gewerkschaftskartells Hanau a.M., Hanau 1901.
Galm, H., Ich war halt immer ein Rebell, Offenbach 1981².
Gemeindelexika für die Provinz Hessen-Nassau, 1885, 1897, 1907, 1925.
Gerlach, H. von, Von rechts nach links, hg. v. E. Ludwig, Zürich 1937.
Grambow, L. Die Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse der Arbeitnehmer in den Hanauer Edelmetall- und Edelmetall-Industrien im Jahre 1905, Hanau 1906.
Grzesinski, A., Inside Germany, New York 1939.
Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. V, 1918–1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, hg. v. D. Langewiesche u. H.-E. Tenorth, München 1989.
Hartmann, A., Zeitgeschichte von Fulda, Fulda 1895.
Heer, G., Marburger Studentenleben 1527 bis 1927, Marburg 1927.
Heiligenrode. Heimatkundliche Schriftenreihe Nr. 1, Kassel 1952.
Heinemann, G.W., Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919–1922, hg. v. B. u. H. Gollwitzer, München 1980.
Hermelink, H. (Hg.), Die Philipps-Universität zu Marburg 1527–1927, Marburg 1927.
Historisches Gemeindeverzeichnis für Hessen. Heft 1: Die Bevölkerung der Gemeinden 1834–1967, Wiesbaden 1968; Heft 2: Gebietsänderungen der hessischen Gemeinden und Kreise 1834–1967, Wiesbaden 1968.
Hochuth, C.W.H., Statistik der evangelischen Kirche im Regierungsbezirk Kassel, Kassel 1872.
Hohorst, G. u.a. (Hg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870–1914, München 1975.

Holzappel, Oberlandesgerichtsbezirk Cassel, ausschließlich des Fürstentums Waldeck, unter Einschluß des Kreises Schmalkalden, in: M. Sering (Hg.), Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreich Preußen, Bd. 1, Teil 4, Berlin 1899.

Jacob, B., Geschichte des Dorfes Eschenstruth 1126–1926, Kassel 1927.

–, Geschichte des Dorfes (und Stadtteiles von Kassel) Bettenhausen 1126–1926. Zugleich Geschichte seiner näheren Umgebung, Kassel 1927.

–, Geschichte des Dorfes Oberzwehren, Kassel-Wilhelmshöhe 1936.

Jahrbuch Fulda, Fulda 1930.

Joos, J., Die politische Ideenwelt des Zentrums, Karlsruhe 1928.

–, Der Gedanke der Berufsarbeit in seiner Bedeutung für die Ziele und Organisation der Arbeiterbewegung, in: Zweiter Allgemeiner Präsidestag des Kartellverbandes der Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, Fulda, 25./26. August 1921.

–, Ergebnisse der Umfrage über die gegenwärtige seelische Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland, in: Mitteilungen der Arbeiterpräsidates, hg. v. der Diözesanleitung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Köln, Bd. 4, 1926, S. 34–43.

Kasch, K., Die soziale Struktur der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 9, 1928, S. 1050–1067.

Keil, W., Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 1, Stuttgart 1947.

Klein, Th., Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945, Marburg 1988 (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 70).

–, Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte. Erster Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867–1918, Marburg 1989; Zweiter Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1919–1933. Unter Mitwirkung von Th. Weidemann bearbeitet und eingeleitet von F. Krause. Erster Teilband: Regierungsbezirk Kassel und Waldeck-Pyrmont, Marburg 1992.

– (Hg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933–1936, 2 Bde., Köln 1986 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 22).

Landwirtschaftliches Adreßbuch der Provinz Hessen-Nassau, II. Teil: Regierungsbezirk Kassel einschließlich Waldeck, Leipzig 1929 (= Niekammers Landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher Band VI, 2., hg. v. E. Seyfert und H. Wehner).

Leimbach, A., Die Sorge des Seelenhirten für die schulentlassene Jugend in der Gegenwart, Fulda 1919.

Leinweber, J., Die Geschichte der Pfarrei Florenberg, Fulda 1978.

Lemma, E., Manches war doch anders. Erinnerungen eines Demokraten, Frankfurt a.M. 1968.

Letterhaus, B., Zur Frage der sozialen Gliederung des katholischen Volksteils in Deutschland, Köln 1934.

Manigk, A., Revolution und Aufbau des Staates. Rede zur Verfassungsfeier der Universität Marburg 27.7.1930 (Marburger Akademische Reden Nr. 50).

Marburger Stadthandbuch.

Marburger Einwohnerbuch.

Metz, I., Statistische Beschreibung des Regierungs-Bezirks Cassel. Unter Benutzung amtlicher Quellen, Cassel 1871.

Meyenschein, A., Die ländlichen Genossenschaften im Regierungsbezirk Kassel, Kassel 1899.

Naumann, F., Wirtschaftliche Landesbeschreibung der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont, Pyrmont 1914.

Neuendörfer, K., Zwischen Kirche und Welt. Ausgewählte Aufsätze aus seinem Nachlaß, hg. v. L. Neuendörfer u. W. Dirks, Frankfurt a.M. 1927.

Niederrodenbach wie es einmal war. Die Geschichte eines alten Dorfes dargeboten von Pfarrer Friedrich W. Schlott, Dörnigheim a.M. 1970.

Pesch, H., Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsauffassung, 2 Bde., Freiburg 1893.

Petzina, D. u.a. (Hg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978.

Preußische Statistik 1871ff.

Preußischer Landtag, Stenographische Berichte.

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913 (Reprint Osaka 1970).

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Würzburg, vom 14. bis 20. Oktober 1917, Berlin 1917 (ND Berlin-W 1973).

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Kassel, vom 10. bis 16. Oktober 1920, Berlin 1920 (ND Berlin-W 1973).

Protokolle der Stadtverordnetenversammlung Kassel 1930–1933, 3 Bde., Kassel 1930ff.

Protokolle des Vorstandes des Katholischen Jugendvereins der Dompfarrei Fulda von 1920 bis 1923 (Bistumsarchiv Fulda).

Protokollbücher des Katholischen Kaufmännischen Vereins Fulda 1918–1933 (Stadtarchiv Fulda).

Protokollbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes Ortsverband Kassel 1912–1932 (IG-Metall-Archiv Kassel).

Dem Rechte die Macht. Zum Verfassungstage 1927, o.O. o.Jg.

Die Reichstagswahlen 1920. Ein Weckruf, Kassel 1920.

Ritter, G. (Hg.), Kirchliches Handbuch. Mit Zahlen belegte Beschreibung der Gemeinden, Kirchen, Pfarreien, Vereine, Anstalten und Stiftungen der Evangelischen Landeskirche in Hessen-Kassel, Kassel 1928.

Schauff, J., Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928, hg. v. R. Morsey, Mainz 1975.

Scheidemann, Ph., Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928.

–, Zwischen den Gefechten, Berlin 1920.

Schnellbacher, F., Hanau in der Revolution vom 7. November 1918 bis 1919. Mit einem Vorwort von Clara Zetkin, Hanau 1920.

Schott, S., Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871–1910, Breslau 1912 (= Schriften des Verbandes Deutscher Städtestatistiker H. 1).

–, Großsiedlungen (Großstädtische Agglomerationen), in: StJbdtSt, Bd. 24, N.F.3., 1929, S. 66–96.

–, Das Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: StJbdtSt, Bd. 11, 1903, S. 129–149.

–, Die Citybildung in den deutschen Großstädten seit 1871, in: StJbdtSt, Bd. 14, 1907, S. 21–46.

Schröder, W.H. (Bearb.), Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986.

Selchow, B. von, Hundert Tage aus meinem Leben, Leipzig 1936.

Sozialdemokratische Arbeit im Rathaus zu Kassel, Kassel 1924.

- SPD/Kassel, Sozialdemokratische Arbeit im Rathaus zu Kassel, hg. v. Bezirksvorstand der VSPD, Cassel 1924.
- Sprenger, O., Betriebsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft. XXI. Regierungsbezirk Kassel, Berlin 1912.
- Staatsbürgerliche Erziehung an den deutschen Universitäten. Eine Denkschrift im Auftrag der Vertretung der Deutschen Studentenschaft vorgelegt vom Zentral-Ausschuß für staatsbürgerliche Erziehung an der Universität Marburg, Marburg 1920.
- Staatslexikon der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Freiburg i.Br. 1892ff.
- Stadt Fulda, Fulda 1930.
- Statistik des Deutschen Reiches 1871ff.
- Statistischer Vierteljahresbericht der Stadt Kassel.
- Steindorff, A., Intelligenz und Proletariat. Die Krisis der Revolution, Leipzig 1919.
- Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages 1893ff.
- Thiele, A., Die Lage der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Cassels im Lichte der Statistik, Cassel 1914.
- Troschke, P., Evangelische Kirchenstatistik Deutschlands, Berlin 1929ff.
- Verfassungsfeier Cassel 1926, Cassel 1926.
- Verhandlungen des Kommunallandtages für den Regierungsbezirk Kassel.
- Vogel, B. u.a. (Hg.), Wahlen in Deutschland. Theorie - Geschichte - Dokumente 1848 - 1970, Berlin 1971.
- Weber, H., Der gesetzliche Kampf zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, in: G. Schreiber, Politisches Jahrbuch, 1926, S. 400-415.
- Wehler, H.-U., Bibliographie zur neueren deutschen Sozialgeschichte, München 1993.
- 50 Jahre KKV. Fulda 1877-1927.
- 50 Jahre Diözesanverband der KAB im Bistum Fulda, Fulda 1953.
- 80 Jahre SPD Ortsverein Großenritte, o.O. 1982.
- 100 Jahre SPD Hanau 1867-1967, Hanau 1967.
- 100 Jahre Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung. KKV Fulda 1877-1977.
- 100 Jahre Fuldaer Bürgerverein, Fulda 1932.
- 100 Jahre KAB in der Bonifatiusstadt Fulda 1887-1987.
- 100 Jahre Bezirk und Ortsverein Hanau Industriegewerkschaft Druck und Papier, 1865-1965, Hanau 1965.
- 120 Jahre SPD Hanau 1867-1887, Hanau 1987.
- 800 Jahre Sandershausen 1167-1967, hg. v. Gemeindevorstand Sandershausen, Sandershausen 1967.

IV. Literatur

- Ackermann, V., Nationale Totenfeiern in Deutschland. Von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik, Stuttgart 1990.
- Albertin, L., Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.
- u. W. Link (Hg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981.
- Allmeroth, H., Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Eschwege seit dem vorigen Jahrhundert, Diss. Frankfurt a.M. 1926.

- Altermatt, U., Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken, Zürich 1989.
- , Katholische Subgesellschaft. Thesen zum Konzept der »Katholischen Subgesellschaft« am Beispiel des Schweizer Katholizismus, in: Gabriel u. Kaufmann (Hg.), Soziologie, S. 145-165.
- Anderson, M.L., Piety and Politics: Recent Work on German Catholicism, in: JMH, Jg. 63, 1991, S. 681-716.
- Angress, W.T., Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973.
- Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKZG), Münster, Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen, Jg. 43, 1993, S. 588-654.
- Aretz, J., Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923-1945, Mainz 1978.
- Arndt, I., Die Judenfrage im Licht der evangelischen Sonntagsblätter von 1918 bis 1933, phil. Diss. Tübingen 1960 (MS).
- Arns, D., Grass-Roots Politics in the Weimar Republic: long-term structural change and political behavior in Hessen-Darmstadt to 1930, phil. Diss. State University of New York in Buffalo 1979.
- Bachem, K., Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie, 9 Bde., Köln 1927-1932, Reprint Aalen 1968.
- Bajohr, F. (Hg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Gedenkschrift D. Peukert, Hamburg 1991.
- Bannasch, H. u.a. (Hg.), Aus Geschichte und ihren Hilfswissenschaften (FS W. Heinemeyer), Marburg 1979.
- Barmeyer, H., Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928-1933, Stuttgart 1971.
- Baumgart, P. (Hg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreiches, Stuttgart 1980.
- Becker, Ed., Achtzig Jahre kommunale Selbstverwaltung im Regierungsbezirk Kassel 1867-1947, Kassel 1949.
- Becker, R.-W., Religion in Zahlen. Ursprung und Wege der quantifizierenden Erforschung religiöser Orientierungs- und Verhaltensweisen, Heidelberg 1968.
- Beier, G., Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertundfünfzig Jahre (1834-1984), Frankfurt a.M. 1984.
- Berge, O., Arbeiter- und Soldatenrat, Bauernrat und die Wahlen zu den kommunalen Körperschaften in Fulda 1918/19, in: FuGeschbl, Jg. 50, 1974, S. 137-165.
- , Zur Gründung und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in Fulda zur Zeit der Weimarer Republik, in: FuGeschbl, Jg. 56, 1980, S. 168-178.
- , Fulda zur Zeit des Kapp-Putsches 1920, in: FuGeschbl, Jg. 59, 1983, S. 159-165.
- Berg-Schlosser, D. u. J. Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987 (= PVS Sonderheft 18/1987).
- Best, H. (Hg.), Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989 (= Historisch-Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 22).
- , Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland. Perspektiven einer Analyse von Massendaten der historischen Eliten- und Wahlforschung, in: PVS, Jg. 29, 1988, S. 469-473.
- Blaich, F., Der Einfluß der Eisenbahnpolitik auf die Struktur der Arbeitsmärkte im Zeitalter der Industrialisierung, in: H. Kellenbenz (Hg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt.

- Bericht über die 4. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte/Wien 14.-15.4.1971, München 1974, S. 86-109.
- Blaschke, O. u. F.-M. Kuhlemann (Hg.), Religion im Kaiserreich. Mentalitäten, Milieus, Krisen, Gütersloh 1996.
- , Religion in Geschichte und Gesellschaft. Sozialhistorische Perspektiven für die vergleichende Erforschung religiöser Mentalitäten und Milieus, in: Blaschke u. Kuhlemann (Hg.), Religion, S. 7-56.
- Blessing, W.K., Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel während des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1982.
- Boekamp, J., Die Geschichte der Fuldaer Zeitung, phil. Diss. Erlangen 1963.
- Bölling, R., Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918-1933, Göttingen 1978.
- , Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis zur Gegenwart, Göttingen 1983.
- Bösch, H., Politische Parteien und Gruppen in Offenbach am Main 1860-1960, Offenbach 1973 (= Offenbacher Geschichtsblätter Nr. 23).
- Böttcher, R., Die Einkommensverhältnisse im Regierungsbezirk Cassel im Jahre 1920, phil. Diss. Marburg 1924 (MS).
- Bog, I., Die Industrialisierung Hessens, in: Hessische Heimat 28, 1978, S. 119-123.
- Borchardt, K., Die Industrielle Revolution in Deutschland, München 1972.
- , Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1985².
- Brack, R., Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900-1914, Köln 1976.
- Brandt, H.-H., Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763-1963, Kassel 1963.
- , Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Raum Hanau 1597-1962. Die Geschichte der Industrie- und Handelskammer Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern und ihrer Vorläufer, Hanau 1963.
- Brandt, P. u. R. Rürup, Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Zur Vorgeschichte und Geschichte der Revolution, Sigmaringen 1991.
- Brepohl, W., Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957.
- Breuning, K., Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929-1934), München 1969.
- Breyvogel, W., Lehrer zwischen Weimarer Republik und Faschismus. Die Lehrerschaft des Hessischen Volksschullehrervereins in den Jahren 1930 bis 1933, in: Gesellschaft und Schule, Heft 1/2, 1974, S. 1-88.
- , Die soziale Lage und das politische Bewußtsein der Volksschullehrer 1927-1933. Eine Studie zur Gewerkschaftsfrage in der Volksschullehrerschaft, Königstein 1979 (= Monographien Pädagogik, Bd. 20).
- Brocke, B. vom; Marburg im Kaiserreich 1866-1918. Geschichte und Gesellschaft, Parteien und Wahlen einer Universitätsstadt im wirtschaftlichen und sozialen Wandel der industriellen Revolution, in: Dettmering u. Grenz (Hg.), Geschichte, S. 367-540.
- Broesike, M., Arbeitsort und Wohnort der Bevölkerung in den Grossstädten und einigen Industriebezirken Preussens am 1. Dezember 1900, in: Zeitschrift des königl. Preussischen Statistischen Bureaus, Bd. XLIV, 1904, S. 1-18.
- Broszat, M. u.a. (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.
- Burger, A., Religionszugehörigkeit und soziales Verhalten. Untersuchungen und Statistiken der neueren Zeit in Deutschland, Göttingen 1964.

- Caspari, L., Die Entwicklung des Hanauer Edelmetallgewerbes von seiner Entstehung bis zum Jahre 1873, Diss. Freiburg i.Br., Elberfeld 1916.
- Childers, Th. (Hg.), The Formation of the Nazi Constituency 1919-1933, London 1986.
- Cnyrim, G., Die politische Tagespresse von Hessen-Nassau und Hessen, Diss. Heidelberg 1934.
- Cordes, H., Gründung und Entwicklung der Raiffeisengenossenschaften und des Kurhessischen Landbundes im Regierungsbezirk Kassel, der beiden größten landwirtschaftlichen Berufsorganisationen Kurhessens, nat. Diss. Göttingen 1929.
- Coreth, E., Geschichte der christlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 4, München 1989.
- Dahm, K.-W., Pfarrer und Politik, Köln 1965.
- , German Protestantism and Politics, 1918-39, in: JCH, Jg. 3, 1968, S. 29-49.
- Dettmering, E. u. R. Grenz (Hg.), Marburger Geschichte, Marburg 1980.
- Döhn, L., Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970.
- Düding, D. u.a. (Hg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek 1988.
- , Antisemitismus als Parteidoktrin. Die ersten antisemitischen Parteien in Deutschland (1879-1894), in: H. Klutzing (Hg.), Nation - Nationalismus - Postnation. Beiträge zur Identitätsfindung der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1992, S. 59-70.
- Dülmen, R. van u. N. Schindler (Hg.), Volkskultur. Zur Wiederentdeckung des vergessenen Alltags (16.-20. Jahrhundert), Frankfurt a.M. 1984.
- Dunk, H. van der u. H. Lademacher (Hg.), Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat. Zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden. Melsungen 1986.
- Ebbighausen, R. u. Fr. Tiemann (Hg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? (FS Th. Pirker), Opladen 1984.
- Ebertz, M.N., Organisierung der Massenreligiosität. Soziologische Aspekte der Frömmigkeitsforschung, in: Jahrbuch für Volkskunde N.F., Jg. 2, 1979, S. 38-72.
- , Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Charisma im 19. Jahrhundert, in: Gabriel u. Kaufmann (Hg.), Soziologie, S. 89-111.
- Eiler, K. (Hg.), Hessen im Zeitalter der industriellen Revolution, Frankfurt a.M. 1984.
- Elias, N., Studien über die Deutschen, Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. M. Schröter, Frankfurt a.M. 1989.
- Elm, K. u. H.-D. Looock (Hg.), Seelsorge und Diakonie in Berlin. Beiträge zum Verhältnis von Kirche und Großstadt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, Berlin 1990.
- Enders, F.-K., Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung. Strukturen, Ziele, Einstellungen und Verhaltensformen der Mitglieder eines Bundesverbandes, München 1984.
- Evans, E.L., The German Center Party 1870-1933. A Study in Political Catholicism, Carbondale 1981.
- Eysel, K.Th., Die Besonderheiten der Gemeindeorganisation in der preußischen Provinz Hessen-Nassau nach dem Stande der Gesetzgebung vom 5. November 1929 und die Reformbestrebungen im preußischen Gemeindeverfassungsrechte, Diss. Heidelberg 1932.
- Falter, J.W., Hitlers Wähler, München 1991.
- Faulstich, P. u.a. (Hg.), Gewerkschaften in Kassel vor 1933, Kassel o.J.
- Fischer, H., Der Saalbau zu Hanau. Ein bedeutsamer Abschnitt aus der Geschichte der Hanauer Arbeiterbewegung, Hanau 1966.
- Fleischmann-Bisten, W., Der Evangelische Bund in der Weimarer Republik und im sogenannten Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1989.

Flemming, J., Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890–1920, Bonn 1978.

Foltin, H.-F. u. D. Kramer (Hg.), Geschichte und Perspektiven der Vereinsforschung, in: Vereinsforschung, Gießen 1984 (Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung, Bd. 16), S. 3–31.

Fowkes, B., Communism in Germany under the Weimar Republic, London 1984.

Frenz, W. u. H. Schmidt, Wir schreiten Seit an Seit. Geschichte der Sozialdemokratie in Nordhessen, Marburg 1989.

Fricke, A., Die Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken Cassel und Wiebaden zwischen 1885 und 1905 mit besonderer Berücksichtigung der Wanderungen und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, phil. Diss. Gießen 1910.

Fritz, B.D., Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPO und SAP. Eine Studie zur politischen Ideologie des deutschen »Rechts«-Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik, phil. Diss. Bonn 1966.

Fülberth, G., Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933. Ein Anfang, Marburg 1984.

–, Die Beziehungen zwischen SPD und KPD in der Kommunalpolitik der Weimarer Periode 1918/19 bis 1933, Köln 1985.

Gabriel, K. u. Fr.-X. Kaufmann (Hg.), Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1980.

–, Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg i.Br. 1992.

Gall, L., Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ, Jg. 220, 1975, S. 324–354.

Gatz, E. (Hg.), Die Bistümer und ihre Pfarreien, Freiburg 1991 (= Geschichte des kirchlichen Lebens in den deutschsprachigen Ländern seit Ende des 18. Jahrhunderts. Die katholische Kirche, Bd. 1).

Geiger, Th., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1932 (unveränderter ND 1967).

Gessner, D., Agrardepression, Agrarideologie und konservative Politik in der Weimarer Republik. Zur Legitimationsproblematik konservativer Politik in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1976.

Gömann, G., Art und Umfang der Urbanisation im Raume Kassel. Grundlagen, Werdegang und gegenwärtige Funktion der Stadt Kassel und ihre Bedeutung für das Umland, Göttingen 1978.

Götz v. Olenhusen, I., Jugendreich, Gottesreich, Deutsches Reich. Junge Generation, Religion und Politik. 1928–1933, Köln 1987.

Graf, W., Kirchliche Beeinflussungsversuche zu politischen Wahlen und Abstimmungen als Symptome für die Einstellung der katholischen Kirche zur Politik, phil. Diss. Mainz 1972.

Grebing, H., Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Zentrums in der Weimarer Republik, phil. Diss. Berlin 1953 (MS).

Greschat, M., Das Zeitalter der industriellen Revolution. Das Christentum vor der Moderne, München 1980.

Groh, D., Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die Sozialdemokratie am Vorabend des ersten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 1973.

Grüneisen, K.G., Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt (Gemeindestudie des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung/Darmstadt Monographie 2), Darmstadt 1952.

Grünthal, G., Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.

Hahn, A., Religion und der Verlust der Sinnggebung. Identitätsprobleme in der modernen Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1974.

Hahner, E., Der Arbeiterarmut wirksam begegnet. Entwicklung der Arbeiter- und Gewerk-

schaftsbewegung im Fuldaer Land bis zum Jahre 1914, in: Jahrbuch des Landkreises Fulda 1977, S. 178–186.

Hamel, I., Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutsch-nationale Handlungsgelhilfen-Verband 1863–1933, Frankfurt a.M. 1967.

Harsche, E., Die Agrarstruktur als Bestandteil der industriellen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Versuch einer regionalen Betrachtung der Veränderungen der hessischen Agrarstruktur durch Einflüsse des nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsmarktes, Diss. Gießen, Wiesbaden 1962.

–, Die Nebenerwerbslandwirtschaft in Hessen. Sozialökonomische Struktur und Flächenausstattung, Wiesbaden 1966.

–, Die Betriebsgrößenstruktur der hessischen Landwirtschaft und ihre allgemeinen Entwicklungstendenzen im Kraftfeld industrieller Ballungszonen, Wiesbaden 1967.

–, Der sozialökonomische Strukturwandel der hessischen Landwirtschaft im urbanindustriellen Innovationsfeld – dargestellt anhand der Statistik der hessischen Stadt- und Landkreise 1960/61–1970, Gießen 1980.

–, Landwirtschaft in der Industriegesellschaft, in: LAG, Jg. 1, 1984, S. 3–58.

Hederich, M., Um die Freiheit der Kirche. Geschichte der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel 1977².

Heer-Kleinert, L., Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 1983.

Heinemann, U., Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Heinemeyer, W. (Hg.), Academia Marburgensis. I. Beiträge zur Geschichte der Universität Marburg, Marburg 1977.

– (Hg.), Das Werden Hessens, Marburg 1986.

Heitzer, H., Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918, Mainz 1979.

Hendon, D.W., The Center Party and the agrarian interest in Germany 1890–1914, Diss. Emory University 1976.

Hennig, E., Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für »mikroanalytische Studien« zur Erforschung der NSDAP, in: PVS, Jg. 21, 1980, S. 152–173.

– (Hg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a.M. 1983.

–, Politischer Wandel und parochial-partizipative Politische Kultur-Formen – Bemerkungen zum mikro-makro-politischen Kontinuum des Landkreises Kassel in der Endphase der Weimarer Republik, in: Berg-Schlosser u. Schissler (Hg.), Politische Kultur in Deutschland, S. 96–111.

–, Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928–1933). Ein Hinweis zur Diskussion der politischen Kultur im »roten Landkreis«, in: ZHG, Jg. 92, 1987, S. 205–245.

–, Die Zeit der Weimarer Republik in Oberwehren unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen, in: ZHG, Jg. 93, 1988, S.149–178.

– u. M. Kieserling, Zwischen Fabrik und Hof – zwischen Republik und Dorf. Zur Wahlentwicklung und politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Weimarer Republik, Kassel 1990.

Heß, J.C., »Das ganze Deutschland soll es sein.« Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

Hippel, W. von, Industrieller Wandel und ländlicher Raum. Untersuchungen im Gebiet des mittleren Neckar 1850–1914, in: AfS, Jg. 19, 1979, S. 43–122.

Hirschfeld, P., Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906, Jena 1908.

Hitzeroth, H.O., Die politische Presse Kurhessens von der Einführung der Verfassung vom 5. Januar 1831 bis zum Ausgang des Kurstaates 1866, Diss. Marburg 1935.

Hitzler, R. u. A. Honer, Lebenswelt – Milieu – Situation. Terminologische Vorschläge zur theoretischen Verständigung, in: KZfSS, Jg. 36, 1984, S. 56–74.

Högl, G., Gewerkschaften und USPD 1916–1922. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Schuhmacherverbandes, phil. Diss. München 1982.

Hölscher, L., Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich, Stuttgart 1989 (= Industrielle Welt, Bd. 46).

– Die Religion des Bürgers. Bürgerliche Frömmigkeit und protestantische Kirche im 19. Jahrhundert, in: HZ, Jg. 250, 1990, S. 595–630.

– u. U. Männich-Polenz, Die Sozialstruktur der Kirchengemeinde Hannovers im 19. Jahrhundert. Eine statistische Analyse, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte, Jg. 88, 1990, S. 159–211.

Hömig, H., Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bd. 28).

Höpken, J., Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922, Darmstadt 1983 (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 49).

Hofacker, J., Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Schlüchtern vom Jahre 1815 bis zum Jahre 1914, Diss. Frankfurt a.M. 1926 (MS).

Hofmann, R., Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Marburg im 19. und 20. Jahrhundert bis zum Ausbruch des Weltkrieges, phil. Diss. Frankfurt a.M. 1925 (MS).

Hofmann, W., Zwischen Rathaus und Staatskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933, Stuttgart 1974.

–, Oberbürgermeister als politische Elite im Wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Schwabe (Hg.), Oberbürgermeister, S. 17–38.

Homeister, K., Die Arbeiterbewegung in Eschwege (1885–1920). Ein Beitrag zur Stadt- und Kreisgeschichte, Kassel 1987.

Horstmann, H., »Keinen Pfennig den Fürsten« Der Volksentscheid zur Fürstenteignung 1926, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Jg. 45, 1991, S. 87–144.

Horstmann, J., Katholiken und Reichstagswahlen 1920–1933. Ausgewählte Aspekte mit statistischem Material, in: JCSW, Jg. 26, 1985, S. 63–95.

–, Katholiken, Reichspräsidentenwahlen und Volksentscheide. Ausgewählte Aspekte zum Wahlverhalten der Katholiken in der Weimarer Republik mit statistischem Material, in: JCSW, Jg. 27, 1986, S. 61–93.

Hradil, St., Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987.

Huber, R.G., Sozialer Wandel und politische Konflikte in einer südhessischen Industriestadt. Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1898–1914, Darmstadt 1985.

Huck, G. (Hg.), Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1982.

Hübinger, G., Protestantische Kultur im wilhelminischen Deutschland, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Jg. 16, 1991, S. 174–199.

–, Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994.

Hürten, H., Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn u.a. 1992.

Jacke, J., Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch 1918, Hamburg 1976.

Jaraus, K.H., Liberal Education as Illiberal Sozialization: The Case of Students in Imperial Germany, in: JMH, Jg. 50, 1978, S. 609–630.

–, The Social Transformation of the University: The Case of Prussia 1865–1914, in: JSH, Jg. 12, 1978/79, S. 609–636.

–, Students, society, and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism, Princeton 1982.

–, Deutsche Studenten 1870–1970, Frankfurt a.M. 1984.

–, Frequenz und Struktur. Zur Sozialgeschichte der Studenten im Kaiserreich, in: Baumgart (Hg.), Bildungspolitik, S. 119–129.

Jauch, D., Die Wandlung des ländlichen Vereinslebens in ländlichen Gemeinden Südwestdeutschlands, in: ZfAA, Jg. 28, 1980, S. 48–77.

Jestaedt, W., Der Kulturkampf im Fuldaer Land, Fulda 1960.

Jones, L.E., Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ, Jg. 25, 1977, S. 265–304.

–, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933, Chapel Hill 1988.

Jung, O., Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle »Aufwertung«, »Fürstenteignung«, Panzerkreuzerverbot« und »Youngplan«, Frankfurt a.M. 1989.

–, Volksgesetzgebung. Die »Weimarer Erfahrungen« aus dem Fall der Vermögensauseinandersetzungen zwischen Freistaaten und ehemaligen Fürsten, 2 Bde., Hamburg 1990.

Kaelble, H., Geschichte der sozialen Mobilität seit der industriellen Revolution, Meisenheim 1978.

Kaiser, J.-Chr., Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik, Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981 (= Industrielle Welt, Bd. 32).

Kammler, J., Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes: Die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933, in: ders. u. D. Krause-Vilmar (Hg.), Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933 bis 1945, Eine Dokumentation, 2 Bde., Fulda 1987, Bd. 2, 291–324.

–, Gewerkschafter, Arbeiterwiderstand und Arbeiteropposition in Kassel 1933–1945, in: Prisma, 1982, S. 51–56.

Kampe, N., Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988.

Kapp, J., Die wirtschaftliche Entwicklung und Lage des Kreises Fulda, Diss. Giessen 1928 (MS).

Kaschuba, W., Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990 (= Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 5).

Kaufmann, D., Katholisches Milieu in Münster 1928–1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984.

Kaufmann, G., Stadt-Land-Beziehungen. Verhandlungen des 19. Deutschen Volkskundekongresses in Hamburg vom 1. bis 7. Oktober 1973, Göttingen 1975.

Keller, W., Hanau – ein wirtschafts- und siedlungsgeographischer Versuch, Diplomarbeit Frankfurt a.M. 1928 (MS).

Kirchgässner, B. u. J. Schadt (Hg.), Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983.

Kirchner, L.I., Die industrielle Entwicklung der Stadt Kassel von 1866 bis 1914, phil. Diss. Köln 1921 (MS).

- Klein, Th., Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, Reihe A: Preußen, Bd. 11: Provinz Hessen-Nassau, Marburg 1979.
- , Hessen-Nassau: Vom Oberpräsidialbezirk zur Provinz, in: HJbLG, Jg. 35, 1985, S. 204–228.
- , Hessen-Nassau. Von der Annexion zur Integration, in: H. Patze (Hg.), Staatsgedanke und Landesbewußtsein in den neupreußischen Gebieten (1866), Marburg 1985, S. 19–55 (auch in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 121, 1985, S. 179–215).
- , Zur Geschichte der Kasseler Eingemeindungen, in: HJbLG, Jg. 36, 1986, S. 317–349.
- , Provinz Hessen-Nassau und Fürstentum/Freistaat Waldeck-Pyrmont 1866–1945, in: Heinemeyer, Das Werden Hessens, S. 565–695.
- Klemt, H., Die Stadt Hanau und ihr Umland in ihren wechselseitigen Beziehungen. Eine geographische Untersuchung, Frankfurt a.M. 1940 (= Rhein-Mainische Forschungen H. 24).
- Klöcker, M., Katholizismus und Protestantismus im 19. und 20. Jahrhundert, in: AfS, Jg. 28, 1988, S. 469–488.
- , Das katholische Milieu. Grundüberlegungen – in besonderer Hinsicht auf das Deutsche Kaiserreich von 1871, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, Jg. 44, 1992, S. 241–262.
- , Katholizismus in der modernen Gesellschaft, in: AfS, Jg. 32, 1992, S. 490–509.
- Kluge, U., Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a.M. 1985.
- Kock, B., Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Hanau, Ein Beitrag zur industriellen Standortlehre, Diplomarbeit Frankfurt a.M. 1935.
- Kocka, J. (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987.
- (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV. Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989.
- , Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990.
- Köhle-Hezinger, Ch., Evangelisch-Katholisch. Untersuchungen zum konfessionellen Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich am Beispiel Württemberg, Tübingen 1976.
- Köllmann, W., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974.
- Körter, H., Struktur und Funktion von Landgemeinden im Einflußbereich einer deutschen Mittelstadt, Darmstadt 1952 (Schriften des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung/Darmstadt Monographie 1).
- Kolb, E., Die Weimarer Republik, München 1984.
- , Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative, in: U. Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschungen über den Nationalsozialismus (FS W. Jochmann), 2 Bde., Hamburg 1986, Bd. 1, S. 157–176.
- Koshar, R., Two »Nazisms«: the social context of nazi mobilization in Marburg and Tübingen, in: Social History, Jg. 7, 1982, S. 27–42.
- , Social Life, Local Politics and Nazism. Marburg, 1880–1935, Chapel Hill 1986.
- , From Stammtisch to Party: Nazi joiners and the Contradictions of Grass Roots Fascism in Weimar Germany, in: JMH, Jg. 59, 1987, S. 1–24.
- , Contentious Citadel: Bourgeois Crisis and Nazism in Marburg/Lahn 1880–1933, in: Childers (Hg.), The Formation of the Nazi Constituency, S. 11–36.
- Krabbe, W.R., Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Göttingen 1989.

- Kräling, I., Marburger Neuhistoriker 1945–1930, Marburg 1985 (= Academia Marburgensis, Bd. 5).
- Krause, H., Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg/Ts. 1974 (Scriptor Hochschulschriften Sozialwissenschaften 1):
- , USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a.M. 1975.
- , Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glashütten/Ts. 1976.
- Krause-Vilmar, D. (Hg.), Lehrerschaft, Republik und Faschismus. Beiträge zur Geschichte der organisierten Lehrerschaft in der Weimarer Republik, Köln 1978.
- Kreutzberger, W., Studenten und Politik 1918–1933. Der Fall Freiburg im Breisgau, Göttingen 1972.
- Kruse, W., Krieg, Neuorientierung und Spaltung. Die politische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1914–1918 im Lichte der Vorstellungen ihrer revisionistisch-reformistisch geprägten Kritiker, in: IWK, Jg. 23, 1987, S. 1–27.
- Kühne, Th., Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: AfS, Jg. 33, 1993, S. 481–547.
- Kühr, H., Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen, Düsseldorf 1973.
- (Hg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein i.Ts. 1979.
- u. K. Simon (Hg.), Lokalpartei und vorpoltischer Raum, Melie 1982.
- , Lokalpartei und Kirche. Zur Geschichte und gegenwärtigen Bedeutung ihres Verhältnisses in einer industrialisierten Region, in: Kühr u. Simon, Lokalpartei und vorpoltischer Raum, S. 13–218.
- , Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster, in: Oberndorfer u.a. (Hg.), Wandel, S. 245–261.
- Kunz, A., Stand versus Klasse. Beamtenschaft und Gewerkschaften im Konflikt um den Personalabbau 1923/24, in: GG, Jg. 8, 1982, S. 55–86.
- , Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany 1914–1924, Berlin 1986.
- Kurz, Th., »Blutmai«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929, Berlin 1988.
- Lässig, S. u. K.H. Pohl (Hg.), Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und Politische Kultur, Bielefeld 1995.
- Langewiesche, D., Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880–1914, in: VSWG, Jg. 64, 1977, S. 1–40.
- , Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, in: AfS, Jg. 22, 1982, S. 359–402.
- , Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a.M. 1988.
- Lehnert, D. u. K. Megerle (Hg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989.
- (Hg.), Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1990.
- (Hg.), Pluralismus als Verfassungs- und Gesellschaftsmodell. Zur Politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1993.
- Lenhart, L., Die Bonifatius-Renaissance des 19. Jahrhunderts, in: Sankt Bonifatius. Gedenkgabe zum 1200sten Todestag, Fulda 1954, S. 533–585.

- Lepsius, M.R., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993.
- , Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland, S. 25–50.
- , From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Degree and National Socialist Take Over: Germany, in: J.J. Linz u. A. Stepan (Hg.), The Breakdown of Democratic Regimes: Europe, Baltimore 1978, S. 34–79.
- , Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1988.
- , Interessen und Ideen. Die Zurechnungsproblematik bei Max Weber, in: ders., Interessen, S. 31–43.
- Liebe, W., Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956.
- Liebing, H., Die Marburger Theologische Fakultät im preußischen Staate, in: Jahrbuch der hessischen kirchengeschichtlichen Vereinigung, Jg. 28, 1977, S. 42–55.
- Liedhegener, A., Der deutsche Katholizismus um die Jahrhundertwende (1890–1914). Ein Literaturbericht, in: JCSW, Jg. 32, 1991, S. 361–392.
- , Marktgesellschaft und Milieu. Katholiken und katholische Regionen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches 1895–1914, in: HJb, Jg. 112, 1993, S. 283–354.
- Link, J. u. W. Wülfing (Hg.), Nationale Mythen und Symbole in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Strukturen und Funktionen von Konzepten nationaler Identität, Stuttgart 1991 (= Sprache und Geschichte, Bd. 16).
- Linse, U., Hochschulrevolution, in: AfS, Jg. 14, 1974, S. 1–114.
- Löffler, S., Die Presse des Regierungsbezirkes Kassel von 1866–1919, phil. Diss. München 1954.
- Lönne, K.-E., Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1986.
- Lösche, P. u.a. (Hg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988.
- u. F. Walter, Zur Organisationskultur der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Niedergang der Klassenkultur oder solidarisch-gemeinschaftlicher Höhepunkt, in: GG, Jg. 15, 1989, S. 511–536.
- , Auf dem Weg zur Volkspartei? Die Weimarer Sozialdemokratie, in: AfS, Jg. 29, 1989, S. 75–136.
- , Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992.
- Loth, W., Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.
- (Hg.), Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, Stuttgart 1991.
- , Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreiches, in: GG, Jg. 17, 1991, S. 279–310.
- Lucas, E., Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1976.
- Lütgemeier-Davin, R., Hakenkreuz und Friedenstaube. »Der Fall Hein Herbers« (1895–1968), Frankfurt a.M. 1988.
- MacDonald, St.Ch., The Political, Economic, and Cultural Consequences of the German Revolution of 1918 in the Cassel District, phil. Diss. University of Virginia 1977.
- Mack, R., Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, in: 900 Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, Wiesbaden 1983, S. 377–410.
- Mai, G., Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/20, in: HJbLG, Jg. 26, 1976, S. 149–199.
- , Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat und die Militärpolitik im Bereich des XI.

- Armeekorps (Kassel) 1918–1919, in: Dettmering u. Grenz (Hg.), Marburger Geschichte, S. 541–557.
- Mallmann, K.-M., Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: GG, Jg. 21, 1995, S. 5–31.
- Mangold, W., Zur Wirtschaftsgeographie des Fuldaer Landes, Diss. Frankfurt a.M. 1947 (MS).
- Mann, R., geb. Elmshäuser, Entstehen und Entwicklung der NSDAP in Marburg bis 1933, in: HJbLG, Jg. 22, 1972, S. 254–342.
- Marschalk, P., Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1984.
- Matzerath, H., Städtewachstum und innerstädtische Strukturveränderungen. Probleme des Urbanisierungsprozesses im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984.
- , Urbanisierung in Preußen 1815–1914, Stuttgart 1985 (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 72).
- Mauersberg, H., Die Wirtschaft und Gesellschaft Fuldas in neuerer Zeit, Göttingen 1969.
- Mees, G., Schorlemer-Alst und der westfälische Bauernverein in der deutschen Innenpolitik vornehmlich der Jahre 1890–1894, Diss. Münster 1956.
- Mehnert, G., Evangelische Kirche und Politik 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Düsseldorf 1959.
- Menges, W. u. W. Toonen, Deutsche Parteienentwicklung und Wahlentscheidungen seit 1871 mit besonderer Berücksichtigung des politischen Bildes von Hessen. Eine politisch-soziographische Untersuchung, in: Social Compass, Jg. 4, 1956/57, S. 68–97.
- Menk, G., Das Ende des Freistaates Waldeck, Arolsen 1989.
- Meyer, Th., Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne, Reinbek 1989.
- Milatz, A., Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1968².
- Miller, S., Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister in der Weimarer Republik, in: Schwabe, Oberbürgermeister, S. 109–124.
- Mintzel, A., Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984.
- Möker, U., Nordhessen in der industriellen Revolution, Köln 1977 (= Neue Wirtschaftsgeschichte, Bd. 13).
- Mötzing, K., Die natürlichen Grundlagen der niederhessischen Landwirtschaft und ihre Auswirkungen auf Bonitierung, Anbau-, Betriebsverhältnisse und Viehhaltung, Diss. Frankfurt a.M. 1933.
- Mommsen, H. (Hg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a.M. 1974.
- u.a. (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1974.
- (Hg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, Wuppertal 1980.
- , Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbeck 1991.
- , Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Kocka (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit, S. 288–315.
- Mommsen, W.J., Der deutsche Liberalismus zwischen »klassenloser Bürgergesellschaft« und »organisiertem Kapitalismus«. Zu einigen neueren Liberalismusinterpretationen, in: GG, Jg. 4, 1978, S. 77–90.
- , Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur des deutschen Kaiserreiches, Frankfurt a.M. 1990.

- Mooser, J., Auflösung der proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisierung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik Deutschland, in: *Soziale Welt*, Jg. 34, 1983, S. 270–306.
- , Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a.M. 1984.
- , Das katholische Vereinswesen in der Diözese Paderborn um 1900, in: *Westfälische Zeitschrift*, Jg. 141, 1991, S. 447–461.
- , Volk, Arbeiter und Bürger in der katholischen Öffentlichkeit des Kaiserreiches, in: H.J. Puhle (Hg.), *Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur*, Göttingen 1991, S. 259–273.
- , Das katholische Milieu in der bürgerlichen Gesellschaft. Zum Vereinswesen des Katholizismus im späten Deutschen Kaiserreich, in: Blaschke u. Kuhlemann (Hg.), *Religion im Kaiserreich*, S. 59–92.
- Morsey, R., *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32).
- , *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und nationaler Erhebung 1932/33*, Stuttgart 1977.
- Müller, P., *Katholische Standesvereine als Teil des Politischen Katholizismus. Untersucht am Beispiel der katholischen Gesellen-, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine des Amtsbezirkes Konstanz*, Soz.wiss. Diss. Konstanz 1973.
- Muth, H., Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: *VfZ*, Jg. 21, 1973, S. 1–38.
- Naßmacher, K.-H. (Hg.), *Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung*, Bonn 1977.
- Nebel, A., *Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Kurhessen auf Grund einer Enquete vom 8. Februar 1908*, Fulda 1909.
- Neuloh, O. u. J. Kurucz, *Vom Kirchdorf zur Industriegemeinde. Untersuchungen über den Einfluß der Industrialisierung auf die Wertordnung der Arbeitnehmer*, Köln 1967.
- Neumann, S., *Die Parteien der Weimarer Republik*, Stuttgart 1977⁴ (1932¹).
- Neustüß-Hunkel, E., *Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945*, Meisenheim 1973.
- Nipperdey, Th., *Vereine als soziale Struktur im späten 18. und 19. Jahrhundert*, in: ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie*, S. 175–205.
- , *Deutsche Geschichte 1866–1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1990.
- , *Deutsche Geschichte 1866–1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992.
- , *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen 1976.
- Nowak, K., *Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932*, Göttingen 1981.
- Nuhn, H., *Wahlen und Parteien im ehemaligen Landkreis Hersfeld. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie*, Darmstadt 1990.
- Oberndörfer, D. u.a. (Hg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1985 (= *Ordo Politicus*, Bd. 25).
- u. K. Schmitt (Hg.), *Parteien und regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1991 (= *Ordo Politicus*, Bd. 28).
- Opel, F., *Der Deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution*, Hannover 1958.
- Paul, G., *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.

- Peal, D., *Anti-Semitism and Rural Transformation in Kurhessen: The Rise and Fall of the Böckel Movement*, phil. Diss. Columbia University 1985 (MS).
- Pletsch, A., *Die nordhessische Agrarstruktur unter dem Einfluß der Wirtschaftszentralität Kassels. Die Niederhessische Senke und ihre Randgebiete*, Marburg 1972.
- Plum, G., *Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928–1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirkes Aachen*, Stuttgart 1972.
- Pohl, K.H., *Kommunen, kommunale Wahlen und kommunale Wahlrechtspolitik: Zur Bedeutung der Wahlrechtsfrage für die Kommunen und den deutschen Liberalismus*, in: Lässig u. Pohl (Hg.), *Modernisierung und Region*, S. 89–126.
- Polley, R., *Zur Vereidigung des kurhessischen Volkes auf die Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831*, in: *HJbLG*, Jg. 32, 1982, S. 271–287.
- Poppinga, O., *Bauern und Politik*, Frankfurt a.M. 1965.
- (Hg.), *Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land, Opladen 1979* (= *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 2/1979*).
- Puhle, H.J. (Hg.), *Bürger in der Gesellschaft der Neuzeit. Wirtschaft – Politik – Kultur*, Göttingen 1991.
- Rauh-Kühne, C., *Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918–1939, Sigmaringen 1991* (= *Dies., Wirtschaft, Gesellschaft und Politische Kultur in einer südwestdeutschen Kleinstadt. Fragmentierte Gesellschaft und Nationalsozialismus*, phil. Diss. Tübingen 1989).
- Rebentisch, D., *Programmatik und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik in der Weimarer Republik*, in: *Die alte Stadt*, Jg. 12, 1985, S. 33–56.
- , *Die deutsche Sozialdemokratie und die kommunale Selbstverwaltung. Ein Überblick über Programmdiskussion und Organisationsproblematik 1890–1975*, in: *AfS*, Jg. 25, 1985, S. 1–78.
- Reulecke, J., *Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Sozialgeschichte*, Wuppertal 1978.
- u. W. Weber (Hg.), *Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter*, Wuppertal 1978.
- , *Geschichte der Urbanisierung in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1985.
- Ringer, F.K., *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine*, München 1987.
- Ritter, G.A. (Hg.), *Deutsche Parteien vor 1918*, Köln 1973.
- (Hg.), *Arbeiterkultur*, Königstein 1979.
- , *Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1976.
- , *Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem*, Göttingen 1985.
- , *Die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive*, in: *HZ*, Jg. 249, 1989, S. 295–362.
- , *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches*, München 1990 (= *Schriften des Historischen Kollegs 18*).
- u. K. Tenfelde, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992.
- Roder, H., *Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Funktion und Praxis der bürgerlichen Arbeitnehmerbewegung vom Kaiserreich bis zur faschistischen Diktatur*, Frankfurt a.M. 1986.
- Röll, W., *Die kulturlandschaftliche Entwicklung des Fuldaer Landes seit der Frühneuzeit*, Gießen 1966.

- Rohe, K. u. H. Kühr (Hg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung, Königstein 1979.
- , Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen, in: ders. u. Kühr (Hg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet, S. 21–73.
- , Wahlanalyse im historischen Kontext. Zu Kontinuität und Wandel von Wahlverhalten, in: HZ, Jg. 234, 1982, S. 337–357.
- , Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung, in: Berg-Schlosser u. Schissler (Hg.), Politische Kultur, S. 39–48.
- , Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kultur-forschung, in: HZ, Jg. 250, 1990, S. 321–346.
- (Hg.), Elections, Parties and Political Traditions. Social Foundations of German Parties and Party Systems, 1867–1987, New York 1990.
- , Regionale (politische) Kultur: Ein sinnvolles Konzept für die Wahl- und Parteienforschung?, in: Oberndörfer u. Schmitt (Hg.), Parteien und regionale politische Traditionen, S. 17–37.
- , Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.
- Rohkrämer, Th., Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990.
- Rokkan, St., Zur entwicklungssoziologischen Analyse von Parteiensystemen. Anmerkungen für ein hypothetisches Modell, in: KZfSS, Jg. 17, 1965, S. 675–702.
- Ross, J.R., Beleaguered Tower: The Dilemma of Political Catholicism in Wilhelmine Germany, Notre Dame 1976.
- Rüping, St., Parteiensystem und Sozialstruktur in zwei dominant katholischen und überwiegend ländlichen Regionen 1912–1972, Münster 1990.
- Runge, W., Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965.
- Ruppert, K., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930, Düsseldorf 1992.
- Ruppert, W. (Hg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum »Wirtschaftswunder«, München 1986.
- Saage, R. (Hg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a.M. 1986.
- Sälter, R., Die Vilmarianer. Von der fürstentreuen hessischen Restaurationspartei zur hessischen Renitenz, Darmstadt 1985.
- Schäfer, K., Die Eingliederung des Hochstifts Fulda in den kurhessischen Staat 1816–1848, Diss. Marburg 1949.
- Scharfenberg, G., Sozialdemokratische Bildungsarbeit in der Weimarer Republik. Zur Theorie und Praxis der politischen Bildungsarbeit der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften von 1919 bis 1933, Berlin 1989.
- Schellack, F., Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a.M. 1990.
- Schieder, Th., Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: G. Ziebur (Hg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 33–56.
- Schieder, W. (Hg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993 (Industrielle Welt, Bd. 54).
- Schirmer, D., Mythos – Heilshoffnung – Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscodes in der Weimarer Republik, Opladen 1992.

- Schlitzer, P., Die »Fuldaer Neue Zeit«. Ein Zeitungsintermezzo aus der Zeit der Weimarer Republik, in: FuGeschbl, Jg. 50, 1974, S. 166–174.
- , Zur Geschichte der Fuldaer Zeitung, in: Schreiben und Drucken in Fulda (FS 100 Jahre Fuldaer Zeitung), Fulda 1974, S. 18–35.
- Schlung, F.H., Sozialgeschichte des Schulwesens in Hessen-Kassel, Konstanz 1985.
- Schmidt, A., Die Verkehrsentwicklung Kassels während der letzten 100 Jahre, Staatswiss. Diss. Göttingen 1927.
- Schmidt, U., Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.
- Schmidtchen, G., Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern 1973.
- Schmitt, C., Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954. Materialien zu einer Verfassungslehre, Berlin 1958.
- Schmitt, K., Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989 (Ordo politicus, Bd. 27).
- Schneider, M., Kirche und soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung des Katholizismus, in: AfS, Jg. 21, 1981, S. 533–553.
- , Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.
- , Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung zwischen nationaler Ordnungsmacht und sozialer Reformkraft: Zu drei Neuerscheinungen, in: AfS, Jg. 27, 1987, S. 655–662.
- Schneider, W., Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.
- Schönhoven, K., Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Stuttgart 1980 (= Industrielle Welt, Bd. 30).
- , Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.
- , Strategie des Nichtstuns? Sozialdemokratischer Legalismus und kommunistischer Attentismus in der Ära der Präsidialkabinette, in: Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933, S. 59–75.
- Schreiner, W., Agrarpolitische Untersuchungen im Landkreis Kassel unter besonderer Hervorhebung der Betriebsgrößen, phil. Diss. Gießen 1929.
- Schröder, W.H., Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1978.
- Schüren, U., Der Volksentscheid zur Fürstenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzungen mit den deponierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.
- Schultze, J.H., Die Berufsstruktur der rhein-mainischen Bevölkerung, Frankfurt a.M. 1929 (= Rhein – Mainische Forschungen H. 2).
- Schumacher, M., Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978.
- Schutzbar, W. von, Die Agrarverhältnisse im Kreise Eschwege unter besonderer Berücksichtigung der Betriebsgrößen, pol. Diss. Rostock 1925.
- Schwabe, K. (Hg.), Oberbürgermeister, Boppard 1981 (= Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979, Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 13).
- Schwarz, J., Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik, Berlin 1971.
- Seier, H., Zum Verhältnis von Universität und Stadt in Marburg 1785–1945, in: HJbLG, Jg. 38, 1988, S. 171–201.

- , Radikalisierung und Reform als Probleme der Universität Marburg 1918–1933, in: Heinemeyer (Hg.), *Academia Marburgensis I*, S. 303–352.
- , Marburg in der Weimarer Republik 1918–1933, in: Dettmering u. Grenz (Hg.), *Geschichte*, S. 559–591.
- Sheehan, J.J., *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914*, München 1983.
- , Klasse und Partei im Kaiserreich: Einige Gedanken zur Sozialgeschichte der deutschen Politik, in: O. Pflanze (Hg.), *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches*, München 1983, S. 1–24.
- Sichel, F.H., *The Rise and Fall of the Kasseler Tageblatt*, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute*, Bd. 19, 1974, S. 237–243.
- Siebrecht, A., *Die Bevölkerung der Stadt Cassel vor und nach dem Kriege in ihrer natürlichen Gliederung*, phil. Diss. Gießen 1922 (MS).
- Simon, W.B., *Politische Ethik und politische Struktur*, in: *KZfSS*, Jg. 11, 1959, S. 445–459.
- Sinning, A., *Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Umgegend von Cassel in den letzten 50 Jahren unter besonderer Berücksichtigung des Landkreises Kassel*, phil. Diss. Berlin 1908.
- Smula, H.J., *Milieus und Parteien. Eine regionale Analyse der Interdependenz von politisch-sozialen Milieus, Parteiensystem und Wahlverhalten am Beispiel des Landkreises Lüdighausen 1919 bis 1933*, Münster 1987 (Studien zur Politikwissenschaft, Bd. 23).
- Sperber, J., *Popular Catholicism in Nineteenth-Century Germany*, Princeton 1984.
- Steinbach, P., *Regionale Parteigeschichte. Historische Wahlforschung und moderne Landesgeschichte – Bemerkungen zu einigen Neuerscheinungen*, in: *HJbLG*, Jg. 26, 1976, S. 200–266.
- (Hg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß*, Stuttgart 1982.
- Stephan, W., *Aufstieg und Fall des Linksliberalismus. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei*, Göttingen 1973.
- Struck, W.-H., *Die Revolution im Erleben des Rhein-Main-Gebietes*, in: *HJbLG*, Jg. 19, 1969, S. 368–438.
- Studier, M., *Der Corpsstudent als Idealbild der wilhelminischen Ära. Untersuchungen zum Zeitgeist 1888 bis 1914*, Diss. Erlangen 1965, Schernfeld 1990 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen, Bd. 3).
- Summa, R., *Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, Darmstadt 1978 (= *Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte*, Bd. 34).
- Tappe, A., *Hanau im Vormärz und in der Revolution von 1848–1849. Ein Beitrag zur Geschichte des Kurfürstentums Hessen*, Hanau 1976.
- Tappe, J., *Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Witzenhausen*, Dransfeld 1984.
- Teichler, H.J. u. G. Hauk (Hg.), *Illustrierte Geschichte des Arbeitersports*, Bonn 1987.
- Teiwes, G., *Der Nebenerwerbslandwirt und seine Familie im Schnittpunkt ländlicher und städtischer Lebensform*, Darmstadt 1952 (= *Gemeindestudie des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung/Darmstadt Monographie 3*).
- Tenfelde, K., *Bergarbeiterkultur in Deutschland. Ein Überblick*, in: *GG*, Jg. 5, 1979, S. 12–53.
- , *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert*, Bonn 1981².
- (Hg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung*, München 1986 (= *HZ*, Bh. 15).
- (Hg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991 (= *Industrielle Welt*, Bd. 51).
- , *Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolution in Deutschland*

- 1850–1873, in: O. Dann (Hg.), *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft*, München 1984 (= *HZ*, Bh. 9), S. 55–114.
- Thieme, E., *Der wirtschaftliche Aufbau der Hanauer Edelmetallindustrie*, Tübingen 1920 (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Ergänzungsheft LIII).
- Tisowsky, K., *Freizeitlandwirte im Einflußbereich der rhein-mainischen Industriezentren*, in: W. Kuls (Hg.), *Geographische Studien aus dem Rhein-Mainischen Raum*, Frankfurt a.M. 1961 (= *Rhein-Mainische Forschungen H. 50*), S. 31–44.
- Titze, H., *Die zyklische Überproduktion von Akademikern im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *GG*, Jg. 10, 1984, S. 92–121.
- u.a. (Hg.), *Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944*, Göttingen 1987.
- , *Hochschulen*, in: *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*, Bd. V, hg. v. D. Lange-wiesche u. H.-E. Tenorth, München 1989, S. 209–224.
- Tjaden, K.H., *Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationsgeschichtliche Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik*, Meisenheim 1964.
- Ueberhorst, H., *Frisch, frei, stark und treu. Die Arbeitersportbewegung in Deutschland 1893–1933*, Düsseldorf 1973.
- Ullmann, H.-P., *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1988.
- Unterstell, R., *Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und soziale Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919–1933. Ein Überblick*, Frankfurt a.M. 1989.
- Vogel, B. u.a. (Hg.), *Wahlen in Deutschland. Theorie – Geschichte – Dokumente 1848 – 1970*, Berlin 1971.
- Wachtling, O., *Die Position von Joseph Joos in der christlich-sozialen Bewegung und in der Zentrumspartei bis zum Jahre 1933*, Diss. Marburg 1970.
- Wagner, K., *Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung. »Das Dorf war früher auch keine heiße Welt.« Die Veränderung der dörflichen Lebensweise und der politischen Kultur vor dem Hintergrund der Industrialisierung – am Beispiel des nordhessischen Dorfes Körle*, Frankfurt a.M. 1986.
- Wahl, A., *Confessions et comportement dans les campagnes d'Alsace et de Bade 1871–1839. Catholiques, protestants et juifs. Démographie, dynamisme économique et social, relations et attitudes politiques*, 2 Bde., Strasbourg 1980.
- Walter, F., *Konfliktreiche Integration. Arbeiterkultur im Kaiserreich und der Weimarer Republik. Eine Zwischenbilanz*, in: *IWK*, Jg. 24, 1988, S. 54–88.
- , *Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik*, Bonn 1990 (= *Solidargemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik*, Bd. 1).
- u.a. (Hg.), *Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände*, Bonn 1991 (= *Solidargemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik*, Bd. 2).
- u.a. (Hg.), *Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik*, Bonn 1992 (= *Solidargemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik*, Bd. 3).
- Weber, H., *Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Ziegenhain*, Diss. Frankfurt a.M. 1925 (MS).
- Weber, H. (Hg.), *Gründungsparteitag der KPD*, Frankfurt a.M. 1969.
- , *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt a.M. 1969.
- Weber, M., *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. I, Tübingen 1988⁹.

- , Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 1980⁵.
- Wehler, H.-U. (Hg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979.
- , Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1988⁶.
- , Deutsche Gesellschaftsgeschichte Dritter Band: Von der Deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849 – 1914, München 1995.
- Weichlein, S., Politische Kultur und Wählerverhalten. Das Beispiel hessischer Kreise am Ende der Weimarer Republik, in: Sowi, Jg. 20, 1991, S. 133–140.
- , Katholizismus und Eigentum. Der Volksentscheid über die Fürstenvermögen 1926 in Fulda, in: FuGeschbl, Jg. 68, 1992, S. 107–129.
- , Katholisches Sozialmilieu und kirchliche Bindung in Osthessen 1918–1933, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte, Jg. 45, 1993, S. 367–389.
- , Politische Kultur und Sozialmilieus im Regierungsbezirk Kassel 1920–1960, in: Th. Schiller u. Th. v. Winter (Hg.), Politische Kultur im nördlichen Hessen, Marburg 1993, S. 84–124.
- , Zentrumsdemokrat und Finanzpolitiker. Richard Müller (-Fulda) als Parlamentarier 1893–1920, in: FuGeschbl, Jg. 70, 1994, 3–52.
- , Kleinstadtgesellschaft und katholisches Milieu: Fulda 1871 bis 1933, in: W. Heinemeyer u. B. Jäger (Hg.), Fulda in seiner Geschichte. Landschaft – Reichsabt – Stadt, Fulda 1995, S. 461–501.
- , Der nationale Gedanke in der Arbeiterbewegung. Sozialgeschichtliche Hintergründe am Beispiel Hessen-Kassels, in: M. Rudloff (Hg.), Sozialdemokratie und Nation. Der Hofgeismarkreis in der Weimarer Republik und seine Nachwirkungen. Eine Dokumentation, Leipzig 1995, S. 62–73.
- , Konfession und Region. Katholische Milieubildung im Kaiserreich am Beispiel Fuldas, in: Blaschke u. Kuhlemann (Hg.), Religion im Kaiserreich, S. 193–232.
- , Wahlkämpfe, Milieukultur und politische Mobilisierung im Deutschen Kaiserreich, in: Lässig u. Pohl (Hg.), Modernisierung und Region, S. 69–87.
- , Studenten und Politik in Marburg. Die politische Kultur einer Universitätsstadt 1918–1920, erscheint in: P. Krüger (Hg.), Mechterstädt und die Folgen, Marburg 1996.
- Weingartner, J.-J., Massacre at Mechterstädt. The Case of the Marburger Studentencorps, 1920, in: The Historian, Jg. 37, 1975, S. 598–618.
- Weitlauff, M., »Modernismus« als Forschungsproblem. Ein Bericht, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte, Jg. 93, 1982, S. 312–344.
- Werth, W., Landwirtschaft und Genossenschaftswesen unter besonderer Berücksichtigung des Regierungsbezirkes Kassel, Diss. Frankfurt a.M. 1925 (MS).
- West, F.C., A Crisis of the Weimar Republic: A Study of the German Referendum of 20 June 1926, Philadelphia 1985.
- Wheeler, R., USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt a.M. 1975.
- Wickermann, L., Zur Geschichte des Arbeitersports im Raum Kassel, in: HJbLG, Jg. 36, 1986, S. 275–316.
- Wiegelmann, G. (Hg.), Kulturelle Stadt-Land-Beziehungen in der Neuzeit, Münster 1978.
- (Hg.), Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert, Göttingen 1973.
- Winkler, H.A., Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.
- (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992 (= Schriften des Historischen Kollegs Kolloquien 26).
- , Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979.
- , Der Nationalismus und seine Funktionen, in: ders., Liberalismus, S. 52–80.

- , Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion in der Weimarer Sozialdemokratie 1920–1925, in: GG, Jg. 8, 1982, S. 9–54.
- , Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, Bonn 1985².
- , Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985.
- , Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.
- , Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Republik, München 1993.
- Wolf, G.W., Die Stadt Hanau am Main geographisch betrachtet, Frankfurt a.M. 1932 (= Rhein-Mainische Forschungen H. 6).
- Wright, J.R.C., »Über den Parteien« Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918–1933, Göttingen 1977.
- Wunder, B., Geschichte der Bürokratie in Deutschland, Frankfurt a.M. 1986.
- Wunderer, H., Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt a.M. 1980.
- Wurzbacher, G. u. R. Pflaum (Hg.), Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde, Stuttgart 1961².
- Zeender, J.K., The German Catholics and the Presidential Election of 1925, in: JMH, Jg. 35, 1963, S. 366–381.
- , German Catholics and the Concept of an interconfessional Party 1900–1922, in: Journal of Central European Affairs, Jg. 23, 1964, S. 424–439.
- Zeis, F., Cassel. Ein Beitrag zur Stadtgeographie, phil. Diss. Marburg 1922 (MS).
- Zieburg, G. (Hg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969.
- Zimmermann, H.-P., »Der feste Wall gegen die rote Flut.« Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864–1914, Neumünster 1989.
- Zuber, U., Staat und Kirche im Wandel. Fulda von 1752 bis 1830, Darmstadt 1993 (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 93).

Personenregister

Adelung, Kurt 228
 Altermatt, Urs 13
 Almond, Gabriel 18
 Antoni, Georg 74
 Arenhold, Johann Wilhelm 151
 Askevold, Ingolf-Birger 228
 Asteroth, Karl 239, 248, 264
 Atzert, Emil 101f., 107, 125, 144, 155

Bachem, Julius 88
 Bachmann, Schriftführer 240
 Bader, Paul 71
 Baltrusch, Franz 134
 Bauer, Gustav 138
 Bebel, August 142, 217
 Bellinger, Eddy 153f.
 Bernstein, Eduard 254f.
 Bispink, Zentrumsagrarier 147f., 155, 195
 Blackburn, David 21f.
 Blum, Robert 281
 Böckel, Otto 61, 144, 170f., 190f., 194, 206, 214
 Bornhäuser, Karl 56
 Brandler, Heinrich 304ff.
 Braun, Adolph 252
 Braunersreuther, Fritz 248, 260
 Brauns, Heinrich 88
 Bredt, Johann Victor 171
 Breitscheid, Rudolf 285
 Brüning, Heinrich 251
 Bülow, Bernhard von 88
 Bultmann, Rudolf 56

Caprivi, Leo von 145
 Christian, Agrarfunktionär 197
 Crone-Münzbrock, August 104, 146, 155, 198

Dasbach, Friedrich 144
 Daßbach, Mathias 281
 David, Eduard 232, 283
 Dietrich, Erich 187f.
 Dißmann, Robert 282f.

Dithmar, Metropolitan 205
 Drinnenberg, August 148
 Droste-Vischering, Clemens von 81, 83
 Duverger, Maurice 12

Eberlein, Hugo 294
 Ebert, Friedrich 138, 217
 Eckel, Hans 239, 248, 260
 Ehrhardt, Franz 140
 Eisner, Kurt 71
 Engels, Friedrich 39
 Eley, Geoff 21f.
 Erzberger, Matthias 241

Felgenrabe, Max 248
 Fischer, Heinrich 295, 305
 Fleissner, SPD-Politiker 250
 Franckenstein, Georg Arbogast von und zu 81
 Frank, Wilhelm 85, 155
 Freidhof, Rudolf 238
 Friedensburg, Ferdinand 179, 214, 236
 Friedrich, Hans 178, 186
 Frölich, Paul 305
 Frohme, Karl 281
 Fürst, Max 202

Galm, Heinrich 304ff.
 Gellert, Cornelius 267
 Gerlach, Hellmut von 71, 170f.
 Goebel, Eduard 80
 Göppfarth, Oswald 271
 Gotthelft, Familie 70
 Graß, Fritz 147
 Groeninger, Jean 237
 Grzesinski, Albert 217, 231ff., 235, 238ff., 250, 254, 259

Haas, August 236
 Habermehl, MSPD-Politiker 249
 Habicht, liberaler Agrarpolitiker 176
 Haenisch, Konrad 238
 Häring, Georg 240, 246f., 252

Hahner, MSPD-Delegierter 254
 Hammer, Gustav 286
 Handke, Georg 287, 295
 Hanke, Justizrat 237
 Harnack, Adolf von 237
 Harnack, Ernst von 237
 Haupt, Paul 248, 264
 Hauschildt, Richard 231, 235, 237, 240, 247f., 254, 257, 270
 Helfferich, Carl 206
 Hennig, Eike 19
 Hepp, Karl 201, 203, 211
 Herbers, Hein 228
 Herbert, Carl 104
 Hering, Heinrich 86, 92
 Herrlein, Franz-Joseph 81
 Herrmann, Wilhelm 56, 204
 Heurich, badischer Zentrumsabgeordneter 136
 Hilferding, Rudolf 255
 Hindenburg, Paul 191, 199
 Hitler, Adolf 191, 203, 206
 Hoch, Gustav 283ff., 303
 Hofacker, Friedrich 187
 Hoffmann, Adolph 89ff., 94, 96, 205, 315
 Hohenstein, Adolf 240
 Horstmann, Johannes 291
 Hoßbach, Friedrich 282
 Hüpeden, Gustav 208
 Hüttmann, Heinrich 220, 231, 259, 283
 Huhn, Heinrich 239

Joos, Joseph 88, 113, 128, 141
 Justi, Agrarfunktionär 201

Kapp, Agrarfunktionär 196
 Kaufmann, Doris 23
 Keil, Wilhelm 51
 Keudell, Walter von 250
 Kimpel, Heinrich Theodor 179ff.
 Kind, Joseph 85
 Kircher, Robert 150
 Klein, Thomas 27
 Kniest, Wilhelm 179, 181, 189
 Koch(-Weser), Erich 75
 Kolping, Adolf 124
 Komp, Georg Ignaz 80f.
 Kopp, Georg 82
 Koshar, Rudy 193
 Kraft, Carl 257
 Kramer, Johannes 102
 Krose, H. SJ 42

Kühr, Herbert 23, 47
 Langer, Hermann 224, 237
 Lassalle, Ferdinand 281
 Lehr, Dekan 200, 205f.
 Leimbach, Alexander 156
 Leisner, Gewerkschaftsfunktionär 305
 Lenin, Wladimir Iljitsch 305
 Lepsius, M. Rainer 13ff., 20f., 25f., 316
 Letterhaus, Bernhard 123
 Levi, Paul 286, 294f., 311
 Lieber, Ernst 84
 Liebermann, Christian 181
 Liebig, Justus von 237
 Liedhegener, Antonius 21
 Lind, Heinrich 197, 201ff., 211, 310
 Lipset, Seymour 12f.
 Lösche, Peter 20
 Löwenthal, Richard 291
 Loth, Wilfried 20f.
 Luxemburg, Rosa 216, 282f., 285, 294, 310

Mahraun, Arthur 179
 Malkmus, Pfarrer 127
 Marx, Wilhelm 112, 115
 Merz, Johannes 287
 Meyenschein, Adam 61
 Mihm, Balthasar 109, 117
 Mink, Johannes 201
 Müller, Johann Burkhard 83
 Müller(-Fulda), Richard 83f., 104, 108, 110, 112f., 115, 155, 159
 Müller, Richard (DMV) 264

Nägel, Heinrich 195f.
 Naßmacher, Karl-Heinz 23
 Natorp, Paul 212
 Nau, liberaler Agrarpolitiker 176
 Naumann, Friedrich 170, 175
 Naumann, Heinrich 200
 Neitzert, Unternehmer 154
 Nelson, Philosoph 271
 Neubauer 97, 102, 110
 Nipperdey, Thomas 161
 Nuschke, Otto 71
 Nuß, hessischer Zentrumsabgeordneter 101

Ohle, Karl 219
 Ohnsmann, Gustav 287
 Otto, Rudolf 56, 171, 177, 204
 Pfännkuch, Wilhelm 217, 231, 260
 Pieper, August 88

Pothoff, Heinz 175

Quer, Karl August 188, 228, 278

Rabe von Papenheim 219

Rade, Dora 175

Rade, Martin 56, 171, 173, 175, 177, 179, 189, 204, 214

Rang, Franz 74, 80f.

Rathenau, Walter 249

Rauh-Kühne, Cornelia 22

Rehbein, Heinrich 287, 295f., 303ff., 311f.

Rhiel, Andreas 90, 104

Ritter, Gerhard 27

Rohe, Karl 19, 23, 24

Rokkan, Stein 11ff.

Rosenstock, Lehrervereinsvorsitzender 186

Rosegger, Peter 69

Rudloff, Ludwig 176

Rudolph, August 74

Rübsam, Carl 153

Rühl, Edmund 85f.

Rüping, Stefan 22

Sautter, MSPD-Wohnungsdezernent 240, 244

Schauff, Johannes 117f.

Scheidemann, Philipp 70, 217, 219, 223, 231, 239f., 245ff., 254, 259

Schmid, Christian 285ff.

Schmitt, Eduard 84

Schmitt, Karl 105, 133f., 155.

Schmitt, Richard 150, 153f.

Schnabrich, Michael 70, 247, 250, 277, 284f.

Schneider, J. Pfr. 43

Schnellbacher, Friedrich 283f., 286, 294f.

Scholz, Ernst 75

Schücking, Walter 171, 177, 189, 214

Schüler, Ludwig 74

Schwander, Rudolf 178, 236

Schwarz, Jakob 205

Schweitzer, Generalpräses Gesellenvereine 125

Schwind, Wilhelm 286, 294

Selbert, Elisabeth 233, 278

Selchow, Bogislav von 193

Severing, Carl 179

Seydewitz, Max 228

Sheehan, James J. 22

Simon, Walter B. 14

Smula, Hansjürgen 22

Sperber, Jonathan 23

Spielmann, Wilhelm 86

Springer, Arbeiter- und Soldatenrat 287

Springorum, Gustav 236

Stadler, Herbert 219, 246

Stegerwald, Adam 88

Steuer, Lothar 179

Stöcker, Adolf 204

Struve, Johannes 231, 260, 282

Stühler, Buchhalter 86

Suhr, Otto 269f.

Suval, Stanley 22

Tejessy, Fritz 238, 250

Tewes, KKV-Funktionär 150

Thälmann, Ernst 297, 305

Thaler, Carl 83

Thalheimer, August 304

Thaneiser, Syndikus 211

Theiß, SPD-Politiker 245

Thielemann, Victor 102, 106, 155, 159

Thöne, Georg 220, 232, 235, 237, 240, 247f., 252, 259, 277, 283

Trabert, Adam 80

Traeger, Ludwig 193

Traudt, Valentin 243

Treibert, Heinrich 185, 237

Trepte, Konsistorialrat 210

Trieschmann, Cornelius Carl 176

Troeltsch, Walter 176f.

Troje, Paul 74

Trotzki, Leo 294

Verba, Sidney 18

Voigt, Wilhelm 188

Wagner, Georg 280, 285f., 294f.

Wagner, Richard 216

Walcher, Jakob 305

Walter, Franz 20

Weber, Heinrich 239

Weber Max 13, 161

Wenck, Martin 171

Wenz, Zentrumspolitiker 111

Wieber, Georg 134

Windthorst, Ludwig 82

Wittrock, Christian 239, 243, 260

Wündisch, Amalie 233, 254, 278

Wurm, Emanuel 194

Zetkin, Clara 286

Zilch, Christoph 239

Zobel, Lehrer 243

Ortsregister

Auf Angaben zu Hessen, Hessen-Kassel und Kassel wurde verzichtet, da sie den ganzen Text über vorkommen.

Aachen 291

Bad Orb 127, 159, 281

Bad Nauheim 286

Baden 238, 281

Bebra 185, 209

Bergen 44

Berlin 127f., 138, 171, 179, 202, 208, 232, 241f., 245, 285, 287, 294, 305ff.

Braunschweig 227

Breslau 43

Coesfeld 22

Crumbach 195

Darmstadt 305

Dinslaken 310

Dörnigheim 289

Dortmund 139

Duisburg 125

Elberfeld 43, 85, 125, 237

Elsaß-Lothringen 178

Eschwege 35ff., 49f., 181, 220, 222ff., 229, 232, 236

Ertlingen 22

Fechenheim 290

Franken 238

Frankenberg 37, 191, 196, 199

Frankfurt a.M. 43, 124ff., 282, 285, 292ff., 298, 300f., 306, 308f.

Freiburg i.Br. 136

Fritzlar 185

Fulda 25, 31, 35f., 41f., 59, 60, 78–168

– Amtsgericht 114

– Filzfabrik 292

– Josephsheim 114

– Parkhotel 114

– Oberstadt 114

– Unterstadt 114

Geisa 148

Gelnhausen 37, 41, 49, 127, 148f., 281f., 302

Gersfeld 37, 41, 88, 100, 142, 144f., 147ff., 155, 195

Gießen 88

Gladenbach 200

Görlitz 253

Gotha 283

Großauheim 290f., 293, 298

Großkrotzenburg 290f., 308

Halle-Merseburg 55, 218, 300, 310

Hamborn 310

Hanau 25, 27, 31, 36f., 45, 49ff., 59f., 71, 100, 113, 124, 130, 141, 150, 191, 207, 209, 280–309

– Marienkirchgemeinde 44

Hannover, Stadt 42, 227

Hannover, Provinz 30

Harleshausen 269

Helsa 51

Hersfeld 35ff., 189, 191, 229

Hofgeismar 49f., 181

Horas 291

Hünfeld 41, 124f., 144–148, 195, 234

Kassel

– Freiheiter Gemeinde 43, 44, 207

– Lutherische Gemeinde 44

– Christuskirche 205

Kirchenditmold 266

Kirchhain 41

Köln 42, 124

Langensfeld 289, 293, 302, 305, 307ff.
 Leipzig 227
 Limbach 310
 Lüdinghausen 22

Main-Kinzig 127
 Mainz 125, 149
 Mannheim 238
 Marburg 25, 27, 31, 35, 42, 44, 56, 59f., 71, 73, 126, 169–215
 Margrethausen 129
 Mechterstädt 193
 Melsungen 42, 50f., 204, 209, 222, 283
 Mönchen-Gladbach 127
 Moskau 294
 Mülheim 310
 München 157

Nassau 43, 73
 Neuhof 129, 133, 138
 Niederrhein 269, 278
 Nieste 257

Oberhessen 190f., 234
 Oberzwehren 278
 Offenbach 297, 301, 304, 306
 Olpe 22
 Oppeln 291
 Ostpreußen 30, 147

Pforzheim 36
 Pommern 147

Remscheid 310
 Rheinland 23, 29, 32, 55, 78, 124, 182
 Rinteln 181
 Rom 208
 Rommerz 133
 Rotenburg 189, 191, 209
 Ruhrort 125

Sachsen 251, 264
 Schleswig-Holstein 202
 Schlüchtern 41, 88, 100, 127, 148f., 302
 Schmalkalden 181, 220, 236
 Solingen 310
 Sontra 210
 Spa 247
 Spessart 298
 Stuttgart 264

Thüringen 264
 Trier 144

Waldeck 39, 84, 175, 191, 199, 201f., 233f.
 Westfalen 23, 29, 32, 50, 124, 144, 182
 Wetzlar 84
 Windecken 308
 Wittenberg 208
 Witzenhausen 37, 50f., 181, 220, 222, 229, 232, 236
 Wolfhagen 37, 44, 49, 181, 229
 Wolfsanger 223, 249
 Worms 301

Ziegenhain 191, 202, 233

Sachregister

Abendmahlsteilnahme 42–44, 273, 310
 Achtstundentag 174, 296
 Andachtsbilder 45
 Angestellte 149–154, 173
 Antisemitismus 170f., 190–194, 199, 204, 206, 214
 Arbeiterbewegung
 – Afa-Bund 152, 260
 – Arbeiterathleten 268
 – Arbeiterbauern 218, 310
 – Arbeiterbauverein 62, 218
 – Arbeiterbildungsverein 218, 270
 – Arbeitergesangsverein 267
 – Arbeiter Jugend Bund 271
 – Arbeiter und Knappenverein 65, 154
 – Arbeiterkulturorganisationen 266, 269ff., 301
 – Arbeiterradfahrervereine 267
 – Arbeitersänger 269
 – Arbeitersanitätsverein 280
 – Arbeiterschützenbünde 268
 – Arbeitersparverein 280
 – Arbeiter Turn und Sport Bund (ATSB) 62, 239, 26–269, 301
 – Arbeiterwassersportler 268
 – Bauarbeiterverband 259, 300
 – Baugewerksbund 308
 – Buchdruckerverband 231, 259, 275
 – DMV 133f., 217, 259, 261–265, 282f., 296f., 305, 307, 311
 – Eisenbahnkonsumverein 62, 218
 – Eisenbahnverband (DEV) 85f., 187, 239, 261, 297, 300
 – Fabrikarbeiterverband 281, 297–300
 – Facharbeiter 218, 262, 290, 311
 – Freie Volksbühne 62, 218
 – Gegenkultur 276
 – Gewerkschaftskartell Hanau 287, 307–311
 – Gewerkschaftskartell Kassel 218, 259ff.
 – Holzarbeiterverband 231, 259f., 275, 292

– Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) 228
 – Jungsozialisten 271
 – Klempnergesellenverein 261
 – Konsumverein 237, 239, 259, 262, 280, 283, 292, 295, 297
 – Lederarbeiter 305
 – Malerverband 224, 259
 – Maurerverband 224, 231f., 259
 – Ortskrankenkasse 283, 295, 297
 – religiöser Sozialismus 228, 258, 277
 – Rote Falken 271
 – Rüstungsarbeiter 262f.
 – Sattlerverband 217
 – Sozialistische Arbeiterjugend 271
 – Sozialistische Kinderfreunde 271
 – Sozialistische Naturfreunde 268
 – Steinmetze 224
 – Tabakarbeiter 217, 224, 275
 – Turngesellschaft der Zigarrenarbeiter 280
 – Zigarrenarbeiterturnverein 280f.

Arbeiterkultur Def. 265
 Arbeitersonntage 115

Bauern- und Landarbeiterräte 194
 Beamte 173, 177, 186f.
 – Privatbeamte 150
 – Justizbeamte 186
 – Kommunalbeamte 188
 Betriebsverfassungsgesetz 138
 Bevölkerungsgeschichte
 – Auswanderung 50
 – Bevölkerungsdichte 31
 – Bevölkerungswachstum 32ff.
 – Bodenständigkeit 29, 274
 – Fernwanderung 29, 125
 – Geburtenüberschuß 32
 – Land-Stadt Wanderung 28, 44
 – Nahwanderung 25, 218
 – Ortsgebürtigkeit 33

- Stadt-Land Wanderung 33f.
- Urbanisierung 30
- Blutmai von 1929 307
- Bonifatianische Tradition 42, 79, 134
- Bürgerpartei 108, 110

- Christenlehre 67

- Demokratismus 177
- Deutscher Sonderweg 21

- Eigentumsbegriff 53, 111, 162, 167, 174
- Einwohnerwehren 134
- Erwerbsgewohnheiten 49

- Festtagskulturen 18
- Freie Vereinigung (kath.) 80
- Fuldaer Actiendruckerei 125
- Fuldaer Bischofskonferenz 42

- Geistliche Herrschaft 79, 161
- Geistliche Schulaufsicht 89, 181f.
- Gemeindeordnungen
 - Bürgergemeinde 73
 - Kurhessische Gemeindeordnung von 1834 73
 - Städte- und Landgemeindeordnung von 1897 73
- Geschlechterdifferenz 35, 47, 55, 163f., 218, 233
- Gesellenhäuser 124

- Handwerker 189ff.
- Hausbesitzer 109ff., 174, 244
- Henschel 219, 239, 263f.
- Hessische Renitenz 42, 55, 204

- Industrialisierung 29-37, 48
 - und Marktgesellschaft 52
 - mithelfende Familienangehörige 37, 49
 - Selbständige 36, 49, 111, 145, 149
 - Unselbständige 36, 49, 111, 145, 150
 - und Vereinsbildung 58
- Interessen
 - materielle 13ff., 85, 103, 140, 154, 162, 166, 174, 189, 211, 215, 275, 316
 - ideelle 13ff., 103, 134, 140, 211, 213ff., 316
 - Interessenparteien 104
 - Soziale Integration 122-162

- Kapp-Putsch 138
- Katholische Arbeiter 123-142, 290ff.
- Kirchliche Riten 47
- Klasse
 - Klassenbegriff 13, 135, 140, 254
 - Klassenbewußtsein 141f.
 - Klassengegensätze 137
 - Klassenhomogenität 13
 - Klassenkampf 134f., 140, 251, 253
- Komintern 294
- Konfessionsgegensatz 95f.
- Konservative
 - Antisozialismus 196-199, 207
 - Bismarckbund 211
 - CNBL 191, 201ff.
 - DNVP 172, 173-215, 288, 315
 - Hessische Arbeitsgemeinschaft (HAG) 198, 202f., 215, 219
 - Kyffhäuserbund 211
 - Vaterlandspartei 204
- Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) 294f.
- KPD 224, 280-313
 - Betriebszellen 306-309, 312f.
 - Bolschewisierung 294
 - Erwerbslosenkommision 309
 - und Gewerkschaften 296-298, 301
 - Internationale Arbeiterhilfe 307
 - Internationale Rote Hilfe 307
 - Jenaer Parteitag 294
 - und Kommunalpolitik 301
 - Kommunistischer Jugendverband (KVJD) 299, 307, 313
 - KPD-Tendenz katholischer Arbeiter 290ff.
 - Mitgliederentwicklung 292, 298ff.
 - Parteipresse 292, 301
 - RGO 261, 304-308
 - Rote Hilfe 301, 306
 - Rotfrontkämpferbund 301
 - Stalinisierung 304, 312f.
 - Straßenzellen 309, 312
 - ultralinke Kehrtwende 304-308
 - VI. Weltkongreß 304f.
- Kommunistische Partei Deutschlands - Opposition (KPO) 306
- Kommunistische Partei Hanau 295ff.
 - in der Kommunalpolitik 295
- Kriegsbeschädigtenliste 92, 108
- Kriegshilfsdienstgesetz 263
- Kriegskredite 283
- Kulturprotestantismus 56, 169, 204

- Kurhessische Bauernbank 149

- Landwirtschaft 34-37, 48-52, 111,
 - Agrarkrise 116, 143f., 191, 200, 203
 - Bauerntage 145, 149
 - Bauernvereinsbewegung 120, 147f.
 - Betriebsgrößenklassen 50, 191, 196, 200, 224
 - siehe Vereins- und Organisationsmilieu, BdL
 - Gartenwirtschaft 270
 - katholische 143-149
 - nebenberufliche Landwirtschaft 28, 33-38, 48f., 55, 259
- Lebenswelt 16, 46, 47, 52-57, 139, 271, 310
- Lehrer 181-186
 - Dorfschullehrer 182
 - Gymnasiallehrer 182
 - Gemeinschaftsschule 183
 - Junglehrer 185f.
 - Nassauische Simultanschule 183
- Liberalismus 25f., 169-190
 - Demokratische Vereinigung 170f., 212
 - DDP 169-190, 315
 - DVP 95f., 172f., 197, 247, 264
 - Fortschrittspartei 181, 212, 222
 - Freisinnige Vereinigung 170, 175
 - Freisinnige Volkspartei 182, 222
 - Jungdeutscher Orden 179
 - Nationalsoziale 170f., 204
 - Neukantianismus 171, 177, 212
 - subkulturelle Unbehaustheit 180
- Lokomotivenbau 36, 261, 265, 311

- Maifeier 137f.
- Marburger Kommunistenprozeß 286
- Maß an Koinzidenz 14ff., 314ff.
- Massenkultur 271ff.
- Mentalitäten 28f.
- Mieter 109f.
- Mischehen 46

- NSDAP 26, 96, 116-120, 186, 191, 199-203, 211f., 226, 238, 274, 288f., 307, 314ff.
 - absolutistische Integrationspartei 316
- Nationalstaatsbildung 11f.

- Osterkommunion 45, 130, 166
 - katholische Bekenntnistreue und KPD-Wahl 291

- Panzerkreuzer 251
- Parteienbildung 11-26
- Pastorennationalismus 48, 57, 204, 214
- Philipps-Universität Marburg 42
- Pietismus 47
- Politik
 - soziale Bedingungen 18
 - kulturelle Deutung 18
 - objektives Geschäft 177f.
 - und Parteien 177
- Politische Ethik 14ff.
- Politische Gedenktage 19, 210
 - Bismarckfeier (1. Apr.) 210
 - Lassallefeiern 217
 - Märzfeiern (1848) 217
 - Reichsgründungstag (18. Jan.) 19, 210
 - Revolutionsfeiern (9. Nov.) 19
 - Rheinlandfeiern 210
 - Schlageterfeiern 210
 - Sedansfeiern (2. Sept.) 57, 210
 - Verfassungstag (11. Aug.) 19
 - Volkstrauertag 210
- Politische Kultur 192, 214, 310
 - Ausdrucksaspekt 18
 - Deutungskultur 18, 38, 192
 - Inhaltsaspekt 18
 - parochial-partizipative 19
 - Prozeßaspekt 18
 - Sozialkultur 18
- Politische Lager 23ff.
- Protektionismus 190, 199f.
- Protestantismus
 - und Antisemitismus 205
 - liberaler 204
 - orthodox-positiver 204
- Regionalforschung 17, 19
- Reichsbahn 261
- Reichsbanner 188, 271
- Rundfunk 179, 272

- Schulpolitik 90f., 103, 178, 181-186, 205, 243f.
 - Elternbünde 184
 - Elternbeiratswahlen 244
- Schutzzoll 83
- Septennat 83
- Solidarismus 137, 139
- SPD 216-279
 - ADAV 217
 - Agrarpolitik 256
 - Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB) 188, 257

- Altersstruktur der Mitglieder in Kassel 230f.
- Beamtenbeirat 257
- Diamantarbeiterstreik 282
- Eisenacher Richtung 281
- Eiserne Front 271
- Erfürter Parteitag 243, 253, 255, 279
- Freidenker 258, 300
- Funktionärskörper der nordhessischen SPD 231–232
- Görlitzer Parteitag 252, 256, 279, 293
- Gothaer Parteitag 281
- Heidelberger Parteitag 255
- Jenaer Parteitag 216, 282
- Kasseler Parteitag 243, 252
- Kasseler Stadtverordnetenfraktion 238f.
- Kieler Parteitag 256
- Koalitionspolitik 246–251
- Kommunalpolitik 235–246
- Landräte 236
- lassalleanische Tradition 216, 281
- Liste Schulfortschritt 244
- Massenstreikdebatte 282, 310
- Mitgliederstruktur der nordhessischen SPD 229–234
- Mitgliederstruktur der SPD Kassel 232–234
- und Religion 257f.
- Volksmarxismus 258, 279
- Volksparteithese 252, 277
- Weimarer Parteitag 243
- Würzburger Parteitag 252, 283
- Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) 228, 278
- Sozialmilieu
 - au milieu de 72
 - Berufsfunktionäre 155
 - Definition 16, 28
 - Erosion 276
 - Honoratiorenpolitik 74, 97, 106f., 123, 144, 161, 210
 - siehe Interessen
 - Koalitionsfähigkeit 168, 239, 246–251, 277, 314
 - Kommunikationsmodell 69, 154, 161
 - Kommunalpolitik 72–75, 87, 109
 - Konfession 39–48
 - lokale Milieus 22f.
 - männlich zentriert 163
 - Makro-, Meso-, Mikromilieu 42, 202, 238
 - Milieupresse 68–72
 - und Modernisierung 28
 - Multifunktionswesen 155, 164, 205, 210, 237
 - nationalsozialistisches 316
 - Organisationsprinzip 122
 - organisationszentriert 154, 163
 - Politisches Sozialmilieu 79–122, 170–181, 190–194, 217–258
 - quantitative Forschung 22
 - Rekonfessionalisierung 166
 - Schichtenheterogenität 78–215
 - Schichtenhomogenität 216–313
 - und Sport 156ff., 165
 - städtisch zentriert 163
 - überlokale Milieus 22f., 316
 - Teilmilieus 20
 - nach 1945 23
- Sozialmoral 38, 52–206, 213, 258
 - Arbeitsbegriff 135
 - Agrarromantik 201
 - Antikapitalismus 53
 - Antikatholizismus 208
 - Apolitizismus 193, 197, 215
 - der Arbeiterschaft 54
 - berufsständische Ordnung 201
 - Definition 16, 52
 - siehe Eigentumsbegriff
 - Keuschheitsideal 157
 - Konfliktvermeidung 135
 - moralische Ökonomie 54, 221, 275, 310
 - national-protestantische Werthaltung 204
 - nationalsozialistische 316
 - und Organisation 57
 - und politischer Massenmarkt 170
 - und Sozialethik 17
 - soziale Harmonie 52, 98, 103, 135, 139, 141, 164
 - Wertladung 78
- Sozialpolitik 83
- Spartakus 283
- SPSS-Analyse 273f., 310
- Staatslexikon der Görresgesellschaft 53
- Stadt-Land-Gegensatz 28f., 123, 148, 163, 170, 312
- in protestantischer Kirchenbindung 44, 56
- in katholischer Kirchenbindung 46, 130, 142
- Stand-/Standesbegrifflichkeit 135, 140
- Studenten 174, 192, 315
- Verbindungsstudentenschaft 192

- Tanzlustbarkeiten/Tanzwut 272
- Titanic 101
- Trennung von Staat und Kirche 89ff., 182
- USPD 223ff., 248f., 263, 282–287
- Vereins- und Organisationsmilieu 181–189, 194–211, 259–272
 - Albertus-Magnus Verein 125
 - Arbeitgeberverband 153, 174
 - Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse 70
 - Beamtenvereine 60
 - Bildungs- und Forschungsvereine 59
 - Bläserchöre 66
 - Bonifatiusverein 125
 - Borromäusverein 66
 - BdL 61, 143, 147, 176, 192, 194
 - Caritasverband 125
 - Christliche Gewerkschaften 65f., 131–142, 307
 - Deutscher Bauernbund 176
 - Deutscher Beamtenbund 186ff.
 - Deutscher Landbund 146
 - DJK 65f., 156ff.
 - DHV 139, 153, 277
 - Ehrengarden 66
 - Eisenbahnverband (AEV) 85f
 - Evangelischer Arbeiterverein 68, 207f.
 - Evangelischer Bund 48, 67, 207ff.
 - Evangelischer Volksverein 68, 207
 - Flottenverein 60, 171
 - Fremdorganisation 312
 - Gastwirteverein 184
 - Gebetsvereine 65
 - Gesang- und Musikvereine 59, 66
 - Gesellenvereine 46, 65, 124ff., 158
 - Geselligkeitsvereine 59, 66
 - Gewerkschaftskartell 62
 - Grund- und Hausbesitzerverein 184
 - Handwerkerbund 184
 - Hausfrauenvereine 207
 - Haus- und Grundbesitzerverein 110
 - Heidenmissionsvereine 207
 - Herz-Jesu-Verein 66
 - Internationale Konferenz katholischer Arbeitervereine 113
 - Josefsverein 127
 - Jugendbünde für entschiedenes Christentum 207
 - Jugendverbände 65–68
 - Jungfrauenvereine 68
 - Jungmänner- und Jünglingsvereine 65, 124, 126, 154, 156ff., 207
 - Katholische Akademikervereine: CV, KV, Unitas, Neudeutschland, Normannstein 65, 154
 - Katholische Aktion 167
 - Katholische Schulorganisation 66
 - Katholischer Arbeiterverein (KAB) 113, 116, 123f., 126–131, 290
 - KKV 65, 149–154, 156, 159
 - Katholischer Lehrerverein 66
 - Katholischer Lehrerinnenverein 66
 - Kirchenbauverein 66
 - Kirchenchöre 66
 - Knappenkapellen 66
 - Krankenverpflegungskasse für Gold- und Silberarbeiter Gehülfen 62, 280
 - Kriegerverein 60, 66, 160, 171, 192, 209ff., 266
 - Kurhessischer (Christlicher) Bauernverein 62, 144, 148f., 195
 - Kurhessischer Handwerkerbund 189f.
 - Kurhessischer Landbund 61, 146f., 191f., 194–203, 214, 316
 - Kurhessischer Pfarrerverein 205
 - Landwirtschaftliche Kreisvereine 40
 - Lese- und Bildungsvereine 59
 - Männergesellschaft MN 80, 126
 - Marburger Museumsgesellschaft 60
 - Mefdiener 66
 - Mütter- und Frauenvereine 65, 154, 207
 - Paramentenverein 66
 - Posaunen- und Kirchenchöre 68, 207
 - Präsidessystem 64, 126
 - Quickborn 167
 - Raiffeisen Verband 61, 125, 144f., 148, 155, 190, 194
 - Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie 219
 - Rentnerbund 184
 - Republikanischer Lehrerbund 228
 - Selbstorganisation 28, 162, 167, 312
 - und Sozialisation 66
 - Sportvereine 66, 156–159, 165, 266
 - Theatergruppen 66
 - Vaterländische Vereinigung 60
 - Verein der heiligen Familie 66f.
 - Vergnügungsvereine 59
 - Volksschullehrerverein 181–186
 - Volksverein für das katholische Deutschland 65, 88, 97, 158f., 163

- Wahlvereine 60, 82
- Wandervereine 66
- Vertrauensarzt 280
- Vitus-Heller-Bewegung 117
- Volksentscheid über Fürstenvermögen 1926
 - 111-115, 130, 138, 141, 165, 198f., 290, 314
- Volksgemeinschaft 135, 177

- Wahlen
 - Betriebsratswahlen 134, 260f., 305
 - Dreiklassenwahlrecht 72ff., 82, 84, 97, 238
 - Frauenwahlrecht 92
 - Geheime Wahl 93
 - Listenwahlsystem 115
 - Mehrheitswahlrecht 25, 86
 - Stimmzettel 92f.
 - Verhältniswahlrecht 84, 86, 92
 - Wahlforschung 17
- Wirtschaftszweige
 - Basaltindustrie 50
 - Braunkohlenbergbau 50
 - Chemiebranche 293, 298, 308, 311
 - Edelmetallindustrie 36, 282, 298, 305, 310f.

- Forstwirtschaft 50
- Metallbranche 51, 308, 311
- Wohnungspolitik 244

- Zentrum 66, 78-168
 - Berliner Leitsätze 88
 - Binnenpluralisierung 110
 - interkonfessionelle Volkspartei 88f.
 - Kommunalpolitische Vereinigung 98
 - Kompromißzwänge, -politik 104, 109, 111, 115, 163
 - Mitgliederwerbung 97-100
 - Partejubiläum 101ff.
 - Parteiorganisation 96-103
 - Phasen der politischen Mobilisierungsfähigkeit 120ff.
 - Schicksalskurven 117-122
 - Schmutz- und Schundkampagne 115
 - Standeskandidaturen 104-110, 164
 - Windhorstbünde 66, 156
 - Zentrumsbeiräte 105, 107, 163f.
 - Zentrumsbürgermeister 106
 - Zentrumsfraktionen in Kommunalparlamenten 106f.
 - Zentrumslisten 92